This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

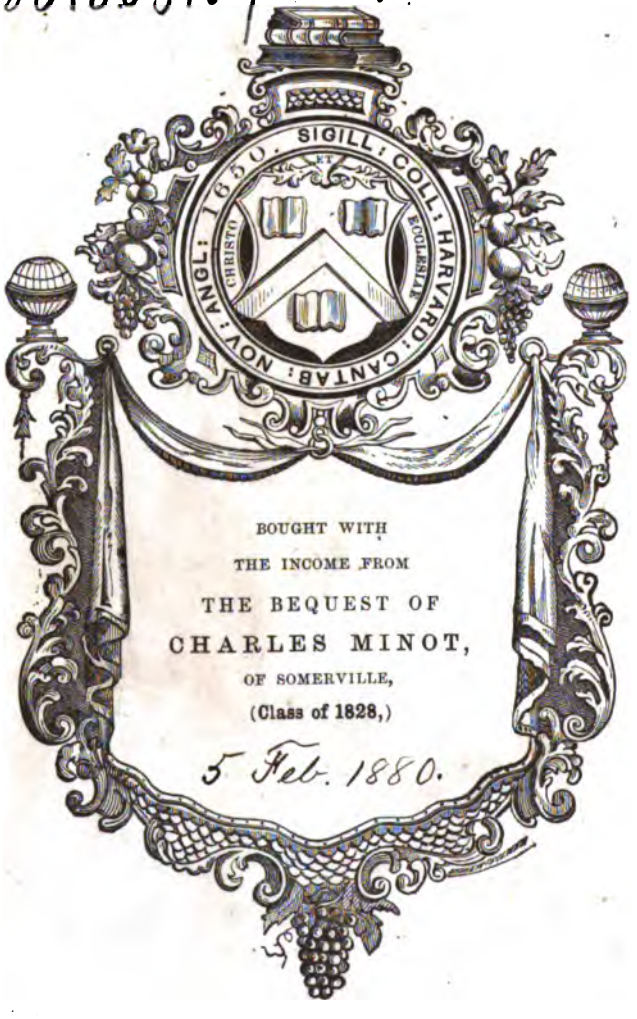
+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Digitized by Google

PSU 1885.27



BOUGHT WITH
THE INCOME FROM
THE BEQUEST OF
CHARLES MINOT,
OF SOMERVILLE,
(Class of 1828,)
5 Feb. 1880.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Der

Fall des Hauses Stuart

und die

Succession des Hauses Hannover

in Groß-Britannien und Irland

im Zusammenhange der europäischen Angelegenheiten von 1660—1714.

Von

Onno Klopp.

Siebenter Band.

Die Kriegsjahre 1695, 1696, 1697, und der Friede von Ryswyck.

Wien, 1879.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Universitäts-Buchhändler.

Digitized by Google

~~4446.3~~
Bv 1885, 27/1880, Feb. 5.
Minot fund
~~VII~~, VIII.

Mit Vorbehalt aller Rechte.

Digitized by Google

Inhalt.

Neunzehntes Buch.

Das Kriegesjahr 1695.

Seite

Die Parlaments-Verhandlungen zu Ende 1694.

Die Thronrede Wilhelms III. am 12./22. November 1694 1
Günstige Stimmung des Parlamentes 2
Die Bewilligung der Kriegserfordernisse in Holland. . . . . —
Die Geneigtheit dazu in England 3
Die angebliche Verschwörung in Lancashire . . . . . —
Die Bewilligung des Kriegsbedarfs. 4
Tod des Erzbischofs Tillotson 5
Die Triennial-Bill . . . . . —
Die Sanction des Königs . . . . . —

Der Tod der Königin Mary von England.

Erkrankung der Königin Mary 6
Die Betrübnis des Königs und der Gemeinde in der Hof-Capelle. 7
Die politischen Bedenken . . . . . —
Die steigende Krankheit der Königin . . . . . —
Der König will sie nicht verlassen 8
Theilnahme des Volkes, der Prinzessin Anna . . . . . —
Verhalten des Königs . . . . . —
Tod der Königin 9
Die allgemeine Betrübnis 10
Die Adressen des Parlamentes . . . . . —
Die Frage, ob der König zum Feldzuge hinüber gehen könne. 12
Der König empfängt die Adressen . . . . . —
Die Mittheilung des Königs an den Kaiser 13
Die Trauer in der Republik der Niederlande 14
Das Verhalten Jacobs II. 15
Rückblick auf die Stellung des oranischen Paares ihm gegenüber . . . . . —
Charakter der Königin 18
Der Verlust des Königs Jacob an seiner Tochter 20

Digitized by Google

Seite
Die Trauer vieler Jacobiten 21
Die Meinung von der Königin Mary in Frankreich 22
Distichon von Leibniz 23
Das Verhalten der Prinzessin Anna . . . . . —
Wieder-Erstarken des Königs Wilhelm 24
Das Leichenbegängnis der Königin 25
Die Gründung des Hospitales von Greenwich 27

Die Friedensfrage zu Anfang 1695.

Lord Lexington berichtet die Präliminar-Forderung des Kaisers 28
Die Antwort des Staats-Secretärs Shrewsbury . . . . . —
Auersperg übersetzt die von Wien eingegangenen lateinischen Schriftstücke . . 29
Die englischen Staats-Secretäre ohne Kunde derselben 30
Das Einverständnis des Kaisers und des Königs . . . . . —
Die Differenz in Betreff Spaniens 31
Die Misstimmung des Königs gegen Spanien . . . . . —
Sein persönliches Friedensbedürfnis 32
Die Rede des Königs zu Auersperg vom 15./25. Februar 33
Das Geheimnis derselben 36
Kaunitz über die Stellung des Königs in der Republik 38
Abermals Steckborn und der Kurfürst von der Pfalz 39
Das Gutachten des Grafen Kinsky über die Rede des Königs . . . . . —
Er hebt die Angelegenheit von Straßburg hervor 40
Ferner diejenige von Savoyen und Spanien 41
Avaux in Stockholm lehnt die Präliminar-Forderung des Kaisers ab . . . 42
Die Friedensversuche damit abgebrochen 43
Der Kaiser wünscht die Vorlage des Allianz-Vertrages von 1689 vor das Parlament . . . . . —
Die Besorgnis französischer Mordversuche gegen den König Wilhelm III. . . 44
Auersperg sieht jene Vorlage als sehr schwierig an . . . . . —
Unterredung des Königs mit Auersperg über den Stand der Allianz, 29. April 45
Der Gesammt-Eindruck dieser Unterredung 47
Dennoch die besondere Rücksicht des Königs auf die Stadt Amsterdam . . . 48

Die englischen Angelegenheiten im Frühlinge 1695.

Der Kriegeseifer des Parlamentes 49
Es genehmigt die Ueberwinterung der Flotte im Mittelmeere 50
Die Ausfuhr des baaren Geldes von England . . . . . —
Die Verzögerung der Geschäfte des Parlamentes 51
Entdeckungen von Unterschleif . . . . . —
Trevor, Sprecher des Unterhauses, wird ausgestoßen . . . . . —
Der König drängt das Parlament zur Eile 52
Anklage gegen den Herzog von Leeds 53
Die Frage der Regentschaft . . . . . —
Die Stellung des prinzlichen Paares . . . . . —
Das Ehepaar Marlborough 54

Digitized by Google

Seite
Marlborough zu Gnaden aufgenommen 55
Der Prinz Georg nicht ein Mitglied der Regentschaft . . . . . —
Die Thronrede des Königs und die Vertagung 56
Die sieben Reichsverweser 57
Die Whig-Partei unter denselben überwiegend 58
Eine Erfindung für die Seefahrt, vom Parlamente zurückgewiesen . . . . . —
Ankunft des Königs im Haag, 16./26. Mai 59

Die Besorgnis vor der Bildung einer dritten Partei.

Der Fürstbischof von Münster 60
Der Kurfürst Friedrich August von Sachsen . . . . . —
Schoening . . . . . —
Die Forderungen des Kurfürsten 61
Die Vorschläge des Kaisers ihn in Belgien zu verwenden . . . . . —
Der König nicht geneigt . . . . . —
Er schlägt für Friedrich August das Commando in Ungarn vor 62
Friedrich August verlangt die englisch-holländischen Subsidien 63
Abermalige Aussicht auf den Türkenfrieden . . . . . —
Die Verwendung des Kaisers für Friedrich August bei dem Könige 64
Der König bewilligt 65
Das Verhältnis von Wilhelm III. und Heinsius . . . . . —

Urtheil des Papstes Innocenz XII. über Wilhelm III.

Die Berichte des Grafen Perth über die Stimmung in Rom 66
Der spanische Gesandte über eine Audienz bei Innocenz XII. 67

Die Stellung Spaniens und Savoyens zu der Friedensfrage.

Carl II. von Spanien legt die Friedenssache in die Hand des Kaisers . . . 68
Der König Wilhelm und die Holländer nicht geneigt für Spanien 69
Don Quiros im Haag verlangt die Herstellung des pyrenäischen Friedens . —
Die eigentliche Differenz zwischen dem Kaiser und Wilhelm III. 70
Der König macht keine Vorschläge für Spanien 71
Absicht neuer Friedensberedungen in Utrecht . . . . . —
Unmuth darüber in Wien . . . . . —
Irrthum der Auffassung dort 72
Dadurch die Schritte in Holland nicht gerechtfertigt 73
Der Wiener Hof durch den Prinzen Eugen von Savoyen unterrichtet über Victor Amadeus . . . . . —
Galway, selbst getäuscht, nährt in Wilhelm III. das Vertrauen auf Victor Amadeus 74
Die Hoffnung von Victor Amadeus auf die Thronfolge in England . . . —
Der Preis für Victor Amadeus die Festung Pignerol 75
Die Capitulation von Casale . . . . . —
Die Berichte Galways erhalten die Täuschung bei Wilhelm III. und Heinsius 77
Das fernere Verhalten von Victor Amadeus . . . . . —

Digitized by Google

Seite
Der König Wilhelm schweigt über ein Gegenproject für Spanien 79
Auersperg dringt in Portland . . . . . —
Dieser weicht aus 80

Die Beschaffung der Mittel in Frankreich für den Krieg.

Die hauptsächlichen Steuern dort 81
Die Capitation 82
Der Eingang des Edictes derselben . . . . . —
Die wachsende Abhängigkeit Frankreichs von dem Willen der Krone . . . 85
Die Verschiedenheit der Monarchie des Kaisers . . . . . —
Ludwig XIV. erkennt dennoch in Worten eine Schranke an . . . . . —
Die Hoffnung auf die Capitation erfüllt sich nicht 86
Der geistliche Stand bewilligt das don gratuit, und indirect die Capitation 87
Ludwig XIV. rüstet nicht mehr eine Kriegesflotte 88
Die Lücken des Landheeres . . . . . —
Tod des Marschalls Luxemburg. Villeroy erhält das Commando 89

Belagerung und Eroberung von Namur.

Die Eifersucht verbündeter Generale vereitelt den ersten Plan 90
Die Belagerung von Namur 91
Vergleich mit dem Unternehmen von 1692 . . . . . —
Villeroy und Vaudemont einander gegenüber . . . . . —
Der Nachtmarsch Vaudemonts am 14. Juli 92
Die Frage der Feigheit des Herzogs von Maine . . . . . —
Die Armee vor Namur 94
Die Haltung des Königs Wilhelm 95
Die Vertheidigung unter Boufflers . . . . . —
Der Sturm auf die Schanze oberhalb der Stadt . . . . . —
Lord Cutts 96
Der Wetteifer der Nationen . . . . . —
Der Sturm auf die erste Contrescarpe 97
Die Haltung des Königs . . . . . —
Die Capitulation für die Stadt Namur, 4. August . . . . . —
Die Belagerung der Citadelle 98
Die Uebergabe von Dixmuiden und Deynse . . . . . —
Das Cartell von französischer Seite gebrochen 99
Wilhelm III. sucht vergeblich Brüssel zu decken . . . . . —
Der Kurfürst von Bayern nach Brüssel 100
Bombardement von Brüssel, 13. August u. f. 101
Die Ziele der französischen Bomben . . . . . —
Der Herzog von Maine 102
Die Aeußerungen der Königin von Polen zu Polignac . . . . . —
Villeroy will den Entsatz von Namur versuchen 103
Der König Wilhelm gibt nicht die Gelegenheit zum Treffen . . . . . —
Der Sturm auf die Außenwerke der Citadelle 104
Die Capitulation der Citadelle 105

Digitized by Google

Seite
Der Auszug der Besatzung 105
Dykvelt hält den Marschall Boufflers an 106
Boufflers gegenüber Portland . . . . . —
Er wird nach Mastricht geführt 107
Haltung des Kurfürsten von Bayern . . . . . —
Diejenige des Königs von Frankreich 108
Boufflers der Haft entlassen 109
Die Freude über den Wiedergewinn von Namur in England und Holland —
Der Glückwunsch des Kaisers . . . . . —
Eindruck der Nachricht in Frankreich 110

Die Differenz zwischen dem Kaiser und dem Könige Wilhelm über die Friedenssache.

Unterredung zwischen Auersperg und Dykvelt, am 9. August 111
Auersperg regt vor Dykvelt die Frage an über den Beitritt des Parlamentes zu der großen Allianz 112
Die Antwort des Königs durch Dykvelt in der Friedenssache 113
Der Kern der Berathungen darüber in Wien 114
Weder Ludwig XIV. noch Wilhelm III. im Herbste 1695 geneigt zum Frieden 115
Eine schwedische Fregatte wegen des Nicht-Streichens der Segel von Engländern genommen . . . . . —
Der Vorfall kommt dem Könige Wilhelm zu statten . . . . . —
Der König läßt in Wien die schwedische Vermittelung ablehnen 116
Umwandlung in der Seele des Königs vom 25. Februar bis zum 14. October —

Die Erneuerung der großen Allianz.

Auf die Andeutung von Auersperg in Betreff des Parlamentes erfolgt keine Antwort 117
Die Form der Erneuerung durch den König Wilhelm III. 118
Der geheime Artikel kommt bei der Erneuerung nicht zur Sprache . . . . —
Auch Victor Amadeus erneuert die Allianz 119
Beschwerden von Holland wider Spanien . . . . . —
Der spanische Staatsrath vermindert den Beitrag für den Unterhalt der Flotte 120
Graf Kaunitz über die Verstimmung der Seemächte wider Spanien . . . 121
Die Angelegenheit der spanischen Succession kommt nicht zur Sprache . . —
Die Sache Schonenbergs in Madrid 122
Sein Verhalten gegenüber Carl II. . . . . —
Verfahren des Hofes von Madrid gegen ihn . . . . . —

Ueberblick des Kriegesjahres 1695.

Der Feldzug in Ungarn nicht glücklich für den Kaiser 124
Die Einwirkung des Falles von Namur in der Republik Holland . . . . —
Die Bewilligung der Kriegesmittel 125
Der Kurfürst von Brandenburg hofft eine Heirath seiner Tochter mit Wilhelm III. . . . . —
Der König landet in Margate, 10./20. October 1695 126

Digitized by Google

Zwanzigstes Buch.

Das Kriegesjahr 1696.

Stand der Dinge in England zu Ende 1695. Seite

Der Empfang des Königs Wilhelm in London 127
Die Angelegenheit der Auflösung des Parlamentes . . . . . —
Der König über die Lage der Dinge in England 128
Der Besuch des Königs bei der Prinzessin Anna . . . . . —
Die Reise des Königs. Sein Aufenthalt in Althorp 129
Sunderland . . . . . —
Die Popularität des Königs 131

Die Religionsfrage in England und Irland.

Die Capitulation von Namur in dieser Beziehung 132
Das Verhältnis zwischen dem Kaiser und dem Könige Wilhelm 133
Das Urtheil von Hoffmann über die Stellung der Katholiken in England, im Jahre 1695 . . . . . —
Carlingford an Menegatti über das Parlament in Irland 134
Der Kaiser ersucht Wilhelm III., die Beschlüsse des irischen Parlamentes nicht zu sanctioniren 135
Shrewsbury versichert die Willfährigkeit des Königs 136
Die Austreibung der religiösen Orden kommt im geheimen Rathe nicht zur Verhandlung 137
Der Bischof Leyburn . . . . . —
Wilhelm III. sanctionirt nicht die Beschlüsse des irischen Parlamentes wider die Katholiken . . . . . —

Differenz Wilhelms III. mit Schweden und Spanien.

Dänemark sucht Schweden zum Bruche zu treiben 138
Der Vorschlag des Grafen Auersperg 139
Seine Unterredung darüber mit dem Könige 140
Die Sache des Schonenberg . . . . . —
Der König weicht dem Erbieten der Vermittelung des Kaisers aus 141
Seine Aeußerung über die Sache zu Auersperg 142
Das Urtheil Auerspergs in Betreff Spaniens . . . . . —
In Betreff Englands 143

Das Parlament zu Ende 1695 und Anfang 1696.

Zusammentritt des Parlamentes, 22. November/2. December 143
Die Thronrede des Königs 144
Die Bereitwilligkeit des Parlamentes 146
Eifersucht der Engländer gegen die Republik Holland 147
Die Münzverwirrung . . . . . —
Die Rede Montagues 148
Der Beschluß der Neuprägung schwer ausführbar 149
Die schottisch-ostindische Compagnie . . . . . —

Digitized by Google

Seite
Die Verstimmung zu Anfang des Jahres 1696 im Wachsen 150
Die Ansichten Trumballs und Auerspergs . . . . . —
Die Verleihung von Krongütern in Wales an den Grafen Portland . . . 151
Die Adresse des Unterhauses dagegen 152
Der König nimmt die Schenkung zurück . . . . . —
Die Stimmung im Parlamente hebt sich nicht 153
Besorgnis im Haag und in Wien, Hoffnung in Versailles . . . . . —

Der Doppel-Plan der Invasion und des Mordes, zu Anfang 1696.

Die Sendung Charnocks nach St. Germain, Juni 1695 154
Im October 1695 die Hoffnungen in St. Germain tief herabgestimmt . . 155
Jacob II. im Kloster La Trappe 156
Von November 1695 an der Plan der Invasion . . . . . —
Der Bericht des Sir George Barkley . . . . . —
Seine Vollmacht 158
Die Fortsetzung seines Berichtes 159
Seine Ausdeutung seiner Vollmacht 160
Der König Jacob hat in eine Vollmacht zum Morde früher nicht gewilligt —
Jacob über das Verfahren Barkleys 161
Die Frage der Abfassung der Vollmacht für Barkley . . . . . —
Barkley ist mit der Absicht des Mordes nach England gegangen 162
Der Plan der Verschworenen 163
Die Herbeiziehung anderer Personen . . . . . —
Der Plan der Erhebung der Jacobiten in England 164
Der Bericht des Königs Jacob darüber . . . . . —
Die Bedingung Ludwigs XIV. für eine Landung 165
Jacob II. glaubt diese Bedingung erfüllen zu können . . . . . —
Er sendet Berwick nach England 166
Ludwig XIV. bringt in Jacob II. zum Aufbruche . . . . . —
Jacob II. fügt sich in den Aufbruch vor der Rückkehr Berwicks 167
Der Bericht Berwicks 168
Er kehrt zurück und trifft mit Jacob II. in Clermont zusammen 169
Von da an hat Jacob II. die Kunde des Mordplanes . . . . . —
Sein Verhalten ähnlich wie in der Sache des Grandval 170
Berwick bei Ludwig XIV. . . . . —
Ludwig XIV. erwartet das Gelingen des Mordplanes 171
Die Hoffnungen in Versailles und Paris 172
Portland erhält die erste Kunde des Mordplanes 173
Die Eröffnung von Pendergras 174
Der König bleibt am 15./25. Februar in Kensington . . . . . —
Die Ausführung wird angesetzt auf den 22. Februar/3. März 175
Der König vernimmt Pendergras und de la Rue . . . . . —
Der 22. Februar/3. März 176
Die Sendung des Adjutanten Schmettau . . . . . —
Unbestimmte Gerüchte in London am 21. Februar/2. März 177

Digitized by Google

Seite
Die Wirkung der Meldung von Schmettau auf den König Wilhelm . . . 178
Die Worte Barkleys 179
Die Maßregeln des Königs Wilhelm . . . . . —
Verhaftung einiger Verschworener . . . . . —
Die Anrede des Königs an das Parlament 180
Gemeinsame Adresse der Häuser des Parlamentes 181
Die Suspension der Habeas-Corpus-Acte . . . . . —
Die Association 182
Der Beginn derselben schuldigt mit Unrecht die Katholiken an 183
Auersperg und Hoffmann erheben Klage über viele Katholiken in England 184
Die Association nicht von allen Mitgliedern des Parlamentes unterzeichnet —
Der Prozeß gegen die Verschworenen beschleunigt 185
Die Ergebenheit der Engländer für den König . . . . . —
Der Haß gegen Frankreich 186
Jacob II. in Calais . . . . . —
Die englische Flotte erscheint an der französischen Küste 187
Die Verbrennung der französischen Magazine von Givet . . . . . —
Der Eindruck dieser Nachrichten in Paris 188
Die Ansichten über das Verbleiben Jacobs II. an der Küste 189
Jacob II. und Middleton hoffen noch auf die Landung in England . . . —
Der Spott der Pariser über Jacob II. 190
Ludwig XIV. deutet dem Könige Jacob die Rückkehr an 191
Jacob II. ist sich einer Mitschuld an dem Mordplane nicht bewußt . . . —
Er entläßt nicht den Sir George Barkley 192
Die Frage nach dem eigentlichen Urheber des Mordplanes 193
Die Urtheile von Zeitgenossen . . . . . —
Der Eindruck der Nachricht in Stockholm 194
In Kopenhagen . . . . . —
Die Geständnisse der Verurtheilten 195
Charnocks Erbieten von Wilhelm III. abgelehnt . . . . . —
Die Meisterschaft Barkleys in der Führung der Sache 196
Das Urtheil Hoffmanns 197
Die Besprechung des Planes in Frankreich untersagt . . . . . —
Meinungen von Dangeau . . . . . —
Der Oberst Talbot 198
Aeußerung Ludwigs XIV. über seine Nicht-Schuld 199
St. Simon, Voltaire, Capefigue . . . . . —
Der Fortgang der Association in England 200
Das Unterhaus überreicht sie dem Könige . . . . . —
Friend und Parkyns erhalten von drei Geistlichen die Absolution 201
Protest anglicanischer Bischöfe . . . . . —
Bericht des Grafen Auersperg über die Haltung der Katholiken 202

Die Friedensbestrebungen im Jahre 1696.

Die Republik Holland, in Folge des Attentates, wünscht den Frieden . . . 203
Dieselbe Neigung in Wien . . . . . —

Digitized by Google

Seite
Nicht in England, aber dort die Schwierigkeit des Geldes 204
Die Eröffnung des Königs Wilhelm an Della Torre . . . . . —
Auersperg über das Verhalten des Königs bei Geschäften 205
Die Thronrede des Königs am 27. April/7. Mai 206
Seine Ankunft im Haag . . . . . —
Erneute Friedensberedungen der Holländer mit Callieres 207
Das damalige Verhältnis des Kaisers und des Königs Wilhelm 208
Beschwerden des Kaisers über die Verwendung der Truppen von Brandenburg, die Abberufung der Flotte . . . . . —
Die Differenzen von Spanien her 209
Die Sache des Schonenberg 210
Graf Kaunitz führt Klage über die neuen Beredungen mit Callieres . . . —
Die Friedensneigung der Holländer öffentlich 211
Unterredungen zwischen Kaunitz und Heinsius . . . . . —
Die Antwort des Königs an Kaunitz 212
Eröffnung von Heinsius an die kaiserlichen Gesandten 213
Die Ansicht derselben, 22. Mai . . . . . —
Diejenige des Königs Wilhelm . . . . . —
Die Haltung des Kaisers Leopold 214
Die Frage der Sendung des Couvonges . . . . . —
Geheime Friedensberedung von Velo und de la Haye in Padua 215
Die kaiserliche Forderung der Anerkennung Wilhelms III. 216
Couvonges in Innsbruck 218
Die Antwort des Kaisers an die Herzogin von Lothringen 219
Diejenige auf den Bericht seiner Gesandten im Haag 220
Die Haltung Wilhelms III. und der Holländer gegenüber dieser Antwort. 221
Der französische Minister Croissy über diese Verhandlungen 222
Schweden sucht mit erneutem Eifer die Vermittelung zu erlangen . . . . —
Wilhelm III. und Heinsius geben die geheime Verhandlung nicht auf . . 223

Der Abfall des Herzogs Victor Amadeus von Savoyen.

Der Verdacht des Prinzen Eugen und der kaiserlichen Offiziere 223
Die Wichtigkeit Pignerols für den Herzog Victor Amadeus 224
Ludwig XIV. bietet Pignerol im geschleiften Zustande 225
Der Vertrag wird geschlossen und ratifizirt, 29. Juni 227
Das Lügenspiel des Herzogs Victor Amadeus . . . . . —
Er erregt das Mistrauen Wilhelms III. 228
Er sucht die Einwilligung der Verbündeten in den Stillstand mit Frankreich 229
Sein Schreiben an den Kaiser . . . . . —
Die Schritte des Kaisers und des Königs Wilhelm 230

Rückwirkung des savoyischen Abfalles auf den Stand der Dinge.

Wilhelm III. gehemmt durch die Rücksicht auf Holland, besonders auf Amsterdam 230
Der Geldmangel in Folge der Münzverwirrung in England 232
Das Project der Landbank undurchführbar . . . . . —

Digitized by Google

Seite
Das Schreiben des Königs an Shrewsbury, vom 20./30. Juli 233
Er sendet Portland nach England . . . . . —
Shrewsbury entwickelt dem Könige seine Ansicht über die Lage der Dinge —
Die tief gedrückte Stimmung des Königs 235
Darlegung der Sachlage von Heinsius 236
Irrthum dieser Ansichten in Betreff des Kaisers 237
Die Consequenz des Irrthumes das gegenseitige Mistrauen 238
Die Kriegeslast für Frankreich 239
Die Mittel zur Beschaffung von Geld 240
Der Verkauf von Adelsbriefen . . . . . —
Die Schwierigkeit der Fortsetzung des Krieges 241
Der Friede mit Savoyen gilt in Frankreich als ein Schritt zum allgemeinen Frieden 242

Die Stellung des Königs Jacob im Sommer 1696.

Jacobs II. eigene Meinung von der Lage der Dinge 243
Ludwig XIV. bietet ihm seine Hülfe für die polnische Krone . . . . . —
Die Frage, ob damals eine Unterhandlung statt gefunden zu Gunsten des Prinzen von Wales 244
Schreiben Jacobs II. über einen Gedanken solcher Art an den Papst . . . —
Die Behauptung des Biographen von Jacob II. 245
Das Zeugnis Berwicks in dieser Sache irrig in Betreff der Zeit . . . . —
Der Vorschlag ist von Seiten Ludwigs XIV. gemacht in dem Entwurfe für die Unterredung in Padua 246
Der Vorschlag ist nicht zur Verhandlung gekommen 248
Ludwig XIV. und Wilhelm III. haben darüber nicht unterhandelt . . . . —
Wilhelm III. ist als Holländer gegen die Nachfolge des Prinzen von Wales 249
Ludwig XIV. handelt darin ohne Vorwissen Jacobs II. . . . . —
Die Frage des Jahrgeldes für Jacob II. 250
Jacob II. lehnt das in Aussicht gestellte Jahrgeld ab 251
Jacob II. handelt subjectiv ehrenhaft 252
Er befestigt jedoch aufs neue seine Abhängigkeit 253
Er handelt zum Nachtheile zugleich seines Sohnes 254
Die Anerkennung Wilhelms III. für Ludwig XIV. kein Hindernis des Friedens 255

Die Friedensbestrebungen im August und September 1696.

Callieres weicht in den Beredungen mit Dykvelt zurück 255
Die verschiedenen Motive bei Wilhelm III. für den Frieden 256
Sein Mistrauen gegen Wien 257
Die Wirkung einer falschen Meldung Lexingtons aus Wien auf den König Wilhelm 258
Die Verhandlung der Holländer mit den kaiserlichen Gesandten am 2. September 259
Jenes von Lexington gemeldete Gerücht ist entscheidend für das Vorgehen der Holländer 260
Sie handeln gemäß den Wünschen des Königs von Frankreich 261

Digitized by Google

Seite
Die Engländer, außer Lexington, dabei nicht betheiligt 262
Die Rückſicht der mitwirkenden Holländer auf England 263
Die Berathungen in Wien . . . . . —
Die Angelegenheit der ſpaniſchen Succeſſion wird dabei nicht erwähnt . . 264
Der Kaiſer tritt nicht für ſich ſelber ein, ſondern für die Schwächeren . . —
Abneigung gegen das Vorantreten der Holländer . . . . . —
Die Antwort des Kaiſers, vom 12. September, nicht eingehend 265

Der ſavoyiſche Friede und die Neutralität für Italien.

Ludwig XIV. läßt das Tedeum ſingen 265
Die italieniſchen Mächte für die Neutralität . . . . . —
Die Antwort des Kaiſers vom 12. September im Haag 266
Der Kaiſer macht durch Auersperg noch einen Verſuch bei Wilhelm III. . 267
Die Antwort des Königs, am 26. September . . . . . —
Unterredung des Grafen Portland mit Auersperg 269
Der Kaiſer willigt in den Friedens-Congreß 270
Spanien willigt in die Neutralität für Italien . . . . . —
Das Schreiben von Leganez an Quiros 271
Der Kaiſer wird dadurch zur Einwilligung gezwungen . . . . . —
Victor Amadeus verlangt für ſich die allgemeine Friedens-Vermittelung . . 273
Die Reden ſeines Geſandten Govone in St. Germain . . . . . —
Della Torre vor dem Könige Wilhelm III. 274
Der Kaiſer ſtreicht den Artikel der ſavoyiſchen Vermittelung . . . . . —

Rückwirkung des Abfalles von Victor Amadeus auf die Frage der Succeſſion in England.

Die Frage einer zweiten Heirath von Wilhelm III. 275
Sein Beſuch im Schloſſe Cleve, am 16. September 1696 276
Der König tritt nachdrücklicher als früher ein für die Kurwürde Hannovers 277
Der Stand dieſer Angelegenheit . . . . . —
Eine Andeutung bei der Kurfürſtin Sophie in Hannover in Betreff ihrer Succeſſion in England 279
Leibniz eifrig für den Gedanken dieſer Succeſſion . . . . . —
Sein Schreiben an die Kurfürſtin 280
Sie weiſt den Gedanken zurück . . . . . —
Die Frage nach dem Cauſal-Nexus zwiſchen den Intentionen Wilhelms III. und dem Briefe von Leibniz 281
Die Rede des Königs, vor dem Aufbruche nach England, zu dem Grafen Kaunitz, 9. October . . . . . —
Die Ueberfahrt des Königs, 5./15. October 283

Der allgemeine Stand der Dinge gegen das Ende des Jahres 1696.

Kaunitz über das von Frankreich gebotene Aequivalent für Straßburg . . 283
Die Urſachen der geringen Leiſtungen im Türkenkriege 284
Der Feldzug von 1696 . . . . . —

Digitized by Google

Seite
Czar Peter nimmt Asow 285
Der Plan eines Bombardements von Constantinopel . . . . . —
Der Zustand der kaiserlichen Heere 286
Der Bericht des Markgrafen Ludwig von Baden darüber . . . . . —
Die Reichstruppen . . . . . —
Die Kreise Schwaben und Franken 287
Markgraf Ludwig tritt für sie ein bei dem Kaiser . . . . . —
Sein Urtheil über die Reichsfürsten 288
Die Association der sechs den Rhein berührenden Kreise 289
Der Feldzug 1696 in Catalonien . . . . . —
Die Nachricht der Krankheit Carls II., im September 1696 . . . . . —
Ludwig XIV. verweist den Prinzen Conti auf die polnische Krone 290

Einundzwanzigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1697 und der Friede zu Ryswyck.

Der Stand der Dinge in England zu Ende 1696 und Anfang 1697.

Günstige Stimmung des Parlamentes für Wilhelm III. 291
Seine Thronrede vom 20./30. October 1696 292
Eine Reihe günstiger Beschlüsse 293
Die Adresse des Unterhauses vom 23. October (a. St.) 294
Die Zusicherung der Kriegesmittel 295
Contrast der Zustände von England mit Frankreich und Brandenburg . . —
Ausnutzung des Friedenswunsches von Holland durch Frankreich 296
Amsterdam 297
Die Reden des Callieres steigern sich 298
Die Ansichten des Königs Wilhelm über dies Verhältnis 299
Er arbeitet durch Heinsius dem Gelüste in der Republik zum Sonderfrieden entgegen 300
Er stimmt mit ein in die unberechtigten Vorwürfe wider den Kaiser . . . 301
Irrige Gerüchte über den Kaiser . . . . . —
Verhalten des Königs Wilhelm dabei 302
Er hält das Parlament zurück von Beschlüssen gegen eine Uebereilung des Friedens 303
Die englischen Staats-Secretäre von Wilhelm III. in die Friedenssache nicht eingeweiht . . . . . —
Die Angelegenheit des Sir John Fenwick 304
Seine Anklage gegen Shrewsbury, Marlborough, Godolphin, Russel . . . 305
Die Stellung des Königs Wilhelm III. zu diesen Anklagen . . . . . —
Seine Mittheilung der Sache an Shrewsbury 306
Die Antwort Shrewsburys . . . . . —
Er zieht sich zurück 307
Besonderes Motiv für ihn sich zurückzuziehen 308

Digitized by Google

Seite
Beseitigung Godolphins 309
Fenwick im Verhöre vor dem Könige . . . . . —
Die Flucht Goodmans 310
Die Sache des Fenwick im Unterhause . . . . . —
Die Correspondenz zwischen Russel und Shrewsbury über die Sache . . . —
Die Bill of attainder wider Fenwick im Unterhause 311
Marlborough und Godolphin 312
Die Bill of attainder im Oberhause . . . . . —
Die Gerüchte neuer Mordplane wider Wilhelm III. . . . . —

Die Friedenssache zu Ende 1696.

Callieres weigert sich eines schriftlichen Versprechens für die Anerkennung Wilhelms III. 314
Das Verhalten der Holländer . . . . . —
Erklärung des Grafen Kaunitz und des Congresses im Haag 315
Die Antwort des Königs, vom 13./23. November 1696 316
Er theilt dem Parlamente die Angelegenheit nicht mit . . . . . —
Die Stadt Amsterdam ist für ihn maßgebend 317
Seine Reden zu Auersperg und der eigentliche Grund derselben . . . . . —
Sein Bericht darüber an Heinsius 319
Die Rücksicht des Königs für Amsterdam trübt sein Verhältnis zum Kaiser 320
Unterredung von Kaunitz und Heinsius über die Friedenssache . . . . . —
Der Plan Ludwigs XIV. scheitert an der Furcht von Amsterdam 321
Amsterdam erklärt sich für die Forderung eines schriftlichen Versprechens von Ludwig XIV. für die Anerkennung 322
Das Urtheil in Paris über Callieres . . . . . —
Ludwig XIV. genöthigt die Weigerung des schriftlichen Versprechens zurückzunehmen 323
Er läßt sich durch die Königin Maria Beatrice darum bitten 324
Die Könige Ludwig XIV. und Jacob II. entsenden einen Agenten an den Kaiser . . . . . —
Die eigentliche Absicht Ludwigs XIV. dabei ist die Zwietracht unter den Verbündeten 326
Die Antwort des Kaisers an Wilhelm III. über die Gerüchte einer Unterhandlung mit Frankreich, 5./15. Januar 1697 . . . . . —
Callieres erklärt die Bereitwilligkeit zu einer schriftlichen Zusage der Anerkennung 327
Die Frage einer General-Accise im englischen Unterhause 328
Statt derselben die Capitation beschlossen 329
Die Stimmung in England über das durch Callieres gemachte Zugeständnis 330
Der König über dies Zugeständnis an Heinsius . . . . . —
Seine Willfährigkeit gegen Holland, insbesondere Amsterdam 331
Das Urtheil von Kaunitz darüber, zu Ende 1696 332
Die Erklärung von Heinsius im Sinne des Friedens . . . . . —
Die Ablehnung der holländischen Vorwürfe in Wien 333
Die englischen Friedens-Botschafter 334

Digitized by Google

Seite
Ryswyck von Frankreich vorgeschlagen 334
Unterredung Auerspergs mit dem Könige Wilhelm III. . . . . —
Der Kaiser will nicht ein Aequivalent für Straßburg und warnt vor Uebereilung 335
Die Einwände gegen die Kriegführung des Königs in Belgien 336
Seine Vermuthung, daß das Verhalten des Kaisers bedingt werde durch die Rücksicht auf die spanische Succession . . . . . —

Der Stand der Angelegenheit der spanischen Succession gegen Ende 1696.

Die französischen Versuche in Spanien 338
Der Kaiser geht nicht ein auf den Vorschlag bestimmterer Verträge mit den Seemächten . . . . . —
Seine Stellung zu Carl II. von Spanien nach 1694 339
Die Angelegenheit der Succession wird nicht berührt 340
Die Königin von Spanien hofft eigene Descendenz 341
Die Königin-Mutter Maria Anna ist für ihren Urenkel Joseph Ferdinand —
Der Kurfürst von Bayern, Max Emanuel . . . . . —
Vergleich der Einwirkung der ersten und der zweiten Gemahlin Carls II. 342
Tod der Königin-Mutter Maria Anna im Mai 1696 343
Die Grafen Harrach, Vater und Sohn, Bonaventura und Alois . . . . —
Die Versuche von Max Emanuel im Sommer 1696 344
Carl II. errichtet ein Testament zu Gunsten von Joseph Ferdinand, im September 1696 . . . . . —
Erbietungen Ludwigs XIV. nach Spanien 345
Die Aufträge für den Grafen Alois Harrach nach Spanien 346
Die kaiserlichen Räthe über den geheimen Artikel der Allianz von 1689. . —
Wilhelm III. zu Auersperg erkennt den Artikel als verpflichtend an . . . 347
Er will nicht eine Friedens-Bedingung dieser Art an Frankreich stellen . . —
Er weist in seinem Berichte an Heinsius auf die bayerischen Ansprüche hin 348
Die Republik will lieber Max Emanuel als den Kaiser zum Herrn von Belgien 349
Ludwig XIV. rechnet auf dies Interesse der Republik . . . . . —
Heinsius verneint das Gerücht einer Abmachung dieser Art . . . . . —
Wilhelm III. und Heinsius haben Kunde von jenem Testamente Carls II. 350
Portland erneuert vor Auersperg die Versicherung Wilhelms III. 351
Auersperg erwiedert, daß ohne jene Bedingung der Friede nur ein Waffenstillstand sei 352
Die Rücksicht Wilhelms III. auf Holland in Betreff der Angelegenheit der spanischen Succession . . . . . —
Er will diese Sache nicht zu einem Artikel des Friedens machen. 353
Ludwig XIV. kennt den geheimen Artikel der Allianz von 1689 . . . . . —
Diese Kunde der Schlüssel seiner Friedensneigung 354
Das Verhalten Wilhelms III. ihm darin günstig . . . . . —
Carl II. wünscht Hülfe für Barcelona durch eine Flotte 355
Einwendungen Wilhelms III. . . . . —
Er gibt dennoch das Versprechen, 23. März/2. April 356

Digitized by Google

Seite

Fortgang der Friedens-Angelegenheit im Haag.

Die kaiserlichen Botschafter erklären sich bereit über die französischen Präliminarien zu verhandeln 357
Der Congreß im Haag nimmt die schwedische Vermittelung an 358
Das Friedens-Präliminare vom 10. Februar 1697 . . . . . —
Das Dictat über die Anerkennung Wilhelm III. 359
Die Protestation Jacobs II. an die katholischen Fürsten . . . . . —
Die Protestation an die protestantischen Fürsten 360
Die Freude des Königs Wilhelm III. über den Weg zum Frieden 361
Neue französische Gerüchte über ein Einverständnis ihrerseits mit dem Kaiser 362
Auersperg protestirt bei Portland gegen ein Aequivalent für Straßburg . . 363
Eben so bei dem Könige 364
In Wien die Besorgnis vor einem Sonderfrieden 365
Wilhelm III. läßt sich nicht ein auf eine Garantie dagegen 366
Er empfiehlt das Aequivalent für Straßburg 367
Die besonderen Unterredungen der Holländer mit den Franzosen dauern fort —
Aeußerungen Wilhelms III. darüber 368
Auch Wilhelm III. hat damals den Maßstab des Charakters von Leopold I. verloren 369
Frankreich zaudert, um zurückzuziehen 370
Der Kaiser sucht die Hindernisse des Ceremoniells zu beseitigen 371
Er besteht dagegen auf der Forderung eines Präliminare für Lothringen . 372
Don Quiros erhält Instruction für den schleunigen Abschluß des Friedens 373
Der Beschluß für Ryswyck als Congreß-Ort . . . . . —
Erklärung der kaiserlichen Botschafter über ihre Forderungen 374
Die schwedische Vermittelung bleibt trotz des Todes von Carl XI. . . . . —

Der Stand der Dinge in England.

Die Haltung des Parlamentes im März und April fortdauernd günstig . . 375
Die Thronrede des Königs, 16./26. April 1697 . . . . . —
Sunderland zum Mitgliede der Regentschaft ernannt 376

Die Friedens-Verhandlungen im Schlosse zu Ryswyck.

Beginn derselben 377
Die kaiserlichen und die französischen Botschafter 378
Die geheimen Beredungen der Holländer mit den Franzosen dauern fort . —
Die Angelegenheit Jacobs II. 379
Schwächezustand Wilhelms III., im Mai 1697 . . . . . —
Die Uebermacht Frankreichs im Felde 380
Abermals die Rücksicht Wilhelms III. auf Holland, besonders auf Amsterdam —
Die Umschließung von Ath, im Mai und Juni 1697 381
Wilhelm III. erwägt die Frage des Abbruches der Friedenshandlung . . . —
Kaunitz zu Heinsius über die Lage der Dinge 382
Die französischen Botschafter suchen hinzuzerren 383

Digitized by Google

Seite

Der Stand der Sache der Verbündeten.

In Belgien 383
In Catalonien 384
Die Friedensgeneigtheit in Madrid . . . . . —
Die Haltung der Holländer gegenüber den Franzosen wird fester, im Juni 385
Aehnlich die Stimmung in England . . . . . —
Der Antrag von Kaunitz zur Beschleunigung der Sache, 19./29. Juni . . 386
Die Krisis der Friedenssache 387

Die Beredungen von Portland und Boufflers.

Der Entschluß des Königs Wilhelm für diese Unterredungen 388
Der Vortheil der Position auf französischer Seite 389
Die erste Beredung, am 8. Juli . . . . . —
Die Ansicht des Königs gegenüber Heinsius 391
Die Superiorität Ludwigs XIV. in seiner Antwort 392
Die Ansicht Lilienroths über das Verhältnis des Königs zu den Holländern 394
Die englischen Friedens-Botschafter nicht unterrichtet . . . . . —
Der Rückschlag der Beredungen von Portland und Boufflers auf die Verhandlungen in Ryswyck 395
Die Haltung der reichsfürstlichen Botschafter . . . . . —

Die polnische Königswahl.

Die Bewerber um die Krone 396
Der Kurfürst Friedrich August 397
Die Thätigkeit Flemings . . . . . —
Die Wahl, 27. Juni 398

Die weiteren Beredungen zwischen Portland und Boufflers.

Die zweite Zusammenkunft, 15. Juli 398
Wilhelm III. läßt durch Heinsius den anderen Botschaftern Mittheilung machen 400
Die dritte Zusammenkunft von Portland und Boufflers, 20. Juli . . . . —
Die Differenz der Berichte in Betreff eines anderen Aufenthaltes für Jacob II. 401
Rückwirkung der Beredungen von Portland und Boufflers auf die Friedenssache im Congresse . . . . . —
Das französische Friedens-Project mit der Vorschrift eines Termines, 20. Juli 402
Das Verhalten des Vermittlers Lilienroth . . . . . —
Das Monitum von Seiten der protestantischen Reichsstände 403
Das Urtheil Wilhelms III. über die französische Termin-Setzung . . . . —
Die Mittheilungen Portlands an Auersperg 404
Die Erwägungen Ludwigs XIV. über die in Betreff Jacobs II. an Portland vorgeschlagenen Ausdrücke 406
Die vierte Zusammenkunft von Portland und Boufflers, 26. Juli 407
Die Urtheile über den Grafen Kinsky 408

Digitized by Google

Seite
Unterredung zwischen Portland und Auersperg, 26. Juli 409
Die Eröffnung des Königs an Auersperg für den Frieden 410
Die Thatlosigkeit des Feldzuges in Belgien 411
Warnung Lilienroths an die Kaiserlichen . . . . . —
Unterredung zwischen Kaunitz und Heinsius 412
Verschiedene Gerüchte . . . . . —
Die Stellung des Königs Wilhelm III. zu den anderen Verbündeten . . . 413
Die fünfte Zusammenkunft zwischen Portland und Boufflers, 2. August . . 414
Unterredung der holländischen Botschafter mit den kaiserlichen, 12. August . 415
Das Urtheil der letzteren über den Stand der Dinge 418

Der Stand der Dinge in Spanien.

Die Sendung des Grafen Alois Harrach 418
Das Testament Carls II. zu Gunsten von Joseph Ferdinand cassirt . . . 419
Die Königin und der spanische Staatsrath . . . . . —
Die Sendung des Grafen Bonaventura Harrach 420
Die Abneigung der Königin wider Oropesa . . . . . —
Harrachs Audienz bei Carl II., am 16. Juni 1697 421
Das Schreiben Carls II. an den Kaiser, 25. Juni 1697 423
Die Eröffnungen Montereys zu Harrach 424
Er verlangt vor der Feststellung der Succession die Aenderung der Regierung 425
Das Bedenken des Königs den Staatsrath zu befragen 426
Die steigende Bedrängnis von Barcelona . . . . . —
Die Capitulation 427
Der Nachtheil des Falles von Barcelona für die Sache des Kaisers . . . —
Unterredung Harrachs darüber mit Monterey 428
Einwürfe des Staatsrathes gegen kaiserliche Truppen . . . . . —
Die Königin über die Unentschlossenheit Carls II. 429
Das Urtheil des Grafen Aguilar 430

Fortgang der Verhandlungen in Ryswyck.

Die Erfolge der Franzosen gewichtig für ihre Ueberlegenheit in Ryswyck . 430
Wilhelm III. über das Zaudern der Franzosen, 25. August 431
Die kaiserlichen Botschafter nehmen die französischen Präliminarien nochmals an, 30. August 432
Die Verhandlungen am 31. August 1697 . . . . . —
Die französische Erklärung vom 1. September 1697 433
Verhalten der Botschafter der Verbündeten dagegen 434
Heinsius über den französischen Plan 435
Das Urtheil Lilienroths . . . . . —
Sein Vorschlag an Frankreich in Betreff Lothringens 436
Die Ansicht des Königs Wilhelm über das französische Auftreten vom 1. September 437
Das Verhalten der Bürgermeister von Amsterdam . . . . . —
Neue Unterredung zwischen Portland und Boufflers, 11. September . . . 438

Digitized by Google

Seite
Das Verfahren Ludwigs XIV. berechnet auf Amsterdam 439
Der König Wilhelm über diese Krisis der Friedenssache 440
England in dieser Angelegenheit nicht gefragt . . . . . —
Lord Villiers und der Staats-Secretär Shrewsbury über die Sachlage . . —
Der Eifer der Reichsstände 442
Amsterdam gibt den Ausschlag für den Frieden . . . . . —
Wilhelm III. gibt Straßburg verloren 443
Die Reden des Brandenburgers Schmettau . . . . . —
Holland, England, Spanien zeichnen den Frieden, am 20. September . . 444
Waffenstillstand des Reiches mit Frankreich 445
Die thatsächlichen Vortheile des Friedens für die verbündeten Mächte . . —
Die Urtheile Wilhelms III. und Portlands 447
Das Verhalten der kaiserlichen Botschafter . . . . . —

Der Sieg bei Zenta.

Rückblick auf den Türkenkrieg 448
Französische Bethörungen in Constantinopel . . . . . —
Der Kurfürst Friedrich August als Feldherr 449
Der Prinz Eugen von Savoyen an die Stelle Capraras . . . . . —
Er erhält den Oberbefehl, im Juni 1697 450
Der Feldzug im August und September 451
Die Schlacht bei Zenta, 11. September 452
Der Bericht des Prinzen Eugen 453
Die Meldung des Kaisers an Wilhelm III. 454

Ludwig XIV. und Jacob II. nach dem Friedensschlusse.

Die Mittheilung durch Ludwig XIV. an Jacob II. 455
Das Jahrgeld für die Königin Marie Beatrice 457
Jacob II. protestirt öffentlich gegen die Schädigung seiner Rechte durch den Frieden 458
Unzufriedenheit in Paris mit dem Friedensschlusse . . . . . —

Der Verlust Straßburgs und die Ryswycker Clausel.

Die reichsständischen Gesandten nöthigen die Kaiserlichen zum Verzichte auf Straßburg 460
Entstehung der Ryswycker Clausel . . . . . —
Heftige Erregung der Gesandten der protestantischen Mächte 463
Die Alternative des Friedens oder des Krieges, am 29. October 464
Die Verhandlung der protestantischen Reichsstände mit den katholischen, am 30. October . . . . . —
Wilhelm III. über den Stand der Dinge, am 31. October 466
Sein Mistrauen gegen den Kaiser nicht gerechtfertigt 467
Die französischen Botschafter verweigern jede Aenderung 468
Die Frage der Fortsetzung des Krieges . . . . . —
Die französischen Botschafter bewilligen Frist für die Unterzeichnung . . . 469

Digitized by Google

Seite
Die Unterzeichnung des Friedens von Seiten des Kaisers und des Reiches, 30/31. October 469
Protest der evangelischen Reichsstände, 4. November . . . . . —
Wirkung des Mistrauens wider den Kaiser bei Wilhelm III. 470

Die Sanction der Gesetze wider die Katholiken in Irland.

Harte Beschlüsse des irischen Parlamentes, im Sommer 1697 470
Bemühungen des Residenten Hoffmann wider die Sanction 471
Diejenigen des Grafen Auersperg 472
Die Antwort Blathwayts 473
Auersperg wendet sich an Portland . . . . . —
Das Urtheil Ludwigs XIV. über die Ordenspersonen in England und Irland 474
Neue Bill des irischen Parlamentes für die Sicherheit des Königs 475
Die Erwägungen Hoffmanns darüber . . . . . —
Der geheime Rath der Regentschaft nicht geneigt für die Sanction 476
Der König, unter dem Eindrucke der Ryswycker Clausel, sanctionirt . . . —
Betrachtung über diesen Act der Leidenschaft 477

Die Wirkung der Ryswycker Clausel auf Engländer und Holländer.

Auersperg und Jersey 478
Auersperg und Dykvelt 479
Die Clausel unvereinbar mit der Politik des Kaisers 480
Der Argwohn der protestantischen Reichsstände erhält sich . . . . . —
Der Plan Ludwigs XIV. bei dieser Clausel . . . . . —

Die damalige Stellung Wilhelms III. zu dem Kaiser in Betreff der spanischen Succession.

Unterredung von Portland und Auersperg über das Reich und Spanien . 483
Die Berathung in Wien über das Schreiben Carls II., vom 25. Juni. . 486
Schreiben des Kaisers an Auersperg, 11. October 487
Audienz des Grafen Auersperg bei Wilhelm III., 5. November 489
Gerücht über eine Hinneigung Wilhelms III. zu Frankreich 490
Die Verhandlungen von Kaunitz und Auersperg mit Heinsius 491
Der König und Heinsius wollen nicht in bestimmter Weise sich für die Ueberführung des Erzherzogs erklären . . . . . —
Sie erkennen den geheimen Artikel der Allianz von 1689 an 492
Sie verlangen eine Verständigung des Kaisers mit Max Emanuel . . . . —
Unbegründete Vorwürfe wider den Kaiser 493
Der Stand der Successions-Frage in Spanien 494
Die spanische Meinung von der Untrennbarkeit der Monarchie . . . . . —
Die Mahnung des Kaisers an Carl II. von Spanien, 24. October 1697 . 495
Die Verworrenheit in Spanien 496
Die Frage der Haltung der Königin Maria Anna . . . . . —
Audienz Harrachs bei Carl II., 12. December 1697 497

Digitized by Google

Seite

Carl II. einerseits und andererseits Wilhelm III. und Heinsius abhängig von einander in ihren Entschlüssen 498
Die Kaiserlichen nicht eifrig sofort die Allianz zu erneuern . . . . . —
Wilhelm III. und Heinsius suchen Belgien zu sichern 499
Vertrag mit Max Emanuel über das Einlegen holländischer Besatzungen in Belgien 500
Audienz der französischen Botschafter bei Wilhelm III. . . . . —
Aufbruch des Königs nach England, im November 1697 501

Digitized by Google

Vorwort zum siebenten Bande.

Wie bei der Veröffentlichung des fünften und sechsten Bandes dieses Werkes der Unterzeichnete die Ehre hatte, ein Schreiben des heiligen Vaters Pius IX., das Werk überhaupt betreffend, vorangehen lassen zu können: so hat er auch jetzt in Betreff der erst genannten Bände die freudige Genugthuung, aus einem Schreiben des hochwürdigsten Herrn, Monsignore Nocella, Secretärs für die lateinischen Ausfertigungen, einige im Auftrage des heiligen Vaters Pius IX., vom 12. September 1877, abgefaßte Worte hier voranzusetzen. Sie lauten:

Optat autem et sperat Pater Beatissimus, lucubrationes tuas non modo privatis hominibus, sed etiam iis qui publicis funguntur officiis salutari documento futuras, hoc praesertim tempore quo improbitati gloria tribuitur et contemptus ac dedecus in virtutem conjicitur.

Digitized by Google

Von wohlwollender Seite ist mir mehrfach der Einwand entgegen gehalten, daß der Titel des Werkes demselben nicht völlig entspreche, daß ich es als eine europäische Geschichte jener Zeit hätte bezeichnen dürfen und im Interesse der Sache es thun müssen. Ich kann indessen diesen Einwand nicht als gültig anerkennen. Der Titel: europäische Geschichte ist so weit, so umfassend, würde den Leser zu so vielen Ansprüchen an den Verfasser berechtigen, daß ich bezweifele, ob jemals irgend ein Mensch, der die Wucht einer solchen Aufgabe und das Maß der eigenen Kräfte wirklich kennt und beide gegen einander abzuwägen versteht, es wagen würde, ein Werk unter einem solchen Titel in die Welt zu senden. Ich habe mich beschränken zu müssen geglaubt. Mag der Titel meines Werkes: Der Fall des Hauses Stuart und die Succession des Hauses Hannover in Groß-Britannien und Irland, im Zusammenhange der europäischen Ereignisse — Manchem als weitschichtig erscheinen: für die Aufgabe, die ich mir gestellt, dürfte er kürzer nicht zu fassen sein. Wie mir darum die Pflicht obliegt, die Aufgabe in der gestellten Form zu lösen: so habe ich meinerseits das Recht, zu verlangen, daß mein Werk im Sinne der eigentlichen Aufgabe beurtheilt werde. Ich habe dieselbe schärfer als es durch den Titel geschehen konnte, gekennzeichnet durch das vorauf gesendete Programm (Bd. I, S. 1 bis 4). Es ist darin zur Genüge hervorgehoben, daß die Frage der Thronfolge in England während jener ganzen Zeit nicht bloß dieses Königreich betrifft, sondern das gesammte Europa angeht.

Eben darum liegt auf den letzten Worten des Titels meines Werkes ein schweres Gewicht. Sie enthalten dasjenige Merkmal, welches mein Werk von den englischen über dieselbe Zeit unterscheidet. Man darf nicht sagen, daß die englischen Geschichtswerke die Beziehungen von England zu dem übrigen Europa außer Acht lassen; aber sie legen ihnen durchweg nicht das Gewicht bei, welches sie wirklich gehabt haben. Gerade dies ist die Aufgabe meines Werkes, nämlich den Contact, die Wechselwirkung zu beleuchten, in welcher damals England mit dem übrigen Europa gestanden. Will man daher mein Werk eine europäische Geschichte jener Zeit nennen: so habe ich gegen eine solche Bezeichnung von anderer Seite nichts einzuwenden, nur freilich so, daß für meine Aufgabe und meine Darstellung England im Mittelpuncte steht.

Digitized by Google

Man gestatte mir, auf dies Verhältnis noch etwas näher einzugehen, sowohl in Bezug auf die Anlage des ganzen Werkes, als besonders dann in Betreff der zwei jetzt erfolgenden Bände, welche die sechs Jahre vom Ende 1694 bis zum November 1700 enthalten.

Die in der europäischen Geschichts-Literatur gängigen Ansichten über die Zeit, welche das vorliegende Werk umfaßt, also von der Herstellung Carls II. in England an bis zur Thronbesteigung Georgs I., oder vom pyrenäischen Frieden bis zu demjenigen von Rastadt, also von 1659 bis 1714, theilen sich durchweg nach zwei Richtungen, von denen man die eine als die französische, die andere als die englische bezeichnen dürfte. Denn allerdings hat sich nur bei diesen beiden Nationen eine Gesammtauffassung jener Zeiten in mehreren geschichtlichen Werken damals gleich ausgeprägt, für Frankreich zuerst durch das bändereiche Werk des Zeitgenossen St. Simon, und, kürzer zusammen gefaßt, dann durch das Buch Voltaires über das Zeitalter Ludwigs XIV. — in England durch die Zeitgeschichte des anglicanischen Bischofs Burnet. Diese Schriftsteller haben Jeder eine Tradition geschaffen, welche die Späteren, ungeachtet vieler Einwürfe oder auch Berichtigungen im Einzelnen, dennoch in den Hauptzügen festgehalten haben.

Von den beiden anderen Großmächten jener Zeit her, der Republik der Niederlande und dem römischen Kaiser Leopold, ist nicht gleich damals eine ähnliche, ihrer Haltung entsprechende Tradition fixirt. Die Holländer Sylvius und Lamberty nach einander haben uns ihre reichen, höchst werthvollen Sammelwerke hinterlassen, welche, so oft sich auch in den eigenen Bemerkungen und Ausführungen die holländische Auffassung der Dinge wieder spiegelt, doch schon wegen ihrer Anlage und ihres Umfanges nicht geistiges Gemeingut werden konnten, in der That auch es so wenig geworden sind, daß der spätere, sonst so fleißige Wagenaar, das Werk seines Landsmannes Sylvius nicht mehr gekannt zu haben scheint.

Die Auffassung jener Zeiten von kaiserlicher Seite her könnte man sich als vertreten denken durch die ausführlichen Werke Wagners, der Historia Leopoldi Magni und der Historia Josephi. Die Schriften Wagners werden oft, wie es sich gebührt, mit Lob genannt, weniger jedoch gekannt. Sie haben nicht eine österreichische, oder gar

Digitized by Google

noch weniger eine deutsche Tradition über jene Zeiten begründet, wie Voltaire eine französische und Burnet eine englische. Es würde zu weit führen dies im Einzelnen darlegen zu wollen: ein hauptsächliches Hindernis, daß das Werk Wagners nicht Gemeingut werden konnte, bestand jedenfalls in der Sprache, in der er geschrieben hat, der lateinischen.

Es liegt mir fern, die späteren, zum Theile sehr werthvollen geschichtlichen Arbeiten über die österreichische Zeit unter den Kaisern Leopold I. und Joseph I. verkennen zu wollen. Aber, wie sich keine derselben zum Ziele gesetzt hat, die europäische Stellung namentlich des römischen Kaisers Leopold in ihrer Gesammtheit zur Anschauung zu bringen: so vermögen sie schon deshalb nicht die höhere Aufgabe zu erfüllen, welche dem hochverdienten Wagner bei seinem Werke vorgeschwebt hat, nämlich die Basis einer österreichischen Tradition über jene Zeit zu schaffen.

Das Verhältnis gibt sich äußerlich kund durch die Thatsache, daß die Denkwürdigkeiten von St. Simon, so wie die leicht hingeworfene Zeichnung des Zeitalters von Ludwig XIV. durch Voltaire, andererseits die Zeitgeschichte von Burnet, wieder gedruckt und gelesen werden bis auf unsere Tage, daß dagegen das Werk Wagners in Oesterreich selber fast wie verschollen, nur der gelehrten Forschung zugänglich ist.

Dieser Mangel eines festen Anhaltspunctes für eine österreichische Tradition über jene Zeit hat eine Reihe von Uebelständen nach sich gezogen. Zunächst für die geschichtliche Kunde in Oesterreich selbst. Während in Frankreich die herkömmlichen Meinungen von dem Zeitalter Ludwigs XIV. in Aller Munde sind, während in England über die Zeit der beiden letzten Stuart-Könige, Wilhelms III. und der Königin Anna, wenigstens in Bezug auf England selbst, eine ungemein reiche Geschichts-Literatur existirt — darf unbedenklich gesagt werden, daß in der österreichischen Monarchie die Kunde der großen Zeit Leopolds I. durchweg sich nicht bloß als mangelhaft erweist, sondern, was schlimmer, als versetzt mit vielen, aus der Fremde her importirten Irrthümern zum Nachtheile jenes Kaisers und seiner Monarchie.

Und eben dies führt uns auf einen anderen Uebelstand in Folge jenes Mangels.

Digitized by Google

Weil sich im achtzehnten Jahrhunderte gegenüber der französischen und der englischen Tradition nicht auch eine selbständige österreichische Tradition in Betreff der Leopoldinischen Zeit entwickelte: so fehlte es in der gesammt-europäischen Auffassung an dem Correctiv, namentlich gegenüber dem Ueberwachsen der ersteren Tradition, der französischen. Wie diese für die drei letzten Jahrhunderte überhaupt der Regel nach feindselig wider Oesterreich ist: so namentlich für die Zeit des römischen Kaisers Leopold. Sie nährte eine lange Reihe von Vorurtheilen wider Oesterreich, und zwar um so mehr, je geringeren Widerspruch sie dabei fand. Vermöge der Uebermacht der französischen Literatur verbreiteten sich diese Vorurtheile durch Europa, und fanden namentlich auch in diejenigen deutschen Länder Eingang und Verbreitung, welche politisch wider Oesterreich standen. Der König Friedrich II. von Preußen, der eigentliche Begründer seines Staatswesens, folgt in seinen geschichtlichen Anschauungen über das Zeitalter Ludwigs XIV. durchweg der französischen Tradition, wie sie durch Voltaire ihre künstlerische Form gefunden. Es dürfte nicht schwer sein, auch in den späteren preußischen Historikern gar manche verwandte Anklänge nachzuweisen.

Anders verhält es sich mit der an sich selbständigen englischen Tradition über jene Zeit.

Der König Wilhelm III. als Holländer hat die Neigung der Engländer, ihre Insel als eine abgeschlossene Welt für sich anzusehen, oft mit scharfen Worten gezeichnet. Dennoch vermochte gerade er vor Allen die Realität der Dinge im großen politischen Leben, die innige Verkettung der Interessen von England mit denen der anderen europäischen Völker, ihnen zu so klarer Erkenntnis zu bringen, daß diese Erkenntnis auch durch die That sich bewährte. Unter seiner Führung warf England zweimal sein ganzes Gewicht in die Wage gegen Frankreich, und nahm ganz besonders in Betreff der Erbfolge in Spanien die Sache Oesterreichs auf und hielt für eine Reihe von Jahren sie fest als wäre sie die eigene.

In der späteren geschichtlichen Betrachtung der Dinge jedoch überwog dann jene von Wilhelm III. gezeichnete Neigung. Keine andere Nation neuerer Zeit besitzt einen solchen Reichthum an Geschichtswerken überhaupt, welche nämlich in Wahrheit diesen Namen

Digitized by Google

verdienen, als die englische. Bei keiner anderen Nation hat namentlich auch diejenige Zeit, mit welcher diese Bände sich beschäftigen, so viele Forscher und Darsteller gefunden, als bei der englischen. Aber so eingehend, so lehrreich diese Werke sind, so lange sie sich mit den Zuständen und den Personen von England beschäftigen: so erreicht doch, der Regel nach, diese Vortrefflichkeit ihr Ende mit dem Saume der englischen Küste, und es gilt im Allgemeinen über sie das Wort Bolingbrokes: „Unsere englischen Historiker, sobald sie die Angelegenheiten anderer Länder berühren, sind der Mehrzahl nach kaum lesenswerth".

Die Nachtheile dieses Verhaltens der englischen Historiker zu den Angelegenheiten des Auslandes äußern sich dann aber in doppelter Weise: zuerst in der geringen Kenntnis derselben an sich, dann aber, und zwar noch viel mehr, in der ungenügenden Würdigung des Einflusses, welchen der Contact mit den anderen Ländern und Völkern auf England geübt hat.

Man gestatte mir, dies an einem besonderen Beispiele klarer zu machen. Hallam sagt: The war of 1689, and the great confederacy of Europe, which William alone could animate with any steadiness and energy, were most evidently and undeniably the means of preserving the independence of England [1]). Nehmen wir diese Worte Hallams als völlig richtig an: so läge doch dann die Frage nah: woher kam diese große Conföderation, diese Allianz von 1689? — Diese Frage untersucht Hallam eben so wenig wie irgend ein anderer englischer Historiker auch nur mit Einem Worte. Es steigt ihnen daher auch der Gedanke nicht auf, daß die Initiative dieser Allianz vom 12. Mai 1689 ausging von dem römischen Kaiser Leopold [2]), und daß darum diesem fremden Herrscher England zu hohem Danke verpflichtet ist.

Ein hauptsächlicher Grund der Unkunde in diesem Falle mag darin liegen, daß Wilhelm III. das Actenstück der großen Allianz vom 12. Mai 1689 allein unterschrieben hat, ohne Gegenzeichnung eines Ministers, und auch nachher, während des Krieges, ungeachtet

---

[1]) Constitutional History. Ch. XV.

[2]) Ich habe dies im vierten Bande meines Werkes ausführlich dargethan.

Digitized by Google

der wiederholten Anheimgabe des Kaisers, sich nicht hat entschließen können, es dem Parlamente zur Bestätigung vorzulegen. Das Parlament erhielt keine Kunde von dem Inhalte der Allianz, welcher Hallam die Rettung der Unabhängigkeit von England beimißt. Es lernte denselben erst später kennen, im Jahre 1701, als Wilhelm III., um dies Mal von dem Parlamente zu einer zweiten großen Allianz autorisirt zu werden, sämmtliche Verträge vorlegte, also auch jenen von 1689. Damals hatte die Kunde kaum mehr als eine historische Bedeutung. Und so mag es gekommen sein, daß diese nur historische Kunde sich von dem Parlamente aus nicht weiter fortpflanzte, jedenfalls nicht in die englische Geschichts-Literatur überging.

Ein anderes Beispiel der Unkunde englischer Historiker über alles Nicht-Englische betrifft Hannover, nämlich das Verhalten des dortigen kurfürstlichen Hauses zu der Aussicht auf die Thronfolge in England. Von Burnet an bis auf unsere Zeit dürfte auch nicht ein einziger englischer Historiker sich finden, welcher nicht von der Ansicht ausginge, daß das kurfürstliche Haus in Hannover die Thronfolge in England lebhaft gewünscht, und daß dieser Wunsch das politische Verhalten desselben bestimmt habe, sowohl England gegenüber, als überhaupt in den europäischen Angelegenheiten jener Zeit. Namentlich ist eine Aeußerung, welche man der Kurfürstin Sophie beilegt, in England zu einer Art nationaler Tradition geworden. Lord Stanhope gibt in seiner Geschichte Englands diese Aeußerung in der Form: She used to say that she should die happy, if she could only live to have „Here lies Sophia, Queen of England", engraved upon her coffin.

Dagegen muß wiederholt werden, was ich in der Einleitung zu meiner Ausgabe der Correspondenz der Kurfürstin Sophie mit Leibniz (Bd. III, S. LXXVI) bemerkt habe, daß keiner von allen denen, welche diese Aeußerung erzählen, jemals nachgewiesen hat, wann, wo, zu wem, die Kurfürstin Sophie auch nur ein einziges Mal sie gethan haben kann. Dagegen liegt eine lange Reihe Aeußerungen von ihrer eigenen Hand schriftlich vor, die mit jener genannten völlig unvereinbar sind.

Und dies führt uns auf das Wesen der Sache. Von dem kurfürstlichen Hause in Hannover ging nicht ein Wunsch, ein Trachten nach der englischen Krone aus. Es verhielt sich vielmehr gegen die

Digitized by Google

dargebotene Aussicht zuerst abgeneigt. Aber Wilhelm III. und die englische Nation bedurften des Hauses Hannover für die Sicherung der Unabhängigkeit Englands, für welches die Wiederkehr des Hauses Stuart gleichbedeutend erschien mit der Dienstbarkeit für Frankreich. Darum trugen König und Parlament dem Hause Hannover die Thronfolge an. Das Haus Hannover nahm an. Aber darüber ging es nicht hinaus. Man darf sagen, daß das Haus Hannover um die Thronfolge in England keinen Schritt gethan, als diejenigen der Annahme dessen, was von der englischen Nation aus ihm entgegen getragen wurde. Die Thronfolge des Hauses Hannover in England ist lediglich die Sache der englischen Nation, welche — ich wiederhole es — derselben bedurfte für die Sicherung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit.

Indem dagegen die englische Tradition ausgeht von der Annahme eines Wunsches, eines Trachtens von Seiten des Kurhauses nach der Thronfolge dort, verkennt sie sowohl dies geschichtliche Verhalten desselben an sich, als auch die Rückwirkungen, die dasselbe zur Zeit der Königin Anna mehr als einmal auf England übte.

Ich darf hinzufügen, daß die Kunde des Verhaltens namentlich der Kurfürstin Sophie gegenüber der Aussicht auf die englische Thronfolge, die sich mir aus ihren eigenen handschriftlichen Aeußerungen erschloß, den Keim ausmacht, aus welchem diese meine geschichtliche Arbeit empor gewachsen ist.

Wie die englische Geschichtschreibung jener Zeiten der Regel nach nur das specifisch Englische pflegt, und zwar auch wieder fast nur nach englischen Berichten, die nicht immer gerecht sind gegen andere, wenn auch verbündete Mächte: so liegt ganz besonders den Engländern die Gefahr nahe, in Betreff anderer Mächte, namentlich wo sich in diesen nicht eine selbständige Geschichts-Literatur entwickelt hat, die ihnen nächst gelegene und zugleich mächtigste Tradition aufzunehmen, nämlich die französische. Dies zeigt sich in auffallender Weise in der Beurtheilung der beiden Persönlichkeiten, die politisch und moralisch wie zwei Pole einander gegenüber stehen: des römischen Kaisers Leopold I. und des französischen Königs Ludwig XIV. Das Urtheil der englischen Historiker über den letzteren hat sich im Laufe der Zeiten so sehr gemildert, daß der glühende Haß der englischen Zeitgenossen des französischen Königs

Digitized by Google

wider ihn kaum noch erklärlich erscheint. Die Anerkennung und Hochachtung dagegen, welche der König Wilhelm und das englische Parlament dem römischen Kaiser Leopold entgegen trugen, und die doch auch Burnet noch hervorhebt, ist im Laufe der Zeiten geschwunden. Namentlich hat Macaulay einige von Wilhelm III. in unberechtigter Aufwallung gesprochenen Worte zu einer ungünstigen Charakteristik Leopolds benützt [1]), ohne zu wissen, wie oft und vielfach in anderen Aeußerungen gerade Wilhelm III. dem Kaiser seine Anerkennung dargebracht hat.

Allerdings hat in England nicht bloß die Einwirkung der französischen Geschichtschreibung nachtheilig für den Kaiser Leopold gewirkt. Auch ein höchst bedeutender englischer Schriftsteller hat erheblich dazu beigetragen, nämlich Bolingbroke. Als Staatsmann hatte er dem Kaiserhause schweres Unrecht zugefügt, und daher erfüllte sich an ihm als Schriftsteller das Wort des Tacitus: Facile est odisse quem laeseris.

Die englische Geschichtschreibung jener Zeit hat auch da wo sie die Angelegenheiten anderer Länder Europas mitberührt, sich dafür in der Regel auf die heimischen Quellen beschränkt. Es ist richtig, daß Einzelne auch die Pariser Archive benutzt haben. Aber niemals hat z. B. ein englischer Historiker, der die Thronfolge des Hauses Hannover in England mit in den Kreis seiner Besprechung gezogen, sich nach Hannover begeben, um von dort her aus den authentischen, im königlichen Archive aufbewahrten Aeußerungen der betheiligten Persönlichkeiten die englische Kunde des Sachverhaltes zu ergänzen. Niemals ferner hat ein englischer Historiker sich bemüht, im k. k. Archive in Wien nachzuforschen, was die unparteilichen, aber für England wohlwollend gesinnten Gesandten nach Pflicht und Gewissen dem Kaiser über die dortigen Zustände berichtet haben. Nur über das eine Jahr 1688 hat die Marquise Campana de Cavelli in ihrem Werke: Les derniers Stuarts die Mehrzahl der Berichte des kaiserlichen Residenten Johann Philipp Hoffmann in London, aus dem k. k. Archive mitgetheilt. Diese Berichte dürften den werthvollsten Theil des genannten Werkes ausmachen. Aber Hoffmann berichtete dem Kaiser in derselben Weise fünfunddreißig Jahre lang, klar, anschaulich, gerecht gegen alle

[1]) Man sehe in diesem Bande S. 337.

Digitized by Google

Parteien, und wohlwollend für die Engländer, die insgesammt ihn nicht als Fremden zu betrachten pflegten. Die innere Geschichte nicht weniger wichtiger Parlaments-Beschlüsse, über welche die englischen Quellen nicht immer reichlich fließen, dürfte für die Nachwelt nur noch in den Berichten Hoffmanns erhalten sein. Und eben nur auf Grund solcher Berichte von zugleich kundiger und gerechter Hand darf der Nicht-Engländer es wagen, dies Gebiet parlamentarischer Geschichte zu betreten.

Dazu kommt, daß Hoffmann nur der ständige Resident war, daß neben oder über ihm der Regel nach ein kaiserlicher Gesandter in London weilte, oder den König Wilhelm III. auf dem Feldzuge begleitete. Ich habe im Vorworte zum ersten Bande die Namen der früheren genannt: von diesem siebenten Bande an werden nach einander die Namen der Grafen Auersperg und Wratislaw, und später unter der Königin Anna der Graf Gallas ihre Bedeutung haben. Ich darf sagen, daß bei der geringen Neigung Wilhelms III. seine englischen Minister bei den auswärtigen Angelegenheiten zu betheiligen, manche seiner Schritte nur durch die Berichte der Gesandten, denen er sein Vertrauen schenkte, zur Klarheit gelangen. Ich nenne hier vor Allem das Zu-Stande-Bringen der großen Allianz vom 7. September 1701, welches er dem Grafen Wratislaw gegenüber, den er willig als Gehülfen anerkannte, als das Meisterstück seines politischen Lebens bezeichnete.

Dies indessen ist nur die englische Seite der Sache.

Indem ich, um das Verhalten des kurfürstlichen Hauses in Hannover gegenüber der Aussicht auf die Thronfolge in England nach allen Seiten klar zu stellen, namentlich auch die gleichzeitigen Berichte im k. k. Archive zu erforschen bemüht war, trat mir überall die enge Verkettung der einen Frage mit den anderen europäischen Angelegenheiten jener Zeit entgegen. Eben so ergab sich mir an den Originalberichten jener Zeit die Ungunst und die Ungerechtigkeit, welche, vermöge des Ueberwiegens der französischen Tradition, sich in der europäischen Geschichts-Literatur wider den römischen Kaiser Leopold I. kund thut. Daher entschloß ich mich, nicht mein ursprüngliches Ziel aufzugeben, sondern dasselbe zugleich höher und weiter zu stecken, nämlich die ganze Zeit von der Herstellung des Hauses Stuart an bis zur Thronbesteigung Georgs I. in England zu umfassen, England

Digitized by Google

also zum Mittelpuncte zu nehmen, so jedoch daß ich, auf Grund des k. k. Archivs, nach Kräften mich bestrebte, das europäische Wirken des römischen Kaisers Leopold I. in klares Licht zu stellen. Es war dabei nicht meine Aufgabe gegen Irrthümer zu polemisiren, sondern ein positives Bild zu geben. Es liegt in der Natur der Dinge, daß, je günstiger die Wahrheit der Thatsachen für den römischen Kaiser Leopold I. spricht, desto weniger günstig sie seinem Widersacher sein kann, dem Könige Ludwig XIV. von Frankreich. Eben aber auf die Thatsachen kommt es an.

Ich glaube in den früheren sechs Bänden dieses Ziel im Auge behalten zu haben, und hoffe es eben so für die beiden nun vorliegenden Bände, den siebenten und den achten. Es bleibt mir noch übrig, diese mit wenigen Worten einzuleiten; denn allerdings treten darin schärfer als bisher die Ergebnisse meiner Forschung manchen geltenden Traditionen gegenüber.

Ein besonderer Fall dieser Art ist die Angelegenheit des Mordplanes gegen Wilhelm III., im Februar und März 1696. Der Bericht Burnets über den Mordplan spricht zwar den Verdacht einer Mitwissenschaft des Königs von Frankreich aus, jedoch nur nebenher, und behandelt die Sache als eine Angelegenheit, bei der nur England betheiligt. Bei den späteren englischen Historikern hat die Neigung, die Dinge, die in England vorfallen, auf englische Theilnehmer zu beschränken, noch mehr überwogen. Indem Hallam die Sache bespricht, erwähnt er nur nebenher, daß Andere einen Verdacht auf Ludwig XIV. geworfen, mit der Neigung seinerseits jedoch diesen König frei zu sprechen, den König Jacob II. dagegen anzuklagen [1]).

Macaulay berichtet ausführlich die Einzelnheiten des Mordplanes auf englischem Boden. Es entgeht ihm nicht, daß, nach den Denkwürdigkeiten Berwicks, auch Ludwig XIV. vorher darum gewußt hat; tiefer jedoch untersucht er diese Frage nicht, spricht dagegen mit Nachdruck seine Ueberzeugung von der Mitschuld Jacobs II. aus.

Es darf daher angenommen werden, daß die von Hallam und Macaulay dargelegten Ansichten, die in Betreff der Theilnahme Jacobs II. an dem Mordplane wesentlich dieselben sind, wie diejenigen

[1]) Constitutional History. Ch. XV.

Digitized by Google

Burnets, in Betreff derjenigen Ludwigs XIV. etwas zu Gunsten desselben abgeschwächt erscheinen, in England durchweg vorwalten.

Anders die französische Tradition, wenn man anders das völlige Schweigen als Tradition bezeichnen darf. Wie St. Simon weder die Frage einer Mitwissenschaft Ludwigs XIV. erörtert, noch viel weniger diejenige der Miturheberschaft: so taucht dieselbe auch später niemals auf.

Diese beiden Richtungen nun, einerseits die französische, welche über Ludwig XIV. bei dieser Angelegenheit des Mordplanes von 1696 völlig schweigt, andererseits die englische, welche ihn höchstens etwa streift, um dann dem Könige Jacob II. die eigentliche Anklage zuzuwälzen, haben auch auf die anderen Historiker in Betreff jener Zeit bestimmend eingewirkt. Ich nenne, instar omnium, einen preußischen Historiker, Herrn von Ranke. Er sagt (Bd. VII, S. 115): „Ob nun die beiden Könige, die mit einem Angriffe auf Wilhelm III. umgingen, um diese Verschwörung im Voraus gewußt, sie vielleicht selbst angeregt haben? Alle directen Zeugnisse sind dagegen".

Es ist dabei nur zu beklagen, daß der Historiker sich auf alle diese directen Zeugnisse nicht etwas genauer eingelassen hat.

Ich habe getrachtet an directen Zeugnissen über diese Angelegenheit zusammen zu bringen, was, gedruckt und ungedruckt, mir erreichbar war, und stelle demgemäß dem Leser das Urtheil anheim, in wie weit der eine oder der andere der beiden Könige, die in dieser Sache durchaus nicht zu identificiren sind, der Urheberschaft schuldig erscheint. Denn an der Mitwissenschaft Beider in den letzten Tagen kann, nach dem bestimmten Zeugnisse des Marschalls Berwick, des Sohnes von Jacob II., kein Zweifel obwalten. Die Aussagen der urtheilsfähigen Zeitgenossen werden ferner dem Leser darthun, daß der Plan, wenn auch zunächst England betreffend, doch zugleich für das gesammte Europa kaum minder wichtig war als für England selbst.

Auch selbst noch nach der Vereitelung des Planes war die Nachwirkung von der höchsten Wichtigkeit. Denn die Furcht und der Schrecken, welchen er den Holländern eingeflößt, reiften in der Republik die Friedensneigung. Diese Neigung der Republik gab den Ausschlag auch für den König Wilhelm III. Man dürfte nicht sagen: für England; denn Wilhelm III. handelte ohne Beirath eines englischen

Digitized by Google

Ministers. Er und die Republik Holland drückten auf den Kaiser Leopold, oder — sagen wir. es richtiger — sie zwangen ihn zu dem für das Reich ungünstigen Frieden von Ryswyck, in welchem das Reich die Stadt Straßburg preisgeben mußte. Es ist mir eine erhebende Freude, daß es mir vergönnt gewesen ist, hundertachtzig Jahre später nach den Acten darthun zu können, mit welchem Uneigennutz und mit welcher Ausdauer Leopold I. bis aufs äußerste ausgehalten hat, um seiner Idee des römischen Kaiserthumes gerecht zu werden, nämlich die Schwächeren zu schützen gegen Unrecht und Gewalt.

Bald nach dem Ryswycker Frieden beginnen die Verhandlungen der Theilungsverträge über die spanische Monarchie. Diese Angelegenheit ist die hauptsächliche meines achten Bandes.

Vielleicht hat das französische Bemühen die Vorgänge jener Zeit zu Gunsten Ludwigs XIV. darzustellen, in keiner anderen Sache so glänzende Erfolge gehabt als in dieser Angelegenheit der Theilungsverträge und überhaupt der spanischen Erbfolge. Diese Tradition lautet wesentlich dahin, daß Ludwig XIV. in die Theilungsverträge eingegangen sei, um den Frieden Europas aufrecht zu erhalten, und daß er dann erst, nachdem Carl II., ihm unerwartet, auf den Rath des Papstes Innocenz XII., ein Testament zu Gunsten des Herzogs von Anjou gemacht, dies Testament für seinen Enkel angenommen.

Die geschichtliche Wahrheit dagegen ist, daß der Plan Ludwigs XIV. immer die gesammte spanische Monarchie umfaßte, nicht einen Theil; daß er dagegen die Theilungsverträge nur machte, um die natürlichen Widersacher dieses seines Planes, nämlich die Seemächte und den Kaiser, von einander zu trennen, damit nicht der Todesfall in Spanien eine fertige Coalition wider ihn vorfinde, sondern damit dann er als der weitaus Stärkste durch seine Macht den Ausschlag gebe und ungehindert das Ganze nehme. Der vermeintliche Rath des Papstes Innocenz XII. für ein Testament zu Gunsten des Herzogs von Anjou ist eine spätere französische Fiction. Nicht von Rom her ist der Gedanke dieses Testamentes gekommen, sondern in Spanien selbst entstanden. Das Testament war das Werk der französischen Partei unter der Führung des Cardinals Portocarrero. Indem diese Partei den Frieden Spaniens zu bewahren vermeinte durch die Berufung eines französischen Prinzen — indem sie dann aus den

Digitized by Google

Antworten des französischen Gesandten auf ihre Fragen die Bereitwilligkeit Ludwigs XIV. für die Annahme einer solchen Berufung errieth, nöthigte Portocarrero den todeskranken, aus sich bis an sein Ende kaiserlich gesinnten König Carl II., das Testament zu Gunsten des Herzogs von Anjou zu unterzeichnen.

Diese Ergebnisse, so wenig vereinbar sie sind mit den zur Zeit herrschenden Meinungen, sind dennoch nicht etwas Neues, bisher völlig Unbekanntes, sondern die Herstellung derjenigen Urtheile, welche damals selbst die kundigen und betheiligten Personen fällten, und welche später überschüttet worden sind durch die Uebermacht der französischen Tradition.

Der Einwand dagegen, daß die Geschichte dies oder jenes längst festgestellt habe, dürfte nicht haltbar sein. Denn was versteht man unter dem Worte der Geschichte? — Es gibt kein objectives Tribunal derselben. Es gibt nur Auffassungen des Geschehenen von Seiten irrthumsfähiger Menschen. Gar oft aber ereignet es sich, daß diejenige Auffassung, welche ein erstes Individuum in plausibeler Form fixirt hat, von anderen nachfolgenden Individuen ohne eigene Prüfung als richtig angenommen und dann immer wiederholt wird, bis zuletzt sich jene Meinung herausbildet: die Geschichte habe gesprochen, wo doch ursprünglich nur ein einziges Individuum die eigene Meinung verkündet hat. Diese kann wahr oder irrig sein, kann ferner irrig sein mit oder ohne Absicht: in jedem Falle aber ist es die Aufgabe dessen, der mit einem selbständigen Urtheile auftreten will, den Grund oder Ungrund der bestehenden Meinung zu prüfen. Und eben so hat er das Recht zu verlangen, daß man seine Ergebnisse nicht beurtheile von einer hergebrachten Meinung aus, und wäre dieselbe quantitativ auch noch so mächtig, sondern gemäß den von ihm erbrachten Zeugnissen und Beweisen.

Die Beweise für eins der wichtigsten Ergebnisse, das hier in Frage kommt, nämlich daß Ludwig XIV. die Theilungsverträge über Spanien nur gemacht, um seine natürlichen Gegner, den Kaiser Leopold und den König Wilhelm III. von England, zu trennen, wo möglich zu entzweien, und zugleich die Spanier dahin zu scheuchen, daß sie aus Furcht sich an Frankreich klammern würden, liegen vor in den Instructionen für seine Gesandten, namentlich in der letzten Zeit vor

Digitized by Google

dem Tode Carls II. Die Zeugnisse, daß die kundigen Zeitgenossen dieses Spiel nach dem Gelingen durchschaut haben, liegen vor in den Urtheilen von damaligen Staatsmännern aus allen Nationen Europas.

In Betreff der Thronfolge in England werden die beiden vorliegenden Bände die Beweise erbringen, daß die Kurfürstin Sophie sich gegenüber den wiederholten Versuchen Wilhelms III., eine geneigte Antwort zu erlangen, dreimal ablehnend verhalten hat, nämlich in den Jahren 1696, 1698, 1700, und zwar das letzte Mal, nach dem Tode des Herzogs von Glocester, des einzigen Sohnes der Prinzessin, späteren Königin Anna, mit ausdrücklicher Verwendung für den Prätendenten, den Sohn Jacobs II. in St. Germain.

Daß und wie die edele Fürstin dahin gekommen, im nächsten Jahre, 1701, unter veränderten europäischen Verhältnissen die ihr angetragene Successions-Acte dennoch anzunehmen, wird erst im neunten Bande dargelegt werden. Aber die Frage ist damit nicht geschlossen. Sie ist vielmehr von da an, nicht freilich offen, sondern latent, der wichtigste Motor der Parteikämpfe in England, und hat darum, weil England in der Coalition wider Frankreich die wichtigste und ausschlaggebende Macht, das vollste Gewicht für das gesammte Europa, ungleich mehr, als die spätere englische Geschichtschreibung dies erkannt hat.

Penzing, im October 1878.

Onno Klopp.

Digitized by Google

Digitized by Google

Neunzehntes Buch.

Das Kriegesjahr 1695.

Am Samstag Abend, dem 10./20. November 1694, war der König in London angekommen. Am Montage, dem 12./22., eröffnete er das Parlament in Westminster. Seine Thronrede entsprach den Gedanken, die Heinsius einige Wochen zuvor im Congresse kund gegeben. Der König wies mit Genugthuung darauf hin, daß der Stand der Dinge zu Lande und zu Wasser günstiger sei als bei dem letzten Scheiden. Er empfahl daher dem Unterhause, ihm die Mittel zu gewähren, die ihn in den Stand setzen würden zur nachdrücklichen Fortführung des Krieges, als dem einzigen Wege für die Christenheit den Frieden zu erlangen, zugleich mit Sicherheit und Ehre für England.

Die Stimmung im Parlamente war eine besonders günstige, nach der Ansicht Hoffmanns so sehr wie noch nie zuvor. Einige Mitglieder des Oberhauses versicherten dem Grafen Auersperg im voraus, daß das Unterhaus noch mehr Geld bewilligen werde als zuvor. Die englische Nation verlange die nachdrückliche Fortführung des Krieges. Die günstige Gelegenheit die Macht der Krone Frankreich zu erniedrigen, sei gegeben: man müsse sie benutzen, dürfe sich mit dem Frieden nicht beeilen, er sei denn sicher und gut auf viele Jahre. Das Gerücht von den Beredungen in Mastricht war auch nach England gedrungen. Es beunruhigte die Gemüther [1]).

[1]) Die Berichte Auerspergs und Hoffmanns vom 13./23. November. Diese Berichte sind unabhängig von einander.

Digitized by Google

Auch der König meldete dem Rathspensionär, daß er die Stimmung als günstig betrachte. Er selbst erschien heiterer, vertraulicher im Verkehre mit Engländern als je zuvor [1]).

Das Unterhaus hatte sich nach der Thronrede vertagt bis zum 19./29. November. Der erste Beschluß lautete dahin, eine neue Triennial-Bill zu entwerfen. Wir erinnern uns, daß der König im Jahre zuvor die Sanction verweigert hatte. Dennoch war die Mehrheit entschlossen dies Mal darauf zu bestehen, nur daß der königlichen Prärogative möglichst wenig zu nahe getreten würde. Dann handelte es sich um die übliche Frage, ob zuerst die Thronrede, oder die Beschwerden der Nation in Betracht zu ziehen seien. Es fielen scharfe Reden. Der König, sagte ein Mitglied, komme nach England immer nur auf wenige Tage wegen des Parlamentes. Sobald das Geld bewilligt, werde das Parlament entlassen, und der König fahre wieder ab. Die Zustände von England kenne er nicht. — Ein Anderer hob hervor die, wie er sagte, deplorabele Lage dieser miserabelen Nation, die in kurzer Zeit edles Metall nicht durch eigene Anschauung, sondern nur noch vom Hören-Sagen kennen werde; denn alles gehe aus dem Lande. — Die Abstimmung entschied, daß zuerst die Thronrede, dann der Zustand der Nation in Betracht zu nehmen sei. Der Erfolg war principiell. Er barg in sich die Gewährung der Anforderung des Königs. Der Sprecher des Unterhauses verstärkte den Erfolg durch die Verkündigung: „Erst übermorgen also wird das Haus von dem miserabelen England reden", mit einer Betonung, die allgemeines Lachen hervorrief, nicht zu Gunsten der Opposition [2]).

In denselben Tagen traf die Nachricht ein, daß die Stände von Holland die gesammten Kriegserfordernisse für den kommenden Feldzug in drei Tagen berathen und bewilligt hatten. „So lange diese Republik steht, hat man dessen kein Beispiel," meldete Kaunitz nach Wien. Aehnlich äußert sich der König in seinem Glückwunsche darüber an Heinsius, dessen Führung er diesen günstigen Gang der Dinge zuschrieb [3]).

---

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 16./26. November.

[2]) Die Berichte Auerspergs und Hoffmanns vom 30. November.

[3]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 30. November. — Grovestins t. VI, p. 434.

Digitized by Google

Das Unterhaus beschloß dem Könige Subsidien zu bewilligen. Dann erst kam die zweite Frage, ob man demgemäß den König zu ersuchen habe um den Kriegesbestand für das nächste Jahr. Die Frage ward bejaht mit 157 Stimmen gegen 98. „Damit, meldet Hoffmann, ist die Entscheidung gegeben, und der König hat nur noch zu fordern, wie viel Geld er haben will [1]).

Inzwischen jedoch hatte man auch die Beschwerden der Nation in Betracht genommen. Die Opposition klagte über die weite Entfernung der Flotte, welche die Schiffe und die Menschen zu Grunde richte. Die Klage ward leicht erledigt. Eine andere Beschwerde griff tiefer ein.

Im August 1694 verbreitete sich das Gerücht von der Entdeckung einer großen jacobitischen Verschwörung in Lancashire. Eine Reihe vornehmer Grundbesitzer wurde verhaftet, besonders Katholiken. Es hieß, daß man bei ihnen große Vorräthe von Waffen und Sätteln gefunden. Die Sache wurde so fest geglaubt, daß der kaiserliche Resident Hoffmann seinem Berichte beifügt: „Die Katholiken, die Theil genommen, sind um so mehr zu beschuldigen, da sie in der Uebung ihrer Religion mehr Freiheit genießen als sie jemals gehabt" [2]), nämlich seit den Zeiten der Königin Elisabeth. Im Herbste kam die Sache zur gerichtlichen Verhandlung. Der hauptsächliche Ankläger, ein von der katholischen Kirche abgefallener Priester, wurde als ein Nachahmer des Titus Oates erfunden, nur mit geringerem Geschicke, oder minder begünstigt durch die Umstände, weil im Jahre 1694 nicht wie 1678 die Leidenschaft und der Wahn den Verstand und die Einsicht der Engländer umnachteten. Die Angeklagten, in Freiheit gesetzt, wurden in ihren Wohnorten mit Glockengeläute empfangen. Dann ergab sich derselbe Mangel, der früher in der Sache des Titus Oates hervor getreten war. Es fehlte ein Gesetz, welches dem überführten falschen Angeber eine Strafe der Vergeltung auferlegte. Nicht diese Seite der Sache indessen trat im Parlamente in den Vordergrund. In dem Unwillen wider jene Persönlichkeit stimmten beide Parteien überein; aber die Tories suchten den Staats-Secretär Trenchard zu treffen, der auf

[1]) Hoffmanns Bericht vom 3. December.

[2]) Hoffmanns Berichte vom 6. August, vom 5. November.

Digitized by Google

Grund der falschen Angeberei vorgegangen war. Die Whigs dagegen traten für ihn ein. Der Kampf darüber nahm längere Zeit in Anspruch [1]).

Die Hauptsachen gingen rasch von statten. Am 27. November/7. December erfolgte die Bewilligung für die Flotte, acht Tage später diejenige für das Landheer. Der König sprach seine Befriedigung darüber aus mit den Worten an Heinsius: „Gott sei es gedankt, die Angelegenheiten im Parlamente stehen so, daß die Ausgaben zu Wasser und zu Lande bewilligt sind zu meiner Befriedigung. Es handelt sich nur noch um die Mittel und Wege zur Aufbringung, allerdings also noch um ein schwieriges Geschäft. Allein die Hauptsache ist gethan" [2]).

Es war nicht der ganze Betrag bewilligt worden, den der König verlangt: um so mehr dagegen fiel ins Gewicht die Willfährigkeit. Um diese nicht zu schwächen, hatte die Hofpartei den Kampf für den ganzen Betrag gar nicht aufgenommen [3]). Auch so schon riß die Bewilligung die Beobachter zum Erstaunen hin. „Wenn man das Unterhaus zu loben hat wegen der für die Flotte bewilligten Mittel, sagt Hoffmann, so noch vielmehr wegen des großmüthigen Verfahrens für das Landheer. Denn in einer einzigen Sitzung, vom 1./11. December, hat es, ohne die üblichen Beschwerden zu erheben, dafür $2^1/_2$ Millionen Pfund Sterling bewilligt. Und zwar ist es nicht einmal zum Zählen der Stimmen gekommen, weil die Zahl der Bejahenden allzu überwiegend. Das Unterhaus hat in acht Tagen das fertig gemacht, womit es sonst fünf bis sechs Wochen hinzubringen pflegte. Es gibt nun für die Armee und die Flotte nahe an fünf Millionen Pfund Sterling, also wiederum mehr als das Jahr zuvor. Es ist hier sehr wohl bekannt, daß Frankreich, speculirend auf die sonst gewöhnliche Unbeständigkeit der englischen Nation, sich mit der Hoffnung schmeichelt, daß die Engländer, des Krieges müde, durch Nicht-Bewilligung den König nöthigen würden zum Frieden, ob gut ob schlecht. Die jetzige Willfährigkeit wird auch dort diesen Irrthum benehmen" [4]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 3. December.
[2]) Grovestins t. VI, p. 434. 14. December.
[3]) Bericht des Grafen Auersperg vom 14. December.
[4]) Bericht vom 14. December.

Digitized by Google

Der Unmuth in Versailles über diesen Gang der Dinge äußerte sich in einer bemerkenswerthen Weise. „Man hat, schreibt Dangeau in sein Tagebuch, die Anrede des Prinzen von Oranien an das Parlament hierher geschickt. Sie ist, wie bei ihm üblich, abgefaßt in sehr demüthigem Tone“ [1]).

Die Dinge im Parlamente gingen auch ferner so glatt, daß man sich der Hoffnung hingab, der König werde mit dem Beginne des Monats Februar nach dem Festlande aufbrechen können [2]).

Es waren Tage des Glückes und des Sonnenscheines. Der Tod des Erzbischofs Tillotson von Canterbury warf dann einen Schatten hinein. Auf dem Wege von Whitehall nach seiner Wohnung ward er vom Schlage gerührt. Er war nicht bloß ein persönlicher Freund des Königs, und mehr noch der Königin, hervorragend namentlich als Prediger, sondern auch politisch eine feste Stütze für den König. Man sagte, daß fünfzig Stimmen im Unterhause von ihm abhingen. Der König selber bezeichnet den Verlust dieses Mannes als gewichtig. Er ernannte sofort einen Nachfolger in Tenison [3]).

Eben so schnell wie die Geldbewilligungen rückte aber auch die Triennial-Bill vor. Sie ward zum ersten, zweiten, dritten Male gelesen. Erfolgte die Sanction, so mußte schon die damalige Session die letzte sein. Aber es lag im Interesse der Regierung, dieses Unterhaus noch für ein Jahr zu behalten. Deshalb ward noch bei der dritten Lesung durch eine Mehrheit von acht Stimmen (155 : 147) durchgesetzt, daß das bestehende Parlament sitzen solle bis in den November 1696 [4]). So gelangte die Bill an das Oberhaus, und ward dort ohne Veränderung angenommen. Graf Auersperg berichtete nach Wien seine Ansicht: die Fassung der Bill sei eine solche, daß die königliche Prärogative durch dieselbe keinen Schaden leide. Es ist demgemäß anzunehmen, daß der König in ähnlicher Weise geurtheilt habe. Er war bereit zur Sanction. Am Morgen des 22. December (a. St.) erschien er im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden und verkündete seine Sanction. Die Mitglieder

[1]) Dangeau t. III, p. 298.
[2]) Auerspergs Bericht vom 21. December.
[3]) Grovestins t. VI, p. 434.
[4]) Hoffmanns Bericht vom 24. December.

Digitized by Google

des Unterhauses, die bis zur letzten Stunde in Zweifel gestanden, antworteten mit allgemeinem Freudenrufe. Dann vertagten sich die Häuser wegen des herannahenden Weihnachtsfestes bis auf den Freitag, den 28. December (a. St.).

Die Nachricht der Sanction der Triennial-Bill durcheilte die Stadt und das Land. Sie fand überall die gleiche Zustimmung wie im Unterhause. „Man hört nichts Anderes hier, meldet der Graf Auersperg am 25. December (a. St.), als die Lobreden der Engländer auf ihren lieben König Wilhelm“ [1]).

So die Freude. Es nahte die Trauer. Rasch und unversehens griff die Hand des Todes hinein unter diese freudig gestimmten Menschen, und wählte sich zum Opfer ein blühendes Leben, dem englischen Volke theurer als dasjenige ihres Königs, und mehr noch ihm selbst.

Wir haben im Jahre 1690 die schmerzliche Klage der Königin Mary zu ihrem Gemahle vernommen, daß Holland mit seiner Anhänglichkeit sie verwöhnt habe, daß sie auf dem Boden der eigenen Heimat dies nicht wieder finde. Seitdem waren reichlich vier Jahre vergangen. Auch das englische Volk hatte vielfache Gelegenheit gehabt die Königin kennen zu lernen. Die Thatsachen werden zeigen, welche Gesinnung es für sie hegte.

Am Donnerstage, dem 20. December (a. St.), fühlte die Königin sich unwohl; jedoch ward dem Uebel keine Bedeutung beigemessen. Am Samstag Morgen, dem 22. December (a. St.), trat es stärker auf. Da die Kinderblattern das Jahr hindurch stark geherrscht, die Königin, damals im dreiunddreißigsten Lebensjahre, vollkräftig, blutreich, diese Krankheit noch nicht gehabt hatte: so stieg Besorgnis um sie auf. Sie selber machte sich gefaßt und ordnete ihre Papiere. Am Sonntage trat ein Ausschlag hervor. Die Aerzte waren verschiedener Ansicht: einige von ihnen glaubten die Blattern zu sehen, andere zweifelten. Zu Gunsten der letzteren Ansicht sprach, daß das Befinden der Königin

[1]) Auerspergs Bericht an Kinsky vom 4. Januar 1695: On n'entend autre chose que les louanges de leur cher roy Guillaume.

Digitized by Google

nicht auf eine schwere Krankheit zu deuten schien. In den zwei folgenden Tagen überwog die Ansicht, daß es nur die Masern seien [1]).

Dennoch waren vom Sonntage dem 23. December (a. St.) an die Gemüther mit schwerer Sorge erfüllt. „Der König, der Hof, das Volk, meldet Auersperg am 25., dem Weihnachtstage, legen eine solche Betrübnis an den Tag, daß es nicht auszusprechen ist." Als am Morgen dieses Tages der Geistliche in der Hof-Capelle von Whitehall die Fürbitte für die Königin begann, brachen die Anwesenden in lautes Weinen aus, mit ihnen der König und der Hof.

Die Besorgnis, daß es dennoch die Blattern seien, obwohl sie äußerlich noch nicht hervortraten, war am Dienstage im Steigen. Der König verließ das Zimmer nicht mehr. Er nahm keinen Bericht über Geschäfte an. Er genoß keine Nahrung. Er schlief nicht.

In den nicht unmittelbar Betheiligten stiegen schwere politische Bedenken für die Zukunft auf. „Die Presbyterianer, gemeiniglich Whigs genannt, meldet der Graf Auersperg im Laufe des 25. December (a. St.), sind die zur Zeit hier dominirende Partei, und die Anglicaner oder Tories fügen sich darein. Dies wurde bisher ihnen erleichtert durch den Gedanken an die Königin, welche sie nicht bloß lieben, sondern so zu sagen adoriren. Sie durften bisher der Wahrscheinlichkeit gemäß hoffen, daß die jugendkräftige Königin den asthmatischen König überleben, und daß dann ihre Zeit kommen werde. Entfällt ihnen diese Hoffnung, so steigt die Besorgnis vor inneren Unruhen empor. Indessen so schlimm steht es noch nicht um die Königin."

So Auersperg im Laufe dieses Tages. Spät am Abende desselben, des 25. December, erkannten die Aerzte die Krankheit der Königin nicht bloß als die Blattern an, sondern als eine sehr tückische Art derselben, um so mehr da sie nur vereinzelt heraustraten. Die Königin blieb indessen fortdauernd bei vollem Bewußtsein. Als sie bemerkte, daß die Anwesenden weinten, fragte sie: „Was weint Ihr doch? — Es geht mir nicht so übel".

---

[1]) Ich lege die Berichte von Auersperg und Hoffmann zu Grunde. Sie sind, wie bemerkt, von einander unabhängig. — Man vergleiche die Briefe in den Lexington Papers p. 31 sqq.

Digitized by Google

Am Mittwoch Morgen, dem 26. December, einigten sich die Aerzte dahin, daß man der Königin ihren Zustand und die nahe Todesgefahr nicht mehr verhehlen dürfe. Der König gab seine Zustimmung. Tenison, der neue Erzbischof von Canterbury, übernahm die schwere Pflicht. Die Königin erwiederte mit Ergebung: „Gottes Wille geschehe". Nicht also der König. Er brach in ein krampfhaftes Schluchzen aus. Die Königin wendete ihr Wort an ihn. Sie bat, daß er sie nicht zweimal sterben mache. Sein Hingeben an den Schmerz, der ihm schade, steigere darum den ihrigen. Er möge gedenken, daß er nicht sich allein, sondern seinem Volke, seinen Freunden angehöre. Er erwiederte: da Gott diesen Schlag über ihn verhänge, sei fortan alles aus für ihn. Bei diesen Worten traten die Aerzte herzu, und baten die Unterredung zu beenden.

Da der König die Räume der Königin nicht verlassen wollte, so errichtete man ihm an diesem Tage im Vorzimmer ein Feldbett. Mit Mühe gelang es ihn dahin zu bringen, daß er dort sich niederlegte [1]).

Der ganze Weg von der Stadt nach Kensington war in diesen Tagen von Gehenden und Kommenden zu Fuß, zu Pferd, zu Wagen, so überfüllt, daß man fast nicht fortkommen konnte. Die Prinzessin Anna ließ anfragen, ob sie erscheinen dürfe. Die Schwestern hatten sich in zwei Jahren nicht mehr gesehen. Der König befragte die Aerzte. Sie riethen nachdrücklich ab. Der eigene Zustand der Prinzessin, die Gefahr für ihren Sohn, den Herzog von Gloceſter, der noch nicht geblattert, stehe entgegen. Demgemäß durfte der König es nicht gestatten. Die Prinzessin schickte stündlich einen Boten zur Nachfrage.

Der 27. December (a. St.) brach an, der letzte Tag der Königin. Wie schon in den Tagen zuvor, so sammelten sich die Mitglieder des geheimen Rathes und die in London anwesenden Bischöfe von früh an in Kensington. Die Königin empfing die Tröstungen der Religion gemäß der Lehre der anglicanischen Kirche. Gegen Mittag ließ sich der König bewegen das Zimmer zu verlassen. Man brachte ihm dann die Meldung, daß die Pulse der Königin nachließen. Entkräftet

---

[1]) Hoffmann im Berichte vom 28. December / 7. Januar: Vorgestern hat man S. M., so zu sagen, per forza im Vorgemach schlafen machen.

Digitized by Google

von dem Mangel an Schlaf und Nahrung, übermannt vom Schmerze, stürzte er in Ohnmacht. Man fürchtete auch für ihn. Die geheimen Räthe, die Bischöfe umdrängten ihn. Nachdem es gelungen den König wieder zum Bewußtsein zu bringen, richteten einige an ihn die Bitte: er möge gedenken an seine Person, an welcher ihrer Aller Wohlfahrt hange. Er dürfe, Gewissens halber, nicht wieder das Sterbezimmer betreten, der furchtbaren Krankheit sich aussetzen. Der König erwiederte: er erkenne mit Dank die Zuneigung zu ihm. Aber so lange noch ein Athemzug in der Königin, wolle er nicht bloß lieber sein Leben aussetzen, sondern auch es verlieren, als darauf verzichten sie zu sehen. Bei diesen Worten brach die Leidenschaft seines Schmerzes aufs neue mit solcher Gewalt hervor, daß die Anwesenden, anstatt etwas zu erwiedern, von Mitleid und Trauer überwältigt wurden. Und freilich, wohl Mancher unter ihnen mochte sich fragen, ob das derselbe Mann, der unbewegt und ruhigen Blickes so oft der nahen Todesgefahr entgegen geschaut, den sie ob seiner ablehnenden, oft schroffen Haltung so häufig des Mangels an Gefühl geziehen. Nun, wo die Kraft dieses Mannes nicht mehr ausreichte, die entfesselten Sturmeswogen dieses Gefühles wieder einzudämmen, da mochten sie erkennen, daß die Tiefe desselben, die für gewöhnlich sich barg unter die äußere kalte Hülle, eben so außerordentlich war wie der ganze Mann.

Dies tiefe Leid des Königs nahm ganz besonders einen Verdacht hinweg, dem bis dahin sehr viele Engländer sich hingegeben, nämlich daß seine Neigung zu der Königin von Anfang an keinen anderen Grund gehabt, als durch dieselbe den Weg zur Krone zu finden. Diejenigen der Anwesenden, welche etwa diesen Verdacht genährt, erkannten, daß sie darin ihm Unrecht gethan[1]). Sie fühlten, daß in diesen letzten Stunden das Recht des Gatten nicht sich beschränken lasse durch irgend welche andere Rücksicht. Sie suchten nicht mehr ihn zu hindern.

Der König ging zurück. Er wollte weilen bis zum letzten Augenblicke. Nicht wollte es die Sterbende. Es wurde Mitternacht. Sie mochte fühlen, daß der Tod sich nahe. Sie winkte mit der Hand. Der

[1]) Auersperg an Kinsky, 28. December/7. Januar: Ce funeste accident a effacé la méchante impression que l'on avoit de luy, que le roy n'aimoit la reine que pour avoir facilité la succession; mais présentement l'on en est entièrement détrompé.

Digitized by Google

König erkannte den Wunsch. Er schied. Eine halbe Stunde später war alles vorbei, um ein Uhr Morgens am 28. December (a. St.).

„Wenn ich vermöchte den Glauben zu fassen, sagte der König Wilhelm, daß ein Mensch ohne Fehl und Sünde sein könnte: so würde ich es glauben von ihr“ [1]).

Noch vor dem Anbruche des Tages erfüllte die Kunde die Stadt. „Es ist unmöglich, meldet Auersperg im Laufe des Tages, die Desolation zu beschreiben, welche dieser Tod in der ganzen Nation verursacht. Denn es ist nicht zu glauben die Liebe, welche die Königin bei Jedermann gehabt hat.“ — „Der höchst beklagenswerthe Fall, meldet Hoffmann, wird von Groß und Klein aufs äußerste bedauert, zumal da die Königin wegen ihrer seltenen Eigenschaften und Tugenden, namentlich ihrer Wohlthätigkeit für die Armen, unaussprechlich geliebt gewesen ist.“

Am Abende zuvor hatte der König den Herzog von Shrewsbury zu sich beschieden, und ihm den Auftrag gegeben, den fremden Gesandten zu eröffnen, daß, was auch immer eintreten möge, seine politische Haltung nach außen dieselbe bleibe. Man glaubte damals die Katastrophe noch nicht so nahe. Da jedoch in der Nacht der Tod eingetreten war, so unterließen die Gesandten am nächsten Morgen den üblichen Besuch in Kensington, und jene Eröffnung unterblieb. Auersperg fragte bei Portland an. Dieser erwiederte: der König befinde sich zwar wohl; indessen weder er selbst, noch ein Anderer vermöge mit Trostgründen etwas auszurichten, und man stehe um die Gesundheit des Königs in großer Besorgnis.

Die Vertagung des Parlamentes lief ab am selben Morgen, dem 28. December (a. St.). Jedes Haus trat für sich zusammen und beschloß eine Adresse. Diejenige des Oberhauses begann mit dem Ausdrucke des eigenen Schmerzes über den Verlust, und richtete dann an den König die Bitte, daß er nicht dem Grame sich hingeben wolle zum Nachtheile der Gesundheit seiner königlichen Person, an welcher die Wohlfahrt hange nicht bloß seiner eigenen Unterthanen, sondern der gesammten Christenheit. Die Lords erneuerten die herzlichen und

---

[1]) Graevius in der Leichenrede, abgedruckt in Lünigs: Orationes Procerum Europae t. III, p. 195.

Digitized by Google

aufrichtigen Versicherungen ihres Beistandes mit der äußersten Kraft wider alle seine Feinde, die inneren wie die äußeren, so wie die Betheuerungen ihrer eigenen Treue und Ergebenheit.

Die Adresse des Unterhauses sprach zuerst den Schmerz aus über den Verlust der besten aller Frauen, dann den Dank zu Gott für die Erhaltung des Königs, und ferner die Bitte, seinen Gram zu mäßigen, damit England den Segen seiner Regierung noch lange genieße. Sie schloß mit der Erklärung: „Gemäß der Pflicht gegen Ew. Majestät, gegen uns selbst, und gegen diejenigen, welche wir vertreten, halten wir uns für verbunden, bei dieser Gelegenheit Ew. Majestät zu versichern, daß wir, das Haus Ihrer getreuen Gemeinen, völlig stehen zu Ew. Majestät, daß wir bereit sind Ihnen beizuspringen nach äußerstem Vermögen, Sie und Ihre Regierung zu schützen wider alle Feinde, die inneren wie die auswärtigen" [1]).

Beide Adressen waren von der höchsten Wichtigkeit. Es lag in ihnen zunächst die Bürgschaft, daß irgend welche innere Unruhe nicht zu besorgen stand. Dann beseitigte die Adresse des Unterhauses thatsächlich eine Besorgnis, die sowohl innerhalb wie außerhalb desselben sich erhoben, nämlich die Frage, ob das Parlament, welches berufen worden sei im Namen beider königlichen Personen und demnach auch bisher in beider Auftrag seine Beschlüsse gefaßt, aufzulösen sei oder rechtskräftig fortbestehe. Gegen den Zweifel war geltend gemacht, daß die englische Nation den Prinzen von Oranien seiner Zeit zum Könige gemacht, nicht bloß als Gemahl der Prinzessin, der älteren Tochter Jacobs II., sondern auch ihn selbst als Prinzen des königlichen Hauses, als einen Fürsten, von welchem die Nation ihr Heil und ihre Wohlfahrt hoffe, zumal da man ja doch in England nicht gebunden sei, nothwendig die Nächsten zur Krone zu rufen, sondern sich damit begnüge, daß der als König Anzuerkennende entsprossen sei vom königlichen Stamme. Im übrigen beruhe die königliche Majestät wie auf beiden Personen zusammen, so auch auf jeder einzeln, so daß, auch wenn die eine Person entfalle, die andere doch im Besitze der vollen und ungeschmälerten Würde verbleibe [2]).

[1]) Die Adresse der Lords in Lords' Debates vol. I, p. 433. Beide Adressen bei Sylvius t. IV, b. 38, p. 156.

[2]) Bericht des Grafen Auersperg vom 28. December/7. Januar.

Digitized by Google

Hoffmann, indem er bemerkt, daß beide Adreſſen beſchloſſen ſeien aus eigenem Antriebe eines jeden der beiden Häuſer, ohne Mittheilung vorher an einander, und zugleich ohne einen Widerſpruch in einem jeden in ſich, hebt hervor, daß der Act aufs neue darthue das ruhmwürdige Verhalten dieſes Parlamentes [1]).

Es knüpfte ſich daran ſofort die andere Frage, ob der König bei dieſer Lage der Dinge zum Feldzuge nach dem Feſtlande hinüber gehen dürfe. So weit die Wahrnehmungen der kaiſerlichen Geſandten reichten, wurde gleich am erſten Tage dieſe Frage von allen kundigen Engländern bejaht. „Es darf keine Aenderung eintreten, ſagten ſie. Die Annahme, daß die Nation allein nicht vermöge ihr eigenes Intereſſe zu bewahren, daß man ſogar auf eine Aenderung immer gefaßt ſein müſſe, iſt nachtheilig für unſere Ehre. Das Einzige, was eintreten könnte, würde ſein eine Verzögerung des Aufbruches." — „Ja ich wage ſogar zu behaupten, fügt Graf Auersperg am Abend des Todestages der Königin ſeinem Privatſchreiben an den Miniſter Kinsky hinzu, daß dieſe Nation ihren Stolz darein ſetzen wird, noch mehr für die gemeinſame Sache zu thun, dadurch nämlich, daß ſie das großmüthige Verſprechen von heute Morgen mit Nachdruck erfüllt. Indem ſie dasſelbe gegeben, haben ſie erwogen, daß die Angelegenheiten von England eben ſo ſehr wie diejenigen aller Verbündeten die Niederwerfung Frankreichs erfordern, damit endlich Europa wieder eine Sicherheit erlange. Sie haben in geſchickter Weiſe ihr Erbieten zu verbinden gewußt mit der Einſicht der Nothwendigkeit."

Der 30. December (a. St.) war ein Sonntag. Erſt am 31. überreichten die Mitglieder beider Häuſer des Parlamentes nach einander ihre Adreſſen. Die beiden Tage vorher hatte das aſthmatiſche Leiden des Königs ihn faſt erdrückt. Er hatte ſich davon etwas erholt, auch wieder Nahrung zu ſich genommen. Er empfing die Deputationen. „Es iſt beweglich anzuſehen geweſen, meldet Hoffmann, wie beim Erſcheinen des Oberhauſes faſt alle Lords ſowohl als der König ſelbſt in Zähren ſich ergoſſen." Auf die Adreſſen brachte er nur wenige Worte der Erwiederung hervor, und auch dieſe mit Mühe [2]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 28. December/7. Januar.

[2]) Lexington Papers p. 37.

Digitized by Google

Am selben Tage ließ der König seinen nächsten politischen Freunden, dem Kaiser und den Generalstaaten, die Trauerkunde mittheilen. Der Regel nach haben die Schreiben solcher Art nicht die Bedeutung, welche sie als geeignet erscheinen läßt für die Ueberlieferung an die Nachwelt. Anders steht die Sache in diesem Falle. Die Meldung an den Kaiser prägt die leidenschaftliche Erregung der Trauer aus, welche die gesammte englische Nation, welche vor allem den König selber durchzitterte. Darum möge sie hier folgen.

„Niedergedrückt durch den vorzeitigen und und unverhofften Tod unserer theueren Gemahlin, entwinden wir uns unserer tief schmerzlichen Trauer, um Ew. K. Majestät, als die bei unserem Leiden nicht ungerührt bleiben wird, gemäß der Pflicht unserer Freundschaft dies zur Kunde zu bringen, nämlich daß das schönste Musterbild aller Tugenden, welche eine Fürstin zu zieren vermögen, und sie berechtigt hätten zu einem möglichst langen Leben, in blühendem Alter uns entrissen ist. Ergriffen von den Blattern, und zwar einer überaus tückischen Art derselben, hat sie, da ja menschliche Hülfe gegen die unwiderruflichen Rathschlüsse Gottes nichts vermag, nach einer Krankheit von acht Tagen die reine Seele dem Himmel zurückgegeben, und uns die schmerzlichste, aber unauslöschliche Erinnerung an sie hinterlassen. Unsere Aufgabe ist unseren Willen zu beugen unter den göttlichen Rathschluß, und eingedenk der Hinfälligkeit des Geschickes der Sterblichen, uns in Ehrfurcht zu unterwerfen, mit dem inbrünstigen Flehen zu Gott, daß er, da er nun einmal, wahrlich nicht nach unserem Wunsche, unser Ueberleben gewollt, und nachdem er mit so hartem Schlage uns getroffen, uns auch aufrecht halten und stützen wolle, und mit dem weiteren Flehen, daß er von unseren Freunden und den wohlwollend für uns Gesinnten, vor allem aber von Ew. K. Majestät, der wir von Herzen alles Gute und allen Segen wünschen, ähnliches Unheil und auch geringeres fern halten wolle“ [1]).

Der Kaiser erwiederte: er wisse den Schmerz seines Freundes zu würdigen aus der eigenen Erfahrung solcher Schicksalsschläge [2]).

---

[1]) Das Schriftstück ist datirt: Dabantur in Palatio nostro de Kensinton, 30ma die Dec. 1694, gegengezeichnet von Shrewsbury.

[2]) Quo magis propria experientia docti novimus, quam graviter ejusmodi ictus afficiant.

Digitized by Google

Nicht anders als in England schlug die Nachricht in Holland ein. Wir erinnern uns des Scheidens der Königin von dort im Februar 1689. Wie die Königin ihrerseits reichlich ein Jahr später, nach der unglücklichen Schlacht von Beachy Head, dem holländischen Volke dargethan, daß es nach wie vor auf sie bauen könne: so haben wir auch von Wilhelm III. bei seinem Einzuge im Haag, im Februar 1691, das Wort vernommen, daß die Zuneigung des holländischen Volkes für die Königin diejenige für ihn übertreffe. Die Kunde der schweren Erkrankung ward daher mit Trauer und Sorge vernommen. Auch dort erörterten die Politiker, ob in dem schlimmsten Falle der König es noch wagen dürfe, England zu verlassen. Mit der Todesnachricht trafen dann zugleich diejenigen der Beschlüsse des Parlamentes ein. Sie kräftigten auch den Muth der Holländer. „Es ist der allgemeine Wille, meldet Kaunitz, daß der Feind von diesem Unglücke keinen Vortheil haben, daß man vielmehr den Krieg mit dem äußersten Nachdrucke fortführen müsse." Eben diesen Gedanken prägt das Condolenz-Schreiben der Generalstaaten aus, zugleich jedoch mit der Sorge, daß der König der Leidenschaft des Schmerzes allzu viel nachgebe [1]).

Die Trauer in Holland entsprach völlig derjenigen in England. Der Engländer Prior im Haag, dessen unleugbarer Witz überboten ward durch den Eifer ihn anzubringen, schaute verwundert die Holländer an. „Diese Menschen, sagt er, die bis dahin niemals irgend welche Leidenschaft hatten, sind nun gerührt, und der Marmor weint." Die Meldung von Kaunitz im Haag lautet: „Der Tod der Königin hat hier bei Allen, bei Groß und Klein, eine ungemeine Betrübnis hervorgerufen" [2]).

Die Mitglieder aller Regierungs-Collegien der Republik kleideten sich in Trauer, desgleichen die Gesandten, und ebenso diejenigen des Kaisers an allen Höfen.

---

[1]) Mais, Sire, ce que nous avons appris en même temps de l'extrêmité d'affliction, quoyque juste et légitime, où ce coup accablant avoit plongé V. M., a bien augmenté nos alarmes.

[2]) Die Berichte von Kaunitz vom 10. und 17. Januar 1695. Seine Worte sind: eine ungemeine Thränigkeit. — Prior in den Lexington Papers p. 47.

Digitized by Google

Anders der Vater, der König Jacob in St. Germain. Er legte keine Trauer an. Er verbot seiner Umgebung Trauer anzulegen. Er vernahm, daß seine Tochter auf dem Todbette geäußert: sie sterbe mit ruhigem Gewissen. Er erging sich in einem Schreiben an Rancé, den Abt der Trappisten, in heftigen Klagen über die Betrüger und die Betrogenen [1]).

Fassen wir die Anklage des Vaters gegen die Tochter, also den ganzen Verlauf der Stellung gegen einander in den wichtigsten Momenten hier nochmals kurz zusammen.

Wir haben oft und vielfach beobachtet, daß der Kern der Politik Ludwigs XIV. gegenüber England und der Republik von Anfang an war die Verfeindung beider Mächte, damit dadurch die seinige wachse. Wir haben die Mittel kennen gelernt, deren er dazu sich bediente. An moralischem Werthe entsprachen sie dem Zwecke. Der Höhepunct des einen wie der anderen ward erreicht in dem Dover-Vertrage von 1670 und dem was daran hing.

Das Streben Oraniens, demjenigen Ludwigs XIV. entgegen gesetzt, war zunächst der Friede der beiden Mächte England und Holland unter einander, dann die Vereinigung, der enge Bund beider wider den Friedensstörer. Seine Heirath mit Mary von York war ein mächtiger Schritt auf diesem Wege.

In so weit hatte die Politik Ludwigs XIV. dadurch eine schwere Niederlage erlitten, entscheidend sogar, wenn die Brüder Stuart ehrlich und aufrichtig gewesen wären. Sie waren es nicht, weder der Oheim Carl II., der die Heirath gewollt und gefördert, noch York, der sich widerstrebend dem Willen des Bruders gefügt, und diese Abneigung auch nachher nicht verhehlte. Namentlich an dieser Abneigung gegen den eigenen Schwiegersohn faßte ihn die französische Politik, um das Trachten der Verfeindung beider Mächte fortzusetzen, vorzugsweise an diesen Personen. Die Mittel waren abermals nicht diejenigen der Wahrheit, der Ehre, des Rechtes. Die Heirath der zweiten Tochter Anna mit dem Prinzen Georg von Dänemark hatte, nach der ausgesprochenen Absicht des Vaters York, wie Ludwigs XIV., den

[1]) The life of James vol. II, p. 525. Nur Jacobs eigene Worte fallen ins Gewicht. Das andere dort ist das subjective Reden seines Biographen.

Digitized by Google

Zweck, im Interesse Frankreichs ein Gegengewicht zu sein gegen die erste. Daß sie dies nicht werden konnte, lag nicht an der Absicht jener, sondern an dem Mangel an intellectueller Befähigung des Prinzen selbst. York gewährte der jüngeren Tochter die Mittel, die er der älteren nicht gab.

Von Seiten des oranischen Paares liegt eine Kränkung wider den Vater als Herzog von York nicht vor.

Nach der Thronbesteigung Jacobs suchte Oranien die Aussöhnung. Jacob II. gestand sie zu. In welcher Weise er es damit ehrlich meinte, liegt in den Berichten Barillons vor Augen.

Dennoch glaubte und vertraute Oranien noch das ganze Jahr 1685 hindurch. Er bewies es durch sein Handeln in der Sache des Monmouth.

Allein dann gelang es der Politik Ludwigs XIV., den Todesstreich zu führen auf das Vertrauen Oraniens. Es geschah durch die Wegnahme des Fürstenthums Oranien. Es war ein Wagnis. Wenn der König von England sich des Rechtes und des Eigenthumes seiner Kinder mit Nachdruck annahm: so kittete diese Gewaltthat den Vater mit den Kindern fest zusammen. Wenn nicht, so errichtete sie die Scheidewand. Ludwig XIV. rechnete auf die Abneigung, um nicht zu sagen, den Haß Jacobs II. wider Oranien. Ludwig XIV. rechnete richtig. Jacob II. trat nicht mit Nachdruck ein für das Recht seines Schwiegersohnes. Der Oranier brach innerlich mit seinem Schwiegervater. Sein Verdacht gegen denselben wuchs empor, stärker als jemals früher. Dieser Verdacht betraf ein heimliches Einverständnis der beiden Könige von England und Frankreich.

Es ist menschlich natürlich, daß die Gattin, welche als Tochter nicht vermochte, das Verhalten des Vaters zu rechtfertigen, geneigt war Theil zu nehmen an dem Verdachte des Gatten wider den Vater. Der Verdacht des Oraniers entwickelte sich im Laufe des Jahres 1686 zu der bestimmten Gestaltung, daß Ludwig XIV. und Jacob II. gemäß dem Dover-Vertrage von 1670 eine Erneuerung des Jahres 1672 gegen die Republik Holland beabsichtigten. Wir Spätere wissen, daß Jacob II. dies nicht wollte. Aber die Thatsachen haben gezeigt, daß Ludwig XIV. von dem Beginne der Regierung Jacobs II. an darauf ausging, diesen Verdacht in der Republik zu erwecken und zu

Digitized by Google

nähren, daß dagegen die Haltung Jacobs den Argwohn nicht entkräftete. Er wurde im Jahre 1688 in der Republik allgemein. Er war überwiegend sogar in Amsterdam, dessen Kaufleute gern im Frieden geblieben wären. Es darf und muß daher angenommen werden, daß auch die Prinzessin von Oranien ihn theilte. Aus dem Verdachte, aus der Furcht in der Republik vor einer Erneuerung des Jahres 1672, keimte dort der Entschluß zuvorzukommen, den König von England mit Waffenmacht zu zwingen zu einer Aenderung seiner Politik nach innen und nach außen.

Der König von Frankreich erkannte den Plan. Er legte demselben kein Hindernis in den Weg. Er beförderte ihn negativ, weil es in seinem Interesse lag, daß England und die Republik einander zerfleischten.

Die Prinzessin von Oranien wußte um den Plan. Sie ließ dem Vater dasjenige Mittel kund thun, durch welches er nach ihrer Ansicht die Gefahr von sich abwenden konnte: die Ernennung des Prinzen von Oranien zum Anführer der englischen Streitkräfte, mit anderen Worten, den Bruch mit Ludwig XIV.

Jacob II. folgte nicht dem Rathe seiner Tochter, welche den Vater mit dem Gatten auszusöhnen bemüht war, sondern demjenigen Ludwigs XIV., dessen Interesse war die Feindschaft zwischen England und Holland.

Oranien fuhr hinüber. Es geschah nicht mit dem Plane, mit der Absicht der Eroberung. Auch da noch stand es in der Hand Jacobs II., durch die Befolgung des Rathes seiner Tochter, sich und seinem Sohne die Krone zu erhalten. Jacob II. folgte abermals dem Rathe des Königs von Frankreich. Er floh von seiner Krone weg.

Aber die Tochter nahm dann die Krone an, die der Vater doch nicht gutwillig abgetreten. — Die Urtheile darüber, ob der Oranier moralisch im Rechte war so zu handeln, wie er gethan, sind verschieden ausgefallen, und werden verschieden ausfallen, je nachdem das letzte Moment seines Handelns, seine Pflicht für sein Vaterland, die Sorge um die Freiheit und die Sicherheit der Republik, zum vollen gewürdigt wird. Allein in Betreff der Prinzessin dürfte das Urtheil nicht zweifelhaft sein. In dem Conflicte der Pflichten entscheidet die nähere und stärkere Pflicht: diejenige, welche die Gattin

Digitized by Google

an den Gatten bindet, hat das Uebergewicht über diejenige der Tochter für den Vater.

Denn es ist vor allen Dingen hervorzuheben, daß Mary als Prinzessin von Oranien fern war von jeglichem Trachten nach der Krone für sich selber. Wir erinnern uns der Rede des Oraniers, durch welche er im Februar 1689, kurz vor dem entscheidenden Beschlusse des Oberhauses, einigen Lords kund that, daß er nicht die Regierung übernehmen werde kraft der Vollmacht seiner Frau als Königin, sondern lediglich als König kraft eigenen Rechtes. Vielleicht am selben Tage und in derselben Stunde redete die Prinzessin entsprechend im Haag. Ein von London her dort durchreisender Courier hatte die Nachricht gebracht, die der Wahrheit entsprach, daß im Oberhause eine starke Partei beabsichtigte, die Prinzessin Mary von Oranien als Königin zu proclamiren, welche dann dem Prinzen als ihrem Gemahl die Regierung übergeben würde. Eine hochgestellte Persönlichkeit der Republik eilte sofort zu der Prinzessin und brachte ihr mit der Mittheilung seinen Glückwunsch dar. Die Prinzessin, kühler und förmlicher als sonst gegenüber der bei ihr und dem Prinzen wohl gelittenen Persönlichkeit, erwiederte: „Ich hoffe, daß Ihre Nachricht sich nicht bewährt. Der Prinz wird das Königreich nicht annehmen als ein Geschenk aus Frauenhand“ [1]).

Und auch dann, als der Gemahl sie nach England berief, war Mary nicht gern, nicht freudig gegangen. Wir erinnern uns der Worte, die sie darüber damals an den kaiserlichen Gesandten Kramprich richtete. Bestimmter, ausdrücklicher noch sagten bei ihrem Tode die Holländer, daß sie nur widerstrebend sich losgerissen, um einer Bestimmung zu folgen, die nicht dem eigenen Wunsche entsprach [2]).

Und eben dieselbe Gesinnung hatte sie bewiesen als Königin. Sie hatte in der Abwesenheit ihres Gemahles die Regierung auf sich

---

[1]) Aus der Leichenrede von Graevius in Lünigs Orationes Procerum Europae t. III, p. 206. Die Worte sind: Illa pro ingenio suo benigne quidem, sed minus familiari vultu et adductiore fronte, se nec sperare, ait, vera esse, quae nunciaret, nec Guilelmum hac conditione regnum tamquam muliebris beneficii munus accepturum.

[2]) A. a. O.: Recordamini, credo, quam invita et quam dolenter se passa fuerit a nostrae Reipublicae sinu avelli.

Digitized by Google

genommen, weil der Gemahl es wollte. Sie hatte durch die That bewiesen, daß sie die Kraft und die Befähigung besaß sie zu führen. Sie, die jugendliche Frau, hatte in dem bedrängnisreichen Juli des Jahres 1690, durch ihre wahrhaft königliche Haltung die zagenden und schwankenden Männer ermuthigt, gekräftigt, gehoben. Aber dann, sobald der Gemahl zurückkehrte, trat sie, froh der Anerkennung seinen Wünschen entsprochen zu haben, freiwillig und gern in seinen Schatten. Es dürfte kaum ein zweites Beispiel in der Geschichte der Könige geben, daß sich mit einer so ungemeinen Befähigung zum Herrschen eine so geringe Neigung zum Ausüben dieses Talentes vereinigt hätte.

Der kundige Holländer Graevius, dem wir darin folgen, gibt als den Grundzug des Charakters der Königin an ihre warme Religiösität. Diese trat nach außen hervor namentlich als Wohlthätigkeit. Von dem Gelde, welches der Gemahl ihr in Holland für sie persönlich zugewiesen, verbrauchte sie für sich einen geringen Theil; den größeren verwendete sie für jene Zwecke. Ihre Herzensgüte und zugleich ihre Selbstbeherrschung legt Graevius dar an einem besonderen Beispiele.

Nachdem sie, während ihres Aufenthaltes im Haag, eines Tages dem Botschafter einer fremden Macht die feierliche Audienz gegeben, begann dieser sich zurückzuziehen, und zwar so, daß er, vorwärts gewendet, nach üblicher Weise im Abgehen mehrmals sich verbeugte. Es widerfuhr ihm dabei, daß er, rückwärts schreitend, aus der geraden Richtung kam und mit dem Kopfe, eingehüllt in die wolkenartige Perrücke jener Zeit, an einen Candelaber streifte. Bei der abermaligen Verbeugung fuhr der glänzende kahle Scheitel hinunter, die Perrücke hing oben am Candelaber. Ob des komischen Anblickes brachen alle Frauen um die Prinzessin in lautes Lachen aus: sie allein blickte auf den Gesandten mit derselben würdevollen Ruhe, mit welcher sie seine wohlgesetzte Rede angehört. „Ich würde, erwiederte sie nachher, durch Lachen die Verwirrung des Armen ja nur noch gesteigert haben, und das erschien mir als ein Unrecht“ [1]).

Wie ein Streben nach unerlaubter Herrschaft, so ist auch jede Liebloſigkeit unvereinbar mit einem solchen Charakter. In Wahrheit ist ein Act, oder auch nur ein Wort des Hasses oder der Feindschaft

[1]) A. a. O. p. 217.

Digitized by Google

der Königin Mary gegen ihren Vater niemals dargethan. Daß der König Jacob in St. Germain glaubte an die Verleumdungen, welche die Arglist der französischen Politik in Betreff seiner Tochter ihm zubrachte, war seine Schuld. Daß der König Jacob in St. Germain nicht glaubte an die Versicherungen, welche wohlwollende Persönlichkeiten, wie die Prinzessin Sophie in Hannover und in deren Auftrag die Herzogin von Orleans, ihm gaben in Betreff der wahren Gesinnung seiner Tochter Mary, war seine Schuld.

Wir haben vernommen, daß er sich bei der Nachricht über das Verhalten seiner Tochter auf ihrem Sterbebette in heftigen Klagen erging über die Betrüger und die Betrogenen. Die Klagen waren begründet, nur daß der König Jacob in St. Germain sowohl die Betrüger wie die Betrogenen näher hätte suchen sollen und finden können als fernab von ihm in Kensington.

Ja es drängt sich sogar die Frage auf, ob der König Jacob, der um seine Tochter nicht trauern wollte, dennoch nicht sogar mehr an ihr verlor, als irgend ein Anderer außer dem Oranier. Die Frage erscheint paradox. Wir haben sie zu prüfen.

In einem der Briefe, welchen die Königin Mary an die Prinzessin Sophie in Hannover gerichtet, im Jahre 1690, finden sich die Worte: „Ich kann meinen Vater nicht vergessen". Die Worte sind inhaltsschwer. Wenn, wie doch mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, die Herzogin von Orleans auch diese Worte dem Könige Jacob wieder gemeldet: so hätte daraus ihm ein Hoffnungsstern leuchten müssen, moralisch besser begründet als alle Betheuerungen seines Bruders von Frankreich.

Fassen wir diese Hoffnung noch näher ins Auge.

Wir erinnern uns, daß der Graf Nottingham von 1689 an mehrere Jahre Staats-Secretär war, und, während der Abwesenheit des Königs, ein Mitglied des Rathes der Neun, welche die Königin umgaben. Er erfreute sich ihres Vertrauens, so daß sie ihm gegenüber offener über ihren Vater sprach als zu Anderen [1]).

Nottingham hatte demnach oft die Gelegenheit sie zu beobachten. Lange Jahre später sprach er sich zu Lord Dartmouth aus: er halte

[1]) Ihr Schreiben an den König vom 7./17. Juli 1690.

Digitized by Google

sich für überzeugt, daß, wenn die Königin ihren Gemahl überlebt, sie das Aeußerste aufgeboten haben würde, um ihren Vater herzustellen, freilich mit Bedingungen, ausreichend für die Sicherung der Religion und der Freiheit von England [1]).

Daß die Königin eine positive Aeußerung in der Richtung gethan, die Nottingham angibt, ist nicht anzunehmen. Das Urtheil Nottinghams ist das Ergebnis seiner Combination. Aber es scheint, daß diese Combination noch verstärkt werden könne. Die Königin unterordnete alles ihr politisches Denken und Wollen demjenigen des Gemahles; allein es ist nicht unwichtig hervorzuheben, daß für den Fall, welchen Nottingham andeutet, ein besonderes Motiv gegen die Herstellung Jacobs oder seines Sohnes bei Mary jedenfalls schwächer wirkte als bei ihrem Gemahle. Die Sorge für die Sicherheit und die Freiheit zunächst der eigenen Heimat, seines geliebten Holland, hatte dem Prinzen von Oranien die Waffen in die Hand gedrückt wider Jacob. Dieselbe Sorge ließ bei dem Könige Wilhelm den Gedanken an die Herstellung eines Stuart auf dem Throne von England nicht aufkommen. Dieses Bedenken konnte Mary, wenn der Einfluß ihres Gemahles auf sie nicht mehr war, nicht haben, oder doch nicht in gleichem Maße. Wie dies negative Motiv für sie hinwegfiel, oder doch schwächer wurde als bei ihrem Gemahle: so wirkte das positive, das Band des Blutes, bei ihr um so stärker.

Die Probe ist nicht eingetreten, und die Worte Nottinghams als diejenigen eines rechtschaffenen und klar blickenden Mannes, haben darum einen Werth nur für die Kennzeichnung des Charakters der Königin.

Es scheint jedoch, daß auch für die Haltung einiger Jacobiten in England die Ansicht Nottinghams in Rechnung zu bringen sei. Diese Haltung nämlich fiel auf. „Sie bequemen sich der Strömung an, meldet der Graf Auersperg noch am Todestage selbst, und suchen in den Kundgebungen ihres Schmerzes diejenigen zu überbieten, welche ihn wahrhaft fühlen“ [2]). Dieses Urtheil, welches eine große Zahl

[1]) Note von Dartmouth zu Burnet, bei Dalrymple III[II], p. 199.

[2]) Auersperg an Kinsky: Les Jacobites s'accommodent au temps et affectent une douleur plus grande et éclatante que de ceux qui la sentent véritablement.

Digitized by Google

von Menschen zu Heuchlern macht, erscheint gewagt. Es konnte doch in London manche Jacobiten geben, die klarer und besonnener in die Menschen blickten, als der König Jacob in St. Germain. Sie konnten die Ansicht Nottinghams hegen, vielleicht noch stärker ausprägen als er, nämlich daß, im Falle des Ueberlebens der Königin Mary über den König Wilhelm, die Herstellung des Hauses Stuart in sicherer Aussicht stehe. Mit dem Tode der Königin Mary ging dieser Hoffnungsstern unter. Darum konnte die Trauer vieler Jacobiten am 28. December (a. St.) 1694 sehr wohl eine wahre und tief empfundene sein. Immerhin mögen Andere sie geheuchelt haben.

Denn allerdings war die Stimmung der englischen Nation so erregt, daß auch die Nicht-Willigen es für klüger hielten, äußerlich ein Zeichen der Trauer zu tragen. Ein Edelmann vom Lande, der dies nicht wußte und ohne ein Trauerzeichen in die Stadt London kam, wurde auf der Straße umringt und rettete mit Mühe das Leben. Diese Stimmung schwoll an durch die Nachrichten aus Paris, daß der Vater Jacob in St. Germain die Trauer um die Königin untersagt habe, ja von ihr nicht reden hören wolle[1]).

Jacob II. hatte seine Krone verlassen auf französischen Rath. Er sagte sich los von seiner Tochter, die der Stolz Englands war, auf die auch der Vater hätte stolz sein dürfen, wenn er nicht immer aufs neue sich hätte umgarnen lassen durch die Arglist Ludwigs XIV. Diese Arglist malte in den Augen des Vaters die Tochter zum menschlichen Ungeheuer. In ähnlicher Weise erschien das Bild der Königin Mary den Franzosen im allgemeinen. Denn das Fühlen und Wollen derselben bestimmte sich nach der Politik ihres Königs, deren eigentliche Beweggründe sie nicht erfaßten. In Frankreich erschienen Verse, nach denen die Königin Mary die römischen Tullien überbot. Von Holland aus antworteten mehrere, namentlich der Gelehrte Burmannus, mit anderen Versen zur Verherrlichung der Königin[2]). Kürzer, bündiger wird das ganze Verhältnis zusammengefaßt durch ein Distichon von Leibniz in Hannover. Dieser Gelehrte, eingeweiht in die Correspondenz der Königin Mary mit der Kurfürstin

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 22. Januar/1. Februar.

[2]) Die Verse von beiden Seiten bei Sylvius t. IV, b. 38, p. 158.

Digitized by Google

Sophie, war im Stande die Persönlichkeit der Königin vollaus zu würdigen. Das Distichon lautet:

Anglia reginam deflet, pater abstinet unus:
Non potuit gentem deseruisse magis.

Der König Jacob in St. Germain gab sich der Hoffnung hin, daß der Tod seiner älteren Tochter das Gebäude der Regierung des Oraniers in England erschüttern, daß namentlich seine jüngere Tochter Anna, die ihm drei Jahre zuvor einen Reuebrief geschrieben, sich erheben würde gegen den Oranier, dessen Erbrecht auf die Krone ihrem eigenen nachstand [1]). Wie der König Jacob den Edelsinn seiner älteren Tochter nicht verstand, eben so wenig den minder edelen Charakter der jüngeren.

Die Prinzessin Anna hatte auf die Kunde der schweren Erkrankung der Schwester die Aussöhnung gesucht. Die Königin hatte in freundlicher Weise antworten lassen. So war, obwohl die Aerzte das persönliche Erscheinen der Prinzessin am Sterbebette untersagt, die Aussöhnung im Geiste doch erfolgt.

Auf den Tod der Königin schrieb die Prinzessin Anna an den König Wilhelm einen Brief, den Tenison überbrachte. „Ich bin, sagte sie, durch den herben Schlag eben so ergriffen, wie wenn ich niemals das Unglück gehabt hätte, das Misfallen der Königin auf mich zu ziehen." Sie bat um die Erlaubnis, den König zu besuchen, um ihm persönlich ihre Absicht zu betheuern, daß sie keine Gelegenheit versäumen wolle, ihm Beweise zu geben ihres Respectes für ihn [2]).

Es ist möglich, daß der Brief aufrichtig gemeint war. Gewis ist, daß die Prinzessin darum mit St. Germain nicht abbrach [3]). Gewis ist ferner, daß die Prinzessin nach wie vor berathen wurde vom Ehepaare Marlborough. Gewis ist endlich, daß, nachdem der Tod der Königin Mary die Prinzessin Anna dem Throne um einen Schritt näher gestellt, es ihr Interesse war mit dem Könige Wilhelm gut zu stehen. Wir haben dies Verhältnis ins Auge zu fassen.

Die Prinzessin Anna war damals bei der englischen Nation eben so wenig beliebt wie ihr Gemahl geachtet. Sie galt für launenhaft

[1]) The life of James, vol. II, p. 525.
[2]) Der Brief in the conduct of the D. of Marlborough p. 108.
[3]) The life of James, vol. II, p. 559.

Digitized by Google

und widerspruchsvoll, für völlig geleitet von der allgemein verhaßten Lady Marlborough. Die Prinzessin hatte für sich keine Partei, vermochte auch nicht, wenn sie gewollt hätte, eine solche zu bilden, konnte daher dem Könige nicht gefährlich werden. Dagegen erwuchs für die Prinzessin selber eine Gefahr. Es war die, daß ihr Sohn, der Herzog von Glocester, mit Ausschluß der Mutter, zu der Krone berufen wurde. Damit diese Gefahr vermieden wurde, lag es im Interesse der Prinzessin, und demnach des Ehepaares Marlborough, dem Könige nicht wieder einen Anlaß zur Unzufriedenheit zu geben, demgemäß zunächst die Aussöhnung auch mit ihm zu suchen [1]). Die Anhänglichkeit, mit welcher bei dem Trauerfalle das Parlament wie das Volk zu dem Könige standen, mochte diesen Eifer noch mehr anfeuern.

Der König ließ zwar den Prinzen Georg zunächst nicht vor, schob auch den Besuch der Prinzessin hinaus; aber er gab eine freundliche Antwort. Die Schritte des prinzlichen Paares wurden von den Engländern mit Wohlgefallen aufgenommen. Die Bedingung, welche der König der Prinzessin auferlegen würde, war vorauszusehen: es war die Entfernung der Lady Marlborough, wenigstens auf einige Zeit. Ja es scheint sogar, daß die Prinzessin mit dem Erbieten dazu entgegen gekommen ist [2]). Noch bevor der König selber die Prinzessin empfangen, gestattete er seiner Umgebung, im Hause Berkeley ihre Besuche zu machen. Einige Tage später erhielt die Prinzessin die Ehrenwache zurück. Sie bemühete sich ihrerseits ihre Ergebenheit recht augenfällig an den Tag zu legen. Als der Graf Clarendon sich zur Audienz bei ihr melden ließ, erhielt er die Antwort: die Prinzessin lasse Niemanden vor als Freunde des Königs [3]).

Wilhelm III. selber erholte sich langsam. Seine Füße versagten ihm fast den Dienst. Er ließ sich, um frische Luft zu schöpfen, im Sessel in den Garten hinab tragen. Für längere Zeit noch wies er alle Geschäfte zurück. Aber das Unglück selbst bot den Anlaß zu

---

[1]) Anlage I.

[2]) Bericht des Grafen Auersperg vom 11./21. Januar: Weil zur Zeit der Königin aller Widerwille von einer gewissen Dame, die sich Malboro nennt, hergerühret, welche die Prinzessin völlig regiert, so hat sie sich erklärt, daß sie in etlicher Zeit die Dame von ihrem Hofe werde abschaffen.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 25. Januar.

Digitized by Google

mancher Ermuthigung. Portland versicherte dem Grafen Auersperg: es sei fast nicht zu glauben, wie die englische Nation sich dem Könige gegenüber erweise, ja daß sowohl öffentlich wie heimlich die bisherigen Widersacher ihren guten Willen bezeigten und sich bemüheten, auch dem Könige selbst diese Gesinnung kund zu thun. Auersperg war der Ansicht, daß kaum ein Dorf in England zu finden, welches unterlassen hätte, dem Könige eine Trauer-Adresse einzusenden. Dieselben Kundgebungen erfolgten in Schottland [1]). Daß der König abermals den Feldzug in Belgien leiten werde, ward bereits in der Mitte Januars von Niemandem bezweifelt. Portland sprach die Ansicht aus, daß, wenn der König keine Neigung dazu an den Tag legte, die englische Nation durch ihre inständigen Bitten ihn dazu bewegen würde. Denn es sei in England alles in so gutem Stande, wie nur zu wünschen.

Vom 6./16. Januar an nahm der König wieder die Dienste seiner Kammerherren entgegen. Man hoffte, daß er demgemäß auch wieder öffentlich zugänglich sein würde. Es geschah nicht. Nur wenige Personen hatten Zutritt zu ihm, namentlich Portland und der Erzbischof Tenison, der ihn fast nicht verließ. Der König war auf alle Weise beflissen, das Andenken der Königin zu ehren. Sie hatte täglich, des Morgens und des Nachmittags, Andachten gehalten. Er hatte daran keinen Theil genommen. Nun setzte er sie fort. Der Dienerschaft der Königin wurden ihre Gehalte lebenslänglich zugesichert, denjenigen, die in Whitehall Wohnung hatten, auch diese. Die laufenden Almosen der Königin wurden fortgezahlt [2]).

Es handelte sich um den letzten Act, um das Begräbnis. Der König, allem ceremoniellen Gepränge abhold, hatte zu Anfang den Willen ausgesprochen, daß die Bestattung in der Stille erfolge, jedoch feierlicher als diejenige Carls II., zehn Jahre zuvor [3]). Man blieb nicht bei diesem Gedanken. Die Bestattung schob sich hinaus, und

---

[1]) Die Berichte des Grafen Auersperg vom 1./11. Januar, vom 11./21. Januar, 12./22. Februar. In dem letzteren: L'on remarque une chose très-extraordinaire qu'il n'y a quasi pas un village en Angleterre, lequel n'a pas présenté une adresse au roy avec des assurances de leur fidélité et estime pour S. M. et le gouvernement.

[2]) Hoffmanns Berichte vom 18. März und 1. April.

[3]) Auerspergs Bericht vom 7. Januar.

Digitized by Google

nach und nach stellte es sich klar, daß sie mit großem Pompe geschehen werde. Als den ersten Anlaß zu dieser Aenderung des ursprünglichen Planes erfahren wir, daß die Inhaber einiger hohen Hofämter bei den dadurch erwachsenden Ausgaben ihr Interesse fanden, und demgemäß in der Zeit, wo der König Jedermann unzugänglich, ihre Verfügungen getroffen hatten [1]). Dann jedoch griff der Gedanke durch, eine Trauerfeier der Nation zu veranstalten. Im Oberhause ward zuerst der Vorschlag einer Theilnahme aller Mitglieder gemacht, bereits am 10. Januar (a. St.). Der Vorschlag ward sofort angenommen. Das Unterhaus folgte einige Tage später mit demselben Beschlusse [2]). Es war zum ersten Male, daß Beschlüsse solcher Art gefaßt werden konnten; denn bis dahin zog der Tod des regierenden Souveräns die Auflösung des Parlamentes nach sich. Der König erfuhr die Absicht dieser nationalen Trauerfeier erst wenige Tage vor dem Vollzuge. So sehr hütete man sich, den Namen der Königin vor ihm zu erwähnen [3]).

Die Leiche war bei Nacht von Kensington nach Whitehall geführt und dort prächtig aufgebahrt. Der Zutritt durch eine lange Reihe schwarz ausgeschlagener Zimmer war durch mehrere Stunden des Tages frei, und der Ausgang ein anderer als der Eingang. Dies dauerte zwei Wochen hindurch. Dennoch war der Andrang der Menschen so stark, daß Viele, die vom Lande herein kamen, unverrichteter Sache zurückkehrten [4]).

Der Tag des Begräbnisses war der 5./15. März. Eine Trauerfeier so imposanter Art mochte weder England, noch ein anderes europäisches Reich bis dahin erblickt, noch vernommen haben. Dreimal an diesem Tage läuteten die Glocken in allen Kirchthürmen von England je eine Stunde. Um Mittag begann der Zug von Whitehall nach der Westminster-Abtei. Der Weg dahin war mit Brettern belegt, mit schwarzem Tuche bedeckt. Nach den Marschällen mit ihrem Gefolge, die den Zug eröffneten, schritten zunächst, in vierfacher Reihe, dreihundert arme Frauen. Mit Ausnahme der Mitglieder von beiden

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. Januar.
[2]) Auerspergs und Hoffmanns Berichte vom 21. und 25. Januar.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 18. März.
[4]) Ausführlich bei Sylvius t. IV, b. 39, p. 7.

Digitized by Google

Häusern des Parlamentes und des Lord Mayors von London gingen alle Männer baarhäuptig. In das Geläute der Glocken mischte sich der Donner von sechzig Kanonen des Tower, und einer langen Reihe anderer schwerer Geschütze, die man näher heran, in St. James Park, aufgestellt.

In dem Mittelschiffe des gothischen Prachtbaues der Westminster-Kirche hielt der Erzbischof Tenison die Leichenrede. Dann senkte man den Sarg ein, in eine der Grüfte der Kapelle Heinrichs VII.

Der König nahm an dem Leichenbegängnisse nicht Theil.

Am selben Tage fand in der Republik der Niederlande die Leichenfeier statt.

Nicht bloß die öffentlichen Gebäude, sondern die Häuser der Bürger und der Bauern trugen Trauerfahnen. „Es gibt keinen Ort im Lande, ruft einer der Redner aus, in welchem nicht heute irgend ein Abzeichen unsere Trauer verkündigt".

So Graevius im Dome zu Utrecht vor den Ständen dieser Provinz. Seine Rede, reich ausgestattet mit geschichtlichen Momenten aus dem Leben der Königin, ist eine Leistung, würdig der besten Zeiten der Republik [1]).

Der Gemeinderath von London hatte am 4./14. Januar beschlossen, zum ewigen Gedächtnisse die Standbilder des Königs und der Königin vor der Börse aufzurichten [2]). Der König Wilhelm III. erwog ein anderes Monument, mehr entsprechend dem Sinne der Königin.

Wir erinnern uns des Dankes, welchen die Holländer der Königin darbrachten wegen ihrer Fürsorge für die Opfer der Seeschlacht von Beachy Head. Nach derjenigen von La Hogue hatte die Königin, bekümmert über die große Zahl der hülfs- und pflegebedürftigen Verwundeten, den Plan gefaßt den Palast von Greenwich zu wandeln in eine Zufluchtsstätte für invalide Seeleute. Seitdem war für die Ausführung nichts geschehen. Nach dem Tode der Königin nahm der Gemahl den Gedanken auf, und legte sofort die Hand an das Werk. Der Baumeister Wren, dessen Namen so viele der öffent-

[1]) Abgedruckt in Lünigs Orationes Procerum et ad Proceres Europae t. III, p. 181 sqq.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 4./14. Januar.

Digitized by Google

lichen Gebäude von London nach dem großen Brande von 1666 verkünden, entwarf den Plan. Wilhelm III. lebte nicht mehr lange genug, um ihn völlig auszuführen, und darum unterblieb die besondere Ausschmückung durch ein Standbild der Königin, welches dort am rechten Orte gewesen wäre[1]). Aber die eigentliche Hauptsache ward vollendet. Wie die Königin Mary in ihrem kurzen Leben der Stolz Englands gewesen war: so ward das Hospital von Greenwich, welches der Gemahl zum Gedächtnisse ihres Sinnes und damit zu ihrer beider Ehre errichtete, als ein Werk in dieser Art ohne Gleichen ein Gegenstand des Stolzes für England auf Jahrhunderte.

Noch vor der Bestattung der Königin hatte sich Wilhelm III. in die Geschäfte seiner Regierung wieder eingelebt.

Es ist mit Nachdruck zu sagen: in die Geschäfte seiner Regierung. Denn diese war, in Betreff der Angelegenheiten nach außen, die ihm persönlich eigenthümliche, wie vielleicht keinem englischen Könige vor ihm, und wie sie nach ihm keinem wieder möglich gewesen ist.

Dies Verhältnis liegt gerade für damals in besonders klarer Weise vor.

Wir erinnern uns, daß, auf den Rath Auerspergs, der Kaiser mit seinen Ministern Kinsky und Windischgrätz beschloß, in Stockholm die Forderung zu stellen, daß einer Antwort auf die französischen Friedensvorschläge vorhergehen müsse die unbedingte Zusage des Königs von Frankreich für die Anerkennung des Königs Wilhelm von England. Die betreffenden Schriftstücke wurden dem englischen Gesandten in Wien, Lord Lexington, mitgetheilt. Es war für ihn die erste Angelegenheit von Bedeutung auf diesem Posten, den er einige Monate zuvor angetreten. Er schickte die Schriftstücke ein an den Staats-Secretär Shrewsbury, und bat um Instruction für sein Verhalten.

Die Antwort ist eine der merkwürdigsten, die vielleicht jemals ein Minister der auswärtigen Angelegenheiten gegeben haben dürfte.

„Auch wenn der Zustand meiner Gesundheit besser wäre, sagt Shrewsbury, so würde doch die tiefe Trauer des Königs mir nicht

[1]) Ich entnehme dieses dem Werke Macaulays Ch. XX, am Ende.

Digitized by Google

gestatten, mir von ihm eine so genaue Kunde der Angelegenheiten zu verschaffen, wie sie für meine große Unkenntnis erforderlich wäre, bevor ich auf die gewichtigen Anfragen in den Briefen Ew. Lordschaft genügende Auskunft geben könnte. Denn außer meinem Mangel an Erfahrung in der Behandlung von Angelegenheiten dieser Art, bin ich so sehr unwissend über alle schwebenden Verhandlungen, daß es Ihnen zur Verwunderung gereichen dürfte. Ich habe niemals von irgend einem Gesandten von auswärts, ausgenommen jetzt von Ihnen, die geringste Kenntnis über diesen Vertrag (der großen Allianz von 1689) erhalten, noch habe ich daheim von irgend Jemandem die Einzelnheiten desselben erfahren. Ich bin deshalb sehr erfreut, daß Sie von anderer Hand ausgestattet sind mit dem, was erforderlich ist zur Antwort in Betreff der Beredungen von Mastricht. Hätten Sie eine Kunde darüber oder eine Entschuldigung derselben von mir erwarten müssen: so muß ich Ew. Lordschaft versichern, daß ich in dieser Sache eben so unwissend bin, wie irgend ein anderer Mann im Lande, und nicht auf andere Weise davon gehört habe als aus den Zeitungen" [1]).

So der Staats-Secretär Shrewsbury. Er überlieferte die sämmtlichen von Lexington eingesandten Papiere dem Könige. In wie weit dann Wilhelm III. den Staats-Secretär zur Kunde dieser Papiere heranzog, ergibt sich aus dem weiteren Verlaufe, den wir von dem Grafen Auersperg erfahren.

Am 22. Januar/1. Februar trat Portland mit den von Lexington aus Wien eingesandten Schriftstücken zu Auersperg. „Er hatte den Befehl, meldet dieser, mir offen zu sagen, daß, weil alle von Lexington eingesendeten Schriftstücke lateinisch abgefaßt, aber weder der König noch er der lateinischen Sprache ausreichend kundig wären, der König mir den Wunsch aussprechen ließ, daß ich die Schriftstücke ins Französische übersetze." „Der Grund ist, fügt Auersperg hinzu, daß die Papiere nicht weiter in noch andere Hände gelangen sollen" [2]). Demnach erhielt kein Engländer davon eine Kunde.

---

[1]) Lexington Papers p. 40. Schreiben Shrewsburys vom 8./18. Januar 1695.

[2]) Auersperg an Kinsky, 22. Januar/1. Februar 1695: Portland avoit de plus ordre de me confesser ingenuement, parce que tout que Lexington luy a

Digitized by Google

Einige Wochen später spricht Auersperg sich noch bestimmter über dies Verhältnis aus. „Die Engländer, das heißt, die Minister, sagt er, wissen gar nichts von den auswärtigen Angelegenheiten. Man hat mir gesagt, daß Shrewsbury sich beklage über diesen Mangel des Vertrauens von Seiten des Königs gegen ihn. Es ist hier schwierig zu verhandeln, in so weit man nicht weiß, an wen man sich zu wenden hat; denn der König verweist uns niemals an die Minister. Demgemäß müssen wir vermuthen: es würde dem Könige nicht lieb sein, wenn wir aus eigener Macht mit ihnen davon reden wollten. Die Folge zeigt sich darin, daß wir alle, die wir als fremde Gesandte hier sind, den Begegnungen mit den Staats-Secretären ausweichen, und daß sie ihrerseits eben so verfahren, weil sie sich schämen im Falle einer Frage ihre Unkenntnis eingestehen zu müssen“ [1]).

Vom Monate Februar an ließ der König die fremden Gesandten wieder vor. Er befand sich wohl. Ja Auersperg bemerkt, daß sein Aussehen besser sei als jemals früher. Jedoch war er noch schweigsamer geworden. Nur zweimal am Tage je eine Stunde war er sichtbar, des Mittags von zwölf bis ein Uhr, des Abends von acht bis neun. Seine Bedienung hatte er eingeschränkt bis auf das äußerste Maß [2]).

Der König las in Auerspergs französischer Uebersetzung die damals durch den Grafen Starhemberg in Stockholm überreichte Schrift, durch welche der Kaiser vor jedem Eingehen auf eine Friedenshandlung verlangte, daß Frankreich die unbedingte Zusage der Anerkennung Wilhelms III. gäbe. Der König sprach sich darüber mit vollem Lobe aus. Die Sache, meinte er, hätte nicht besser eingerichtet werden können [3]).

Der König und der Kaiser waren beiderseitig mit einander zufrieden. Wilhelm III. hatte die Verdungen von Mastricht abgebrochen.

---

envoyé, étoit en latin, et que ny le roy ny luy ne l'entendoient assez, c'est pourquoy S. M. souhaittoit que je le traduisse en françois. La raison est que le roy ne veut pas que cela passe à d'autres mains encore.

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 25. März.

[2]) Bericht Auerspergs vom 8. Februar.

[3]) Auersperg: Was seine Person anlangt, so sei er mit dem was in diesem Werk geschehen, zufrieden, und hätte es nicht besser eingerichtet werden können.

Digitized by Google

Er erklärte dem Grafen Auersperg: das Thor derselben sei geschlossen. Wie diese Meldung dem Kaiser angenehm war: so hatte man nirgends vielleicht, außer England und Holland, mit größerer Spannung gelauscht auf die Entwickelung der Dinge nach dem Tode der Königin als in Wien. „Die Gesundheit und das Leben des Königs von England, sagte Kinsky, sind für die gemeinsame Sache nicht weniger nothwendig, als Luft und Nahrung für die Erhaltung des Menschen“ [1]). Mit Freuden ward dort jede neue Meldung von dem günstigen Verlaufe der Dinge vernommen.

Und dennoch blieb die eine Differenz der Ansichten in Betreff Spaniens. Der König war, um der Friedensbedürftigkeit der Republik willen, geneigt hinweg zu schreiten über die Forderung Spaniens, daß der Stand des pyrenäischen Friedens hergestellt werde. Der Kaiser suchte über den König von Spanien seine schützende Hand zu breiten, und hielt zu diesem Ende fest an der Vermittlung des Friedens durch Schweden, weil dieselbe von Wien aus geführt ward.

Die Misstimmung des Königs gegen Spanien jedoch war im Wachsen. Die Vorkehrungen dort zum Schutze von Catalonien erschienen ihm unzulänglich. Ungeachtet seiner ersten Weigerung hatte er sich bereit finden lassen, 4000 Mann dahin einzuschiffen. Der Kaiser seinerseits versprach, von Finale aus einige Regimenter dahin zu entsenden. Das Commando derselben übergab er dem Prinzen Georg von Hessen-Darmstadt. Wir haben dagegen, was Spanien selber leistete, aus den eigenen Worten des Königs zu erfahren.

Der spanische Botschafter in London trat vor den König, um zu melden, daß die spanische Regierung in Catalonien alle erdenklichen Vorbereitungen treffe, und daß demgemäß dort zu rechnen sei auf nachdrücklichen Widerstand. Diese Meldung war für die Geduld des Königs eine starke Zumuthung [2]). „Ich verstehe diese Versicherung nicht, erwiederte er; denn meine Briefe lauten ganz anders. Sie melden mir, daß dort so wenig geeignete Anstalten getroffen werden, als lebe man in Friedenszeit. Die kaiserlichen Truppen zur Hülfe für

[1]) Kinsky an Auersperg, 26. Januar.

[2]) Auerspergs Bericht vom 12. Februar: Wie mir der König gemeldet, so hätte er seine Geduld nicht halten können.

Digitized by Google

Catalonien stehen in Finale; aber ich weiß nicht, wie sie hingelangen sollen; denn die Transport-Schiffe in Cadix sind noch nicht seefähig gemacht." Der Botschafter verstummte. Der König erzählte den Hergang der Audienz dem Grafen Auersperg und fügte hinzu: „Der Hof in Madrid beschäftigt sich nur mit seinen inneren Intriguen, und widmet den anderen Angelegenheiten keine Beachtung. Ich fürchte nicht bloß, daß Barcelona verloren geht, sondern auch daß Spanien einen Sonderfrieden schließt" [1]).

Eben diese Besorgnis ward aber auch in Wien gehegt. Und aus dieser Besorgnis ging dort das Bestreben hervor, jeglichen Anlaß fern zu halten, dessen sich die französische Partei in Madrid zu einem Vorwande bedienen könnte.

Der König Wilhelm war einverstanden mit der Präliminar-Bedingung, daß Frankreich ihn anerkenne. Nicht jedoch billigte er den kaiserlichen Entwurf eines Gegenvorschlages, welcher auf die erfolgte Anerkennung dem Könige von Schweden als dem Friedensvermittler überreicht werden sollte. Derselbe, sagte er, gehe zu Gunsten Spaniens zu weit, werde daher die Zustimmung der Republik nicht erhalten.

Es war jedoch nicht bloß das Bedürfnis der Republik nach dem Frieden, welches auf Wilhelm III. drückte, sondern eben so sehr sein eigenes, persönliches. Er hatte sich einige Tage zuvor zu Heinsius darüber ausgesprochen. „Ich muß Ihnen im Vertrauen sagen, daß ich mich nicht mehr im Stande fühle den Krieg zu führen. Ich werde dennoch trachten, so viel an mir ist, meine Pflicht zu thun, in der Hoffnung, daß der große Gott mir dazu Kraft verleihen werde" [2]).

Diese Stimmung Wilhelms III. ist von besonderer Wichtigkeit für die nun folgende Kundgebung von seiner Seite. Nachdem er nämlich noch einige Tage den Stand der Dinge erwogen, beschied er den Grafen Auersperg zu sich und entwickelte ihm in längerer Rede seine Ansichten, mit der Forderung, daß der Gesandte sie sofort durch

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 12. Februar.

[2]) Groen van Prinsterer, Archives etc. 2me série, t. V, p. CXXXVI, n. 3: Ick moet UEd. in confidentie seggen dat ick my nu niet meer bequaem en vindt om den oorlog te voeren: ick zal evenwel tragten so veel als in my is om myn devoir te doen, hoopende dat den grooten Godt my daer sterckte toe zal geven.

Digitized by Google

einen Courier zur Kenntnis des Kaisers zu bringen habe [1]). Die Rede des Königs beleuchtet umfassend die Lage der Dinge.

„Nach vielem Nachdenken über die Friedenssache, begann der König, bin ich zu dem Ergebnisse gekommen, daß sie in dem jetzigen Stande nicht länger bleiben darf. Die Lage des Feindes ist nicht so übel, wie man auf Ihrer Seite geneigt ist anzunehmen. Er kann den Krieg fortsetzen, ja er kann, wenn er fest bleibt bei dem erklärten Entschlusse der Defensive, ihn länger aushalten als wir. Fassen wir, um dies klar zu erkennen, die einzelnen Mächte ins Auge."

„Zuerst Spanien. Die Dinge dort liegen derartig, daß wir in Folge des Verlustes von Barcelona nicht bloß die Neutralität dieser Krone zu erwarten hätten, sondern auch einen Sonderfrieden. Barcelona aber zu retten, ist nicht möglich. Denn im Lande dort sind nach allen meinen Nachrichten nicht 5000 Mann kriegsfähiger Truppen. Der äußere Succurs wird wahrscheinlich bestehen nur in der wenigen Mannschaft, welche ich in einigen Tagen auf die Flotte senden werde. Wann diese ankommen, das weiß der liebe Gott. Aber auch wenn sie schon dort wären, so vermögen sie doch nicht die Sache zu halten. Die spanischen Truppen, die aus Belgien nach Catalonien sich begeben sollen, bestehen in 3000 Mann. Sie sind in schlechtem Stande. Dazu sehe ich noch nicht ab, wie sie hinüber zu bringen sind, weil sie nicht bereit sind zur Abfahrt mit dem Convoy, welches die meinigen hintragen wird. Die angekommenen spanischen Wechsel zum Betrage von 50,000 spanischen Thalern reichen nicht aus, die Kosten der Ueberfahrt zu decken. Noch dazu sind sie protestirt."

„Die übrigen spanischen Truppen in Belgien betragen kaum fünf Schwadronen Cavallerie im Felde, und 4000 Mann Infanterie in den Festungen."

„Das ist der Stand der spanischen Macht auf den zwei Kriegsschauplätzen. Urtheilen Sie selber, was von dort her zu hoffen steht. Erwägen Sie überhaupt den ganzen Stand dieser Krone. Es ist dort weder Rath noch Macht. Es ist ein Jammer, wie es in der Monarchie zugeht. Man muß sie wie eine Pupille betrachten und behandeln."

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 15./25. Februar. Dazu mehrere Briefe an Kinsky vom selben Datum und den folgenden Tagen. Ich fasse alles zusammen, und ändere nur die Form des Ausdruckes.

Digitized by Google

„Ich komme zu den anderen Verbündeten."

„Es ist wahr, daß der Kaiser das Mögliche leistet. Aber der Türkenkrieg nimmt seine Macht so sehr in Anspruch, daß sie sich nicht im Stande befindet etwas Nachdrückliches am Rheine zu unternehmen."

„Die übrigen Reichsfürsten sind für die gemeine Sache eher eine Bürde als eine Hülfe."

„England ist allerdings die einzige Macht, welche befähigt ist den Krieg fortzuführen. Ja als König dieses Reiches darf ich sagen: auch noch auf Jahre hinaus. Die Nation im allgemeinen ist mir völlig zugethan, ja sogar ist diese Neigung im Steigen. Auch selbst diejenigen, welche eifrig darauf ausgehen an meiner Regierung zu mäkeln, sind doch einstimmig in Betreff des Krieges wider Frankreich. Von hier aus also darf ich alles Gute hoffen, und mich dessen versichert halten. Dennoch aber sehen Sie selbst, daß, obwohl die Nation willig gibt, es hart zugeht."

„Anders dagegen steht es mit der Republik. Sie ist in der übelsten Lage. Niemand weiß dies besser als ich. Die Fortführung des Krieges ist für sie eine Unmöglichkeit."

„So ist der jetzige Stand der Dinge. Lassen Sie mich nun die Frage erwägen, ob durch den kommenden Feldzug er sich günstiger gestalten könne."

„Ich hoffe, daß in Belgien nicht viel zu besorgen sein wird. Dagegen glaube ich auch nicht, daß viel unternommen werden kann. Sie selbst kennen vom vorigen Feldzuge her die Beschaffenheit des Bodens. Sie werden wahrgenommen haben, daß, wenn dort eine Armee von nur 30,000 Mann an dem Plane der Defensive festhält, es ihr gegenüber unmöglich ist, zu einem Haupttreffen zu kommen. Soll man nun die Armee theilen, mit der einen Hälfte einen festen Platz angreifen, mit der anderen den Feind beobachten? — Immerhin; aber ein Platz mehr oder weniger führt, bei der großen Menge derselben, noch nicht eine Entscheidung herbei."

„Ich frage dann: was kann am Oberrheine geschehen? — Wir haben bisher zufrieden sein müssen, wenn der Feind dort keine nennenswerthen Fortschritte machte. Und ich muß hinzusetzen, daß eben dies alles ist, was ich von dem diesmaligen Feldzuge hoffe."

Digitized by Google

„Ich habe eben so wenig ein großes Vertrauen auf den savoyischen Feldzug. Ich will zugeben, daß man Casale erlangen kann. Aber jedenfalls ist dies ein solches Wagnis, nimmt die Armee so sehr mit, daß es fraglich ist, ob nicht diese Einbuße und die Gefahren, die daraus erwachsen, den Vortheil überwiegen."

„Die Vortheile also, die uns in Aussicht stehen, sind gering. Der größte Uebelstand aber, aus welchem noch viele Nachtheile erwachsen können, ist der Wirrwarr am Hofe zu Madrid."

„Bei dieser Sachlage will ich Ihnen meine Folgerungen im tiefsten Vertrauen eröffnen. Sie werden sie dem Kaiser mittheilen und dort um das gleiche Geheimnis ersuchen."

„Ich wünsche also, daß auch der Kaiser seinerseits erwäge, ob nicht unter diesen Umständen, wenn man anders noch einen halb vernünftigen Frieden schließen will, man Frieden machen müsse, sobald es sein kann. Im vorigen Jahre, als die Hungersnoth in Frankreich herrschte, hing es von den beiden nordischen Kronen ab, durch ein energisches Auftreten für Europa den Frieden durchzusetzen. Dieser günstige Zeitpunct ist vorüber, und wir haben auf eine Wiederkehr einer solchen oder ähnlichen Gestaltung keine Aussicht."

„Ich bitte daher, daß der Kaiser sich gegen mich eben so offen ausspreche, wie ich thue, und angebe, wie weit er das Ziel gesteckt habe."

„Was Belgien betrifft, so bin ich der Ansicht, daß, wenn Frankreich statt Luxemburg ein rechtschaffenes Aequivalent böte, man dasselbe annehmen könnte, als Zugabe zu demjenigen was Frankreich auch so gewähren muß."

„Ferner, wenn Frankreich zu demjenigen was es dem Reiche anbietet, auch Lothringen herausgäbe, so könnte man zufrieden sein, wenn Straßburg nach Schleifung der Festungswerke dem Fürstbischofe als seine Stadt verbliebe. Ich mache diesen Vorschlag, weil mir bekannt, daß in den Conferenzen zu Steckborn in der Schweiz die französischen Emissäre von einem Aequivalente für Straßburg geredet haben, und nicht ungünstig angehört worden sind. Ich schließe daraus, daß der Kaiser diesem Vorschlage, der doch hauptsächlich zur Erörterung gekommen sein muß, nicht so sehr abgeneigt sein könne."

„Geben Sie ferner, fuhr der König fort, dem Kaiser die kräftigste Versicherung, daß ich mein ganzes Vertrauen in ihn setze. Denn ich

Digitized by Google

gehe von der Ueberzeugung aus, daß nur zwischen dem Kaiser und mir die Sache festgestellt werden muß. Ich habe kein Mistrauen gegen den König von Spanien persönlich. Es ist ja weltkundig, daß er für die gemeine Sache die besten Absichten hat. Allein der König kennt die Geschäfte so wenig und hat so geringe Erfahrung, daß der ihn umgebende Staatsrath immer das Uebergewicht behalten wird. Nichts aber kann verderblicher sein."

„Nachdem ich Ihnen also meine Neigung zum Frieden dargelegt, und nochmals wiederhole, daß ich nicht absehe, wie wir denselben hinausschieben können, gebe ich dagegen dem Kaiser das Versprechen, daß ich zu dem kommenden Feldzuge alle Anstalten so treffe, als wenn kein Friede zu hoffen wäre. Ich werde da, wo die geeignete Gelegenheit sich bietet, im Stande sein, für die gemeinsame Sache mit Nachdruck zu handeln. Ich wünsche, daß der Kaiser eben so verfahre, und nicht minder für die Zukunft diese Sorge trage, auch wenn der Friede bald erfolgen sollte. Ich gebe ferner die Versicherung, daß ich, was mich und dieses Königreich betrifft, in keiner Sache mich trennen werde von dem Kaiser, und darüber wachen will, daß es auch von Seiten der Republik nicht geschehe, sondern daß wir auch ferner einmüthig zusammen stehen. Ich halte es daher für höchst wichtig, daß auch wenn der Friede erfolgt, dennoch die Allianz erneuert werde und für immer festgestellt bleibe [1])."

„Bevor ich aber die Ansicht des Kaisers erfahre, verlange ich, daß diese meine Eröffnungen im tiefsten Geheimnisse bewahrt werden. Mein Grund dafür ist, daß die Engländer vorher nichts davon wissen sollen. Senden Sie also sofort einen Courier nach Wien, mit meiner Bitte, daß der Kaiser seine Antwort durch eben denselben mir zugehen lasse."

Auersperg erhob den Einwand: er sehe nicht ab, daß der Kaiser einen solchen Entschluß fassen werde ohne Mittheilung an die Krone Spanien. Der König erwiederte: „Die Krone Spanien würde alles nur aufhalten und dadurch in die höchste Gefahr bringen. Gehen wir rasch und entschieden vor: so ist um so weniger eine Trennung zu befürchten."

---

[1]) Wortlaut: auf ewig perpetuirt bleibe.

Digitized by Google

„Aber, wendete Auersperg ein, man wird in Wien besorgen, daß die Republik Holland durch eine allzu große Friedensneigung die Sache überstürzen wird."

„Nicht doch, erwiederte der König. Die Republik ist allzu wohl eingedenk der Thorheit, welche sie zu eigenem und der gemeinen Sache Schaden in Nymegen begangen. Ich habe diese Thorheit damals nicht verhüten können. Allein ich kenne jetzt das Interesse und die Intentionen der Republik ganz genau. Das Eine wie die Anderen bestehen darin, nicht sich von der gemeinen Sache zu trennen, nichts zu übereilen. Ich will Ihnen nun aber auch noch etwas Anderes nicht verhehlen. Ich habe sichere Nachricht, daß bei den Conferenzen in Steckborn diejenigen, welche am eifrigsten für den Frieden geredet haben, beabsichtigen aus dem Kriege eine Religionssache zu machen. Nun wissen wir aber doch Alle, daß wir nicht kämpfen um der Religion willen, sondern um nach unseren Kräften die Anmaßungen von Frankreich zurückzuweisen. Demnach hoffe ich, daß auch der Kaiser weder an den Krieg noch an den Frieden einen anderen Maßstab legen werde." Auersperg erwiederte: „Das hat der Kaiser durch die That genug bewiesen". Der König erkannte das an. Auersperg fuhr fort: „Der Kaiser ist darin ganz einstimmig mit Ew. Majestät, und ich bitte keiner anderen Meldung darüber Gehör zu geben. Aber da Ew. Majestät über diese Sache so ganz offenherzig reden, so glaube ich, daß ich unrecht thun würde zu verschweigen, daß man in Wien sich noch nicht völlig beruhigt fühlt wegen der Beredungen von Mastricht". Der König erwiederte: „Versichern Sie dem Kaiser auf mein Wort, daß die Conferenzen von Mastricht völlig aufgegeben sind. Wiederholen Sie, daß alles abgemacht werden muß zwischen dem Kaiser und mir".

Wir sehen, daß der König thatsächlich in nachdrücklicher Weise dem Worte huldigt: Paucis vivit genus humanum.

Das Geheimnis ward so streng bewahrt, daß, nach Auerspergs Ansicht, auch nicht einmal Portland eine Kunde erhielt. Auersperg fügt dagegen seine Meinung hinzu: nach allen Ausdrücken des Königs stehe nicht zu vermuthen, daß er seine Versprechungen nicht halten wolle. Allerdings entspringe seine Friedensliebe der Sorge für Holland; allein andererseits werde er England gegenüber es nicht verantworten

Digitized by Google

können, wenn diese Nation etwa die Meinung faßte, daß er der Republik zu Gefallen das Interesse von England hintansetzte, und einen Frieden übereilte, bevor England die Bürgschaft des Zustandes erlangt, um dessen willen es die Revolution gewünscht.

So verschwiegen indessen auch diese Verhandlung selbst gehalten wurde, so drang doch das Gerücht über die Stimmung des Königs, aus welcher sie geflossen, in weitere Kreise, wenn nicht in London, so doch im Haag. Es gelangte zur Kunde auch des Grafen Kaunitz dort. „Man behauptet, meldet er am 26. Februar/7. März, der König sei sehr für den Frieden. Was ihn dazu bewegen mag, verstehe ich nicht. Die Gründe, die er für die Beredungen von Mastricht anführt, sind nicht durchschlagend. Denn es ist gewis, daß in dieser Republik der König so absolut dasteht, wie kaum ein Fürst in seinem Lande es sein mag, und daß sich hier Keiner unterfängt ihm vom Frieden zu reden, viel weniger ihm denselben zuzumuthen. Der König fragt sie nicht einmal, wie ja klar erhellt eben bei Gelegenheit jener Beredungen von Mastricht, wo die Pässe ausgestellt worden sind im Namen der Generalstaaten, ohne ihr Vorwissen. Nachher, als schon alle Gesandte die Kenntniß der Dinge besaßen, hat man den Deputirten der Generalstaaten ein quid pro quo mitgetheilt" [1]).

So die Stellung des Königs in der Republik nach dem Urtheile der Gesandten. Kaunitz kannte jedoch nicht die Worte des Königs zu Auersperg. Diese Worte lassen uns keinen Zweifel, daß, wenn auch vielleicht kein einziger Holländer es sich unterfangen hatte, dem Könige die ausdrückliche Bitte um einen Frieden auszusprechen, dennoch dieser Eifer bei dem Könige entsprang aus seiner Sorge um Holland.

Begleiten wir mit unseren Gedanken den Courier Auerspergs nach Wien, um zu erfahren, welchen Empfang dort die Rede des Königs fand.

Bemerken wir zuvor, daß der König, ungeachtet der bestimmten Ablehnung des Kaisers von Steckborn etwas zu wissen, dennoch die Conferenzen dort wieder erwähnt hatte, namentlich die dort gefallenen Worte vom Religionskriege. An diesen Conferenzen war, wenigstens mittelbar, betheiligt gewesen der Schwager des Kaisers, der Kurfürst

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 7. März.

Digitized by Google

von der Pfalz. Es liegt mir ein ausführlicher Bericht des Grafen Auersperg vor über eine Unterredung mit diesem Fürsten, aus welcher hervorgeht, daß der letztere den französischen Einflüsterungen vom Religionskriege ein williges Ohr lieh [1]). Da der König Wilhelm eine Kunde besaß von solchen Reden zu Steckborn, da es im Interesse der französischen Politik lag, ihm eine solche Kunde zuzubringen, um dadurch sein Mistrauen zu erregen: so ist der Faden der Mittheilung leicht zu errathen. Dagegen müssen wir wiederholen, daß es im Interesse des Kaisers gelegen hätte, jeglicher ferneren Erwähnung von Steckborn zuvorzukommen durch die Ausführung dessen, was er bei der ersten Kunde dem spanischen Botschafter Borgomainero ausgesprochen, nämlich daß er die Schuldigen strafen werde. Diese Ausführung unterblieb, aller Wahrscheinlichkeit nach wegen der Complication der Mitschuldigen, unter denen obenan stand der Schwager des Kaisers. Leopold mochte über die Thorheit zürnen und zwar mit großem Rechte; aber sie war begangen. Sie war, wenn sie auch zunächst ohne alle weitere Consequenz blieb, dennoch ein Erfolg für Ludwig XIV.

Andererseits aber war auch die Thatsache der Unterredungen von Mastricht, auf die sich der König Wilhelm III. um Hollands willen eingelassen, ein ähnlicher Erfolg der französischen Politik. Sie hatten für den Frieden keinen Nutzen gebracht. Der König Wilhelm hatte sich völlig davon losgesagt. Dennoch haftete in Wien die Erinnerung.

Man war dort sehr weit davon entfernt, dem Könige ein Mistrauen anzudeuten. Aber in den Berathungen, die in der Hofburg gepflogen wurden, tritt es unverkennbar hervor. Sie fanden statt nur zwischen dem Kaiser und dem Grafen Kinsky, nämlich in der Form, daß der letztere über die Rede des Königs zu dem Grafen Auersperg ein Gutachten ausarbeitete und dem Kaiser vorlegte. Wir haben die hauptsächlichen Gedanken kennen zu lernen.

Graf Kinsky sieht die Rede des Königs vom 25. Februar an als die Consequenz der Beredungen zu Mastricht. Er ist der Ansicht: der König habe dem Grafen Auersperg gegenüber mehr verschwiegen als eröffnet. Er begründet diese Ansicht in folgender Weise. „Vor wenigen Monaten hat der König seine Anerkennung durch Frankreich

[1]) Schreiben des Grafen Auersperg an den Grafen Kinsky, vom 22. Juli.

Digitized by Google

gefordert als die erste Bedingung. In dieser Rede vom 25. Februar sagt er davon kein Wort. Folglich muß er dieser Anerkennung schon sicher, muß mit Frankreich über den Frieden einig sein [1])."

Die Thatsache, daß der König in jener Rede die Frage seiner Anerkennung nicht erwähnt, ist richtig. Sie ist erklärbar auf mehr als eine Weise, wäre es auch nur die, daß, wie Auersperg früher gemeldet, der Punct dem Könige zu delicat war, und er die Anregung lieber Anderen überließ. Der Schluß, den Kinsky zieht, ist irrig. Aber der Irrthum erwuchs aus der Geneigtheit zum Mistrauen, welche anzusehen ist als die Consequenz der Thatsachen von Mastricht.

Kinsky folgert dann weiter: „Da demnach der Friede so gut wie fertig, da England und Holland als die Stärkeren die Macht besitzen, denselben bei uns durchzudrücken, wie sie es wollen: so bleibt uns nur noch übrig, aus der Noth eine Tugend zu machen, und nach Kräften den Schaden zu verhüten".

„Schwierig vor allen Dingen ist der Vorschlag des Königs, Straßburg nach der Schleifung der Festungswerke dem Fürstbischofe zu übergeben. Denn dieser Vorschlag streitet wider die allgemeine Reichs-Sicherheit, wider die natürliche Billigkeit und endlich gegen die Rechte der lutherischen und reformirten Reichsstände."

„Denn die allgemeine Reichs-Sicherheit würde gefährdet sein, weil sich Frankreich in Zukunft der offenen Stadt Straßburg wieder nach Belieben bemächtigen, und von daher das Reich, zunächst Schwaben und Franken, bedrohen kann. Dies um so mehr, da der Fürstbischof eine französische Creatur, und sowohl er als der König von Frankreich Sorge getragen haben, das Capitel mit Gleichgesinnten zu erfüllen, so daß auf lange hinaus die Wahl ähnlicher Persönlichkeiten gesichert erscheint. Die Gefahr einer Invasion des Reiches von dort her würde dadurch dauernd gemacht, überhaupt das Fürstbisthum Straßburg zum Reiche in dasselbe Verhältnis gebracht wie Lüttich, wo jede Erledigung des bischöflichen Stuhles dem Reiche die Gefahr einer französischen Einmischung zuzieht."

---

[1]) Der König von England, welcher vor einem paar Monat die Erkandtnus seiner K. Würde von Frankreich praeliminariter et per modum conditionis sine qua non zu stipuliren so embsig verlanget, meldet anjetzo hiervon kein Wort mehr, muß folglich dessen schon versichert seyn.

Digitized by Google

„Es ſtreitet wider die natürliche Billigkeit, daß aus der allgemeinen Noth dem Fürſtbiſchofe von Straßburg Rechte zuwachſen, die er und ſeine Vorgänger nicht gehabt, daß dagegen die Stadt ihre hergebrachte Qualität als freie Reichsſtadt verlieren ſoll."

„Der Vorſchlag des Königs iſt endlich unvereinbar mit den Rechten der lutheriſchen und reformirten Reichsſtände. Denn mit der Reichsfreiheit der Stadt Straßburg würde zugleich die freie Religionsübung der Lutheraner und Reformirten dort verloren gehen, welche ihnen rechtmäßig gebührt auf Grund des weſtfäliſchen Friedens, insbeſondere kraft der Feſtſtellung des Normaljahres 1624."

„Da demnach der Kaiſer den Vorſchlag des Königs von England in Betreff der Stadt Straßburg vor dem Reiche, insbeſondere den proteſtantiſchen Ständen desſelben, nicht verantworten kann: ſo wäre der König von England zu erſuchen, dieſen ſeinen Vorſchlag fallen zu laſſen, und vielmehr mitzuwirken, daß Straßburg zurückgegeben werde als eine freie Reichsſtadt. Macht der König von Frankreich aus den Feſtungswerken einen Ehrenpunct, ſo willigt der Kaiſer in die Schleifung der neu angelegten. Sind die alten und die neuen Werke nicht mehr zu trennen, ſo möge die völlige Schleifung erfolgen, nur daß für die Stadt das Recht der Reichsunmittelbarkeit erhalten bleibe."

„Der Kaiſer erkennt an, daß geringe Hoffnung da iſt, für Spanien den Stand des pyrenäiſchen Friedens wieder zu erlangen. Seitdem aber hat ſich der Botſchafter Borgomainero erklärt, daß Spanien von dieſer Forderung nachlaſſe. Nun wäre es doch nicht bloß hart, ſondern auch nicht vereinbar mit der Allianz, wenn der Kaiſer und der König von England unter ſich, ohne das Wiſſen und das Wollen des Königs von Spanien, über deſſen Geſchick beſtimmten und ihren Beſchluß ihm aufzwängen. Deshalb ſchlägt der Kaiſer vor, daß ungeſäumt ein mittlerer Stand zwiſchen den beiden Friedensſchlüſſen, dem der Pyrenäen und dem von Nymegen, vereinbart und dem Könige von Spanien zur Zuſtimmung vorgelegt werde."

„Der König von England hat die Anſprüche des Herzogs Victor Amadeus nicht erwähnt. Aber dieſer proteſtirt gegen den Vorſchlag, die Friedensſchlüſſe von Münſter und Nymegen zum Ausgangspuncte zu nehmen, weil darin der Feſtung Pignerol nicht gedacht wird, welche dagegen die große Allianz ihm zuſpricht."

Digitized by Google

„Die Erbietungen des Königs von England sind mit achtungsvollem Danke anzunehmen, und zugleich ihm die Lothringischen Pupillen aufs wärmste zu empfehlen. Für sie spricht bei dem Könige die Billigkeit der Sache, das Vertrauen der Mutter auf ihn, und die Freundschaft, die einst ihn mit dem Vater verband."

„So in Betreff der Objecte des Friedens. In Betreff des Weges dahin verlangt der König, daß alles zwischen dem Kaiser und ihm festgestellt werde, ohne Rücksicht auf Spanien. Allein dies würde dem Könige von Spanien gegenüber nicht treu und ehrlich sein. Es würde die Misstimmung, die Spanien über den Abschluß des westfälischen Friedens empfand, wider den Kaiser erneuern und demnach dem kaiserlichen Interesse dort sehr nachtheilig sein. Ja es ist zu besorgen, daß, wenn irgend eine Kunde davon nach Madrid verlautete, der König von Spanien zu dem Entschlusse käme, den auch der König von England fürchtet, nämlich der Neutralität oder gar des Sonderfriedens."

„Demnach dürften sogar die Vorschläge, die der König von England durch den Grafen Auersperg an den Kaiser gebracht, dem Könige von Spanien nicht vorenthalten werden. Die Mittheilung könnte geschehen in vertraulicher Weise an den Marquis Borgomainero."

Der Kaiser fügte dem Gutachten Kinskys sein placet bei.

Das Gutachten, niedergeschrieben am 13. März, trägt in seinem Eingange das Gepräge des Verdachtes wider den König Wilhelm, daß er über den Frieden mit Frankreich bereits sich einig gemacht. Wenige Tage später ward dieser Verdacht sehr erschüttert. Der Graf Starhemberg meldete aus Stockholm, daß auf die Präliminar-Bedingung, nämlich daß Frankreich sich zuerst über die Anerkennung des Königs von England ausspreche, der Botschafter Avaux in derselben unbefriedigenden Weise geantwortet wie zuvor. Der König von Frankreich, sagte Avaux zu Oxenstjerna, am 1. März, wolle gestatten, daß in den Friedensschluß ein besonderer Artikel eingesetzt werde, welcher das Ganze für nichtig erkläre, wenn nicht der zur Zeit regierende König von England seine Genugthuung finde. Irgend eine schriftliche Erklärung vorher werde jedoch der König von Frankreich nicht geben [1]).

[1]) Kinsky an Auersperg, 23. März.

Digitized by Google

Nach dieser französischen Antwort lag vor Augen, daß Wilhelm III. mit Frankreich sich nicht geeinigt haben konnte. Auf diese Nachricht traten die Botschafter der Verbündeten in Wien mit dem Grafen Kinsky zusammen. Sie kamen überein, daß kein Schriftstück von französischer Seite her angenommen werden dürfe, es gebe denn dem Könige von England den ihm gebührenden Titel [1]).

Das Ausweichen des Grafen Avaux auf jene Forderung, der Beschluß darauf von Seiten der Verbündeten vom 5. April, enthalten in sich den Abbruch der Friedenshandlung, die erneuerte Kriegserklärung von beiden Seiten.

Demgemäß fiel die Antwort aus, welche der Graf Auersperg dem Könige Wilhelm zu melden hatte. Das Gutachten vom 13. März diente zur Grundlage, so jedoch daß in der Antwort jegliche Spur eines Mistrauens ausgelöscht war. Die Verschiedenheit der Ansichten dagegen tritt klar hervor, namentlich in Betreff der Mächte Spanien und Savoyen. „Das gemeinsame Interesse der Allianz, sagt Kinsky, fordert, daß wir Spanien nicht verlassen, selbst wenn diese Macht es zu wünschen schiene. Glauben Sie mir, daß sowohl Spanien als Savoyen eine sehr umsichtige Behandlung erfordern. Denn, wenn diese unsere Bundesgenossen die Hoffnung aufgeben, bei dem gemeinsamen Kriege ihre Rechnung zu finden: so werden gerade sie zuerst bereit sein zu einem Sonder-Abkommen mit Frankreich die Hand zu bieten" [2]).

Die wiederholt angeregte Erneuerung der Allianz bot dagegen dem Kaiserhofe den Anlaß zu einem besonderen Vorschlage, nämlich des Beitrittes des Parlamentes von England zu der großen Allianz. Der Graf Auersperg erhielt den Auftrag beim Könige, oder eher noch dem Herzoge Shrewsbury darüber anzuklopfen. „Ich würde den letzteren befragen, schreibt Kinsky an Auersperg, wie über einen Gedanken, der mir durch den Kopf gegangen, um dann mich zu richten nach der Neigung oder Abneigung, mit welcher er die Sache aufnimmt. Im Falle der Geneigtheit würde ich ihn bitten, bei dem Könige die Sache zur Sprache zu bringen wie einen Gedanken, den ich gelegentlich

---

[1]) Protokoll der Conferenz vom 5. April.

[2]) Kinsky an Auersperg, 6. April.

Digitized by Google

geäußert. Wir sind hier der Ansicht, daß dem Könige aus dieser Sache ein doppelter Vortheil erwachsen würde: erstlich der, daß die ehrgeizige und reizbare englische Nation, wenn sie diese Verbindlichkeit auf sich genommen, auch verpflichtet sein würde, dem Könige mit den erforderlichen Mitteln immer zur Seite zu stehen; dann der andere, daß die Franzosen, wenn sie den Krieg ansehen müssen nicht mehr als die besondere und persönliche Angelegenheit des Königs, sondern als die gemeinsame und eigene der englischen Nation, desto weniger Grund haben, durch unerlaubte und unehrenhafte Mittel ihm nach seinem kostbaren Leben zu trachten. Sehen Sie, was Sie thun können, ohne in irgend einer Weise Anlaß zu geben zum Misvergnügen. Denn, so nützlich die Sache sein könnte, so delicat ist sie, und erfordert die höchste Umsicht. Regen Sie dieselbe daher zunächst an nur auf eigene Hand. Gehen Sie weiter vor, wenn Sie eine Aussicht des Gelingens erblicken; aber, im Falle der nicht günstigen Aufnahme, stehen Sie sofort ab" [1]).

Wir bemerken, daß der Graf Kinsky in diesen Worten über französische Plane gegen das Leben des Königs Wilhelm redet wie über eine bekannte und zweifellose Thatsache. Es geschieht nicht bloß einmal. Er zählt einige Wochen später unter den Gefahren für die Allianz auf: les trames noires de la France contre la personne royale. Darum, sagt er, eignet sich auch hier das Wort, daß alles ist:

— — tenui pendentia filo [2]).

Auf jenen besonderen Auftrag erwiederte der Graf Auersperg: „Die Frage der Erneuerung der großen Allianz mit der Bestätigung des Parlamentes hat ihre großen Schwierigkeiten. Bekanntlich besteht die königliche Autorität hier zu Lande wesentlich in dem Rechte über Krieg oder Frieden, ohne Mitwirkung des Parlamentes. Das letztere würde die Gelegenheit auch dahin überzugreifen, mit Freuden begrüßen; der König jedoch würde wohl kaum es gestatten. Dennoch werde ich den Auftrag E. E. ausführen, nämlich als wäre es mein eigener Gedanke, sobald sich die Gelegenheit darbietet, und zwar Portland gegenüber. Denn ich bin nicht sicher, ob es den Wünschen

[1]) Anlage II.

[2]) Schreiben an Auersperg vom 11. Mai.

Digitized by Google

des Königs entspricht, wenn ich mit dem Staats-Secretär Shrewsbury die Friedenssache eingehend bespreche. Dieser als ein starker Whig, oder der wenigstens sich den Schein gibt es zu sein, würde allerdings gern die Hand dazu bieten. Ich werde E. E. von allem in Kenntnis setzen".

Auersperg hebt in seinen folgenden Berichten wiederholt die Schwierigkeit hervor von dieser Sache zu reden. Dennoch werden wir ersehen, daß und vor wem er später sie zur Sprache bringt.

Er überreichte dem Könige mit einem freundlichen Handschreiben des Kaisers einen Auszug aus der ausführlichen Antwort des Grafen Kinsky auf die Rede des Königs vom 25. Februar. Nachdem der König gelesen, ließ er den Grafen Auersperg zu sich entbieten. „Ich habe Kinsky wohl erkannt," sagte er. Dann folgte eine neue Unterredung, welche den damaligen Stand der Allianz kennzeichnet. Der Graf Auersperg wiederholte mündlich die Gedanken des Schriftstückes, und der König antwortete.

Auersperg begann mit der Gesinnung des Kaisers. „Der Kaiser, sagte er, wird es an nichts ermangeln lassen, um die gegenseitige Freundschaft zu erhalten und zu pflegen."

Der König erwiederte: „Diese Ausdrücke entsprechen ganz meiner Gesinnung. Ich habe schon oft versichert und wiederhole, daß nach meiner Ueberzeugung an dieser unserer beiderseitigen Freundschaft alles Heil und alle Wohlfahrt hangt. In der Antwort, die ich erhalten, sind nun zwei Puncte die wesentlichsten. Der eine ist die Präliminar-Frage, der andere betrifft Spanien. Der erste ist der principale. Ich kann mich auf nichts einlassen, bevor nicht Frankreich sich über die Präliminar-Frage in Betreff meiner Person anders erklärt als es gethan. Ich muß glauben, und sicherlich mit Recht, daß Frankreich gegen keinen der Verbündeten einen so großen Haß hegt wie gegen mich. Demnach kann ich mich auch nicht genug vorsehen. Ich verlange daher, daß man einstimmig dabei bleibe und sich so erkläre, wie es in der Conferenz in Wien am 5. April vorgeschlagen worden, nämlich daß kein französisches Schriftstück zur Annahme gelange, es werde mir denn darin der Titel gegeben, den ich jetzt führe, nicht mein früherer. Ich kann Ihnen aber nicht genug sagen, wie sehr ich dem Kaiser für das Vertrauen in dieser Sache mich verpflichtet fühle".

Digitized by Google

Auersperg entgegnete, daß der König, wie in Betreff dieses Präliminar-Punctes, so überhaupt in Betreff seiner Person ja allezeit verspürt haben werde, mit welchem Eifer der Kaiser für ihn eintrete.

„Ueber die Vorschläge Spaniens, fuhr der König fort, kann ich zur Zeit eine positive Antwort nicht geben, da ich mich zuvor mit einigen Mitgliedern der Generalstaaten darüber besprechen muß. Auch werde ich den Don Quiros im Haag zuziehen. Der hiesige Gesandte ist nicht eingeweiht."

„Bevor also diese beiden Fragen erledigt sind, würde eine weitere Erklärung auszusetzen sein."

Dennoch wiederholte dann Auersperg die hauptsächlichen Puncte.

„Der Kaiser, sagte er, wünscht aus dem Kriege zu kommen, möchte jedoch nichts übereilen. Wo man auf die Sicherheit gedenken will, ist die Langsamkeit unvermeidlich."

Der König erwiederte: „Ich will nichts übereilen".

„Auch der Kaiser, fuhrt Auersperg fort, erkennt an, wie es bestellt ist mit der Qualität der Bundesgenossen. Allein es gibt kein Mittel sie zu ändern. Man muß sie also nehmen wie sie sind, und, wo man keinen Nutzen von ihnen haben kann, zu verhüten suchen, daß sie nicht auch noch schaden."

„So ist es, erwiederte der König; doch ist das eine fast unerträgliche Last."

„Wenn es nicht gelingen sollte, fuhr Auersperg fort, bei der jetzigen Gestaltung der Dinge die Uebermacht Frankreichs zu verringern, so ist eine bessere nicht zu erwarten."

„Sie sehen, antwortete der König, ich thue was mir möglich ist, und ich hoffe noch allezeit, daß Frankreich doch zu einem vernünftigen Frieden gezwungen werden könne."

„Der Kaiser, fuhr Auersperg fort, kann den Frieden nicht anders eingehen als auf dem Fuße desjenigen von Münster mit der Vollstreckung gemäß dem Nürnberger Rezesse. Straßburg darf, auch mit geschleiften Festungswerken, dem Fürstbischofe nicht übergeben werden. Es muß freie Reichsstadt bleiben. Ew. Majestät kennen die Gründe."

„Ich habe sie, erwiederte der König, wohl erwogen. Aber ich fürchte, daß Schweden selber, obwohl Garant des westfälischen Friedens,

Digitized by Google

die Rückgabe nicht mit Nachdruck betreiben wird. An mir soll es nicht liegen, wenn der Kaiser nicht diese Satisfaction erhält."

Auersperg brachte die Erneuerung der großen Allianz zur Sprache. Er wagte nicht das Parlament dabei zu erwähnen. Der König entgegnete: „Ich finde die Erneuerung höchst nothwendig, und werde sie meinerseits nicht unterlassen".

Der Gesandte sprach den Wunsch des Kaisers aus, daß Pignerol abermals für Savoyen zugesichert werde. Der König erwiederte: „Ich halte es nicht für thunlich, diese Forderung an Frankreich als Präliminar-Bedingung zu stellen. Sie könnte nur bei den weiteren Verhandlungen erhoben werden. Freilich erkenne ich an, daß es sehr wichtig wäre, wenn Frankreich gezwungen werden könnte, seinen Fuß aus Italien zu ziehen".

„Und wie ist es mit Lothringen?" fragte Auersperg. — „Versichern Sie dem Kaiser, entgegnete der König, daß die Freundschaft, die zwischen uns beiden, dem Herzoge Carl und mir, bestanden, mir so frisch im Gedächtnisse lebt, daß ich aus Liebe und Achtung für dieses hohe Haus alles aufbieten werde, was ich vermag, um die Kinder meines Freundes in ihr völliges Recht herzustellen. Melden Sie das dem Kaiser. Melden Sie es auch der Mutter, der Königin Eleonore in Innsbruck."

„Wie soll es mit dem Gegenvorschlage gehalten werden?" fragte endlich Auersperg. — „Zuerst, erwiederte der König, muß der Präliminar-Punct erledigt sein. Bis dahin darf ein Gegenvorschlag nicht vorgebracht werden, zumal da ja weder die englische, noch die holländische Forderung aufgestellt ist, die spanische noch der Vereinbarung harrt. Es kommt dabei für uns darauf an, den Vorschlag so einzurichten, daß Frankreich, im Falle es nicht darauf eingeht, vor der Welt dastehe im völligen Unrechte. Alle Nationen müssen erkennen, daß diese Allianz wider Frankreich nichts sucht als eine rechtschaffene Sicherheit für Alle, und nicht etwa trachtet aus irgend einem besonderen Interesse den Krieg zu verlängern" [1]).

Der Gesammt-Eindruck des Verhaltens des Königs auf den Gesandten war der, daß der König allerdings den Frieden suche, jedoch

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 29. April.

Digitized by Google

denſelben nicht überſtürzen werde, zumal da ſeine Neigung den Wünſchen von Holland zu willfahren, ihr Gegengewicht habe an ſeiner Stellung in England und der Stimmung dieſer Nation.

So der Graf Auersperg. Wir werden dieſe Stimmung bald kennen zu lernen haben. Zuvor jedoch müſſen wir bemerken, daß ungeachtet des Vertrauens, mit welchem der Kaiſer und der König einander entgegen traten, dennoch eine ſehr wichtige Differenz blieb. Dieſe Differenz betraf den Weg, auf welchem man zur Klarheit über die franzöſiſchen Friedens-Vorſchläge gelangen könne. Der König hatte die Beredungen durch Dykvelt mit franzöſiſchen Emiſſären thatſächlich fallen laſſen. Er war dennoch nicht abgeneigt ſie wieder aufzunehmen.

Der negative Grund dafür war ſeine Anſicht, daß er in der Vermittelung durch Schweden, an welcher der Kaiſerhof mit Zähigkeit feſt hielt, keinen Lichtſtrahl des Friedens aufleuchten ſah [1]). So ſprach er ſich zu Heinſius aus. Allein es gab noch einen anderen Grund. Die Vermittelung, wenn ſie durch Schweden ging, lag in den Händen des alten Oxenſtjerna. Der König kannte die Ergebenheit desſelben für den Kaiſer, die Freundſchaft mit dem Grafen Kinsky. Daß Oxenſtjerna für das Intereſſe des Kaiſers alles aufbieten würde, war dem Könige gewis; ob er in gleicher Weiſe für Holland ſtreben werde, bezweifelte der König [2]).

Denn hier lag der andere, der poſitive Grund. Es war der feſte Wille des Königs, namentlich mit der Stadt Amſterdam im guten Einverſtändniſſe zu bleiben. Wenige Tage vor der Unterredung mit dem Grafen Auersperg, die wir vernommen, trug er dem Raths-penſionär auf: „Ich bitte Sie den Herren von Amſterdam in meinem Namen zu ſagen, daß ich nichts ſo ſehr verlange als in allen Dingen mit ihnen zuſammen zu gehen" [3]).

Um den Wünſchen der Stadt Amſterdam entgegen zu kommen, ließ der König durch Dykvelt neue Unterredungen mit franzöſiſchen Emiſſären vorbereiten. Als den Ort beſtimmte er Utrecht. Dies Mal

---

[1]) Grovestins t. VI, p. 512. Schreiben an Heinſius vom 15./25. Februar.

[2]) So ein Aufſatz aus der Umgebung des Königs in den Robethon-Papieren im St. A. H.

[3]) Grovestins t. VI, p. 513. Schreiben vom 5. April.

Digitized by Google

wurden fünf Franzosen erwartet. Damit die Ankunft kein Aufsehen errege, ordnete der König an, daß sie einzeln eintreffen sollten [1]).

Es ist sehr merkwürdig, daß der König, ungeachtet der gemachten Erfahrung, dennoch abermals sich dem Gedanken hingeben mochte: das Geheimnis auch nur des Planes solcher Zusammenkünfte werde bewahrt bleiben. In seinem Interesse lag diese Geheimhaltung; sie lag nicht in demjenigen des Königs von Frankreich.

Der Graf Auersperg hatte dagegen das Recht zu betonen, daß die Neigung des Königs zum Frieden im Interesse von Holland ein Gegengewicht habe an seiner Stellung in England und an der Stimmung dieser Nation.

Denn diese Stimmung, wie sie sich am Tage vor jener Unterredung durch eine besondere Bitte des Unterhauses an den König kund gegeben, war einerseits keineswegs freundlich für die Republik Holland, andererseits sehr kriegeslustig. Die Bitte lautete: der König in seiner großen Weisheit wolle Sorge tragen, daß fortan dies Königreich in der Tragung der Kriegeslast auf gleichen Fuß gestellt werde mit den anderen Bundesgenossen [2]). Der Sprecher des Unterhauses, bei der Ueberreichung dieser Bitte, fügte hinzu: „Ew. Majestät wollen erwägen, daß das Heil und der Ruhm dieser Nation darin bestehen, Frankreich für unseren Erbfeind zu erklären und keinen anderen Frieden mit ihm zu machen als einen solchen, welcher ewigen Bestand verbürgt. Damit wir aber dahin gelangen, ist es dringend nothwendig, die Macht Frankreich weit tiefer hinabzudrücken, als sie zur Zeit noch sich befindet. Das ist das Verlangen der ganzen Nation, und sie wird nicht ermangeln nach allen Kräften beizutragen, damit der Krieg mit Nachdruck geführt werden könne" [3]).

Einige Tage später erfolgte die Antwort des Königs auf jene Bitte: „In dieser Angelegenheit, erwiederte er, wie in allen anderen

---

[1]) Grovestins t. VI, p. 514. Schreiben vom 4. Mai.

[2]) Auersperg und Hoffmann in ihren Berichten vom 29. April: Dies zielt auf Holland.

[3]) Auerspergs Bericht vom 3. Mai.

Digitized by Google

werde ich mich stets befleißen, nach meinem Vermögen das Interesse und die Ehre der Nation zu wahren" [1]).

Das Parlament bewies seinen Kriegeseifer durch die Bewilligung der Geldmittel. Es bewies ihn durch seine Zustimmung für die Ausführung des Planes, der im Sommer zuvor so manche Bedenken erregt, nämlich des Ueberwinterns der Flotte im Mittelmeere. Von Seiten einiger Tories, namentlich im Oberhause, an deren Spitze die Grafen Nottingham und Rochester standen, ward der Einspruch erhoben, daß diese Entfernung der Hauptflotte die Sicherheit Englands gefährde. Die Vertheidiger der Maßregel beantragten zu beschließen, daß die Entsendung der Flotte durchaus entspreche dem Interesse und der Ehre der Nation. Sieben Achtel der Lords stimmten für diesen Antrag [2]).

Dagegen erhob sich nach und nach ein besonderer Einwand gegen die Fortführung des Krieges. Er ward hergenommen von der Ausfuhr des Geldes. „An gemünztem Gelde, hieß es, laufen im Königreiche etwa zwölf Millionen Pfund Sterling um. Die Bezahlung der Truppen in Belgien erfordert jährlich eine Million. Die umlaufenden Münzen sind zu einem großen Theile beschnitten, der Metallwerth daher unter dem Nennwerthe. Das Geld dagegen, welches nach dem Festlande geht, wird dort nur vollwichtig angenommen. Jahr auf Jahr also wandert das gute Geld aus. Wenn nicht dagegen eine Abhülfe getroffen wird, so bereichert sich Holland, so verarmt England" [3]).

Diese Klagen, die im Frühlinge 1695 zuerst öffentlich hervortraten, erhoben sich, wie wir ersehen werden, im nächsten Jahre ungleich lauter und stärker. Im Jahre 1695 thaten sie dem Kriegeseifer noch keinen Eintrag.

Dagegen bewirkte dieser Kriegeseifer des Parlamentes von 1695 nicht eine Beschleunigung der Geschäfte, damit der König bald nach dem Continente aufbrechen könne. Die Ungeduld des Königs dahin zu kommen, entsprach durchaus derjenigen der früheren Jahre. „Ich theile völlig, schrieb er am 1./11. März an Heinsius, die Ansicht des

[1]) Commons' Debates, vol. II, p. 458.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 11. März.
[3]) Bericht des Grafen Auersperg vom 27. Mai.

Digitized by Google

Prinzen Vaudemont, daß, wenn es uns nicht gelingt vor dem Feinde ins Feld zu rücken, wir nur eine armselige Figur machen und nichts Wichtiges unternehmen können. Aber ich besorge, daß, so lange ich von dort fern bleibe, es außerordentlich schwierig ist, die Corps zusammen zu ziehen. Und hier sehe ich mit Verdruß, daß es mir bis jetzt noch unmöglich ist, meinen Aufbruch nach dem Festlande auf eine bestimmte Zeit anzusetzen" [1]).

Eine besondere Ursache der Verzögerung war die Entdeckung verschiedener Unterschleife.

Der Anlaß war, daß die Bewohner des Ortes Royston dem Unterhause eine Klage einreichten über Erpressungen von Offizieren und Soldaten [2]). Die Thatsache erwies sich als begründet. Aber es kam mehr zum Vorscheine. Jene Offiziere und Soldaten hatten so gehandelt, wie sie sagten, um subsistiren zu können. Es erfand sich, daß ihnen ihr Sold nicht ausgezahlt war. Das Unterhaus erhob vor dem Könige eine eindringliche Beschwerde über die Armee-Verwaltung. Demgemäß erfolgten nachdrückliche Maßregeln. Mehrere Offiziere wurden cassirt, die Vorschriften strenger Disciplin aufs neue eingeschärft. Der Erfolg der Bürger von Royston ermuthigte auch Andere, ihre Klagen einzubringen. Die allgemeine Aufmerksamkeit ward rege. Es erhob sich das Gerücht, daß eine große Bestechlichkeit herrsche, daß der Hof, das Heer, die Stadt London, ja das Parlament selbst an diesem Uebel krankten [3]). Das Unterhaus setzte eine Commission nieder zum Zwecke der Untersuchung. Die Bücher der ostindischen Compagnie, der städtischen Verwaltung von London wurden der Prüfung unterzogen. Aus den letzteren ergab sich die Thatsache, daß der Sprecher des Unterhauses, Trevor, für die Durchbringung einer Bill tausend Pfund Sterling angenommen. Er selber als Sprecher hatte im Unterhause die Frage zu stellen, ob er schuldig sei, ob nicht. Er selber hatte dann die Entscheidung zu verkünden, daß die Mehrheit bejahe. Es war seine letzte Verrichtung. Er erschien nicht wieder. Aber das Unterhaus brachte die Sache in aller Form zu Ende: es stieß ihn aus.

[1]) Grovestins t. VI, p. 513.
[2]) Commons' Debates, vol. II, p. 447.
[3]) A. a. O. p. 451.

Digitized by Google

Die Anklagen wegen der Bestechung durch die ostindische Compagnie reichten höher hinauf. Beide Häuser einigten sich zu einer gemeinschaftlichen Commission von zwölf Lords und einundzwanzig Mitgliedern des Unterhauses zur Untersuchung der Sache.

Inzwischen stieg die Ungeduld des Königs. Es kam die Nachricht ein, daß die Franzosen vor Courtray Wall-Linien aufwarfen und befestigten, daß 14,000 Mann daran arbeiteten unter dem Schutze von 18,000, daß diese Arbeiten bereits sechs Tage im Gange, bevor die verbündete Armee nur eine Kunde davon erhalten. Die Nachricht traf in London ein am 12./22. April. Der König war sehr unmuthig [1]). Dennoch war noch kein Ende der Sitzungen abzusehen. Am 22. April/2. Mai sanctionirte er einige Bills. Dann wandte er sich an das Parlament mit folgenden Worten: „Mylords und meine Herren! Ich benutze diese Gelegenheit, um Euch zu sagen, daß die Jahreszeit so weit vorgerückt, der Stand der Dinge so dringend ist, daß ich sehr ernstlich empfehle diejenigen Geschäfte, welche erscheinen als die wichtigsten für die öffentliche Wohlfahrt, schleunig zu erledigen. Denn in wenigen Tagen muß ich diese Session beenden".

Erst am 27. April/7. Mai erfolgte der Bericht jener Commission. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß einige Mitglieder des Unterhauses gehofft haben, den König und Portland in die Sache zu verwickeln. Die Namen wurden allerdings genannt, aber nicht in der Richtung, die dem Wunsche ihrer Gegner entsprach. Es herrschte der Brauch, daß die ostindische Compagnie alljährlich dem Könige ein Geschenk darbrachte. So bei Carl II., so bei Jacob II. Bei dem Könige Wilhelm war in den letzten drei Jahren dies unterlassen. „Ferner — fuhr dasjenige Mitglied des Unterhauses fort, Wharton, welcher die Rolle des Anklägers in dieser Sache auf sich genommen — habe ich bei dieser Gelegenheit einen edelen Lord zu nennen, nicht zu seinen Unehren. Es ist der Graf Portland. Als ihm die hohe Summe von 50,000 Pfund Sterling geboten wurde, weigerte er entschieden die Annahme, und sagte denen, welche anboten: er würde, wenn sie jemals wieder solche Erbietungen machten, für immer ihr Feind und Widersacher sein." Dann kam der Gegensatz. „Nachdem ich so des

[1]) Auerspergs Bericht vom 22. April.

Digitized by Google

Unschuldigen gedacht, fuhr Wharton fort, muß ich den Schuldigen bezeichnen, den Herzog von Leeds, den Präsidenten des geheimen Rathes. Es liegt notorisch vor, daß er sich hat bestechen lassen. Ein Mann, welcher Rechte der Unterthanen verkauft, ist fähig auch das Königreich zu verkaufen. Er darf nicht mehr im Rathe des Königs sitzen. Man könnte eine Adresse an den König vorschlagen. Aber eine Adresse ist zu schwach für eine so wichtige Sache. Ich beantrage die Stellung unter Anklage" [1]).

Der Eifer für Recht und Gerechtigkeit war nicht immer die starke Seite Whartons. Dagegen war er ein hervorragendes Mitglied der Whig-Partei, Leeds eines der Häupter der Tories. Wenn der Antrag Whartons zum Beschlusse erhoben ward: so konnte der König den dadurch betroffenen Herzog von Leeds nicht zum Mitgliede der Regentschaft ernennen. Die Sache war dem Könige sehr unangenehm. Aber die Thatsachen lagen offenkundig vor. Die Stellung unter Anklage ward beschlossen.

Der Herzog von Leeds, der einstige Graf Danby, erschien sofort am Thore des Unterhauses, und bat um Einlaß zur Vertheidigung. Seine Bitte ward gewährt. Er selber wies darauf hin, daß es das zweite Mal sei, daß das Unterhaus ihn anklage. Zuerst im Jahre 1678. Damals habe es ihm Begünstigung des französischen Interesses und des Papismus vorgeworfen. Damals würde er sich, wenn man ihn gehört hätte, gerechtfertigt haben, wie es seine späteren Handlungen ausgewiesen. Dies Mal hoffe er sich auch in Worten zu rechtfertigen.

Es gelang ihm nicht. Das Unterhaus beharrte bei seiner Anklage.

Demnach konnte der Herzog von Leeds nicht ein Mitglied der zu ernennenden Regentschaft sein [2]).

Die Frage dieser Regentschaft beschäftigte seit langem die Gemüther. Sie hing zusammen mit der Stellung des prinzlichen Paares.

Die Aussöhnung desselben mit dem Könige, wenigstens äußerlich, war vollzogen. Daß die Persönlichkeiten innerlich einander nicht näher

---

[1]) Commons' Debates, vol. II, p. 466: to lodge an impeachment.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 10. Mai: Der vornehmste Zweck ist, daß er (Leeds) nicht von der zu hinterlassenden Regierung sein soll.

Digitized by Google

treten konnten, war begründet in der Verschiedenheit der Charaktere. Daß dagegen die Stellung wie eine freundliche erschien, lag im Interesse der Prinzessin Anna, und eben so sehr ihrer Führer, des Ehepaares Marlborough.

Wir erinnern uns der Entwürfe Marlboroughs im Beginne des Jahres 1692. Damals als der flüchtige König auf ihn sein hauptsächliches Vertrauen setzte, hatten einige Jacobiten selbst, in der Besorgnis, daß Marlborough ein anderes Ziel verfolgte, als welches er in St. Germain vorspiegelte, den König Wilhelm vor ihm gewarnt. Es erfolgte der jähe Sturz Marlboroughs. Seitdem blieb er in Correspondenz mit St. Germain, benutzte seine Kenntnis der Dinge in England im Mai 1694 zum Verrathe des Planes gegen Brest, und trachtete gleichzeitig durch Shrewsbury wieder in den Dienst des Königs Wilhelm zu gelangen. Dieser wies ihn zurück.

Was immer Marlborough früher geplant haben mag: der Tod der Königin veränderte für ihn und seine Frau völlig die Lage der Dinge. Denn dieser Tod rückte die von ihnen beiden geleitete Prinzessin Anna in die nächste Nähe des Thrones. Weder die Gesundheit des Königs Wilhelm, noch sein Verhalten im Felde wie auf der Jagd, verbürgten ein langes Leben. Wie so oft waren die Gefahren für dasselbe der Gegenstand sorgenvoller Berichte der Gesandten! — Im Anfange April klagte er über einen Schauerfrost, dem Hitze folgte. Bereits erhob sich Besorgnis; doch kehrte der Anfall nicht wieder. Die Aerzte fanden bald die Ursache. Er hatte bei schneidigem Nordwind einen ganzen Tag gejagt. Es gelang den inständigen Bitten am nächsten Jagdtage ihn zurückzuhalten [1]). Es war für das eine Mal: das Wesen der Dinge ward dadurch nicht geändert. Von einem Tage zum anderen konnte die Krone an die Prinzessin Anna gelangen. Dann begann die Zeit des Glanzes, und namentlich diejenige des Reichthumes für das Ehepaar Marlborough. Sicherer aber war dies Ziel zu erreichen, wenn Marlborough vorher zu Gnaden wieder aufgenommen ward. Die Prinzessin hatte, um die Aussöhnung zu erwirken, vorher die Lady Sarah auf einige Zeit entfernt. Dann jedoch erfolgten ihre Fürbitten beim Könige.

---

[1]) Die Berichte des Grafen Auersperg vom 12. und 15. April.

Digitized by Google

Wilhelm III. war dem Grafen Marlborough, nach den Erfahrungen von 1692, sehr abgeneigt. Man erzählte von ihm das Wort: wenn er Privatmann wäre, würde er sich mit Marlborough schlagen. Dennoch hatten sich auch für ihn durch den Tod der Königin die Dinge in etwas geändert. Daß er in die Ehrlichkeit Marlboroughs oder der Lady Sarah auch nur das geringste Vertrauen gesetzt habe, dürfte nach den Beweisen des Gegentheiles, die ihm vorlagen, nicht anzunehmen sein. Aber er wußte, daß er bauen durfte auf den Egoismus von Marlborough. Um des Egoismus willen, der diesen Mann an das Interesse der Thronerbin band, würde Marlborough sich in Plane wie die von 1692 nicht wieder einlassen, würde dagegen seine Befähigung dem Dienste des Königs widmen. Diese ganz außerordentliche Befähigung erkannte damals vielleicht Niemand besser als der König.

Dazu trat noch ein anderes Moment. Der König war in der unangenehmen Lage, der Prinzessin mehrere Bitten für ihren Gemahl nicht zu gewähren. Der Prinz wollte in dem Feldzuge in Belgien ein Commando übernehmen. Der König schlug ab. Der Prinz bat als Volontär mitgehen zu dürfen. Auch auf diese Bitte schwieg der König. Der Prinz wußte aus Erfahrung, was dies Schweigen bedeute. Es war am 22. März/1. April. Acht Tage später vernahm man, der Graf Marlborough sei zum Handkusse zugelassen worden, und werde als General der Infanterie den Feldzug in Belgien mitmachen [1]). Einige Tage später melden die kaiserlichen Gesandten: „Der Graf Marlborough, welcher mit seiner Frau die Ursache des Zwiespaltes der königlichen Schwestern gewesen, ist, seitdem er zum Handkusse zugelassen worden, eifrigst beflissen das Interesse des Königs im Parlamente zu befördern". Dabei jedoch verblieb Marlborough in Beziehung mit St. Germain.

Eine neue Schwierigkeit in Betreff des Prinzen Georg erwuchs für den König bei der Frage der Regentschaft in seiner Abwesenheit. Der Zustand der Prinzessin gestattete ihr nicht die Theilnahme. Es konnte sich also nur um den Prinzen handeln. Auf die Frage des

[1]) Die Berichte des Grafen Auersperg vom 1. und 8. April. — Desgleichen diejenigen Hoffmanns.

Digitized by Google

Königs, ob er geneigt sei sich zu betheiligen, erwiederte der Prinz, daß er bereit sein würde, wenn er dieselbe Vollmacht erhielte, wie in den Jahren zuvor die Königin. Dies wollte weder Wilhelm III. gewähren, noch hätte es der Neigung der Nation entsprochen. Der König bot ihm eine der sieben Stellen an. Der Prinz hielt die Annahme seiner Würde nicht gemäß. Er lehnte ab. Doch war das prinzliche Paar durch die Erfahrung klüger geworden. „Sie haben, lautet der Bericht, keine Empfindlichkeit an den Tag gelegt" [1]).

Der König behielt die Namen der Mitglieder geheim bis zum letzten Tage.

Am 3./13. Mai verhandelte das Oberhaus die Sache des Herzogs von Leeds. Es beschloß der Anklage ihren Lauf zu lassen. Demgemäß ward Leeds einstweilen von allen Aemtern suspendirt.

Während dieser letzten Debatte hatte sich der König in das Zimmer begeben, in welchem er den königlichen Ornat anzulegen pflegte, um durch seine Nähe beschleunigend einzuwirken [2]). Sobald der Beschluß erfolgt war, ließ er das Unterhaus an die Schranken bescheiden. Er sanctionirte die noch übrigen Bills, und redete dann wie folgt.

„Mylords und meine Herren. Ich bin gekommen, um meinen Dank auszusprechen für die zum Zwecke des Krieges mir bewilligten Subsidien, und zugleich um diese Session zu beschließen. Sie kann nicht länger fortgesetzt werden ohne offenbaren Nachtheil für den Zweck, zu welchem die Subsidien bewilligt sind. Denn die Jahreszeit erfordert so nothwendig meine Anwesenheit im Felde, daß es zu wünschen wäre, unsere heimischen Angelegenheiten hätten mir den Aufbruch dahin eher gestattet."

„Ich werde Sorge tragen die Verwaltung während meiner Abwesenheit solchen Persönlichkeiten zu übergeben, auf deren Treue und Zuverlässigkeit ich bauen darf. Und ich zweifele nicht, Mylords und Herren, daß jeder Einzelne von Euch je nach seiner Lebensstellung ihnen darin behülflich sein wird. Dies verlange ich von Euch, und ferner, daß Ihr mehr noch als gewöhnlich wachen wollet für die Erhaltung des öffentlichen Friedens."

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 27. Mai.

[2]) Desgleichen vom 13. Mai.

Digitized by Google

Dann sprach der Lord-Siegelbewahrer im Namen des Königs die Vertagung aus bis zum 18. Juni. Man wußte bereits im voraus, daß, da die Zeit des Unterhauses im Herbste zu Ende ging, auf die Vertagung die Auflösung folgen werde. Denn es galt die Ansicht, daß je länger ein Unterhaus sitze, desto stärker die Neigung zur Opposition emporwachse [1]).

Die Namen der Reichsverweser [2]) wurden dann veröffentlicht. Es waren sieben an der Zahl: der Erzbischof Tenison, der Groß-Siegelbewahrer Somers, der Geheim-Siegelbewahrer Pembroke, der Oberst-hofmeister Devonshire, der Oberstkämmerer Dorset, der Staats-Secretär Shrewsbury, und der erste Lord der Schatz-Commission, Godolphin.

Der Erzbischof war mehr der Form wegen ernannt, als daß der König erhebliche Dienste von ihm erwarten durfte. Er war ein braver, ehrlicher Mann, der sich jedoch nie anderer Dinge befliſſen als seines geistlichen Amtes. Mitglied der hochkirchlichen Partei, war er den Whigs gegenüber dennoch eine conciliante Persönlichkeit.

Somers stand als Rechtskundiger in hohem Ansehen, nicht bloß bei der Whig-Partei, der er angehörte, sondern bei der gesammten Nation. Dabei war er arbeitskräftig, thätig. Es galt die Ansicht, daß was von Geschäften vorkomme, auf ihn fallen würde, zumal da die übrigen dazu weniger tauglich erschienen.

Lord Pembroke war Tory, jedoch gemäßigt. Nicht um seiner Begabung willen hatte, wie es schien, der König ihn mit eingesetzt, sondern wegen seiner Stellung.

Der Herzog von Shrewsbury ward angesehen als diejenige Persönlichkeit, welche eine sehr wichtige Stellung in der Regentschaft haben könnte, theils wegen seines Amtes als Staats-Secretär, theils wegen seines Ansehens bei der Whig-Partei, die er, wie man sagte, völlig regiere. Aber Shrewsbury lebte dem Vergnügen.

Ihm ähnlich in aller Beziehung war Devonshire, nur mit geringerer Befähigung und schwächerem Credit bei der Partei.

Dorsets hauptsächliches Trachten war als Poet zu gelten. Seine Bedeutung in der Whig-Partei bestand darin, daß er dazu gehörte.

---

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 27. Mai.

[2]) Offiziell: Custodes regni, Lords Justices.

Digitized by Google

Godolphin war klug, geschäftserfahren. Wir haben ihn kennen gelernt als den umsichtigen Steuermann, der mit jedem Winde der Höfe Carls II., Jacobs II., Wilhelms III., zu segeln verstand. Die Tories wie die Whigs sahen ihn als den ihrigen an[1]).

Demnach hatte die Whig-Partei in der Regentschaft allerdings das Uebergewicht, entsprechend der Stellung der Parteien im Unterhause; jedoch auch die Tories waren vertreten. Die Bestallung war, der größeren Autorität wegen, ihnen ausgefertigt unter dem großen Siegel des Königreiches. Ihre Befugnis konnte, je nach den Umständen, sehr weit sich erstrecken, nämlich das Parlament nach Ermessen zu berufen, auch sogar aufzulösen. Man zweifelte jedoch nicht, daß, weil der König eine solche Macht in ihre Hände gelegt, er sich völlig sicher fühlen mußte, daß sie, eben so wie früher die Königin, nichts Wichtiges vornehmen würden ohne seinen besonderen Befehl. Indessen aller Wahrscheinlichkeit nach war im Inneren des Reiches nichts zu besorgen, und die auswärtigen Angelegenheiten behielt ja doch der König, ob in Kensington, ob im Feldlager, für sich allein[2]).

Die Reichsverweser hatten die Verwaltung des Königreiches nicht eher auf sich zu nehmen, als bis die Nachricht der Landung des Königs auf dem Continente eingetroffen war. So hatte es auch die Königin gehalten. Denn nach dem Herkommen und gemäß der in England geltenden Meinung von der Herrschaft über das Meer, wurde der König so lange nicht als abwesend betrachtet, als er sich befand auf der See in der Nähe von England[3]).

Der Abfahrt des Königs indessen stand noch ein besonderes Hindernis entgegen. Der Wind wehte beharrlich von Osten.

Es ist von Interesse hier zu erwähnen, daß die Abhängigkeit der Seefahrt vom Winde schon damals Bestrebungen hervorrief, sich dieser Abhängigkeit zu entwinden. Im December des Jahres 1694 trat ein Mann auf mit der Angabe, daß er eine Maschine erfunden, welche ihn in den Stand setze, bei jedem Winde das Meer nach Holland in zweimal vierundzwanzig Stunden zu durchfahren. Der König ließ die

---

[1]) Diese ganze Charakteristik der Sieben nach dem Berichte des Grafen Auersperg vom 27. Mai.

[2]) Auerspergs Bericht vom 27. Mai.

[3]) Desgleichen vom 24. Mai.

Digitized by Google

Sache untersuchen. Nach seiner Ansicht fiel die Probe zur vollen Befriedigung aus, so daß er die Sache dem Parlamente vorlegte. Sie fand dort keinen Anklang. Das sei eine Neuerung, hieß es, die eine Berücksichtigung nicht verdiene [1]).

Am Pfingsttage endlich, dem 14./24. Mai, schlug der Wind um. Der König eilte nach Gravesend. Am 16./26. Mai meldete er vom Haag aus dem Kaiser seine Ankunft.

Ungeachtet des früheren Gedanken-Austausches mit dem Prinzen Vaudemont, daß der lange Verzug jede Unternehmung vereiteln werde, war der König fest entschlossen, etwas Nachdrückliches zu wagen. Denn das war der Wunsch Englands. „Geschieht dies, meldet der Graf Auersperg, so darf man wegen der Bewilligung des Parlamentes für den nächsten Feldzug ohne Sorge sein. Und darum wird der König in diesem Falle den Abmahnungen der Holländer nicht nachgeben" [2]).

Bevor dieser Entschluß des Königs auf ein bestimmtes Object sich richten konnte, traten im Haag zwei andere wichtige Angelegenheiten an ihn heran. Die eine war für den Fall von Friedenshandlungen diejenige der Ansprüche von Spanien, welche der König in den Beredungen mit Auersperg vertagt hatte bis auf seine Ankunft im Haag. Die andere war diejenige der Beseitigung der Gefahren, die vom Reiche aus drohen konnten, oder mit einem anderen Worte, die Zahlung von Subsidien an Kursachsen.

Diese Angelegenheit zunächst fordert unsere Aufmerksamkeit.

Wie in den Jahren zuvor, so war auch 1695 eine hauptsächliche Besorgnis diejenige der Bildung einer dritten Partei in Deutschland, welche eintreten würde für die von Frankreich aus gemachten Friedensvorschläge, in Wirklichkeit also französisch war. Der Ansatz zu einer solchen Partei war immer vorhanden in dem Bunde der opponirenden Fürsten, das heißt derjenigen, welche sich der Errichtung der neunten Kurwürde widersetzten. Der hauptsächliche Kitt dieses Bundes wäre

---

[1]) Anlage III.

[2]) Auersperg an Kinsky, 3. Juni. — Vgl. das Schreiben von Wilhelm III. an Heinsius vom 9. Juni, bei Grovestins t. VI, p. 515.

Digitized by Google

gewesen das Gold Frankreichs. Dieses Gold war nicht mehr flüssig. Das Mittel dagegen, die Velleitäten der Mitglieder dieses Bundes zu lähmen, war das Gold der Seemächte. Einer der lautesten dieser Opponenten war der Fürstbischof von Münster. Die Drohung des Kaisers gegen ihn mit den Waffen von Brandenburg und Braunschweig-Lüneburg, andererseits die Geneigtheit von England und Holland zu zahlen, brachten Friedrich Christian zur Einsicht. Im März 1695 ward der Vertrag geschlossen. Friedrich Christian stellte 4000 Mann, und erhielt 300,000 Reichsthaler. Der König in seiner kurzen Weise sagte zu Auersperg: „Es ist mehr als er verdient. Ich will nur hoffen, daß er den Vertrag hält" [1]).

Lästiger indessen noch als dieser Fürstbischof war der jugendliche Kurfürst Friedrich August von Sachsen, namentlich da auch er wieder, wie einst sein Vater und sein Bruder, berathen ward von Hans Adam von Schöning.

Der Kaiser hatte diesen Mann aus der Haft entlassen gegen das Versprechen des Kurfürsten, ihn weder im Rathe, noch im Felde zu verwenden, und seinerseits einzutreten in die große Allianz. Das Letztere geschah. Von dem ersteren Versprechen hoffte Friedrich August durch den Kaiser entbunden zu werden. Es gelang ihm nicht. Aber auch so war Schöning in ähnlicher Weise thätig, wie einst vor seiner Gefangenschaft. Im Januar 1695 warnte der König Wilhelm den Kaiser. „Ich habe Nachrichten aus Paris, sagte er, die mir glaubwürdig erscheinen. Man hat von dort aus einen Versuch bei Schöning gemacht. Er hat erwiedert, daß er für die bisher geleisteten Dienste, namentlich für die Weigerung des Kurfürsten im vorigen Feldzuge, seine Truppen unter Ludwig von Baden den Rhein überschreiten zu lassen, den Lohn noch nicht empfangen, daher auch sich noch nicht weiter einlassen könne" [2]). Demnach war Schöning abermals bereit zum Verrathe, wenn vorher gezahlt wurde.

Wie die Warnung des Königs dem Kaiser den Beweis lieferte, daß Friedrich August sich an das Versprechen in Betreff Schönings nicht band: so gingen die Forderungen dieses Kurfürsten noch hinaus

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 22. März.

[2]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 10. Januar 1695.

Digitized by Google

über diejenigen, die einst der Bruder oder der Vater gestellt. Friedrich August wollte nicht bloß selber seine Truppen führen. Er verlangte das Commando der Reichsarmee am Oberrheine. Er wolle nicht, wie einst sein Bruder, es mit Ludwig von Baden theilen, sondern dieser sollte unter ihm stehen. Auch wolle er Schöning bei sich haben. Der Markgraf Ludwig von Baden seinerseits meldete dem Kaiser, daß, im Falle diese letztere Persönlichkeit bei der Armee erschiene, er sie verlassen würde.

Die kursächsischen Truppen wurden in Schwaben und Franken kaum minder gefürchtet als der Feind. Es wurde daher vorgeschlagen für den Feldzug von 1695 völlig von ihnen abzusehen. Aber dem stand eine andere gewichtige Besorgnis entgegen. Der jugendkräftige Friedrich August wollte als Heerführer sich bethätigen. Er war in Differenz mit den Herzögen von Braunschweig-Lüneburg über das Herzogthum Lauenburg. Wenn sein Thatendrang nicht anderswo verwendet wurde, so stand zu fürchten, daß derselbe, mit französischer Nachhülfe, sich im Reiche entlud und demnach die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg zwingen würde, zum Zwecke der eigenen Vertheidigung ihre Truppen der großen Allianz zu entziehen.

Der Kaiser machte daher dem Könige den Vorschlag, die kursächsischen Truppen nach Belgien zu ziehen und dafür die Brandenburger aus Belgien an den Oberrhein zu entsenden. Der Kurfürst von Brandenburg werde keinen Widerspruch erheben dürfen, da er während des ganzen Krieges vom Kaiser ansehnliche Subsidien erhalten, so wie die Quartiere im Reiche genossen, dagegen keine Truppen an den Oberrhein geschickt, auch sogar sein Reichs-Contingent an der Maas stehen habe. Es bedürfe nur eines entschiedenen Wortes von Seiten des Königs [1]).

Der König indessen war wenig geneigt, dieses Wort zu sprechen. In Wirklichkeit wäre der Tausch nicht zu seinem Vortheile gewesen. Es war ihm nicht unbekannt, daß der Kurfürst von Brandenburg für seine Truppen doppelte Zahlung erhielt, weil sowohl von Seiten des Kaisers und des Reiches, als von Seiten der Seemächte. Allein dies Verhältnis bestand nun einmal. Wenn er die Brandenburger entließ,

[1]) Auerspergs Bericht vom 1./11. Januar.

Digitized by Google

so mußte er dafür die an ihrer Statt einrückenden Sachsen bezahlen. In Betreff des Geldes also war für ihn kein Unterschied. Ein großer Unterschied dagegen war in der Qualität der Truppen, namentlich in Betreff des Commandos. Friedrich III. von Brandenburg, der in den ersten Jahren des Krieges eine selbständige Führung seiner Truppen beanspruchte, hatte, gegenüber dem Misfallen des Königs an diesem Eifer, dem persönlichen Kriegesruhme entsagt und dafür sich begnügt mit dem klingenden Gewinne, der ihm aus der Doppelstellung seiner Truppen erwuchs. Die Brandenburger waren unterdessen geworden wie die eigenen Soldaten des Königs[1]). Er durfte von den Kursachsen nicht die gleiche Willigkeit erwarten, namentlich nicht wenn der Kurfürst Friedrich August das Commando führte. Die Erfahrung, die der König bisher an dem Kurfürsten von Bayern gemacht, war nicht verlockend zur Heranziehung von noch mehr fürstlichen Persönlichkeiten dieser Art, zumal wenn noch dazu in der Umgebung einer solchen sich Hans Adam von Schöning befand.

Der König suchte daher dem Vorschlage des Kaisers auszuweichen. Portland fragte, ob der Kurfürst von Sachsen sich nicht herbeilassen würde zu einer Theilung seiner Truppen. Auersperg verneinte. Die hauptsächliche Absicht des Fürsten, erwiederte er, sei das eigene Commando.

Demnach gab der König den Rath: der Kaiser möge dem Kurfürsten das Ober-Commando in Ungarn gegen die Türken antragen, möge auch ihm gestatten den Schöning dahin mitzunehmen. In diesem Falle könne der Kaiser das Hülfscorps der Brandenburger aus Ungarn an den Rhein entsenden, und für diese würden die Seemächte die Subsidien übernehmen. In jedem Falle sei die persönliche Anwesenheit des Kurfürsten am Rheine zu verhüten.

Der König ging dabei von der Ansicht aus, daß der Kurfürst Friedrich August durchaus sich seine Truppen erhalten wollte, und daß, da seine eigenen Mittel dafür nicht reichten, er das Geld nehmen würde, von welcher Seite es sich böte. Eine Denkschrift aus der

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 18. Februar: Portland sagt mir, daß der König die Brandenburger Truppen nicht gern hergeben wolle, weil er deren eben so sehr Meister wie der eigenen.

Digitized by Google

Umgebung des Königs baut die Schlüsse auf in folgender Weise. „Es steht zu hoffen, daß der Kurfürst auf den Vorschlag nach Ungarn eingeht. Denn Frankreich befindet sich nicht im Stande, ihm so viele Subsidien zu geben, wie erforderlich sein würden zur Erhaltung seiner Truppen daheim. Wenn diese nicht verwendet würden, so würde er selbst sie zu bezahlen haben. Denn er würde dann die Subsidien einbüßen, zu denen England und Holland für ihn bereit sind, so wie die Vortheile, welche der Kaiser ihm gewährt" [1]).

Der moralische Maßstab, den Wilhelm III. an diesen jungen Kurfürsten legt, war demnach nicht hoch. Der König hatte ihn persönlich kennen gelernt im Feldlager in Belgien, in welchem Friedrich August mehrmals als Volontär geweilt, und die Aufmerksamkeit auf sich gezogen, sowohl durch seine ungemeine Körperstärke, als durch wenig erhabene Gesinnungen [2]).

Dem Rathe des Königs gemäß wurden von Wien aus Unterhandlungen mit Friedrich August von Sachsen angeknüpft. Er war nicht abgeneigt, das Commando in Ungarn zu übernehmen. Aber er ließ durchblicken, daß er auf die englisch-holländischen Subsidien eben so sicher rechne, als wenn er seine Truppen gegen Frankreich sende.

Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß der König Wilhelm bei jenem Rathe gehofft hat, daß der Friede mit der Türkei in naher Aussicht stehe. Er hatte damals wieder Lord Paget, zum Zwecke der Friedensvermittelung, nach Constantinopel entsendet. Lord Paget traf dort ein im Januar 1695. Er fand die Stimmung geneigter als früher. Als ein besonders günstiges Anzeichen erschien, daß seit einiger Zeit der französische Gesandte Chateauneuf zu den Berathungen der Minister des Sultans nicht mehr zugezogen wurde. Paget begab sich nach Adrianopel, wo der Sultan Achmet sich befand. Wenige Tage nach der Ankunft des Gesandten rührte den Sultan der Schlag. Es folgte ihm auf dem Throne sein Neffe Mustafa, in der Vollkraft des Lebens, erfüllt von Eifer für die Herstellung des Ruhmes der türkischen

---

[1]) In den Robethon-Papieren im St. A. H.

[2]) Einzelnheiten berichtet Philipp Christoph von Königsmark in seinen Briefen an die Kurprinzessin Sophie Dorothee in Hannover, 1693. Ein Eingehen darauf würde hier zu weit führen.

Digitized by Google

Waffen. Auch so noch gab Lord Paget die Hoffnung nicht auf. Der König theilte sie [1]).

Der Kaiser seinerseits wünschte; aber seine Hoffnung nach der Erfahrung so langer Jahre war gering [2]).

Er wollte eine Armee von 50,000 Mann ins Feld stellen, für welche die Kosten von 21 Millionen Gulden erforderlich waren. Die Landtage der getreuen Erbländer folgten seinem Rufe. Sie bewilligten [3]).

Zugleich gingen die Unterhandlungen mit Kursachsen fort. Der Vertrag kam zu Stande. Der Kurfürst Friedrich August von Sachsen stellte 8000 Mann Hülfstruppen, und erhielt den Oberbefehl. Er erhob die Bitte: der Kaiser möge bei den Seemächten sich verwenden um die Belassung der bewilligten Subsidien.

In Wirklichkeit hing die Ausführung des Vertrages an der Erfüllung dieses Verlangens [4]). „Es ist dem Kaiser unmöglich, schrieb Kinsky an Auersperg, sowohl die Kursachsen als die Brandenburger nur auf seine Kosten zu unterhalten. Denn wir haben die Brandenburger nicht nach dem Rheine entlassen dürfen, weil der Abschluß des Vertrages sich so lange verzögerte. Wir haben aber die Kursachsen nicht herbeigewünscht. Der Kaiser hätte ihrer nicht bedurft. Wir sind auf den Vorschlag nur eingegangen, weil er als der geeignete erschien, dem möglichen Wirrwarr im Reiche vorzubeugen, und weil der König so nachdrücklich darauf drang."

So stand die Sache vor der Ueberfahrt des Königs nach dem Festlande. Wilhelm III. war nicht geneigt in das Verlangen des Kurfürsten zu willigen. Er wolle sich zuvor, erwiederte er, mit Heinsius darüber besprechen.

Nach der Ankunft im Haag erneuerte Auersperg sein Andringen. Heinsius suchte auszuweichen. „So lange Schöning bei dem Kurfürsten, erwiederte er, werde dieser doch nichts ausrichten." Auersperg erwiederte, daß der König die Zulassung Schönings zu dem Feldzuge

---

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 10. Mai. — Vgl. Sylvius t. IV, b. 39, p. 13.

[2]) Kinsky an Auersperg, vom 4. Juli.

[3]) Sylvius t. IV, b. 39, p. 12.

[4]) Kinsky an Auersperg, den 11. und 25. Mai.

Digitized by Google

in Ungarn nicht bloß bewilligt, sondern selber vorgeschlagen. Die Sache ward wiederholt erörtert. Endlich gewährte der König.

Wir sehen demnach, in welcher Art mehr als ein deutscher Fürst es verstand, durch die Ausnutzung der Gunst der Umstände den Krieg zu einem Erwerbsmittel für sich zu machen. Die genauere Kunde dieser Dinge stand bei wenigen Persönlichkeiten; aber man wird sich nicht verwundern, wenn von diesen Wenigen, von dem Könige und von Heinsius, über diese deutschen Fürsten mehr als einmal scharfe Worte verlauten.

Jene Aeußerung des Königs, daß er zuvor mit Heinsius sich besprechen müsse, prägt die Anerkennung aus, welche er dem Urtheile des Rathspensionärs entgegen trug. Sicherlich war es so die eigene Ansicht des Königs. Dennoch ist es merkwürdig, daß in den Augen Anderer das Verhältnis beider Persönlichkeiten erschien als dasjenige der völligen Unterordnung von Heinsius. So urtheilt ganz besonders der kaiserliche Gesandte für England, der Graf Auersperg. „Heinsius, meldet er, bemüht sich nicht einmal, wo er in seinen Reden die Republik erwähnt, den Schein zu retten, daß sie noch eine selbständige Macht ist. Er getraut sich nicht ein einziges Mal den geringsten Vorschlag zu machen, ohne vorher wiederholt die Erlaubnis des Königs eingeholt zu haben. Indessen nicht Heinsius allein handelt so. Die Mitglieder der Generalstaaten benehmen sich in gleicher Weise. Ich betrachte dies oft mit Staunen, und mein Leben lang wird die Erinnerung an diese Subordination mir gegenwärtig bleiben. Es scheint mir aber auch nöthig, diese Einzelnheiten zu berichten, damit ich die Schwierigkeit der Stellung eines Gesandten hier darlege. Von den englischen Ministern ist dabei gar nicht zu reden. Auch nicht ein Einziger von ihnen ist im Geheimnisse. Dieser Sachlage gemäß ist mir mein Verhalten vorgezeichnet. In erster Linie habe ich zu dem Könige zu reden, in zweiter zu Dykvelt" [1]).

In denselben Tagen, wo Auersperg in solcher Weise die Huldigung der Republikaner von Holland vor der überlegenen Persönlichkeit

---

[1]) Auersperg an Kinsky, 7. Juli. Die Worte in Betreff der englischen Minister lauten: Pour ce qui est des ministres anglois, il n'en faut pas parler. Il n'y en a pas un qui soit du secret.

Digitized by Google

ihres Landsmannes schildert, erklang die Anerkennung derselben fern von Holland aus einem ganz anderen Munde, demjenigen des Papstes Innocenz XII.

Jacob II. hatte damals den Grafen Perth nach Rom entsendet. Die Berichte desselben erklangen für St. Germain wenig erfreulich. „Sie alle hier, meldet Perth, wenn man das Verhältnis von sechs gegen einen gleich Allen setzen darf, sind sehr kalt für uns. Sie meinen, daß Frankreich zu demüthigen nicht bloß eine rechtmäßige Sache sei, sondern eine nothwendige Pflicht. Bringt man sie dagegen auf das Unrecht wider unseren König, so erhält man die kalte Antwort: „„Ja freilich, ihm ist übel mitgespielt. Aber was sollen wir thun, um einen Frieden für ihn zu erwirken? Sein Sohn, der Prinz von Wales, wird einmal zur Regierung gelangen, ohne Zweifel. Aber wie will man den Prinzen von Oranien überwältigen? — Er ist im Besitze. Er ist brav und klug. Er versteht es England zu führen. Er ist Meister von Holland. Er ist wie der Kitt, der die verschiedenen Interessen der Allianz zusammen bindet"". — Das und Anderes dieser Art, fährt Perth fort, ist hier die allgemeine Rede, und sogar diejenigen, welche wir als unsere zuverlässigen Freunde betrachten, geben zu verstehen, daß sie derselben Meinung huldigen" [1]).

Perth entwickelt weiter seinen Unmuth, daß der Einwurf der Religion in Rom so gar nichts verfange. „Ich bemerke sehr wohl, sagt er, das Bestreben aller Anhänger des Hauses Oesterreich, den Papst zu überreden, daß der Prinz von Oranien die Katholiken nicht feindselig behandele. Eben so reden die deutschen Jesuiten in Rom. Sie finden alles was der Kaiser thut, gesetzmäßig und heilig [2]). Aber der Prinz von Oranien rühmt sich ja doch selber als Feind des Papstthumes. Darum will ich dies geltend machen, obwohl man mich gewarnt, daß, wenn ich den Kaiser darstelle als Förderer der Ketzerei, ich mir ein Unglück zuziehen werde. Mein Eifer für den Dienst des Königs setzt mich hinweg über alle Furcht."

Nicht bloß über die Furcht setzte dieser Eifer den Grafen Perth hinweg. Er vergaß, daß er seine Entlassung aus dem Gefängnisse in

[1]) Macpherson's Original Papers, vol. I, p. 532.

[2]) Genau genommen sind dies die Worte Carylls auf p. 536, welche diejenigen Perths p. 532 bestimmter wiedergeben.

Digitized by Google

Schottland verdankte lediglich der Verwendung des Kaisers für ihn bei dem Könige Wilhelm III. (Man vgl. Bd. VI, S. 19 u. f.)

Bei der Leidenschaftlichkeit, welche die Berichte dieses Grafen Perth erfüllt, dürfte es schwer sein, in demjenigen über seine Audienz beim Papste Innocenz XII. die subjective Färbung von dem Thatbestande zu scheiden. Klarer und bestimmter ergibt sich das Urtheil von Innocenz XII. über Wilhelm III. aus den gleichzeitigen Berichten eines minder erregten Beobachters, des spanischen Gesandten Carpio, an den König Carl II.

In einer Audienz vom 19. Juni sprach Innocenz XII. besondere Ausdrücke der Anerkennung aus für Wilhelm III., nicht für Ludwig XIV. [1]). Er rühmte die Weisheit jenes Königs, das prinzliche Paar in England ausgeschlossen zu haben von der Regentschaft während seiner Abwesenheit. Er hoffe, sagte er, die Herstellung des Friedens durch diesen König. Er theilte dann dem Gesandten das Erbieten mit, welches wir bereits früher kurz berührt, daß Wilhelm III., im Falle des Rückzuges von Jacob II. nach Rom, ihm ein Jahrgeld von 100,000 Pfund Sterling zahlen wolle. Carpio erwiederte: „Ich enthalte mich darüber des Urtheiles; aber meines Erachtens haben Ew. Heiligkeit für sich und Ihre Nachfolger den Zustand der Christenheit wohl zu erwägen; denn es handelt sich für Sie um die Rettung aus der Gefahr, Capläne der Könige von Frankreich zu werden." Innocenz XII. stimmte zu [2]).

Einige Tage später erneuerte Innocenz XII. die Unterredung. Vernehmen wir darüber den Bericht des Gesandten mit seinen eigenen Worten.

„Weder die Zeitungen von Holland, meldet er, noch die Anhänger des Königs Wilhelm in England, vermögen so sehr die Persönlichkeit dieses Fürsten zu preisen, wie der Papst es mir gegenüber gethan. Er sagte mir, daß das Wirken dieses Königs dasjenige des größten Mannes sei, den je die Erde getragen [3]). Von diesem Ausspruche

[1]) De gloria del Rey Guillermo, y desdoro del Christianissimo.

[2]) De ser los capellanes de los Reyes de Francia. Confeso me ser cierto.

[3]) Der Marcheſe Carpio an den König Carl II., Rom 3. Juli 1695. Der Beginn lautet: Ni las gazetas de Holanda, ni los que llamaron en Inglaterra al Rey Guillermo, pueden ensalzar tanto con suos discursos la Persona de

Digitized by Google

aus entwickelte er mir weiter, daß lediglich von der Hand des Königs von England die Entscheidung abhange über Krieg und Frieden von Europa. Von der Unterhandlung, die durch Schweden begonnen, könne S. H. die gewünschte Frucht nicht hoffen. Spanien sei wie machtlos. Der Kaiser müsse den Türkenkrieg fortsetzen. Für England und Holland falle die Last des Unterhaltes der bewaffneten Macht zu Wasser und zu Lande zu schwer. Der Papst hoffe, es werde nicht unmöglich sein, daß noch vor dem Ende dieses Feldzuges der Friede erfolge."

So die Ansicht von Innocenz XII. Sie führt uns zurück auf die Verhandlungen über den Frieden, welche der König, nach der Antwort des Kaisers auf seine Vorschläge vom 25. Februar, in der Unterredung mit Auersperg vom 29. April vertagt hatte auf die Zeit der Anwesenheit im Haag. Der hauptsächliche Punct, der dort verhandelt werden sollte, betraf die Ansprüche Spaniens bei dem demnächstigen Friedensschlusse.

Der Kaiser hatte die Eröffnungen Wilhelms III. vom 25. Februar dem Könige von Spanien kund gegeben. Carl II. hob in seinen Antworten nachdrücklich die Leiden hervor, welche in Folge seines Beitrittes zu der großen Allianz über seine Länder gekommen. Kein Friede, sagte er, könne dafür sie entschädigen. Er wolle nicht ein Aequivalent für Luxemburg. Er habe gemäß dem Vertrage der großen Allianz vom 12. Mai 1689 das Recht, von seinen Bundesgenossen die Herstellung des pyrenäischen Friedens zu verlangen. Dennoch lege er die ganze Sache in die Hand des Kaisers [1]).

Carl II. mochte Recht haben von seinem Standpuncte aus, von welchem er zunächst die erlittene Noth seiner Völker ins Auge faßte. Die Republik der Niederlande — denn diese trat ja in dem Wunsche des Friedens voran — betrachtete die Dinge von einem anderen Gesichtspuncte aus. Nicht das Leiden, sondern das Thun, oder vielmehr

aquel monarca, quanto el Papa me le ensalzo antes de ayer, diciendo me que hera su obrar del mayor hombre que jamas habiese tenido el mundo etc.

[1]) Handschreiben Carls II. an den Kaiser, 3. März; an Borgomainero, 13. Juli.

Digitized by Google

der Mangel desselben in der spanischen Monarchie, trat für diese Erwägung in den Vordergrund. Sollen wir, fragten die Holländer, zu Gunsten Spaniens, welches selber so wenig leistet, einen endlosen Krieg führen, um für unser Geld und unser Blut den Stand des pyrenäischen Friedens herzustellen? — Die Abneigung Wilhelms III. gegen Spanien war im Sommer 1695, auch ohne einen besonderen Anlaß, im Steigen. Es ward bemerkt, daß er sich in geringschätzigen Aeußerungen über Spanien erging, denen ähnlich, die etwa um ein Jahrhundert zuvor sein Ahn, der Schweiger, geführt haben mochte [1]).

Wie die Gemüther der Holländer lauer wurden für die spanischen Bundesgenossen, so wurden andererseits die Spanier, namentlich ihr Vertreter im Haag, Don Quiros, mistrauisch gegen die Republik. Sein Unmuth stieg, als er bemerkte, daß zwischen den kaiserlichen und den holländischen Ministern Conferenzen stattfanden. Er beklagte sich laut. Er merke wohl, sagte er, daß man über das Schicksal seines Königs verfügen wolle ohne ihn. Die Interessen desselben könnten nicht in schlechteren Händen sein [2]). Der Vorwurf war nicht begründet, weil in der Wirklichkeit die Kaiserlichen das Interesse des Königs von Spanien vertraten. Eine gemeinschaftliche Conferenz fand statt, bei der auch Quiros erschien, am 24. Juni. Er verlangte für Spanien die Herstellung des pyrenäischen Friedens. Denn, wenn auch die Anderen der Ansicht sein mochten, daß Spanien selber dazu wenig beitrage: so war dies nicht die Ansicht des Gesandten, oder doch des Königs, in dessen Namen er redete. Es entfielen ihm die Worte: sein König helfe Allen und ihm helfe Keiner. „Das hat sehr wunderlich gelautet, fügt Kaunitz seinem Berichte hinzu, und er selbst mag es wohl nicht so gemeint haben wie die Worte klangen. Wir Andere haben mit Mühe das Lachen verbissen." Die Conferenz brachte in der Hauptsache kein Ergebnis. Nur darin kam man überein, daß der Graf Auersperg dem Könige von England, der sich bereits im Feldlager befand, Bericht erstatten und die Entscheidung desselben einholen solle [3]).

[1]) Auerspergs Bericht vom 26. Juli.
[2]) Desgleichen vom 17. Juni.
[3]) Bericht von Kaunitz und Auersperg vom 27. Juni.

Digitized by Google

Tiefer jedoch noch als die Verschiedenheit der Ansichten über die für Spanien zu stellende Friedensbedingung griff eine andere Differenz. Sie trat äußerlich hervor an der Frage der Vermittelung durch Schweden. Von kaiserlicher Seite ward mit starkem Nachdrucke betont, daß, bevor man zu einem Congresse komme, die Bedingungen des Friedens nicht bloß unter den Verbündeten, sondern auch mit Frankreich so festgestellt sein müßten, daß es der Arglist dieses Feindes nicht gelingen könne, die Verbündeten zu trennen. Der König Wilhelm war damit einverstanden. Dann aber begann die Verschiedenheit. Der Kaiser wollte diese Vereinbarung durch Schweden. Der König, oder vielmehr die Holländer durch ihn, erhoben gegen diese Vermittelung durch Schweden mancherlei Einwände. Nicht indessen Schweden als solches war der eigentliche Kern der Differenz, sondern die Leitung dieser Verhandlungen. Wenn diese durch Schweden gingen, so stand die Leitung der Sache bei dem Kaiser. Dies war der Grund, weshalb die Räthe desselben so zähe hielten an diesem Vorschlage. Bei ihnen war die Erinnerung an Nymegen, an das damalige Verhalten der Holländer, noch frisch und lebendig. Nicht zum zweiten Male wollten sie sich den Frieden vorschreiben lassen, wie es der Stadt Amsterdam gefiel [1]).

Der König seinerseits hatte sich oft dagegen verwahrt, daß es ihm nicht darum zu thun sei, die Verhandlungen nach Holland zu ziehen, daß jeder andere Ort ihm recht sein würde, wenn nur das Ziel dort zu erreichen sei. Er hatte die Uebelstände der schwedischen Vermittelung hervorgehoben, nicht jedoch ausdrücklich sich erklärt dieselbe nicht zu wollen.

Demgemäß konnte man in Wien auch von diesem Gedanken nicht lassen. Man war dort sich bewußt für alle Bundesgenossen gleichmäßig zu handeln, für sie ohne Unterschied alles gethan zu haben, was möglich war, zuerst und namentlich für den König von England. Man hatte im Januar in Stockholm als Präliminar-Punct vor jegliche andere Verhandlung gestellt die Anerkennung des Königs von England durch Frankreich. Der König Wilhelm III. hatte zugestimmt.

---

[1]) Ich citire nicht jedes einzelne der sehr zahlreichen Schriftstücke, die dasselbe Thema immer variiren.

Digitized by Google

Dann hatte er am 25. Februar auf den Frieden gedrängt. Der Kaiser war, so weit seine Verpflichtungen gegen das Reich, sein Verhältnis zu dem Könige von Spanien, es gestatteten, auf alles eingegangen. Er erwartete nur noch die Vorschläge Wilhelms III. für Spanien. Sobald diese vorlagen, war das Gegenproject fertig, über welches man mit Frankreich in Unterhandlung treten konnte, wenn nämlich zuvor und zuerst erfolgte die Anerkennung Wilhelms III. durch den König von Frankreich.

Wir sehen, die Politik des Kaisers war ehrlich und offen, gerecht gegen alle Bundesgenossen. Die andere Frage, ob sie praktisch durchführbar war, scheint bis tief in den Sommer 1695 hinein in Wien nicht zur Erörterung gekommen zu sein.

Man erwartete dort, nach der Ueberkunft des Königs, seine Vorschläge in Betreff Spaniens. Allein Woche auf Woche verrann. Der König machte darüber keine Aeußerung.

Dagegen gelangte nach Wien eine andere Kunde. Der König hatte die früheren Verhandlungen von Mastricht abgebrochen, hatte erklärt, daß sie keine Folge haben sollten. Aber wir haben vernommen, daß er im Mai neue Beredungen mit Franzosen in Utrecht vorbereiten ließ, daß er besorgt war um dies Geheimnis. Die Mühe um die Bewahrung desselben war vergeblich. Bereits am 17. Juni hatte der schwedische Gesandte Lilienroth im Haag die Kunde. Er brachte sie an die kaiserlichen Gesandten. Sie wie er sahen darin das Anzeichen, daß der König die Vermittelung durch Schweden, gegen die er doch öffentlich dem Kaiser gegenüber nicht einen Einspruch erhoben, im Geheimen nicht wolle. Kaunitz und Auersperg berichteten nach Wien. Aehnliche Meldungen gelangten dahin über Rom. Denn das Geheimnis dieser Angelegenheit in Utrecht war ja nicht das Interesse der französischen Politik [1]).

Der Kaiser war sich bewußt für die gemeinsame Sache allen Wünschen des Königs nach Möglichkeit entsprochen zu haben. Und nun, wo er und seine Räthe glaubten, auf sicherem Wege zu wandeln zur Herstellung eines allgemeinen Friedens, gelangte an sie von Holland

[1]) Auerspergs Bericht vom 17. Juni, Kaunitz vom 20. — Kinsky an Auersperg vom 2. und 26. Juli.

Digitized by Google

aus die Kunde von erneuten geheimen Verhandlungen mit Frankreich. Wie immer diese gemeint sein mochten, sie mußten, nach der Ansicht der Räthe des Kaisers, störend einwirken auf die dem Könige von England bekannte, von ihm nicht misbilligte Verhandlung durch Schweden. Welches Ziel immer der Plan der erneuten Beredungen in Utrecht verfolgen mochte: das Eine stand in Wien fest, daß nicht das gleiche Recht für alle Bundesgenossen darin maßgebend sein würde, sondern zunächst das Interesse der Republik Holland.

In den Berichten, namentlich denen, die über Rom nach Wien gelangten, tritt in Betreff dieser Beredungen der Name Dykvelts voran. Ueber diesen Mann besonders war man in Wien unmuthig. „Durch seine heimlichen Zusammenkünfte mit Franzosen, sagt Kinsky, erregt er in Frankreich aufs neue die Hoffnung auf die Zersetzung der großen Allianz, gibt dadurch den Grund zur Verschleppung einer Antwort auf den Präliminar-Artikel, nämlich die Anerkennung des Königs von England, und somit den Anlaß den Frieden zu verzögern. Soll denn das Schicksal der verbündeten Mächte von den Umtrieben eines ehrgeizigen Privatmannes abhangen? — Und dennoch könnte er nicht so handeln, wie es geschieht, wenn nicht der König und die Generalstaaten das Auge darüber zudrückten. Aber dies schädigt den guten Glauben an die Unverbrüchlichkeit der Verträge, an die so oft gegebenen und erneuten Versicherungen. Möge man dort sich vorsehen! Wenn immer wieder aufs neue die Rede ist von geheimen Verhandlungen und von Sonderfrieden: so gibt es zwei Mächte, die darin uns Allen zuvor eilen und ihren Frieden schließen können auf unsere Kosten. Es sind Savoyen und Spanien“ [1]).

Die Worte Kinskys enthalten den Ausdruck der Stimmung des Kaiserhofes. Der Unmuth, der in denselben sich kund gibt, ging nach einer besonderen Richtung zu weit. Zunächst ist zu bemerken, daß die Absicht der neuen Beredungen in Utrecht nicht zur Ausführung gelangte. Aber auch die Annahme, daß solche neue Beredungen eine etwaige Bereitwilligkeit in Versailles zur Anerkennung des Präliminar-Artikels durchkreuzen würden, entspricht nicht den Thatsachen. In Wien mochte man an diese Bereitwilligkeit glauben, weil man sie

[1]) Kinsky an Auersperg, 26. Juli.

Digitized by Google

wünschte: in Wirklichkeit war sie nicht da. Der Graf d'Avaux in Stockholm hatte in Betreff jenes Präliminar-Artikels im Januar 1695 sofort ablehnend geantwortet, und seitdem war von Versailles keine Kunde irgend welcher Art verlautet, die auf eine Gefügigkeit Ludwigs XIV. darin hätte schließen lassen. Er hatte genugsam dargethan, daß er die Waffe, welche er in der Nicht-Anerkennung Wilhelms III. von England besaß, bis zur letzten Stunde in der Hand behalten wollte. Die Forderung des Kaisers, daß der König von Frankreich vor dem Betreten des eigentlichen Friedensweges diese Waffe ablegen solle, war ehrlich und offen gegenüber seinem Verbündeten Wilhelm III. Allein dem Könige von Frankreich gegenüber versperrte diese Forderung selber den vorgeschlagenen Friedensweg. Den nicht betheiligten Zeitgenossen leuchtete dies ein. Wir haben das Wort des Papstes Innocenz XII. vernommen, vom 3. Juli 1695, daß die Vermittelung durch Schweden keine Frucht bringen würde. In Wien überwog in dieser Beziehung der Wunsch die Klarheit der Einsicht.

Bei dem Könige Wilhelm III. trat diese Erkenntnis, daß Ludwig XIV. auf die Forderung des Kaisers nicht eingehen wolle, zu den anderen Gründen seiner Abneigung wider die schwedische Vermittelung. Dies erklärt seinen geringen Eifer, sich dem Kaiser gegenüber bestimmter auszusprechen über das Friedensproject, speziell in Betreff Spaniens: es rechtfertigt nicht die Absicht der heimlichen Beredungen von Utrecht.

Dagegen erwies sich an Einsicht in die Qualität der Bundesgenossen der Kaiserhof dem Könige überlegen. Die Warnung, die der Graf Kinsky aussprach, daß die heimlichen Beredungen von Holländern mit Franzosen zunächst dem Herzoge Victor Amadeus den Vorwand bieten könnten zum Abspringen von der großen Allianz, legt Zeugnis ab, daß man in Wien die Qualität dieser Persönlichkeit, wenn auch noch nicht durchschaute, so doch ahnte. Denn der Kaiser war in der Umgebung des Herzogs Victor Amadeus besser bedient, als der König Wilhelm III. Der Kaiser hatte dort als den General seiner Truppen den Prinzen Eugen von Savoyen, der König den früheren Marquis Ruvigny, der als Huguenot aus Frankreich geflüchtet, sich unter Wilhelm III. auf dem irischen Boden den Titel des Lord Galway erkämpft hatte.

Wir erinnern uns, daß Victor Amadeus bereits zu Ende des Jahres 1693 mit dem General Tessé eine heimliche Uebereinkunft

Digitized by Google

getroffen, nach welcher sein Verbleiben in der großen Allianz ein andauernder Verrath an derselben war. Die Verbündeten stellten ihm Truppen und zahlten ihm die Mittel für seine eigenen, während er als Oberfeldherr dieser Armee dem Könige von Frankreich gegenüber die Verpflichtung auf sich genommen, dafür zu sorgen, daß diese Armee nichts ausführe. Es gelang ihm im Jahre 1694. Jener sein Vertrag mit Frankreich blieb in tiefes Geheimnis gehüllt. Allein der Prinz Eugen, der mit scharfem Auge die Schritte seines Vetters überwachte, faßte Verdacht gegen die Ehrlichkeit desselben. Er begab sich im Winter von 1694 auf 1695 nach Wien, und legte die Gründe des Verdachtes dar. Der Kaiser erneuerte für ihn den Auftrag, mit Nachdruck die Belagerung von Casale zu verlangen. Die Besorgnisse des Prinzen gelangten zur Kunde des Lord Lexington in Wien. Er befragte Galway. Die Antwort desselben beweist, daß Victor Amadeus mit großer Meisterschaft verstand seine Umgebung zu täuschen. „Ich bin nicht so kühn, meldet Galway, auf meinen eigenen Scharfblick zu vertrauen; aber es findet sich hier kein Hofmann, kein Minister, überhaupt Niemand, der gegen den Herzog einen Verdacht des Schwankens hegt." Dann entwickelt Galway weiter seine eigene Meinung, daß das Interesse des Herzogs ihm Treue für die Allianz zur Pflicht mache [1]).

Es ist unverkennbar, daß die Berichte Galways auch den König Wilhelm III. in dieser Ansicht erhielten. Er mochte noch einen besonderen Grund haben für diese Meinung. Die Frage der Succession in England ruhte einstweilen, weil ein Sohn der Prinzessin Anna, der kleine Herzog von Gloceſter, am Leben war. Aber die Constitution des Knaben war schwach. Sein Tod konnte plötzlich die Frage wieder wach rufen. Dem Blute nach stand Anna Maria, die Gemahlin von Victor Amadeus, als Enkelin Carls I. durch ihre Mutter Henriette von Orleans, nach der Linie Jacobs II., dem Throne zunächst. Demgemäß auch ihre Descendenz. Bei der geringen Neigung, welche die Prinzessin Sophie in Hannover, das Haupt der noch übrigen protestantischen Linie, im Jahre 1689 für den Thron ihres Vetters Jacob II. kund gegeben, kam damals der Anspruch der Prinzen aus dem Hause Carignan öfters zur Erörterung. Der Herzog selbst sagte dem General

[1]) Lexington Papers p. 45. Schreiben aus Turin vom 12./22. Januar 1695.

Digitized by Google

Schulenburg, damals in seinem Dienste, dem späteren Vertheidiger von Corfu: vom englischen Parlamente aus sei ihm kund gethan, daß man Neigung habe für seine Linie. Er habe nur seinen Sohn nach England zu senden, um ihn dort nach der Lehre der anglicanischen Kirche erziehen zu lassen [1]). Der König Wilhelm III. mochte glauben, auch an dieser möglichen Aussicht für einen Prinzen des Hauses Carignan auf den Thron von England den Herzog Victor Amadeus bei der großen Allianz festzuhalten.

Es gab ein anderes Mittel, sicherer als eine ungewisse Aussicht. Man darf im Ueberblicke des ganzen Verhaltens von Victor Amadeus mit Gewisheit aussprechen, daß die Festung Pignerol den Preis ausmachte, für welchen er zu haben war. In seinem Beitritte zur großen Allianz hatte er diese Zusage sich ausbedungen. Das geringe Kriegesglück der Alliirten gegen Frankreich rückte die Erfüllung derselben in die Ferne. Dennoch haben wir vernommen, daß der Kaiser auch nach den Eröffnungen, die der Prinz Eugen ihm im Spätherbste 1694 über die zweideutige Haltung von Victor Amadeus gemacht, dem Könige von England die Erneuerung dieser Zusicherung für Victor Amadeus dringend ans Herz legte. Wir haben andererseits vernommen, daß der König sich nicht bestimmt darüber erklärte. Der savoyische Gesandte im Haag, Della Torre, trug dort seine Klagen umher, daß das Interesse seines Herrn nicht berücksichtigt werde [2]).

Wie der Kaiser hier für den Herzog von Savoyen sprach, so drängte er durch den Prinzen Eugen in ihn, daß in dem Feldzuge von 1695 etwas Nachdrückliches geschehe. Bereits im Jahre zuvor hatte er die Belagerung von Casale verlangt. Victor Amadeus war ausgewichen. Nur in eine Blokade hatte er gewilligt. Im Frühlinge 1695 erhob der Prinz Eugen aufs neue diese Forderung. Er trieb im Kriegsrathe den Herzog so sehr in die Enge, daß dieser, wenn er sich nicht bloß geben wollte, beistimmen mußte [3]).

Diese Berathung fand statt am 19. März. Bereits vorher hatte Victor Amadeus dem Grafen Tessé in Pignerol die Meldung

---

[1]) Schulenburg an Leibniz, am 1./12. Juli 1714. Abgedruckt in den Werken von Leibniz, Bd. IX, S. 496.

[2]) Wiederholte Berichte der k. Gesandten im Jahre 1695.

[3]) Arneth: Prinz Eugen, Bd. I, S. 86.

Digitized by Google

machen lassen, daß er sich in großer Verlegenheit befinde. Der Kaiser verlange nachdrücklich die Belagerung von Casale. Seit zwei Jahren habe er, der Herzog, die verbündeten Generale davon zurückgehalten. Aber nun vermöge er es nicht mehr. Dagegen wolle er nicht beitragen zu einer Eroberung, die seine Länder in Abhängigkeit von dem Kaiser bringe [1]).

Wir haben dabei uns zu erinnern, daß Casale ein Reichslehen war, also, im Falle der Eroberung, kaiserliche Besatzung erhielt.

Victor Amadeus ersuchte daher, daß der Gouverneur Crenan den Befehl zur Uebergabe der Festung erhielte, gegen das Versprechen der Verbündeten die Werke zu schleifen.

Ludwig XIV. lehnte dieses Gesuch ab. Er verlangte mehr Sicherheit.

Die Verbündeten umschlossen Casale enger. Zunächst jedoch hemmte ein heftiger Schneefall im April die Fortschritte der Belagerung. Victor Amadeus benutzte die Zeit. Er machte neue Vorschläge, den Wünschen Ludwigs XIV. mehr entsprechend. Er sagte darin zu, die Festungswerke von Casale unbedingt zu schleifen, ferner zu verbürgen, daß sie im Laufe des Krieges nicht wieder aufgebaut würden, und endlich die Verbündeten für das ganze Jahr zu lähmen. Wenn diese sich den Forderungen von Victor Amadeus nicht fügten, so versprach er den offenen Uebertritt zu Frankreich. Das Angebot gefiel dem Könige von Frankreich besser. Er gab seine Zustimmung. Die Uebergabe ward demgemäß verabredet, dem Gouverneur Crenan die zu spielende Rolle angewiesen [2]).

Am 9. Juli 1695 capitulirte Casale. Der Verlauf war der Verabredung gemäß. Ein Artikel des Vertrages setzte fest die Schleifung der Werke durch die französische Besatzung, ein anderer die Uebergabe der Stadt an den Herzog von Mantua. Der Prinz Eugen erhob nachdrücklichen Protest. Die Vettern geriethen hart an einander. Erst auf die Drohung von Victor Amadeus, daß er, im Falle der Nicht-Zustimmung, von der Allianz abtreten und zu den Franzosen übergehen würde, verstummte der Widerspruch des Prinzen. Die Drohung mag ihm dennoch nur als Drohung erschienen sein: wir Spätere

[1]) Mémoires de Tessé t. I, p. 58.

[2]) Desgleichen p. 60.

Digitized by Google

wissen, daß Victor Amadeus, in jenem Falle der Nicht-Zustimmung, sich auf sein Fürstenwort zu der offenen Lossagung von der Allianz verpflichtet hatte [1]). Mit anderem Ausdrucke: Victor Amadeus versprach bei Fürstenwort sein früher gegebenes Fürstenwort zu brechen.

Der Kaiser sprach dem Prinzen Eugen für dies Verhalten sein besonderes Wohlgefallen aus [2]).

Anders urtheilte und berichtete abermals Lord Galway. Er nannte die Demolirung der Festungswerke einen geschickten Schachzug des Herzogs, weil dadurch das Object einer gefährlichen Differenz unter den Verbündeten über den Besitz im voraus hinweggenommen sei. Wir erkennen daraus, mit welchem Geschicke der Herzog es verstand den Lord Galway irre zu führen, und namentlich sein Verhalten zu Gunsten von Frankreich als dem Interesse der Verbündeten entsprechend darzustellen. Er verlangte Anerkennung für dies Bestreben. Er ließ dagegen, wie durch Della Torre im Haag, auch durch Galway Klagen in derjenigen Richtung erheben, die Kinsky angedeutet. Man vernehme in Turin, meldete Galway, daß durch Dykvelt heimliche Unterhandlungen statt finden. Der Herzog sei in Sorge, daß der König Wilhelm mehr bedacht sei auf eine gute Barrière für die Republik Holland, als auf die Wiedererwerbung von Pignerol für Savoyen. Und doch sei Pignerol das Ausfallsthor, aus welchem Frankreich in unmittelbarer Nähe ihn immer bedrohe, während Hülfe ihm kommen könne nur aus der Ferne [3]).

Die Berichte von Galway thaten bei den maßgebenden Persönlichkeiten der Engländer und Holländer die von Victor Amadeus gewünschte Wirkung. Kaunitz meldet darüber aus dem Haag: „In Betreff der Capitulation von Casale ist der Rathspensionär zu Anfang derselben Meinung gewesen, wie alle unparteiischen Leute hier, nämlich daß dabei ein Complot des Herzogs Victor Amadeus obwalte, sei es

[1]) Mémoires de Tessé t. I, p. 62: Je promets en outre, foi de prince, que supposé que mes alliés ne voulussent pas consentir à la capitulation et démolition de Casal; je promets, dis-je, et m'engage, foi de prince, de renoncer à toutes les alliances et traités faits avec chacune des parties etc.

[2]) Arneth I, S. 457.

[3]) Lexington Papers p. 104. Schreiben vom 30. Juli. — Andere Schreiben von Lord Galway, desselben Inhaltes, bei v. d. Heim: Het archief van Heinsius p. 222.

Digitized by Google

direct mit Frankreich oder durch die Republik Venedig. Nun aber, nachdem, wie es heißt, Lord Galway den König eines Anderen überredet hat, sagt Heinsius auch nichts mehr" [1]).

Heinsius hatte demnach das eigene Urtheil in dieser Sache demjenigen des Königs untergeordnet. In der That war die Täuschung des Königs noch stärker. Er beschied den Grafen Auersperg zu sich. „Ich selber, begann er, habe im Anfange mit Verwunderung die Capitulation angesehen, und fast mich der Ansicht hingegeben, der Herzog habe ein heimliches Verständnis mit Frankreich. Allein ich kann Ihnen nun mit Wahrheit sagen, daß Lord Galway, auf den ich mich verlassen darf, mir berichtet hat: ein solches Verständnis sei nicht vorhanden. Der Herzog hat, wie Galway meldet, auf den Protest des Prinzen Eugen nicht die gewünschte Rücksicht nehmen dürfen, weil augenscheinlich vorliegt, daß Casale auf andere Weise nicht zu nehmen war. Ich bitte daher, der Kaiser wolle mir in dieser Sache Glauben schenken, wolle durch sein Einschreiten die Sache zwischen den beiden Vettern vermitteln, damit nicht weitere Differenzen daraus erwachsen. Ich habe auch dem Lord Galway kräftigen Befehl ertheilt dazu mitzuwirken; denn ich fürchte, daß im anderen Falle Frankreich eine Gelegenheit erhalten könne, um eine Trennung herbei zu führen" [2]).

So der König, und zwar, wie wir sehen, mit Unkenntnis des eigentlichen Sachverhaltes. Auch in Wien lag derselbe nicht offen vor: man hegte nur Verdacht. Dennoch gingen sowohl der Kaiser wie demgemäß der Prinz Eugen, so viel ihnen möglich, ein auf die Wünsche des Königs. Der Prinz machte im Auftrage des Kaisers seinem Vetter den Vorschlag, eben so wie zuvor Casale, nun auch Pignerol zu belagern. Denn eben dies schien ja den Wünschen von Victor Amadeus durchaus entsprechen zu müssen. Er ging in Worten darauf ein, und setzte dann, gemäß der Vereinbarung mit Tessé, der in Pignerol commandirte, ihn in Kenntnis, damit er vorbereitet sei. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß alles dort mislang [3]).

---

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 22. August.

[2]) Auerspergs Bericht vom 9. August. — Man vergleiche das Schreiben des Königs an Shrewsbury, vom 1. August, in Correspondence of Shrewsbury p. 97.

[3]) Mémoires de Tessé t. I, p. 65.

Digitized by Google

Daß die Zeitgenossen auf Seiten der Verbündeten dies savoyische Lügenspiel nicht durchschauten, darf uns nicht Wunder nehmen. Erst um mehr als ein Jahrhundert nach Victor Amadeus ist dasselbe kund geworden durch die Denkwürdigkeiten des Marschalls Tessé.

Wir haben, um diese savoyische Angelegenheit zu beleuchten, unseren Ausgangspunct genommen von der Warnung Kinskys vor neuen geheimen Unterredungen, welche für Savoyen oder Spanien zum Vorwande eines Sonderfriedens dienen könnten. Wir haben von daher zurückzukehren zu der eigentlichen Beschwerde des Kaiserhofes, nämlich daß er über die Hauptsache, die definitive Feststellung eines Friedensprojectes, welches durch Schweden an Frankreich zu bringen sei, ohne Antwort blieb, daß dagegen jene Gerüchte über neue geheime Beredungen in Utrecht verlauteten.

Wir erinnern uns, daß die Conferenz der Gesandten vom 24. Juni, an welcher auch Quiros Theil genommen, damit endete, daß die Entscheidung abgeschoben wurde auf den König. Auersperg begab sich ins Hauptquartier. Eine Woche verstrich dort nach der anderen. Der König äußerte sich nicht.

Dennoch mochten Wilhelm III. und Heinsius erkennen, daß zur Beschwichtigung der kaiserlichen Gesandten wenigstens etwas geschehen müsse. Am 26. Juli trat, wie üblich, der Congreß der Gesandten im Haag zusammen. Heinsius begann seine Rede: „Ich constatire, daß ich im Namen der Generalstaaten hier zuerst die Erneuerung der großen Allianz von 1689 vorgeschlagen. Ich wiederhole diesen Vorschlag, und hoffe, daß man demgemäß die Gesinnung der Republik anerkennen wird als dieselbe wie zuvor" [1]).

Directer kam am selben Tage im Feldlager die Sache zur Sprache zwischen dem kaiserlichen Gesandten für England und dem Grafen Portland. Auersperg nahm seinen Ausgangspunct nicht von den Gerüchten in Holland. „Alle Pariser Briefe, sagte er, melden, daß Callieres nicht dort, sondern in Holland sich befindet. Daher entspringt der Verdacht neuer Unterredungen mit ihm. Ich bin in allem den Befehlen des Königs nachgekommen. Ich bin zuerst im Haag verblieben. Die Besprechungen dort endeten damit, daß man

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 26. Juli.

Digitized by Google

mich auf den König verwies. Nun bin ich seit drei Wochen im Hauptquartiere und harre einer Antwort. Sie erfolgt nicht. Wir bewegen uns in Extremen. In England drängte der König auf die Friedenssache. Nun, nachdem man in Wien auf alles eingegangen ist und nur noch mit Verlangen seiner endgültigen Antwort entgegen sieht, bleibt dieselbe aus." Portland erwiederte: „Seit jenen Unterredungen in London haben die Dinge sich geändert, und zwar zu unseren Gunsten. Hier zwar scheinen der Spanier Quiros, der Savoyarde Della Torre und der Brandenburger Schmettau es für die Hauptaufgabe ihres Amtes zu halten, allezeit Mistrauen an den Tag zu legen. Aber ich frage Sie, ob ein Mistrauen aufkommen darf gegen den König, der täglich seine eigene Person einsetzt für die gemeinsame Sache". — Auersperg betheuerte sein völliges Vertrauen in den König; aber er fügte dann die Bitte hinzu: man möge auch der Krone Schweden zeigen, daß man von ihrer Vermittelung nicht abstehe [1]).

Hier war die Erörterung an den Punct gekommen, an welchem Portland nicht zu antworten wußte. Denn augenscheinlich war die Sachlage die, daß der König Wilhelm III. längst bei sich entschlossen war, die schwedische Vermittelung nicht zu wollen, und dennoch sich in der Verlegenheit befand, einen Grund solcher Art gegen dieselbe geltend zu machen, daß auch der Kaiser ihn hätte anerkennen müssen. Dies war um so schwerer, da ja der Kaiser das Interesse des Königs Wilhelm in Stockholm vorangestellt hatte. Der Knoten dieser Differenz war da, und es bot sich zur Zeit dem Könige kein Mittel ihn gütlich zu lösen. Wir werden zu ersehen haben, daß noch für längere Zeit die Dinge in diesem Stande verharren.

Vorher jedoch wird unsere Aufmerksamkeit in Anspruch genommen durch die Thatsachen des Feldzuges, auf welche jene Worte von Portland sich beziehen. Es ist die Belagerung von Namur durch den König Wilhelm III. Bevor wir dahin gelangen, haben wir uns zurück zu wenden nach Frankreich, um zu ersehen, wie Ludwig XIV. seine Vorbereitungen traf für den Feldzug von 1695. Wir haben nur den König zu nennen, weil es andere nennenswerthe Factoren in Frankreich nicht mehr gab.

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 26. Juli.

Digitized by Google

Ludwig XIV. wollte den Krieg fortsetzen: er mußte also bedacht sein auf die Mittel. Die Beschaffung derselben wurde schwerer von Jahr zu Jahr. Man schlug den Nennwerth der ordentlichen Einkünfte des Königs an auf 120 Millionen Livres [1]). Allein der wirkliche Ertrag blieb tief darunter. Denn nicht bloß gab es eine große Zahl von Nonvalenten; sondern auch eine Menge Objecte, die früher einen Ertrag lieferten, waren um des einmaligen Capitales willen veräußert.

Die hauptsächliche Steuer war die Taille. Sie hatte früher 39 Millionen Livres aufgebracht. Im Jahre 1695 berechnete man sie auf 30. Sie war die bedeutendste der fünf großen Einnahmequellen. Die andern vier waren die Gabelles, die Aides, die Entrées, die Domainen des Königs. Den Ertrag aller fünf schlug man an auf 63 Millionen. Allein da im Geheimen ein Nachlaß statt fand zu 10 Millionen: so kamen wirklich ein 53 Millionen Livres.

Die Posten ertrugen zwei Millionen, die Wälder des Königreiches eine Million, die zufälligen Einnahmen, unter ihnen besonders der Stellenverkauf, im Durchschnitte drei Millionen.

Dazu endlich kamen die Beträge, welche die Bretagne, Languedoc, die Provence, Flandern, die Freigrafschaft, und andere Länder bezahlten, unter dem Namen der dons gratuits. Sie machten eilf Millionen aus.

Demnach bestand die Gesammt-Einnahme des Königs in etwa 70 Millionen Livres jährlich.

Der Krieg aber erforderte alljährlich im Durchschnitte den doppelten Betrag, also 140 Millionen. Um diese Summe herauszubringen, hatte man jedes Jahr außerordentliche Einnahmen ausgefunden, die theils dem Volke, theils dem Könige zur Last fielen. Die letzteren, die wesentlich in der Veräußerung von Domainen und anderen Capitalkräften bestanden, zogen demgemäß nach sich eine Verringerung der ordentlichen Erträgnisse. Wenn nicht die Quellen derselben durch ein solches Verfahren am Ende völlig trocken gelegt werden sollten: so durfte man auf dem Wege nicht weiter gehen. Es kam also darauf an, ein Mittel zu finden, um Geld von dem Volke zu erheben, ohne das bisherige königliche

[1]) Das Folgende nach einem Schreiben des schwedischen Gesandten Palmquist, Paris 1. Februar 1695, in den Robethon-Papieren des St. A. H.

Digitized by Google

Einkommen noch weiter zu belasten. Der König glaubte ein solches Mittel zu finden in einer Capitation. Dies war nicht eine eigentliche Kopfschatzung; denn sie sollte sich, dem ursprünglichen Plane nach, nicht erstrecken auf Kinder, auf Dienstboten, auf verheiratete Frauen, deren Männer im Leben waren. Andererseits sollte sie vom Dauphin bis hinab zum Soldaten und Tagelöhner alle Bewohner des Königreiches umfassen, mit Ausnahme nur der notorischen Bettler und der Bettelorden. Die übrige Geistlichkeit, welcher für das laufende Jahr ein don gratuit von zwölf bis fünfzehn Millionen auferlegt war, sollte in Zukunft auch zu der Schatzung heran gezogen werden. Für dieselbe ward die gesammte Bevölkerung in zweiundzwanzig Classen abgetheilt. Die erste derselben umfaßte den Dauphin, eine Reihe anderer Prinzen, die Generalpächter u. s. w. Die Person zahlte zweitausend Livres. In der letzten Classe zahlte jede Person zwanzig Sous. Ludwig XIV. hoffte auf einen Ertrag von etwa fünfzig Millionen. Dieser jährliche Ertrag, meinte er, würde ihn in den Stand setzen, auch noch mehrere Jahre den Krieg defensiv auszuhalten. Er selber arbeitete drei Tage hindurch je fünf Stunden an dem Entwurfe dieser Schatzung.

Am 21. Januar 1695 ward das Edict der Capitation verkündet[1]). Es ist ein sehr merkwürdiges Actenstück. Wir kennen die Thronreden des Königs Wilhelm III. als sein eigenes Werk, darum als die selbsteigenen Zeugnisse über sein Walten und Thun gegenüber dem Parlamente als der Repräsentation des englischen Volkes. Auch Ludwig XIV. redet persönlich in diesem Actenstücke, nicht zu einer Versammlung von Vertretern der französischen Nation, sondern zu der Gesammtheit, und legt von sich selber Zeugnis ab, wie er den Franzosen erscheinen will. Wenn auch das Schriftstück nicht von ihm abgefaßt, so ist es doch, wie von seiner Hand unterzeichnet, auch getränkt von seinem Geiste. Wir haben daher ihn selbst zu vernehmen.

„Ludwig, von Gottes Gnaden König von Frankreich und Navarra, Allen Denen, welchen dies Schriftstück zu Gesichte kommt, unseren Gruß. Seitdem der Ruhm unseres Staates und die Vortheile, mit welchen der Himmel unsere Regierung gesegnet, den Neid eines Theiles der Mächte von Europa wider uns erweckt, und sie bewogen haben,

[1]) Man findet es abgedruckt z. B. bei Sylvius t. IV, b. 39, p. 14 enz.

Digitized by Google

sich mit einander zu verbinden, um uns mit einem ungerechten Kriege zu überziehen, haben wir, indem wir bei der Aufrichtigkeit unserer Gesinnungen, und den Erfolgen, welche wir von Jahr zu Jahr errangen, immer fest hielten an der Hoffnung auf einen nahen Frieden, stets getrachtet zur Abwehr der Angriffe der wider uns verbündeten Mächte keine anderen Mittel anzuwenden, als solche, welche unseren Unterthanen am wenigsten zur Last fallen möchten. Zu diesem Zwecke haben wir Renten veräußert, deren Bezahlung wir angewiesen haben auf unsere gewöhnlichen Einkünfte. Wir haben neue Aemter geschaffen, deren Besoldungen eingetragen sind in unsere Finanzlisten. Und insofern wir später uns gezwungen gesehen, einige andere Mittel anzuwenden, welche mit schwererem Drucke auf unser Volk fielen: so ist dies allein geschehen in Folge der Nothwendigkeit, binnen einer bestimmten Frist verfügen zu können über die Summen, die das Wohl des Staates erheischte. Aber die Hartnäckigkeit unserer Feinde, welche sich mismuthig erweisen über ihre Verluste, und, weit entfernt sich durch den Jammer ihrer Völker rühren zu lassen, auch noch sogar aus der Geneigtheit, die wir für den Frieden an den Tag legen, Vortheil ziehen zu wollen scheinen — diese Hartnäckigkeit stellt uns die Fortdauer des Krieges in Aussicht, und verpflichtet uns darauf uns vorzubereiten. Darum hoffen wir dem gesammten Europa zu zeigen, daß die Kraft von Frankreich, wenn mit Sorgfalt verwaltet, unerschöpflich ist, und daß wir eine gesicherte Zuflucht haben zu den Herzen unserer Unterthanen, und zu dem Eifer, den sie tragen für den Dienst ihres Königs und den Ruhm der französischen Nation. In diesem Vertrauen und um demselben gemäß uns in den Stand zu setzen, die Kriegeskosten so lange auszudauern, als die Blindheit unserer Feinde sie erhalten wird bei der Verweigerung des Friedens, haben wir beschlossen, eine allgemeine Capitation aufzusetzen, welche bezahlt werden soll, lediglich für die Dauer des Krieges, von allen unseren Unterthanen ohne Unterschied, nach Feuerstellen oder Familien. Wir haben Grund dieses Mittel desto sicherer und kräftiger zu erachten, weil die eifrigsten und klarst blickenden unserer Unterthanen aus den drei Ständen, welche diesen Staat ausmachen, diesem unseren Entschlusse bereits zuvorgekommen zu sein scheinen, und weil ferner auch sogar die Stände von Languedoc, nachdem sie in ihrer gewöhnlichen Versammlung die

Digitized by Google

von uns gewünschte freiwillige Gabe von drei Millionen bewilligt, und Sorge getragen für die anderen in Folge des Krieges erheblich gestiegenen Lasten, in einer ausdrücklichen Berathung im Monate December, mit einer Voraussicht und einer Bezeugung ihres Eifers und ihrer Geneigtheit weit hinaus über alle unsere Erwartung, uns diese Schatzung vorgeschlagen und die Gründe dafür angegeben haben, denen gemäß sie dieselbe ergiebiger ansehen, als alle anderen außerordentlichen Mittel, die wir erdenken könnten. In der That, da sich diese Schatzung über alle insgesammt erstreckt, wird sie den Einzelnen wenig drücken, und, zusammen mit unseren gewöhnlichen Einkünften, eine genügende Summe beschaffen, während andererseits die Einhebung, da sie kostenlos, ohne Abzug, noch Nachlaß geschieht, dieses Hülfsmittel rascher, leichter, kräftiger machen wird. Ja wir glauben sogar, daß diese Einhebung, wenn sie so von statten geht, wie wir zu hoffen Grund haben, uns für die Zukunft in Stand setzen wird, die anderen außerordentlichen Mittel, zu welchen wir um der Noth der Zeit willen unsere Zuflucht haben nehmen müssen, entbehren zu können. Wir geloben dabei auf Königs Wort und Treue, daß diese allgemeine Capitation aufhören soll drei Monate nach der Verkündigung des Friedens."

So der Eingang. Dann kommt die Hauptsache in folgenden Worten.

„Aus dieser Ursache und anderen Gründen, die dazu uns bewogen, haben wir aus unserer gewissen Kenntnis, Vollmacht und königlicher Autorität, durch diese gegenwärtige, von unserer Hand gezeichnete Schrift gesagt und erklärt, sagen wir und erklären, wollen wir und verlangen, daß vom ersten Tage dieses Monats an in der ganzen Ausdehnung unseres Königreiches, auch in den Ländern und Städten, die wir seit dem Beginne des gegenwärtigen Krieges erobert, diese Schatzung eingeführt, angesetzt und eingehoben werde." Es folgt dann der Modus der Einführung. Die Urkunde vom 18. Januar 1695 trägt die Unterschrift Ludwig, tiefer unten Phelypeaux. Drei Tage später ward sie eingetragen in die Register des Parlamentes von Paris. Die Formel der Eintragung ergibt, daß es sich handelte nicht um eine Zustimmung, eine Bewilligung, sondern lediglich um die Ausführung eines Befehles.

Digitized by Google

Wir haben mehr als einmal beobachtet, wie in dem Fortgange dieses ungeheueren Krieges die bürgerliche Freiheit von England durch die Ausübung des Rechtes der Geldbewilligung Jahr auf Jahr erstarkte. Wir haben andererseits gesehen, wie in Frankreich die Idee des allumfassenden Staates, repräsentirt durch den persönlichen Willen des Königs, in der Nichtachtung des Rechtes der Individuen wie der Corporationen, Jahr auf Jahr weiter um sich griff. Sie hatte, zum Heile Frankreichs, nach einer Richtung hin allerdings eine unübersteigliche Schranke gefunden. Sie hatte weichen müssen vor der höchsten sittlichen Macht auf Erden, vor der Kirche, vertreten durch das Oberhaupt derselben. Aber der gesammte Bereich des weltlichen Lebens gerieth, in Folge der Anforderungen des Krieges, Jahr auf Jahr in tiefere Abhängigkeit von dem Willen der Krone, und zwar war der am tiefsten eingreifende Schlag die Verhängung dieser Capitation.

Anders wieder als auf England oder Frankreich gestaltet sich die Einwirkung des ungeheueren Krieges auf diejenigen Länder, welche unter dem Kaiser, noch nicht staatsrechtlich, aber thatsächlich, die österreichische Monarchie ausmachen. Die Idee des allaufsaugenden Staates, vertreten durch die Person des Oberhauptes, wie sie in Ludwig XIV. sich darstellt, liegt keinem anderen Fürsten so fern wie dem Kaiser Leopold. Er beruft die Landtage seiner einzelnen Länder. Er läßt durch den Kanzler eines jeden Landes die Bedürfnisse des Krieges für die Gesammtheit, den auf das einzelne Land entfallenden Antheil darlegen. Die Landtage der deutschen und slavischen Länder, vertrauend auf den Kaiser, bewilligen fast geräuschlos [1]).

Es ist das charakteristische Merkmal der folgenden Zeiten, daß die meisten Fürsten, namentlich in Deutschland, sich nicht den Kaiser Leopold oder den König Wilhelm III. zum Vorbild nehmen, sondern Ludwig XIV.

Dieser selbst führte in dem Auferlegen einer solchen Schatzung kraft eigenen Willens die Grundsätze aus, welche er bereits Jahrzehnte zuvor als Richtschnur aufgestellt, zugleich für sich und für seinen Sohn, den Dauphin. (Vgl. Bd. I, S. 47 u. f.) Und doch ist es sehr

[1]) Man vergleiche z. B. den Bericht über den Verlauf des niederösterreichischen Landtages im Januar 1695, bei Sylvius t. IV, b. 39, p. 12.

Digitized by Google

merkwürdig zu sehen, wie jener Eingang der Urkunde der Capitation in Worten den Schein einer Zustimmung, einer Einwilligung, wenn auch nur der Stände von Languedoc, zu wahren sucht. Es ist anzunehmen, daß die Wahrheit dieser Worte auf gleicher Höhe steht mit dem übrigen Inhalte des Einganges. Dennoch werden wir Gelegenheit haben zu ersehen, daß es dem Könige gelingt, von einem der Stände von Frankreich wenigstens eine mittelbare Zustimmung zu erhalten.

Die Hoffnungen indessen, die Ludwig XIV. auf diese Schatzung gesetzt, gingen nicht zum vollen in Erfüllung [1]). Zwar war eine weltliche Körperschaft, welche einen Widerspruch gegen die Willkür dieser Besteuerung erheben oder gar durchführen konnte, nicht mehr vorhanden. Man fügte sich. Aber um so zahlreicher kamen die Klagen der Einzelnen ein über die Eigenmacht in den Ansätzen von Seiten der ausführenden Organe. Es erfand sich, daß eine Reihe von Berufs-Classen nicht mit betroffen wurde. Es erschien daher ein Nachtrag, welcher vierzig solcher Lebensstände heranzog. In dem ersten Erlaß vom 18. Januar waren Kinder und Dienstboten frei gelassen. Der Nachtrag zog jene ersteren bis hinab zu einem bestimmten Lebensalter mit heran, diese anderen sämmtlich, ob verheirathet, ob nicht. Dennoch blieb der Erfolg weit unter der Erwartung. Die Schatzung war in zwei Terminen zu bezahlen, am 1. März und am 1. Juni. Im Laufe des Monates März also mußte der Ertrag sich herausstellen. Der König hatte auf 50 Millionen Livres gehofft. Andere hatten gemeint, daß im günstigen Falle sich 20 Millionen ergeben würden. Auch diese Zahl ward nicht erreicht. Im April ward kund, daß die Schatzung ausliefern würde insgesammt 18 Millionen Livres, und daß daher, um den Bedarf des Krieges zu decken, der König genöthigt sein werde, abermals seine Zuflucht zu nehmen zum Verkaufe von Domainen.

Die Capitation jedoch betraf für das laufende Jahr 1695 nur die weltlichen Lebensstände, nicht den geistlichen Stand. Von diesem verlangte Ludwig XIV. für dies Jahr das was man nannte ein don

[1]) Das Folgende nach einer Reihe von Berichten von Palmquist im Februar, März, April 1695 in den Robethon-Papieren im St. A. H.

Digitized by Google

gratuit. Aber daneben beabsichtigte er mehr. Nur von dem geistlichen Stande, in welchem das corporative Bewußtsein unaustilglich, war vielleicht ein Einspruch wider die Capitation zu erwarten. Es war die Aufgabe des Königs, die Sache so zu führen, daß dieser Einspruch moralisch unmöglich wurde. Wir haben zu ersehen, wie dies geschah.

Die Versammlung des geistlichen Standes, welche das don gratuit bewilligen sollte, trat zusammen am 24. Mai. Der Erzbischof Harlay von Paris eröffnete, daß der König 18 Millionen Livres von ihr erwarte. Die Summe war hoch. Die geistlichen Herren wären lieber mit 10 Millionen davon gekommen. Sie beriethen mehrere Tage hin und her. Am 8. Juni erschienen in der Versammlung einige Räthe des Königs. Sie überbrachten ein königliches Schreiben. Es ward verlesen. Obwohl, hieß es darin, die Bedürfnisse des Königs seit dem Jahre 1690, wo die Geistlichkeit ihm 12 Millionen gegeben, sich nicht verringert; obwohl ferner die Geistlichkeit für dieses Jahr noch von der Capitation ausgenommen sei, damit sie um so williger sich erzeige für das don gratuit: so sei doch der König einerseits so sehr überzeugt von dem Eifer der Geistlichkeit für ihn, andererseits selber so sehr des Willens, nur im äußersten Nothfalle die Güter der Kirche anzutasten, daß er, da er nur 10 Millionen bedürfe, nichts weiter verlange, sondern damit sich befriedigt erkläre. Dagegen ermahne er sie sich selber zu taxiren zum Zwecke der Capitation für das nächste Jahr und die folgenden [1]).

Lautlos und mit steigender Verwunderung vernahm die Versammlung das Schreiben. Dann erhoben sich einige Bischöfe und sagten, daß ihnen die Worte fehlten zum Ausdrucke ihres Dankes für einen König, der noch gütiger sei als groß. Einer Umfrage der Stimmen bedürfe man nicht. Die Versammlung werde mit Jauchzen und Jubel bewilligen, was der König verlange. So geschah es.

Wir erkennen die Meisterschaft, mit welcher diese Sache geführt war. Für den König handelte es sich nicht so sehr um die acht Millionen, welche die Geistlichkeit hätte mehr zahlen sollen, als um die Zustimmung des ersten Standes des Reiches zu der Capitation. Sein

[1]) Sylvius t. IV, b. 39, p. 61 enz.

Digitized by Google

Schreiben an die Versammlung verwob diese Schatzung für die Jahre der Zukunft untrennbar mit dem Erlasse der acht Millionen für einmal, und die Freude über diesen Erlaß für den Moment hob hinweg über die Bedenken der Last für die Zukunft. Es ist zu wiederholen, daß der König einen Einspruch gegen seine lediglich durch die Autorität der Krone verhängte schwere Schatzung, wenn überhaupt, so lediglich zu erwarten hatte von der Geistlichkeit als dem ersten Stande des Reiches und als demjenigen, in welchem die corporative Kraft unaustilglich ist. Diese Geistlichkeit hatte nun, wenn auch nicht direct, doch indirect, und darum moralisch nicht minder verbindlich, sogar mit jubelndem Applause diese Schatzung gut geheißen. Sie hatte, wie man in Paris sich ausdrückte, den Sprung gethan [1]).

Der Vorgang wirft einen Lichtblick zurück auf das Verhalten dieser Geistlichkeit von Frankreich in den Jahren 1682 bis 1693. Nicht sie hatte damals die Freiheit der Kirche in Frankreich gegenüber dem Gallicanismus erhalten und bewahrt, sondern Rom.

Bei den geringeren Mitteln, über welche Ludwig XIV. für das Jahr 1695 verfügte, hatte er den Gedanken der Ausrüstung einer eigentlichen Kriegesflotte schon im Beginne des Jahres 1695 aufgegeben. Man begnügte sich die Gerüchte einer solchen auszustreuen. Demnach zwang die Noth den König von Frankreich, denjenigen Entschluß zu fassen, welchen Wilhelm III., wenn derselbe freiwillig gefaßt wurde, längst gefürchtet hatte, nämlich daß Ludwig XIV. alle Mittel concentrire auf die Defensive zu Lande, und dadurch vermöge, die Verbündeten auszudauern. Aber es war dahin gekommen, daß für Frankreich auch die Ausfüllung der Lücken des Landheeres nicht leicht war. Weniger der Krieg an sich als der Hunger und die Krankheiten der letzten beiden Jahre hatten die Zahl der wehrfähigen Männer verringert. Mehrere der Werbe-Offiziere gebrauchten Gewalt. Aber die Intendanten der Provinzen meldeten, daß ganze Dörfer verödet lägen, daß in vielen Gegenden die Felder nicht bestellt würden. Der König entschloß sich die Hälfte der neu angeworbenen Bauern wieder zu entlassen. Diese Hälfte betrug 20,000 Mann [2]).

---

[1]) Sylvius t. IV, b. 39, p. 63: de clergé heeft de sprong gedaan.

[2]) Palmquist, vom 1. Februar.

Digitized by Google

Demnach ward nach allen Seiten die Defensive beschlossen, auch sogar in Catalonien. In Betreff des Kriegsschauplatzes in Belgien sprach dafür nicht bloß die geringere Stärke der französischen Armee, sondern auch der Abgang desjenigen Mannes, der bis dahin dort mit Erfolg dem Könige Wilhelm III. gegenüber gestanden, des Marschalls Luxemburg. Er starb im Januar 1695. Da demnach auf einen Offensivstoß von französischer Seite her nicht zu rechnen war, so stand es eben dadurch von vorn herein fest, daß weder der König noch der Dauphin beim Heere erscheinen würden. An der Stelle Luxemburgs erhielt der Marschall Villeroy das Commando der Armee in Belgien. Es galt in Frankreich damals und später die Rede, daß Villeroy geschickter sei als Hofmann denn als Feldherr. Unter ihm stand namentlich der Herzog von Maine, ein Sohn des Königs und der Frau von Montespan. Boufflers hatte wie früher das Commando der Maas-Armee.

Wir erinnern uns, daß die Engländer lebhaft eine Action verlangten, und daß diese Forderung in der Seele des Königs Wilhelm die Oberhand davon trug über die Bedenken der Holländer gegen jegliches Wagnis. Er begab sich zu der Armee mit dem Wunsche, nicht jedoch mit dem Entschlusse einer bestimmten Unternehmung [1]). Dies werde, sagt er am 9. Juni, von den Bewegungen des Feindes abhangen. Er rückte vor bis nahe an die von dem Feinde aufgeworfenen Linien von Courtray. Die Berathungen über einen Angriff auf dieselben ließen dem Marschall Villeroy die Zeit sie zu verstärken, so daß der König von dem Unternehmen abstand. Inzwischen gelangte an ihn die Kunde, daß Namur schwach besetzt sei. Wir erinnern uns, daß drei Jahre zuvor, während Vauban im Beisein Ludwigs XIV. diese Stadt belagerte, die Züge und Gegenzüge des Königs Wilhelm und des Marschalls Luxemburg sich dreheten um den Entsatz dieser Stadt, daß endlich Namur capitulirte, und daß dann den ganzen übrigen Feldzug hindurch alle Anschläge Wilhelms III.

[1]) Wilhelm III. an Heinsius, am 9. Juni. Bei Grovestins t. VI, p. 515. — Eben so Auersperg im Berichte vom 3. Juli.

Digitized by Google

gerichtet waren auf den Wiedergewinn dieſer Stadt. Die Gelegenheit ſchien nun ſich zu bieten. Die Maßregeln wurden raſch getroffen. Der brandenburgiſche General Heyden erhielt den Befehl an die Mehaigne zu marſchiren, und dort zu dem Corps des Grafen Athlone zu ſtoßen. Beide vereinigt ſollten Namur zwiſchen der alten und der neuen Maas einſchließen, während der König und der Kurfürſt zwiſchen der Maas und der Sambre gegen die Stadt anrückten. Wenn dies gelang, ſo war der Fall von Namur eine Sache von einigen Tagen. Allein Ein Factor war nicht genügend gewürdigt: die Eiferſucht der Generale. Heyden und Athlone forderten jeder für ſich von dem anderen das Commando über die vereinigten Truppen. Ihre Differenz hinderte den Marſch und überhaupt das einträchtige Zuſammen-Wirken. Der Marſchall Boufflers erkannte die Sachlage. Er handelte raſch. Es gelang ihm vierzehn Bataillone in die Stadt zu werfen, und ſelber mit ſieben auserleſenen Dragoner-Regimentern zu folgen. Die Beſatzung ſtieg dadurch auf 14,000 Mann [1]).

Der Handſtreich war vereitelt. Sollte dennoch das Unternehmen ausgeführt werden, ſo war nun eine langwierige Belagerung erforderlich.

Als Portland dem Grafen Auersperg den Verdruß des Königs über dieſen Hergang ſchilderte, fragte jener: „Aber warum läßt der König den brandenburgiſchen General nicht offen vor aller Welt ſeinen Zorn empfinden?" — „Er kann nicht, erwiederte Portland, weil er doch noch ferner ſeiner bedarf. Auch fragt es ſich, ob Athlone ganz ohne Schuld iſt" [2]).

Man hat in ſpäteren Zeiten oft die übertriebene Wichtigkeit gerügt, die in jener Zeit dem Ceremoniell beigemeſſen wurde. Sie war doch ſehr häufig unſchädlich. Die Differenz dagegen dieſer Generale über ihren Rang bei der Ausführung eines ihnen gleichmäßig ertheilten Befehles machte den Untergang vieler Tauſende unvermeidlich.

Denn die Sache war nun einmal unternommen, und ein Zurücktreten von derſelben erſchien nicht thunlich. „Das Unternehmen iſt groß und ſchwierig, berichtet Auersperg, nur den Nutzen desſelben ſehe ich nicht ein" [3]). Die Worte gemahnen uns an die von kaiſerlicher

[1]) Auerspergs Bericht vom 7. Juli.
[2]) Desgleichen vom 10. Juli.
[3]) Desgleichen.

Digitized by Google

Seite auch früher schon so häufig ausgesprochenen Einwände wider diese Art der Kriegführung in Belgien, welche die Kraft eines ganzen Feldzuges setzte an den Gewinn eines Platzes, dessen Besitz in der Hauptsache keine Entscheidung brachte. England und Holland durften mit Recht von sich sagen, daß sie die Hauptlast des Krieges trugen; aber der Kaiser seinerseits konnte mit gleichem Rechte entgegnen, daß diese Mittel verwendet wurden nicht zunächst zu dem allgemeinen Zwecke, Frankreich zu treffen da wo es besonders verwundbar war, sondern da wo eine Schwächung Frankreichs zunächst den beiden Seemächten, insbesondere aber der Republik, zum Vortheile gereichte.

Für sich selber betrachtet war diese Belagerung von Namur im Jahre 1695 eine der denkwürdigsten und lehrreichsten Kriegesthaten jener Zeit. Sie war die Wiederholung dessen, was vor drei Jahren dort geschehen war, nur mit vertauschten Rollen und, in mehr als einer Beziehung, im verstärkten Maße. Ja wie das Object des Kampfes, so waren auch die Personen zum Theile dieselben. Damals war der Holländer Coehorn der Ingenieur für die Vertheidigung innerhalb der Stadt, wie Vauban für den Angriff auf dieselbe. Nach der Einnahme von 1692 hatte Vauban die Festungswerke vielfach erweitert und verstärkt, so sehr, daß Ludwig XIV. auf das Thor der Citadelle schreiben ließ: reddi, non vinci potest. Nun, im Jahre 1695, leitete Coehorn als Ingenieur die Belagerungs-Arbeiten. Anstatt Vauban war drinnen Megriguy. Aehnlich war es mit anderen Umständen. Damals suchte Wilhelm III. mit der verbündeten Armee die Stadt zu entsetzen. Luxemburg trachtete dies zu wehren. Dies Mal fiel die Aufgabe des Entsatzes dem Marschall Villeroy zu. Der König gab die Führung der Beobachtungs-Armee dem Prinzen Vaudemont.

Diese beiden Armeen standen im Anfange Juli in der Nähe von Courtray, diejenige Vaudemonts ungleich schwächer. Deshalb zog er sich in eine sehr gedeckte Stellung, in welcher er vor sich ein fließendes Wasser hatte, links und rechts je ein Dorf, hinter sich ein Gehölz [1]). Dort erhielt er die Kunde, daß Villeroy, der alle benachbarten Besatzungen an sich gezogen, herannahe mit der doppelt über-

[1]) Vaudemonts Bericht an Wilhelm III., vom 15. Juli, bei Sylvius t. IV, b. 40, p. 72. Eben dort noch ein anderer aus Brüssel.

Digitized by Google

legenen Macht von etwa 70,000 Mann. So war es. Um 11 Uhr Abends am 13. Juli fertigte Villeroy einen Courier nach Versailles ab mit der Meldung, daß er im Angesichte Vaudemonts stehe, daß er mit Tagesanbruch zum Angriffe schreiten werde. Der Courier traf in Versailles ein um 5 Uhr Morgens am 15. Juli. Barbesieux weckte den König, um ihm die Nachricht mitzutheilen. Von da an war man den ganzen Tag hindurch in Versailles und Paris in der äußersten Spannung, von Stunde zu Stunde der Siegeskunde gewärtig. Jegliches Spiel, jegliche Festlichkeit unterblieb [1]).

Der Morgen des 14. Juli brach an. Vaudemont erkannte vollaus die Gefahr, in der er sich befand. Er trug Sorge, das Heergepäck über Deynse nach Gent zu entsenden.

Dennoch erfolgte von Seiten der Franzosen kein Angriff. Es lag nicht an Villeroy. Er gab die Befehle. Ihnen gemäß hatte der linke Flügel zu beginnen. Das Commando desselben war bei dem Herzoge von Maine. Er eilte nicht. Villeroy erneuerte seinen Befehl, und abermals. Der Herzog wollte erst recognosciren. Dann wollte er beichten. Dann wollte er seine Truppen ordnen. Es blieb dabei [2]).

Daß Villeroy nicht schärfer durchgriff, läßt sich nur dadurch erklären, daß der Herzog von Maine ein Sohn des Königs war.

Unterdessen harrte Vaudemont in seiner Verschanzung aus. Obwohl ein Angriff nicht erfolgte, ward dennoch seine Lage von Stunde zu Stunde gefährlicher. Er erfuhr, daß der General Montal auf dem Wege nach Thielt marschire, um ihm in den Rücken zu kommen. Um Mittag des 14. Juli entsendete er an den König Wilhelm einen Courier mit der Meldung seiner Gefahr völlig umzingelt zu werden. Als auch dann noch eine Stunde nach der anderen verstrich, ohne daß ein Angriff erfolgte, faßte er am Abende um 5 Uhr den Entschluß, die Kanonen aus der Verschanzung zu ziehen und ebenfalls nach Deynse abfahren zu lassen. Allem Anscheine nach, meldet er dem Könige, wurden diese Bewegungen vom Feinde nicht bemerkt. Mit

---

[1]) Dangeau t. III, p. 358.

[2]) Der Bericht bei St. Simon t. I, p. 170 ist ungenau, insofern er den Abmarsch von Vaudemont am Morgen des 14. beginnen läßt. Die Feigheit des Herzogs von Maine wird dadurch (bei St. Simon) greller, die ganze Sache aber unverständlich.

Digitized by Google

derselben Stille ließ er dann das gesammte Heer zum Nachtmarsche aufbrechen. Er gelang. Um 3 Uhr Morgens am 15. Juli entsendete er aus Marienkerke an den König Wilhelm einen neuen Courier mit der Meldung, daß er sich außer dem Bereiche eines Angriffes befinde, ohne einen Mann noch ein Pferd eingebüßt zu haben. Noch am selben Abende um 9 Uhr war der Bericht in den Händen des Königs vor Namur. Er erwiederte sogleich: „Sie haben durch diesen Abzug sich vortrefflicher als Feldherr bewährt, als wenn Sie eine Schlacht gewonnen hätten" [1]).

Andere jedoch sprachen ihren Tadel aus, daß der Prinz Vaudemont sich in eine Stellung begeben, aus welcher ihm der Rückzug unmöglich gewesen sein würde, wenn sein Gegner dieselbe Entschlossenheit bewiesen hätte wie er [2]).

Eine Stunde später als Wilhelm III. jene Nachricht von Vaudemont erhielt, um 10 Uhr am selben Abende, traf auch ein Courier von Villeroy in Versailles ein. Er brachte nicht die erwartete Siegeskunde, sondern die kurze Meldung des Marschalls, daß der Feind abmarschirt sei, bevor er ihn habe angreifen können [3]).

Daß diese Meldung am Abende nach derjenigen vom Morgen wie ein Räthsel erklang, daß hier etwas verschwiegen wurde, lag vor Augen. Indessen ein Geheimnis, welches tausende von Mitwissern hatte, konnte dem Könige nicht verborgen bleiben. St. Simon malt die Einzelnheiten aus, durch welche nach und nach Ludwig XIV. zur Kunde des Ganzen gelangte, bis zu dem Acte, in welchem er, aller gewöhnlichen würdevollen Haltung vergessend, um doch an irgend Jemandem seinen Zorn auszulassen, im Angesichte des gesammten Hofes seinen Rohrstock auf einen Lakaien zerschlägt [4]).

Die Thatsache der Feigheit des Herzogs von Maine steht außer Zweifel, nicht bloß nach dem Berichte von St. Simon, sondern mehr, weil derselbe bestätigt wird durch denjenigen des Herzogs von Chartres, des späteren Regenten, als Augenzeugen an seine Mutter, die Herzogin

---

[1]) Bericht und Antwort des Königs bei Sylvius t. IV, b. 40, p. 72.
[2]) The history of king William III. t. III, p. 76.
[3]) Dangeau t. III, p. 358.
[4]) St. Simon t. I, p. 171.

Digitized by Google

Elisabeth Charlotte von Orleans [1]). Dennoch behielt der Herzog von Maine sein Commando. Und nicht bloß dies. Er hatte am Hofe von Versailles seine Partei, welche dem Marschalle Villeroy alle Schuld an dem Nicht-Erringen des gehofften Sieges beimaß. Ja diese Partei scheint in Versailles lauter geredet zu haben als jene andere. Dies ward sogar auch nach auswärts kund. Denn die Herzogin von Orleans schreibt an die Prinzessin Sophie in Hannover: „E. L. haben großes Recht zu glauben, daß man dem Marschall Villeroy Unrecht thut, sich gegen ihn zu dechainiren; aber es geschieht dem Hinkenden (das ist dem Herzoge von Maine) zu Gefallen".

Die Belagerung von Namur schritt unterdessen in der ersten Zeit nur langsam vor. Das schwere Geschütz, dessen man bedurfte, mußte wegen des niedrigen Wasserstandes der Maas zu Lande herangebracht werden. Die oberen Genie-Offiziere, Coehorn und Tettau, waren häufig uneinig. Es gab unter den Offizieren eine nicht geringe Anzahl, welche das Unternehmen für allzu gewagt ansahen, demnach mit Unlust zur Sache gingen. Desto eifriger war die Stimmung der Mannschaft, besonders der Engländer und Holländer. In den ersten Tagen war ein Schreiben eines französischen Offiziers aus Namur aufgefangen, in welchem dieser einem Freunde kund gab, daß man nichts zu befürchten habe. Denn die Angreifer seien nicht zahlreich genug, die Festung dagegen in sich stark, mit allem Erforderlichen versehen, und werde vertheidigt von Franzosen, welche besser verstünden, sowohl anzugreifen wie zu vertheidigen, als alle anderen Nationen. Der König Wilhelm zog Nutzen aus dieser Ruhmredigkeit. Er ließ den Brief für die verschiedenen Nationalitäten seiner Armee übersetzen und öffentlich bekannt machen. Das Schreiben that seine Wirkung, namentlich bei den Engländern. „Sie haben, meldet Auersperg, sich sehr erregt gezeigt, daß eine andere Nation sich tapferer schätzen dürfe als sie, und haben alle insgesammt gelobt, sich für diese Rodomontaden zu rächen" [2]).

Der König ging mit seinem Beispiele voran. Man bemerkte an ihm die besondere Heiterkeit, die der Gefahr gegenüber ihm eigen war.

[1]) Schreiben der Herzogin an die Prinzessin Sophie, vom 21. August und 27. September.

[2]) Auerspergs Bericht vom 10. Juli.

Digitized by Google

„Er selber, meldet Auersperg dem Kaiser, besichtigt täglich alle Posten, so daß er nicht nur den Stückkugeln erreichbar ist, sondern auch denen der Musketen. Vorstellungen dagegen sind vergeblich. Gott behüte uns vor einem Unglück!" — Nicht jedoch war darum der König geneigt auch die Mannschaft auszusetzen. „Er sagt allezeit, meldet Auersperg: man solle das Volk sparen, so viel möglich. Wenn alles nach seinem Willen geht, so wird nicht viele Mannschaft geopfert werden, sondern die Artillerie und namentlich die Bomben werden das Beste thun müssen." Geringere Rücksicht für die Seinigen beobachtete Boufflers. Seitdem er in der Stadt, sagten die Gefangenen und Ueberläufer, habe Niemand mehr eine volle Nachtruhe. Die Folge war häufige Desertion. Bis zum 14. Juli zählte man schon 500 Ueberläufer. Unter diesen waren namentlich Catalonier, welche man wider ihren Willen in das französische Heer gesteckt [1]).

Langsam rückten die Laufgräben vor. Aber die Stimmung des Heeres drängte zu einem Angriffe. Der König ersah als das Object desselben eine Schanze auf der Höhe des Berges, welche die Stadt dominirte. Die Zeit des Sturmes war ungünstig gewählt: es war diejenige der Ablösung, so daß nicht, wie gewöhnlich, eine Brigade der Besatzung sich dort befand, sondern zwei. Dennoch gelang der Sturm. „Die Engländer zur rechten Seite, meldet der Augenzeuge Auersperg, die Holländer zur linken, haben alle zusammen eine solche Tapferkeit entwickelt, daß man sie nicht genug beschreiben kann. Besonders hat ein englischer Grenadier-Hauptmann sich ausgezeichnet. Bevor er mit seinen 120 Mann zum Angriffe schritt, redete er sie an, daß es nun an ihnen sei zu zeigen, was englische Tapferkeit bedeute gegenüber der französischen. Damit aber dies um so augenscheinlicher hervortrete, verlange er das Versprechen, daß keiner schieße, noch eine Granate werfe, bis er mit seinem Springstocke die feindlichen Palissaden berühre. Das Versprechen ward gegeben. Von dem Ende der Laufgräben an bis zu den Palissaden dehnte sich der Raum, der von der Compagnie völlig ungedeckt im feindlichen Feuer durchmessen werden mußte, volle fünfzig Schritte lang. Die Compagnie trat den furchtbaren Marsch an, Gewehr an der Schulter. Ein volles Drittel von ihnen

[1]) Auerspergs Bericht vom 14. Juli.

Digitized by Google

stürzte: die Anderen marschirten, harrend der Losung ihres Hauptmannes. Sie erfolgte. Es schien dann, als bestände kein Hindernis mehr. Die Engländer gelangten über die Palissaden. Es rückte Deckung nach von allen Seiten. Eine Stunde lang wogte ein unsäglich heftiger Kampf, bis die Franzosen die Schanze aufgaben. In dem maßlosen Kampfeseifer gelangten nicht wenige Engländer mitten unter den Franzosen bis in die Contrescarpe, und wurden dort gefangen" [1]).

Jener Hauptmann, Lord Cutts mit Namen, Mitglied des Parlamentes, war unverletzt geblieben. Die Engländer nannten ihn den Salamander. Der König, der unmittelbar den Sturm geleitet, beglückwünschte ihn zu seiner That. Die Engländer hatten ihr Wort wahr gemacht. Den Holländern indessen ward die gleiche Anerkennung gezollt, und namentlich diejenige der soldatischen Ruhe, mit welcher sie auch im leidenschaftlichen Kampfeseifer, dennoch das Commando nicht überhörten. Die Engländer, hieß es, seien unübertrefflich den Feind über den Haufen zu werfen, die Holländer den genommenen Posten zu behaupten [2]).

Man erfuhr nachher, daß die Franzosen 5000 Mann stark gewesen, daß davon 2000 getödtet oder verwundet seien. Der Verlust der Verbündeten war etwas geringer. Nur 200 waren auf der Stelle geblieben, aber unter den 1600 Verwundeten, weil sie fast nur Kopfwunden davon getragen, hielt dann der Tod eine reichliche Ernte.

Der gelungene Sturm war besonders moralisch von großer Bedeutung. Bei den Belagerern stieg die Gewisheit des Erfolges. Von Paris aus hieß es bereits, daß Namur nicht als uneinnehmbar betrachtet werde. Die Ueberläufer von der Stadt meldeten, daß auf die Besatzung der Schrecken vor der Furie der Engländer mächtig einwirke.

Der König erwog auch die andere Seite dieser Eigenschaft. „Ich fürchte, sagte er, daß, wenn Boufflers nicht rechtzeitig capitulirt und wir die Stadt mit Sturm nehmen müssen, die Engländer nicht zu halten, und es schwer sein wird, die Stadt vor der Plünderung oder gar dem Feuer zu schützen" [3]).

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 22. Juli.
[2]) Desgleichen.
[3]) Desgleichen.

Digitized by Google

Unterdessen waren die Batterien der schweren Geschütze errichtet. Sie thaten ihre Wirkung. Am Nachmittage des 28. Juli erfolgte der Sturm auf die erste Contrescarpe. Er verlief entsprechend demjenigen um zehn Tage zuvor. Die Contrescarpe ward genommen.

Der König hatte zur Beobachtung des Sturmes einen im Bereiche des feindlichen Feuers liegenden Ort gewählt. Dahin begab sich, um das Treffen anzusehen, auch ein Director der englischen Bank, Godfrey, der einige Tage zuvor eine Sendung Geld überbracht. Dem Könige entfielen einige Worte der Misbilligung über diese unzeitige Neugier. Während er noch sprach, riß eine Kanonenkugel den Bankdirector zugleich mit einem Offizier hinweg. Es war etwa fünf Schritte seitwärts. Der König blieb halten am selben Orte[1]).

Der kaiserliche Gesandte wandte sich an diesen, an jenen aus der Umgebung mit der Bitte den König zu bewegen, daß er die Stelle verlasse. Keiner der Engländer oder Holländer wagte es auf sich zu nehmen. Endlich verstand sich dazu der Graf Soissons, ein Bruder des Prinzen Eugen. Die Gefahr erschien dringend. Soissons stellte dem Könige vor: es sei augenscheinlich, daß der Feind ihn erkannt habe und darum dorthin ziele. Auf das Zureden gab Wilhelm III. nach und verließ den gefährlichen Platz[2]).

Von diesem Tage an schritten die Belagerer rascher vorwärts. Am 30. Juli ward der Sturm auf eine Verschanzung unternommen, welche sich erstreckte über die ganze Höhe zwischen der Sambre und der Maas, und in Verbindung stand mit den zwei starken Forts der Citadelle, Coehorn und Cassotte, auch das Teufelshaus genannt. Der Sturm auf diese Verschanzung gelang. Man hatte dabei gerechnet auf einen Verlust von 1000 Mann. Er betrug nur 300[3]).

Die Gefahr rückte der Stadt näher. Am 3. August deuteten die Anstalten der Belagerer an, daß ein Generalsturm vorbereitet werde. Boufflers wollte denselben nicht abwarten. Am Nachmittage des 3. gab er das Zeichen, daß er bereit sei zur Capitulation. Der König, um nicht durch die Frage seiner Anerkennung von Seiten

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 29. Juli.

[2]) Desgleichen.

[3]) Desgleichen vom 2. August.

Digitized by Google

Frankreichs ein Hindernis zu bereiten, übertrug die Sache dem Kurfürsten von Bayern. Die Bedingungen des Marschalls wurden fast sämmtlich zugestanden. Die Capitulation betraf nur die Stadt, nicht die Citadelle: die Belagerten erhielten zwei Tage Zeit sich in dieselbe hinauf zu begeben.

Am 4. August ward die Capitulation vollzogen. Die zwei Tage hindurch bis zum 6. galt Stillstand. Beiderseitig ging man ungehindert ein und aus. Die französischen Offiziere vernahmen, daß der König kommen werde, die Breschen zu besichtigen. Sie alle, außer dem Marschall Boufflers und dem Commandanten Guiscard, fanden dort sich ein. Als der König mit seinem Gefolge erschien, vernahm man die laute, also absichtliche Frage: „Welcher ist der König von England?" Alsdann erfolgte eine tiefe Reverenz als das Zeichen der Anerkennung, welche Frankreich offiziell noch versagte, durch einen jeden dieser Offiziere persönlich [1]).

Beim Hinaufzug der französischen Besatzung in die Citadelle bewies sich die Mannschaft nicht willig. Es bedurfte bei Einigen der Gewalt. Die Verbündeten fanden in der Stadt etwa 1000 Mann, die sich versteckt gehalten [2]).

Abermals begann vom 7. August der heiße Kampf um den Besitz der Citadelle. Für beide Theile waren Verstärkungen im Anzuge. Denn, da am Rheine nichts Erhebliches vorfiel, so marschirten von dort her etwa 7000 Franzosen nach Belgien. Stärker noch waren die Truppen, welche dem Könige Wilhelm von dort zuzogen. Es waren Hannoveraner, Cellenser und Hessen, sämmtlich unter der Führung des Landgrafen von Hessen [3]).

Während indessen die Hauptstärke der Verbündeten sich um Namur bemühete, errang im Westen der Marschall Villeroy kleinere Erfolge. Der Prinz Vaudemont hatte Nieupoort vor ihm zu decken gewußt. Dagegen fiel die ganze Wucht dieser französischen Armee auf Dixmuiden. Die Besatzung, bunt zusammen gesetzt aus je zwei Bataillonen Engländer, Schotten, Holländer, Dänen, Deutschen, war

---

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 5. August.

[2]) Desgleichen vom 9. August.

[3]) Sylvius t. IV, b. 40, p. 92.

Digitized by Google

nicht schwach. Aber der Commandant Ellenberg wußte nicht seine Kräfte zu verwenden. Er war empor geklommen als Soldat durch seine Thaten im offenen Felde: hinter Wall und Graben verlor er sofort den Muth. Am 25. Juli ward die Stadt durch Montal eingeschlossen; zwei Tage hernach trug Ellenberg die Capitulation an. Sie ward errichtet. Gemäß derselben war die Besatzung kriegsgefangen. Das kleinere Deynse folgte einige Tage später dem Beispiele [1]).

Es bestand über die Behandlung der Gefangenen zwischen den kriegführenden Mächten ein Cartell, welchem gemäß die Gefangenen nicht gezwungen werden durften zum Eintritte in den feindlichen Kriegesdienst. Die Verbündeten hatten wiederholt Beschwerde erhoben, daß Frankreich dies Cartell nicht halte. In Betreff der Besatzungen jener beiden Städte war dies Verfahren notorisch. Es rief, namentlich in England, lauten Unwillen hervor. Wir werden die Consequenzen später erfahren.

Villeroy, dem der Prinz Vaudemont nicht mit genügender Macht entgegen treten konnte, wandte sich weiter ostwärts. Am 10. August stand er bei Enguien. Seine Bewegungen deuteten auf Brüssel. Im Hauptquartiere vor Namur war man der Ansicht, daß es sehr schwer sein werde die Stadt Brüssel gegen ein Bombardement zu schützen [2]). Der König Wilhelm indessen wollte das Möglichste versuchen. Er hatte, sogleich nach der Uebergabe der Stadt Namur, das Corps des Prinzen Vaudemont mit 30 Bataillonen und 35 Schwadronen verstärkt. Dies war um so leichter thunlich, da er jene Truppen der Rhein-Armee an sich gezogen. In der Frühe des 10. brach er selber auf, und gelangte am selben Tage bis Waterloo. Die gesammte Stärke, die er dort binnen wenigen Stunden um sich sammeln konnte, betrug 60,000 Mann. Allein bereits am 11. stand die französische Armee unter Villeroy im Angesichte von Brüssel. Während des 12. und 13. August wurde ihre Absicht unverkennbar. Der König Wilhelm selber gibt die Lage der Dinge am nächsten Tage an mit folgenden Worten: „Ich habe mich gestern hierher nach Waterloo begeben, weil

---

[1]) Sylvius t. IV, b. 40, p. 92. — The life of king William III. t. III, p. 82.

[2]) Auerspergs Bericht vom 12. August.

Digitized by Google

die Feinde auf Brüssel anrückten, und ich nicht sicher darüber war, ob sie nicht, die Stadt zur Linken lassend, gegen Namur marschiren würden. Für diesen Fall hielt ich es für zweckmäßig ihnen mit der Hauptarmee entgegen zu treten, weshalb meine Anwesenheit erforderlich war. Gestern lagerten sie bei Hal und heute, nach verschiedenen Bewegungen, bei Anderlecht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie einige Bomben in Brüssel werfen. Wir vermögen nicht dies zu hindern, obwohl unsere gesammte Armee unter dem Prinzen von Vaudemont nahe bei Brüssel steht. Morgen beabsichtige ich ins Lager vor Namur zurückzukehren, und wir wollen das Aeußerste thun, um das Schloß zu gewinnen" [1]).

Der eigentliche Grund, weshalb der König und Vaudemont sich außer Stande sahen, das Bombardement von Brüssel zu hindern, war die Besorgnis, daß ein weiteres Vorgehen zur Deckung von Brüssel dem Marschalle Villeroy einen Vorsprung geben würde zum Marsche auf Namur, und demnach zum Entsatze der Stadt [2]).

Der Kurfürst von Bayern, dessen Gemahlin sich in Brüssel befand, eilte aus dem Lager dahin. Er traf ein am 13. August. Am selben Tage schrieb Villeroy an den Commandanten von Brüssel, den Prinzen von Berges, daß er die Stadt bombardiren werde zur Repressalie für die bombardirten französischen Hafenstädte. Wenn man verspreche, fernerhin keine französischen Seeplätze mehr zu bombardiren, so werde auch der König in eine Stadt seiner Gegner keine Bomben werfen [3]).

Es ist dabei zu erwähnen, daß die verbündete Flotte am 14. und 15. Juli versucht hatte, die Seefestung St. Malo zu bombardiren, nicht mit erheblichem Erfolge. Am selben 13. August versuchte sie in den Kriegeshafen Dünkirchen Bomben einzuwerfen.

Aehnliche Gedanken, die Villeroy in jenen Schreiben aussprach, ließ Ludwig XIV. der Welt auch durch ein Manifest verkünden [4]). Dasselbe beginnt: „Seit zwei Jahren suchen die Verbündeten ihren größten Ruhm darin, daß sie die französischen Seestädte bombardiren, und durch ihre beständigen Brandlegungen die armen Bewohner

---

[1]) Shrewsbury's correspondence p. 100.

[2]) Sylvius t. IV, b. 40, p. 97.

[3]) Die Schreiben bei Sylvius a. a. O. p. 96.

[4]) Capefigue: Louis XIV. t. III, p. 180, n. 1.

Digitized by Google

bedrängen, die keinen anderen Antheil am Kriege haben, als ihren Wunsch ihn bald beendigt zu sehen". Diesem Beginne entspricht der Fortgang.

In der Wirklichkeit jedoch ist weder durch die vorhergehenden Ereignisse von 1695, wie Villeroy sagt, noch durch diejenigen vor zwei Jahren, wie das Manifest Ludwigs XIV. behauptet, der Plan eines Bombardements von Brüssel hervorgerufen. Man benutzte jene Vorgänge, um das Bombardement als Repressalie erscheinen zu lassen. Der Plan war bereits viel älter. Wir erinnern uns, daß Ludwig XIV. und Louvois bereits im Jahre 1691 diesen Plan gefaßt, so wie ihrer Gründe dafür, daß der Plan damals jedoch gescheitert war an der Abneigung des Marschalls Luxemburg einen Befehl solcher Art zu vollstrecken. (Man vergleiche Bd. V, S. 310.) So lange der Marschall Luxemburg den Oberbefehl führte, also bis zu Ende 1694, findet sich keine Spur, daß Ludwig XIV. den Plan wieder aufgenommen. Im Jahre 1695 aber hatte Villeroy den Oberbefehl. Er war gefügig.

Auf jene Kundgebung des Marschalls erwiederte der Prinz von Berges als Commandant in Brüssel, daß der Kurfürst von Bayern, der so eben angekommen sei, in dieser Sache nichts thun könne, als sich auf den König von England beziehen, der Namur belagere. Zur Einholung einer Antwort desselben seien vierundzwanzig Stunden erforderlich.

Es erfolgte von Villeroy keine weitere Eröffnung. Dagegen begann am selben Abende, am Samstage dem 13. August, das Einwerfen von Bomben und glühenden Kugeln. Gleich nach dem Einschlagen der ersten sah man die Flammen in der Stadt auflodern. Das Bombardement dauerte bis tief in den Montag, den 15. August. Dann war der Kern der Stadt Brüssel ein Trümmerhaufe.

Als Ziele hatten der französischen Artillerie namentlich gegolten die Kirchen, weil die Ansicht galt, daß die Bürger dahin die besten Sachen gerettet. Es lag daher eine lange Reihe von Kirchen und Klöstern in Asche [1]). Als ein anderes Ziel hatte man beobachtet das

---

[1]) Nach dem Berichte an Ludwig XIV. siebenzehn, bei Dangeau t. III, p. 375. — Coremans: Miscellanées etc. p. 12 sagt: 4000 Privathäuser, 13 Kirchen mit ihren Thürmen, 7 Klöster und eine Menge Capellen.

Digitized by Google

Haus des Königs von England am großen Markte, genannt das Brothaus. So berichtete es der Kurfürst von Bayern dem Könige Wilhelm III. „Er hat darüber gelacht, meldet Auersperg, daß der König von Frankreich eine solche Rache hat erzeigen wollen, als wenn ihm viel daran gelegen" [1]).

Einen anderen Anlaß zur Heiterkeit im Hauptquartiere der Verbündeten bot ein Versuch des Herzogs von Maine, seine am 14. Juli schadhaft gewordene Reputation herzustellen. Er ließ sich im Angesichte der brennenden Stadt seine Tafel im Freien decken, und dahin eine Anzahl Hoboisten der Armee bescheiden, damit sie ihm zum Diner aufspielten. Kaum hatte dasselbe begonnen, als eine Stückkugel von der Stadt aus in der Nähe aufschlug und das Diner mit der aufgewühlten Erde überschüttete. Die Zugabe war im Menu nicht vorgesehen. Der Herzog von Maine hob die Tafel auf [2]).

Das Urtheil jener Zeit über dies Bombardement, wenn auch zunächst mit der Zuthat einiger persönlichen Erbitterung, stellt sich uns dar in einer Unterredung der Königin von Polen mit dem Abbé Polignac. Die Kurfürstin von Bayern, die Tochter dieser Königin, erlitt, in Folge des Schreckens, in Brüssel eine vorzeitige Niederkunft. Die Königin, Gemahlin Johann Sobieskis, stammte aus dem französischen Hause Bethune. Sie hatte einst für Frankreich manche gute Dienste geleistet, jedoch nicht immer. Auf jene Nachricht sagte sie zu Polignac: das brutale, unmenschliche Bombardement der Residenzstadt ihrer Tochter sei geschehen lediglich aus Rache dafür, daß sie, die Königin, thätig gewesen sei für die Allianz von Polen mit dem Kaiser und Venedig wider die Türken, daß sie dagegen nicht eingegangen sei auf die Anerbietungen von Frankreich für die Lösung Polens von dieser Allianz und für einen Sonderfrieden mit den Türken. — Polignac erwiederte: von Seiten der Verbündeten seien französische Städte bombardirt, und vermöge des Rechtes der Repressalien habe der König sich für verpflichtet erachtet, in gleicher Weise zu verfahren. — Die Königin entgegnete: „Frankreich hat das Bombardiren angefangen. In Zeiten des vollen Friedens hat es verschiedene Städte,

[1]) Bericht vom 19. August.
[2]) Desgleichen.

Digitized by Google

von denen es kein Unrecht erlitten, bombardirt und völlig zerstört. Will man sich aber rächen an den Engländern, weil sie französische Seestädte bombardiren, so wage man sich doch, anstatt in Brüssel so viele Kirchen und Klöster mit ihrem gottgeweiheten Inhalte in Asche zu legen, lieber an die Stadt London" [1]).

Villeroy zog von Brüssel aus südwärts nach Soignies und Nivelle. Langsam wich Vaudemont vor ihm. Am 26. August stand die französische Armee zwischen Marbais und Fleurus. Wir kennen die Gegend vom Jahre 1690 her als ein besonderes Schlachtfeld seit Jahrhunderten. (Vgl. Bd. V, S. 119.)

Die Frage, ob auch in den Augusttagen von 1695 es dort zum Treffen kommen werde, trat heran. Villeroy hatte von französischen Besatzungen alles an sich gezogen, was ihm erreichbar war. Seine Armee war die stärkste, welche man seit langem gesehen. Sie zählte 103 Bataillone und 200 Schwadronen. Es war offenkundig, daß er Befehl habe bei irgend welcher Aussicht auf Erfolg zu schlagen. Alle seine Schritte bewiesen, daß er ein Treffen suche. Eben dies war die Hoffnung von Boufflers in der Citadelle von Namur. Am 28. August marschirte Villeroy nach Gembloux. Von da aus that er seine Nähe kund durch hundert Kanonenschüsse.

Die verbündete Armee bestand aus 92 Bataillonen und 225 Schwadronen, war also an Cavallerie etwas stärker, an Infanterie etwas schwächer als die französische. Die schwächere Zahl der Infanterie ward ersetzt durch die bessere Qualität; denn unter den Truppen Villeroys gab es viele Milizen. Allein in dem Heere der Verbündeten wurden mancherlei Bedenken rege. Die Haltung der verschiedenen Generale am 26., beim Eintreffen der Nachricht, daß Villeroy anmarschire, flößte dem Beobachter nicht ein großes Vertrauen ein. Besonders wichtig erschien, daß im Falle des Sieges die Verfolgung des Feindes nicht großen Vortheil verspreche, daß im Falle der Niederlage der Rückzug schwer sei [2]).

Die Erwägungen für und wider bestimmten den König, nicht einen Anlaß zum Treffen zu geben. Seit dem 25. arbeiteten die

[1]) Sylvius t. IV, b. 40, p. 114.

[2]) Bericht des Grafen Auersperg vom 30. August.

Digitized by Google

Truppen an einer Verschanzung, die sich erstreckte vom Dorfe St. Denys am Ursprunge der Mehaigne, diesen Fluß entlang, bis an die Quelle der Ypigney. Villeroy besichtigte diese Stellung. Er fand es nicht für rathsam sie anzutasten. Sobald der König die Ueberzeugung gefaßt, daß dies nicht geschehen würde, begab er sich wieder ins Lager vor Namur, und setzte einen Hauptsturm an auf den 30. August [1]).

Die Disposition zum Angriffe nahm besondere Rücksicht auf den Charakter und den Wetteifer der Nationalitäten. 3500 Engländer unter Lord Cutts erhielten die Aufgabe das Fort Terra Nova zu stürmen. Dem Grafen Rivera mit 2000 Holländern und 1000 Bayern ward der Angriff auf das Fort Coehorn zugewiesen. Die Brandenburger unter La Cave, 1200 Mann, warfen sich an einer anderen Stelle auf die Contrescarpe dieses Forts. Schwerin mit 1200 anderen Brandenburgern hatte vor sich die Contrescarpe der Casotte. Der Sturm begann zugleich an allen Orten.

Abermals wie früher waren die Engländer im Sturmeslaufe Allen voran, nicht im Festhalten des Genommenen. Ihr Angriff mißglückte. Dagegen gelang vollständig der Sturm auf die Contrescarpe der Casotte, so wie des Fortes Coehorn. Den Preis des Tages trugen daher die Brandenburger davon. Der König hob in einem Dankesschreiben an den Kurfürsten die Leistungen derselben, die Haltung der Generale in warmen Ausdrücken hervor [2]).

Der Lärm des Sturmes vom 30. August auf die Forts der Citadelle drang hinüber in das französische Lager jenseit der Mehaigne. Villeroy machte Versuche hier und dort ein Treffen zu provoziren. Es gelang ihm nicht. Der König, in derselben Stellung wie drei Jahre zuvor ihm gegenüber Luxemburg, beobachtete nun dem Marschalle Villeroy gegenüber eine ähnliche ablehnende Haltung. Der Marschall konnte dem Boufflers die ersehnte Hülfe nicht bringen.

An diesen trat daher die Frage heran, ob er noch einen letzten Sturm aushalten wollte. Den 31. wartete er ab. Um Mittag des 1. September vernahmen die Belagerer den Trommelschlag der Chamade. Boufflers war bereit zu capituliren.

---

[1]) Sylvius t. IV, b. 40, p. 97. — Auerspergs Bericht vom 30. August.
[2]) A. a. O. p. 101.

Digitized by Google

Wie in Betreff der Stadt Namur, so gab auch für die Citadelle der König im Namen der Verbündeten dem Kurfürsten von Bayern diesen Auftrag. Noch am selben Tage ward die Capitulation beiderseitig gezeichnet. Der Abzug sollte erfolgen mit den üblichen Kriegesehren, mit fliegenden Fahnen, Trommelschlag, brennenden Lunten, und einigen Kanonen. Die Besatzung hatte beim Beginne bestanden aus 14,700 Mann, beim Abzuge zählte man 5600. Die häufige Aussage der Ueberläufer, daß die Dragoner alles Nachdrückliche verrichtet, fand ihre volle Bestätigung. Auch da noch trug diese Mannschaft, die von den 3000, mit welchen Boufflers eingezogen, auf weniger als 1000 zusammen geschmolzen war, durch ihre Haltung das Lob der Gegner davon; nicht so die Infanterie, die nach ihrer Meinung kaum elender sein konnte. Der Verlust der Verbündeten vor Namur betrug 3000 an Todten, 5000 an Verwundeten [1]).

Der Auszug fand statt am 6. September [2]). Eine besondere Unterhandlung vorher hatte betroffen die Begrüßung, welche der Marschall Boufflers vor dem Kurfürsten abzulegen habe, ob zu Pferd, ob zu Fuß. Boufflers erwiederte, daß ein Marschall von Frankreich nur vor dem Könige vom Pferde steige: der Kurfürst dürfe also dies nicht fordern. Es ward ihm bemerkt, daß auch der König von England sich dort befinden werde. Boufflers erwiederte, daß er an der schuldigen Höflichkeit nichts ermangeln lassen werde. Als der Marschall in die Nähe des Kurfürsten kam, zog er den Degen und salutirte. Der König hielt daneben. Erst dann machte Boufflers diesem eine Reverenz. Somit war die Form für Frankreich gewahrt. Aber Boufflers hatte an sich persönlich sehr bald zu erfahren, wer hier der Herr war. Einstweilen ritt er weiter.

Wir erinnern uns der kriegesgefangenen Besatzungen von Dixmuiden und Deynse. Es war notorisch, daß man ihnen nur die Wahl gelassen zwischen dem Hungertode oder dem Eintritte in den französischen Kriegesdienst. Dann hatte man sie durch die ganze Armee verstreut, hauptsächlich jedoch nach Catalonien geschickt. Wilhelm III.

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 6. September.

[2]) Ich bemerke, daß ich für das Folgende nur den Bericht des Augenzeugen Auersperg zu Grunde lege.

Digitized by Google

faßte den Entschluß eine Repressalie zu üben, nämlich durch das Anhalten des Marschalls Boufflers den König von Frankreich zur Erfüllung des Cartells zu zwingen. Wie es in wichtigen Dingen häufig seine Weise, faßte er diesen Entschluß ohne Mitwissen eines Anderen. Erst durch die Ausführung ward er kund.

Nachdem der Marschall Boufflers vorüber geritten, ertheilte der König dem General Dykvelt den Befehl, mit einem Offizier und vier Reitern ihm zu folgen und ihn anzuhalten. Es geschah. Dykvelt eröffnete dem Marschall, daß der König, in Erwägung des vielfältigen Bruches der Capitulationen, namentlich zuletzt derjenigen von Dixmuiden und Deynse, sich gezwungen sehe ein Gleiches zu thun. Boufflers erwiederte: er habe mit dem Kurfürsten capitulirt und halte sich an diesen. Dykvelt entgegnete, daß er rede im Namen des Königs von England, und den Marschall ersuche, sich in das Unvermeidliche zu fügen. Es geschah. Der sonderbare Zug lenkte um auf die Stadt zu. Da wegen des Geheimnisses keine Fürsorge für ein Local getroffen war, so führte Dykvelt den Arrestanten in seine Wohnung.

Die Kunde verbreitete sich rasch. Guiscard eilte zurück zu Portland. Das sei wider alles Recht, rief er. Auch sei es nicht das geeignete Mittel. Wenn man eine Klage habe, so möge man trachten, seinen König an Großmuth zu überwinden. Portland entgegnete: auf Großmuth sei sich wenig zu verlassen, in solchen Dingen müsse man sicher gehen. Er begab sich zu dem Marschall. Dieser war sehr aufgebracht. Das Verfahren wider ihn, sagte er, sei ein Affront gegen seinen König, welcher es rächen werde. Wenn man Repressalien gebrauchen wolle: so müsse man es thun gegen die gesammte Besatzung, nicht gegen seine Person allein. „Ich bitte Sie, erwiederte Portland, nicht zu drohen. Der König von England erschrickt davor nicht, sondern wird wissen sich zu wehren. In Betreff Ihres anderen Einwandes thut das Verfahren des Königs dar, daß er Ihre Person höher achtet als die gesammte Besatzung. In so weit ist Ihr Verdruß nicht begründet. Im Auftrage des Königs habe ich Ihnen ferner zu erklären, daß, wenn Sie es auf sich nehmen, die Entlassung der in den französischen Dienst gezwungenen Mannschaft zu erwirken, oder im anderen Falle sich binnen vierzehn Tagen wieder hier zu stellen, Sie sofort die Freiheit haben Ihren Truppen zu folgen." Boufflers erwiederte,

Digitized by Google

daß er dies nicht auf sich nehmen könne, jedoch bereit sei sofort den Grafen Guiscard mit einem Berichte an seinen König zu entsenden. Portland verlangte dann von ihm das Ehrenwort des Bleibens, bis die Sache geordnet, weil man im anderen Falle ihn bewachen müsse. Boufflers gab das Ehrenwort. Es ward ihm ein Offizier von der Leibgarde des Königs zugetheilt. Vielfach ward die Frage erörtert, ob unter den gegebenen Umständen Boufflers sich an dies Wort binden werde. Der Fortgang der Dinge bewies, daß er sich für gebunden hielt.

In den nächsten Tagen wurde er nach Maastricht geführt. Dort erhielt er als Marschall von Frankreich eine Ehrenwache, die aufzog mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiele. Er gab die Parole [1]).

Es fragt sich um den Eindruck des Verfahrens gegen Boufflers. Der Kurfürst von Bayern hatte zwar dem Könige seine Zustimmung gegeben. Anderen gegenüber jedoch verhehlte er nicht seinen Mismuth. Sein Wort, sagte er, leide darunter, zumal da der König ihm vorher alles verschwiegen. Er ließ dem Marschall sagen, daß es ihm leid thue ihn nicht besuchen zu dürfen. „Er fürchtete, setzt der französische Hofmann Dangeau hinzu, daß dies dem Prinzen von Oranien misfiele, welchen er als König von England behandelt, und vor welchem sie alle dort sich verhalten wie die Hofleute hier vor dem Könige" [2]). Der Verdruß indessen des Kurfürsten war sichtbar. Vaudemont suchte ihn zu begütigen. Der König Wilhelm hatte ein besseres Mittel in der Hand, welches über die Wünsche von Vaudemont weit hinausging. Er übergab dem Kurfürsten das völlige Commando für den Winter. Das änderte die Meinung des Kurfürsten. Sein Verhältnis zu dem Könige erschien als ein sehr freundschaftliches. „Ich bekenne jedoch, fügt Auersperg seinem Berichte hinzu, daß ich nicht viel baue auf diese neue Freundschaft, und darf fast versichern, daß sie, weil sie sich gründet lediglich auf die große Submission des Kurfürsten vor dem Könige, welcher ihm doch nur ein geringes Vertrauen beweist, auf die Länge nicht dauern kann. Denn der Kurfürst hat sein Naturell nicht verändert. Seine Minister sind sogar gegen die Ernennung,

[1]) Auerspergs Bericht vom 16. September.

[2]) Dangeau t. III, p. 383.

Digitized by Google

weil sie wissen, daß fortan ihre Wirksamkeit darin bestehen wird, die Befehle von Dykvelt auszuführen. Das thun auf die Dauer weder Prielmayr, noch Simeoni, noch Berghaick. Von den spanischen Räthen des Kurfürsten redet Niemand." — So viel indessen war gewonnen, daß der Kurfürst von da an das Verfahren des Königs gegen Boufflers mit lauten Worten billigte [1]).

In Holland und England erscholl einmüthiges Lob des Königs für diesen Schritt [2]).

Anders in Frankreich. „Ich war nicht bei Hofe, meldet die Herzogin von Orleans, als die Nachricht vom Arrest des Marschalls Boufflers ankam. Allein diejenigen, die sich dort befunden, haben mir erzählt, daß zu Anfang der König vor Zorn erbleichte und zitterte. Hernach aber und am anderen Tage soll er sich geäußert haben: der Prinz von Oranien hat Recht. Hätte man meinen Befehl genau befolgt, so wäre die Besatzung von Dixmuiden gleich ausgeliefert worden und dies nicht geschehen" [3]). Wie uns Späteren, so dürfte es auch denen, welche diese Worte aus dem Munde des Königs vernahmen, kaum glaublich erschienen sein, daß ein Franzose jener Zeit gewagt haben solle, einen Befehl dieses Königs nicht genau auszuführen.

Indessen die Worte deuten an, daß Ludwig XIV. es verstand, sich äußerlich in das Unvermeidliche zu fügen. Bereits am 13. September hatte Portland ein Schreiben von Boufflers in Händen. Der König gestatte ihm, meldete er, sein Wort dafür zu verpfänden, daß, so bald er entlassen werde, die Besatzungen von Dixmuiden und Deynse auf freien Fuß gestellt werden sollten. Er fügte hinzu, daß der König, um sowohl ihm als der ganzen Besatzung von Namur seine Zufriedenheit mit ihrem Verhalten zu bethätigen, ihn zum Duc ernannt, und die sämmtlichen Offiziere habe aufrücken lassen. Wilhelm III. ließ erwiedern, daß er, im Vertrauen auf die getreuliche Erfüllung

---

[1]) Auerspergs Berichte vom 6. und 16. September.

[2]) Kaunitz Bericht vom 7. September. Hoffmanns Bericht vom 30. September.

[3]) Schreiben der Herzogin an die Prinzessin Sophie, aus Fontainebleau, 27. September. — Dangeau t. III, p. 381 drückt sich aus: Le roi apprit avec beaucoup d'étonnement et de douleur que M. le prince d'O. avait fait arrêter M. de Boufflers.

Digitized by Google

dieſer Zuſage, den Marſchall Boufflers der Haft entlaſſe. Wie während derſelben ihm alle Zuvorkommenheit bewieſen war, ſo bei der Entlaſſung. Boufflers ſagte darüber, daß man ihm die Ketten des Gefängniſſes ſo ſehr vergoldet wie möglich. Dennoch ſeien es Ketten geblieben [1]).

Der glückliche Ausgang dieſer Angelegenheit erhöhte in Holland und England die Freude über den Wiedergewinn von Namur. Sie war außerordentlich. In England ward beſonders hervorgehoben, daß dieſe Erfahrung von 1695 rechtfertigend zurückwirke auf das Verhalten des Königs im Jahre 1692 gegenüber dem Marſchalle Luxemburg [2]). In Holland und Belgien war vielleicht der Jubel noch größer. Auersperg vernahm mit Verwunderung die überſchwenglichen Ausdrücke über dieſe Kriegesthat. „Man ſollte danach glauben, ſagt er, daß es nun mit Frankreich völlig aus ſei für immer. Ich halte ihnen entgegen, daß wir vor 1691 nicht bloß Namur beſeſſen haben, ſondern auch Mons und Charleroi, und daß wir im Beſitze dieſer Städte dennoch nicht viel ausgerichtet, daß dagegen, nachdem wir nicht wenige Plätze und Schlachten verloren, es nun doch einmal an der Zeit geweſen ſei etwas Bedeutendes zu leiſten" [3]). In ähnlicher Weiſe urtheilte Kaunitz. „Wenn man die Kraft und die Mittel, meinte er, welche die Belagerung von Namur erfordert, verwendet hätte auf das Durchbrechen der franzöſiſchen Linien: ſo würde man Frankreich zum Frieden gezwungen haben."

Auersperg oder auch Kaunitz mochten Recht haben; dennoch iſt es unverkennbar, daß die Eroberung von Namur dem Könige Wilhelm, dem bisher in ſeiner Kriegführung in den Niederlanden das Glück nicht hold geweſen, von allen Seiten angerechnet wurde als eine ganz außerordentliche Leiſtung. Dieſe Anerkennung prägt ſich beſonders aus in dem Glückwunſche des Kaiſers. „Wenn jemals ein Werk, ſagt Leopold, ſo war wahrlich dieſes ſchwer und gewaltig. Wie der Beginn desſelben die Erwartung Aller auf das höchſte ſpannte, ſo hat der Fortgang und das Ende die reife Ueberlegung, die Umſicht, die

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 16. September.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 30. September.
[3]) Bericht vom 6. September.

Digitized by Google

Kraft, den Fleiß E. D. der gesammten Welt in hell leuchtenden Zügen verkündet, und Ihrem Namen einen für alle Zeiten unauslöschlichen Ruhm erworben" [1]).

Der König von Frankreich konnte folgerecht nicht umhin, den Ruhm, den er drei Jahre zuvor sich selber zuerkannt, nun in etwas anderer Weise auch dem Könige Wilhelm zuzusprechen. Wenn er selber dies unterließ, so nicht die anderen Franzosen. Die Herzogin von Orleans schreibt am 12. October aus Fontainebleau: „Man spricht hier jetzt vom Könige Wilhelm in einer ganz anderen Weise als früher. Man hört überall: c'est un maître homme, c'est un grand roi et digne de l'être, und dergleichen" [2]).

Für diesen König selber kam noch die erfreuliche Wahrnehmung hinzu, daß die Armee sich in völlig gutem Stande befand, ja daß man der Infanterie die Mühsal dieser harten Belagerung nicht anmerkte. Dennoch ward nichts weiter unternommen. Der König begab sich nach Breda und Loo. Der Feldzug war zu Ende [3]).

Inzwischen war die Differenz zwischen den beiden Häuptern der großen Allianz über die Vermittelung des Friedens durch Schweden nicht gelöst. Wir erinnern uns des Standes der Dinge am 26. Juli. Damals, im Congresse der Gesandten im Haag, berief sich Heinsius auf den Eifer der Republik für die Erneuerung der Allianz als den Beweis, daß sie geheime Unterhandlungen nicht führe. Portland dagegen wies hin auf die persönlichen Leistungen des Königs vor Namur, welche einem Zweifel an ihm jeden Boden benehme. In der That zeigen die Berichte der kaiserlichen Gesandten Kaunitz und Auersperg von da an, daß ihre Zweifel schwinden. Namentlich hebt der erste

---

[1]) Opus hoc sane fuit si ullum aliud arduum et ingens. Cujus initium uti omnium expectationem suspensam tenuit, ita progressus exitusque summam Serenitatis Vestrae prudentiam, circumspectionem, fortitudinem et industriam toti mundo luculentissime declaravit, Ejusque nomini gloriam nullo aevo obliterandam peperit. Vom 23. September. — Das Schreiben ist aus der Reichskanzlei, deshalb der Titel Serenitas, während der Kaiser persönlich dem Könige den Majestäts-Titel gab. Man vergleiche Bd. V, S. 343.

[2]) Abgedruckt bei Ranke: Fr. Geschichte Bd. VI, S. 125. Vom 12. October.

[3]) Auerspergs Bericht vom 12. September.

Digitized by Google

den wiederholten Beschluß der Erneuerung der großen Allianz hervor. Damit, meint er, seien alle geheimen Unterhandlungen zu Ende. „Jedoch, fügt er dann hinzu, will ich für nichts gut sagen, besonders wenn wir einen unglücklichen Streich vor Namur erleiden sollten“ [1]). Der Fall von Namur hob also diese Besorgnis.

Wichtiger jedoch war die Stellung des Grafen Auersperg. Ihm hatte der König persönlich am 25. Februar seinen Friedenswunsch eröffnet, an welchen dann die Verhandlungen sich geknüpft. Aber Auersperg war angewiesen festzuhalten an der Vermittelung des Friedens durch Schweden. Portland war am 26. Juli ausgewichen. Am 9. August forderte Dykvelt den Gesandten zu einer Unterredung.

Dykvelt betheuerte, daß eine heimliche Unterhandlung nicht obwalte, und daß er selber seit Mastricht mit keinem französischen Emissär gesprochen. Die Worte könnten auffallend erscheinen, da der Brief des Königs selbst an Heinsius vorliegt, vom 4. Mai 1695, in welchem er der Absicht einer Beredung in Utrecht gedenkt und dabei Dykvelts Namen nennt [2]). Allein jene bestimmte Aussage von Dykvelt zwingt zu der Annahme, daß diese Beredung in Utrecht dennoch nicht statt gefunden hat. Diese Annahme wird unterstützt durch eine Thatsache. Eben damals nämlich, im August, brachte einer der Bürgermeister von Amsterdam, Boreel, durch Heinsius an den König den Vorschlag aufs neue geheim mit Frankreich zu unterhandeln. Der König erwiederte: „Es wäre doch wahrlich ein sonderbares Verfahren eine geheime Unterhandlung mit Frankreich gerade dann zu beginnen, wo die Erneuerung der Allianz beschlossen ist“ [3]).

Diese Worte des Königs zu Heinsius benehmen dem Verdachte einer damaligen geheimen Verhandlung für uns Spätere jeglichen Grund. Allein es ist eben so gewis, daß in den Zeitgenossen der Eindruck der Gerüchte vom Mai noch nicht sofort ausgelöscht war. Und dies führt uns zurück auf die Unterredung zwischen Auersperg und Dykvelt am 9. August. Jener bemerkte: es lägen ihm Briefe vor aus Rom, denen gemäß der Papst Innocenz XII. versichert:

---

[1]) Bericht vom 22. August.
[2]) Grovestins t. VI, p. 514.
[3]) A. a. O. p. 521. Vom 16. August.

Digitized by Google

Dykvelt habe im Namen des Königs Wilhelm dem Callieres angeboten, im Falle daß Jacob II. sich nach Rom zurückziehe, ihm vom Parlamente ein Jahrgeld von 100,000 £ zu erwirken. Dykvelt verneinte die Sache an sich nicht. Allein er habe, sagte er, dies Anerbieten in Mastricht gemacht.

Dann fuhr Auersperg fort: „Es kommt darauf an, durch die unverbrüchliche Eintracht der beiden Monarchen der ganzen Welt kund zu thun, daß nur dadurch das Gemeinwohl Europas gefördert werden kann. Nun aber schweigt der König. Entweder also setzt er in den Kaiser nicht das gleiche Vertrauen wie der Kaiser in ihn; oder der König hat eine Neigung zum Frieden nur zu dem Zwecke gezeigt, um den Kaiser zu sondiren und danach seine Maßregeln zu treffen."

Dykvelt versprach die Antwort des Königs zu bringen. Dann versetzte er: die Erneuerung der Allianz müsse nun alles Mistrauen hinweg nehmen. Auersperg erwiederte lachend: er wisse nicht, ob die Erneuerung der Allianz mehr Kraft haben werde als diese selbst vorher. Denn sie habe ja die Zusammenkünfte von Mastricht nicht gehindert.

Dann jedoch trat er hervor mit einem wichtigen Vorschlage. Wir erinnern uns des wiederholten Auftrages von Kinsky an Auersperg, in geeigneter Weise Schritte zu thun, damit der König Wilhelm III. den Vertrag der großen Allianz von 1689 dem Parlamente vorlege. Auersperg hatte es nicht für geeignet gehalten, mit Shrewsbury oder einem anderen Engländer diesen Punct zu erörtern. Er brachte ihn nun zur Sprache gegenüber Dykvelt.

„Der Kaiser, sagte er, hat erwogen, ob es nicht rathsam und für den König selbst nützlich sei, eine ewige Allianz zu errichten zwischen dem Reiche und der englischen Nation. Allein der Kaiser bedenkt sehr wohl, daß ein solcher Vorschlag, wie derjenige der Zustimmung des Parlamentes von England zu dem Vertrage der großen Allianz, vielleicht die Prärogative des Königs gefährden könne. Der Kaiser will durch diesen Vorschlag nur die Achtung bethätigen, die er hegt für die Person des Königs. Entspricht demnach der Vorschlag nicht dem Gutbefinden des Königs: so bitte ich denselben zu betrachten als nicht geschehen. Jedenfalls werden Sie besser als ich seine Ansicht erfahren können. Ich meinerseits gebe Ihnen nur noch die Versicherung, daß

Digitized by Google

ich zu keinem Menschen darüber ein Wort geäußert als zu Ihnen." Dykvelt erging sich in Lobeserhebungen für den Kaiser, und versprach den Auftrag auszurichten.

Es vergingen einige Tage. Dann erschien Dykvelt abermals bei Auersperg. „Ich habe den Auftrag, sagte er, Sie zu ersuchen, daß Sie im Namen des Königs mit allen erdenklichen Ausdrücken dem Kaiser die große Verpflichtung und Erkenntlichkeit aussprechen, die der König dem Kaiser entgegen trägt für das Vertrauen, mit welchem der Kaiser eingegangen ist auf die Vorschläge des Königs vom 25. Februar. Der König wird seinerseits nicht ermangeln, dem Kaiser mit demselben Vertrauen entgegen zu kommen. Denn er beharrt nach wie vor bei der Ueberzeugung, daß an ihrer beider Eintracht die Wohlfahrt des gemeinen Wesens hangt."

„Der König kann aber über die Ansprüche Spaniens für den Frieden nicht entscheiden. Der spanische Gesandte will nur hören, nicht selbst sich erklären. Der Kaiser hat das nähere Interesse."

„Der König ist nicht der Meinung, daß man die Aussicht auf den Frieden, welche sich durch Schweden bietet, außer Acht lassen solle. Aber bisher ist man dort sehr wenig vorwärts gekommen. Der Graf d'Avaux hat in Betreff des Präliminar-Vorschlages nichts Positives geantwortet. Wie sollen wir also auf diesem Wege weiter gelangen in Betreff der anderen Bedingungen, die wir fordern müssen? Das einzige Mittel ist, daß die Krone Schweden sich dem Kaiser verpflichtet, die Herstellung der beiden Friedensschlüsse von Münster und Nymegen in ihrer ganzen Ausdehnung für die Verbündeten von Frankreich zu verlangen. Gelingt dies, so haben wir ein Fundament zum Frieden, und zwar mit Inbegriff der Städte Straßburg und Luxemburg, ohne doch selber noch engagirt zu sein. Der Kaiser als das Haupt der Allianz würde der Krone Schweden die Verdienstlichkeit dieses Werkes darlegen; aber die Krone Schweden müßte so handeln aus sich, um ihrer eigenen Ehre willen. In diesem Falle können beide, der Kaiser und der König, die Vermittelung der Krone Schweden annehmen, und den Räthen derselben eine beträchtliche Summe Geldes in Aussicht stellen" [1].

[1]) Auerspergs Bericht vom 16. August, verwoben mit einem Theile desjenigen vom 9. August.

Digitized by Google

Der König hatte bei dieser Eröffnung nicht verhehlt, daß er geringe Hoffnung setze auf den Erfolg. Die Räthe Carls XI. von Schweden seien fast alle französisch. Der einzige den Verbündeten wohl Gesinnte, der alte Graf Benedict Oxenstjerna, habe doch nicht den erforderlichen Credit, noch die Standhaftigkeit.

In der That war die Aussicht auf das Gelingen dieses Vorschlages sehr gering. Zunächst in Stockholm. Die Gesandten des Kaisers und der Republik hatten dort im Juni die Hülfe von 6000 Mann gefordert, zu welcher Schweden verpflichtet war durch den Vertrag der Association von 1682. Schweden war ausgewichen [1]). Eine Entschiedenheit daher, welche möglicher Weise zum Bruche mit Frankreich führen konnte, war von Stockholm her kaum zu erwarten.

Aber auch in Wien selbst war man nicht geneigt auf diese Eröffnung des Königs Wilhelm III. einzugehen. Die Richtschnur der kaiserlichen Politik war die Vertretung der Interessen Aller in gleicher Weise. Jener Vorschlag des Königs reichte dafür nicht aus. Savoyen war bei den Friedensschlüssen von Münster und Nymegen nicht betheiligt. Für Spanien war der Name Nymegen allzu gehässig. Aber gerade in Betreff dieser beiden Mächte war in Wien die Besorgnis eines Abspringens von der Allianz immer lebendig. Demgemäß, hieß es dort, müsse man um so mehr sich hüten ihnen den Vorwand der Nicht-Beachtung ihres Interesses zu bieten.

Dies ist der Kern der wiederholten Berathungen, welche in Folge der Eröffnung des Königs in Wien gepflogen wurden [2]).

Dagegen erneuerte der Kaiser an seinen Gesandten in Stockholm, den Grafen Starhemberg, entsprechend dem Präliminar-Artikel vom Januar 1695, den Befehl kein Schriftstück anzunehmen, in welchem der Prinz von Oranien nicht als König von England bezeichnet werde [3]). Diese eine Bedingung genügte nach wie vor, den Weg des

---

[1]) Die Schriftstücke sind gedruckt in Actes de la paix de Ryswick t. I, p. 76 et suiv.

[2]) Ich citire nicht die einzelnen Schriftstücke, weil diese ausführlichen Berathungen praktisch weiter keine Consequenz hatten als die Feststellung dieses Standpunctes.

[3]) Kinsky an Auersperg, 24. September. — Man vergleiche Lexington Papers p. 133. Lexington an Blathwayt.

Digitized by Google

Friedens durch die schwedische Vermittelung zu versperren. Denn das Verhalten Ludwigs XIV. und seines Gesandten in Stockholm, des Grafen d'Avaux, that zur Genüge dar, daß jener fest hielt an dem Vorsatze die Anerkennung Wilhelms III. hinauszuschieben bis zuletzt. Andererseits sehen wir nicht, daß Ludwig XIV. im Jahre 1695 einen neuen Friedensversuch macht. Mit anderen Worten darf man also sagen, daß er im Herbste 1695 die Fortdauer des Krieges wollte.

Es dürfte endlich die Frage sein, ob auch nur der König Wilhelm III. selbst jene Eröffnung gemacht, in der Absicht um zum Frieden zu gelangen. Auersperg meldete einige Tage später seine Beobachtung, daß der König von den schwedischen Versuchen gar nichts erwarte. Am 19. September glaubt er wahrzunehmen, daß der König entschlossen sei noch einen Feldzug zu machen. Aber noch war die schwedische Vermittelung da, oder wenigstens der Schein derselben. Eben damals bot sich ein Anlaß, welcher die Krone Schweden den Engländern misliebig machte.

Nicht bloß die englischen Seeleute, sondern die gesammte Nation hielt nachdrücklich an dem Anspruche auf die Herrschaft der Meere um England. Man darf sagen, daß die Forderung des Segel-Streichens an fremdländische Schiffe bei der Begegnung mit englischen Kriegsfahrzeugen eine national-englische war, nicht minder die Erzwingung dieser Art des Grußes durch Gewalt. Am 22. August durchlief eine schwedische Fregatte den Canal. Sie begegnete zwei englischen. Diese forderten, wie üblich, daß der Schwede das Marssegel fallen lasse. Er weigerte sich. Die Engländer griffen zur Gewalt. Nach einem zweistündigen harten Gefechte ward die schwedische Fregatte genommen, und in einen englischen Hafen eingebracht. Es war vorauszusehen, daß der König von Schweden Genugthuung fordern werde; aber eben so sicher waren die beiden Fregatten-Capitaine der Zustimmung ihrer Landsleute [1]).

Es scheint, daß dieser Zwischenfall dem Könige Wilhelm III. zu statten gekommen sei für seine wohl erkennbare Neigung, den Versuchen der Friedens-Vermittelung durch Schweden ein Ende zu machen.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 23. August.

Digitized by Google

Am 14. October ließ er durch den Secretär Blathwayt eine Denkschrift an Lord Lexington in Wien entsenden. Der Inhalt derselben war wie folgt. „Der König hat die Einwände, welche der Kaiserhof seinem Vorschlage in Betreff der Unterhandlung durch Schweden entgegen gestellt, einer reiflichen Prüfung unterzogen. Er findet sie nicht triftig genug, ihn zum Verzichte auf seinen Vorschlag zu bewegen. Kann daher der Kaiser diesem Vorschlage nicht beitreten, so hält der König es für durchaus nothwendig, weder über die Unterhandlung durch Schweden, noch über jenen Vorschlag ferner zu reden noch zu schreiben, sondern sich allerseits vorzubereiten zur starken und nachdrücklichen Kriegführung, und Jeder an seinem Orte das Möglichste zu leisten, damit wir mit Gottes Hülfe und durch den Erfolg der Waffen später eine günstigere Gelegenheit zum Frieden finden mögen" [1]).

Mündlich hob der König dem Grafen Auersperg noch hervor den Mangel an Geheimnis, die Bestechlichkeit in Stockholm. Der Gesandte dagegen macht seine Bemerkung über die Ausfertigung dieser Denkschrift durch Blathwayt für Lexington in Wien. „Dies geschieht deshalb, sagt er, weil der König der Verschwiegenheit von Blathwayt nicht traut, dagegen wünscht, daß dies Schriftstück gelange zur Kunde der Engländer" [2]).

Wir Spätere beobachten hier, was von den Zeitgenossen sehr wenige, und in England vielleicht auch nicht Einer, zu durchschauen vermochten, welche Umwandlung sich in der Seele des Königs vollzogen vom 25. Februar bis zum 14. October. Damals hatte er, und zwar, gemäß seinen Aeußerungen zu Auersperg, hauptsächlich um Hollands willen, gedrängt auf den Frieden. Nun, im October, forderte er energische Kriegführung. Dies Mal trat in seinen Erwägungen die kriegerische Stimmung von England voran. Aber setzte er darum die Wünsche von Holland zurück? — Wir haben bereits in der Unterredung zwischen Portland und Auersperg am 26. Juli die Aeußerung des ersteren vernommen, daß die Dinge seit Februar sich

[1]) Le roi croit tout-à-fait nécessaire qu'au cas que S. M. I. ne pût consentir au dit fondement, qu'on cesse de parler et d'escrire tant de la dite négotiation secrette en Suède que du dit fondement, et qu'on se prépare par tous lieux pour une forte et vigoureuse guerre etc.

[2]) Bericht vom 18. October.

Digitized by Google

günstig gewendet. Diese günstige Wendung betraf einerseits die Republik. Man könnte sie umsetzen in die Worte: Holland und insbesondere die Stadt Amsterdam dringen nicht mehr mit solchem Nachdrucke auf den Frieden. Allein andererseits handelte es sich um die Person Wilhelms III. Wir haben damals seine Worte an Heinsius vernommen, daß er sich nicht mehr fähig fühle den Krieg zu führen. Die Ereignisse des Feldzuges von 1695 hatten ihm dargethan, daß sein damaliges Gefühl der Schwäche seinem Kummer entstammte, daß in Wirklichkeit seine Kraft keine Einbuße erlitten. Demgemäß standen seine Wünsche am Schlusse des Feldzuges von 1695 im Gegensatze zu denen vor dem Beginne.

Die feste Basis zur Fortführung des Krieges war da. Die große Allianz vom 12. Mai 1689 war, gemäß dem wiederholten Beschlusse des Congresses im Haag, erneuert am 8. August. Es war geschehen durch die Unterschrift der Gesandten. Es stand noch aus die Ratification der Souveraine. Und hier ist es von besonderem Interesse zu sehen, wie der König Wilhelm III. verfuhr.

Auf den Anwurf des Grafen Auersperg bei Dykvelt, daß der Vertrag auch dem Parlamente vorgelegt werden möge, kamen weder der König noch Dykvelt mit Einem Worte zurück [1]). Das Schweigen war die Antwort. Und nicht bloß das Parlament ward bei der Erneuerung der Allianz nicht betheiligt. Die Correspondenz des Königs mit dem Staats-Secretär Shrewsbury, den man vielfach als den hauptsächlichen Minister des Königs bezeichnete, liegt gedruckt vor [2]). Sie betrifft im Sommer 1695 die Kriegsereignisse in Belgien, im Mittelmeere, oder wo sonst es sein mochte, ferner die Frage der Auflösung des Parlamentes. Von der Allianz oder der Erneuerung derselben ist darin nicht die Rede. Der Staats-Secretär scheint über eine Angelegenheit, die man nach dem constitutionellen Brauche späterer Zeiten bezeichnet haben würde als die wichtigste seines Dienstes, eben so unkundig geblieben zu sein wie zuvor.

[1]) Auersperg an Kinsky, den 19. August: Dykvelt ne m'a pas apporté une réponse du roy touchant l'alliance de l'Empereur avec l'Angleterre etc.

[2]) Coxe's Shrewsbury Correspondence p. 83 sqq.

Digitized by Google

Dennoch erhielt damals wenigstens Ein Engländer Kunde von diesem Vertrage. Der König hatte am 8. Mai 1695 den Viscount Villiers zu seinem Bevollmächtigten bei dem Congresse im Haag ernannt. Die hauptsächliche Befähigung dieses Mannes, damals und später, scheint bestanden zu haben in seiner geschmeidigen Fügsamkeit. Seine Bestallung, ausgefertigt unter dem großen Siegel von England, spricht von einem Bündnisse, auf Grund dessen der Krieg gegen Frankreich geführt werde, ohne jedoch dasselbe oder die Mitglieder näher zu bestimmen[1]). Villiers unterzeichnete am 8. August die Erneuerung, und zwar mit den Worten vorher: „Für den König von Großbritannien". Es handelte sich dann um die Ratification. Die Reichsverweser weigerten sich, ohne einen eigenhändigen Befehl des Königs das große Siegel des Königreiches hinüber zu senden[2]). Deshalb ward die Ratification vertagt bis nach der Ankunft des Königs in England. Dann erst erfolgte sie, am 6. November, und zwar etwas anders als der Beitritt des Königs im September 1689. Damals hatte, wie wir uns erinnern (Bd. IV, S. 528), lediglich der König unterzeichnet, kein Minister. Bei dieser Ratification vom 6. November 1695 findet sich noch ein anderer Name als des Königs, nicht jedoch eines der Staats-Secretäre, Shrewsbury oder Trumball, sondern wieder derjenige von Villiers, nicht um als Rath des Königs eine Verantwortlichkeit zu übernehmen, sondern um die Uebereinstimmung der Abschrift mit dem Original-Vertrage zu bescheinigen[3]).

Der König handelte demgemäß abermals für sich, kraft der Prärogative der Krone, ohne die Betheiligung eines Engländers, der für seinen Rath vom Parlamente zur Rechenschaft gezogen werden konnte. Es war die Frage der nächsten Jahre, ob er im Stande sein würde, diese Prärogative zu bewahren.

Es ist zu bemerken, daß bei dieser Erneuerung der Allianz von 1689 der geheime Artikel derselben nicht zur Sprache kommt[4]). Er wurde darum von den eigentlichen beiden Contrahenten dieses Vertrages,

---

[1]) Z. B.: Foederi non solum conservando, sed arctius etiam, si opus fuerit, constringendo.

[2]) Kaunitz Bericht vom 3. October.

[3]) Anlage IV.

[4]) Die Erneuerungen sämmtlich bei Dumont t. VII, 2.

Digitized by Google

dem Kaiser und dem Könige von England, nicht als erloschen betrachtet. Aber jeder von ihnen mochte seine besonderen Gründe haben, das Geheimnis desselben zu bewahren. In der That war es ein Geheimnis; denn es deutet keine Spur auf eine Mitwissenschaft der anderen Souveräne, die nach und nach diesem Vertrage beigetreten waren. Ob dagegen der Artikel ein Geheimnis blieb auch für denjenigen, gegen den er wesentlich gerichtet war, den König von Frankreich, wird sich uns im Laufe der Zeit ergeben.

Auch der Herzog Victor Amadeus von Savoyen ratifizirte die Erneuerung der großen Allianz. Das Gerücht, daß er in heimlichen Unterhandlungen mit Frankreich stecke, trat im Herbste 1695 stärker auf, gab sich von verschiedenen Seiten kund. Kinsky in Wien, Kaunitz im Haag, Auersperg im Hauptquartiere des Königs, stützten die Mittheilungen, die sie einander machten, ein Jeder auf besondere Nachrichten. Dennoch machten ihre Warnungen auf den König und die Engländer noch nicht einen bleibenden Eindruck. Denn dem entgegen standen wie zuvor die Berichte Galways aus Turin. Er verglich die Gründe des Verdachtes wider den Herzog, und kam zu dem Urtheile, daß sie einander widersprachen. In England sagte man sich ungern los von der Hoffnung, daß es der englischen Flotte mit der Hülfe von Victor Amadeus zu Lande gelingen würde, die französischen Kriegsschiffe im Hafen von Toulon zu vernichten. Den Sommer 1695 hindurch hatte man in England mit Ungeduld die Nachricht eines Bombardements dieser Seefestung erwartet [1]). Um so geneigter mochte man sein, den Versicherungen des kurzsichtigen Galway in Betreff der Ehrlichkeit von Victor Amadeus Glauben zu schenken [2]).

Auch Carl II. von Spanien ratifizirte die Erneuerung der großen Allianz. Dennoch ward dadurch das frühere freundschaftliche Einvernehmen mit den beiden Seemächten nicht hergestellt. Dies Verhältnis erfordert unsere Aufmerksamkeit.

In der Republik glaubte man Grund zu haben zu zahlreichen Beschwerden wider Spanien. „Nicht bloß, sagt Heinsius, leistet Spanien sehr wenig für die gemeinsame Sache, sondern noch dazu ziehen viele

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 2. August.

[2]) Shrewsbury Correspondence p. 270.

Digitized by Google

Unterthanen dieser Krone Nutzen aus dem Kriege. Der Pferdehandel mit Frankreich wird von belgischen Städten betrieben. Sie vermitteln die Briefpost mit Frankreich, demgemäß die Spionage und den Verrath. Bilbao in Spanien ist ein offener Handelsplatz für Frankreich. Unsere Schiffe, unsere Waaren, namentlich die Wolle, die wir dahin verführen, werden mit Beschlag belegt. Auch die spanischen Niederlande leisten nichts für ihre eigene Vertheidigung: immer ist es die Republik, welche in allen Dingen aushelfen muß. Möge der Graf Kaunitz es erfahren, wie wir mit diesem Verbündeten daran sind, damit er es dem Kaiser mittheile" [1]).

Man dürfte nicht sagen, daß Spanien im Jahre 1695 weniger geleistet als zuvor. Die Franzosen hatten in Catalonien keine Fortschritte gemacht. Allein dagegen konnte erwiedert werden, daß ihre Offensive minder nachdrücklich war als früher, und daß die Anwesenheit der verbündeten Flotte im Mittelmeere sie in Schach hielt.

Aber war man dieser Anwesenheit dauernd sicher? — Die spanischen Minister scheinen damals es geglaubt zu haben. Dem holländischen Residenten in Madrid, Schonenberg, gegenüber ließen sie sich verlauten: an dem Verbleiben der Flotte im Mittelmeere hätten England und Holland um ihres Handels willen mehr Interesse als Spanien selbst. Von dieser Ansicht aus setzte der spanische Staatsrath seinen Beitrag zum Unterhalte der Flotte herab. Der König Wilhelm äußerte sich darüber zu Kaunitz: „Man scheint dort zu glauben, daß, je weniger sie für sich selber thun, desto mehr wir für sie thun müssen" [2]). Erregter sprach sich Heinsius zu Kaunitz aus. „Da Spanien, sagte er, fortan nicht mehr als 50,000 Kronen monatlich für den Unterhalt der Flotte zahlen will: so werden wir diese zurückrufen müssen. Sie sehen also, daß Spanien, um 800,000 Thaler im Jahre zu sparen, die eigene und die italienische Küste preis gibt. Und doch würde sicherlich die einzige Stadt Barcelona lieber diese Summe zahlen, als sich bombardiren lassen." Kaunitz erwiederte: „Ich erkenne den übelen Stand der Dinge in Spanien an, und sehe dafür keine

[1]) Schreiben von Heinsius an Dykvelt, nicht datirt, bei den Berichten von Kaunitz im September 1695.

[2]) Bericht vom 17. October.

Digitized by Google

Abhülfe. Und dennoch glaube ich, daß man die Krone Spanien nicht verlassen darf. Wie der Gesandte Don Quiros deutlich zu verstehen gegeben, ist im anderen Falle die Verzweifelung und demgemäß der Sonderfriede zu befürchten" [1]).

Die gegenseitige Misstimmung trat wohl erkennbar zu Tage. „Das Gemüth des spanischen Gesandten, meldet Kaunitz, ist wider die hiesige Regierung so verbittert, und andererseits sind die Holländer wider ihn in einer solchen Stimmung, daß ich nicht absehe, wie er hier noch mit Nutzen wirken könne" [2]). Die Ursache lag nicht bloß an den einzelnen Persönlichkeiten, sondern mehr noch an dem gesammten Verhältnisse der Mächte. Denn ungleich ungünstiger noch als die Stellung von Quiros im Haag, war, wie wir bald erfahren werden, diejenige des Holländers Schonenberg in Madrid.

Die Aufgabe der kaiserlichen Gesandten war nach beiden Seiten hin zu begütigen, zu vermitteln. Denn das Abspringen Spaniens von der großen Allianz würde unvermeidlich nach sich ziehen das Ueberwachsen des französischen Einflusses in Madrid. Wir erinnern uns, daß bereits von 1692 an in Madrid und anderen Orten Spaniens französische Agenten das Gerücht ausstreueten, Spanien könne alles wieder erhalten, was es seit dem pyrenäischen Frieden verloren, wenn es einen der Söhne des Dauphins als Erben der spanischen Kronen anerkenne. Diese Meinung mochte moralisch mitwirken für die Forderungen, welche der spanische Staatsrath an die verbündeten Mächte erhob. Kinsky wiederholte unablässig durch Auersperg und Kaunitz bei dem Könige und Heinsius die Mahnung, daß gerade Savoyen und Spanien am ehesten es vermöchten, einen für sie vortheilhaften Sonderfrieden abzuschließen [3]).

Denn man darf sich nicht der Ansicht hingeben, als ob die maßgebenden Persönlichkeiten jener Zeit die Sache der spanischen Succession, obwohl noch latent, jemals aus dem Auge verloren hätten. Eine andere Frage war, ob sie zur Sprache kommen durfte. Der König Wilhelm III. wollte es, nicht der Kaiser. In den Beredungen

---

[1]) Bericht vom 28. August.
[2]) Bericht vom 29. September.
[3]) Kinsky an Auersperg, 19. October.

Digitized by Google

der Gesandten Kaunitz und Auersperg mit Heinsius und Dykvelt hatten die letzteren wiederholt darauf hingedeutet, daß es an der Zeit sei die Angelegenheit genauer zu regeln. Kaunitz und Auersperg wichen aus.

Wir werden jedoch diese spanische Angelegenheit erst später genauer ins Auge zu fassen haben, wo nach einer schweren Krankheit Carls II., im September 1696, sie bleibend am politischen Horizonte steht. Im Jahre 1695 und auch ferner noch beharrt der zunächst Betheiligte, der König Carl II. von Spanien, bei seiner Hoffnung, daß die Frage sich lösen werde durch eigene Descendenz von ihm.

Jedenfalls konnte Wilhelm III. noch viel weniger als der Kaiser damals, im Jahre 1695, in dieser Sache auf Carl II. eine Einwirkung ausüben, weil die Spannung zwischen beiden Königen zunahm. Ja es trat eben damals ein Vorfall ein, der die beiden Könige völlig von einander entfernte [1]).

Die Republik hatte als Agenten in Madrid einen Juden aus Amsterdam, Namens Schonenberg, eine ungewöhnlich gewandte und befähigte, nicht jedoch beliebte Persönlichkeit. Der Graf Lobkowitz schildert ihn als hochfahrend und anmaßend den spanischen Ministern gegenüber, überhaupt von einem solchen Verhalten, daß jeder andere Hof sich seine Anwesenheit längst verbeten haben würde. In der That war von Madrid aus wiederholt der Wunsch zu erkennen gegeben, daß eine andere Persönlichkeit willkommen sein würde. Es ist bezeichnend, daß man diese Wünsche dem Könige von England aussprach, nicht der Republik. Wilhelm III. indessen mochte einerseits den ihm nützlichen Mann nicht missen, und war andererseits willfährig für Amsterdam, dessen Kaufleute das Verbleiben von Schonenberg in Madrid wünschten. Im Spätsommer 1695 indessen überschritt das Verhalten von Schonenberg alles Maß. Er nahm sich einer Persönlichkeit an, welche er als seinen Secretär, die spanische Regierung dagegen als einen bankerotten Kaufmann bezeichnete. Schonenberg reichte der Regierung eine lange Reihe von Denkschriften ein, darunter drei an den König selbst, in welchen Carl II. bezeichnet war als ein Fürst ohne Parole, noch Gerechtigkeit.

---

[1]) Für das Folgende liegt zu Grunde ein ausführlicher Bericht des Grafen Lobkowitz, aus Madrid, vom 22. December 1695.

Digitized by Google

Zur Antwort erhielt Schonenberg die Aufforderung binnen sechs Tagen die Stadt Madrid zu verlassen. Er blieb. Es verging längere Zeit, und es schien, daß der Hof zu Madrid sich einstweilen begnüge eine Antwort vom Haag zu erwarten. „Dann aber, meldet Lobkowitz, blieb die Oberhand dem Einflusse einiger Minister, für welche der Vorwurf der bösen Absichten, so wie großer Ignoranz und Hoffahrt nicht ungerecht sein dürfte, und welche auch sonst durch ihre Importunität den König zu übereilten Entschlüssen hinreißen, gute dagegen verhindern. Diese Räthe trachteten ihre Grandezza dadurch an den Tag zu legen, daß sie gegen befreundete, wenn auch noch so wichtige Mächte hochfahrend auftreten." Die Thatsache, welche Lobkowitz in dieser Weise einleitet, bestand darin, daß Schonenberg, weil er nicht gutwillig ging, von zwei Alkalden öffentlich zur Stadt hinausgeführt wurde.

Die Sache erregte, wie zu erwarten, großes Aufsehen. Im Haag indessen war zu Anfang die Misstimmung geringer als Einige besorgten. Heinsius äußerte sich: es sei zu Madrid eine starke französische Partei, welche alles dies Unheil anfange. Er vermuthe, daß diese Partei so gehandelt, um Schonenberg, der alle ihre Geheimnisse durchdringe, völlig zu beseitigen. — Aehnlich äußerte sich der König, so daß man damals eine Beilegung dieser Sache hoffen durfte. Namentlich hatte sie nicht die in Frankreich gehoffte, an anderen Orten befürchtete Wirkung, daß die verbündete Flotte aus dem Mittelmeere abberufen wurde [1]).

Fassen wir die Ergebnisse des Kriegsjahres 1695 zusammen.

Es war das erste seit einer Reihe von Jahren, in welchem die Vortheile der Verbündeten entschieden überwogen. In Italien hatten sie die Festung Casale gewonnen, wenn auch dieser Erfolg mehr Schein war als Wirklichkeit. In Catalonien hatte Vendome, der nach Noailles dort den Oberbefehl übernommen, wenigstens keine Fortschritte gemacht. Viel wichtiger indessen war dort der Nachtheil, den Frankreich erlitt durch die Lähmung seines Handels im Mittelmeere, durch das Sinken seines Ansehens bei den Anwohnern desselben in Folge der Anwesenheit

[1]) Auerspergs Berichte vom 4. und 11. October.

Digitized by Google

der verbündeten Flotte. Am Rheine hatte keine erhebliche Leistung statt gefunden. Der Marschall de Lorge war krank, und Ludwig von Baden seinerseits zu einer nachdrücklichen Offensive zu schwach.

Weniger günstig standen die Dinge in Ungarn gegenüber den Verbündeten Ludwigs XIV. Der neue Sultan Mustafa war, wie er es dem Volke verheißen, selber ins Feld gezogen, bereits am 20. Juni. Auch in Wien ward Eifer entwickelt, damit man doch nicht langsamer von Wien nach Peterwardein gelange, als die Türken von Aegypten nach Belgrad. Der Wunsch des Kaisers war gerichtet auf die Eroberung von Temesvar. Es war der große Unterschied dieser Kämpfe von denen im Westen, daß es sich in solchem Falle handelte nicht bloß um den Besitz einer Festung, sondern eines ausgedehnten Landstriches dazu, und zwar dies Mal des Banates. Allein der Oberbefehl des Kurfürsten von Sachsen brachte dem Kaiser keine Frucht. Der Sultan legte sich so, daß es nicht zum Angriffe kommen konnte. Vielmehr nahm er selber Leipa und dann Titul, freilich Orte von geringer Bedeutung. Wichtiger war für den Kaiser der Verlust bei Lugos. Zwar die Zahl der Gefallenen auf türkischer Seite war ungleich größer; aber die Kaiserlichen beklagten den alten General Veterani, der sterbend in die Hände der so oft von ihm geschlagenen Türken gerieth. Der Sultan zog im Triumphe in Constantinopel ein. Das Volk weinte vor Freude [1]). Der Kaiser indessen ließ dem Könige Wilhelm III. melden, daß die Türken selber jene beiden Festungen demolirt, daß sie einen Vortheil von bleibender Wichtigkeit nicht errungen. Kinsky bemerkte sogar, daß ihm die Angelegenheit des Schonenberg in Madrid mehr Sorge bereite als die vermeintlichen Erfolge der Türken [2]).

Die glänzende That des Feldzuges war der Wiedergewinn von Namur. Sie war es nicht wegen der Wichtigkeit des Platzes an sich, sondern wegen der moralischen Consequenz für die beiden Völker, welche dort die Hauptlast des Krieges trugen, England und Holland. Der Ruf nach Frieden in der Republik, selbst in Amsterdam, war einstweilen verstummt. Man fand, daß der Handel doch blühe, das Geld

---

[1]) Wagner t. II, p. 292 sqq.

[2]) Kinsky an Auersperg, 16. November.

Digitized by Google

umlaufe, die Preise zwar höher seien als sonst, jedoch leidlich. Holland vermöge noch die Kriegskosten zu tragen [1]).

Am 7. October traf der König im Haag ein. Es handelte sich um den Betrag der Kriegeskosten für das nächste Jahr. Es ist charakteristisch für den König wie für die Republik, in welcher Weise ein Zeitgenosse dies berichtet. „S. M., meldet er, wohnte am 11. dem Staatsrathe bei, dann der Versammlung der Generalstaaten, setzte hier den Kriegesstand für das nächste Jahr fest, und harrte dann des ersten günstigen Windes zur Ueberfahrt nach England" [2]). Stiller, geräuschloser dürften damals nirgends Millionen bewilligt sein, als diese, welche die Republik ihrem General-Capitain, dem Könige eines fremden Landes, zur Verfügung stellte.

Der König ward begleitet nach dem Haag von dem Kurfürsten von Brandenburg, der sich nach dem Feldzuge bei ihm eingefunden. Man vermuthete für diesen Besuch einen besonderen Zweck, den wir kennen zu lernen haben.

Gleich nach dem Tode der Königin Mary war von Vielen angenommen, daß der König, erst vierundvierzig Jahre alt, an eine zweite Heirath denken werde. Ludwig XIV. hatte damals gleich Fürsorge getroffen, um durch seinen Gesandten d'Avaux den König von Schweden abzumahnen, wenn etwa Wilhelm III. um dessen Tochter anhalten würde. Es ist unverkennbar, daß einige aus der Umgebung des Königs eine zweite Heirath wünschten, unter ihnen namentlich der Holländer Keppel, der in besonderem Maße die Zuneigung des Königs besaß, so sehr, daß die Eifersucht des Grafen Portland gegen ihn Allen sichtbar ward [3]). Nach dem Feldzuge fand sich der Kurfürst von Brandenburg bei dem Könige ein, und weilte bei ihm bis zur Abfahrt. Die allgemeine Rede ging, daß es geschehe um zu sondiren, ob der König Neigung habe zu einer zweiten Heirath. Keppel befragte den Grafen Kaunitz, ob ihm der Zweck der Herkunft des Kurfürsten bekannt sei. Kaunitz erwiederte: er könne nur sagen, was das allgemeine Gerücht melde. Keppel versetzte: an den König sei ein solcher Vorschlag bisher

[1]) Sylvius t. IV, b. 40, p. 136.
[2]) A. a. O. p. 114.
[3]) Auerspergs Bericht vom 22. Februar 1695.

Digitized by Google

nicht gelangt; denn dann würde er es wissen. Auch wenn der König geneigt sei, so würde doch die Prinzessin von Brandenburg für ihn zu jung sein [1]). Die Sache gedieh damals nicht weiter. Der Kurfürst gab indessen, wie wir später ersehen werden, den Plan nicht auf.

Der König harrte im Haag einige Tage. Am 9./19. October lief der Wind nach Osten um. Der König begab sich an Bord. Der Wind wehete so günstig, daß die königliche Jacht, um den Kriegsschiffen Zeit zu lassen, sich zuerst keiner Segel bediente. Am 10./20. October landete der König im Hafen von Margate [2]).

Im Sommer 1695 hatte der Papst Innocenz XII. auf die Herstellung des Friedens gehofft. Die Haltung der Mächte im Herbste überzeugte ihn, daß diese Hoffnung eitel. Er schrieb ein Jubiläum aus, um den göttlichen Beistand zu erbitten, damit der Friede unter den christlichen Fürsten hergestellt, und ihre Waffen geeinigt wider die Türken gewendet würden [3]).

---

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 16. October.
[2]) Auerspergs Bericht vom 21. October.
[3]) Bei Sylvius t. IV, b. 31, p. 58.

Digitized by Google

Zwanzigstes Buch.

Das Kriegesjahr 1696.

Noch niemals war der König Wilhelm III. in England so festlich empfangen wie bei der Rückkehr aus dem Feldzuge von 1695. Die Stadt London hatte ihm Triumphbögen errichten wollen. Der König jedoch, der es zeitig vorher erfuhr, ließ dem Lord-Mayor andeuten: es würde ihm lieber sein, wenn das unterbliebe. Er richtete, wie im Januar 1691 im Haag, seine Fahrt so ein, daß er spät am Abende in London eintraf. Dennoch hatten die Bürger von London ihre Vorkehrungen getroffen, namentlich die Stadt festlich erleuchtet. Hoffmann, welcher damals seit fünfzehn Jahren in London weilte, meldet: „Es geschehen Freudenbezeugungen mehr als jemals hier gesehen worden“ [1]).

Die Anreden, die Begrüßungen in den nächsten Tagen gaben dieselbe freudig erregte Stimmung kund. Der Lord-Mayor von London an der Spitze des Gemeinderathes redete den König an: „Wir heißen Ew. Majestät herzlich willkommen nach Ihrem glücklichen Siege über einen Sohn Mahomets. Sie haben diesen starken Löwen beim Barte ergriffen, haben ihm seinen Raub aus dem Rachen entrissen, zur unsterblichen Ehre Ew. Majestät, Ihrer Tapferkeit und Ihrer Führung“ [2]).

Die nächste Frage für den König war die Angelegenheit der Auflösung des bisherigen Parlamentes, der Berufung eines neuen. Er

[1]) Die Berichte Auerspergs und Hoffmanns vom 21. October.

[2]) Sylvius t. IV, b. 40, p. 115.

Digitized by Google

hatte den Entschluß dazu kund gegeben bereits vor seinem Aufbruche nach dem Festlande. Vom Feldlager aus erörterte er mit Shrewsbury die Frage, ob die Auflösung und die Neuwahl auszuschreiben seien durch die Lords Justices. Shrewsbury zog Somers und Sunderland zu Rathe. Er legte dann die Sache den Reichsverwesern vor. Sie kamen überein, daß ein durch sie berufenes Parlament zwar rechtmäßig und gesetzlich, daß jedoch vielleicht ein Zweifel erhoben werden könne, und daß darum es besser sei, die Auflösung zu verschieben bis nach der Ankunft des Königs[1]). Es ist aus der Haltung dieser Briefe erkennbar, daß Shrewsbury zugleich damit beabsichtigte, die Ueberfahrt des Königs zu beschleunigen.

Noch am Abende der Ankunft des Königs in Kensington, am 11./21. October, versammelten sich um ihn die Mitglieder des geheimen Rathes. Die Auflösung des Parlamentes ward beschlossen. Zugleich mit der Ankündigung erfolgte die Ausschreibung der Wahlen zu dem neuen Unterhause, so wie die Einberufung desselben auf den 22. November/1. December. Die Whig-Partei hielt im voraus sich des Sieges für sicher. Es hieß, daß der König, um den Krieg fortzuführen, die Einführung der indirecten Steuern verlange, die man nach damaliger Weise die General-Accise nannte, und daß die Whig-Partei dazu ihm erbötig sei[2]).

Der König selber meldet die Lage der Dinge in England in den ersten Tagen nach seiner Ankunft an Heinsius mit folgenden Worten: „Ich habe die Stimmung hier ziemlich günstig gefunden, und man verspricht mir in Betreff des neuen Parlamentes einen erwünschten Ausfall der Wahlen. Die Vorbereitungen zu denselben sind bereits aller Orten im Gange. Da keine dringende Angelegenheit hier mich bindet, so habe ich mich entschlossen, einen Theil des Landes zu besuchen, den ich früher nicht gesehen. Vielleicht macht das einen guten Eindruck. Diese Fahrt wird drei Wochen in Anspruch nehmen, unsere Correspondenz jedoch darunter nicht leiden" [3]).

Bevor der König aufbrach, besuchte er die Prinzessin Anna. Der kleine Herzog von Gloceſter, damals sechsjährig, trat vor ihn und

[1]) Correspondence of Shrewsbury p. 96.

[2]) Auerspergs Bericht vom 25. October.

[3]) Grovestins t. VI, p. 524. Vom 25. October.

Digitized by Google

hielt eine Anrede. Er sagte, daß er unabläſſig den lieben Gott bitte um Sieg für den Oheim. Indem er sein kleines Gewehr emporhob, fuhr er fort, daß er täglich mit demſelben exercire, um im nächſten Jahre mit gegen die Franzoſen zu Felde zu ziehen. Dem Könige gefiel das ſo ſehr, daß der Knabe ſeine Rede mehrmals wiederholen mußte. Die Prinzeſſin Anna hatte dies Entgegenkommen nicht zu bereuen. Es war damals eine Ritterſchaft des Hoſenband-Ordens erledigt. Sie ward, wie üblich, viel umworben. Aber der König erſchien unerwartet bei der Prinzeſſin, um den kleinen Herzog damit zu bekleiden. Er ſtellte der Prinzeſſin den Palaſt St. James wieder zur Verfügung. Ungeachtet der formellen Ausſöhnung, die nach dem Tode der Königin ſtatt gefunden, riefen doch dieſe Schritte der freundſchaftlichen Annäherung Erſtaunen hervor. Der König mochte mit Hoffnung auf den Knaben ſchauen, ſein Pathenkind. In den Berichten der fremden Geſandten erklingt je dann und wann die Meldung, daß auf die Lebensfähigkeit des kleinen Prinzen wenig zu bauen ſei [1]).

Größeres Aufſehen erregte indeſſen der Beginn der Reiſe des Königs. Er verweilte acht Tage lang in Althorp, dem Beſitze des Grafen Sunderland.

Wir haben dieſen Mann kennen gelernt zur Zeit des Königs Jacob, und blicken, gemäß den damals nur Wenigen bekannten Schriftſtücken, in denen ſein Walten und Thun verzeichnet ſteht, wahrſcheinlich tiefer in ihn ein, als einer der Zeitgenoſſen es vermochte. Indeſſen, wenn man auch nicht alles wußte, ſo doch genug. Das erſte Parlament Wilhelms III. hatte die Amneſtie für ihn nicht zugeſtanden. Die General-Amneſtie des Königs hernach begriff ihn mit ein. Den Makel indeſſen, der an ſeiner Perſon haftete, nahm ſie nicht hinweg. „Er iſt bei der Nation verhaßt und verachtet, meldet Auersperg, und die Vertraulichkeit mit ihm bringt dem Könige großen Nachtheil" [2]).

Auersperg benutzte gelegentlich eine vertrauliche Stimmung des Grafen Portland zu der Frage, wie es komme, daß der König einen Mann verwende, der ſo allgemein verhaßt, daß ein Angriff vom

[1]) Sylvius t. IV, b. 40, p. 121. — Auerspergs Bericht vom 25. November.
[2]) Auerspergs Berichte vom 28. October und 4. November.

Digitized by Google

Parlamente aus wider ihn früher oder später zu befürchten stehe. Portland erwiederte: „Die Nothwendigkeit fordert es. Sehen Sie sich in England um. Sie finden nicht Eine Persönlichkeit von gleicher Befähigung wie Sunderland. Darum muß man, wo eine Auswahl nicht vorhanden, über Manches hinwegsehen. Auch hat Sunderland sich mit allen seinen Gegnern ausgesöhnt. Er wird um so getreuer dienen, weil sein Heil völlig abhangt von dem Glücke des Königs" [1]).

Wir erinnern uns, daß Sunderland auch damals, was sehr Wenigen bekannt sein mochte, in Verbindung stand mit dem Hofe von St. Germain [2]).

Ob der König Wilhelm III. dies wußte, möchte schwer zu sagen sein. Aber auch wenn er es wußte, so dürfte dies bei ihm nicht gegen Sunderland entschieden haben. Er hatte dasselbe gewußt von Shrewsbury. Und dennoch hatte er ihn wieder an sich gezogen. Er hatte eben dasselbe gewußt von Marlborough. Und dennoch hatte er ihn wieder zugelassen. Er konnte eben dasselbe wissen über Godolphin. Und dennoch war er bestrebt ihn zu halten. An Befähigung, an Kenntnissen, an Einsicht stand Sunderland Keinem von diesen nach. Für das Uebrige war der König Wilhelm sich selber klar über den Unterschied, welcher obwaltete zwischen ihm und dem Könige Jacob.

Viele waren der Ansicht, daß die Schwägerin von Portland, Miss Villiers, welche bezeichnet wird als die Dame des Königs, viel dazu beigetragen, Sunderland bei dem Könige emporzuheben. Sie war, vom Könige reich dotirt, damals im Begriffe einen schottischen Lord zu heirathen, den dritten Sohn des Herzogs von Hamilton. Wenn jene Meinung richtig ist, so wußte Sunderland es der Dame keinen Dank; denn er arbeitete für ihre Entfernung [3]). Gewisser ist, daß in Althorp die Häupter der Whig-Partei sich einfanden, daß Sunderland nun von ihnen getragen wurde. „Bei der sonst allezeit vom Könige bewiesenen Billigkeit, meldet Auersperg, gereicht das zur Verwunderung." Das Ansehen Sunderlands war im raschen Steigen. Er ward bezeichnet als der Minister hinter dem Vorhange. „Es ist

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 22. October 1697.

[2]) Macpherson's Original Papers vol. I, p. 525.

[3]) Auerspergs Bericht vom 2. December.

Digitized by Google

nicht zu glauben, sagt Auersperg, wie sehr das der englischen Nation misfällt" [1]).

Von Althorp aus trat der König seine weitere Rundreise an. Und dann bewährte sich die Erfahrung aller Zeiten, daß die Völker dem Willen, der Kraft ihre Huldigung darbringen. Viele Menschen reisten im November fünfzig englische Meilen weit, um nur an einen Ort zu gelangen, wo sie den durchfahrenden König erblicken konnten. „Es fehlen uns die Worte, melden die kaiserlichen Gesandten, die Zuneigung zu beschreiben, welche das englische Volk dem Könige auf dieser Rundreise entgegen getragen" [2]). Die Aristokratie, deren Schlösser der König berührte, wetteiferte in der Bethätigung einer freigebigen Gastfreundlichkeit. Auf einem derselben, Walbeck, dem Besitze des Herzogs von Newcastle, erschien vor dem Könige der Erzbischof von York mit seiner Geistlichkeit, um dem Könige Dank auszusprechen für die Bethätigung seines Titels als Vertheidiger des Glaubens. Der König berührte kurz die Stadt Oxford, wo die Universität ihre Huldigung darbrachte [3]), und traf am 9./19. November in Windsor, am 11./21. November wieder in Kensington ein.

Den Gesammt-Eindruck seiner Reise faßt er in die Worte an Heinsius: „Ich bin gestern hierher zurückgekehrt, befinde mich wohl und sehr befriedigt mit meiner Reise. Das Wetter war schön und das Volk trug mir seine Zuneigung entgegen" [4]).

Jener Dank des Erzbischofs von York an den König, daß er in Wahrheit ein Vertheidiger des Glaubens sei, verdient in besonderer Weise unsere Aufmerksamkeit. Es spiegelt sich darin allerdings die Auffassung vieler Engländer wieder, sowohl der Zeitgenossen wie demgemäß auch ihrer Nachwelt. Es ist das ähnliche Verhältnis, wenn auch in umgekehrter Weise, wie in Frankreich. Dort redeten eben

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 22. November. — Eben so Hoffmann vom 5. November.

[2]) Auerspergs und Hoffmanns Berichte vom 18. und 22. November.

[3]) Lexington Papers p. 141. Die Sage von dem Briefe, der vor der Absicht der Vergiftung in Oxford gewarnt habe, ist von Macaulay gewürdigt.

[4]) Grovestins t. VI, p. 525.

Digitized by Google

damals die Bischöfe von Soissons und Nismes im Namen des gesammten französischen Episcopates zu dem Könige Jacob und zu Marie Beatrice. Sie priesen das königliche Paar, welches getreu dem göttlichen Gebote, ungeachtet der eindringlichsten Versuchung, weltliche Macht und Größe zum Opfer gebracht für die Sache der Religion [1]). Bei dem Stande der politischen Einsicht der Unterthanen Ludwigs XIV., ob weltlich, ob geistlich, ist es wahrscheinlich, daß diese Bischöfe nicht bloß eine Schmeichelei anbringen wollten, sondern selber glaubten was sie sagten.

Uns Späteren jedoch liegt es ob, bei jedem neuen Anlasse dieser Art dahin zu trachten, den wahren Sachverhalt in klares Licht zu stellen.

Die Capitulation von Namur an sich schon, wenn sorgfältig erwogen, würde den anglicanischen Bischöfen einerseits, denjenigen Ludwigs XIV. andererseits, kund gethan haben, daß es sich in diesem Kriege nicht handele um die Religion. Der erste Artikel derselben stellte von französischer Seite das Verlangen, daß in Namur nur die römisch-katholische Religion ausgeübt werden solle, nicht eine andere. Die Antwort von Seiten der Verbündeten lautete: „Zugestanden" [2]).

Es ist möglich, daß dennoch dies Verlangen von französischer Seite hervorging aus derselben Absicht wie so viele andere Schritte, nämlich einen Zankapfel in die Coalition zu schleudern. Denn die siegende Armee bestand ja doch der großen Mehrzahl nach aus Protestanten, und namentlich war der Oberfeldherr eben derjenige Fürst, den jener anglicanische Erzbischof bezeichnete als den Vertheidiger des Glaubens in seinem Sinne, nämlich als den Vorkämpfer der Hochkirche von England. Wenn Frankreich mit jenem Verlangen eine Absicht der Trennung verband: so schlug sie sofort fehl. Denn der König und seine Armee stritten hier weder für das eine Kirchenthum, noch für das andere, sondern für die allgemeine Sache des Bundes wider Frankreich. Innerhalb dieses Bundes und namentlich innerhalb des eigenen Landes hatte jeder einzelne Genosse desselben sein eigenes volles Recht. Namur war eine Stadt des Königs von Spanien. Sie sollte zurückkehren unter die Regierung ihres rechtmäßigen Königs.

---

[1]) Sylvius t. IV, b. 40, p. 69 und p. 76.

[2]) A. a. O. p. 91.

Digitized by Google

Die Capitulation mußte daher von Seiten der Verbündeten geschlossen werden in seinem Geiste und Sinne, also mit der Zustimmung zu jener ersten Bedingung der Franzosen. Den Verbündeten ihrerseits mochte dabei auch nicht ein leiser Scrupel aufsteigen, da, aller Wahrscheinlichkeit nach, in Namur auch nicht ein einziger Nicht-Katholik sich befand.

Dennoch bestand innerhalb der Allianz ein besonderes Verhältnis, und zwar gerade zwischen den beiden Häuptern derselben, nach welchem in kirchlicher Beziehung dem Kaiser nicht eine directe Einwirkung auf die drei Reiche Wilhelms III. zustand, aber das Recht der Verwendung bei dem Könige zu Gunsten der Katholiken. Dies Verhältnis gründete sich, wie wir seiner Zeit vernommen, auf das Versprechen, welches der Oranier vor seiner Expedition von 1688 dem Kaiser gegeben. Wir haben beobachtet und werden ferner beobachten, daß der Kaiser dieses Recht nicht ruhen ließ.

Unter den Katholiken in England jedoch befand sich eine Partei, welche die Religion in derjenigen Weise auffaßte, wie es den Wünschen Ludwigs XIV. und Jacobs II. entsprach. Die Hoffnungen dieser Partei waren neu belebt durch den Tod der Königin Mary. Wir werden die Entschlüsse, die bei Einigen derselben daraus entkeimten, im Beginne des Jahres 1696 kennen zu lernen haben. Bereits im Juli 1695 jedoch erregte die Rührigkeit einiger Jacobiten die Aufmerksamkeit der Regierung. Wir haben den kaiserlichen Residenten Hoffmann darüber zu hören.

„Da die Regierung wahrgenommen, meldet er dem Kaiser am 15. Juli, daß die hiesigen Jacobiten, katholische und andere, mehr als gewöhnlich sich versammeln: so hat sie den Gemeinderath und die Richter dieser Stadt vor sich beschieden und ihnen anbefohlen, die Gesetze in Betreff der Katholiken zu vollziehen. Diese Gesetze verlangen die Ablieferung der Waffen und der Reitpferde, und verweisen diejenigen, die nicht hausgesessen sind oder sonst eine Bürgschaft ihres Verhaltens bieten, auf zehn Meilen von London. Da dies die Religion direct nicht angeht, so ist es zu ertragen. Aber nicht bloß dies. Das Verhalten von vielen dieser Personen ist ganz unverantwortlich. Eine Anzahl von Jacobiten, unter denen auch Katholiken, haben neulich bei hellem Tage öffentlich auf der Straße die Gesundheit des Königs Jacob getrunken, die Vorübergehenden aufgefordert ihnen Bescheid zu

Digitized by Google

thun, und die Weigernden mishandelt. Nicht bloß ist einem Benehmen dieser Art gegenüber jenes Einschreiten nöthig, sondern die Thäter hätten auch eine schärfere Behandlung verdient. Und zwar dies besonders in Betracht der großen Freiheit, deren man die Katholiken in der Ausübung der Religion hier genießen läßt. Diese Freiheit ist — wie ich mit Wahrheit sagen darf — seit den fünfzehn Jahren, die ich hier weile, niemals größer gewesen als unter dieser Regierung." Hoffmann schließt also die Zeit des Königs Jacob II. von 1685 bis Ende 1688 mit ein.

Die Klagen des Grafen Perth, des Gesandten von Jacob II. in Rom, haben uns gezeigt, daß man dort dieses Verhältnis nicht verkannte. Wir erinnern uns seiner heftigen Beschwerde wider den Kaiser, der durch seine Gesandten dort für den Usurpator eintrete, wider die Jesuiten, welche das Verhalten des Kaisers rechtmäßig nannten. Aber auch von Seiten der katholischen Engländer und Irländer, welche im Auslande lebten, ohne darum mit dem Könige Jacob gemeinschaftliche Sache zu machen, ward dem Könige Wilhelm III. wie dem Kaiser diese Anerkennung dargebracht. Diejenigen von ihnen, die eine nähere Kunde des Verhältnisses der beiden Häupter besaßen, bemühten sich vermittelst desselben zu Gunsten ihrer Landsleute einzuwirken. So besonders der Graf Carlingford aus Irland, der, im Dienste der Königin-Herzogin Eleonore von Lothringen, der Schwester des Kaisers, seinen Wohnsitz in Innsbruck genommen. Von dort aus wendete er sich im Sommer 1695 an den Beichtvater des Kaisers, den Jesuiten Menegatti. „Es ist unzweifelhaft, sagt er, daß in England, welches den Augen von ganz Europa offen liegt, die Sache der katholischen Religion mit großer Nachsicht behandelt wird, und vielleicht milder als unter Carl II. Anders jedoch steht die Sache in Irland. Die Beschlüsse des dortigen Parlamentes zur Austreibung der religiösen Orden sind sehr hart. Es ist zu wünschen, daß der französischen Politik der Vorwand genommen werde, in Rom und an anderen Orten das Gerücht auszubreiten, daß England und Holland, unter dem Vorgeben des Gemeinwohles von Europa, dennoch nichts Anderes bezwecken als die Austilgung der katholischen Religion" [1]).

[1]) Carlingford an Menegatti, 14. September 1695, im k. k. Archiv. Anglica.

Digitized by Google

Menegatti überlieferte das Schreiben Carlingfords dem Kaiser. Leopold zog Erkundigungen ein über diese Beschlüsse des irischen Parlamentes. Unter denselben ward im kaiserlichen Rathe als aller wahren Freiheit widersprechend besonders der eine Beschluß hervorgehoben, welchem gemäß die Kinder katholischer Eltern in nicht-katholische Schulen gezwungen werden sollten. Die Absicht eines solchen Beschlusses, sagte man, sei die Ausrottung der katholischen Religion. Der Kaiser gab dem Grafen Auersperg den Auftrag, zunächst dem Könige Wilhelm seinen Dank auszusprechen für die Gelindigkeit, mit welcher die Gesetze in Betreff der Katholiken in England gehandhabt würden, dann jedoch hinzuweisen auf Irland, auf die Beschlüsse des Parlamentes dort. Mit glimpflicher Erinnerung an das schriftliche Versprechen des Königs vor seiner Expedition von 1688, und mit Hervorhebung der Gefahr, welche für den Bestand der Allianz erwachse, wenn die französische Politik den Vorwand der Religionsverfolgung in Irland erhalte, soll der Graf Auersperg im Namen des Kaisers den König ersuchen, den Beschlüssen des irischen Parlamentes gegen die Katholiken die Sanction nicht zu ertheilen. Der Auftrag schließt mit den Worten: „Du hast auch Sr. Liebden zu versichern, daß wir die hierin den Katholiken — welche wir sonst, wenn sie gegen die schuldige Treue sich vergreifen, nicht entschuldigen — zu erweisende Gunst und Milde ansehen werden als eine besondere uns auferlegte Verpflichtung, und nicht anders als ob uns selbst eine große Freundschaft und Wohlthat widerfahren wäre" [1]).

Da der König sich auf der Rundreise befand, so begab sich Auersperg zu dem Staats-Secretär Trumball. Dieser bemerkte: der Gegenstand sei delicater Natur, namentlich beim Beginne eines neuen englischen Parlamentes. Auersperg erwiederte: „Ich kann nicht anders sagen als daß die katholische Religion hier sich über die Regierung des Königs nicht zu beklagen hat. Wie der Kaiser nicht zweifelt, daß dies geschieht in Rücksicht auf die Allianz mit dem Erzhause: so bringt er dafür seine volle Erkenntlichkeit entgegen. Ich fasse nicht, weshalb diese Sache jetzt delicater sein soll als zu Anfang, bemerke jedoch

[1]) Kaiserliches Rescript vom 14. October, an die Grafen Kaunitz und Auersperg.

Digitized by Google

ausdrücklich, daß ich nur diejenigen Katholiken im Auge habe, welche auf Grund der Capitulation von Limerick die freie Uebung ihrer Religion verlangen, und daß ich nicht eintreten will für diejenigen, welche die Religion zum Deckmantel der Verschwörung benutzen". Trumball übernahm es zu berichten [1]).

Die Antwort durch Shrewsbury erfolgte sofort. Der König, meldete er, habe die Vorstellungen des Grafen Auersperg angenommen, und lasse erwiedern, der Gesandte möge dem Kaiser versichern, daß der König den irischen Katholiken nicht bloß allezeit Schutz und Gunst versprochen, sondern auch dies Versprechen halten wolle. Die Katholiken würden die Zuneigung verspürt haben, die der König ihnen entgegen trage. So werde er es ferner thun, mit der Einschränkung jedoch, in so weit es in seiner Macht liege. Der König wisse nicht, in welcher Beziehung das irische Parlament die Capitulation von Limerick überschritten: der Graf Auersperg möge dies näher angeben [2]).

Hier war dem Gesandten der feste Boden gegeben. Als nächstes Object stand ihm im Vordergrunde der Beschluß des irischen Parlamentes, die religiösen Orden auszutreiben. Der Beschluß stützte sich nicht bloß auf den zu allen Zeiten in solchen Fällen roher Gewalt üblichen Vorwand, daß die Orden staatsgefährlich, sondern auch auf die Behauptung, daß die Zahl der Mönche und Nonnen in Irland, vier- bis fünftausend, dem Volke zur Last gereiche. Nach den Erkundigungen, die Auersperg bei katholischen Irländern einzog, war die letztere Behauptung thatsächlich begründet. Er eröffnete dies dem Staats-Secretär, und schlug als das geeignete Mittel vor, eine Mahnung an die Oberen der Convente zu erlassen. Dagegen bat er, daß der Beschluß des irischen Parlamentes nicht im geheimen Rathe des Königs zur Verhandlung komme. Der Tag dazu war bereits bestimmt. Der Lord Keeper Somers hatte die Sache vorzutragen.

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 8. November.

[2]) Auerspergs Bericht vom 15. November. Die Stelle in Betreff der Zuneigung lautet wörtlich: „Ja sie (die irischen Katholiken) hätten verspürt, was für eine tendresse — mich des Wortes zu bedienen, welches der duke of Shrewsbury in den Brief an Trumball gesetzt — Er, der König, für sie gehabt und noch werde haben".

Digitized by Google

Trumball brachte die Einwände Auerspergs an den König. Auch Somers ward ins Vertrauen gezogen. Der Vortrag fand nicht statt [1]).

Dagegen bat Trumball um tiefes Geheimnis in dieser Sache. Das Lautwerden derselben, meinte er, würde dem Könige deshalb sehr nachtheilig sein, weil unter den Engländern wider die irischen Katholiken eine besondere Erbitterung herrsche. Auersperg erkannte dies durchaus an. Er bemühete sich dem wohlwollenden Entgegen-Kommen auch seinerseits zu entsprechen. Er unterredete sich darüber mit dem alten Bischof Leyburn, den einst Jacob II. herberufen. „Er ist ein wackerer, braver Mann, meldet Auersperg, ganz zufrieden mit seinem Loose, obwohl er sich nur von Almosen erhält. Er sagt, daß seine Vorgänger im Beginne der Kirche es ja auch nicht besser gehabt." So Auersperg an den Kaiser. In einem Privatbriefe an Kinsky fügt er hinzu: „Der Bischof Leyburn, ein sehr ehrenwerther Mann, lebt in großer Armuth, und S. K. M. würde durch das Verleihen einer Unterstützung an ihn in Form eines Jahrgehaltes ein gutes Werk thun. Dies ließe sich machen in einer Weise, daß Niemand eine Kunde davon erhielte". So geschah es. — Leyburn ging bereitwillig ein auf den Vorschlag von Auersperg, eine Mahnung an alle Untergebene zu richten, daß sie nicht, unter dem Vorwande der Religion, sich herbeilassen möchten zu irgend welchen Umtrieben gegen die Regierung. In derselben Weise suchte Auersperg nach Irland hin zu wirken, und namentlich die Oberen der Klöster zu warnen, daß sie nicht einen Vorwand gegen sie darbieten möchten [2]).

Die Acte des irischen Parlamentes über die Austreibung der religiösen Orden erhielt damals nicht die Sanction des Königs Wilhelm. Die Angelegenheit wird abermals an uns herantreten im Herbste des Jahres 1697.

Der Graf Auersperg hatte jedoch im Namen des Kaisers noch andere Wünsche geltend gemacht. Am 23. December trat der Staats-Secretär Trumball zu ihm mit der Meldung: „Der König hat alle Acte des Parlamentes von Irland in Betreff der Katholiken unterdrückt. Melden Sie dies dem Kaiser, und ferner, daß, auf seine

[1]) Auerspergs Bericht vom 25. November.

[2]) Auerspergs Berichte vom 29. November und 2. December.

Digitized by Google

Verwendung, der König alles thun wird was er vermag, um die Lage der Katholiken zu erleichtern" [1]).

Die hauptsächliche dieser Thatsachen, nämlich die Verweigerung der königlichen Sanction für jene Acte, konnte der Natur der Dinge nach nicht ein Geheimnis bleiben. Sie ward von den Zeitgenossen erörtert, je nach ihrer Kenntnis oder Vermuthung. „Der König, sagt ein Holländer, würde wünschen, daß ganz Irland protestantisch wäre, wird jedoch niemals suchen dies zu erreichen durch Mittel des Unrechtes und der Gewalt wie die Austreibung der Klostergeistlichen" [2]).

So der Stand der Dinge im Jahre 1696.

Wie der Kaiser Leopold thätig war für den inneren Frieden in den Ländern seiner Bundesgenossen, so nicht minder für den Frieden derselben unter einander. Es gab zwei wichtige, gefahrdrohende Differenzen: die eine zwischen England und Schweden, die andere zwischen Spanien und der Republik Holland. Der Kaiser bot in beiden Fällen seine Vermittelung an.

Die Differenz von England und Schweden betraf zunächst die schwedische Fregatte, welche von zwei englischen, weil jene sich des geforderten Grußes geweigert, mit Gewalt angegriffen und in die Themse gebracht war. Der Vorgang hatte in Stockholm eine tiefe Verstimmung hervorgerufen. Dänemark hatte dann diese zu benutzen gesucht. Die Zeit sei gekommen, sagte Dänemark, den einige Jahre vorher geschlossenen Vertrag zu erfüllen, und durch ein gemeinschaftliches Geschwader eine Satisfaction zu erzwingen. Die unvermeidliche Folge wäre gewesen der Krieg der nordischen Kronen mit den Seemächten England und Holland. Allein Carl XI. von Schweden hegte ein unüberwindliches Mistrauen gegen Dänemark. Wenn einmal die Dinge zum Bruche gekommen, meinte er, würde Dänemark ihn stecken lassen und sich zu den Gegnern schlagen. In der That war ja die dänische Politik jener Zeit diejenige des Wetterhahns. Wie die Beziehungen von Kopenhagen mit Versailles niemals abrissen, die

[1]) Auerspergs Bericht vom 23. December.

[2]) Sylvius t. IV, b. 40, p. 132.

Digitized by Google

Subsidien von dort nicht stockten: so wurden doch von Zeit zu Zeit immer wieder Anknüpfungen in London und im Haag versucht. Die Besorgnis Carls XI. mochte daher nicht ungegründet sein. Andererseits mahnten die inneren Zustände von Schweden ab von jeder äußeren Verwickelung. Die gewaltsame Reduction der Krongüter hatte den Adel sehr verstimmt, und nicht wenige Mitglieder desselben harrten einer günstigen Gelegenheit. Darum zauderte Carl XI. nicht, die angetragene Vermittelung des Kaisers anzunehmen [1]).

Auersperg erörterte die Sache mit dem Staats-Secretär Trumball. „Warum nicht, fragte er, das Auskunftsmittel von Carl II. nachahmen, der seinen See-Capitainen befahl, neutrale Fahrzeuge passiren zu lassen, als bemerke man sie nicht?" — „Allerdings, entgegnete Trumball, ist es damals so gehalten. Aber Carl II. hatte nicht einen Kron-Prätendenten zu fürchten. Was immer der König Wilhelm III. an dem Anspruche der Engländer auf die Begrüßung in diesen Meeren ändere: er würde dadurch als Fremder sich verdächtig machen" [2]).

Der König Wilhelm III. hatte zunächst die Beschlagnahme der schwedischen Fregatte aufgehoben. Es handelte sich dann um die Ausfahrt derselben. Für diesen Fall ward der Vorschlag von Auersperg angenommen. Dennoch geschah es in einer besonderen Weise. Ein englisches Geschwader lag vor der Themse: es drohte also bei der Ausfahrt dem Schweden dieselbe Gefahr. Trumball ersuchte den Grafen Auersperg, wie aus sich selber mit dem schwedischen Residenten zu reden, damit dieser dem Capitain der Fregatte rathe, während der Nacht oder in der Morgenfrühe auszusegeln. Trumball übernahm dafür die Verpflichtung Sorge zu tragen, daß das englische Geschwader die schwedische Fregatte nicht bemerke. So geschah es. Nach einigem Sträuben willigte der Schwede in das Auskunftsmittel. Die erste dringende Forderung Carls XI. war damit erfüllt [3]).

Schwieriger indessen war die zweite Forderung: Carl XI. verlangte Satisfaction für das Vorgefallene und Sicherheit gegen eine

[1]) Ich folge einer Denkschrift in den Robethon-Papieren des St. A. H.
[2]) Auerspergs Bericht vom 28. October.
[3]) Desgleichen vom 15. November.

Digitized by Google

Wiederholung in Zukunft. Auersperg trat vor den König. Wilhelm III. versicherte, daß er mit Freuden die Vermittelung des Kaisers annehme und die Wichtigkeit der Sache durchaus anerkenne. Dann jedoch äußerte er sich in ähnlicher Weise wie Trumball. „Um ganz offenherzig zu reden, sagte er, muß ich Ihnen aussprechen, daß ich in dieser Sache nicht Meister bin. Die Engländer allesammt sind in diesem Puncte der Ehre ihrer Flagge gar zu achtsam und mistrauisch. Eine offenkundige Satisfaction an die Krone Schweden würde viele Inconvenienzen nach sich ziehen. Wenn ich nicht irre, haben Sie selbst einmal gesagt, die Krone Schweden würde sich begnügen können, wenn Aehnliches sich nicht wieder ereignete und man schwedische Schiffe nicht mehr wahrnähme, in derselben Art wie es zu den Zeiten Carls II. gegenüber französischen Schiffen geschah." Auersperg erwiederte, daß darüber aber ein Vertrag bestanden habe des Inhalts, daß jeder der beiden Könige an seinen Küsten dasselbe Recht ausüben solle. „Ich kenne den Vertrag, erwiederte Wilhelm III., der betreffende Artikel ist so unklar gefaßt, daß er in jedem einzelnen Falle verschieden ausgelegt werden kann" [1]).

Die Unterredung endete nicht mit einem positiven Ergebnisse. Allein wie Carl XI. dem Kaiser seine Disposition zu einem gütlichen Abkommen betheuert hatte, so hatte sich bei dem Könige Wilhelm III. dieselbe Neigung thatsächlich herausgestellt. Auersperg entsendete sofort den Bericht nach Stockholm. Es gelang ihm, auf der von ihm vorgeschlagenen Basis die Sache zu vergleichen.

Ungleich schwieriger dagegen war die andere Differenz mit Spanien.

In so starken Ausdrücken man sich im kaiserlichen Rathe über das Verhalten des Schonenberg in Madrid erging: so hatte doch der Schritt des spanischen Ministeriums, ihn durch Gerichtsdiener zur Stadt hinausführen zu lassen, eben so geringen Anspruch auf Billigung [2]). Auersperg erhielt den Auftrag die kaiserliche Vermittelung anzubieten. Es ist von besonderer Wichtigkeit das Verhalten des Königs von England in diesem Falle zu beobachten.

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 16. December.

[2]) Protokoll der Conferenz vom 23. Januar 1696.

Digitized by Google

Auersperg machte verschiedene Versuche bei den beiden Staats-Secretären. Sie gingen nicht darauf ein. Die Sachlage, sagten sie, sei ihnen nicht bekannt. Er schrieb an Portland. Es kam keine Antwort. Er sah, daß er an den König selbst sich zu wenden habe.

Nach der damals in England üblichen Weise erschienen die Gesandten täglich bei Hofe. Der König pflegte dann den einen oder den anderen im Cercle anzureden. Eines Tages als er das Wort an Auersperg richtete, benutzte dieser die Gelegenheit zu der Bitte um eine besondere Audienz in der Sache Schonenbergs. Er fügte den Zweck hinzu: das Angebot der kaiserlichen Vermittelung. Nach einigem Schweigen erwiederte der König: „Morgen". Auersperg befragte in Betreff des Näheren den Herzog von Shrewsbury. Dieser erwiederte: obwohl nicht informirt, wolle er im voraus versichern, daß der König in diesem Falle, wie jederzeit, bereitwillig die Vermittelung des Kaisers annehmen werde [1]).

Am nächsten Morgen stellte sich Auersperg in Kensington. Der König war nicht anwesend, war auf der Jagd. Im Laufe des Tages ward kund, daß der spanische Botschafter Canales ein Schreiben des Ceremonienmeisters Cotterel erhalten. Es lautete: „S. M. befiehlt dem Ritter Cotterel, dem spanischen Botschafter kund zu geben, daß, bis S. M. in der Angelegenheit des Schonenberg vom Hofe zu Madrid Genugthuung erhalten, S. M. von dem Botschafter keine Schrift annehmen wird, auch ihm auferlegt sich vom Hofe und der Gegenwart des Königs fern zu halten". Zugleich traf vom Haag aus die Nachricht ein, daß die Generalstaaten in ähnlicher Weise wider den Don Quiros verfahren. Auersperg eilte zu dem Staats-Secretär Shrewsbury. Die Sache war diesem nicht bekannt. Der Gesandte begab sich zu dem anderen, Trumball. „Ich habe bisher kein Wort davon gewußt," erwiederte dieser. „Eben dieselbe Antwort, versetzte Auersperg, hat mir Shrewsbury gegeben." — „Ich glaube es, entgegnete Jener. Denn es geht hier in allen Dingen so zu, daß der König keinen Menschen um Rath fragt, außer einigen wenigen, die vielleicht nicht so sehr seine Diener sind, wie er selbst es glaubt." — Auersperg fuhr fort: „Ich habe den Auftrag zur Vermittelung gehabt, um allen

[1]) Auerspergs Bericht vom 9. December.

Digitized by Google

Weiterungen zuvorzukommen. Dieser Schritt jedoch geht über alle Erwartung hinaus. Canales und Quiros — hier sind zwei getroffen für den einen. Dem Feinde ist dadurch die Hoffnung geboten die Allianz zu zertrennen. Ich habe nicht gedacht, daß der König, der auf wahren Ruhm hält, eine geringe Angelegenheit so weit treiben würde" [1]).

Einige Tage später fand jene andere Audienz in Betreff der schwedischen Sache statt. Auersperg erwähnte die spanische Angelegenheit nicht. Als er sich zum Fortgehen wendete, hielt der König ihn an und sagte: „Es thut mir leid, daß ich mit dem spanischen Gesandten zu dieser Demonstration habe kommen müssen. Nachdem ich, in der Hoffnung, Spanien werde sich eines besseren besinnen, so lange mit meinem Entschlusse gezaudert, wird man hoffentlich meine Mäßigung anerkennen. Dem Einen ist seine Ehre so lieb wie dem Anderen, und das spanische Verfahren gegen Schonenberg ist derartig gewesen, daß ein gekröntes Haupt dem anderen gegenüber es nicht schweigend hinnehmen darf. Ich versichere Ihnen, daß dieses kleine Misverständnis in der Hauptsache nichts ändern soll. Ich lebe der Zuversicht, daß der Kaiser mithelfen wird aus dieser Sache zu kommen. Es ist mir nicht unbekannt, daß die französische Partei in Madrid dieses Werk treibt. Suchen wir zuvorzukommen, und weitere Dinge zu verhüten" [2]).

Es scheint, daß der König in dieser Rede nicht alles gesagt. Nach der Ansicht von Auersperg wäre er gern der Verwickelung entronnen, jedoch so, daß Schonenberg, den er nicht entbehren zu können meinte, in Madrid bliebe. Demgemäß sollte der Doppelschlag in London und im Haag ein Mittel sein, dies zu erzwingen. Es fragte sich, ob es in Betreff Spaniens das rechte war. Auersperg war nicht dieser Ansicht. Ein Engländer sagte zu ihm im Sinne des Königs: Schonenberg werde von der französischen Partei in Madrid verfolgt, von den Gutgesinnten gehalten. Auersperg erwiederte: „Die Ansicht, daß Schonenberg in Madrid bleiben könne, halte ich nicht für richtig. Die Spanier, einmal in solcher Weise engagirt, lassen nicht davon.

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 13. December.

[2]) Desgleichen vom 16. December.

Digitized by Google

Sie haben, wenn der Sohn das elterliche Haus verläßt, ein Sprichwort. Es lautet: Mein Sohn, erst die Ehre, dann die Frömmigkeit. — Danach handeln sie" [1]).

Wie in Betreff Spaniens dieser kundige Augenzeuge das Verfahren des Königs nicht für das geeignete hielt, eben so wenig in Betreff Englands. Immerhin mochte Schonenberg für Wilhelm III. nützliche Dienste leisten: formell leistete er sie als Holländer im Auftrage der Generalstaaten, nicht des Königs von England. Dieser hatte in Madrid seinen eigenen Gesandten, Stanhope. Wenn also dem Schonenberg in Madrid ein Unrecht widerfahren war: so betraf dasselbe die Republik Holland, nicht das Königreich England. Durch das Vorgehen jedoch wider Canales, den spanischen Gesandten in London, hatte Wilhelm III. das Königreich England mit in die Sache verwickelt, demnach auch in die möglichen Consequenzen derselben. „Die englische Nation, meldet Auersperg, ist mit dieser Repressalie sehr übel zufrieden. Jedermann sagt mir, daß nur noch der Kaiser aus dieser Schwierigkeit helfen könne" [2]).

Inzwischen hatten die Mitglieder des Parlamentes sich in London gesammelt.

Man rechnete, daß unter den 513 Mitgliedern des Unterhauses 180 neu gewählt waren, also über ein Drittel. Die Whig-Partei hatte das Uebergewicht, jedoch nicht in dem Maße, wie man vorher erwartet. Am 22. November/2. December trat das Parlament zusammen. Der König erschien im Ornate im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden und dann durch den Lord-Kanzler zur Wahl eines Sprechers auffordern. Dies war von Seiten des Königs an diesem Tage der einzige Act. Die Mitglieder des Unterhauses kehrten in ihre Räume zurück. Trumball schlug dort den Sprecher des vorigen Parlamentes vor, Foley. Es erhob sich kein Widerspruch. Am folgenden Tage, nachdem das Unterhaus seinen

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 16. December: Hijo mio, lo primero es el punto y despues el amor de Dios.

[2]) Desgleichen.

Digitized by Google

Sprecher präsentirt und der König die Wahl genehmigt hatte, hielt er seine Thronrede. Gemäß seinem uns von Anfang an bekannten Grundsatze sind diese Thronreden Wilhelms III. nicht der Ausdruck der Gedanken seiner Minister, sondern seiner eigenen. Die Rede lautet wie folgt [1]).

„Mylords und Herren. Mit großer Befriedigung trete ich heute vor Euch; denn nachdem ich solche Beweise der Anhänglichkeit meines Volkes empfangen, durch das Verhalten sowohl während meiner Abwesenheit als bei meiner Rückkehr, bin ich der Geneigtheit meines Parlamentes sicher."

„Ich bin in den gegenwärtigen Krieg eingetreten auf den Rath meines ersten Parlamentes, welches dies nothwendig hielt für die Vertheidigung unserer Religion und die Bewahrung der Freiheit Europas. Das letzte Parlament hat mit großer Bereitwilligkeit mich in den Stand gesetzt ihn fortzuführen, und ich kann nicht zweifeln, daß auch Euere Sorgfalt für die gemeine Sicherheit Euch die Verpflichtung auferlegen wird zu dem gleichen einstimmigen Eifer für die Fortführung. Dabei bin ich froh, daß die in diesem Jahre errungenen Vortheile uns einen vernünftigen Grund geben auch fernere Erfolge zu hoffen."

„Bei diesem Anlasse kann ich nicht umhin des Muthes und der Tapferkeit zu gedenken, welche in diesem Sommer die englischen Truppen bewiesen haben. Ich darf sagen, daß sie darin den höchsten Leistungen ihrer Vorfahren entsprochen haben. Es wird nicht bestritten werden, daß, ohne die Mitwirkung der Kraft und der Macht von England, es unmöglich sein würde, den Ehrgeiz und die Macht von Frankreich zu dämpfen."

„Meine Herren vom Hause der Gemeinen. Ich empfinde es schmerzlich, daß ich, vom Beginne meiner Regierung an, gezwungen gewesen bin von meinem Volke so viele und so schwere Lasten zu verlangen. Und doch lebe ich des Vertrauens, Ihr werdet mir darin zustimmen, daß für die Bedürfnisse des Krieges zu Wasser und zu Lande in diesem nächsten Jahre wenigstens eben so große Summen erforderlich sind, wie in der letzten Session mir bewilligt waren. Dies

[1]) Commons' Debates, vol. III, p. 2.

Digitized by Google

um so mehr, weil unsere Feinde ihre Kriegesmacht steigern, und die Nothwendigkeit unsere Seemacht zu erhöhen, klar zu Tage liegt."

„Die bewilligten Umlagen haben sich als sehr wenig ergiebig gezeigt."

„Der Zustand der Civilliste ist derartig, daß es für mich unmöglich ist zu bestehen, wenn nicht Ihr Sorge dafür tragt."

„Das Mitleid verpflichtet mich Euch hinzuweisen auf die traurige Lage der französischen Protestanten, die für ihre Religion leiden."

„Und darum, meine Herren, empfehle ich Euch angelegentlich, Eure Bewilligungen einzurichten nach diesen verschiedenen Erfordernissen."

„Ferner muß ich eine schwere Bürde zur Sprache bringen, die in Folge des übelen Zustandes unserer Münze zur Zeit auf uns lastet. Die Herstellung derselben wird vielleicht abermals die Nation beschweren; aber dieser Gegenstand ist von einer solchen Tragweite und solchem Gewichte, daß ich es für geeignet halte, ihn gänzlich der Erwägung meines Parlamentes anheim zu stellen."

„Ich habe dem letzten Parlamente empfohlen eine gute Bill aufzusetzen für die Aufmunterung und die Zunahme der Seeleute. Ich hoffe, Ihr werdet diese Session nicht vorüber gehen lassen, ohne darin zu arbeiten, und Ihr werdet Euer Augenmerk richten auf Gesetze, die geeignet erscheinen für die Beförderung des Handels, mit besonderem Bezug auf den ostindischen, damit er der Nation nicht verloren gehe. Da ferner der Krieg uns die Nothwendigkeit auferlegt eine auswärtige Armee zu haben, so wünsche ich, daß irgend ein Weg zur Werbung von Recruten ausgefunden werde, der nicht einen Anlaß zur Klage gäbe."

„Mein Wunsch mein Volk als durch ein neues Parlament vertreten zu begrüßen, hat die Eröffnung dieser Session spät hinausgezogen. Ich hoffe, Ihr werdet darauf Rücksicht nehmen, in so fern daß Ihr mit aller möglichen Beschleunigung die Geschäfte erledigt, und Ihr werdet eben so Euch in Erinnerung halten, daß, in Folge der langen Dauer der letzten Session, wir nicht bloß Vortheile verloren, die im Beginne des Feldzuges uns in Aussicht standen, sondern auch dem Feinde eine Gelegenheit geboten haben, die uns sehr nachtheilig hätte werden können. Ich hebe dies um so nachdrücklicher hervor wegen der großen Vorbereitungen, welche die Franzosen treffen, um frühzeitig den Feldzug zu beginnen."

Digitized by Google

„Mylords, ich habe Eure gute Neigung zu mir so oft erfahren, und, meine Herren vom Hause der Gemeinen, ich bin so völlig befriedigt mit der Wahl, welche mein Volk in Euch getroffen, daß ich mir einen glücklichen Schluß dieser Session verheiße, es wäre denn daß Ihr Euch zur Leidenschaftlichkeit und zur Zertrennung verleiten ließet. Da dies die einzige Hoffnung, die unseren Feinden noch geblieben: so zweifele ich nicht, Ihr werdet sie völlig zu nichte machen durch Euere Besonnenheit und Euere Liebe zum Vaterlande."

Die Rede ward mit lebhaftem Beifalle vernommen. Der Eifer im Unterhause gestattete nicht, daß es, wie zuerst beabsichtigt war, sich vertagte, um die noch rückständigen Mitglieder abzuwarten. Auf die Weihnachtsferien wurde von vornherein verzichtet. Alles solle dahin gerichtet werden, hieß es, daß der König bald wieder sich hinüber begeben könne. Am 26. November/6. December ward die Thronrede in Erwägung genommen. Der in solchen Fällen übliche Antrag der Opposition war, daß zuvor die Lage der Nation in Betracht gezogen werde. Nur vier Mitglieder erhoben sich dafür. Fast einmüthig beschloß das Unterhaus eine Adresse, welche erklang wie der Widerhall jener Thronrede. In gleicher Weise das Oberhaus [1]).

Die Mitglieder des Unterhauses insgesammt erschienen vor dem Könige, um die Adresse zu überreichen. Er sprach seinen Dank aus. „Unsere Interessen, fügte er hinzu, sind unzertrennlich, und ich wünsche nichts so sehr als das Glück dieses Landes, in welches Gott mich gesetzt hat."

Dem damaligen Brauche gemäß begaben sich nach der Ceremonie der Ueberreichung die Parlaments-Mitglieder hinab in die Weinkeller des Palastes, um des Königs Gesundheit zu trinken. Der Sprecher Foley brachte sie aus: „Möge Gott, sagte er, uns diesen Herrn erhalten! Dann werden die Lorbeerkränze, welche der König von Frankreich mit Unrecht seinen eigenen Standbildern aufsetzen läßt, ihm gebühren. Denn ich zweifele nicht, er wird von nun an binnen zwei Jahren den französischen Hochmuth bis dahin dämpfen, daß ganz Europa wieder der einstigen Ruhe und Sicherheit sich erfreuen kann. So lange ein wahrhaft englischer Blutstropfe in uns, sind wir bereit

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6. December.

Digitized by Google

ihn dafür zu opfern". Obwohl beim Weine gesprochen, erregte die Rede dennoch als der Ausdruck der Stimmung dieser Tage eine besondere Aufmerksamkeit. Der Fortgang der Dinge entsprach derselben. Es war sonst üblich, nach der Antwort auf die Thronrede einige Tage vorüber gehen zu lassen, bevor man zur Berathung der Subsidien schritt. Dies Mal lag nur ein Tag dazwischen, der 29. November/9. December [1]).

Demnach erschienen beim Beginne dieses Parlamentes die Aussichten hell und heiter. Bald indessen gewahrte man Wolken der Verstimmung auftauchen.

Den ersten Anlaß gab jenes Verfahren des Königs gegen den Spanier Canales. Wenn in Folge desselben England in eine feindselige Stellung zu Spanien gerieth, so geschah dies um Hollands willen. Die Eifersucht gegen die Republik tritt damals hervor in jeder Angelegenheit. Die Verluste der englischen Kaufleute durch französische Kaper waren in diesem Jahre besonders groß. Eben noch hatte die englisch-ostindische Compagnie mehrere reichbeladene Schiffe verloren, die holländische Compagnie hatte keines eingebüßt. Die Uebelgesinnten in England sagten: „Das ist eine Freude für den König Wilhelm" [2]).

Das Unterhaus erklärte sich bereit als das Erfordernis des nächsten Feldzuges zu bewilligen reichlich zwei und eine halbe Million Pfund Sterling für das Landheer und fast eben so viel für die Flotte, in allem über fünf Millionen Pfund Sterling. Es faßte zugleich die Resolution, den König zu bitten um die Vorlage der Quote der Verbündeten, d. i. der Republik Holland [3]).

Allen anderen Angelegenheiten trat als die wichtigste voran diejenige der Münze. Wir erinnern uns, daß bereits im Jahre zuvor die Auswanderung des vollwichtigen Silbergeldes viele Bedenken hervorgerufen. Dieser Uebelstand war seitdem höher gestiegen. Das in England umlaufende Silbergeld war durch Beschneiden und Abfeilen tief entwerthet. Es galt die Ansicht, daß dies namentlich in den letzten sechs Jahren so sehr zugenommen habe, weil dem Uebel nicht rechtzeitig

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. December.

[2]) Desgleichen vom 4. November. Man vergleiche Burnet vol. II, p. 191.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 9. December.

Digitized by Google

geſteuert, vielmehr die übelen Geldſorten nach dem Nennwerthe im Gange verblieben ſeien. Immerhin konnte dies zu Anfang in England geſchehen. Allein bei dem Verkehre mit dem Auslande erlitt in Folge deſſen England Jahr auf Jahr wachſende Verluſte. Die Guinee ſtieg auf den Werth von dreißig Schillingen [1]).

Es war die ſchwierige Frage, wie man ſich herauswinden könnte aus einem Zuſtande, der ſichtlich von Jahr zu Jahr ſich verſchlimmerte. Der König hatte die Löſung dem Parlamente anheim geſtellt. Hier drängte ſich die Verwickelung zuſammen in die eine Frage: iſt es nothwendig oder zweckmäßig die Silber-Münzen neu zu prägen? Die Einbuße mußte dann der Geſammtheit zur Laſt fallen. Vielen erſchien dies bei noch währendem Kriege unmöglich. Eine ſolche Laſt würde die Nation zur Verzweiflung treiben. Die andere Anſicht vertrat namentlich Montague, Kanzler der Schatzkammer. Er hob hervor, daß das Unheil, wenn nicht noch rechtzeitig abgewehrt, ſich ſteigern und todbringend ſein würde. Der Wechſel nach außen ſei aller Orten zum Nachtheile von England. Die Subſidien für die Armee reichten nicht, weil ſie, bevor ſie an ihren Beſtimmungsort gelangten, ſo ſehr verringert würden durch Wechſel und Agio. Daher ſei die Guinee auf dreißig Schillinge geſtiegen, und dem entſprechend die fremden Goldmünzen. Denn nicht bloß Holland, ſagte Montague, ſondern alle europäiſchen Nationen machten ſich dieſen Vortheil zu nutze, und ſendeten ihr Gold nach England. Dafür müſſe England ſeine Waaren oder ſein Silber hingeben, bis es zuletzt nur noch Guineen beſitze, welche das Ausland nicht zum gleichen Preiſe wie in England zurücknehmen werde. Demnach greife die Krankheit immer tiefer, und werde, wenn man nicht abhelfe, unheilbar werden. Dagegen werde der Entſchluß zu einer ſo großen That den Feind einſchüchtern, werde eher ihn nöthigen zu einem ehrenhaften Frieden. Ein ſolches Unternehmen wie die Neuprägung der Münze in einer ſo ſchweren Zeit, werde für England nach außen hohe Achtung erringen, werde den Ruhm der Weisheit und der Größe des Parlamentes von England verkünden [2]).

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. December.

[2]) Commons' Debates, vol. III, p. 5.

Digitized by Google

Die Ansicht Montagues erhielt die Mehrheit, noch sogar mit dem Zusatze, daß die Münze neu zu prägen sei nach demselben Gewichte und demselben Feingehalte wie zuvor. Dies war auch die Ansicht des Königs. Der Beschluß war groß und wichtig, die Ausführung schwer. Denn es mangelte an Silber, das geprägt werden sollte. Man berechnete, daß der Werth des umlaufenden Silbers kaum noch vier Millionen betrug. Es wurden Mittel aufgesucht zu Hülfe zu kommen, namentlich die Einlieferung von Silbergeschirr in die Münze zu befördern. Wir erinnern uns, wie zu demselben Zwecke Louvois und Ludwig XIV. gehandelt, um namentlich die edelen Metalle aus den Kirchen in die Münze zu schaffen (Bd. V, S. 106). Ein solches Verfahren war in England unmöglich. Hier wurden Belohnungen ausgesetzt für die Einlieferung von Silber. Der Gesammt-Verlust an der Umprägung ward damals angeschlagen auf 1.200,000 £. Zur Deckung desselben ward eine Häusersteuer bewilligt, auf sieben Jahre und nicht länger. Der König ward durch eine Adresse ersucht Sorge zu tragen, daß von den Lebensmitteln und anderen Vorräthen, welche England zum Unterhalte der Armee nach dem Festlande sende, die Republik und Spanien keine Eingangssteuer erhöben. Wilhelm III. erwiederte, daß er dies bisher in mancher Beziehung schon gethan, und sorgfältig Acht geben werde, ob es noch mehr geschehen könne [1]).

Die Erwägung aller dieser Dinge wirkte abkühlend auf den Kriegeseifer in England.

Zugleich nahm das Parlament eine andere Angelegenheit vor. Bevor der König im Mai 1695 nach dem Festlande hinüber ging, hatte er den Ministern für Schottland die Vollmacht gegeben, etwaige Beschlüsse des schottischen Parlamentes zum Vortheile des Handels in seinem Namen zu bestätigen. Das Parlament in Edinburg beschloß die Errichtung einer schottisch-ostindischen Compagnie. Die Acte ward bestätigt. Sie sicherte der schottischen Compagnie die Freiheit von Abgaben zu, während die englische Compagnie zwanzig Prozent und mehr vom Reingewinn zu bezahlen hatte. Die Acte wirkte mithin nachtheilig für die englisch-ostindische Compagnie. Aber woher die

[1]) Commons' Debates, vol. III, p. 6 sqq. — Hoffmanns Berichte vom 16. und 23. December.

Digitized by Google

Geldmittel für die neue Compagnie? — Schottland in ſich war geldarm. So vielverheißend auch die Ausſichten für die Compagnie erſcheinen mochten: die Mittel zum Beginne konnten dort nicht aufgebracht werden. Es war daher mit Grund anzunehmen, daß holländiſches und Hamburger Geld darunter ſteckte. Beide Häuſer des engliſchen Parlamentes erhoben ſich gegen dieſe ſchottiſch-oſtindiſche Compagnie. Am 17./27. December traten ſie mit einer gemeinſamen Adreſſe vor den König. Wilhelm III. erwiederte: „Man hat mir in Schottland übel gedient; aber ich hoffe noch Heilmittel zu finden, um den Unzuträglichkeiten zuvorzukommen, die aus dieſer ſchottiſchen Acte erwachſen können“ [1]).

Die Sache war ſehr verwickelt. Der König entließ die beiden ſchottiſchen Staats-Secretäre. Er nahm die Acte zurück. Die Folge war eine große Unzufriedenheit in Schottland. Dagegen ward in England die Zufriedenheit nicht hergeſtellt. Im Unterhauſe kam der Plan auf, einen beſonderen Rath zu errichten für die Sicherheit des Handels. Um dieſem Eingriffe in die Prärogative der Krone zuvorzukommen, ernannte der König ein ſolches Collegium. Es genügte dem Unterhauſe nicht. Es fielen dort Aeußerungen, daß die Abſicht des Königs dahin gehe, den engliſchen Handel zu Grunde zu richten im Intereſſe des holländiſchen [2]).

Beim Beginne des neuen Jahres 1696 ſtanden die Dinge in England ganz anders als einige Wochen zuvor. Die Verſtimmung war im Wachſen. Die beiden Häuſer des Parlamentes lagen in Differenz über die Beſchlüſſe in Betreff der Münze. Die Kriegesneigung nahm täglich ab. Die Miniſter des Königs wurden kleinmüthig. Der Staats-Secretär Trumball ſchüttete vor Auersperg ſeine Klagen aus. „Die Nation, ſagte er, iſt mismuthig. Sie verlangt jetzt den Frieden, gibt ſich dagegen dem Verdachte hin, daß der König im eigenen Intereſſe die Fortdauer des Krieges wolle. Die beſonders kränkende Anſicht Vieler iſt, daß er den Krieg führe ohne feſten Plan. Er hat kein Vertrauen zu dieſer Nation, keinen Fleiß für ihr Intereſſe“ [3]).

---

[1]) Hoffmanns Berichte vom 20. und 27. December. — Commons' Debates, vol. III, p. 7.

[2]) Burnet vol. II, p. 191.

[3]) Auerspergs Bericht vom 17. Januar 1696.

Digitized by Google

„Zu diesem Kleinmuthe Trumballs wirkt mit, fügt Auersperg hinzu, daß hier zu Lande alle Schuld auf die Minister fällt."

Aber Auerspergs eigenes Urtheil über die Lage im allgemeinen war nicht viel günstiger. „Die Opposition im Parlamente, sagt er, sucht einen Aufschub um den anderen, um die Spannung zu schärfen. Die eigentlich königliche Partei handelt nie einmüthig. Die Häupter der Presbyterianer (Whigs), welche doch dem Könige zugethan, sinnen Tag und Nacht nur darauf, wie sie dem Könige ein Stück seiner Prärogative entreißen können. Er erkennt, in welchen Händen er sich befindet; aber er kann sich ihnen nicht entwinden."

Bereits wuchs eine neue Verwickelung heran. Der König hatte dem Grafen Portland Krongüter in Wales geschenkt. Auf den Ertrag dieser Ländereien waren mehrere Persönlichkeiten im Dienste der Krone dort mit ihren Gehältern angewiesen. Sie hatten durch ihren Einspruch die Besitzergreifung zu hindern gewußt. Um diesen Einspruch endgültig durchzusetzen, wendeten sie sich an das Unterhaus. Es ward dargelegt, daß statt der 1800 £, welche die Krone bisher jährlich aus diesen Gütern gezogen, ein Privatmann den Ertrag auf 10,000 £ bringen könne. In beiden Häusern gab sich über diese Vergabung ein großer Unmuth kund [1]). Die königliche Partei schwieg. Der Beschluß durch eine Adresse den König um die Zurücknahme dieser Schenkung zu bitten, ward im Unterhause gefaßt ohne Widerspruch.

„Es ist für Portland kein geringes Glück, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, daß Niemand diesem Beschlusse widersprochen. Denn jedes Wort zu seinen Gunsten hätte Erwiederungen hervorgerufen, welche die Sache für ihn schwerer gemacht haben würden" [2]).

Anders urtheilte zuerst der König. Er sprach Trumball gegenüber seinen Unmuth aus, daß Niemand dagegen aufgetreten. Trumball erwiederte: „Das Schweigen war der beste Dienst, den wir in dieser Sache Ew. Majestät erweisen konnten. Denn die Gegner waren

---

[1]) Macaulay bezweifelt, daß die Rede von Price (abgedruckt in Commons' Debates, vol. III, p. 9 sqq.) damals gehalten worden sei. Für diesen Zweifel spricht ganz besonders, daß Auersperg und Hoffmann, denen die Thatsache einer so scharfen Rede wider den König nicht hätte unbekannt bleiben können, derselben keine Erwähnung thun.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 27. Januar.

Digitized by Google

darauf gefaßt und vorbereitet, und würden in diesem Falle die Sache getrieben haben bis zu einer Anklage (impeachment) gegen den Grafen Portland" [1]). „Die Sache wird den König hart ankommen, fügt Auersperg hinzu; aber er hätte sie vermeiden können, wenn er dem Rathe guter Freunde Glauben beigemessen hätte." Man hatte den König erinnert an den Vorgang der Königin Elisabeth um reichlich ein Jahrhundert früher. Sie hatte dieselben Güter ihrem Günstlinge Leicester geschenkt, und dann, dem Parlamente gegenüber, die Schenkung zurückgenommen. Der Philosoph St. Evremont, der seinen Aufenthalt in England genommen, äußerte sich bei diesem Anlasse zu dem Grafen Auersperg: „Mein Grundsatz hier ist den König zu lieben, das Oberhaus zu achten, das Unterhaus zu fürchten" [2]).

Das Unterhaus begnügte sich nicht mit der Thatsache der Adresse. Es beschloß in seiner Gesammtheit vor den König zu treten und sie zu überreichen. Ein Verfahren dieser Art in einer solchen Angelegenheit war unerhört, und kündete daher den Nachdruck an, mit welchem das Unterhaus sie betrieb [3]).

„Es gibt sich im Parlamente, meldet Auersperg auf die Nachricht dieses Beschlusses, ein Geist des Trotzes und des Stolzes kund, so daß der König aller seiner Umsicht, aller seiner Mäßigung bedarf, um durch diese Klippen wohl hindurch zu steuern" [4]).

Die Ueberreichung erfolgte am 22. Januar/1. Februar. Der König erwiederte: „Ich habe für den Lord Portland eine Zuneigung, welche er durch lange und getreue Dienste sich erworben. Dennoch würde ich ihm diese Ländereien nicht verliehen haben, wenn ich mir gedacht hätte, daß das Haus der Gemeinen darüber in Sorge gerathen könnte. Ich werde also die Schenkung zurücknehmen, und einen anderen Weg ausfindig machen, ihm meine Erkenntlichkeit darzuthun" [5]).

Es liegt hier der Vergleich nahe zwischen dem Handeln Jacobs II. im November 1685 und demjenigen Wilhelms III. im Januar 1696.

[1]) Auerspergs Bericht vom 27. Januar.
[2]) Desgleichen.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 31. Januar 1696.
[4]) Auerspergs Bericht vom 31. Januar 1696.
[5]) Commons' Debates, vol. III, p. 18.

Digitized by Google

In den folgenden Tagen verlautete, daß einige Mitglieder im Unterhause einen Verdacht gegen Portland hegten, daß er in der Angelegenheit der schottisch-ostindischen Compagnie Geld genommen. Wenn sich für diesen Verdacht eine sichere Grundlage fand, so stand es fest, daß auch der König ihn nicht schützen könne [1]). Der Verlauf der Dinge thut dar, daß ein solcher Anhaltspunct sich nicht ergab. Portland blieb unbehelligt.

Die Stimmung indessen im Parlamente hob sich nicht. „Es ist nach meiner Ansicht, meldet Auersperg am 7. Februar, nichts so schwierig wie ein Urtheil über die Angelegenheiten dieses Landes. Der Stand derselben wechselt von einem Tage zum anderen, ohne daß man mit Bestimmtheit etwas vorhersehen könnte. Dennoch möchte ich so viel mit Gewisheit sagen, daß im Unterhause irgend welche Böswilligkeit [2]) sich regt. Bereits sind Viele der Ansicht, daß der König besser thäte das Parlament aufzulösen. Aber dagegen wird von Kundigen geltend gemacht, daß auf ein schlechtes Parlament, wenn aufgelöst, immer ein schlimmeres folgt. Die Parteien gegen einander verbittern sich mehr und mehr. Nach meiner Ansicht wäre es wünschenswerth, den König in der Friedenssache stärker vorwärts zu drängen" [3]).

Der Kaiser hegte ähnliche Gedanken. Die Berichte aus England wurden in Wien mit steigender Sorge vernommen. „Wir sind hier darüber sehr unruhig, meldet der Graf Kinsky an Auersperg, am 8. Februar. Jeder plötzliche Umschlag in England würde die gemeinsame Sache unheilbar zu Grunde richten" [4]). Die Worte vorher oder nachher enthalten keine Andeutung, daß Kinsky eine Ahnung hat von einem Mordplane gegen den König Wilhelm. „Wir wünschen eine Friedensunterhandlung, fügt er hinzu. Wir haben bisher schon allzu viele Zeit mit Abwarten verloren."

Wie die Nachrichten aus England im Beginne des Jahres 1696 in Wien und an anderen Orten der Bundesgenossen wachsende Besorgnis

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 3. Februar.

[2]) Une malice noire, ist der Ausdruck.

[3]) Auerspergs Bericht vom 2. März.

[4]) Tout changement soudain qui s'y feroit, perdroit la cause commune sans ressource. So am 8. Februar.

Digitized by Google

erregten: so steigerten sie in St. Germain und Versailles die bereits vorher gefaßten Hoffnungen.

Diese Hoffnungen betrafen den Plan einer Invasion in England durch den König Jacob II. an der Spitze eines französischen Heeres, in Verbindung mit einer Erhebung von Anhängern Jacobs in England. Der Plan dieser Erhebung hatte eine doppelte Seite, eine weitere und eine engere. Die engere, das Eigenthum einer geringeren Anzahl von Personen, bezweckte zuerst die Ermordung Wilhelms III. Dieser letztere Plan tritt bald in den Vordergrund des geschichtlichen Interesses.

Und zwar betrifft dies geschichtliche Interesse, wenn auch zunächst England, doch gewis nicht England allein. Die Angelegenheit ist vielmehr eine europäische in ähnlichem Maße wie etwa eine Völkerschlacht. In diesem Sinne haben die Kundigen unter den Zeitgenossen die Sache aufgefaßt.

Es tritt daher, wie überhaupt, so besonders bei einem Gegenstande von solcher Wichtigkeit, an den Historiker die Pflicht heran, Herr zu bleiben über jede subjective Neigung und Abneigung. Es ist seine Aufgabe, das Material der Thatsachen, der Aussagen der Betheiligten und der Zeugen der Vorgänge zu sammeln, zu sichten und geordnet vorzuführen, die Aufeinanderfolge der Ereignisse klar zu stellen, welche allein schon oft genügt, die Causalität der Dinge zu beleuchten. Es ist seine Aufgabe da wo diese Causalität aus den Thatsachen an sich nicht hervortritt, die Fäden derselben aufzusuchen, nicht nach Vermuthungen, sondern von den Thatsachen aus als den festen Pfeilern. Die Erwägung und Vergleichung alles dessen, was an Thatsachen und Aussagen vorliegt, wird den Leser in den Stand setzen, seinen Wahrspruch zu fällen.

Der Tod der Königin Mary hatte sowohl in St. Germain als auch bei den Jacobiten in England neue Hoffnungen erweckt. Im Auftrage der letzteren, unter denen vorantreten Graf Ailesbury, Lord Montgomery, Sir John Fenwick, ferner Friend und Parkyns, begab sich im Juni 1695 ein gewisser Charnock nach St. Germain. Er war früher Mitglied des Magdalenen-College in Oxford, einer der wenigen Convertiten aus der Zeit der Regierung Jacobs II., ein Mann von heftiger Leidenschaft, aber gewandt, erfahren, kenntnisreich.

Digitized by Google

Der Inhalt seines Berichtes dort entsprach den früheren der Jacobiten, nämlich mehr ihren Wünschen und Hoffnungen als der Realität der Dinge. Er meldete ausführlich eine allgemeine Misstimmung mit der Regierung Wilhelms III. Seine Anforderungen an Frankreich indessen waren geringer als die früheren: ein französisches Corps von 10,000 Mann würde genügen. Von der anderen Seite war das Erbieten bestimmter: die Jacobiten versprachen dem Könige Jacob bei der Landung 2000 Reiter zuzuführen. Sie hofften auf 4000, sogar auf 10,000 [1]).

In diesem Berichte vom 17. Juni 1695 deutet kein Wort auf einen Mordplan. Eine Fortsetzung dagegen vom 28. Juni bittet den König Jacob um Instruction für den Fall, daß der Prinz von Oranien in Flandern getödtet werde, oder sterbe vor der Landung des Königs Jacob [2]).

Daß jene Berichte in St. Germain Wirkung übten, ergibt eine Aeußerung des Secretärs Caryll, vom 4. Juli, zu dem Grafen Perth, der sich über die abgeneigte Stimmung in Rom beklagte. „Se. Heiligkeit, sagt er, wird bald erleben, daß sich die göttliche Vorsehung völlig für das französische Interesse erklärt, und daß die scandalöse Allianz, die in Rom für unüberwindlich gilt, plötzlich zu Boden stürzt" [3]).

Es ist möglich, daß Caryll diese Hoffnung gestützt hat auf diejenige eines Sieges von Villeroy in Belgien, dessen Kunde damals in Versailles und St. Germain täglich erwartet wurde. Aber auch der französische Sieg von Landen und Neerwinden hatte darum doch die Allianz nicht zersprengt. Wie dem auch sei, die Hoffnung in St. Germain war sehr bald wieder im Sinken. Auf die Klagen Perths über die Theilnahmlosigkeit der Italiener, die ohne Sorge um das Geschick des Königs Jacob nur nach Frieden seufzen, erwiedert Caryll im Anfange October, daß die französischen Minister den Römern darin auch nicht im mindesten nachstehen. „Unsere Sache, sagt er, wird ihnen kein Hindernis des Friedens sein. Nach ihrer Staatsraison, welche bereit ist für den Frieden die Städte Straßburg und Luxemburg und

---

[1]) Macpherson's Original Papers vol. I, p. 517.
[2]) A. a. O. p. 519.
[3]) A. a. O. p. 536.

Digitized by Google

ganze Länder auszuliefern, dürfen wir nicht erwarten, daß sie Bedenken tragen werden unsere Sache mit in den Kauf zu geben" [1]).

Es läßt sich nicht mit Bestimmtheit ersehen, daß der König Jacob im October 1695 eben so gedacht wie sein Secretär Caryll. Er begab sich damals nach La Trappe. Es war in St. Germain stiller geworden von Jahr zu Jahr, einestheils weil die Mittel des Königs schwanden, andererseits wegen seiner Neigung zum beschaulichen Leben. Aber auch St. Germain erschien für diesen Zweck noch zu unruhig und geräuschvoll. Darum verbrachte der König Jacob, wie er zuerst im Jahre 1690 gethan, alljährlich im Herbste einige Zeit in der tiefen Stille von La Trappe. Er suchte dort, wie er damals sagte, die geeignete Schule christlicher Geduld [2]).

Im November 1695 finden wir den König Jacob wieder in St. Germain. Von da an entwickelten sich andere Plane, der christlichen Geduld nicht immer entsprechend. Um diese Plane in ein klares Licht zu stellen, haben wir von hier an ganz besonders zu achten auf die eigenen Aussagen der Persönlichkeiten, die in den Vordergrund der Ereignisse treten.

Die wichtigste dieser Persönlichkeiten ist Sir George Barkley, Offizier in der Leibwache Jacobs II. Der König ernannte ihn im November 1695 zum General-Major. Barkley schrieb seine Relation, wie er sie nennt, über die Ereignisse vom Februar und März 1696, zu Paris im August 1697, eigenhändig und, wie er betheuert, auf sein Gewissen. Dem Inhalte nach ist die Relation bestimmt für den König Jacob. Man muß also annehmen, daß dieser Bericht, so viel auch immer er verschweigen mag, dennoch dienstlich treu ist, namentlich nichts enthält, was nicht auch der König Jacob, insofern er betheiligt war, als der Wahrheit entsprechend anerkennen mußte. Diese Relation muß daher gelten als die Basis für die Feststellung des Thatbestandes [3]).

„Im November 1695, sagt Barkley, berief mich der König Jacob zu sich allein. Er eröffnete mir, daß er den Entschluß gefaßt, im nächsten Winter einen Versuch zum Wiedergewinne seines König-

[1]) Macpherson's Original Papers vol. I, p. 539.

[2]) The life of James, vol. II, p. 529.

[3]) Sie ist abgedruckt a. a. O. p. 546.

Digitized by Google

reiches zu machen. Seine Freunde in England hätten ihm versichert, daß die Willfährigkeit dort groß sei, die Zeit günstig. Die Heereskräfte jedoch, die der König von Frankreich dafür verwenden könne, würden ohne die Hülfe seiner eigenen Unterthanen nicht ausreichen. Viele derselben hätten versprochen sich zu erheben, namentlich in und um London; aber es mangelten kriegserfahrene Offiziere. Darum sei es seine Absicht mich einige Zeit zuvor nach London zu senden. Ich solle dort mit seinen Freunden mich besprechen und gemeinsam mit ihnen die Maßregeln treffen, damit auf ein gegebenes Zeichen alles bereit sei zur Erhebung. Zum Zwecke der Führung der dortigen des Krieges unerfahrenen Mannschaft würde er eine Anzahl Offiziere senden, mit der Weisung sich unter meinen Befehl zu stellen."

Ueber weitere Beredungen in St. Germain oder in Versailles schweigt Barkley. Für uns Andere tritt jedoch hier eine besondere Frage heran: nämlich diejenige des Ursprunges dieses Landungsplanes, ob von Jacob II., ob von Ludwig XIV.

Wir erinnern uns, daß seit einer Reihe von Jahren Jacob II. und seine Anhänger nichts so sehnlich erstrebten als eine Landung mit französischen Truppen in England. Ludwig XIV. stellte als Vorbedingung eine jacobitische Erhebung in England. Von dieser seiner Bedingung aus lehnte er das Verlangen Jacobs ab. So noch wieder, wie das Schweigen auf den Bericht Charnocks darthut, im Juni 1695. Da nun im November 1695 dennoch wieder der Gedanke auftaucht, ohne daß bis dahin ein besonderes Ereignis eingetreten wäre, auf welches der König Jacob eine neue Mahnung an Ludwig XIV. hätte bauen können; da hingegen die Rede Jacobs zu Barkley durchblicken läßt, daß er gegründete Hoffnung habe auf die Mithülfe Ludwigs XIV.: so muß in diesem Falle der letztere in irgend einer Weise entgegen gekommen sein. In so weit stammt die Initiative zu dem Plane einer Invasion in England im Beginne des Jahres 1696 von Ludwig XIV. Die Klarstellung dieser Thatsache ist von nicht geringer Erheblichkeit.

Schriftlich liegt die damalige Betheiligung Ludwigs XIV. an den Planen im Allgemeinen zuerst vor in einem Actenstücke, datirt zu Germain am 20. December 1695 [1]). Es heißt darin: „Wenn der König

[1]) Capefigue: Louis XIV., t. III, p. 194.

Digitized by Google

(von Frankreich) von irgend einem wichtigen Plane Kunde erhalten haben wird, so wird er für Mittel Sorge tragen, um die Ausführung zu erleichtern, indem er die erforderlichen Geldsummen bewilligt. Darüber wird er sich näher aussprechen, wenn es nöthig sein wird". — „Wenn der König sicher erfahren wird, daß die Diener des Königs von England sich in hinreichender Anzahl zusammen gethan, um sich zu seinen Gunsten zu erklären, und wenn man eine Landung in England als ausführbar wird ansehen können: so ist S. M. bereit alle für diese Unternehmung erforderliche Hülfe zu gewähren, wann sie sich bewerkstelligen läßt mit Zustimmung der Nation. Daß man bisher nicht abermals daran gedacht, ist weder einem Mangel an Kraft noch guter Absicht zuzuschreiben, sondern rührt aus der Unkenntnis geeigneter Maßregeln, um es mit Erfolg zu thun und die Nation nicht zu alarmiren".

Ob Barkley eine eigene Beziehung zu Ludwig XIV. gehabt, ist aus seinem Berichte für den König Jacob nicht zu ersehen. Er brach auf wenige Tage nachdem das vorstehende Schriftstück in St. Germain abgefaßt war. Seine Relation für den König Jacob fährt nämlich fort wie folgt.

„Bevor ich von St. Germain aufbrach, gab der König mir eine Vollmacht für mich und alle diejenigen, welche in der Sache Sr. Majestät sich zu mir gesellen würden, um in Waffen aufzustehen und Krieg zu beginnen wider den Prinzen von Oranien und alle seine Anhänger. Diese Vollmacht lautet wie folgt."

„Jacob u. s. w. Es ist unser Wille und unsere Meinung, und wir autorisiren hierdurch, fordern bestimmt und befehlen ausdrücklich unseren geliebten Unterthanen, daß sie in Waffen sich erheben und Krieg beginnen sollen wider den Prinzen von Oranien, den Usurpator unseres Thrones, und wider alle seine Anhänger, und darum zu unseren Gunsten sich in Besitz setzen sollen aller derjenigen Plätze, Städte und Festungen in unserem Königreiche England, die geeignet erscheinen unser Interesse zu fördern, und weiter daß sie wider den Prinzen von Oranien und seine Anhänger von Zeit zu Zeit solche andere Acte der Feindseligkeit verüben sollen, welche am meisten unserem Dienste entsprechen würden. Denn wir halten dies für das zweckmäßigste, gerechteste und wirksamste Mittel, unsere Herstellung und ihre Befreiung

Digitized by Google

zu erlangen. Und wir sprechen hiemit sie frei für dasjenige was sie in der Ausführung dieses unseres königlichen Befehles verrichten werden. Gegeben an unserem Hofe zu St. Germain en Laye, am 27. December 1695."

So der Wortlaut des Befehles. Von einer mündlichen Erläuterung desselben ist keine Kunde überliefert. Noch am selben Tage brach Barkley von St. Germain auf, begleitet nur von dem Major Holmes. Zehn Tage später, am 27. December (a. St.), trafen sie in London ein.

„Unmittelbar nach meiner Ankunft[1]), sagt Barkley, machte ich es mir zur Aufgabe zu erfahren, an welchen Tagen der Prinz von Oranien Rath hielt, wann er sich der Erholung hingab, wie viele Wachen ihn bei seinen Ausfahrten umgaben."

Die vorstehenden Worte befinden sich mitten in der Relation. Der Beginn derselben über den Aufenthalt in London lautet wie folgt. „Bald nach meiner Ankunft[2]) wurde ich bekannt mit Charnock. Gleich bei der ersten Begegnung klagte er mir, daß er und einige Andere einen Plan hegten, der unzweifelhaft die Herstellung des Königs sehr erleichtern würde, allein daß Se. Majestät die Ausführung dieses Planes niemals gestatten würden."

Wir haben uns zu erinnern, daß Charnock im Juni 1695 nach St. Germain entsendet war.

„Einige Tage später, fährt Barkley fort, machte Charnock mich bekannt mit Sir William Parkyns, welcher bei allen Entwürfen des ersteren betheiligt war. Parkyns eröffnete mir jenen Plan. Er sagte mir, daß zur Ausführung nichts Anderes erforderlich sei als die Erlaubnis Sr. Majestät. Der Plan bezweckte eine Anzahl Männer zu einigen zu einem Anfalle auf den Prinzen von Oranien. Ich billigte den Plan sehr, wenn er mit dem Geheimnis und der Umsicht ins Werk gesetzt würde, die ein Unternehmen von solcher Wichtigkeit erfordere. Ich richtete daher sogleich an sie die Frage, ob sie es für möglich hielten, die erforderliche Anzahl von Leuten zu finden, welche eine brave That ohne vieles Fragen vollbringen würden. Ich hielt andere Schwierigkeiten entgegen, wie sie mir damals vorzuliegen schienen.

---

[1]) Immediately after my arrival.

[2]) Soon after my arrival.

Digitized by Google

Sie erwiederten mir, daß sie verschiedene Personen ihrer Gesinnung kennten, welche mit Freuden jegliche Gelegenheit ergreifen würden dem Könige zu dienen, wäre es auch mit der äußersten Lebensgefahr."

„Unter diesen Umständen, fährt Barkley fort, im Vertrauen auf die Vollmacht des Königs, Krieg zu beginnen wider den Prinzen von Oranien und alle seine Anhänger, hielt ich mich für genügend autorisirt, mich mit jenen Personen zu verbinden zum Angriffe auf den Prinzen von Oranien, wenn er umgeben wäre von seinen Wachen. Ich zeigte ihnen also meine Vollmacht, über welche sie sehr erfreut waren."

So Barkley. Und damit sind wir an den Punct gekommen, wo wir die eigene Ansicht des Königs Jacob zu vernehmen haben, wie er sie später niedergeschrieben hat, und zwar beginnend mit einem Rückblicke auf frühere Vorschläge, die ihm gemacht seien.

„Gegen das Ende des Jahres 1693, berichtet Jacob II. selbst, war von einer neu aus England angekommenen Persönlichkeit dem Könige der Vorschlag gemacht, den Prinzen von Oranien aufzugreifen und wegzuführen, und dann einen Aufstand in und um London zu erheben. Aber Se. Majestät sah dieses Project als unausführbar an, als ein solches, welches die Freunde bloß stellen würde zu einer Zeit, wo er ihnen nicht helfen könne. Darum wollte er davon nichts hören. Derselbe Vorschlag ward einige Zeit später erneut und abermals verworfen. Desungeachtet wurde er im Beginne 1695 zum dritten Male angeregt durch einen gewissen Crosbie. Er war gesendet von Persönlichkeiten, die, wie er behauptete, dem Könige wohlwollten, obwohl es eine andere Schicht von Leuten war, als mit welchen der König sonst in Verbindung stand. Diese Personen, sagte Crosbie, hegten keinen Zweifel den Prinzen von Oranien aufgreifen und wegführen zu können; aber sie verlangten dafür eine vom Könige gezeichnete Vollmacht. Der König schlug auch dies Mal ab, und gebot dem Crosbie sich nicht in solche Dinge zu mischen, nicht einmal so weit, daß er bei seiner Rückkehr nach England davon spräche. Er war nämlich zu dieser Rückkehr genöthigt, da er sich nur gegen Bürgschaft auf freiem Fuße befand. Ungeachtet dieses Gebotes betrieb er nach seiner Ankunft in London die Sache wie er konnte. Er war so indiscret und unverschämt, nicht bloß die Mitglieder seines eigenen Clubs anzufeuern, daß sie sich

Digitized by Google

vorbereiten möchten, mit der Versicherung, daß ein entsprechender Befehl eintreffen würde, sondern auch, nachdem er mit Mitgliedern des anderen Clubs Bekanntschaft angeknüpft, nämlich mit Porter, Goodman, Parkyns, Charnock, diese zu einem Bunde aufzufordern, und, um desto größeren Credit und Ansehen bei ihnen zu gewinnen, ihnen zu sagen, daß ein schriftlicher Befehl zur Ausführung bald erfolgen werde. Einige von ihnen schenkten seinen Worten keinen Glauben. Andere, leichtgläubiger und eifriger, gingen bereits darauf aus, ein Schiff zu dem Zwecke zu miethen. Charnock jedoch, im Zweifel an den Aussagen Crosbies, fragte schriftlich in St. Germain an, und erhielt von hier die Versicherung des Gegentheils. Darauf ward der Plan in diesem Club ganz bei Seite gelegt."

„Auf die Ankunft von Barkley jedoch, fährt König Jacob fort, dem wie Anderen eine Vollmacht gegeben war, Krieg zu beginnen und den Aufstand zu leiten, brachten sie ihr altes Project vor ihn. Er acceptirte dasselbe, wie es scheint, und traf die Vorbereitungen, den Prinzen von Oranien auf dem Wege nach oder von Richmond mit vierzig Reitern zu überfallen, wo doch seine Vollmacht davon nichts in sich hielt" [1]).

So der König Jacob. Die Wahrheit der letzten Worte liegt vor Augen. Der Bericht über Crosbie [2]), die damit in der Hauptsache überein stimmenden Reden von Charnock und den Anderen zu Barkley, thun dar, daß Jacob sich überhaupt geweigert, einen schriftlichen Mordbefehl gegen den Prinzen von Oranien zu erlassen.

Aber Barkley legte seine Vollmacht so aus. Und zwar ist es nicht unwichtig daran zu erinnern, daß Barkley jene Worte sprach nicht etwa vor einem englischen Gerichte, oder vor der Oeffentlichkeit, sondern vor dem Könige Jacob selbst.

Diese Vollmacht von Jacob II. für Barkley war in des Königs eigener Handschrift. Ist sie darum auch von ihm abgefaßt, von ihm ausgedacht? — Dies dürfte nicht mit Nothwendigkeit folgen. Denn es pflegte damals bei geheimen politischen Aufträgen oft zu geschehen, daß der Beauftragte selber seine Vollmacht abfaßt, welche dann der

[1]) The life of James, vol. II, p. 544.

[2]) Anlage I.

Digitized by Google

Souverän entweder bloß unterzeichnet oder völlig in seiner eigenen Handschrift wieder gibt[1]). Es ist daher auch in diesem Falle nicht bloß möglich, sondern eher wahrscheinlich, daß nicht Jacob II., sondern Barkley jene Vollmacht abgefaßt und dabei sie so eingerichtet hat, daß sie eine Auslegung zuließ.

Was immer der König Jacob sich bei der Erhebung in Waffen unter Barkleys Führung gegen den Prinzen von Oranien gedacht haben mag: für Barkley selber concentrirte sich, wie sein eigener späterer Bericht ergibt, alles was er in England zu thun habe, in den Mordplan. Und zwar von Anfang an. Wir haben Gewicht zu legen auf jene seine eigenen Worte, daß er unmittelbar nach seiner Ankunft es sich zum Geschäfte macht, das Gehen und Kommen des Königs Wilhelm zu erspähen, so wie die Zahl der Wachen, die ihn umgeben, und daß er bald nach seiner Ankunft bekannt wird mit Charnock und Genossen. Nicht von diesen ist demnach dem Barkley der Gedanke gekommen, sondern er hatte ihn vorher fertig bei sich. Er hatte ihn mitgebracht, nicht freilich von dem Könige Jacob. Nur mit diesem Plane war er in England beschäftigt. Einer Erhebung anderer Art gedenkt er in seiner Relation vom August 1697 auch nicht mit einem einzigen Worte.

Die Persönlichkeiten, welche mit ihm sich geeinigt, schlugen ihm einen gewissen Porter vor, der eingeweiht sei in alle ihre Plane. Barkley trug Bedenken gegen diesen Mann als dem Trunke ergeben und redselig. Dennoch gab er nach. Noch einige andere Offiziere wurden herzugeführt oder boten sich an. Man zog Ort, Zeit, Umstände der Ausführung in Berathung.

Barkley hörte die verschiedenen Vorschläge an. Eine geeignete Stelle erschien Mehreren der Uebergang zwischen den Thoren von Hyde Park nach St. James Park, so daß ein Theil der Verschworenen sich auf die Kutsche des Königs werfen, der andere die Thore schließen würde, um die begleitenden Wachen abzuschneiden. Barkley stimmte nicht zu. Ihm schien keine andere Gelegenheit so wohl geeignet, wie die

[1]) Ich bemerke z. B., daß dies von Leibniz durchweg geschah. So in den politischen Missionen für die Königin Sophie Charlotte von Preußen im Jahre 1701, in denen für den Herzog Anton Ulrich an den Kaiser Carl VI. und den Czar Peter I. im Jahre 1712.

Digitized by Google

Fahrt des Königs nach Richmond zur Jagd oder zurück. Er und der Major Holmes erforschten die Gegend um London, wohin immer der König sich zu begeben pflegte, die Beschaffenheit jeglicher Oertlichkeit, ob günstig, ob ungünstig. Als den geeignetsten Platz erfanden sie Turnham Green, gelegen an dem Wege von Kensington nach Richmond, wo der König zu jagen pflegte. Die Straße vor Turnham Green war eng, an beiden Seiten Hecken und Gräben, so daß ein Sechsspänner nur schwer dort wenden konnte. Dazu war Gesträuch an beiden Seiten, hinreichend einige Menschen darunter so weit zu verdecken, daß die von Bramford, wo die Fähre über die Themse sich befand, dieses Weges Kommenden nicht sofort die dort etwa Verborgenen erschauen konnten. Die Wache des Königs pflegte zu bestehen aus zwanzig Mann. Der Anfall sollte geschehen durch reichlich vierzig Personen. Der größere Theil sollte sich auf die Wachen stürzen: etwa acht hatten, wie Barkley sich ausdrückt, die Sorge für den Prinzen von Oranien zu übernehmen [1]).

Erst nachdem dieser Ort bestimmt, wurde die Zahl der Verschworenen erweitert. Parkyns, Porter, Charnock versprachen dem Barkley ein Jeder fünf berittene Männer anzuwerben. Sie gaben zugleich ihr Ehrenwort, keinem von diesen Angeworbenen seinen Namen zu nennen, ihm dagegen die Listen der Namen zu geben, damit er nicht auf dieselben Personen für sich geriethe. Er übernahm nämlich zwanzig. Dies war nicht so schwer für ihn, weil er diejenigen Offiziere, welche vom Könige Jacob ihm nachgesendet und an seinen Befehl verwiesen wurden, sämmtlich für diesen Zweck zu verwenden gedachte. Es ergab sich später, daß unter den reichlich vierzig Verschworenen sich etwa zwanzig Mann von der Garde und der Dienerschaft des Königs Jacob befanden [2]). Wie jene Anzuwerbenden zunächst nur erfuhren, daß sie, wie das genannt wurde, eine brave That im Dienste des Königs verrichten sollten: so sagte Barkley, der durch Holmes und Charnock zwanzig Pferde kaufen ließ, denjenigen, die zunächst um ihn sich zu schaaren

---

[1]) The life of James, vol. II, p. 552: There were eight to have taken care of the Prince.

[2]) Robethon-Papiere des St. A. H. Er sagt: 15 ou 16 sont gardes du corps de J. II., et 7 ou 8 sont ses domestiques.

Digitized by Google

hatten, der Dienerschaft Jacobs, nicht eher etwas von diesen Pferden, als bis die Zeit zum Aufsitzen gekommen war [1]).

Am Samstag pflegte der König Wilhelm sich auf die Jagd zu begeben. Barkley setzte die Ausführung an auf Samstag den 15./25. Februar, und zwar auf die Rückkehr des Königs von Richmond.

Es fragt sich, wie es neben diesem Mordplane stand um denjenigen einer Erhebung von Jacobiten in England. Es treten hier zwei Berichte voran, derjenige des Königs Jacob und derjenige seines Sohnes, des Herzogs von Berwick.

Nach dem Berichte Jacobs II. gelangten an ihn im Beginne des Jahres 1696 häufige Meldungen von der wachsenden Missstimmung im Parlamente und in der Nation wider Wilhelm III. Man dürfe ihm nicht rathen, hieß es darin gemäß der Wiedergabe des Königs Jacob, allein zu kommen, ohne Truppen; aber nach der Ueberzeugung seiner Anhänger habe sich der König in London oder einer anderen wichtigen Stadt nur zu zeigen, so würde die Mehrzahl der Nation sich für ihn erheben. Der König Jacob theilte diese Nachrichten dem Könige von Frankreich mit. „Sie ermuthigten diesen so sehr, fährt der König Jacob fort, daß er beschloß die verlangten Truppen zu bewilligen, und die erforderlichen Befehle gab, alle Dinge so vorzubereiten, daß die Landung in England erfolgen könne zu Ende Februar (n. St.)" [2]).

So Jacob II. Es ist merkwürdig, daß, nach diesen Worten, Ludwig XIV. und Barkley, ein Jeder in seiner Sache, ziemlich genau dasselbe Datum ansetzen.

Es ist jedoch in dieser Darstellung Jacobs II. ein Irrthum in Betreff des Beginnes. Nicht erst die Berichte aus England im Anfange des Jahres 1696 haben Ludwig XIV. geneigter gemacht, den Wünschen des Königs Jacob zu willfahren, sondern, wie wir aus dem Berichte Barkleys vernommen, bereits im November 1695 war die Hülfeleistung eine beschlossene Sache. Auch war diese längere Zeit erforderlich für die Vorbereitung der Ausführung. Ludwig XIV. setzte, nach dem Berichte von Jacob II., den Termin der Ausführung

---

[1]) So Barkleys Bericht, in The life of James, vol. II, p. 551.

[2]) A. a. O. p. 540.

Digitized by Google

an auf das Ende Februar. Wenn er aber erst im Januar 1696 den Beschluß gefaßt hätte: so dürfte es schwer gewesen sein, in den wenigen Wochen bis zum Ende Februar die Mannschaft, die Transportschiffe für dieselbe, so wie überhaupt die Kriegesmittel an Einen Punct der Nordküste zusammen zu bringen, und zwar, wie der Verlauf ergeben wird, fast geräuschlos, namentlich völlig unbemerkt von Seiten Englands.

Ludwig XIV. stellte dagegen, wie der König Jacob berichtet, die eine Bedingung, die wir kennen, daß eine Erhebung der Jacobiten in England der Landung seiner Truppen dort vorhergehen müsse. Die Aufgabe dieser Jacobiten würde dann sein, sich einer beträchtlichen Stadt zu bemächtigen, bis der König Jacob zu ihrer Hülfe herbeikommen könne.

Es ergibt sich demnach, daß, so weit der König Jacob wußte, Ludwig XIV. dies Mal die erheblichen Kosten der Ausrüstung wagte, ohne eine weitere Bürgschaft für eine solche Erhebung in England zu haben als die Hoffnung des Königs Jacob auf dieselbe.

Jacob II. hoffte diese Bedingung erfüllen zu können. Zu Ende Januar oder Anfang Februar erschien in St. Germain ein Abgesandter von Jacobiten in England, Namens Powel. Der Bericht des Königs Jacob läßt nicht ersehen, daß Powel oder seine Absender von dem Plane Barkleys eine Kenntnis hatten. Powel sprach mit solcher Wärme, daß Jacob und die Königin Marie Beatrice beide zu verstehen glaubten: die Jacobiten aus sich seien zur Erhebung bereit, wenn sie nur dann der Hülfe von Frankreich her versichert wären. König Jacob verlangte von ihm einen schriftlichen Bericht. Bevor Powel denselben einreichte, trafen die beiden Könige einander. Der König Jacob theilte mit, was er von Powel vernommen und was er vernommen zu haben meinte. Erst nachher erkannte er aus dem schriftlichen Berichte Powels seinen Irrthum, nämlich daß diese Jacobiten in England ihre Erhebung in Aussicht stellten erst nach geschehener Landung. Sollte nun Jacob II. diesen seinen Irrthum bei Ludwig XIV. eingestehen? — Er fürchtete, daß dies den König oder seine Minister beunruhigen, daß sie die Vorbereitungen einstellen würden. Er hoffte dagegen, daß die Misverständnisse zwischen dem Prinzen von Oranien und dem Parlamente zunehmen würden. Er hegte noch eine andere Hoffnung. Er beschloß, den Herzog

Digitized by Google

von Berwick hinüber zu senden, damit dieser die Jacobiten in England bewege sich zuerst zu erheben, und dann selber die Führung dort übernehme [1]).

In späteren Zeiten ist Jacob II. für die Täuschung, die er dadurch dem Könige Ludwig XIV. gegenüber begangen, oft getadelt worden. Man hat wohl gar diese Täuschung als den eigentlichen Grund des Mislingens bezeichnet. Aber zuvor doch wäre die Frage zu untersuchen, ob denn die Schuld Jacobs II. darin thatsächlich so groß ist, wie er selber sie anzusehen scheint, nämlich ob es ihm gelungen sei Ludwig XIV. zu täuschen, ob dieser letztere König unter dem Drucke irgend welcher Täuschung gehandelt habe. Der Verlauf der Thatsachen wird diese Frage beantworten.

Ludwig XIV. hatte den 15./25. Februar bestimmt als denjenigen Tag, an welchem alle Transportschiffe in Calais bereit sein sollten [2]). Es war derselbe Tag, auf welchen Barkley die Unternehmung von Turnham Green angesetzt hatte.

Am selben Tage sandte Ludwig XIV. nach St. Germain den Minister Pontchartrain mit der Meldung: die Zeit sei gekommen, wo das Geheimnis nicht länger bewahrt werden könne. Demgemäß möge der König Jacob nach Calais aufbrechen, jedoch keinen Mann einschiffen lassen, bis die Nachricht einer Erhebung der Jacobiten in England eingetroffen. Pontchartrain kündigte für den folgenden Tag den Besuch des Königs von Frankreich selber in St. Germain an [3]).

Das Tagebuch des Hofmannes Dangeau zeigt, daß allerdings damals ein Gerücht auftauchte: der König Jacob habe in England eine starke Partei. Diese Meldungen waren unbestimmt; sicher war nur die eine dem Dangeau auffallende Thatsache, daß der Kriegsminister

---

[1]) Der Bericht von Jacob II., in The life of James, vol. II, p. 540, ist etwas verworren. Ich glaube die Aufeinanderfolge richtig hergestellt zu haben. Denn der König Jacob sagt p. 541, in Betreff der Sendung von Berwick: what prevailed on the king to move them to it, was a mistake of his upon discourse with M. Powel. Ferner sagt Jacob p. 543 zum 26. Februar über Berwick: who had not been gone above a fortnight. Demnach hat der Bericht Powels die Sendung Berwicks hervorgerufen.

[2]) So Jacob II. in The life of James, vol. II, p. 543: all the transport were to rendezvous there on the 25th of February.

[3]) A. a. O.

Digitized by Google

Barbesieux, am 16./26. Februar, zu sieben verschiedenen Malen in Versailles sich zum Könige begab [1]).

Wie angesagt, erschien dann Ludwig XIV. in St. Germain. Er redete wie am Tage zuvor sein Minister. Er sah, wie der König Jacob wahrzunehmen glaubte, es als gewis an, daß bis zur Ankunft desselben in Calais die Erhebung in England erfolgt sein würde. Er drängte daher auf den sofortigen Aufbruch [2]).

Es muß hier hervorgehoben werden, daß in den Mittheilungen, die Jacob II. nach dem mündlichen Berichte Powels dem Könige Ludwig XIV. gemacht, ein Termin für die Erhebung der Jacobiten nicht erkennbar ist. Die Termin-Bestimmung, von welcher wir Kunde haben, ist diejenige für die Ausführung des Mordplanes, angesetzt durch Barkley auf den 15./25. Februar. Und abermals drängt sich dann die Frage heran: wie kommt es, daß Ludwig XIV. und Barkley, jeder innerhalb seiner Sphäre, in Betreff des Termines so genau zusammen treffen? Woher das Dringen von Ludwig XIV. in Jacob II. zum Aufbruche gerade an diesem selben Tage?

Jacob II. hatte keine große Neigung zur Abreise, bevor er Nachricht hätte über die Sendung Berwicks, der erst vor etwa vierzehn Tagen sich nach England begeben hatte. „Allein aus gewissen Gründen, sagt er, hielt er nicht für geeignet dies zu sagen, sondern er fügte sich in den Vorschlag binnen zwei Tagen abzureisen."

Mit anderen Worten heißt dies: der König Jacob war der Meinung, daß Ludwig XIV. sich halte an die von ihm erregte Hoffnung: die Jacobiten würden sich auf eigenen Antrieb erheben. Aber es ist sehr merkwürdig, warum nicht Jacob II., da er doch nicht gern sofort aufbrechen wollte, dem Könige Ludwig XIV. die Frage entgegen hielt: wie Ludwig XIV. dazu komme, so bestimmt auf den Termin zu Ende Februar zu vertrauen, der doch von Jacob ihm nicht angegeben war.

Die beiden Könige hatten ihre Geheimnisse vor einander, ein Jeder für sich. Und ein Jeder beließ den Anderen bei dem seinigen.

---

[1]) Dangeau t. IV, p. 14. Die betreffende Notiz erstreckt sich über die Tage vom 22. bis 26., dann jedoch die bestimmte Angabe: aujourd'hui.

[2]) Die eigenen Worte Jacobs II., p. 543.

Digitized by Google

Der König Jacob schickte sich zur Abreise an, ohne die Rückkehr Berwicks abzuwarten. Wir haben daher zuerst diesem in seinen Verrichtungen zu folgen.

Der Bericht Berwicks befindet sich in seinen lange Jahre nachher von ihm aufgezeichneten Denkwürdigkeiten [1]).

„Ich begab mich, sagt Berwick, verkleidet hinüber nach England und traf in London ein. Ich hatte dort mehrere Unterredungen mit einigen vornehmen Engländern. So viel ich ihnen auch sagen mochte über die vortrefflichen Aussichten, über die Nothwendigkeit eine so günstige Gelegenheit nicht zu verlieren, sie blieben fest bei ihrem Entschlusse, daß ihrer Erhebung die Landung des Königs mit einer Truppenmacht vorher gehen müsse. In Wahrheit waren ihre Gründe triftig. Denn unzweifelhaft würde der Prinz von Oranien, im Falle einer Erhebung, oder auf die Kunde der Vorbereitungen zum Transporte, die doch nicht lange verborgen bleiben konnten, sofort die Flotte ins Meer schicken und die Häfen von Frankreich blokiren. In diesem Falle hätten die Aufständischen mit ihrer zusammen gerafften Mannschaft zu ringen gehabt gegen kriegsgeübte Soldaten. Dann war der unglückliche Ausgang sicher."

Am dritten Tage nach seiner Ankunft in London traf Berwick zusammen mit Barkley. Dieser entwickelte seinen besonderen Plan. „Obwohl ich, sagt Berwick in diesen späteren Denkwürdigkeiten, die Sache nicht so sicher fand, wie er sie mir darstellte: so glaubte ich mich doch nicht in Ehren verpflichtet davon abzurathen." Einige Zeilen später, wo Berwick meldet, daß Porter nachher als Zeuge gegen die Mitverschworenen aufgetreten, fügt er hinzu: „So wahr ist es, daß die Furcht vor dem Tode manchmal auch bis dahin ehrenhafte Männer zu unwürdigen Handlungen forttreiben kann".

Um jedoch nicht selber mit in diese Sache verwickelt zu werden, entschloß sich Berwick zur schleunigen Rückkehr. Er landete glücklich wieder in Calais. Von Clermont aus, wo sein Wagen brach, sandte er einen schriftlichen Bericht voraus. Jacob, der bis St. Denis gelangt war, erhielt dort diesen Bericht, am 18./28. Februar. „Er erkannte daraus, meldet er selbst, daß der Herzog von Berwick nicht

[1]) Mémoires de Berwick t. I, p. 93 et suiv.

Digitized by Google

den gewünschten Erfolg gehabt. Er war deshalb zweifelhaft, ob er zurückkehren oder seine Reise fortsetzen solle. Jedoch entschloß er sich zur Fortsetzung und gab über diese Sachlage Nachricht an den König von Frankreich. Am Abende desselben Tages traf er in Clermont ein."

Berwick war erstaunt, daß der König von Frankreich den König Jacob zu einer so schleunigen Abreise bewogen. „Dies stimmte nicht, sagt er, zu der Uebereinkunft des letzteren mit mir, nämlich daß er nicht eher aufbrechen solle, bis eine Nachricht von mir eingetroffen wäre" [1]). Diese Worte thun dar, daß eben so wenig wie Jacob II. zur Klarheit gekommen war über die Gründe, welche Ludwig XIV. bestimmt haben mochten, die schleunige Abreise zu verlangen, eben so wenig auch Berwick dieselben durchschauete.

„Nachdem der König Jacob in Clermont den Bericht Berwicks über die Lage der Dinge in England vernommen, so wie über den Anlaß seiner Rückkehr, sandte er ihn weiter nach Marly und setzte selber seinen Weg fort nach Calais" [2]).

So der König Jacob II. selbst in seinen Denkwürdigkeiten. Aber dieser Anlaß der schleunigen Rückkehr war, nach Berwicks eigenen Worten, der Mordplan. Dieser Plan war nun, wie aus den Aussagen beider, des Vaters wie des Sohnes, sich ergibt, zur vollen Kunde des Königs Jacob gekommen. Aber dann bricht seine Rede ab.

Ein Vorwurf darüber dürfte nicht dem Könige Jacob zu machen sein. Nicht zunächst für Andere, sondern für sich selber hat Jacob II. seine Aufzeichnungen gemacht. Es ist daher undenkbar, daß er auf einen so wichtigen Act seines Lebens nicht tiefer eingegangen sein sollte. Allein die Nachwelt besitzt diese Aufzeichnungen nur in denjenigen Bruchstücken, welche der Biograph, der sich im Vollbesitze des Ganzen befand, seinem Werke einverleibt hat. Daß also an diesem wichtigen Puncte die Rede Jacobs verstummt, fällt nicht ihm zur Last, sondern dem Biographen von St. Germain, welcher zum Ersatze dafür seine eigenen Worte bietet.

So wenig genügend dieser Ersatz, so ist doch der Gedanke darin enthalten, welcher gemäß dem Verlaufe der Dinge in der Seele Jacobs II.

---

[1]) Mémoires de Berwick t. I, p. 95.

[2]) The life of James, vol. II, p. 544.

Digitized by Google

den Ausschlag gegeben haben muß. Die Worte lauten: „Der König hoffte noch immer, daß etwas sich ereignen möchte, worauf er das Verlangen stützen könnte, die Truppen sofort einzuschiffen, und aus diesem Grunde setzte er die Reise fort nach Calais".

Die Worte in Verbindung mit den Thatsachen lassen die Stellung Jacobs II. ziemlich klar erkennen. Sie entspricht derjenigen von Berwick. Jacob II. hat nicht einen Mordbefehl gegeben. Davon weiß er sich frei. Aber von dem Mordplan Anderer möchte er für sich Nutzen ziehen.

Das Verhalten ist ähnlich demjenigen in der Sache des Grandval, im Jahre 1692. Dieser hatte vor dem Kriegsgerichte der Verbündeten nicht bloß Louvois und dessen Sohn Barbesieux, ferner Chamlay, als seine Anstifter genannt, sondern sich auch berufen auf eine mündliche Zustimmung des Königs Jacob. Obwohl das Urtheil des Kriegsgerichtes mit den Gründen auf den ausdrücklichen Befehl der Generalstaaten in Europa bekannt gemacht war, unterblieb von Seiten Frankreichs oder des Königs Jacob jede Aeußerung. Aus dem Schweigen folgt die Anerkennung des Sachverhaltes. Der König Jacob scheint also in dem einen Falle wie dem anderen der Ansicht gewesen zu sein, daß die Hoffnung auf das Gelingen eines Mordplanes, wenn nur der Plan nicht von ihm selber ausgegangen, moralisch statthaft sei.

Allein es würde nicht gerecht gegen den König Jacob sein zu sagen — wie es gleich damals und später oft gesagt ist — daß seine Hoffnung sich gründete auf den Mordplan oder auch nur hauptsächlich auf den Mordplan. Das ganze Verhalten Jacobs thut dar und wird ferner darthun, daß er bereit war dem Wunsche seiner Anhänger in England zu entsprechen, und hinüber zu gehen, auch ohne eine Erhebung vorher dort, wenn nur Ludwig XIV. ihm die Truppen dazu verstattet hätte. Die beiden Könige hatten Jeder seine besondere Basis des Handelns.

Andererseits ist jedoch auch von diesem Momente an der Vorwurf gegen Jacob II., daß er Ludwig XIV. zu täuschen gesucht, nicht mehr gerechtfertigt. Jacob II. entsendete von Clermont aus seinen Sohn Berwick nach Marly zum Zwecke des vollständigen Berichtes.

Berwick erstattete denselben. „Der allerchristlichste König, meldet er, beharrte bei seinem ersten Entschlusse, keine Landung in England

Digitized by Google

zu versuchen, als bis zuvor die Nachricht einer Erhebung von dort eingetroffen. Demnach sollte die Unternehmung nicht statt haben. Dann jedoch, als ich ihm Mittheilung machte von dem Plane gegen die Person des Prinzen von Oranien, gebot er, daß alles im selben Stande bleibe, damit man bereit sei zur Ueberfahrt nach England, im Falle die Nachricht einliefe, daß nach meiner Abreise von dort sich ein Ereignis zugetragen. Demgemäß begab ich mich nach Calais, um mich dem Könige von England anzuschließen" [1]).

Daß der König Jacob bis zu der Begegnung mit Berwick in Clermont keine Kunde von dem eigentlichen Mordplane gehabt, scheint nach seinem ganzen Verhalten nicht verneint werden zu dürfen. Ob bis auf den Bericht von Berwick auch dem Könige von Frankreich diese Kunde fremd war, darüber wird der Leser sich sein Urtheil zu bilden haben aus dem ganzen Verlaufe der Sache. Der Bericht Berwicks läßt ersehen, daß der Gedanke an eine Mitwissenschaft auch Ludwigs XIV. um den Plan Barkleys vor seiner Mittheilung ihm fern liegt. Damit ist indessen nur die Meinung Berwicks dargethan, der so viel wußte wie Barkley ihm mitzutheilen für gut befunden, nicht mehr.

In jedem Falle aber steht gemäß dem Berichte Berwicks fest, daß vom 19./29. Februar an, dem Tage dieses Berichtes in Marly, für Ludwig XIV. die Vorbedingung für eine Invasion in England nicht mehr war eine Erhebung der Jacobiten in England, sondern der Mordplan von Barkley.

Wir haben von Berwick vernommen, daß er bei der Mittheilung dieses Mordplanes an ihn in London die Sache nicht für so sicher gehalten, wie sie den Verschworenen selbst erschien. Berwick hat dies lange Jahre nach der Vereitelung des Planes niedergeschrieben. Im Februar 1696 scheint er dennoch andere Ansichten gehegt und geltend gemacht zu haben. Denn die Schritte Ludwigs XIV. thun dar, daß er an dem Gelingen der Sache kaum noch einen Zweifel hatte.

Am selben Tage nämlich, dem 19./29. Februar 1696, eröffnete der König von Frankreich dem Nuntius, so wie den Gesandten von Portugal und Venedig: er habe dem Könige Jacob Truppen zur

[1]) Mémoires de Berwick t. I, p. 95.

Digitized by Google

Verfügung gestellt, um ihn wieder auf den Thron zu setzen. Jacob werde in England eine zahlreiche Partei finden und noch mehr in Schottland, wo dem Vernehmen nach die Landung stattfinden solle [1]). — So Ludwig XIV. Ein unvorhergesehenes Ereignis konnte ja allerdings die Richtung ändern.

Die Gesandten dieses Königs wurden ermächtigt eine ähnliche Sprache zu führen. Das Schreiben an den Grafen d'Avaux in Stockholm, datirt vom 1. März, also am Tage nach jenem Berichte Berwicks, lautet wie folgt. „Der Wunsch, den ich immer gehegt, Gebrauch zu machen von den günstigen Gelegenheiten, die sich für die Herstellung des Königs von England auf seinen Thron darbieten möchten, hat mich bewogen, auf seine Bitte einige Truppen an die Seeküste vorrücken zu lassen, mit dem Befehle der Bereitschaft sich einzuschiffen und diesem Könige nach England zu folgen, für den Fall daß die Nachricht einer Erhebung dort die Meldungen bestätigt, die er seit langer Zeit empfangen. Diese versichern nämlich die Treue der Mehrheit seiner Unterthanen, ihren lebhaften Wunsch ihn wieder als ihr Haupt zu sehen, und die allgemeine Unzufriedenheit der Nation mit der Regierung des Prinzen von Oranien. Wenn der Erfolg seiner Erwartung nicht entspricht: so wird wenigstens ganz Europa erkennen, daß ich nicht ermüde einen König zu unterstützen, der verlassen ist von allen denen, welchen das gemeinsame Interesse der gekrönten Häupter die Pflicht auferlegen sollte ihn aufrecht zu halten" [2]).

So Ludwig XIV. Wie der Inhalt erkennen läßt, war der Zweck nicht das Geheimhalten. D'Avaux handelte demgemäß. Das Schreiben fand sich bald darauf in den Zeitungen Europas. Der Erfolg mochte dann unter den veränderten Umständen freilich ein anderer sein, als den Ludwig XIV. sich davon versprochen.

Wie dieser König selbst, so waren Andere hoffnungsvoll. Die Nachrichten, die Berwick mitgebracht, scheinen nicht mehr geheim gehalten worden zu sein. Man prägte in Paris eine Medaille, auf deren Vorderseite erblickt ward die Büste Wilhelms III., auf der

[1]) Robethon-Papiere des St. A. H., nach den Mittheilungen von Palmquist an Robethon. — Man vergleiche Sylvius t. IV, b. 41, p. 29.

[2]) Anlage II.

Digitized by Google

Rückseite ein Absalon am Baume hangend, das Herz durchbohrt von einem Pfeile [1]). Am französischen Hofe war die übliche Rede: der König von England sei abgereist, um sich in den Besitz seiner Kronen herzustellen. In Paris erzählte man: der König Jacob habe viel Wachs und Seide mitgenommen, zum Zwecke der Ausfertigung von Gnaden-Urkunden. Er habe in St. Denis angehalten, um dort durch einen Notar ein Document aufnehmen zu lassen, durch welches er dem Könige von Frankreich versprach, sämmtliche für ihn gemachten Auslagen zu ersetzen [2]). Von Berwick hieß es: er habe bei seiner Abreise nach Calais gesagt: er hoffe binnen drei Monaten in Paris wieder einzutreffen als Botschafter des Königs von England [3]).

So die Reden in Versailles und Paris in den ersten Tagen des Monates März (n. St.). Unterdessen entwickelten sich die Dinge in England nicht diesen Wünschen entsprechend.

Als den Tag, an welchem, gemäß der Redeweise der Verschworenen, die rottenfaule Orange zerdrückt werden sollte, hatte Barkley, wie wir vernommen, angesetzt den 15./25. Februar.

Am 13./23. Februar begab sich einer der Verschworenen, Hauptmann Fisher, zu dem Grafen Portland, und that ihm kund, daß am Samstag, dem 15./25. Februar, der König auf der Rückkehr von der Jagd bei Turnham Green von sechsundvierzig Verschworenen werde angefallen werden. Portland theilte die Anzeige sofort dem Könige mit. Wilhelm III. maß derselben keinen Glauben bei [4]). Fisher ließ sich nicht wieder sehen.

Am selben Tage traf ein gewisser Pendergras in London ein, der als Rittmeister unter Jacob II. in Irland gedient. Er war

---

[1]) Robethon-Papiere des St. A. H.

[2]) Sylvius t. IV, b. 41, p. 29. — Burnet t. II, p. 195. — Lexington Papers p. 184. Dasselbe Schreiben im Originale in den Robethon-Papieren, ist wahrscheinlich von Palmquist.

[3]) Sylvius t. IV, b. 41, p. 32. Ein Schreiben aus Paris vom 5. März.

[4]) Portland an Lexington, 3./13. März, in den Lexington Papers p. 178. Portland fügt in diesem Schreiben hinzu, daß Pendergras auch von der Absicht der Landung Jacobs gesprochen. Aber das Schreiben Portlands ist über vierzehn Tage nachher abgefaßt, wo ihm vielleicht die Reihenfolge der Ereignisse sich verschob. Denn das Verhalten des Königs Wilhelm legt augenscheinlich dar, daß er bis zum 22. Februar/3. März von dem Plane der Invasion keine Kunde hatte.

Digitized by Google

dahin beschieden von dem Verschworenen Porter, welcher früher ihm Wohlthaten erwiesen. Wir erinnern uns, daß Barkley zuerst Bedenken getragen gegen das Heranziehen Porters, daß dann Porter sich zur Anwerbung von fünf Mann verpflichtet. Einer derselben sollte Pendergras sein. Das Gewissen dieses einen Mannes war der Fels, an welchem der bis dahin mit staunenswerthem Geschicke angelegte Plan zerscheiterte.

Pendergras hatte vor seinem Eintreffen in London keine Kunde dessen, was Porter von ihm verlangen würde. Dieser weihte ihn dann sogleich ein. Von Schauder ergriffen, faßte Pendergras im selben Augenblicke den Entschluß den König zu retten. Um jedoch dies sicherer auszuführen, stellte er sich als ginge er in den Plan ein [1]). Spät am Abend um 9 Uhr desselben Tages begab er sich, um den Grafen Portland zu finden, nach Whitehall. Es traf sich, daß der Graf Portland durch Geschäfte dort zurückgehalten war. Der Name des Mannes, der sich melden ließ, war ihm unbekannt. Dennoch ließ er ihn vor. Pendergras begann ohne Umschweif: „Ich bitte Sie, Mylord, den König zu warnen, daß er morgen sich nicht auf die Jagd begibt. Denn geschieht es, so wird er ermordet". Auf die weiteren Fragen Portlands entwickelte Pendergras den Plan. Derselbe sei so angelegt, daß er nach menschlicher Ansicht nicht fehl schlagen könne. Portland begab sich sofort mit Pendergras nach Kensington. Der König war im Begriffe sich schlafen zu legen. Alle Vorbereitungen für die Jagd auf den nächsten Tag waren getroffen, das Mahl in Richmond bestellt. Indessen, wie auf Portland, so machte auch auf den König das Benehmen von Pendergras den Eindruck eines ehrenhaften und glaubwürdigen Mannes. Er wolle lediglich das Verbrechen verhüten, sagte er, nicht mehr. Er weigerte sich einen Namen zu nennen. Der König gab den Vorstellungen von Portland nach. Er versprach am nächsten Tage, dem 15./25. Februar, in Kensington zu bleiben.

Die Wagen des Königs fuhren vor. Die Verschworenen eilten hinaus, um gruppenweise in näheren oder ferneren Wirthshäusern zu harren. Es ward Mittag. Dann kam von den zwei Spionen, die sie unter der blauen Garde des Königs gewonnen, die Nachricht: der König

[1]) Der Bericht in Lords' Debates, t. I, p. 461.

Digitized by Google

werde nicht jagen. Der Tag war kalt und stürmisch. Es lag daher die Vermuthung nahe, daß dies der Grund; denn etwas Außerordentliches weiter ward nicht bemerkt. Der Plan ward festgehalten, die Ausführung angesetzt auf den nächsten Samstag, den 22. Februar/3. März.

Der König und Portland erfuhren diesen Stand der Dinge durch Pendergras, der auf den Wunsch des Königs sich nicht von den Verschworenen lossagte. Im Uebrigen blieb die Sache tiefes Geheimnis. Kein Bericht eines Gesandten aus London innerhalb dieser acht Tage deutet eine Kunde desselben an.

Unterdessen eröffnete sich ein zweiter Weg der Entdeckung. Ein Mitglied der Verschwörung, de la Rue, theilte dem Brigadier Lewson den Mordplan mit, und dieser dem Könige. De la Rue und Pendergras wußten der Eine nichts von den Schritten des Anderen: um so gewichtiger war ihre Uebereinstimmung. Aber de la Rue stellte dieselbe Bedingung wie Pendergras: er wollte keine Namen nennen. Demnach fand das merkwürdige Verhältnis statt, daß die Verschwörung entdeckt, und dennoch unerreichbar war.

Um diesem Zustande ein Ende zu machen, schlug Portland das Auskunftsmittel vor, daß der König beide Persönlichkeiten, Pendergras und de la Rue, gesondert verhöre. Es geschah, mit jenem im Beisein von Portland und Cutts, mit diesem im Beisein von Portland und Lewson. Der König sprach Jedem der Beiden seinen Dank aus für ihre edelmüthige Gesinnung, für ihren Eifer und ihre Sorgfalt um ihn und das Königreich. Dann jedoch verlangte er, daß sie als Männer von Ehre und als Patrioten das Werk vollendeten und die Namen der Verschworenen nennten. Pendergras sträubte sich, weil er dem Porter Dankbarkeit schulde. Endlich schlugen die Gründe des Königs durch. Jene Beiden stellten nur noch die Bedingung, daß man nicht von ihnen verlange, in dem Prozesse als Zeugen aufzutreten. Der König versprach es. Die Namen wurden genannt [1]).

---

[1]) Ueber dies Verhör folge ich dem Berichte in Lords' Debates, t. I, p. 461. Dann jedoch findet sich dort und überhaupt in allen englischen Erzählungen des Verlaufes der Sache, auch bei Macaulay, ein merkwürdiger Sprung. Sie wissen nichts von der entscheidenden Ankunft des Couriers Schmettau.

Digitized by Google

So am Abend des 21. Februar/2. März. Dennoch thut der Verlauf dar, daß der König auch da noch nicht auf allen Zweifel verzichtete. Er mochte andere Anhaltspuncte wünschen, zumal da er ja doch, im Falle des Vorgehens wider die ihm genannten Persönlichkeiten, für eine Anklage wider sie keine Zeugen besaß. Wichtiger noch ist, daß die Angaben von Pendergras und de la Rue nur den Mordplan betrafen, nicht mehr. Es ist allen Umständen nach nicht bloß wahrscheinlich, sondern fast gewis, daß sie selber über die andere Seite des Gewebes, die Absicht der Invasion nach dem vollbrachten Morde, keine Mittheilung erhalten hatten. Jedenfalls ergibt sich, daß am Abende des 21. Februar/2. März, so wie bis zum Mittage des 22. Februar/3. März, der König Wilhelm III. von dem Plane der Invasion noch keine Kunde besaß.

Am Samstag Morgen, dem 22. Februar/3. März, fuhren abermals die Sechsspänner des Königs vor Kensington auf. Ein Theil der blauen Garde wurde voraus entsendet. Die Spione der Verschworenen gaben ihnen die Nachricht. Sie eilten an ihre Sammelplätze. Der König ließ durch Vertraute jene Orte beobachten. Unterdessen nahm er das Mittagsmahl in Kensington. Noch während desselben oder unmittelbar nachher ergoß sich über die ganze Sache ein neues Licht. Um 2 Uhr Nachmittags meldete sich in Kensington ein Adjutant des Herzogs von Württemberg, Namens Schmettau, so eben vom Continente her eingetroffen, zu einem dringlichen Rapporte [1]).

Diese Sendung Schmettaus erfordert unsere Aufmerksamkeit.

Vom Beginne des Jahres 1696 an hatte man in den Niederlanden bemerkt, daß in dem französischen Hafen von Dünkirchen ungewöhnliche Vorbereitungen statt fänden [2]). Von französischer Seite ging das Gerücht, daß sie gegen Vliessingen bestimmt seien. Im Laufe des Monats Februar rückten mehr und mehr Truppen gegen die Küste vor. Es hieß, daß der Marschall Boufflers von einem Orte zum anderen eile. Es erhob sich der Verdacht, daß nicht Vliessingen, sondern

---

[1]) Bericht von Cleverskerke an die Generalstaaten, vom 6. März. — Hoffmanns Bericht vom 6. März. Er gibt diese Stunde an.

[2]) Das Folgende ist fast wörtlich einem zusammen fassenden Berichte von Don Quiros entnommen, vom 9. März, den er nach Madrid und Wien entsendet.

Digitized by Google

Ostende oder Nieuport das Ziel sei. Der Herzog von Württemberg ließ die Besatzungen dort verstärken. Gegen Ende Februar dagegen gelangten nach dem Haag Gerüchte, daß der König Jacob im Begriffe stehe sich nach Calais zu begeben, und von dort aus eine Landung in Schottland zu versuchen. Der Herzog von Württemberg eilte nach Nieuport. Er erkundete von dort aus noch mehr. Es lagen in Dünkirchen und Calais vierzig Bataillone bereit zur Einschiffung. Der König Jacob wurde erwartet. Der Herzog entschloß sich, sofort zwei Adjutanten, Schmettau und Montez, jeden einzeln in Fischerböten hinüber an den König Wilhelm zu senden.

So auffallend es klingt, muß besonders hervorgehoben werden, daß man in England von allen diesen Vorbereitungen an der französischen Küste keine Nachricht hatte. Diese Unkunde ward in Versailles genau mit in Rechnung gezogen. Am 18./28. Februar, dem Tage vor der Rückkunft des Herzogs von Berwick, schreibt Dangeau in Versailles in sein Tagebuch: „Nach allen Nachrichten aus Holland und England darf angenommen werden, daß der Prinz von Oranien von dem Landungsplane gar nichts weiß“ [1]). Am anderen Tage traf Berwick in Paris ein. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß seinen spähenden Blicken die völlige Sorglosigkeit in England nicht entgangen war, daß demnach die Wahrnehmung derselben auf seine Berichte bei Jacob II. und Ludwig XIV. erheblich eingewirkt hatte.

Erst am Freitage, dem 21. Februar/2. März, gab sich im englischen Unterhause eine unbestimmte Besorgnis kund. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, daß Frankreich in dem bevorstehenden Sommer seine ganze Seemacht im Canale sammeln werde. Das Unterhaus beschloß daher eine Adresse, daß der König unverzüglich die Flotte in See bringen möge. „Einige unter ihnen fürchten gar, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, eine Landung und Invasion. Die Besorgnis erscheint nicht gegründet“ [2]).

Am selben Tage sagte Trumball zu Auersperg: „Unter die Menschen hier ist wie ein panischer Schrecken das Gerücht gefahren, daß Frankreich eine Landung vorhabe“. Der Gesandte erwiederte: „Ich

---

[1]) Dangeau t. IV, p. 14.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 2. März.

Digitized by Google

erinnere mich, daß alle Jahre um dieſe Zeit ein ſolches Gerücht auftaucht. Doch ſehe ich dafür keinen Anſchein“ [1]).

Damals waren bereits Schmettau und Montez auf dem Meere. Das Fiſcherboot des erſteren ward durch einen franzöſiſchen Kaper angehalten. Schmettau lag auf dem Boden des Fahrzeugs, hoch überdeckt von Fiſchernetzen. Der Kaper-Capitain ſuchte dort nicht. Er ließ das Boot fahren [2]).

Schmettau ward in Kenſington ſofort vorgelaſſen. Er richtete ſeine Meldung aus. „Ich habe geſtern, meldet darüber der König am folgenden Tage an Heinſius, einen Expreſſen vom Herzog von Württemberg erhalten, durch welchen er mich in Kenntnis ſetzt von den großen Vorbereitungen, die in Dünkirchen zum Zwecke einer Landung hier getroffen werden. Er meldet mir, daß der König Jacob bereits in Calais, daß man beſchäftigt iſt mit der Einſchiffung der Truppen, und daß der Marſchall Boufflers ihn begleiten ſoll. Sie werden leicht ermeſſen, welche Unruhe dieſe Nachrichten, zuſammen mit der Entdeckung eines Anſchlages auf mein Leben hier erregt haben. Keppel wird das Nähere mittheilen“ [3]).

Die Faſſung dieſer Worte des Königs läßt erſehen, daß er die Abſicht der Invaſion vor der Meldung durch Schmettau nicht gekannt. Wie dieſe Meldung das Ganze klar beleuchtete: ſo mußte ſie den letzten Zweifel des Königs an den Ausſagen von Pendergras und de la Rue hinweg nehmen [4]). Die Sechsſpänner kehrten um in die Remiſen von Charing Croſs. Ein Bote berief die Garden zurück. Sie jagten einher in Sturmeseile, nach Kenſington.

Die Nachricht gelangte an die Verſchworenen. Abermals war auch für dieſen Tag der Anſchlag mislungen. An eine Entdeckung glaubten Viele noch nicht, oder ſtellten ſich nicht daran zu glauben.

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 2. März.

[2]) Cleverkerkens Bericht vom 6. März.

[3]) Vom 4. März, bei Grovestins t. VI, p. 540.

[4]) Auerspergs Bericht vom 6. März: So ſchlechte Kundſchaft hatte man hier, daß es faſt unglaublich iſt. — Eben ſo Hoffmann. Er ſagt dann: Als aber am beſagten 3. um 2 Uhr Nachmittags des Herzogen von Württemberg Adjutant hier angelangt u. ſ. w., hat man von Seiten dieſes Hofes das Werk nicht weiter negligirt. — Quiros ſagt: Se abstuvo S. M. de salir a la Caza, y comboco consejo de guerra. — Aehnlich Bonnet bei Ranke Bd. VII, S. 117, n. 1.

Digitized by Google

Noch sei es Zeit, meinten sie, zurück zu greifen auf den anderen Vorschlag, die That zu verüben zwischen den Thoren von Hyde Park und St. James Park, und zwar am nächsten Morgen, dem Sonntage.

Es kommt hier vor allen Dingen an auf das Verhalten des Hauptes der Verschworenen. Barkleys Bericht thut dar, daß er bis dahin die Vermuthung einer Entdeckung nicht gehegt, ja daß er den König Wilhelm schon auf der Fahrt nach Richmond geglaubt zu haben scheint. Denn er sagt: „Man brachte mir die Nachricht, daß der Prinz von Oranien in vollem Jagen nach Kensington zurückkehre. Darauf hin vermuthete ich die Entdeckung unseres Planes" [1]). Barkley floh.

Die nächste Pflicht für den König war diejenige der Sicherheit nach außen. Er berief sofort einen Kriegesrath. Seit Wochen lag das verbündete Geschwader bei Spithead, segelfertig nach dem Mittelmeere, wenn nur der Südwest es verstattet hätte. Was bis dahin als ein Misgeschick, erschien nun als eine glückliche Fügung. Noch am selben Abend des 22. Februar/3. März ergingen an die Schiffe auf der Rhede von Spithead die Befehle sich nach den Downs zu begeben. Der Admiral Russel, unlängst aus dem Mittelmeere zurückgekehrt, erhielt das Commando dieser Flotte mit der Weisung, unverzüglich nach der französischen Küste hinüber zu stechen, und die dort liegende Landungs-Flotte anzugreifen. Es ergingen ferner die Befehle an die in England vorhandenen Truppen sich marschbereit zu halten, an den Herzog von Württemberg, zwanzig Bataillone nach England hinüber zu senden. Der Lord-Mayor von London ward angewiesen, die Stadt-Miliz (trainbands) in die Waffen zu rufen [2]).

Dann suchte man der Verschworenen habhaft zu werden. Die Staats-Secretäre, denen dies oblag, entsendeten ihre Boten in der Nacht mit Fackelschein. Es gelang bis zum Sonntag Morgen zehn derselben zu ergreifen, unter ihnen Charnock.

Am Sonntage, dem 23. Februar/4. März, wurden die Berathungen und Beschlüsse fortgesetzt. Der Admiral Russel eilte hinab zur Flotte, die Lords-Statthalter in die bedroheten Provinzen. In

[1]) The life of James, vol. II, p. 552.

[2]) Die Berichte Auerspergs, Hoffmanns, Cleverskerkens vom 6. März.

Digitized by Google

London schwirrten die Gerüchte über das Vorgefallene von Munde zu Munde. Eine öffentliche Bekanntmachung jedoch erfolgte noch nicht, weil dieselbe zuerst dem Parlamente gebührte, welches am Sonntage sich nicht versammelte. Der Courier indessen, den Wilhelm III. sofort an Heinsius entsendet, traf noch am Vormittage des 23. Februar/4. März im Haag ein. Man hatte dort Grund zur Besorgnis, weil die vorher aus London angekommenen Berichte vom 21. Februar/2. März noch keine Andeutung einer Kunde der Gefahr enthielten [1]). Der Courier des Königs hob diese Besorgnis. Wenige Stunden später erfolgte ein zweiter Courier an den Prinzen Vaudemont im Haag. Er wie Heinsius theilten ihre Nachrichten den Gesandten der verbündeten Mächte mit, so daß noch am Abende desselben Tages die Couriere nach allen Richtungen enteilten.

Am Montag Morgen, dem 24. Februar/5. März, begab sich der König Wilhelm III. in das Oberhaus, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden, und begann seine Rede mit folgenden Worten.

„Mylords und meine Herren. Ich trete heute hier vor Euch auf einen besonderen Anlaß. Derselbe hätte sich als unheilvoll erweisen können, wenn nicht die Absicht durch die besondere Gnade und Güte Gottes vereitelt wäre. Und nun mag sich, unter der Fortdauer desselben göttlichen Waltens, und durch unsere eigene Vorsicht, diese Sache so zum Heile wenden, daß sie uns zur ausreichenden Mahnung dient zu sorgen für unsere Sicherheit wider die verderblichen Anschläge und Versuche unserer Feinde."

Dann entwickelte der König den Stand der Sache, wie wir ihn kennen, die Maßregeln, die er bereits getroffen. Er schloß: „Nachdem ich Euch die Gefahr dargelegt, die uns bedroht hat, zweifele ich nicht an Eurer Bereitwilligkeit und Eurem Eifer alles das zu thun, was Ihr als geeignet erachtet für unsere gemeinsame Sicherheit. Ich lebe der Ueberzeugung, daß wir alle durchdrungen sind von dem Gefühle, wie nothwendig die gegenwärtige Lage der Dinge erfordert, daß Ihr die Euch vorliegenden Geschäfte so schleunig wie möglich erledigt" [2]).

---

[1]) Kaunitz und Stratemann am 4. März.

[2]) Commons' Debates t. III, p. 20.

Digitized by Google

Was immer bis dahin an Abneigung im Unterhause wider den König Wilhelm sich geregt haben mochte, die Kunde dieses Doppelplanes des Mordes und der Invasion schlug alles nieder. „Mit wenigen Ausnahmen, meldet Auersperg, haben sie nicht gewußt genug zu thun, um dem Könige von Frankreich und dem Könige Jacob ihren Haß zu zeigen" [1]).

Die Stimmung im Oberhause entsprach derjenigen im Unterhause. Die Häuser einigten sich zu einer gemeinsamen Adresse. Noch am selben Abende traten sie mit derselben vor den König in Kensington. Nachdem die Adresse den Glückwunsch für die Erhaltung des Königs ausgesprochen, den Dank für das gnädige Walten Gottes, den Abscheu wider den schurkischen und barbarischen Plan, die Bitte um eine mehr als gewöhnliche Sorge des Königs für sein Leben, von welchem die Sicherheit und die Wohlfahrt dieser Länder so völlig abhange — fährt sie fort: „Und wir nehmen diese Gelegenheit wahr Ew. Majestät unseres äußersten Beistandes zu versichern für die Vertheidigung Ihrer Person und für die Unterstützung Ihrer Regierung wider den früheren König Jacob und wider alle Ihre anderen Feinde daheim und auswärts, indem wir hiermit vor aller Welt erklären, daß, wenn Ew. Majestät eines gewaltsamen Todes stürbe — was Gott verhüten wolle — wir dies rächen wollen an allen Ihren Feinden und deren Anhängern. Wir werden unseren Eifer für den Dienst Ew. Majestät bethätigen durch die schleunige Erledigung aller öffentlichen Geschäfte. Wir sprechen unseren Wunsch aus, daß Ew. Majestät greifen wollen auf alle Personen, Pferde, Waffen, welche geeignet erscheinen in sichere Verwahrung gebracht zu werden".

Die letzten Worte kündigten die Suspension der Habeas-Corpus-Acte an. Die Wirkung dessen erfolgte sofort. Es war bis dahin erst die geringere Zahl der Verschworenen, etwa vierzehn, zur Haft gebracht, namentlich nicht die Häupter. Noch am Abende desselben Tages erfolgte eine königliche Proclamation, welche eine Anzahl derselben namhaft machte, obenan Jacob Herzog von Berwick. Nach der Vermuthung nämlich befand er sich noch in England. Für die Einlieferung jeder dieser benannten Personen ward ein Preis von eintausend Pfund

[1]) Auerspergs Bericht vom 6. März.

Digitized by Google

Sterling ausgesetzt. Es folgten nachher noch drei Proclamationen mit Namen, so daß kaum einer der Betheiligten unerwähnt blieb.

Ein Antrag auf die Suspension der Habeas-Corpus-Acte lag bereits dem Unterhause vor. Erfuhr dadurch die Executiv-Gewalt der Krone momentan eine Kräftigung: so schritt das Unterhaus weiter vor zur Feststellung eines eigenen Rechtes, welche damals in der Gefahr des Augenblickes dringlich erschien, und welche doch zugleich ein Princip von großer Tragweite begründete. Bis dahin erlosch mit dem Tode eines Königs die Befugnis des von ihm berufenen Parlamentes. Das Unterhaus beschloß nun: es möge eine Bill eingebracht werden, daß, wenn es Gott gefalle, diese Königreiche heimzusuchen durch den Tod des gegenwärtigen Königs, das Recht des dann in Kraft befindlichen Parlamentes nicht erlöschen, sondern fortdauern solle, bis der nächste Erbe der Krone, berufen zur Succession gemäß der Bill of Rights, dasselbe auflöse.

Dem Eifer des Unterhauses geschah mit dieser Adresse, mit diesen Beschlüssen noch nicht genug. Ein Mitglied, Sir Rowland Gwynne, beantragte eine Association zum Zwecke des gemeinsamen Einstehens für den König. Der Antrag ward mit Freuden begrüßt. Die Formel dieser Association lautet wie folgt.

„Nachdem sich eine schreckliche und abscheuliche Verschwörung hervorgethan, angezettelt von Papisten und anderen bösartigen und verrätherischen Personen, zum Morde an der Person Sr. Majestät, um dadurch eine Invasion von Frankreich her zu ermuthigen, zum Zwecke des Umsturzes unserer Religion, unserer Gesetze, unserer Freiheit: so fühlen wir Unterzeichnete uns bewogen, von Herzen, aufrichtig, feierlich, zu bekennen, zu bezeugen und zu erklären, daß Se. gegenwärtige Majestät, der König Wilhelm, ist der recht- und gesetzmäßige König dieser drei Reiche. Und wir versprechen und verpflichten uns bei einander zu stehen und uns gegenseitig zu unterstützen, mit dem Aufgebote aller unserer Kraft, zum Schutze und zur Vertheidigung der geheiligten Person Sr. Majestät und seiner Regierung wider den früheren König Jacob und alle seine Anhänger. Und im Falle Se. Majestät eines gewaltsamen oder vorzeitigen Todes stürbe — was Gott verhüten wolle —, verpflichten wir uns weiter hierdurch, frei und einmüthiglich, uns zu einigen, zu verbinden und bei einander

Digitized by Google

zu stehen, um diesen Tod an seinen Feinden und ihren Anhängern zu rächen, und die Succession dieser Krone aufrecht zu halten und zu beschützen, so wie dieselbe festgestellt ist durch eine Acte im ersten Jahre des Königs Wilhelm und der Königin Mary, unter dem Titel: eine Acte enthaltend die Rechte und die Freiheiten der Unterthanen und die Feststellung der Succession der Krone".

Der Beginn dieses Actenstückes trägt das Gepräge der damaligen englischen National-Vorurtheile. Abgefaßt, bevor eine gerichtliche Untersuchung des Mordplanes statt gefunden, bevor noch auch nur die Mehrzahl der Verbrecher zur Haft gebracht war, erhob sie die hauptsächliche Anklage wider die Katholiken als solche. Die Anklage, leidenschaftlich und ungerecht, war zugleich unklug, da auch selbst, wenn die Verbrecher nur Katholiken gewesen wären, die Engländer doch sicher sein durften, daß der Kaiser, der König von Spanien und die anderen katholischen Bundesgenossen über das Attentat dasselbe Urtheil fällen würden wie sie, daß dagegen die Form wie der Inhalt der Anklage in gleicher Weise verletzend wirken mußten. „Man wird die scharfen Ausdrücke der ersten Leidenschaft zu gute halten müssen," meinte ein englischer Diplomat [1]). Wir haben ferner uns zu erinnern, daß bei der geringen Kunde der damaligen Engländer von dem Papstthum, nach welcher sie namentlich kein Verständnis hatten von der Stellung der Krone Frankreich zu dem Oberhaupte der Kirche, nach welcher ihnen dagegen die Worte popery and arbitrary power als eng verbundene, wohl gar synonyme Begriffe vorschwebten — daß bei der Gewohnheit dieser nicht eben scharfen Unterscheidung es ihnen nahe lag, auch in diesem besonderen Falle papistisch und französisch als gleichbedeutend anzusehen. — Es kam zu Anfang dazu, daß die Gerüchte von der Betheiligung von Katholiken übertrieben wurden. Der Graf Kaunitz sprach den Engländern im Haag seine Misbilligung jener Ausdrücke aus. Tököly, sagte er, sei reformirt, die meisten derjenigen, die mit ihm gehalten, nicht katholisch: was würde man nun in England sagen, wenn darum der Kaiser gegen die Reformirten einschreiten wollte? Die Engländer entgegneten, daß unter den Verbrechern sich zwei Dominikaner und ein Jesuit befänden. Kaunitz vermochte damals nur

[1]) Stepney in den Lexington Papers p. 185.

Digitized by Google

erst seinen Zweifel entgegen zu halten [1]). Bei der gerichtlichen Untersuchung ward von solchen drei Personen nichts vernommen, und es blieb nur übrig, daß einer der Verschworenen, Harrison, Bruder eines Dominikaners sei [2]).

Dagegen müssen wir bemerken, daß die kaiserlichen Gesandten, Auersperg und Hoffmann, unmuthige Klagen erheben über die Haltung vieler Katholiken in London. „Nicht der Eifer für die Religion beseelt sie, sagt Auersperg — denn diese wird leider in aller anderen Beziehung gar schlecht beobachtet — sondern die Ambition" [3]). Aehnlich Hoffmann: „Es finden sich unter ihnen Leute, die nichts als Verwirrung suchen" [4]). Es war damals die Zeit des ersten Eindrucks, bei welchem namentlich die für diese Gesandten unerfreuliche Wahrnehmung mitwirkte, daß eine nicht unerhebliche Anzahl der Verschworenen der katholischen Religion angehörte. Die Thatsache dagegen, daß eine Reihe derselben aus dem Dienste von St. Germain herüber gekommen, und dann von Barkley in seinem Sinne verwendet war, lag nicht von Anfang an klar vor. Noch weniger die andere ungleich wichtigere, daß der Mordplan gescheitert war an dem Gewissen eines rechtschaffenen Katholiken, Pendergras.

Dies Schriftstück der Association wurde in den ersten drei Tagen von vier Fünfteln der anwesenden Mitglieder des Unterhauses (360:90) gezeichnet. Einige hielten sich fern. Die Worte, daß Wilhelm recht- und gesetzmäßiger König sei (rightful and lawful king), widerstrebten ihnen. Die Mehrheit dagegen wollte die Unterschriften Aller. Sie beschloß eine Frist bis zum 16./26. März, innerhalb deren die Unterschrift zu leisten oder der Grund der Weigerung anzugeben sei [5]).

Offener trat hervor der Widerstand der Minderheit im Oberhause. Von den etwa hundert Pairs war ein Drittel gegen die Ausdrücke: recht- und gesetzmäßiger König. Zur Vermittelung ward vorgeschlagen, daß der König Wilhelm sein Recht auf die Krone habe durch Gesetz, und daß keine andere Person ein Recht an die Krone

---

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 12. März.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 27. März.
[3]) Bericht vom 16. März.
[4]) Bericht vom 6. April.
[5]) Commons' Debates t. III, p. 22.

Digitized by Google

besitze. Der Mehrzahl unter den Widerstrebenden genügte diese Fassung. „Sie meinen, meldet Hoffmann, ihr Gewissen dadurch in Sicherheit zu halten, daß sie die Worte: Recht durch Gesetz (right by law) erklären: durch das Gesetz, welches ausdrücklich zur Uebertragung der Krone an den König gemacht worden, und nicht durch das Gesetz, kraft dessen ein König naturaliter vom königlichen Stamme descendirt." Vielen erschien der Unterschied nur als ein Wortstreit. Einigen jedoch, wie dem Grafen Nottingham, genügte auch diese Veränderung nicht. Sie weigerten sich der Unterschrift, in allem fünfzehn Pairs[1]).

Während der Verhandlungen darüber ward der Prozeß gegen die Verschworenen beschleunigt. Denn bei den Jacobiten in England und ganz besonders in Frankreich ging die Rede, die ganze Verschwörung sei eine Fiction des Königs Wilhelm, im Interesse seiner Politik. Bereits am 17./27. März wurden drei der Verhafteten, Charnock, King und Keyes vor Gericht gestellt. Der eine der hauptsächlichen Verschworenen, Porter, hatte Leben und Freiheit erkauft durch das Anerbieten seiner Zeugenschaft. Dies war besonders wichtig, weil er dadurch einen besseren Mann frei machte, Pendergras, dessen anfängliche Weigerung als Zeuge aufzutreten sich gründete auf seine Dankbarkeit für Porter, den er als seinen Wohlthäter nicht ins Unglück bringen wollte. Der Zeugen waren in allem fünf, die so klar, so umständlich die Einzelnheiten der Verschwörung angaben, daß auch der letzte Rest eines Zweifels schwand. Am 17./27. März erfolgte über jene drei Angeklagten der Wahrspruch des Schuldig, bereits am nächsten Tage die Hinrichtung in Tyburn.

Unterdessen ergoß sich der Strom der Loyalität für den König Wilhelm, wie er sich kund gab durch die Unterschrift der Formel jener Association, mit unwiderstehlicher Gewalt über das gesammte Königreich. Die Association ward gezeichnet überall, in Städten, in Flecken, in Dörfern. Die jungen Leute trugen an den Hüten rothe Bänder, darauf vier Kronen und die Worte: „Die National-Association für den König Wilhelm". Eine Gegen-Demonstration wagte sich nicht hervor.

„Wenn jemals, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, irgend etwas Ersprießliches dem Könige Wilhelm hätte widerfahren können,

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. März.

Digitized by Google

um dieſer Nation Liebe und Anhänglichkeit für ihn zu ſteigern und ihn mehr und mehr auf dem Throne feſtzuſetzen: ſo iſt es dieſer Mordplan und die von dem Könige Jacob darauf gegründete Invaſion, und zwar mit einer Armee von Franzoſen, gegen welche Nation die hieſige einen unverſöhnlichen Haß und die tiefſte Verbitterung allezeit gehegt hat und immer hegen wird" [1]).

„Die große Mehrheit im Unterhauſe, meldet Auersperg, ſchreitet ſo überwältigend einher, daß die Gegenpartei kaum ein Wort noch zu erwiedern wagt. Es gilt die Meinung, die Nation werde nimmer in Frieden und Ruhe ſein, wenn ſie nicht feſthält an den Gedanken der Aſſociation, den König Jacob für immer ausſchließt und ſeine Partei hier vernichtet. Kein Grund der Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Regierung hält Stand, ſobald es ſich darum handelt, den Haß gegen Frankreich zu bethätigen. Ich erinnere mich ſchon mehrmals angedeutet zu haben und wiederhole meine Anſicht: je mehr das Parlament hinüber greift in die königliche Prärogative, um ſo weniger iſt für lange Jahre hin ein Umſchwung zu Gunſten Frankreichs zu beſorgen. Ein Succeſſor, der den Spuren des Hauſes Stuart folgen wollte, würde eine Laſt ſich aufladen, die er nicht zu heben vermöchte" [2]).

Anders freilich dachte es ſich der König Jacob. Er war in Calais angekommen am 21. Februar/2. März. Dort und in der Nähe waren verſammelt 18 Bataillone Infanterie, 3 Regimenter Cavallerie und 2 Regimenter Dragoner, in allem 14,000 Mann, unter dem Commando des Marquis Harcourt. Die Flotte beſtand aus etwa 20 Linienſchiffen, nebſt einigen Fregatten, dazu 200 Fahrzeugen für den Transport der Truppen nach England. Es war alles bereit nach Wunſch [3]).

Vom Tage ſeiner Ankunft in Calais an harrte Jacob II. des Zeichens, welches Berwick mit den Verſchworenen verabredet, und zu deſſen Zwecke er einen Diener dort zurückgelaſſen, einer Rauchſäule

---

[1]) Bericht vom 16. März.

[2]) Bericht vom 20. März.

[3]) Bericht der Grafen Kaunitz und Stratemann aus dem Haag, vom 9. März. Sie verſichern die Zuverläſſigkeit.

Digitized by Google

auffteigend von den Klippen von Dover [1]). Ein Tag nach dem anderen verrann: die spähenden Augen Jacobs und seines Sohnes Berwick gewahrten keine Rauchsäule. Auch keine andere Nachricht von drüben gelangte zu ihren Ohren. Unterdessen wurden von dort aus die gegebenen Befehle rasch ausgeführt. Eine Woche nach der Ankunft Jacobs in Calais war verflossen, als statt der gehofften Rauchsäule in der Ferne am Horizonte ungleich näher eine andere Erscheinung auftauchte: die englische Kriegesflotte von 60 Segeln. Die Ankunft derselben verkündete die Wendung der Dinge: statt einer günstigen Aussicht für den Plan der Landung dort die eigene Gefahr der französischen Ausrüstung für diesen Zweck. Die Transport-Fahrzeuge lagen im Hafen von Calais, die Kriegsschiffe ankerten zwischen Dünkirchen und Gravelines. Die englische Flotte nahte heran. Jene französischen Schiffe hatten nicht mehr die Zeit die Anker zu lichten. Sie kappten die Taue und flüchteten sich hinter die Risbank. Der Tiefgang der englischen Kriegsschiffe verstattete nicht ihnen dahin zu folgen, und wegen der Eile der Ausfahrt fehlte es ihnen an Brandern und leichten Fahrzeugen. Russel begehrte sie von Seeland. Wenn diese rechtzeitig vor der nächsten Springfluth eintrafen, so erneuerte sich, wie Wilhelm III. es gewünscht, das Schauspiel von La Hogue. Allein eben das wußten auch die französischen Commandanten. Sie luden die Kanonen aus. Und dann gelang es ihnen die so erleichterten Schiffe in den Hafen von Dünkirchen einzubringen. Indessen der moralische Erfolg war da [2]).

Eben so rasch handelte man zu Lande. Die Verringerung der französischen Truppen an der belgischen Grenze schien die günstige Gelegenheit zu bieten, dies Mal den Franzosen in den Niederlanden zuvorzukommen. Sie hatten für den nächsten Feldzug sehr große Magazine in Givet errichtet, dem Vermuthen nach zum Zwecke eines Angriffes auf Namur. Der Prinz Vaudemont entsendete den General Athlone von Namur aus, am 2./12. März. Dieser nahm seine Stellung gegenüber Dinant, um die Festung zu beobachten, und schickte Coehorn vor gegen Givet. Nach einem Bombardement von drei

[1]) Eben dies aus Auerspergs Bericht vom 16. März.

[2]) Bericht des Grafen Kaunitz aus dem Haag, vom 16. März.

Digitized by Google

Stunden standen alle Magazine dort in Flammen. Die sämmtlichen reichen Vorräthe für den Feldzug wurden vernichtet, die Offensive für Frankreich in Belgien unmöglich gemacht [1]).

Wir erkennen die Ansicht der Unbetheiligten über diese Lage der Dinge aus einem Schreiben des Schweden Palmquist in Paris [2]).

„Die Unternehmung des Königs Jacob, meldet er am 16./26. März, wendet sich so übel, daß man wohl lieber nie daran gedacht haben möchte. Wie immer man sich anstellen möge, man wird der Welt nicht den Glauben nehmen, daß dasselbe gegründet war lediglich auf die Hoffnung einer Mordthat. Der Aufenthalt, den der König Jacob nach Calais in Boulogne genommen, anstatt dieser Meinung den Grund zu entziehen, bestätigt sie. Diese zur Schau getragene Beharrlichkeit bei einem fortan moralisch unmöglichen Plane erweckt die Meinung, daß hier ein Geheimnis obwaltet, welches man verdecken möchte."

„Andererseits macht das plötzliche Erscheinen der feindlichen Flotte einen schlimmen Eindruck auf die Stimmung des französischen Volkes. Es ist eine herbe Enttäuschung, daß eine Nation, die man eben noch bei ihr selber heimsuchen wollte, ihrerseits herankommt, um Frankreich an seinen Küsten herauszufordern. Der einzige Vortheil für Frankreich bei der Angelegenheit wäre noch der, daß ein Theil der englischen Armee aus Belgien hat heim gerufen werden müssen. Allein während man diese Meinung hier verkündete, während noch die Rede ging, daß die günstige Gelegenheit dieser Diversion auszunutzen sei zum Wiedergewinne von Namur, trifft unerwartet die neue Nachricht ein von dem Brande der Magazine von Givet."

„Dazu nun die Nachrichten aus England, die uns zeigen, daß da wo man dem Prinzen von Oranien das Grab bereitete, er seinen Ruhm und seine Größe gefunden, und daß er den Plan zu seiner Vernichtung zu wenden gewußt hat in ein Mittel zur Sicherung seines Thrones."

So die Ansicht von Palmquist. Es fragt sich indessen, ob sie in Betreff Jacobs II. völlig der Wahrheit entspricht.

---

[1]) Die Berichte Athlones und Coehorns an Vaudemont, vom 16. März, bei Sylvius t. IV, b. 41, p. 33.

[2]) Das Schreiben in englischer Uebersetzung, etwas verändert, ist abgedruckt in den Lexington Papers p. 182. Eine Abschrift des französischen Originales ist in den Robethon-Papieren des St. A. H.

Digitized by Google

Allerdings gingen Viele in Paris darin noch weiter. Man meinte, daß der König Jacob nicht aus eigenem Antriebe an der Küste bliebe, sondern von Versailles aus nicht die Erlaubnis erhielte zur Rückkehr nach St. Germain. Denn dann, meinte man, werde auch der König Wilhelm nicht wagen England zu verlassen. In diesem Falle, hieß es in Paris, werde der König von Frankreich im Felde erscheinen und eine bedeutende That vollbringen [1]).

Es ist immerhin möglich, daß Gedanken dieser Art bei Ludwig XIV. mitgewirkt, um dem Könige Jacob noch den ferneren Aufenthalt in Calais und Boulogne zu verstatten. Das Wesen der Sache jedoch war, daß der König Jacob dort bleiben wollte, weil er fest hielt an seinem Plane der Landung. Während ein Unbetheiligter wie Palmquist die Ausführung des Planes bereits als moralisch unmöglich ansah, verhandelten der König Jacob und sein Minister Middleton von Calais und Boulogne aus mit Versailles über den Wortlaut der Declaration, die zu erlassen sei nach der erfolgten Landung in England. So den Monat März hindurch, so noch im April. Wir erinnern uns, daß der König Wilhelm den Herzog von Württemberg mit 20 Bataillonen nach England entboten. Als sie ankamen, ließ der König sie nicht einmal ausschiffen, sondern sofort zurückkehren [2]). Demnach war nach seiner Ansicht alle Gefahr beseitigt. Die Hoffnungen von Jacob II. und Middleton dagegen wurden dadurch nicht erschüttert. Auch die Thatsache, daß die englische Flotte in ihrer Nähe Calais bombardirte, scheint die beiden Männer nicht enttäuscht zu haben. Wilhelm III. hatte einst, bei dem Uebergange Middletons zu Jacob, Besorgnis vor seiner Befähigung ausgesprochen. Im Dienste Jacobs scheint die Leidenschaft diese Einsicht Middletons umdüstert zu haben. Er hält den Mahnungen und Warnungen der französischen Minister, welche als Beweis der völlig veränderten Lage der Dinge in England die Adressen dort an Wilhelm III. hervorheben, die Erfahrung entgegen, daß solche Adressen auch dem Könige Jacob dargeboten seien bei der Geburt des Prinzen von Wales, bei der Kunde des Aufbruches von Oranien im Herbste 1688. Er selber weist hin auf das Bombardement

---

[1]) Lexington Papers p. 189.

[2]) Auerspergs Bericht vom 20. März.

Digitized by Google

von Calais. „Der Lärm, sagt er, den Ihre und unsere Feinde von allen Seiten erheben, thut dar, daß sie durch Wuth und Verzweiflung angetrieben werden zu den äußersten Anstrengungen, um die Schwäche einer untergehenden Sache zu verdecken“ [1]). Man sieht, ein Mann mit solcher Urtheilskraft war nur noch den eigenen Freunden fürchterlich.

Andererseits thut indirect diese Correspondenz dar, daß dem Minister Middleton der Mordplan völlig fremd war. Man dürfe doch nicht, schreibt er an Croissy, die Landung darum hintanstellen, weil eine Verschwörung entdeckt sei, an der nur einige wenige Individuen sich betheiligt. Die Hinrichtung von Verschworenen sei kein Grund zur Verzweiflung an der großen Sache. Er ertheilt dem Caryll in St. Germain den Auftrag, in einer Denkschrift dies den französischen Ministern nachdrücklich vorzustellen.

Demnach ergibt das ganze Verhalten Jacobs II., daß, wie er nicht ursprünglich den Mord zur Basis seiner Unternehmung gemacht, er auch nachher, nach dem Mislingen des Mordplanes, auf jenen seinen eigenen Plan der Landung nicht verzichtete. Wenn es von ihm abhing, so war er täglich zur Einschiffung nach England bereit.

So glühend indessen dieser Eifer bei Jacob II. und bei Middleton: die Zügel lagen in der Hand Ludwigs XIV. Die französischen Minister sprachen in ihren Schreiben an Middleton die Bitte aus, daß der König Jacob die Streitkräfte ihres Königs nicht einer überlegenen Macht aussetzen wolle. Jacob und Middleton gaben das Versprechen. So ward in höflicher Weise dem Könige Jacob die Enttäuschung erspart, daß er in Wirklichkeit auch nicht über einen einzigen Mann zu verfügen hatte.

Während Jacob II. und sein Berather Middleton nicht vermochten, die Dinge um sie her in derjenigen Klarheit zu erkennen, in welcher sie den Blicken der Nicht-Betheiligten offen lag, ergossen die Pariser über ihn ihren herben Spott. Maueranschläge stellten hundert Thaler Belohnung in Aussicht für das Ausfinden eines Mittels, welches den König von England in den Stand setze, in ehrenhafter Weise nach St. Germain zurückzukehren [2]). So noch im März. Jacob blieb in Boulogne.

---

[1]) Die Correspondenz in Macpherson's Original Papers, vol. I, p. 548.

[2]) Schreiben der Herzogin von Orleans an die Prinzessin Sophie, vom 1. April.

Digitized by Google

So dauerte es bis tief in den April hinein. Endlich griff Ludwig XIV. durch. Pontchartrain mußte an Middleton schreiben, daß das Unternehmen der Landung zu verschieben sei auf eine günstige Zeit. Die Truppen wurden abberufen. Middleton vernahm es mit Verdruß. Jacob wußte noch nicht, ob er bleiben oder nach St. Germain zurückkehren solle. Auch dieser Wink erfolgte. Ludwig XIV. eröffnete der Königin Marie Beatrice, daß nach dem Aufbruche aller Offiziere von Boulogne kein Grund mehr sei für einen längeren Aufenthalt des Königs von England dort. Dann endlich zog Jacob II. wieder ein in St. Germain.

Wir haben über diese Rückkehr seine eigenen Worte: „Er kehrte wieder mit dem Verlangen Sir George Barkley zu sehen und von ihm zu erfahren, was er für sich vorzubringen habe, da ja seine Vollmacht Krieg zu erheben, nur in allgemeinen Ausdrücken abgefaßt war" [1]).

Da Jacob II. diese Worte für sich niederschrieb, nicht für Andere, so lassen sie nur die Deutung zu, daß er auch damals nicht geglaubt hat eine Mitschuld an dem Mordplane zu haben. Er hatte sogar während des Aufenthaltes in Boulogne die Absicht gehegt, eine Schrift zu veröffentlichen, durch welche er die Betheiligung an dem Mordplane von sich ablehnte. Ludwig XIV. rieth ab [2]). In der That hätte Jacob II., wie er bei öffentlichen Schriftstücken überhaupt kein Glück hatte, durch ein solches seine Sache nur verschlimmern können. Denn er vergaß, daß der Aufenthalt von Berwick in London vor dem Mordversuche, sein Verkehr dort mit den Mördern, dann die Begegnung mit Jacob II. in Clermont, die Weiterreise nach Marly, und endlich der Aufenthalt von Berwick bei dem Vater im Hauptquartiere von Calais, eine Kette von notorischen Thatsachen bildeten, aus welcher sich nicht bloß, wie es der Wahrheit gemäß ist, die Mitwissenschaft von Jacob II. mit zwingender Evidenz ergibt, sondern auch seine Mit-Urheberschaft mit großer Wahrscheinlichkeit gefolgert werden

---

[1]) The life of James, vol. II, p. 553. Nur diese Worte dort gehören dem Könige Jacob an. Das Andere ist durch die Zusätze des Biographen werthlos gemacht.

[2]) Lexington Papers p. 195.

Digitized by Google

konnte. Ueberhaupt hätte jedes öffentliche Wort von Seiten des Königs Jacob in dieser Sache einen Anlaß geboten zu Erörterungen solcher Art vor dem gesammten Europa, wie sie den Wünschen Ludwigs XIV. nicht entsprachen.

Aus den Aufzeichnungen Jacobs II. ergibt sich nicht, wie damals seine Begegnung mit Barkley ausgefallen ist. Jene Relation des letzteren, von welcher unsere Darstellung dieser Sache ausgegangen, ist erst lange nachher abgefaßt, am 4. August 1697. Aber es liegt eine Thatsache vor, gravirend für den König Jacob. Wenn Barkley, der in seinem Dienste nach England gegangen war, dort die ihm ertheilten Instructionen überschritten, und zwar zum moralischen Nachtheile, zum Schaden der Ehre von Jacob selbst: so war dann doch das Geringste was Jacob für sich selber thun konnte, und was er vor Europa thun mußte, die öffentliche Lossagung von diesem Manne, die Entlassung desselben aus seinem Dienste. Dies Geringste erfolgte nicht. Barkley blieb im Dienste Jacobs II.

Und dennoch dürfte man, meines Erachtens, die subjective Wahrhaftigkeit Jacobs II., wie überhaupt in seinen Denkwürdigkeiten, so auch bei dieser Sache nicht antasten. Unzweifelhaft hat Jacob II., nach der Rückkehr von Berwick aus England, connivirt in den Mordplan. Unzweifelhaft hätte er gerne die Früchte desselben für sich gepflückt. Aber es bleibt doch das Eine und Letzte übrig: der Mordplan ist nicht von ihm ausgegangen. Die Aussagen der Angeklagten in England, welche in ihren Todesreden einen Mordbefehl Jacobs verneinen, sind mit Ausnahme derjenigen von Charnock und Parkyns, nicht von Gewicht, weil sie nicht einmal die Vollmacht Jacobs für Barkley gesehen hatten, noch weniger im Geheimnisse waren. Das volle Geheimnis besaß nur Barkley, der Träger der Vollmacht. Darum ist auch nur das Zeugnis von Barkley entscheidend. Und eben von Barkley vernehmen wir in dem Berichte, den er im August 1697 dem Könige Jacob abstattet, daß er die Vollmacht ausgelegt, daß er einen ausdrücklichen Befehl Jacobs zum Morde Wilhelms III., ob schriftlich, ob mündlich, nicht besessen hat.

Wieder aber drängt sich uns dann die Frage auf: warum entließ nicht Jacob II. diesen Mann? — Man darf darauf antworten: Jemand, der mit solcher Berechnung, solchem Geschicke, solcher Umsicht

Digitized by Google

handelt, wie Barkley sie bei dem Mordplane in England bewiesen, geht in einer Angelegenheit, die ihm das Schicksal Kains in Aussicht stellt, nicht in dieser Weise eigenmächtig vor, ohne eines festen Rückhaltes versichert zu sein. Er hatte diesen Rückhalt nicht an dem Könige Jacob, der bei seiner Rückkehr von Boulogne nach St. Germain die Absicht mitbrachte, den Barkley zur Rechenschaft zu ziehen. Er mußte ihn also haben an einem Anderen.

Dagegen haben die eigenen Worte Barkleys uns dargethan, daß nicht auf dem Boden Englands die Absicht des Mordes bei ihm erwacht ist, sondern daß er den Boden Englands betreten hat mit der Absicht. Da er diese Absicht nicht mitgebracht von St. Germain her: so hat er sie mitgebracht von dem Orte her, von welchem aus er im Nothfalle auch bei Jacob II. und ihm gegenüber aufrecht erhalten werden konnte. Dieser Ort ist Versailles.

Ich spreche damit nicht einen neuen damals unbekannten Gedanken aus. Vielmehr haben viele Zeitgenossen als den eigentlichen Urheber angesehen den König von Frankreich.

Wir kennen in dieser Beziehung die Kundgebungen des englischen Parlamentes. Es machte beide Könige, Ludwig XIV. und Jacob II., in gleicher Weise moralisch verantwortlich. Das englische Parlament allerdings war Partei. Im Wesentlichen jedoch urtheilen in gleicher Weise eine lange Reihe von Staatsmännern, deren Kundgebungen auf uns gekommen sind. So Auersperg und Hoffmann in London, Graf Kaunitz im Haag, Don Quiros im Haag, Graf Kinsky in Wien [1]). Der letztere gibt das Urtheil am kaiserlichen Hofe in Wien wieder mit folgenden Worten: „Gott sei Lob und Dank für das Mislingen des schwarzen Planes der Könige Jacob und Ludwig XIV. gegen den König von England! Dieser Mord wäre das Verderben Europas geworden. Einige hier suchen in etwas den ersteren zu entschuldigen, was ihnen freilich schlecht gelingt. In Betreff des anderen dagegen erfaßt man nicht, wie es möglich sei, daß ein König, so erpicht und so eifersüchtig auf seine Ehre und seinen Ruhm, sich zum Zwecke desselben in eine solche That hat einlassen mögen. Gott wird es rächen; denn das ist zu abscheulich".

[1]) Anlage III.

Digitized by Google

Man dürfte erwiedern, daß auch dieſe ſämmtlichen Miniſter feindlich ſtanden gegen Ludwig XIV. Es kommt alſo darauf an zu erfahren, wie man an neutralen Orten urtheilte.

Wir kennen bereits das Urtheil des Schweden Palmquiſt in Paris (S. 188). Aehnlich war dasjenige in Stockholm. Der engliſche Geſandte Robinſon ſchüttet ſeine Gefühle darüber aus in einem Schreiben an Lord Lexington in Wien, mit folgenden Worten: „Die Nachricht des großen Segens, welchen Gott in ſeiner Allmacht dem geſammten Europa verliehen hat in der Errettung der Perſon Sr. Majeſtät von dem fluchwürdigen Anſchlage, durch den ſein unmenſchlicher und verrätheriſcher Feind ihm nach dem Leben trachtete, hat hier diejenige Wirkung hervorgebracht, wie überall, wo noch ein Gefühl für Ehre und Rechtſchaffenheit übrig iſt. Der König hier hat ganz beſonders ſeine höchſte Freude ausgeſprochen über das Mislingen dieſer ſchrecklichen Schurkerei, und nicht minder ſeinen Abſcheu vor dem Höllenplane. Unter den Miniſtern ſind der Graf Oxenſtjerna und einige Andere dem Könige darin ganz gleichgeſinnt: ſie bezeugen ihren Widerwillen gegen den teufliſchen Plan, und erkennen an, wie ſehr die Erhaltung des Lebens Sr. Majeſtät zum Segen gereicht für die geſammte Chriſtenheit. Die eifrigſten Lobredner Frankreichs ſind ſchamerfüllt, und wagen nicht mehr darüber zu ſagen als was ihnen geeignet erſcheint, jenen König von der Mitſchuld frei zu machen. Wahrſcheinlich glauben ſie es ſelbſt nicht, noch werden ſie im Stande ſein einen Anderen zu überzeugen“ [1]).

Aehnlich fand der Engländer Greg das Urtheil in Kopenhagen. Er erörterte die Sache mit dem Miniſter Jeſſen. Dieſer erwiederte: der den gekrönten Häuptern ſchuldige Reſpect verbiete ihm, die Anklage wider den König von Frankreich zu glauben. „Dieſe Erwägung, erwiederte Greg, mag hindern die Sache auszuſprechen; aber ſie kann nicht einen vernünftigen Mann hindern auf ſo evidente Gründe hin die Sache für wahr zu halten“ [2]).

Dennoch muß anerkannt werden, daß dies alles nur Schlüſſe waren auf Grund von allerdings unzweifelhaften Thatſachen, daß jedoch ein directes Zeugnis fehlte. Vielfach hatte man erwartet, daß

---

[1]) Lexington Papers p. 192.

[2]) A. a. O. p. 191.

Digitized by Google

in den Geständniſſen der Verurtheilten ein ſolches Zeugnis zu Tage treten würde, wenigſtens gegen den König Jacob. Wir haben bereits erwähnt, daß dieſes nicht geſchah. Die Prozeſſe der Verſchworenen brachten manche Einzelnheiten, pſychologiſch oft von hohem Intereſſe: über den eigentlichen Knoten der Sache, den Urſprung des Mordplanes, ergaben ſie kein Licht.

Allerdings ja konnte, wie uns Späteren die Thatſachen offen vorliegen, nur von einem einzigen der gefangenen Verſchworenen eine nähere Aufklärung gegeben oder doch erwartet werden. Es war Charnock, diejenige Perſönlichkeit, die, im Juni 1695 von den Jacobiten nach Frankreich entſendet, dort, gemäß ſeinen Eröffnungen zu Barkley, um die Vollmacht zum Morde nachgeſucht hatte. Nachdem das Urtheil über Charnock geſprochen, überkam den bis dahin trotzigen Mann die Todesfurcht. Er ſandte aus dem Gefängniſſe an den König Wilhelm die dringende Bitte um ſein Leben, wenn auch in ewiger Haft, und verſprach dafür alles zu entdecken was er wiſſe.

War es dem Könige Wilhelm III. darum zu thun? — Wir haben ihn kennen gelernt im Prozeſſe Grandval als wahrhaften König gegenüber Ludwig XIV., nicht bloß frei von jeglichem Rachegefühle, ſondern befliſſen auch in dem Gegner die Würde des Königthumes zu wahren. In dieſem Falle jedoch lagen für ihn die Dinge noch ganz anders. Seine Sache in England war ſiegreich. Der Sieg wurde nicht glänzender durch die Nennung einer noch größeren Zahl derjenigen, die in England ſich hatten bethören laſſen. Vielmehr ſtand zu beſorgen, daß das Trauerſpiel der Prozeſſe und der Hinrichtungen noch weiter ausgedehnt werden müſſe. Das entſprach nicht der Weiſe des Königs Wilhelm. Er ließ dem Charnock erwiedern, daß er die weiteren Entdeckungen nicht zu wiſſen verlange [1]). Charnock war einer der drei, die zuerſt hingerichtet wurden, am 18./28. März.

Daß nicht die Reue den Charnock zu jenem Schritte getrieben, bewies er dann vor ſeinem Tode durch einen Brief, in welchem er ſeinen Mordplan zu rechtfertigen ſucht. Das Schriftſtück iſt erfüllt mit glühender Leidenſchaft des Haſſes gegen den Oranier, welchen Charnock darſtellt als öffentlichen Feind des Friedens und der Wohlfahrt.

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18. Mai. — Vgl. Burnet t. II, p. 201.

Digitized by Google

Dennoch ist es nicht ohne Geschick abgefaßt, mit Berufung sogar auf Tertullian und Hugo Grotius [1]).

Der König Wilhelm selber also hatte diesen Weg zur Durchdringung des Geheimnisses abgeschnitten, vorausgesetzt freilich, was zu bezweifeln steht, daß Barkley den Charnock völlig eingeweiht habe. An der Person des Barkley hing die Sache. Er war längst in Sicherheit auf französischem Boden, in St. Germain.

Und hier erst liegt die Meisterschaft, mit welcher dieser Mann seinen Plan geführt, uns völlig erschlossen vor Augen. Er war, wie aus seinen eigenen Worten erhellt, hinüber gegangen mit der Absicht des Mordes. Er hatte dann die hauptsächlichen Personen, deren er sich zu bedienen gedachte, so geführt, daß ihnen der Plan erschien als der eigene, in welchen Barkley einwilligte, nachdem sie seine Einwände widerlegt. Sie glaubten dem Könige Jacob zu dienen, auch wenn er es nicht ausdrücklich so befohlen. An die Möglichkeit, daß sie verwendet werden konnten im Dienste eines Anderen, dachten sie nicht. Die Mittel zur Ausführung, namentlich zum Ankaufe der Pferde, befanden sich in den Händen Barkleys. In den Augen mancher Theilnehmer mochte schon dieser Umstand erscheinen wie eine Art von Autorisation. Woher das Geld, wußten sie nicht, und vieles Fragen ward nicht gestattet. Jacob II. selber, noch ohne Kenntnis des Mordplanes, hatte mehrere Diener von St. Germain aus nachgesendet, mit der Instruction sich an die Befehle von Barkley zu halten, der ja nach der Meinung von Jacob die Insurrection zu leiten hatte. Barkley hatte dann die Ausführung vorbereitet mit solchem Geschicke, daß, wie Pendergras am Abende zuvor mit eindringlicher Mahnung zu Portland sagte, sie nach menschlicher Ansicht nicht fehlschlagen könne. Und dann hatte er für den doch immer möglichen Fall des Mislingens seine Maßregeln so getroffen, daß er sich selber und mit sich die letzten Fäden des Geheimnisses in Sicherheit brachte.

Er hinterließ in England ein weites Gebiet der Combination. Diese war, der Natur der Dinge gemäß, zunächst auf die Person des Königs Jacob gerichtet.

---

[1]) Macaulay, in Ch. XXI, spricht ausführlicher über diesen Brief. — Ein Auszug des Briefes in The life of James, vol. II, p. 556.

Digitized by Google

Am französischen Hofe scheint man zuerst gehofft zu haben, daß durch die Flucht von Barkley jeglicher feste Anhaltspunct hinweg genommen sei. In der ersten Zeit hieß es dort: der König Wilhelm habe den Mordplan erdacht, um die Engländer für sich zu gewinnen. Aehnlich hatten ja, wie wir vernommen, viele Jacobiten in England geredet. Der Prozeß der ersten drei der Verschworenen, am 17./27. März, ihre Eingeständnisse, nahmen diesem Gerede den Boden. Aber es trat noch ein anderes Moment zu Tage. Sie verneinten einen Mordbefehl des Königs Jacob. Sie starben auf die Wahrheit dieser Aussage.

Der Eindruck dessen war tief und nachhaltig. Wir finden die Erwägungen, die in England daran sich knüpften, zusammen gedrängt in die Worte Hoffmanns vom 20./30. März: „Daß der König Jacob demnach nicht direct betheiligt ist, mag immerhin sein. Daß jedoch sechsundvierzig Privatpersonen sich einigen sollten, um einen König zu ermorden, ohne dafür einen Rückhalt zu haben an einer superieuren Macht, in deren Interesse der Mord liegt — ist undenkbar. Wenn der König Jacob nicht den Befehl gegeben: so kann der Herzog von Berwick es gethan haben. Oder auch, der Plan kann direct vom französischen Hofe gekommen sein. Der Ritter Barkley wird für Denjenigen gehalten, der den Auftrag herüber gebracht. Man hat ihn bisher noch nicht ausgefunden".

Wir Spätere wissen aus den eigenen Worten Berwicks, daß er erst in England eine Kunde von dem Mordplane erhalten.

Es ist die Frage, ob auch in Frankreich Meinungen laut wurden. Wir vernehmen, daß man dort frühzeitig dagegen einschritt. Drei oder vier Personen, die ihre Ansicht zu äußern gewagt, wurden noch in der ersten Hälfte des Monates März in die Bastille gebracht [1]). In Folge dessen scheint es still geworden zu sein.

Die Meinung dagegen, die in den Hofkreisen galt, prägt sich aus in den Worten, welche Dangeau am 15./25. März in sein Tagebuch schrieb: „Die Engländer und Holländer reden immerfort von einer Verschwörung gegen das Leben des Prinzen von Oranien. Wir hier halten dies für völlig grundlos. Der Zweck von jener Seite ist, den König von England (nämlich Jacob II.) bei der Nation gehässig

[1]) Lexington Papers p. 185. Schreiben aus Paris vom 16. März.

Digitized by Google

zu machen" [1]). Solchen Reden stand indessen entgegen, daß der Herzog von Berwick vorher, nach seiner Rückkunft aus England, zu verschiedenen Personen sich über den Mordplan geäußert und sogar so weit gegangen war, den Entwurf der Rede zu zeigen, welche er, im Falle er mit ergriffen würde, auf dem Blutgerüste hatte halten wollen.

Man ging in diesem Bestreben des Verdeckens sehr weit. Ein englischer Oberst im französischen Dienste, Namens Talbot, hatte vom Könige Jacob solche Reden ausgesagt, daß sie, wie Dangeau meldet, verletzend hätten klingen können für den König von Frankreich. Die Königin Marie Beatrice lud ihn nach St. Germain vor. Dort verhörte sie ihn in Gegenwart der Frau von Maintenon. Vor dieser neuen Art eines Gerichtshofes bestand Talbot nicht. Ludwig XIV. nahm ihm das Regiment, und setzte ihn in die Bastille [2]).

Inzwischen gelangten nach Frankreich die Aussagen der ersten drei der Verschworenen, die, wie man am Hofe von Versailles sagte, der Prinz von Oranien hatte sterben lassen. Ludwig XIV. ließ sie im Conseil verlesen. Nach der Auffassung dort enthielten sie, daß der Plan den Prinzen von Oranien aufzuheben, angestiftet sei weder von einem Anhänger des Königs Jacob, noch von einem französischen Emissär, noch endlich von einem Katholiken. Diese Aussagen, meinte man in Versailles, müsse den Engländern die Unwahrheit der absichtlich ausgestreuten Gerüchte vor Augen legen [3]).

Dessen ungeachtet sah sich Dangeau einige Tage später veranlaßt, wieder in sein Tagebuch zu schreiben: „Der Prinz von Oranien hat in London noch zwei Menschen sterben lassen, die man der Verschwörung wider ihn angeklagt hatte" [4]).

Worte solcher Art geben zur Genüge zu erkennen, in welcher Richtung die Mitglieder des Hofes von Versailles Befehl hatten sich auszusprechen. Es handelt sich um das eigene Verhalten der maßgebenden Persönlichkeit.

---

[1]) Dangeau t. IV, p. 21. — Man vergleiche Lexington Papers p. 191. Vom 26. März. — Aehnlich die Herzogin von Orleans an die Kurfürstin Sophie, 1. April.

[2]) A. a. O. p. 22. Vom 29. März.

[3]) A. a. O. p. 23. Vom 11. April.

[4]) A. a. O. p. 25. Vom 14. April.

Digitized by Google

Ludwig XIV. äußerte sich im Kreise seines Hofes mit folgenden Worten: Le Prince d'Orange me rendra bien la justice de ne pas croire que je l'ai voulu faire assassiner; car il sait bien que j'ai tenu des gens deux ans en prison de m'avoir fait seulement la proposition de l'assassiner. — Die Herzogin von Orleans, welche diese Worte an die Prinzessin Sophie in Hannover schreibt, fügt hinzu: „Da sehen E. L., daß unser König keinen Theil daran hat" [1]). Die weiteren Bemerkungen der Herzogin thun dar, daß die Kenntnis der Sachlage bei ihr gering war.

Die Fassung jener Worte Ludwigs XIV. zeigt an, daß sie nicht hervorgerufen sind durch einen äußeren Anlaß, sondern spontan aus ihm selber entsprungen. Was bewog den König Ludwig XIV., solche Worte aus eigener Initiative zu sprechen?

Was sie beweisen oder nicht beweisen, wird der Leser für sich prüfen und entscheiden.

Mit den Versetzungen in die Bastille und mit diesen seinen Worten scheint Ludwig XIV. und demgemäß das Frankreich seiner Zeit die Erörterung der Sache als geschlossen angesehen zu haben. Sie kommt weiter dort nicht zur Sprache. Das Verbot wirkte nach. Wir schlagen die Denkwürdigkeiten von St. Simon auf, den bändereichen, bunt verwobenen Schatz von allerlei bald wahren, bald minder wahren, bald völlig unzuverlässigen Erzählungen. St. Simon hat die Zeit, um die es hier sich handelt, im jugendlichen Mannesalter mit durchlebt. Er meldet uns, daß Berwick nach England, daß nach seiner Rückkehr Jacob II. zum Zwecke einer Landung in England nach Calais gegangen, und daß dann durch den Unstern dieses unglücklichen Fürsten alles gescheitert sei. So in wenigen Zeilen. Ueber den Mordplan sagt St. Simon kein Wort [2]).

Wir sehen uns um bei Voltaire, dessen Werk: Das Zeitalter Ludwigs XIV., bei aller notorischen Leichtigkeit und Seichtheit dennoch länger als ein Jahrhundert hindurch maßgebend geworden ist für die Auffassung jener Zeit, und zwar nicht bloß in Frankreich. Voltaire

---

[1]) Vom 1. April. Abgedruckt bei Ranke: Französische Geschichte Bd. VI, S. 132.

[2]) Mémoires de St. Simon t. I, p. 195.

Digitized by Google

berichtet über das Kriegesjahr 1695, und geht dann über zu dem Kriegesjahre 1697. Das Jahr 1696 wird nicht erwähnt [1]).

Ein neuerer französischer Historiker, Capefigue, nennt den Namen Barkley und den Mordplan [2]). Er knüpft daran einige Betrachtungen, welche seine Unkenntnis des Sachverhaltes darthun.

Es genügt diese Thatsachen anzugeben.

In England ging im März und April die Erregung der Gemüther, die in der Formel der Association ihren Ausdruck gefunden, fort und fort durch alle Schichten der Bevölkerung. Das Parlament hielt darauf von jedem seiner Mitglieder die Unterschrift der Association zu verlangen. Der König sah sich genöthigt, die Namen Nottingham, Normanby, Seymour, weil sie bei der Weigerung beharrten, aus dem Register der geheimen Räthe zu streichen [3]). Die wenigen noch übrigen Mitglieder des Unterhauses hielten es für klüger, dem Strome nachzugeben, entweder sofort zu zeichnen, oder die Unterschrift zu versprechen [4]).

Auch das genügte noch nicht. In Anlaß eines Berichtes über die Aussagen einiger Verschworenen faßte das Unterhaus den Beschluß, eine Bill einzubringen für die bessere Sicherheit der Person des Königs und seiner Regierung. Die Bill solle die Unterzeichnung der Association zur Pflicht machen für jegliches Amt in Civil und Militär. So am 2./12. April.

Und nun war die Zeit gekommen, diese Association dem Könige zu überreichen. Am 3./13. April trat das Unterhaus als Körperschaft vor den König, reichlich vierhundert Mitglieder. Auf die Worte des Königs, daß er diesen Act ansehe als den überzeugenden Beweis der Anhänglichkeit, und daß eben so wie die Einzelnen dadurch freiwillig sich geeinigt für die gemeinsame Sicherheit, er mit ihnen eintrete in dieselbe Association, brach der Beifall so stürmisch hervor, daß der König nicht fortfahren konnte [5]). Dann sprach er: „Ich werde stets bereit sein, mit Euch und meinen übrigen getreuen Unter-

[1]) Ch. XVI, p. 174.
[2]) Capefigue: Louis XIV. t. III, p. 194.
[3]) Auerspergs Bericht vom 23. März.
[4]) Commons' Debates t. III, p. 22.
[5]) Hoffmanns Bericht vom 17. April.

Digitized by Google

thanen mein Leben einzusetzen wider alle, welche trachten die Religion, die Gesetze, die Freiheit von England umzustürzen".

Indessen es fehlte auch nicht an anderen Kundgebungen, bei Mitgliedern der römisch-katholischen Kirche, wie bei Anglicanern.

War die Zahl der Katholiken unter den Verschworenen auffallend groß: so stand andererseits dem entgegen, daß auch Pendergras und de la Rue Katholiken waren. Ja Hoffmann konnte mit einer gewissen Genugthuung heim berichten, daß der Vergleich in der Haltung der Verurtheilten, die zum Tode gingen, auf die protestantischen Engländer nicht zu Ungunsten der Katholiken wirke [1]). Den besonderen Anlaß zu diesem Berichte gab das Verhalten der Verurtheilten Friend und Parkyns und der sie begleitenden drei Geistlichen, die den Eidesverweigerern der Hochkirche angehörten. Diese Geistlichen gaben den beiden Verurtheilten unmittelbar vor der Hinrichtung in auffälliger Weise die Absolution. Nach dem Tode der Beiden wurden, wie üblich, die Sterbereden derselben bekannt. Denn wir erinnern uns, daß gemäß dem Brauche jener Zeiten in England jeder Verurtheilte das Recht hatte, vor seinem Tode, ob mündlich ob schriftlich, seine letzten Gedanken auszusprechen. Das Schriftstück, welches dieselben enthielt, überreichte er dem Sheriff. Der Regel nach ward es gedruckt. Diese letzten Schriften von Parkyns und Friend bewiesen keine Reue noch Bußfertigkeit. Vielmehr sprach namentlich die Rede des letzteren sich mit starker Betonung aus für das Recht des Königs Jacob und für die Kirche von England, nämlich für diejenige Kirche, welche schwer leide für ihre Treue. Wie also waren jene drei Geistliche dazu gekommen ihnen die Absolution zu ertheilen? Ja, nach dem Urtheile derjenigen, welche Friend gekannt, war er einer solchen Darlegung seiner Gedanken in beweisender Form nicht einmal fähig. Jene drei Geistlichen luden also auf sich den Verdacht der moralischen Zustimmung zum Morde.

Das Aergernis war gegeben. Man fahndete auf die drei Personen. Eben so rasch jedoch handelten die Bischöfe der Hochkirche. Schon am 10./20. April erschien eine Schrift, unterzeichnet von dreizehn derselben. „Das Verfahren jener drei Geistlichen in der von

[1]) Hoffmanns Berichte im April.

Digitized by Google

ihnen ertheilten Abſolution, ſagte die Schrift, iſt völlig inſolent und beiſpiellos, ſowohl in unſerer Kirche, als in allen anderen, die wir kennen" [1]).

Dieſe Erklärung ſchlug durch. Die Partei der eidweigernden Geiſtlichen hatte ſich ſelber moraliſch einen ſchweren Streich verſetzt. Die Regierung Wilhelms ließ es dabei. Sie hütete ſich jenen fanatiſchen Männern den Schein eines Martyriums zu verleihen.

Ein ähnliches Verhalten wie von jenen drei Anglicanern erfuhr Graf Auersperg an einem katholiſchen Geiſtlichen engliſcher Nation, den er für ſeine Capelle angenommen. Der Geiſtliche ließ das Gebet für den Kaiſer aus. Auf die Frage Auerspergs erwiederte er: der Kaiſer ſei Verbündeter des Königs Wilhelm: darum wolle er für ihn nicht beten [2]).

Auersperg führt das Beiſpiel an als einen Beweis der Leidenſchaftlichkeit, auf die er oft ſtoße. „Nicht, ſagt er, hat man ſich über die Behandlung zu beklagen, die den Katholiken widerfährt; ſondern ich erſtaune über die Geduld, die ihnen bewieſen wird. Wenn ſie nur vernünftig ſein wollen, ſo wird ihnen nichts Uebeles widerfahren." Indeſſen mehrere erſchienen vor ihm mit der Beſchwerde, daß ihnen nicht bloß ein Eid der Treue, ſondern auch der Teſt-Eid abgefordert werde. Der Geſandte legte ſich ins Mittel. Es ward ihm die Antwort, daß dieſe Forderung allerdings erhoben ſei, jedoch nur zur Einſchüchterung. Sie ſolle nicht wieder geſtellt werden. Von Seiten der Katholiken ward dann er um ſeinen Rath erſucht über eine Adreſſe, welche dem Könige den Abſcheu wider den Mordplan darlege, den Widerſpruch desſelben mit den Grundregeln der Religion, und dann das Erbieten zum Eide der Treue entgegen trage. Graf Auersperg hieß den Vorſchlag gut. Er zog die Geſandten aller katholiſchen Mächte hinzu. Er fand Widerſtand nur bei dem Portugieſen. „Denn er iſt, ſagt Auersperg, im Herzen franzöſiſch und Jacobit" [3]). Das Wort zeichnet den Charakter der Dinge: im Intereſſe der beiden Könige Ludwig XIV. und Jacob II. lag der kirchliche Hader, die Verfolgung; im Intereſſe Wilhelms III. und der geſammten großen Allianz die gegenſeitige Duldung der Confeſſionen.

[1]) Sylvius t. IV, b. 41, p. 40.
[2]) Bericht des Grafen Auersperg vom 6. April.
[3]) Desgleichen.

Digitized by Google

Der Mordplan gegen Wilhelm III. von 1696 war wie derjenige von 1692 mislungen. Und dennoch übte dieser zweite Plan eine merkwürdige Wirkung aus: er beförderte an mehr als einem Orte die Friedenswünsche, namentlich in Wien und mehr noch im Haag.

Wir erinnern uns, daß der Graf Kinsky von Wien aus im Laufe des Winters wiederholt durch Auersperg dem Könige Wilhelm III. die Geneigtheit zum Frieden hatte kund thun lassen. Auf die Kunde des Mordplanes erneuerte der Kaiser diesen Wunsch. Kinsky ließ durch Auersperg bei dem Könige hervorheben: freilich sei das Attentat mislungen; aber der Versuch könne wiederholt werden [1]).

Viel lebhafter noch waren die Erwägungen dieser Art im Haag. „Obwohl der von Frankreich beabsichtigte Streich mislungen ist, meldet Graf Kaunitz am 26. März, so hat er doch bei den Generalstaaten, und insbesondere bei dem Rathspensionär Heinsius so wie bei Dykvelt, einen tiefen Schrecken hinterlassen. Jener sagt geradezu, daß, im Falle des Gelingens dieses Attentates, keine Schutzwehr mehr übrig gewesen wäre gegen das Fortschreiten von Frankreich zur Universal-Monarchie. Er hoffe nur noch, daß, wenn man zum Frieden gelange, dann beim Leben des jetzigen Königs von Frankreich nicht noch abermals ein Krieg ausbreche" [2]).

Andere Unbetheiligte machten dieselbe Beobachtung wie Kaunitz. „Das Schreckbild des grausigen Mordplanes, sagen die damaligen venetianischen Botschafter in England, mit den Consequenzen im Falle des Gelingens, hat sich den Seelen der Holländer tief eingeprägt. Die Republik, meinen sie, ohne Zuflucht, ohne Haupt, mit geschwächten Mitteln, wäre dann der Discretion ihrer Feinde preisgegeben, wäre zerdrückt worden zwischen Frankreich und England, nämlich den Königen Ludwig XIV. und dem dann hergestellten Könige Jacob. Die Folge dieser Erwägungen ist, daß Holland mit allen Kräften auf den allgemeinen Frieden hinarbeitet als den einzigen Ausweg aus den gefürchteten Gefahren" [3]).

Die Worte sind von gewichtiger Bedeutung für das fernere Verhalten der Staatsmänner der Republik.

---

[1]) Schreiben Kinskys an Auersperg, vom 24. März und 18. April.

[2]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 26. März.

[3]) Finalbericht der Venetianer Soranzo und Venier im Jahre 1696, bei Barozzi e Berchet: Inghilterra p. 323.

Digitized by Google

Die Stimmung in England drängte den König damals nicht zum Frieden. Aber es handelte sich dort weniger um das Wollen als um das Können. Die Beschlüsse des Parlamentes in Betreff der Herstellung der Münze hatten sich erst noch zu bewähren. Die Bewilligungen für den Feldzug beliefen sich auf mehr als fünf Millionen Pfund Sterling. Aber konnten sie bezahlt werden? — Das war die Frage der nächsten Monate. Man hoffte Geld flüssig zu machen durch das Project einer neuen Landbank, und zwar zwei und eine halbe Million. Der Vertreter dieses Planes im Unterhause war Robert Harley, ein Mann von ungewöhnlicher Befähigung, fortan eine der gewichtigsten Persönlichkeiten in England. Der Antrag ging durch. Der König sanctionirte gern einen Plan, der, wie es schien, hinweg helfen würde über die ungeheuere Schwierigkeit des Geldes.

Es kommt darauf an zu erfahren, wie bei diesem Stande der Dinge der König Wilhelm die Sache auffaßte.

Vor seinem Aufbruche nach dem Festlande ließ er den savoyischen Gesandten Della Torre zu sich kommen, und legte ihm den Stand der Dinge zusammen fassend dar.

„Schreiben Sie, sagte er, dem Herzoge von Savoyen meine Ansicht, daß es Zeit ist allerseits reiflich auf den Frieden zu gedenken. Die Republik ist nicht mehr im Stande den Krieg fortzusetzen. England ist allerdings weniger gedrückt; dennoch sind die Schwierigkeiten auch hier groß. Ich schweige von Spanien; denn der unglückselige Stand dieser Monarchie liegt offen vor Augen. Der Kaiser hat seine Bereitwilligkeit zum Frieden mir kund gegeben."

„Unter diesen Umständen hat sich daher ein jeder der Bundesgenossen zu erklären über seine Ansprüche an Frankreich gemäß der Lage der Dinge. Ich möchte wünschen dem Herzoge Victor Amadeus die Festung Pignerol zu verschaffen, sei es durch Verhandlung, oder lieber noch durch die Waffen. Allein ich sehe die Sache als sehr schwierig an. Möge daher der Herzog mir kund thun, womit im äußersten Falle er sich begnügen würde."

„Es handelt sich darum, daß wir geeinigt bleiben, geeinigt mit Frankreich zum Frieden kommen, und auch nachher verbündet bleiben. Ein öffentlicher Friedens-Congreß aber würde ganz sicher eine Uneinigkeit nach sich ziehen. Ich bin daher darauf bedacht, einen anderen

Digitized by Google

Weg zum Verhandeln auszufinden. Derjenige durch Schweden hat sich als nicht geeignet erwiesen. Derjenige durch Dänemark würde noch übeler sein. Der Republik Venedig ist nicht zu trauen, weil bekannt ist, mit welcher Eifersucht sie auf die Erfolge des Kaisers gegen die Türken blickt, und daß sie darum durchaus nicht wünscht den Kaiser nach Westen hin frei zu sehen" [1]).

Wir bemerken, daß diese Worte des Königs dem Herzoge Victor Amadeus die Aussicht auf die Erlangung von Pignerol durch die große Allianz in weite Ferne rückten. Aber diese Erlangung von Pignerol war die Bedingung gewesen für seinen Beitritt. König Wilhelm mochte damals nicht denken, daß diese seine Eröffnung ganz andere Consequenzen nach sich ziehen würde als die von ihm bezweckten.

Dem Grafen Auersperg dagegen sprach der König sich nicht weiter aus, sondern verwies ihn auf die Ankunft in Holland. Bei diesem Anlasse erfahren wir Genaueres über das Verhalten des Königs in solchen Fällen. Erinnern wir uns zunächst, daß Wilhelm III. in den Angelegenheiten der auswärtigen Politik sich keines englischen Ministers bediente, daß die Gesandten daher direct mit ihm zu verkehren hatten. Bei der Zugänglichkeit des Königs war dies oft leicht, jedoch nicht immer. Auersperg sagt damals in einem vertraulichen Schreiben an Kinsky: „Wenn ich auf die hierher gerichteten Fragen nicht immer sofort antworte: so liegt das nie an mir, sondern an der Persönlichkeit, mit welcher ich zu verhandeln habe. Je mehr man ihn drängen würde, desto weniger würde man eine Antwort erhalten. Man muß die Gelegenheit wahrnehmen und wie im Fluge. Wenn nicht, so macht man sich lästig, demnach unfähig Dienste zu leisten, und bleibt es dann für immer. Denn, da er von Natur mistrauisch ist, so ist er immer in Sorge vor Ueberraschung. Er will nicht gedrängt sein, will nicht sich eröffnen nach fremdem Begehren, sondern nach eigener Neigung. Es geschieht, daß diese Neigung ihm in vierzehn Tagen nicht kommt. Alle Gesandte kennen diese Weise und wissen sich danach einzurichten. Seine eigenen Minister führen über dieses sein Verhalten ihre tägliche Klage" [2]). Einige Tage später

[1]) Auerspergs Bericht vom 10. April.

[2]) Auerspergs Schreiben vom 13. März.

Digitized by Google

jedoch, als Auersperg über die Friedenssache ohne alle Antwort blieb, klagte auch er: „Das Uebele ist, daß es ein eigentliches Ministerium nicht gibt, und daß man nicht weiß, an wen man sich wenden soll“ [1]).

Der König ernannte die Reichsverweser wie im Jahre zuvor. Am 27. April/7. Mai erschien er im Oberhause. Er sanctionirte zuerst die Acte, welche das Parlament beschlossen unter dem Titel: Acte zur besseren Sicherheit der Person Sr. Majestät und ihrer Regierung. Dann faßte er in kurzen, nachdrücklichen Worten die Lage der Dinge in England zusammen wie folgt.

„Mylords und meine Herren. Ihr habt eine solche Sorgfalt für meine Person, einen solchen Eifer für meine Regierung bewiesen; Ihr habt so viel gethan für die Erhaltung der einen, der Stärkung der anderen, durch die guten Gesetze, welche Ihr beschlossen, durch die Mittel, welche Ihr für die verschiedenen Erfordernisse dieses Jahres bewilligt habt — daß die neulichen Plane unserer Feinde wider uns, durch Gottes Segen, wie es scheint keinen anderen Erfolg haben als ihnen unser treues Zusammenhalten kund zu thun, mir dagegen diese Gelegenheit zu verschaffen Euch für Euer Wohlwollen gegen mich zu danken, und Euch aller derjenigen Erkenntlichkeit zu versichern, die ein Fürst seinem Volke entgegen tragen kann“ [2]).

Am 5./15. Mai schiffte der König sich in Margate ein, dies Mal unter dem Geleite eines stärkeren Geschwaders als sonst, weil ein Handstreich des kühnen Jean Bart zu befürchten stand. Zwei Tage später befand er sich im Haag. Bevor wir die Schritte des Königs hier weiter verfolgen, haben wir den Stand der Dinge im Haag uns klar zu machen.

Die Rede des Königs zu Della Torre hatte bei einigen der verbündeten Mächte, und namentlich in Wien, die Besorgnis erregt, daß sie die Vorbereitung sei zum abermaligen Betreten desselben Weges wie im Jahre 1694, nämlich einer geheimen Verhandlung mit Frankreich durch Dykvelt. Diese Ansicht war begründet. Die Verhandlungen dieser Art waren bei der Ankunft des Königs bereits in

---

[1]) Vom 4. Mai: Le mal est qu'il n'y a point de ministère, et que l'on ne sait à qui s'adresser.

[2]) Commons' Debates t. III, p. 24.

Digitized by Google

vollem Gange. Das Tasten, die Versuche dieselben zu beginnen, datirten zurück auf den December des Jahres 1695. Es wurden von Seiten des Königs Wilhelm nur Holländer verwendet, und zwar, wie damals, Heinsius und Dykvelt, und neben ihnen Boreel, einer der Bürgermeister von Amsterdam. Für den letzteren sprach nicht irgend eine Neigung des Königs, sondern die Nothwendigkeit einer Concession an die Stadt Amsterdam.

Ueber die damalige Haltung dieser Stadt eröffnete sich der Holländer Dykvelt den Kaiserlichen in folgender Weise. Er trat zu dem Grafen Stratemann und erzählte: vor seiner Abreise von Amsterdam seien die Bürgermeister dort als Körperschaft vor ihn getreten, mit der Bitte in ihrem Namen dem Könige zu eröffnen: sie machten kein Hehl aus ihrem Wunsche nach dem Frieden, jedoch nicht so, daß sie eine Uebereilung desselben billigen oder zu einem Abschlusse geneigt sein würden, welcher nicht die Hoffnung eines Bestandes verbürge. Für diesen Fall versicherten sie Gut und Blut aufwenden zu wollen, um Frankreich zur Vernunft zu bringen. Sie hofften, daß eben darauf auch der König bedacht sein werde. Sie verlangten daher nicht die Mittheilung der künftigen Verhandlungen, sondern unterwürfen sich völlig der Leitung des Königs. Der Grundgedanke für sie sei immer derjenige gewesen, von Frankreich die beiden Friedensschlüsse von Münster und Nymegen als Fundament zugestanden zu erhalten [1]).

So willfährig das lautete, so blieb darum doch Amsterdam der Heerd der Agitation für den Frieden, und es tauchte die Besorgnis auf, daß dieselbe sich kund geben würde in voreiligen Schritten. Darum zog Wilhelm III. den Bürgermeister Boreel zu den Verhandlungen. Die Stadt ward dadurch vertreten, und dennoch wieder ihr eben dadurch ein Zügel angelegt [2]).

Ein Engländer ward nicht betheiligt. In so weit der Gesandte Lord Lexington in Wien ins Vertrauen gezogen wurde, erhielt er durch Heinsius von dem Könige den Befehl lediglich an Heinsius zu berichten [3]).

---

[1]) Stratemanns Bericht vom 12. Juni.

[2]) So Robethon am 11. Juli. In den Robethon-Papieren im St. A. H.

[3]) Grovestins t. VI, p. 553. Auch für das Folgende.

Digitized by Google

So weit sich erkennen läßt, betrafen die Verhandlungen zunächst das Object, welches für die Republik Holland das wichtigste war, die Stadt Luxemburg. Wie früher, finden wir auch dies Mal den König Wilhelm persönlich geneigt, für Spanien lieber ein Aequivalent von mehreren Städten westwärts zu fordern als die Stadt Luxemburg selbst. „Wenn wir — d. h. die Republik — in Betreff Luxemburgs befriedigt sind, schreibt er an Heinsius, so handelt es sich darum auch die anderen Verbündeten zufrieden zu stellen." Er hofft, daß das Mislingen des Attentates die Franzosen etwas gefügiger machen werde. Im April schon gibt der König sich der Hoffnung hin, daß, wenn Dykvelt und Callieres sich geeinigt, man den Verbündeten gegenüber etwas entschiedener reden dürfe. Der Sinn solcher Worte konnte sehr weit reichen. Wir haben von dem Könige früher die Worte vernommen, daß er kein Bedenken tragen würde, für Spanien die Bedingungen des Friedens vorzuschreiben. War er darin inzwischen weiter gegangen? — Dachte er nun auch so dem Kaiser gegenüber aufzutreten?

Es ist nicht unwichtig hervorzuheben, daß seit dem für den Kaiser so sehr unglücklichen Jahre 1690 das Machtverhältnis der beiden Herrscher sich verschoben hatte. Von da an stand dasselbe zu Gunsten Wilhelms III.

Von daher entkeimte nicht eine Differenz; aber im Falle einer solchen fiel die Thatsache ins Gewicht. Unverkennbar ist, daß nach 1694, nach den Conferenzen von Steckborn einerseits, denjenigen von Mastricht andererseits, das Verhältnis nicht mehr das beiderseitige Vertrauen wieder spiegelt wie in den ersten Jahren des Krieges. Es beginnt damit die Zeit, wo wir die beiden Häupter, zuerst noch sehr langsam, später rascher, sich von einander entfernen sehen, für Jahre lang, bis das Herantreten der wichtigsten europäischen Frage jener Zeit sie vom Ende des Jahres 1700 an wieder so enge verknüpft, wie jemals zuvor. Bis dahin indessen verrinnen fünf volle Jahre. Von 1696 an ergeben die Anlässe zu Differenzen sich häufiger.

Eine besondere Beschwerde des Kaisers zog sich alle die Jahre her durch: diejenige über die Kriegführung in Belgien. „Man könnte dem Feinde größeren Abbruch thun, sagt er, als durch die Wegnahme des einen oder des anderen Platzes in Belgien, und zwar durch die

Digitized by Google

Verstärkung der Armee am Oberrheine. Daß dies nicht geschieht, ist nicht meine Schuld. Denn vermöge des Vertrages zwischen mir und dem Kurfürsten von Brandenburg zu Anfang dieses Krieges erhält der Kurfürst theils in Assignationen auf verschiedene Reichsfürsten, theils in Anweisungen auf meine eigenen Erblande eine jährliche Subsidie von mehr als einer halben Million Gulden. Dagegen sollten seine Truppen zu meiner Verfügung stehen. Aber der König Wilhelm hat sie jedes Jahr zu seiner Armee gezogen" [1]).

Wir erinnern uns des Einwandes, den Heinsius gleich das erste Mal gegen diese Beschwerde erhoben, nämlich daß die Republik und England auch ihrerseits für diese Truppen zahlten.

Eine andere Beschwerde des Kaisers im März 1696 betraf die damals erfolgte Abberufung der verbündeten Flotte aus dem Mittelmeere. „England und Holland, sagt er, nehmen das Interesse von Savoyen so sorgfältig und löblich zu Gemüthe, daß sie uns anstrengen wollen auch über unser Vermögen, und uns auffordern einige Regimenter aus Ungarn nach Savoyen zu entsenden. Aber zugleich rufen sie ihre Flotte ab, geben dadurch Spanien preis und lassen Savoyen von der Seeseite her hülflos. Hat man die schwere Consequenz erwogen, daß Spanien, wenn es sich verlassen sieht, zum Sonderfrieden sich entschließen könnte? — Was aber für Spanien, gilt auch für Savoyen. Auch würde, wenn Spanien abfiele, Savoyen nicht mehr zu halten sein. In jedem Falle hätte es vorher einer Verständigung mit uns bedurft."

Heinsius erwiederte: von Anfang an habe der Admiral einen allgemeinen Befehl, daß, sobald Spanien die für den Unterhalt der Flotte versprochenen Subsidien nicht zahle, die Flotte zurückkehren müsse. Nun habe aber Spanien seit längerer Zeit schon nichts bezahlt. Dies sei dem Gesandten Don Quiros kund gethan. Bereits habe die Flotte schwer gelitten, und könne in dem Stande, in welchem sie sich befinde, keine Dienste mehr thun. Daher müsse sie abberufen werden. Nicht den Seemächten falle dies zur Last, sondern Spanien [2]).

---

[1]) Aus dem kaiserl. Rescripte vom 16. März, an Kaunitz, Stratemann, Auersperg.

[2]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 30. März.

Digitized by Google

Ueberhaupt aber hatte mehr als ein Anlaß zur Differenz zwischen dem Kaiser und dem Könige seinen Ursprung von Spanien her. Die Angelegenheit des Schonenberg dort hatte freilich nicht, wie man befürchtete, weitere Consequenzen hervorgerufen. Die beiderseitigen Gesandten in Madrid, in London, im Haag blieben, nur mit erschwertem Verkehre. Aber der Kaiser hatte seine Vermittelung angeboten, der König dagegen dies Erbieten sehr lau aufgenommen. Nach der Ansicht Auerspergs hatte Wilhelm III. gar nicht den Wunsch, diesem Zustande der Spannung mit Madrid ein Ende zu machen; denn Schonenberg dort leiste ihm dieselben Dienste wie zuvor, während ein Ausgleich ihn zur Abberufung dieses gewandten Mannes nöthigen würde [1]).

Die eigentliche und hauptsächliche Differenz zwischen dem Kaiser und dem Könige aber begann erst von da an, als der König abermals im Beginne des Jahres 1696 durch Dykvelt und Boreel mit dem Franzosen Callieres die Bedingungen des Friedens bereden ließ. Sobald die Thatsache offenkundig wurde, stellte der Graf Kaunitz den Rathspensionär zur Rede. „Ich habe ihm Einiges scharf vorgehalten," meldet Kaunitz [2]). Es ist nicht unwichtig, näher darauf einzugehen.

„Wenn Sie hier abermals geheim verhandeln, begann Kaunitz, so stehe ich nicht gut dafür, daß der Kaiser und der König von Spanien ein Gleiches thun. Ich begreife sehr wohl, daß dies ein großes Unglück sein würde; aber England und Holland mögen dann zusehen, wer mehr dabei verliert. Will man den Frieden, so erkläre man sich. Der Kaiser hat genugsam dargethan, daß er nicht abgeneigt ist, wenn nur ein geeigneter Weg angezeigt und Gelegenheit geboten wird, sich auszusprechen über das Ziel und die Mittel. Dies ist doch das Wenigste, was von Ihrer Seite zu geschehen hat, zumal da bekannt, daß der Kaiser um dieses Krieges willen sein eigenes Interesse wider die Türken hintangesetzt hat."

So am 21. April/1. Mai, vor der Ankunft des Königs. Heinsius leugnete die Thatsache nicht ab. Er suchte sich dem Vorwurfe von Kaunitz zu entwinden durch die Erörterung der Sachlage. Aber

---

[1]) Bericht vom 1. Mai.
[2]) Bericht vom 3. Mai.

Digitized by Google

er meldete es dann dem Könige. Daß der Vorwurf von Kaunitz auf Wilhelm III. nicht ohne Wirkung blieb, ergibt sich aus seiner Antwort. „Ich vernehme mit Bekümmernis, sagt er, daß über die geheime Unterhandlung Gerüchte verlauten. Ich sehe kein Heilmittel, obwohl uns das zum großen Nachtheile gereichen kann“ [1]).

Die Worte deuten zur Genüge an, daß der König nicht Willens war, sich durch den Vorwurf von Kaunitz von diesem Plane der Friedenshandlung abbringen zu lassen.

Das Misvergnügen der Kaiserlichen über die Schritte der Bundesgenossen wurde gesteigert durch das Verhalten der holländischen Kaufleute. „Es ist eine Schande, meldet Kaunitz, welche Reden an der Börse zu Amsterdam geführt werden. Man sagt dort laut, daß man wegen Straßburg den Krieg nicht fortsetzen wolle. Der Republik sei an dieser Stadt nichts gelegen; denn irgend ein übel gesinnter Bürgermeister könnte sie doch bald wieder dem Feinde überliefern. Daß durch diese Stadt einige Reichsstände in der französischen Botmäßigkeit gehalten werden, habe nichts zu bedeuten; denn wenn Frankreich das Geld aufwenden wolle, einige deutsche Minister zu bestechen, so verrathen und verkaufen sie eben so wohl das Reich. Bedürfe man in Zukunft deutscher Truppen, so seien sie für Geld immer zu haben.“ „Dergleichen leichtfertige Reden, fährt Kaunitz fort, gehen auch unter dem Volke um. Dasselbe ist so gereizt, daß man fürchtet, es werde durch einen Aufstand die Regierung zum Frieden zwingen. Daran trägt die Schuld lediglich das Gerücht jener Unterhandlung; denn vorher war alles ruhig“ [2]).

Heinsius und Dykvelt suchten dem kaiserlichen Gesandten auszuweichen. Es gelang ihnen nicht immer. Kaunitz wußte den Rathspensionär zu stellen. „Es kann mir nicht verdacht werden, begann er eine Anrede an ihn, wenn ich der ganzen Welt zeigen will, daß ich mich nicht behandeln lassen will wie ein Kind“ [3]).

Unterdessen traf der König im Haag ein. Seine Anwesenheit verlieh dem Rathspensionär gegenüber den Vorwürfen von Kaunitz eine festere Haltung. Heinsius erhielt den Befehl die Sachlage den

[1]) Schreiben vom 8. Mai an Heinsius, bei Grovestins t. VI, p. 555.
[2]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 14. Mai.
[3]) Bericht vom 14. Mai.

Digitized by Google

Gesandten mitzutheilen. Kaunitz erwiederte scharf. „Ich muß mich hüten zu brechen, fügt er hinzu; denn sie sind entschlossen zu beharren. Ich kann nur das größere Uebel verhüten." Heinsius deutete an, daß Straßburg bei Frankreich belassen werden könne. „Die Franzosen sagen, bemerkte er, ihr König sei alt und verlange Ruhe. Wenn aber der Kaiser Straßburg erhielte, so würde er in wenigen Jahren von da aus wieder den Krieg beginnen." — Kaunitz entgegnete: „Straßburg in den Händen des Königs von Frankreich ist ein erheblicher Schritt zur Universal-Monarchie". — „Aber doch, erwiederte Heinsius, hat Kinsky vor einem Jahre zugegeben: man würde zufrieden sein, Straßburg in geschleiftem Zustande zu erhalten." — „Ja, versetzte Kaunitz, für den schlimmsten Fall, und zu einer Zeit wo der König von England die Nothwendigkeit und seinen dringenden Wunsch nach dem Frieden geltend machte." — Heinsius versuchte auf eine andere Weise den Grafen Kaunitz mit dem Gedanken auszusöhnen. „Die Franzosen, sagte er, sind noch immer der Meinung, es ließe sich für Straßburg ein Aequivalent finden, dem Kaiser und seinem Hause vortheilhafter als der Besitz von Straßburg für das Reich, nämlich Philippsburg geschleift für den Fürstbischof von Speier, Freiburg und Breisach wie sie sind, für den Kaiser". — Kaunitz erwiederte: „Es ist dem Kaiser nicht zu thun um sein Privat-Interesse, sondern um das Gemeinwohl des Reiches. Von diesem Standpunkte aus fordert er die Rückgabe von Straßburg" [1]).

Er erbat und erhielt eine Audienz beim Könige. Wilhelm III. betheuerte, daß das Unvermögen der Republik ihm die Nothwendigkeit des Friedens auferlege. Kaunitz bat, wenigstens in Betreff von Straßburg und Luxemburg dem Feinde keine Hoffnung zu belassen, und die Rückgabe von Lothringen oben an zu stellen. „Leider habe ich bemerkt, fügt er hinzu, daß der König sich um Straßburg nicht viel bekümmert" [2]).

Der König ertheilte an Heinsius und Dykvelt den Auftrag, den sämmtlichen kaiserlichen Gesandten den Sachverhalt der geheimen Unterhandlung darzulegen.

---

[1]) Bericht vom 21. Mai.

[2]) Desgleichen.

Digitized by Google

„Wir sind beiderseitig darin einig, begann Heinsius, daß durch Schweden nichts zu erreichen ist. Der Kaiser stimmt ferner mit uns darin überein, daß es gefährlich ist zu einem Congresse zu schreiten, bevor die Hauptpuncte des Friedens festgestellt sind. Zum Zwecke dieser Feststellung aber ist kein anderer Weg übrig als ein solcher geheimer. Wollen wir also nicht länger noch wie bisher in Ungewißheit bleiben, so schlagen wir ihn ein. Er ist unverfänglich. Er führt in einem Monate weiter, als derjenige über Schweden in einem Jahre. Der Kaiser hat unlängst ein rühmliches christliches Verlangen nach dem Frieden ausgesprochen, und aufgefordert einen Weg vorzuschlagen. Nun bietet der König diesen Weg an. Er weiß keinen besseren. Er hofft, daß, in Erwägung aller dieser Dinge, auch der Kaiser zustimmen werde" [1]).

Das Wesen der Sache war: die Friedensschlüsse von Münster und Nymegen als Basis der Verhandlungen.

Die kaiserlichen Gesandten hielten nochmals ihre Bedenken, ihre Warnungen entgegen: „Besonders, melden sie, haben wir gemahnt in Betreff Savoyens vorsichtig zu gehen, damit sich nicht der Herzog dort besonders vergleiche und einen Separat-Frieden abschließe. Man hat es uns versprochen, sieht es aber als sehr schwer an, weil man keine genügende Basis habe die Rückgabe von Pignerol von Seiten Frankreichs für den Herzog zu fordern."

„Wir verkennen nicht die große Gefahr dieses Weges, schließen die Gesandten. Aber wir fürchten, daß, im Falle der Nicht-Zustimmung Ew. K. Majestät, England und Holland vorgreifen und den Frieden schließen werden, somit Ew. K. Majestät in die Lage setzen, denselben annehmen zu müssen."

Es sind die Erwägungen der kaiserlichen Gesandten, die wir hier vernehmen, nicht eine Drohung des Königs Wilhelm. Er hütete sich sehr so etwas auszusprechen. „Wir dürfen nicht das Aeußerste erklären," sagt er bei einem anderen Anlasse einige Zeit später; „denn

---

[1]) Collectiv-Bericht der Grafen Kaunitz, Auersperg, Stratemann, vom 22. Mai. — Man vergleiche den Bericht von Heinsius an Lexington und Heemskerk, in den Lexington Papers p. 204, wo Manches nicht gesagt wird.

Digitized by Google

das Haus Oesterreich könnte dann leicht uns zuvorkommen" [1]). Es ist anzunehmen, daß ihm diese Erwägung auch im Mai 1696 lebendig gewesen ist.

Und dennoch stellten dem Kaiser diese Schritte des Königs Wilhelm eine Wiederholung der Vorgänge von Nymegen in Aussicht. Wäre es zu verwundern gewesen, wenn Leopold seinerseits auch so zuvorgekommen wäre? Damals hatten die Bürgermeister von Amsterdam den Frieden gemacht. Im Jahre 1696 war es der König von England, der den Frieden machen wollte auf seine Weise, aber im Einverständnisse mit den Bürgermeistern von Amsterdam.

Ein Zuvorkommen solcher Art jedoch entsprach nicht dem Charakter des römischen Kaisers Leopold.

Im Winter 1688 auf 1689 hatte es in seiner Hand gestanden, durch die Annahme der Erbietungen des Königs von Frankreich sich von dem Kriege im Westen frei zu machen und seine Siege gegen die Türken fortzusetzen. „Wenn der Kaiser dies thut, sagte damals der neue König Wilhelm: so ist es um uns Alle geschehen," d. h. um Holland und England. Der Kaiser that es nicht. Er schloß mit Holland und England, d. h. mit dem Könige Wilhelm, die große Allianz. Mochte dieselbe nachher nicht allen Wünschen und Hoffnungen entsprochen haben: es liegt und lag bereits damals die geschichtliche Thatsache vor Augen, daß die Umwälzung von England ihre Sanction erhalten durch die große Allianz, durch den Kaiser Leopold.

Von demselben Geiste aus wie damals handelte der Kaiser im Frühlinge des Jahres 1696.

Dieses sein Handeln geht seiner Antwort auf die holländische Aufforderung vom Mai 1696 vorher. Wir haben also jenes zuerst ins Auge zu fassen.

Unter den Reden, welche Heinsius vorbrachte, um die erneute Verhandlung mit Callieres zu entschuldigen, war auch die, daß ein französischer Emissär, Namens Couvonges, sich zu Innsbruck aufhalte und von dort aus mit Wien unterhandele. „Wenn dem so ist, erwiederte Kaunitz: so haben Sie eben so viel Recht sich zu beschweren wie wir. Inzwischen werde ich darüber mich erkundigen." „Falls es

[1]) Grovestins t. VI, p. 565. Vom 6. August 1696.

Digitized by Google

so ist, fügte er dann lächelnd hinzu, so werde ich dem Kaiser rathen, diesen unter Umständen nützlichen Mann doch ja dort zu behalten" [1]).

Diese Gerüchte jedoch im Haag von einer Unterhandlung des Couvonges mehrten sich. Sie stammten nicht aus dem Haag. Sie kamen von Paris. Der Schwede Lilienroth wußte darum. Der Spanier Don Quiros, der Brandenburger Schmettau, beide stets bereit zum Mistrauen, murrten, daß der Kaiser genau dasselbe thue wie die Holländer.

Die Thatsache der Sendung von Couvonges nach Innsbruck war richtig. Auch hatte sogar der Kaiser eine Sonder-Verhandlung pflegen lassen, nur freilich nicht mit Couvonges. Dieser vielmehr hatte jene Verhandlung durchkreuzt. Wir haben das sehr merkwürdige Geheimnis dieser Sache kennen zu lernen [2]).

Wir erinnern uns einer Partei in Wien, die von Anfang an lieber mit Frankreich sich vertragen hätte. Sie hatte einen starken Rückhalt an dem Schwager des Kaisers, dem Kurfürsten von der Pfalz. Von dieser Partei aus waren, ohne Vorwissen des Kaisers, jene Beredungen zu Steckborn in der Schweiz angestellt, die damals zuerst das Mistrauen Wilhelms III. erregt hatten. Dieses Mistrauen ward, wie sich im Mai 1696 ergab, nie völlig wieder ausgetilgt, weil der Kaiser nicht, wie er anfangs in Aussicht gestellt, eine Strafe für jene Beredungen von Steckborn verhängte. Diese selbe Partei wußte es im Beginne des Jahres 1696 wieder dahin zu bringen, daß der Kaiser eine solche Beredung verstattete.

Von kaiserlicher Seite waren außer Leopold selbst nur drei Mitwisser: der Graf Kinsky, der Graf de Velo und der Jesuit Menegatti. Der letztere schrieb die Vollmacht für Velo. Dieser soll sich nach Venedig begeben und dort oder an einem anderen Orte in Italien, der um des Geheimnisses willen zu erwählen, zusammen treten mit einem Abgesandten des Königs von Frankreich, um die Mittel zur schleunigen Beendigung des Krieges zu erwägen. Die Vollmacht, vom Kaiser Leopold unterzeichnet, ist fast unbeschränkt.

---

[1]) Bericht vom 7. Mai.

[2]) Die Acten desselben in einem besonderen Fascikel des k. k. Archivs, unter dem Titel: Separat-Unterhandlung mit Frankreich im Jahre 1696.

Digitized by Google

Sie trägt das Datum des 7. März 1696, also unmittelbar bevor die Kunde des Mordplanes von Barkley in Wien eingetroffen sein konnte.

In dieser Thatsache der besonderen Sendung entspricht das Verfahren des Kaisers demjenigen des Königs Wilhelm III. in Betreff von Dykvelt und Boreel.

Velo und de la Haye — so hieß der Bevollmächtigte Ludwigs XIV., französischer Gesandter in Venedig — setzten die Beredung an in Padua. Dort traten sie zusammen am 29. März. Sie erkannten gegenseitig ihre Vollmachten an. Velo versicherte die Neigung des Kaisers zum Frieden, seinen Eifer für die katholische Religion. De la Haye antwortete in gleichem Sinne. Der König, sagte er, würde mit tiefem Schmerze ein Unglück der kaiserlichen Waffen gegen die Türken ansehen. — Es lag ihnen ein Entwurf vor in vierundzwanzig Artikeln. Das Exemplar desselben in den Acten ist ganz in der Handschrift Menegattis, eben so wie die zustimmenden oder verwerfenden Randbemerkungen. Aus diesen geht hervor, daß der Entwurf vorgelegt ist von französischer Seite. Der letzte Artikel lautet: „Damit aber die Trauer der Völker in Freude verwandelt, die Grundlage eines ewigen Friedens und gegenseitiger Liebe gelegt werde: so können Heirathen vorgeschlagen werden, welche die beiden ersten Häupter der Christenheit für immer durch die Bande des Blutes vereinigen". Als diese Heirathen wurden bezeichnet diejenige des römischen Königs Joseph mit der Prinzessin von Orleans, so wie des Dauphins und des Herzogs von Bourgogne mit je einer Tochter des Kaisers. Bei diesem Artikel befindet sich die Randbemerkung: „Von dem Vorschlage solcher Heirathen ist durchaus abzusehen". Der Vorschlag prägt den König Ludwig XIV. aus, die Verwerfung den Kaiser [1]).

Wir erinnern uns, daß in früheren Jahren die Liebesabenteuer Ludwigs XIV. den Kaiser anregten zu satirischen Epigrammen; aber gegenüber der Zumuthung die eigenen Kinder hinzugeben an den Hof von Versailles, verstummte bei dem sittenstrengen Vater der Scherz vor dem Ernste. — Nicht jedoch an diesem letzten Artikel scheiterte die Sache, sondern lange vorher.

[1]) Die Herzogin von Orleans an die Prinzessin Sophie in Hannover, 29. Juli: „Ich möchte von Herzen wünschen, daß meine Tochter den römischen König bekommen könnte; allein, wie ich höre, so hat der Kaiser keine Lust dazu".

Digitized by Google

Die ersten sieben Artikel machten keine Schwierigkeit. Man kam zum achten, welcher die Anerkennung des Königs Wilhelm III. aussprach [1]).

Bei diesem Artikel stockte de la Haye. Er verlange Zeit, sagte er, um in Versailles anzufragen und den Entschluß des Königs über die Personen von Jacob und Wilhelm abzuwarten. Wenn die Landung in England sich als unausführbar erweise, so werde in Betreff des Königs Wilhelm alles nach dem Wunsche des Kaisers geschehen. Der König von Frankreich habe einem katholischen und rechtmäßigen Könige diesen letzten Versuch nicht abschlagen dürfen. Vor dem Ausgange desselben könne er hier nicht weiter vorgehen. Er bitte zu warten bis Ostern. — Velo erwiederte: „Es ist von Anfang an festgestellt, daß der Kaiser nichts thun wird ohne die Zustimmung der Verbündeten. Unter diesen Verbündeten ist der erste der König Wilhelm. Verlangen Sie von mir über seine Person hinwegzugehen, so sind wir zu Ende. Was übrigens diese Erhebung in England betrifft, so ist bekannt, daß die Verschwörung entdeckt und alle Gefahr vorüber ist. Das einzige Ergebnis dieses Versuches ist die Schürung des Hasses beim englischen Volke, und demnach die Erschwerung des Fürwortes, welches der Kaiser für den Prinzen von Wales einzulegen bereit sein würde". — De la Haye erwiederte: „Der Kaiser hat keinen Krieg, keine Feindschaft mit dem Hause Stuart. Wie nun? Wenn der König Jacob, der unter dem Adel wie dem Volke einen großen Anhang hat, in sein Reich zurückkehrte: wie kann da der König von Frankreich ihn verlassen, oder gar ihn zwingen dem Könige Wilhelm zu weichen? — Diese Hoffnung hat den König von Frankreich zu dem Befehle für mich bewogen noch nichts festzustellen. Nach meiner Ansicht wird er den Befehl zurückziehen, sobald sich klar ergibt, was zur Zeit nur noch das Gerücht vermeldet, nämlich daß der Plan auf England fehl geschlagen. Wenn Sie wollen, so bin ich bereit weiter zu gehen und die anderen Puncte zu besprechen. Ziehen Sie den Aufschub vor, so hoffe ich in sehr kurzer Zeit Antwort zu erhalten,

---

[1]) Er lautet: Commercium cum Anglis instaurabitur et his conditionibus ab utraque parte acceptatis Rex Guilelmus pro rege recognoscetur, debitisque honoribus afficietur, etc.

Digitized by Google

und dann wird dieser Artikel uns keinen Riegel mehr vorschieben". So de la Haye. — „Auf diese Worte, meldet Velo dem Kaiser, war ich mir wohl bewußt, wie viel daran liegt, daß in den Franzosen nicht die Aussicht auf eine Lösung der großen Allianz aufsteige. Es erschien mir aber als der Beginn einer Lösung, wenn ich etwas anhören oder selber vorschlagen wollte, ohne vorher den um die Allianz so hoch verdienten König Wilhelm eingeschlossen zu haben. Darum erwiederte ich: ich dürfe ferner weder etwas hören noch reden, bis dieser Präliminar-Artikel feststünde, bis der König Wilhelm und England ausdrücklich mit genannt, und ihre Zustimmung, wie in allen anderen Puncten, ihnen vorbehalten würde [1]).

Damit endete die erste Zusammenkunft. Eine zweite fand nicht statt. Der König von Frankreich schickte nicht eine Zustimmung zu dem streitigen Artikel an de la Haye in Italien. Er hatte vielmehr, noch sogar bevor jene Zusammenkunft in Padua statt fand, einen anderen Agenten, Namens Couvonges, nach Innsbruck geschickt. Und zwar war das Verhalten in beiden Fällen sehr verschieden.

Jene erste Sache nämlich war so geheim gehalten, daß auf kaiserlicher Seite Kinsky und Menegatti durch kleine Briefe verabredeten, wo sie im Parke von Laxenburg einander treffen wollten, um unbemerkt die Schriftstücke auszuwechseln. Die Schreiben Velos an Menegatti thun dar, daß nach seiner Ansicht die Maßregeln so getroffen waren, daß auch von französischer Seite das Geheimnis nicht an den Tag kommen würde.

In dieser Beziehung mochte Velo allerdings auf die Person von de la Haye bauen können. Aber das Erscheinen des Couvonges in Innsbruck änderte die Sache. Er persönlich war den Kaiserlichen gegenüber zum Schweigen nicht verpflichtet. Er richtete verschiedene Schreiben an diesen, an jenen: an die Schwester des Kaisers, die Königin-Herzogin Eleonore von Lothringen, die dort residirte, andere nach Wien. Er sagte darin, daß seine Sendung dieselben Puncte betreffe, wie die der Unterhandlung mit Velo. Er verlangte einen Blank-Paß nach Wien. Er wollte sich bei Menegatti in Wien unterrichten, weil dieser allein den ganzen Verlauf kenne, um dann

[1]) Bericht Velos an Menegatti, vom 30. März.

Digitized by Google

Croissy Mittheilung zu machen. Die Herzogin schickte diese Briefe dem Kaiser ein.

Der Kaiser ließ durch Kinsky seiner Schwester antworten: nach allem was in dem Verhalten des Königs von Frankreich zu Tage gekommen, sehe er sich außer Stande zu einem Urtheile über die Aufrichtigkeit dieses Fürsten. Der Kaiser sei dennoch bereit alles anzuhören, was der König von Frankreich ihm mittheilen werde, nicht jedoch für seine Person, sondern im Namen aller Bundesgenossen, und werde bereit sein alle entgegen kommenden Schritte zu thun zum Zwecke eines allgemeinen Friedens[1]).

Der Kaiser und seine Umgebung mochten glauben, daß mit der Abweisung des Couvonges in Innsbruck, mit dem Abbruche der Beredung in Padua, nun alles beendet sei. Dies war nicht die Absicht der französischen Politik. Das Durchkreuzen der ersten Sendung des de la Haye, der sich persönlich den Kaiserlichen zum Geheimnisse verpflichtet, durch die zweite Sendung des Couvonges, dem eine solche Pflicht nicht oblag, thut ein planmäßiges Handeln dar. Das Ziel desselben trat bald offen hervor. Der Name des de la Haye ward im Haag nicht genannt; aber Couvonges war dort im Munde aller Diplomaten. Von kaiserlicher Seite konnte mit Recht erwiedert werden, daß Couvonges abgewiesen sei. Nicht mit gleichem Rechte jedoch konnte verneint werden, daß überhaupt eine Unterhandlung statt gefunden. Und diese Thatsache wußte fortan Ludwig XIV. in ausgiebiger Weise zu verwerthen.

Es ist ein ähnlicher Fall wie im Jahre 1668. Auch damals hatten die unwahren Betheuerungen des Gremonville den Kaiser bewogen, um des Friedens willen für die kommenden Geschlechter sich einzulassen in einen Vertrag über die Theilung der spanischen Monarchie, während Ludwig XIV. mit dem Vertrage nichts bezweckte als durch das Kundmachen desselben an Spanien die beiden Linien des Hauses Habsburg für immer zu entzweien. Im Jahre 1696 werden abermals friedensreiche Phrasen aufgewendet, und zwar, wie es scheint, vermittelst eines persönlich aufrichtigen und ehrlichen Mannes, lediglich zu dem Zwecke, um von dem Kaiser eine Friedensberedung zu erwirken,

[1]) Kinsky an die Königin-Herzogin Eleonore, vom 26. März.

Digitized by Google

nicht zum Zwecke des Friedens, sondern um diese Thatsache zu benutzen als Keil des Mistrauens bei Wilhelm III. Wir werden erfahren, daß später die Bruchstücke jenes Entwurfes von Padua an Wilhelm III. gelangen, nicht jedoch auch die Antwort Velos über seine Person.

Zunächst jedoch haftete im Haag der Name des Couvonges. Es gelang dem Grafen Kaunitz den Spanier Don Quiros durch Briefe aus Innsbruck zum Schweigen zu bringen [1]). Es gelang ihm nicht gegenüber dem Holländer Dykvelt, in dessen Interesse es lag zur Entschuldigung der eigenen Schritte die Namen Steckborn und Innsbruck im Munde zu führen. Auch die Erfahrung, daß nichts weiter sich ergab, was zur Stütze eines Verdachtes hätte dienen können, machte das Gerede nicht verstummen. Die französische Politik hatte einen mächtigen Schritt vorwärts gethan: der Boden war gelockert für die Saat des gegenseitigen Mistrauens unter den Bundesgenossen, sowohl im Haag wie in Wien.

Die Antwort des Kaisers auf den Bericht über die geheime Friedenshandlung in Holland erfolgte am 10./20. Juni. Sie war in dem Geiste gefaßt, in welchem der Kaiser selber sich in jene andere Verhandlung durch den Grafen Velo eingelassen. Sie verlangte die gleichmäßige Berücksichtigung der Interessen aller Bundesgenossen, die Mittheilung an Alle. „Wir ersuchen also den König, fährt der Kaiser fort, daß den Alliirten, über deren Land und Leute verhandelt wird, und die mithin hauptsächlich dabei interessirt sind, nämlich Spanien, Savoyen, Lothringen, über diese Verhandlungen vertrauliche Kunde gegeben werde. Namentlich können wir in guter Wohlmeinung zu erinnern nicht unterlassen, daß bei der jetzigen Lage der Dinge das Interesse des Herzogs von Savoyen mit großer Vorsicht zu behandeln, und ihm kein Argwohn zu geben ist, als wolle man Pignerol hintan lassen. Denn in diesem Falle würde er, um den völligen Ruin seines Landes zu verhüten, desto eher zu einem Sonder-Vertrage sich entschließen."

Eben so bestimmt spricht der Kaiser für Lothringen. „Da Frankreich sich in diesen Beredungen über Lothringen nicht äußern, sondern die Angelegenheit auf den öffentlichen Congreß verweisen will: so gibt

[1]) Kaunitz am 8. Juni: Er (Don Quiros) ist ganz attonitus verblieben.

Digitized by Google

es dadurch genügend zu erkennen, daß, wenn einmal die mächtigen Alliirten befriedigt sind, es mit den schwächeren umgehen will nach seinem Gefallen. Dies entspricht weder der Billigkeit, noch dem Bündnis-Vertrage, noch den späteren oft gegebenen Versicherungen. Wir versehen uns daher zu dem Könige und den Generalstaaten, daß sie die gleiche Gerechtigkeit für Alle walten lassen."

„Was uns und das Reich betrifft, so kann ohne die Rückgabe von Straßburg der Friede mit Frankreich nicht geschlossen werden. Ein Aequivalent für Straßburg gibt es nicht. Endlich aber darf auch nicht außer Acht gelassen werden, daß so viele Reichsstände in unerhörter Weise mishandelt, so viele Städte und Dörfer bis auf den Grund zerstört sind. Sie haben ein Recht eine Satisfaction zu verlangen."

Der Kaiser fordert demnach nichts für sich, sondern tritt ein für die Schwächeren, für die Gesammtheit. Dennoch ward der König Wilhelm III. durch diese Antwort nicht angenehm berührt. Er erging sich zu Heinsius in einigen heftigen Worten über den Grafen Kinsky. Niemals, meinte er, habe er ein so verworrenes Schriftstück gelesen. Die Mittheilung der Forderungen des Kaisers in Betreff Straßburgs und Lothringens an Callieres, sagte er, würde diesem eine Gelegenheit bieten zum Abbruche der Verhandlungen. Jedoch erkannte er an, daß der Kaiser dem Fortgange derselben direct nicht widersprach. Und eben darauf kam es für ihn an [1]).

Wir sehen demnach, daß der König die Concession aus dem Schreiben des Kaisers annimmt, nicht die Bedingungen der Concession. Ob er damals sich selber klar darüber sein mochte, ob nicht — sein herbes Urtheil über die Bedingungen der Concession läßt im voraus erkennen, daß weder für Lothringen, noch für Straßburg Wilhelm III. mit ganzem Nachdrucke eintreten würde, daß er demnach innerlich Straßburg bereits preis gab.

Immerhin aber hatte nun der Kaiser, wenn auch noch so bedingt, in den Fortgang der geheimen Verhandlungen gewilligt. Demgemäß gestaltete sich das Verhalten von Heinsius und Dykvelt gegen die kaiserlichen Gesandten mehr entgegen kommend. „Glauben Sie mir, sagte Heinsius zu Kaunitz, daß wir niemals im Sinne gehabt uns dieses

[1]) Grovestins t. VI, p. 557. Vom 2. Juli.

Digitized by Google

Weges durch den Callieres zu bedienen, ohne dem Kaiser als dem obersten Haupte der großen Allianz zuvor die Sache mitzutheilen, seine Einwilligung, sein Gutachten einzuholen. Ferner versichere ich, daß alles, was wir bisher gethan, nur im Anhören besteht, in Reden, die nichts feststellen." — „Auf diese erneuten Betheuerungen, fügt Kaunitz seinem Berichte an den Kaiser hinzu, habe ich, gemäß dem Befehle Ew. Majestät, weiter keine Empfindlichkeit an den Tag zu legen, jeden Vorwurf unterlassen" [1]).

Etwas anders redete Croissy in Paris zu dem Schweden Palmquist. Dieser beklagte sich, daß die Krone Schweden, die doch ihre Vermittelung angetragen, nun durch diese geheimen Verhandlungen ausgeschlossen werde. Croissy erwiederte: der Prinz von Oranien habe inständig diese Sendung verlangt. Der Prinz pflege beim Beginne eines Feldzuges eine große Neigung zum Frieden zu zeigen, und dann seinen Sinn zu ändern. Callieres sei nur geschickt zu hören. Dann fuhr Croissy, wie es seine Weise, hoch daher. Wenn der Prinz von Oranien sich nicht zur Vernunft bringen lasse, so werde man ihm antworten mit Kanonen und Musketen [2]).

In der That jedoch rüttelte die Kunde der geheimen Verhandlung den schwedischen Hof auf. Die Ehre der Friedensvermittelung, die Carl XI. fast schon in Händen gehabt, drohte ihm zu entschwinden in Folge der Lauheit für die Allianz, des Verdachtes der Parteilichkeit für Frankreich. Lilienroth im Haag trat im Juni hervor mit Eröffnungen an die Gesandten der Mächte. Sein König erkenne an, sagte er, daß die Macht Frankreichs allzu sehr gewachsen, daß die Begünstigung derselben seinem eigenen Interesse widerstrebe. Wenn die Verbündeten seine Vermittelung annähmen: so verspreche er auf alle Weise ihre Ansprüche zu fördern, und durch seine Bemühung um einen ehrenhaften Frieden den französischen Hochmuth zu dämpfen. Bereits habe er, sagte Lilienroth, seine Instruction, und verlange zu wissen, in welcher Weise man Schritte von seiner Seite wünsche. Aehnlich wie zu den kaiserlichen Gesandten, redete Lilienroth auch zu Heinsius [3]).

[1]) Collectiv-Bericht vom 5. Juli und Kaunitz Bericht vom 6. Juli.
[2]) Auersperg an Kinsky, vom 5. Juni.
[3]) Auerspergs Berichte vom 12. und 29. Juni.

Digitized by Google

Dieser vernahm das gern. Eben so der König. Im Namen desselben sprach Heinsius dem Lilienroth seinen Dank aus, und erklärte, daß der König bereit sei, in Allem das Interesse und die Reputation der Krone Schweden zu wahren. Die kaiserlichen Gesandten verlangten, daß nun der Weg der geheimen Verhandlung aufgegeben würde. Heinsius hielt entgegen, daß von Schweden her zu wenig Bestimmtes vorliege. Die Krone Schweden sei verpflichtet als Garant für die Friedensschlüsse von Münster und Nymegen einzutreten. Darüber erkläre sie sich nicht positiv genug [1]). Sobald sie dies thue und die Herstellung von Lothringen hinzufüge, seien England und Holland bereit die Vermittelung anzunehmen. Bis dahin könne man auf den Weg der geheimen Verhandlung nicht verzichten [2]).

Inzwischen ward die Stellung der Allianz gegenüber Frankreich verändert durch den vielfach längst befürchteten Abfall des Herzogs von Savoyen.

Wir haben wiederholt die Warnungen von kaiserlicher Seite in Betreff des Herzogs Victor Amadeus an den König Wilhelm vernommen. Die Berichte von Galway, der jedenfalls noch bis in den Mai 1696 an die Ehrlichkeit von Victor Amadeus glaubte, führten für längere Zeit den König Wilhelm irre. Der Prinz Eugen von Savoyen dagegen, der die kaiserlichen Truppen dort führte, durchschaute seinen Vetter seit langer Zeit. Im Frühlinge 1696 erstattete er dem Kaiser persönlich Bericht. Nach Savoyen zurückgekehrt, meldete er von dort aus am 7. Juni: die militärischen Dispositionen, die er dort vorgefunden, seien so verkehrt getroffen, daß sie deutlich auf ein Einverständnis mit dem Feinde hinwiesen [3]). Schon bevor der Kaiser diese Meldung erhielt, war das Mistrauen seiner Offiziere in Savoyen wider den Herzog so stark laut geworden, daß der Kaiser sich genöthigt sah die Reden und Urtheile über des Herzogs Thun und Lassen bei Lebensstrafe zu verbieten.

---

[1]) Man vergleiche die Reihe von Denkschriften in den Actes de la paix de Ryswick t. I, p. 108 et suiv.

[2]) Collectiv-Bericht vom 18. Juli.

[3]) Arneth: Prinz Eugen, Bd. I, S. 89 und 457.

Digitized by Google

Und doch war das Murren dieser Offiziere sehr berechtigt. Denn an dem Tage, an welchem der Kaiser jenen Befehl erließ, war der Verrath des Herzogs Victor Amadeus, wenn auch nicht offenkundig, doch bereits formell vollzogen.

Wir erinnern uns, daß ein Abkommen zwischen Ludwig XIV. und Victor Amadeus bestand, und zwar bereits seit dem November 1693, wo damals Tessé sich mehrere Tage heimlich im Schlosse zu Turin befunden. Seitdem hatte Victor Amadeus mit allen den Mitteln, welche die verbündeten Mächte ihm zur Verfügung gestellt, dem Feinde keinen Abbruch gethan. Er hatte im Jahre 1695 willigen müssen in den Angriff auf Casale; aber er hatte sich darüber mit Ludwig XIV. so verständigt, daß aus der Einnahme von Casale für die Verbündeten kein Vortheil erwuchs. Er hatte dann selber einen Angriff der Verbündeten auf Pignerol dadurch vereitelt, daß er dem Tessé den Plan mittheilen ließ.

Dennoch war gerade diese Stadt, welche einst Richelieu für Frankreich erworben, und durch welche diese Macht dem Herzoge von Savoyen den Daumen aufs Auge setzte, das Ziel der Wünsche von Victor Amadeus. Für die Zusage von Pignerol war Victor Amadeus der großen Allianz beigetreten. Pignerol war der Preis, um welchen er auch für Ludwig XIV. zu haben war. Sein Verhalten vom Herbste 1693 an beweist, daß er diesen Preis bei Ludwig XIV. herauszudrücken hoffte.

Dies ergibt sich ganz besonders aus seinem Verhalten gegen das Ende des Feldzuges von 1695. Zur selben Zeit, wo er dem General Tessé in Pignerol Kunde gab von der Absicht eines Angriffes auf diese Festung, ließ er durch Della Torre mit den Gesandten der anderen Mächte im Haag die große Allianz erneuern, welche für ihn die Zusage von Pignerol bekräftigte. Es geschah nicht, um diese Allianz zu halten, sondern um durch diese Erneuerung einen kräftigeren Druck für seine Wünsche auf Ludwig XIV. auszuüben.

Er ließ dem General Tessé in Pignerol sagen, daß er diesen Schritt im Haag nicht habe vermeiden können, aber daß derselbe nicht seine Absicht ändere sich mit dem Könige wieder auf guten Fuß zu stellen [1]).

[1]) Mémoires de Tessé t. I, p. 67: qu'elle ne changeait rien à l'intention où il était de rentrer dans les bonnes graces du roi. Die letzten Worte sind der übliche französische Ausdruck jener Zeit für solche Fälle.

Digitized by Google

Am 23. November 1695 erschien sein Abgesandter Grupel in Pignerol. Er redete viel von den Opfern, die Victor Amadeus dadurch bringen würde, daß er sich von der Allianz los sagte. Dann legte er dar, daß es von dem Könige abhange, dem Herzoge einen plausibelen Vorwand zu diesem Bruche zu geben. Das Mittel dazu sei das Erbieten ihm Pignerol in geschleiftem Zustande zurückzustellen. Wenn der König darauf eingehe, so werde den Herzog nichts mehr hindern sich loszusagen. Ludwig XIV. ging damals auf den Handel nicht ein.

Victor Amadeus sah sich daher genöthigt seine Gründe zu verstärken. Er vermehrte im Winter 1695/6 die Zahl seiner Truppen. Er traf andere Anstalten, die für 1696 eine nachdrückliche Offensive ankündigten. Dann schickte er im Februar 1696 den Grupel abermals an Tessé in Pignerol. Diesem leuchteten die erneuten Gründe ein. Er machte sich auf nach Versailles. Seine Vorstellungen bewogen auch Ludwig XIV. sich den Herzog durch die Hingabe von Pignerol zu kaufen. Nur war man beiderseitig beflissen die eigene Waare möglichst theuer auszubringen, und der Handel darüber zog sich mehrere Monate hin [1]).

In Wien wußte man nicht um diese Einzelnheiten; aber man kannte den Herzog Victor Amadeus. Daher die beständige Mahnung des Kaisers an den König Wilhelm, dem Herzoge die Hoffnung auf Pignerol nicht zu nehmen. Wir haben gesehen, daß Wilhelm III. diese Mahnungen geringer achtete als die Berichte des von Victor Amadeus bestrickten Lords Galway, und festhielt an der Meinung in Victor Amadeus einen rechtschaffenen Mann zu sehen. Wir haben vernommen, daß er durch jene Eröffnung an Della Torre, vom 10. April, die Hoffnung auf Pignerol für Victor Amadeus völlig abschnitt. Die Unterhandlung zwischen Victor Amadeus und Ludwig XIV. war damals bereits in vollem Gange, und es ist sehr wahrscheinlich, daß sie auch ohne jene Eröffnung Wilhelms III. an Della Torre zum Ziele gelangt wären. Allein, wie einmal die Dinge lagen, war jenes Wort für Victor Amadeus ein neuer Sporn auf seinem Wege des Verrathes. Della Torre suchte später die Aeußerung des Königs ganz besonders geltend zu machen [2]).

[1]) Mémoires de Tessé t. I, p. 68.

[2]) Auersperg an Kinsky, 18. Juli: De la Tour m'a dit que Pignerol a fait le coup, et comme le roy luy a si souvent dit que les affaires des alliés

Digitized by Google

Am 30. Mai zeichneten Tessé und Grupel in Pignerol den vorläufigen Vertrag. Eine besondere Feststellung darin wirft bestimmteres Licht auf die Zeit des Aufkeimens dieser neuen Entschlüsse bei Ludwig XIV. Es ward nämlich eine Heirath vereinbart zwischen dem Herzog von Bourgogne, dem ältesten Enkel des Königs, und der ältesten, damals erst elfjährigen Tochter des Herzogs Victor Amadeus, ohne Mitgift. Wir erinnern uns dagegen, daß in dem Entwurfe, der von französischer Seite vorgelegen bei der Beredung von Velo und de la Haye in Padua, am 29. März, eine Heirath vorgeschlagen war zwischen dem Herzoge von Bourgogne und einer Erzherzogin. Demnach hat der Gedanke den Vorschlag der Heirath bei Victor Amadeus als politisches Mittel wirken zu lassen, sich entwickelt und ist zur Reife gediehen im April und Mai 1696.

Der Vertrag begann mit dem Artikel: „Der Herzog von Savoyen verpflichtet sich dem Könige von Frankreich zu einem Schutz- und Trutzbündnis bis zum allgemeinen Frieden". In ähnlicher Weise enthielten auch mehrere der folgenden Artikel nicht bloß die Lossagung von den bisherigen Bundesgenossen, sondern die feindselige Stellung wider sie. Bis dahin hatten die Barbets ihre Kraft eingesetzt für Victor Amadeus. Der achte Artikel des neuen Vertrages besagte: „Der Herzog wird nicht gestatten, daß die französischen Refugiés noch ferner eine Zuflucht finden in den Luzerner Thälern".

Die weiteren Artikel regelten das künftige Verhalten von Victor Amadeus gegenüber seinen anderen Wohlthätern. Wenn die verbündeten Mächte einwilligen in die Neutralität für Italien, so solle Victor Amadeus seine Truppen reduziren. Wenn sie nicht einwilligen, so soll er Oberanführer der vereinigten Streitkräfte sein. In diesem Falle stellt der König ihm den Erwerb von Mailand in Aussicht. Um für den Kaiser und für Spanien Zeit zum Beitritte zu lassen, soll ein Stillstand gemacht werden bis zum Ende August, und von September an sollen die französischen und savoyischen Streitkräfte gemeinsam handeln. Von da an zahlt der König dem Herzoge monatlich 100,000 Thaler [1]).

---

ne sont pas en si bon état qu'ils puissent le faire avoir à son maistre, cette circonstance seule a été capable à faire prendre cette résolution à son maistre.

[1]) Mémoires de Tessé t. I, p. 70. — Mehrere Einzelnheiten bei Rousset t. IV, p. 534. — Eine sehr ausführliche Denkschrift über das Verhalten von Victor

Digitized by Google

Der eigentliche Preis aber war die Rückgabe von Pignerol in geschleiftem Zustande. Anfangs jedoch blieb darüber noch eine Differenz. Ludwig XIV. versprach Pignerol. Aber er wollte es geben nach der Herstellung des allgemeinen Friedens. Demnach sollte bis dahin Victor Amadeus auf das Wort des Königs vertrauen, sollte in diesem Vertrauen sich lossagen von den bisherigen Bundesgenossen, also sich der Discretion des Königs von Frankreich überliefern. Aber es standen einander hier zwei Persönlichkeiten gegenüber, von denen eine jede in sich den richtigen Maßstab der anderen trug. Victor Amadeus verlangte den sofortigen Besitz nach dem Abschlusse des Vertrages. Ludwig XIV. gab nach. „Es gibt Fälle, sagte er, in denen der Starke dem Schwächeren nachgeben muß" [1]). Am 29. Juni ratifizirte der Herzog den Vertrag.

Zugleich wurden die zu spielenden Rollen verabredet. Victor Amadeus verlangte, daß Ludwig XIV. ihm offen das Angebot von Pignerol machte, und dadurch ihm einen Vorwand gäbe. Ludwig XIV. willigte ein dies zu thun. Aber er traute doch noch seinem neuen Freunde nicht völlig [2]). Der Marschall Catinat rückte in die Ebene von Piemont vor. Von dort aus entsendete er am 17. Juni an Victor Amadeus die Drohung das Land mit Feuer und Schwert aufs äußerste zu verheeren. Auch diese Drohung kam dem Herzoge Victor Amadeus zu statten. Er erschien als der Bedrängte, der Gefährdete. Er selber vor den Generalen der Verbündeten, und sein Gesandter Della Torre im Haag, dieser jedoch damals vielleicht aufrichtig, spielten diese Rolle mit staunenswerthem Geschicke. Della Torre im Haag that dem Congresse der Gesandten die französischen Drohungen kund. Er versicherte die Standhaftigkeit des Herzogs. Es ist merkwürdig zu sehen, wie bereitwillig damals sowohl Holländer wie Engländer die savoyische Gaukelei aufnahmen. Am selben Tage, an welchem Victor Amadeus

---

Amadeus findet sich abgedruckt bei Sylvius t. IV, b. 42, p. 124 enz. So lehrreich sie ist, so kennt doch der Verfasser die französische Seite der Sache nicht vollständig.

[1]) Zwei Schreiben von Palmquist vom 15. Juni und 15. Juli, in den Robethon-Papieren des St. A. H. — In den Mémoires de Tessé t. I, p. 71 heißt es: Le roi tint ferme, le duc céda.

[2]) A. a. O. p. 72.

Digitized by Google

seinen Vertrag mit Ludwig XIV. ratifizirte, dem 29. Juni, beantragte Heinsius im Congresse der Gesandten mit dem Danke der verbündeten Mächte für Victor Amadeus den Beschluß, daß, im Falle der Ausführung jener französischen Befehle von Blut und Feuer, den Bundesgenossen die Pflicht obliege, den Ersatz dieses Schadens durch Frankreich beim Friedensschlusse ausdrücklich zu bedingen [1]).

Victor Amadeus mag dies Lügenspiel für erforderlich gehalten haben, um die Bande mit den bisherigen Freunden allmählich zu lösen, um nicht, wenn er auf einmal hervorträte, bevor Catinat ihm zur Deckung nahe stehe, ihnen einen Anlaß zu geben zu Gewaltschritten wider ihn. Dem Könige Wilhelm III. gegenüber hatte er jedenfalls noch einen anderen Zweck. Mit jener Meldung vom 17. Juni, daß Catinat ihn mit Feuer und Schwert bedrohe, that Victor Amadeus zugleich in einem Handschreiben dem Könige kund, daß es ihm sehr wünschenswerth sei, die verheißenen Subsidien zu erhalten. Er habe niemals so dringend ihrer bedurft, und werde sie anwenden nur zum Dienste des Königs und der gemeinsamen Sache. Auch werde die Rückkehr der verbündeten Flotte ins Mittelmeer sehr nützlich sein [2]).

Mit diesen Betheuerungen indessen überspannte Victor Amadeus den Bogen. Gerade dieser Brief, in Verbindung mit den übrigen Nachrichten, rief bei dem Könige eine andere Regung hervor als diejenige der Bewunderung, welche gleichzeitig Heinsius im Haag und Shrewsbury in England kund gaben, nämlich diejenige des Mistrauens.

Am Abende jenes Tages, an welchem Heinsius im Congresse jenen Dank für Victor Amadeus beantragt, setzte sich der König im Feldlager von Corbay hin, um dem Rathspensionär zu melden, daß die Nachrichten aus Piemont ihn aufs tiefste bekümmerten, daß der Brief des Herzogs, die Versicherung der Standhaftigkeit darin, nicht stimme zu den anderen Nachrichten aus Turin [3]).

Denn unterdessen war man dort der Sache näher getreten. Als die Ratification des Vertrages in sicherer Aussicht stand, überschrieb

---

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 29. Juni.

[2]) Shrewsbury Correspondence p. 295.

[3]) Die Schreiben des Königs bei van der Heim: Het Archief van Heinsius p. 225.

Digitized by Google

Catinat, der Verabredung gemäß, am 28. Juni, einige Puncte desselben als Erbietungen an Victor Amadeus, mit der Gegenforderung der Neutralität Italiens. Der Herzog legte die Sache den Heerführern der Verbündeten vor. Er sprach ihnen zugleich seine Neigung aus darauf einzugehen. Er verlangte ihre Zustimmung zu einem Waffenstillstande, damit inzwischen die Einwilligung ihrer Kriegsherren von Wien, Madrid, dem Haag eingeholt werden könne. Sie weigerten sich ihrer Unterschrift. Aber sie erkannten an, daß sie, bis auf nähere Instruction, unter dem Oberbefehle des Herzogs stünden. Victor Amadeus schloß mit Catinat für einen Monat ab. Der Waffenstillstand ward am 12. Juli in Turin verkündigt. Einer der wichtigsten Schritte war damit gelungen.

Tessé berichtet dem Könige von Frankreich aus sicherer Quelle zu wissen, daß Victor Amadeus da wo er sich für sicher halte nicht beobachtet zu werden, die Freude über sein Werk kund gebe in ausgelassenen Sprüngen, daß er sichtlich darauf ausgehe, die Heerführer der Verbündeten zu ärgern [1]).

Jene erstere Nachricht von Tessé stimmt zu dem anderen Verhalten von Victor Amadeus. Seine Couriere enteilten an alle Häupter der Verbündeten mit der Bitte zu gestatten, daß er die Erbietungen Frankreichs annehme [2]). Wie der Kurfürst von Brandenburg in seiner Erwiederung hervorhob, machte der Herzog als einzigen Grund für die Annahme, gegenüber dem Bruche seiner Verpflichtungen, geltend sein Interesse. Besonders merkwürdig ist das Verhalten von Victor Amadeus gegenüber dem Kaiser Leopold. Er betheuert, daß seine Verpflichtungen gegen den Kaiser mit unauslöschlichen Zügen auf ewig in sein Herz eingeschrieben seien. Unter diesen Verpflichtungen stehen oben an die ihm — von Ludwig XIV. — gebotenen Vortheile. Er betrachte sie, sagt er, wie die Vollendung des Schutzes, den der Kaiser ihm gewährt, und bittet den Kaiser überzeugt zu sein, daß sein Interesse niemals die feste und unverbrüchliche Anhänglichkeit erschüttern werde, die er stets für den Dienst des Kaisers bewahre. — Nachdem Victor

---

[1]) Rousset: Louvois t. IV, p. 536.

[2]) Die sämmtlichen Schriftstücke in den Actes de la paix de Ryswick t. I, p. 167 et suiv.

Digitized by Google

Amadeus am 4. Juli so an den Kaiser geschrieben, meldet er am 6. Juli dem Papste, daß, wenn das Haus Oesterreich nicht einwillige in die Neutralität Italiens, er seine Waffen mit denen des Königs von Frankreich vereinigen werde, um es zu zwingen.

Ungeachtet der Schreiben des Herzogs gaben weder der Kaiser noch der König Wilhelm III. die Hoffnung auf, ihn wieder zu gewinnen. Zu diesem Zwecke sandte der Kaiser nach Turin einen eigenen Botschafter, den Grafen Mannsfeld, den wir kennen von seiner einstigen Mission in Spanien her. Jedoch erhielt zugleich der Prinz Eugen dort den Auftrag, mit dem Spanier Leganez und dem Engländer Galway zu erwägen, ob auch ungeachtet dieses Abfalles der Krieg dort fortzuführen sei, wenn es sein müsse, gegen Savoyen und Frankreich [1]). Im gleichen Sinne mahnte der König Wilhelm bei dem Kaiser und erbot sich dafür denselben Betrag der Subsidien zu zahlen, den bis dahin der Herzog erhalten. Die Möglichkeit der Fortsetzung dort hing wesentlich ab von den Entschlüssen Spaniens, oder, genauer zu sagen, von Leganez, dem Statthalter in Mailand.

So im Anfange Juli. Die Entscheidung über diese Frage wird um zwei Monate später vor uns treten.

Es handelt sich zunächst um die andere Frage, welche Einwirkung der zu erwartende völlige Uebertritt des Herzogs zu Frankreich übte auf die Angelegenheit des allgemeinen Friedens, und wie sich dazu verhielt die Sache des Königs Jacob.

Wir erblicken im Juli und August den König Wilhelm bedrückt von schwerer Sorge. Wohin er sich wenden mochte, die Dinge standen ungewis und trübe. Er war nicht sicher, daß nicht in Italien die Neutralität erfolgte, daß dann die französischen Truppen von dort her verfügbar würden wider ihn. Er handelte bereits dem entsprechend. Anstatt, wie der Kaiser es gewünscht und verlangt, Truppen an die Rheinarmee abzugeben, zog der König von dort her Mannschaften nach Belgien, namentlich den Landgrafen von Hessen mit seinem Corps. Die Deputirten des schwäbischen und des fränkischen Kreises im Haag

[1]) Arneth: Prinz Eugen, Bd. I, S. 91.

Digitized by Google

und in Wien führten schwere Klage, daß der König ein Reichs-Contingent nach dem anderen dorthin rufe, dadurch den Markgrafen von Baden am Oberrheine schwäche, und dennoch, obwohl stärker als der Feind, nichts damit unternehme [1]).

Die Unthätigkeit des Königs fiel auch Anderen auf. Dykvel. versicherte dem Grafen Auersperg: der König wolle offensiv vorgehen. In der That marschirte der König am 26. Juni gegen Boufflers vor. Dieser wich zurück über die Sambre, und lagerte bei Gerpines, um Dinant zu decken. Der König folgte nicht dahin [2]).

In Paris erging bei wohl unterrichteten Personen über die Stellung der Heere in Belgien ein anderes Gerücht. Der König von Frankreich, hieß es, habe seinen Generalen in Belgien den Befehl ertheilt, sich wohl gedeckt zu halten, alle ihre Sorgfalt dahin zu wenden, daß keine Gelegenheit zu einem Treffen geboten werde. Darum halte Boufflers sich so, daß es fast unmöglich ihn anzugreifen. Das Gerücht meldete weiter, daß, nach Verabredung, die Generalstaaten ihren Feldherren ähnliche Befehle ertheilt. Darum hätten die holländischen Generale dem Könige Wilhelm den Uebergang über die Sambre zum Zwecke des Angriffes auf Boufflers verweigert. Man fügte hinzu, daß in gleicher Weise die holländischen Befehlshaber der Flotte abgelehnt, Theil zu nehmen an dem Bombardement von Städten auf der französischen Küste, St. Martin auf der Insel Rhé, und Olonne [3]).

Wie dem immer sei, die Klage des Königs Wilhelm selbst damals richtete sich namentlich gegen die Stadt Amsterdam. „Wenn Callieres, schreibt er am 14. Juli an Heinsius, Straßburg aufgeben und für Lothringen vernünftige Vorschläge machen wollte: so könnte sogar der savoyische Sonderfriede eine gute Einleitung sein zu einem allgemeinen Frieden. Ich fürchte nur, daß Frankreich es anders vorhat. Was mich bei diesem großen Unglücke des savoyischen Schrittes ganz besonders besorgt macht, ist die Schlaffheit von Amsterdam. Denn, wenn Frankreich auf unserer Seite, in Italien wie hier, feste Entschlossenheit erblickte, so würde es sich doch zu einem ehrlichen Frieden

---

[1]) Kaunitz Bericht vom 13. Juli.
[2]) Auerspergs Bericht vom 26. Juni.
[3]) Bericht von Palmquist aus Paris vom 23. Juli.

Digitized by Google

bringen lassen" [1]). Der König entsendete Dykvelt nach Amsterdam. Die Antwort von da her entsprach nicht seinen Hoffnungen. Vierzehn Tage nach jener Klage meldet er wieder an Heinsius: „Die Antwort der Bürgermeister an Dykvelt ist ein unzweifelhafter Beweis des Mangels an Energie und des schlechten Verhaltens von Boreel. Der Abfall von Savoyen und diese Haltung von Amsterdam sind die Ursachen, daß wir nicht den Frieden erhalten werden, oder doch nur einen schlechten". Der König wiederholt die Ansicht, daß nach dem Abfalle von Savoyen der König von Frankreich sicherlich minder willfährig sein werde [2]).

Wir werden später zu ersehen haben, ob diese Ansicht Wilhelms III. den Thatsachen ganz entsprach.

Eben so schwer indessen wie diese Sorgen drückte auf den König der Geldmangel als die Folge der Münzverwirrung in England. Die Münzstätten dort arbeiteten unablässig; aber das neue vollwichtige Geld lief nicht um, sondern verbarg sich sofort in die Cassen der Wucherer. Die Noten der königlichen Bank sollten wie baares Geld sein; aber wegen des Mangels an Münze verlor man an ihnen beim Einwechseln ein Achtel des Werthes. Der Credit sank rasch und namentlich nach außen hin. Die königliche Bank hatte den Vorschuß der Kriegesausgaben auf sich genommen. Sie konnte nicht zahlen. Bis in Juli hinein dauerte noch die Hoffnung auf das Project der Landbank, für welches der Termin der Zeichnungen ablief mit dem 1./11. August. Die Aussicht, daß sie die versprochenen $2\frac{1}{2}$ Millionen Pfund Sterling aufbringen könne, sank täglich tiefer. Die Regentschaft, deren hauptsächliche Sorge die Geldangelegenheit war, lud am 11./21. Juli die Unternehmer der Landbank vor. Sie verlangten einen Nachlaß, und wollten auch dann nur sich verbindlich machen zu einem Drittel der Summe. Damit fiel die Sache zu Boden. Die Parlaments-Acte zu Gunsten der Landbank war verwirkt [3]).

Die Regentschaft erstattete dem Könige den Bericht. Seine Antwort an Shrewsbury, vom 20./30. Juli, ist einer der traurigsten

[1]) Das Schreiben des Königs bei van der Heim: Het Archief van Heinsius p. 226.

[2]) Desgleichen vom 27. Juli, bei Grovestins t. VI, p. 563.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 20. Juli.

Digitized by Google

Briefe, die er geschrieben haben mag. „Die Meldung der Regenten, sagt er, hat mich völlig niedergeschlagen. Ich weiß nicht mehr, wie ich daran bin; denn ich sehe kein Mittel, wie ich die Armee von Meuterei oder Desertion zurückhalten kann. Es ist hier noch weniger als in England möglich, hinreichendes Geld für ihren Unterhalt aufzubringen. Wenn Sie daher nicht Mittel ausfindig machen, Geld herüber zu bringen oder Credit zu verschaffen: so ist alles verloren und ich muß nach Indien gehen. In solchen außerordentlichen Nothfällen muß man sich bemühen, außerordentliche Mittel auszusinnen. Ich für mich hier kann keins angeben; aber Sie an Ort und Stelle sind befähigt zu einem schärferen Urtheile. Von Ihrem Eifer für meinen Dienst bin ich so fest überzeugt, daß kein Zweifel in mir aufkommt, Sie werden alles Mögliche thun, um eine unglückliche Wendung der Dinge zu verhüten, die entscheidend sein würde, nicht bloß über die Wohlfahrt von England, sondern von ganz Europa" [1]).

Am nächsten Tage entsendete der König den Grafen Portland nach England. Wilhelm III. war bereit zu Opfern und Wagnissen aller Art. Wie er Anleihen zu machen suchte auf seine Privatgüter, um die Armee zu bezahlen: so gab er durch Portland der Regentschaft die Vollmacht zur Einberufung des Parlamentes, wenn es nöthig erscheine. Portland trat zusammen mit Shrewsbury und Godolphin. Sie verneinten die Zweckmäßigkeit der Einberufung. Sie machten dagegen nochmals den Versuch, von den Wortführern der Landbank Geld zu erlangen. Es war nicht möglich. Es blieb als letzte Zuflucht nur noch die Bank von England. Die Lords der Schatzkammer waren der Ansicht, daß 200,000 £ genügen würden, die dringenden Bedürfnisse bis zum Zusammentritte des Parlamentes zu decken. Nach vielen Mühen und Versprechungen ward diese Summe beschafft [2]).

Der Eindruck, den jener Bericht der Regenten auf den König gemacht, wie ihn sein Schreiben vom 20./30. Juli ausprägt, ward einige Tage später noch verstärkt durch einen besonderen Bericht von Shrewsbury. Es ist zunächst nicht unwichtig hervorzuheben, daß Shrewsbury von Seiten des Königs nicht unterrichtet war über die

---

[1]) Shrewsbury Correspondence p. 129.

[2]) A. a. O. — Grovestins t. VI, p. 564.

Digitized by Google

Friedensberedungen mit Callieres. Dennoch ſtreifte er dieſelben. Er ſprach am 23. Juni/3. Juli ſeine Beſorgnis aus, daß die Friedensberedungen, welche, wie das Gerücht melde, an mehr als einem Orte im Gange ſeien, von Frankreich angeſtellt würden lediglich zu dem Zwecke, um unter den Verbündeten Zwietracht auszuſäen. „Und vielleicht, fügt Shrewsbury hinzu, iſt dies von ihrer Seite das geeignetſte Mittel ihre Plane auszuführen und der Sicherheit, dem Glücke, der Ehre Ew. Majeſtät zu ſchaden."

Wenn es die Abſicht des Staats-Secretärs war dadurch den König zu einer Aeußerung über dieſe Verhandlungen zu bewegen: ſo ward ſie nicht erreicht. Dagegen ſprach ſich der König aus über den Abfall des Herzogs von Savoyen, ſo wie über ſeine Hoffnung, daß das Haus Oeſterreich in Italien ausharre. Er ſehe, ſagte er, zur Zeit keine Wahrſcheinlichkeit des Friedens, als auf unerträgliche Bedingungen hin. Darum ſei es erforderlich von allen Seiten ſich aufs Höchſte anzuſtrengen, damit gegenüber dieſer Wahrnehmung Frankreich ſich dennoch zu einem vernünftigen Frieden entſchließe.

Dieſes Schreiben, abgefaßt am 13./23. Juli, vor dem Empfange des Berichtes der Regentſchaft über die Geldklemme, gab dem Staats-Secretär den Anlaß ſeine Anſicht über die Geſammtlage und das Verhältnis von England zu derſelben auszuſprechen.

„Ich denke mir, beginnt Shrewsbury, der Herzog von Savoyen hat dieſen Schritt nicht gethan, ohne zugleich ſich tiefer mit Frankreich einzulaſſen, um die Neutralität für Italien zu erzwingen."

„Da die Lage der Dinge in Flandern, fährt er fort, Ew. Majeſtät eine nachdrückliche Offenſive nicht zu geſtatten ſcheint, und ich nirgends ſonſt etwas Anderes erblicken kann als die Ausſicht auf eine Defenſive: ſo wird, nach allem Anſchein, dieſer Feldzug für die Verbündeten entmuthigend enden. In wie weit ein ſolcher Ausgang, mit der Nachhülfe der Kunſtgriffe und des Geldes von Frankreich, auch andere Fürſten antreiben mag, dem Beiſpiele von Savoyen zu folgen, iſt für mich ein Gegenſtand trüber Erwägungen. Dies um ſo mehr, wenn ich dabei gedenke an unſere eigene Lage daheim, die durchwoben iſt mit ſo manchen Schwierigkeiten. Der Credit liegt völlig danieder. Es mangelt das Geld. Es fehlen die Mittel zur Herſtellung der Münze, zur Erſtattung der Vorſchüſſe. Ich darf mich daher offen

Digitized by Google

dahin aussprechen: es kann nicht ein so rasches und wirksames Heilmittel gefunden werden, daß es die Nation in den Stand setzen würde, auch für das nächste Jahr dieselben Summen aufzubringen wie bisher. Ein gutes Parlament mag immerhin willfährige Beschlüsse fassen; aber ich fürchte, daß das Geld weder erhoben noch angeliehen werden kann."

„Ich halte es für meine Pflicht dies Ew. Majestät vorzulegen. Und weil ich bei der gegenwärtigen Verwickelung es für eine Sache von der höchsten Wichtigkeit ansehe, daß Sie die Lage der Dinge daheim genau kennen, damit nicht eine unrichtige Auffassung derselben nachtheilig einwirke auf Ihre Entschlüsse nach außen: so hoffe ich, daß Sie darüber auch die Ansichten Anderer einholen werden, die vielleicht klarer urtheilen als ich. Eine Entscheidung darüber, ob ein Friede auf die Bedingungen hin, wie sie zur Zeit vernünftiger Weise von Frankreich her erwartet werden dürfen, wünschenswerth sei oder nicht, verknüpft sich mit so manchen Erwägungen über meinen Bereich hinaus und mit so vielen Umständen außerhalb meiner Kunde, daß darüber zu reden meinerseits eine Anmaßung sein würde. Ich sehe nicht ab, daß eine Stadt mehr oder weniger für das Interesse Ew. Majestät erheblich sei, vorausgesetzt, daß die näher betheiligten Fürsten zufrieden sind."

„Vor allen Dingen ist erforderlich, daß die Verbündeten mit dem Abschlusse des Krieges in so weit einverstanden sind, daß sie, festhaltend an ihrer begründeten Meinung von Ew. Majestät unerschütterlicher Beständigkeit und Ausdauer, bei jeder anderen Gelegenheit bereit sind zum erneuten Bunde. Könnte die Lage der Dinge in Europa uns eine begründete Aussicht gewähren, daß in kurzer Zeit die französische Macht zu Wasser und zu Lande auf denselben Stand gebracht würde wie vor vierzig Jahren: so dürfte man immerhin viel aufs Spiel setzen, um diese Bürgschaft der Ruhe und Sicherheit wieder zu erringen. Allein ob unter den jetzigen Umständen dies gehofft werden darf, und ob ein geringeres Ziel verdient, daß alles dafür gewagt werde, muß ich der Entscheidung Ew. Majestät anheim stellen" [1]).

Der König erwiedert am 27. Juli/6. August: er habe keine Besorgnis vor weiterem Abfall. „Allein, fährt er fort, wir können

[1]) Shrewsbury Correspondence p. 128.

Digitized by Google

auch nicht die Verbündeten nöthigen den Frieden so anzunehmen, wie Frankreich ihn bietet, es sei denn, daß wir Zwang anwenden. Dies würde geschehen durch die Erklärung, daß wir ihnen keine Hülfe mehr leisten können. Das würde gewagt sein, nicht bloß weil dann das Haus Oesterreich mit dem Abschlusse eines Sonderfriedens uns zuvorkommen könnte, sondern auch, weil dann, nach dem Frieden, keine Hoffnung wäre die große Allianz fortzusetzen. Und doch beruht darauf allein unsere Sicherheit. Möge Gott uns befreien aus unserer gegenwärtigen Klemme! Denn ich kann nicht glauben, daß es sein Wille ist eine Nation untergehen zu lassen, welche er, obwohl wir es nicht verdient, so oft fast wunderbar errettet hat." Der König fügt hinzu: „Wenn der Feind unsere Lage kennt, über die er, wie ich fürchte, nur allzu wohl unterrichtet ist, so haben wir auf einen Frieden keine Hoffnung" [1]).

Die Folgezeit wird ergeben, daß das Schreiben Shrewsburys die Zustände in England düsterer schildert, als es der Ansicht Anderer, so wie wahrscheinlich auch der Wirklichkeit entsprach. Bei dem Oranier aber überwog jederzeit die Neigung die Dinge im trüben Lichte anzusehen. Um so mehr also mußte das Schreiben von Shrewsbury auf ihn die niederschlagende Wirkung üben, die sich in seiner Antwort zu erkennen gibt. Unter dem Drucke dieser Stimmung handelte er fortan. Es ist von besonderer Wichtigkeit, diese weiteren Schritte zu verfolgen.

Der König schickte das Schreiben Shrewsburys sofort an Heinsius, begleitet mit Aeußerungen, entsprechend denjenigen zu Shrewsbury [2]). Der Rathspensionär faßt die Lage der Dinge nicht ganz so schlimm auf. „Frankreich leidet eben so sehr, sagt er, wie wir. Die Geldklemme in England kann sich bessern. Wir können die Unterhandlung einige Monate hinziehen. Nehmen wir aber auch an, der Friede sei jetzt unausweichlich: so legt uns die Klugheit die Pflicht auf, uns mit unseren Bundesgenossen wohl zu verständigen. Denn, wenn die Franzosen die Nothlage, in der wir uns befinden, in ihrem vollen Umfange erkennen: so würden sie zurückziehen. Wenn sie

[1]) Shrewsbury Correspondence p. 132.

[2]) Grovestins t. VI, p. 576 et suiv.

Digitized by Google

dagegen unseren Wunsch nach dem Frieden durchschauen, andererseits aber inne werden, daß unsere Bundesgenossen nicht eben so gesinnt sind: so werden sie alles aufbieten, um uns dieselben durch das Versprechen großer Vortheile zu entziehen, und unsere Verbündeten, die wissen, daß sie in Gemeinschaft mit uns ihre Lage nicht verbessern können, werden nicht ermangeln uns zu verlassen. Auf diese Weise würden wir uns in eine sehr schwierige Lage bringen. Demnach müssen wir unseren Wunsch nach dem Frieden auf das sorgfältigste verhehlen. Dies ist freilich schwer, weil man in Amsterdam ganz offen darüber spricht. England und Holland müssen sich für den nächsten Feldzug zu Lande und zu Wasser auf das nachdrücklichste rüsten, und die Verbündeten auffordern in gleicher Weise zu handeln. Man muß endlich dem Callieres sehr entschieden erklären, daß ohne die Rückgabe von Straßburg eine Verständigung unmöglich, und müßte auch darüber die Verhandlung abgebrochen werden."

Heinsius wiederholt diesen Gedankengang zwei Tage später, und schließt mit den Worten: „Alle meine Gedanken drehen sich um diesen Punct: das Verhehlen unserer Schwäche und unseres Friedenswunsches vor Frankreich".

Allein wie war das auch nur möglich? — Heinsius hatte selbst anerkannt, daß diese Dinge in Amsterdam offen besprochen wurden. Dies war in Europa notorisch und dagegen konnte ein Vertuschen nicht mehr helfen. Eben darum wendete sich die Ansicht von Heinsius ins Gegentheil. Das vermeintliche Verhehlen des Friedenswunsches gab nicht eine Basis des starken Auftretens für die Republik. Viel eher stand zu besorgen, daß die wohl erkennbare Realität dieses Friedenswunsches eine solche Basis gewährte für den König von Frankreich.

Es war der eine folgenreiche Irrthum von Heinsius, in welchen er, wie es scheint, den König Wilhelm, auch ungeachtet jener Worte an Shrewsbury, mit hereinzog. Der andere betraf die Verbündeten.

Heinsius spricht die Behauptung aus, daß die Verbündeten nicht ermangeln würden, auf ein Angebot größerer Vortheile von Seiten Frankreichs einzugehen und einen Sonderfrieden zu schließen. Unter dem Worte der Verbündeten im allgemeinen ist der Natur der Dinge nach der hauptsächliche Verbündete zu verstehen, der Kaiser Leopold.

Digitized by Google

Diese Meinung des Rathspensionärs, die auch in der Antwort des Königs an Shrewsbury erkennbar ist, erfordert eine Prüfung.

Es scheint, daß damals irgend Jemand, dem Wilhelm III. und Heinsius Glauben schenkten, ihnen gemeldet, daß der Kaiser auf die Neutralität für Italien eingehen würde. So bereits im Juli 1696. Eben damals aber ward der Graf Mannsfeld nach Turin entsendet, mit Instructionen, die das Gegentheil besagten. Die Neutralität ward allerdings drei Monate später eingegangen; aber es geschah auf Grund einer Vollmacht des Kaisers vom 11. September, und unter Umständen, welche der König Wilhelm selbst, später und bei genauerer Kunde der Sache, als zwingend anerkannt hat. Die Nachricht im Juli war irrig. Dessen ungeachtet scheint sie bei Wilhelm III. und Heinsius bereitwilligen Glauben gefunden zu haben.

Wir Spätere wissen, daß einige Monate zuvor der Kaiser Leopold allerdings sogar eine besondere Unterhandlung mit Frankreich geführt, nicht jedoch für sich, sondern für Alle, und daß diese Unterhandlung abgebrochen war, nicht weil der Kaiser zuerst etwas für sich selber forderte, sondern weil er vor allem Anderen von Frankreich verlangte die Anerkennung des Königs Wilhelm III. Diese Thatsache allein verneint für uns Spätere die moralische Möglichkeit eines Sonderfriedens zwischen dem Kaiser und Frankreich. Damals allerdings konnten Wilhelm III. und Heinsius um diese Thatsache nicht wissen.

Allein es mußte ihnen gegenwärtig sein, daß der Kaiser in den Krieg eingetreten war ungeachtet der Angebote, durch welche Ludwig XIV. im Winter 1688/9 ihn zurückzuhalten trachtete, daß er mit derselben Festigkeit auch nachher die erneuten Anerbietungen zurückgewiesen. Welches Recht hatte man nun, auf Grund einer Nachricht, deren Irrthümlichkeit man immerhin nicht gleich durchschauen mochte, weitere Folgerungen zu ziehen, die den Kaiser in Widerspruch setzten mit seinem bisherigen Verhalten?

Diese Folgerungen aber wurden gezogen. „Die Nachricht über die Absicht des Kaisers in Italien, meldet Heinsius am 17. Juli dem Könige, erweckt in mir gegen die Minister des Kaisers eine solche Mißachtung, daß nach meiner Ansicht von dort her alles zu fürchten ist.“ Noch stärker drückt sich dann der König aus. „Wie die Minister des Kaisers, sagt er am 23. Juli, kein Bedenken tragen die wichtigsten

Digitized by Google

Beschlüsse zu fassen und auszuführen, ohne unser Vorwissen: so nimmt das auch unsere Rücksicht auf sie hinweg, und wir werden demnach in Zukunft handeln gemäß unserem Privat-Interesse. Denn wenn dies Ministerium ohne unser Vorwissen so vorgeht, so haben wir dem Kaiserhofe zu erklären, daß auch wir an die eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr gebunden sein wollen" [1]).

Da das Substrat dieser Anklage nichtig ist, so wendet sie sich zurück gegen den König und Heinsius selbst. In der That liegen so die Dinge. Der Eine wie der Andere war geneigt einer unsicheren Nachricht Glauben zu schenken, um an diesem Glauben eine Stütze zu haben für das eigene nicht bundestreue Verhalten.

Wilhelm III. und Heinsius begingen darin ein Unrecht. Aber nicht bloß dies. Indem sie fortan handelten von dem Boden dieses Mistrauens aus, mußten sie unvermeidlich dasselbe Mistrauen auf der anderen Seite erwecken. Heinsius hatte mit Nachdruck die Ansicht hervorgehoben, daß die Klugheit geböte, sich mit den Bundesgenossen wohl zu verständigen. Allein dieser Klugheit entsprach nicht die allzu willfährige Aufnahme fremder Anklagen. Nicht bloß die Klugheit gebot die Verständigung mit den Freunden, sondern vor allen Dingen die Ehrlichkeit. Und weil nicht auf diese letztere das entscheidende Gewicht gelegt wurde: so wandelte sich jenes Unrecht durch seine Consequenzen in einen politischen Fehler.

Vom Juli 1696 an tritt aus den gegenseitigen Aeußerungen des Königs und des Rathspensionärs das Mistrauen in den Kaiserhof unverkennbar hervor, und wird zu einem Factor ihres Drängens auf den Frieden. Wir werden demselben bald wieder zu begegnen haben.

Vorher tritt an uns die Frage heran, ob in Betreff der Fortsetzung des Krieges der König und der Rathspensionär die Lage Ludwigs XIV. zum vollen würdigten, sein Können und sein Wollen.

Drückte die Kriegeslast schwer auf die anderen Länder, so vor allem auf Frankreich, wo mehr als anderswo Jahr auf Jahr die Bürde wuchs, die Kraft des Tragens abnahm. Das Edict der Capitation vom 18. Januar 1695 hatte in Aussicht gestellt, daß der Ertrag derselben in Zukunft alle anderen außerordentlichen Mittel unnöthig

[1]) Grovestins t. VI, p. 568.

Digitized by Google

machen werde. Der Ausgang entsprach nicht der Verheißung. Die Capitation mußte erhöht werden. Auch das reichte nicht. Für den Feldzug von 1696 mußten durch besondere Mittel fünfzig Millionen Livres aufgebracht werden. Es wurden Domainen veräußert. Es wurden neue Aemter geschaffen und zum Verkaufe gestellt.

Eins dieser Edicte beginnt mit folgenden Worten: „Bisher ist bei der Aufbringung der Mittel für die Kriegeskosten unsere hauptsächliche Aufmerksamkeit dahin gerichtet gewesen, solche Mittel ausfindig zu machen, welche unserem Volke am wenigsten zur Last fallen würden. Freilich ist unvermeidlich, daß es nicht unter einigen der bisherigen gelitten habe. Wir werden für die Dauer des Krieges nach Möglichkeit bedacht sein, die Last zu erleichtern, indem wir die Veräußerungen von Kron-Einkünften allen anderen Vorschlägen vorziehen".

„Der Zweck dieses Einganges, sagt der Schwede Palmquist, ist die Beschwichtigung derjenigen, welche, vertrauend auf den Eingang zu dem Edicte der Capitation, sich dem Glauben hingegeben, daß neue Auflagen von da an nicht mehr zu befürchten seien. Denn jede neu creirte Stelle ist dem Volke eine neue bleibende Last" [1]).

Besonderes Aufsehen erregte unter diesen außerordentlichen Mitteln ein Ausgebot von Adelsbriefen. Der Eingang des merkwürdigen Edictes lautet wie folgt. „Ludwig von Gottes Gnaden König u. s. w., entbieten allen Gegenwärtigen und Zukünftigen unseren Gruß. Wie die adeliche Abkunft und das Alter des Geschlechtes, welche einen so großen Unterschied unter den Menschen begründen, nur ein Geschenk des blinden Zufalles: so hat dagegen der Ehrenname des Adels seinen Ursprung in der Gabe eines Fürsten, welcher die gewichtigen Dienste, die seine Unterthanen ihrem Vaterlande leisten, mit Sorgfalt zu belohnen weiß. Diese Dienste, welche einen Anspruch haben auf die Erkenntlichkeit des Souveräns, werden nicht immer mit den Waffen geleistet. Der Eifer erweist sich auf vielfache Weise, und es gibt Gelegenheiten, in denen derjenige, welcher bereit ist seine Habe darzubringen für den Unterhalt der Vertheidiger des Vaterlandes, einigermaßen dieselbe Vergeltung verdient, wie diejenigen, welche ihr Blut dafür vergießen. Diese Erwägung hat in uns den Entschluß hervorgerufen, fünfhundert Adelsbriefe

[1]) Palmquist aus Paris, vom 7. Mai.

Digitized by Google

zu verleihen. Sie sollen dienen zur Belohnung für diejenigen Unterthanen, welche, indem sie dieselben für eine mäßige Summe Geldes erkaufen, uns die Mittel gewähren zum Widerstande gegen die hartnäckigen Anstrengungen unserer Feinde" [1]).

Der neue so creirte Adel ward an Ehren und Vorrechten dem alten gleichgesetzt. Es ward eben so ausdrücklich erklärt, daß Kaufleute ihr Geschäft fortsetzen dürften unbeschadet des so erworbenen Adels. So am 20. März. Die mäßige Summe Geldes ward zuerst noch nicht bestimmt. Es scheint, daß die Nachfrage dem Angebote nicht entsprochen habe. Denn ein weiteres Edict vom 3. April, welches den festen Preis von 6000 Livres ansetzt, fügt als fernere Lockung noch hinzu die Befreiung auf zwei Jahre vom Arriereban und den Leistungen für denselben.

Ueber die ganze Maßregel und deren Tragweite urtheilt der französische Historiker Capefigue: „Die Verleihung des Adels nach Wahl und in Masse war der Todesstreich auf die alte monarchische Verfassung von Frankreich" [2]).

Auswärtige Berichte sagen, daß auch damals der alte Adel in Frankreich gemurrt habe. Eine laute Kundgebung dieser Unzufriedenheit dürfte schwerlich sich finden. Dagegen ist in Betreff der Capitation eine damalige Kundgebung der Loyalität des dritten Standes von Languedoc erhalten, ganz entsprechend der Gesinnung, welche Ludwig XIV. verlangte [3]). Wie es mit dieser Angelegenheit der Capitation wirklich stand, läßt sich nur aus einzelnen Thatsachen errathen. Es erschien ein Befehl, daß die Diener um die Person des Königs und in königlichen Schlössern, im Falle des Rückstandes in der Zahlung der Capitation, noch die Hälfte als Strafe dazu erlegen sollten. Wenn bei solchen Persönlichkeiten ein Rückstand eintreten konnte: wie war es dann bei anderen? [4])

Es darf demnach der Schluß gezogen werden, daß, wie schwierig auch immer Wilhelm III. seine Lage ansehen mochte, diejenige Ludwigs XIV., ungeachtet der unbeschränkten Gewalt, mit welcher er von

[1]) Das Edict bei Sylvius t. IV, b. 41, p. 43.
[2]) Capefigue: Louis XIV. t. IV, p. 113.
[3]) Sylvius t. IV, b. 42, p. 105.
[4]) A. a. O.

Digitized by Google

Frankreich entnahm, was er für erforderlich hielt, dennoch nicht viel günstiger war, und zwar weil das zu Entnehmende sich nicht vorfand. War es demnach für Ludwig XIV. schwer die ungünstige Lage der Alliirten durch die Fortsetzung des Krieges auszunutzen: so fragt es sich auch um seinen Willen in dieser Richtung. Wir werden dabei besonders sein Verhalten gegenüber dem Könige Jacob zu berücksichtigen haben.

Es ist hervorzuheben, daß in Paris die Nachrichten aus Turin im Juli besonders darum mit großer Freude aufgenommen wurden, weil man sie ansah als die Vorboten des allgemeinen Friedens. In diesem Sinne wurden alle Maßregeln des Königs aufgefaßt. Die Verhandlungen mit Savoyen waren so geheim geführt, daß der Kriegsminister Barbesieux die einlaufenden Berichte Catinats unerbrochen selber dem Könige zutrug, daß auch Croissy nicht ins Vertrauen gezogen wurde. Es galt die Ansicht, daß zu seinem bald darauf erfolgten Tode der Verdruß über diese Ausschließung nicht wenig beigetragen. Dennoch sickerte die Kunde der Thatsachen durch. Gegen das Ende des Monates Juli überwog bei den kundigen Personen in Frankreich die Ansicht, daß der allgemeine Friede erfolgen werde [1]).

Derselbe Bericht fügt hinzu, daß der König Jacob und sein Hof in St. Germain den Gang der Dinge mit großer Niedergeschlagenheit betrachteten. „In der That, fährt der Schwede Palmquist fort, hat er an allen diesen Verhandlungen so geringen Antheil, daß der König von Frankreich ihm von dem Stillstande mit Savoyen nicht einmal eine Kunde gegeben. Der unglückliche Fürst mag sich daraus entnehmen, daß sein Interesse weder jetzt, noch in der Zukunft ein großes Hindernis gegen den Frieden sein wird. Denn, wenn auch der König von Frankreich um seines eigenen Ruhmes willen vermeidet den König Wilhelm anzuerkennen: so erstreckt sich doch die Wirkung dieses Ehrenpunctes nicht bis zum hartnäckigen Festhalten an der Absicht, den König Jacob wieder einzusetzen."

Diese Ansicht entsprach der Wirklichkeit. Auch der König Jacob verschloß sich ihr nicht in der Hauptsache, obwohl sie dann bei ihm

[1]) Die Briefe Palmquists vom 20. und 23. Juli.

Digitized by Google

eine besondere Färbung annahm. Es ward ihm kund gethan, und zwar, wie auch nach seinen eigenen Worten sich ergibt, nicht durch Ludwig XIV. selbst, daß der Vertrag mit Savoyen einen nachtheiligen Einfluß auf seine Angelegenheit haben werde. Er meldet dies am 20. Juli dem Abte von La Trappe. „Vernünftiger Weise, meint der unglückliche Fürst, sollte man das Gegentheil erwartet haben, nämlich daß nichts so förderlich für meine Sache sein könnte. Denn indem der allerchristlichste König sich loswindet von einem so kostspieligen Kriege wie demjenigen mit Savoyen, kann er um so freier sich nach anderen Seiten bewegen und seine Feinde bedrängen. Allein, obwohl der König von Frankreich für mich dieselbe Zuneigung und Freundschaft beweist wie zuvor: so mag er vielleicht seine Lage als eine solche betrachten, welche ihn nöthigt einen festen Schritt für die Wohlfahrt und den Frieden seines Königreiches zu thun. Ich lebe des Vertrauens, daß er in Betreff meiner sich zu dem Schritte mit Widerstreben entschließt, und darum glaube ich, daß er darüber eben so sehr und mehr noch bekümmert sein wird als ich, der ich ja mein Lebenlang abgehärtet bin durch Widerwärtigkeit" [1]).

Die Prinzessin Sophie in Hannover äußerte damals zu der Herzogin von Orleans: der König Jacob habe einen gewissen Anspruch auf Heiligkeit, gemäß dem Worte der Schrift, daß man um des Reiches Gottes willen werden müsse wie ein Kind [2]).

Einige Wochen später gab Ludwig XIV. dem Könige Jacob klarer zu erkennen, was er zu erwarten habe. Der König von Polen, Johann Sobieski, war im Juni 1696 gestorben. Ludwig XIV. sandte im September nach St. Germain seinen Minister Pomponne mit der Nachricht: der Abbé Polignac berichte aus Warschau, daß in Polen vielfach die Neigung sich kund gäbe, den König Jacob zum Könige zu wählen. — Manche ihm freundlich gesinnte Franzosen, sagt Jacob II., seien gekommen, um ihn anzumahnen darauf einzugehen. Er dankte ihnen für ihr Wohlwollen. Sobald er jedoch mit dem Könige von Frankreich zusammen traf, eröffnete er diesem: er würde die polnische Krone nicht annehmen, wenn sie ihm auch angeboten würde. Viel

[1]) The life of James, vol. II, p. 562.

[2]) Schreiben der Herzogin von Orleans, vom 9. December 1696.

Digitized by Google

weniger denn dürfe er darum sich bemühen. Denn jeder Schritt solcher Art würde erscheinen wie eine Abdication derjenigen Krone, die ihm mit Recht gebühre. Deshalb sei er, obwohl die Hoffnung auf seine Herstellung tiefer stehe als jemals, dennoch entschlossen lieber so zu beharren wie er sei, als irgend einen Act zu thun, der seinem Hause zum Nachtheile gereichen könne [1]).

Die Folgerung Jacobs II. war unzweifelhaft richtig, wenn die Prämisse gegründet gewesen wäre.

In jedem Falle aber hatte Ludwig XIV. ihm zur Genüge kund gethan, was bei dem demnächstigen Friedensschlusse für ihn zu erwarten stehe.

Wenn eine Aussicht übrig war, die Krone von England für das Haus Stuart wieder zu gewinnen: so bestand sie nur noch für den Sohn, welchen Jacob II. zum Prinzen von Wales ernannt hatte.

Wir gelangen hier zu einer Frage, welche oft erörtert, und dennoch, weil die letzten sicheren Anhaltspuncte fehlten, niemals zur völligen Evidenz dargethan worden ist. Es ist die Frage, ob in jener Zeit vor dem Frieden von Ryswyck etwas zu Gunsten des Prinzen von Wales abgemacht oder unterhandelt worden ist. Die Untersuchung dieser Frage gehört in das Jahr 1696, nicht später.

Denn eins der wichtigsten Actenstücke zur Beantwortung dieser Frage ist ein Schreiben von Seiten des Königs Jacob an den päpstlichen Nuntius in Paris, zur Vorlage an den Papst, vom 27. Juli 1696. In diesem Schreiben heißt es: „Wenn der König einwilligte, daß bei seinen Lebzeiten, nach dem Tode des Prinzen von Oranien, der Prinz von Wales regierte: so würde das von seiner Seite eine formelle Abdankung sein. Auch könnte der Prinz von Oranien nur ein Versprechen geben, welches zu halten nicht von ihm abhangt, weil das Parlament, welches ihm die Krone übertragen, nach ihm die Prinzessin Anna benannt hat. Angenommen aber auch, der Prinz von Oranien könnte und wollte das Parlament bewegen, diese Feststellung wieder aufzuheben: so würde es immer nur unter der Bedingung geschehen, daß der Prinz von Wales nach England gebracht würde, ohne daß man dort im Stande wäre, eine Bürgschaft zu geben

[1]) The life of James, vol. II, p. 561.

Digitized by Google

weder für sein Leben noch für sein Gewissen. Es darf zuversichtlich angenommen werden, daß Se. Heiligkeit weder Rath noch Zustimmung geben wird für eine Maßregel, die so unheilvolle Folgen nach sich ziehen könnte. Der Prinz von Wales würde durch die Annahme der Succession nach dem Prinzen von Oranien die Basis seines Rechtes aufgeben, nämlich dasjenige seines Vaters. Und weiter, da er dann dem englischen Volke für seine Erhebung verpflichtet wäre: so würde die Dauer seiner Regierung abhangen von dem Belieben desselben. Und wenn Se. Britannische Majestät fähig wäre einzuwilligen in einen so unwürdigen Vorschlag: so würde er mit Recht den Vorwurf auf sich laden, das Königthum von England, dessen Princip die Erblichkeit ist, zu einem Wahl-Königthume gemacht, und seinem Feinde das Theuerste geopfert zu haben" [1]).

In derselben Weise schreibt Jacob II. damals an den Kurfürsten von der Pfalz. Sein Princip ist in diesen Worten so bestimmt, so nachdrücklich ausgesprochen, daß eine spätere Verhandlung als moralisch höchst unwahrscheinlich bezeichnet werden muß.

Nun hat allerdings der Biograph des Königs Jacob, nicht er selbst, die Behauptung aufgestellt, daß unter der Hand ein Abkommen zwischen Ludwig XIV. und Wilhelm III. getroffen sei für die Succession des Prinzen von Wales nach Wilhelm III., daß jedoch Jacob II. gemäß dem Grundsatze, welchen wir aus jenem Schreiben an den Papst mit den eigenen Worten des unglücklichen Königs ersehen, dieses Abkommen abgelehnt habe [2]).

Ein fester Anhaltspunct für diese Behauptung ist von dem Biographen dort nicht erbracht.

Gewichtiger als diese Behauptung scheint das Zeugnis des Herzogs von Berwick. „Kurz nach dem Frieden von Ryswyck, berichtet er, machte der König von Frankreich dem Könige von England den Vorschlag, daß, wenn dieser den Prinzen von Oranien ruhig des Königreiches genießen lassen wolle, er, nach dem Tode desselben, den Besitz dem Prinzen von Wales sichern werde. Die Königin, welche anwesend war, ließ ihrem Gemahle nicht die Zeit zur Antwort, sondern fiel ein: sie würde lieber

[1]) Macpherson's Original Papers vol. I, p. 553.
[2]) The life of James, vol. II, p. 575.

Digitized by Google

ihren Sohn todt sehen, als im Besitze der Krone zum Nachtheile seines Vaters. Der allerchristlichste König gab darauf dem Gespräche eine andere Wendung." „Es liegt nahe zu vermuthen, fügt dann Berwick hinzu, daß die Rede des Königs von Frankreich mit dem Prinzen von Oranien vereinbart war, und es war, wie ich offen auszusprechen mir erlaube, eine große Thorheit ein solches Erbieten auszuschlagen" [1]).

Lassen wir diese letztere Vermuthung des Herzogs von Berwick auf sich beruhen: so kann doch die von ihm berichtete Thatsache nicht erdichtet sein. Es fragt sich nur um die Zeit derselben. Es ist undenkbar, daß die Unterredung statt gefunden haben sollte *nach* dem Frieden von Ryswyck, oder noch bestimmter, nach jenem Schreiben Jacobs II. an den Papst, vom 27. Juli 1696. Da der König Jacob II. das darin ausgedrückte Princip auch nach anderen Seiten hin verkündete: so kann es namentlich dem Könige von Frankreich nicht verborgen geblieben sein. Dies um so weniger, da er, wie sich uns sofort ergeben wird, die Sache im Beginne des Jahres 1696 zur Sprache gebracht hatte. Der Bericht Berwicks ist sachgemäß, nur mit der Einschränkung, daß er, welcher diese Denkwürdigkeiten viele Jahre später niederschrieb, und zwar, wie er selbst bemerkt, bis dahin in nicht detaillirter Weise, die Zeitfolge nicht genau inne gehalten hat. Der Anfang seines Berichtes sollte lauten: nicht: „kurz *nach* dem Frieden von Ryswyck", sondern: „kurz *vor* dem Frieden von Ryswyck".

Und hier erst kommen wir an die eigentliche Sache. Die Frage der Succession des Prinzen von Wales war allerdings, wie auch aus dem Schreiben von Jacob II. an den Papst, vom 27. Juli 1696, sich erkennen läßt, in jener Zeit zur Sprache gekommen, nicht jedoch zwischen Wilhelm III. und Ludwig XIV., sondern zwischen dem letzteren und dem Kaiser Leopold.

Zum Zwecke der Klarstellung dieser Angelegenheit haben wir uns zurück zu wenden zu der Besprechung, welche am 29. März 1696 zu Padua statt gefunden, zwischen Velo von kaiserlicher, de la Haye von französischer Seite. Wir erinnern uns, daß für diese Beredung von der letzteren Seite ein Entwurf vorlag.

[1]) Mémoires de Berwick t. I, p. 102.

Digitized by Google

Dieser Entwurf war umfassend. Er bezweckte, wie es der Wortlaut der drei folgenden Artikel darthut, eine allgemeine Pacification von Europa. Es heißt nämlich dort [1]):

„Damit in Zukunft alle Zwietracht gehoben, und, so viel es möglich, die Sache des Hauses Stuart geschützt werde: so wollen die zwei Monarchen unter einander zwei geheime Schriftstücke zeichnen, mit der ausdrücklichen Bedingung, daß jedes derselben für sich zur Ausführung gelangen soll, und daß, wenn irgend welche Ereignisse die Ausführung des einen hindern, nichts desto minder darum das andere beobachtet werden und in voller Kraft verbleiben soll."

„Das erste Schriftstück soll von Seiten des Allerchristlichsten Königs die spanische Monarchie betreffen. Es soll, gemäß dem eingereichten Entwurfe, vom Könige selbst gezeichnet, vom Dauphin bestätigt, in die Hände des Kaisers überliefert, und dann unterschrieben werden durch die beiderseitigen Gesandten."

So der Wortlaut dieses Artikels. Der Entwurf, von welchem hier die Rede, liegt nicht vor. Die folgende Ausführung dagegen in Betreff des zweiten Schriftstückes läßt erkennen, daß jenes erstere einen Verzicht enthielt. Dieser Verzicht, den Ludwig XIV. in Aussicht stellt, kann folgerecht nur derselbe gewesen sein, den er auch zwei Jahre zuvor in der Unterredung zu Steckborn bei Zürich hatte anbieten lassen: nämlich der Verzicht auf die Ansprüche des Dauphins an das Erbe der spanischen Monarchie, nicht jedoch zu Gunsten des Kaiserhauses, sondern des Kurprinzen Joseph Ferdinand von Bayern [2]).

Dann fährt jener Entwurf fort:

„Das zweite Schriftstück soll sein von Seiten des Kaisers zu Gunsten des Prinzen von Wales. Der Kaiser würde darin versprechen, daß er, im Falle des Todes des Königs Wilhelm III. ohne männliche Erben, nicht bloß kein Hindernis erheben will gegen die Wiederkehr des Prinzen in sein väterliches Reich, sondern auch, nach der Herstellung des allgemeinen Friedens, in gütlicher Weise sich bei dem Könige Wilhelm um die Zustimmung dafür verwenden will. Kann

---

[1]) Anlage IV.

[2]) Fontes rerum Austriacarum, Bd. XXVII, p. 380. Ruzzinis Finalbericht von 1699. Man vergleiche Bd. VI dieses Werkes, S. 361.

Digitized by Google

jedoch dies nicht durchgesetzt werden, so soll dem Kaiser eine fernere Verpflichtung nicht obliegen; auch soll darum nicht minder das andere Schriftstück und der darin enthaltene Verzicht in Kraft verbleiben."

„Im Falle daß, wenn Gott uns nicht gnädig wäre, dies General-Project von den Bundesgenossen nicht angenommen würde: so soll es geheim bleiben und sein, als wäre es nie gemacht."

Ueber die Aufrichtigkeit der Gesinnung des Königs von Frankreich bei diesem ganzen Entwurfe müssen wir Spätere mit dem Kaiser Leopold sagen: wir wissen nicht, was davon zu halten [1]). Wir erinnern uns dagegen, daß die Beredung zu Padua am 29. März 1696 daran abbrach, daß der Bevollmächtigte de la Haye auswich an dem Puncte des französischen Entwurfes, welcher die Anerkennung Wilhelms III. in Aussicht stellte. Es war der achte Artikel. Die anderen, namentlich die oben aufgeführten, kamen also nicht einmal zur Sprache. Mithin hat der Kaiser nicht dem Könige von Frankreich gegenüber die Verpflichtung auf sich genommen, das Interesse des Prinzen von Wales bei Wilhelm III. in gütlicher Weise zu vertreten. Auch ist dies damals nicht geschehen. In späterer Zeit, nach dem Abschlusse der zweiten großen Allianz, vom 7. September 1701, und kurz vor dem Tode Wilhelms III., ist zwischen diesem Könige und dem Kaiser die Sache des Prinzen zur Erörterung gekommen. In welcher Weise dies geschehen, werden wir seiner Zeit zu ersehen haben.

Wie eine Unterhandlung über den Prinzen von Wales direct zwischen Ludwig XIV. und Wilhelm III. zur Zeit des Friedens von Ryswyck an sich unglaubwürdig ist: so fehlt auch, wie Somerville [2]) und andere englische Historiker dargethan haben, dafür jeder zuverlässige Anhaltspunct.

Es tritt aber noch dazu ein anderes Moment in der Seele Wilhelms III., welches, von den Engländern in Anlaß jener Frage

---

[1]) Aehnlich drückt Ruzzini sich aus in Betreff des Verzichtes: Se ben lasciasse incerta la sincerità de' suoi oggetti, essibi la Francia di rinunciar in ampla etc.

[2]) Somerville: The history of political transactions, from Charles II. to the death of William III., p. 442.

Digitized by Google

nicht beachtet, dennoch für ihn persönlich allein schon den Ausschlag wider den Prinzen gegeben haben würde.

Denn, angenommen auch, es hätte in seiner Macht gestanden, das Parlament von England zu einem Beschlusse dieser Art zu bewegen, mit Cautelen, welche die Engländer in aller Beziehung sicher stellen würden: so konnte er als Erbstatthalter der Republik, als der holländische Patriot, nicht dazu mitwirken, daß ein Sohn des Mannes, der all sein Unglück der Republik zuschrieb, den englischen Thron bestieg. Denn nach der Natur der menschlichen Dinge mußte dieser Sohn die Republik glühend hassen, und würde demnach noch bereitwilliger sein als der Vater und der Oheim, zusammen mit Frankreich das Werk von 1672 gegen die Republik wieder aufzunehmen. So gern Oranien, aller Wahrscheinlichkeit nach, im December 1688, das Kind auf englischem Boden zurück gehalten hätte: eben so entschieden mußte er, folgerecht nach den Principien seines Lebens, der Wiederkehr desselben sich entgegen setzen. Es war die Consequenz der Thorheit, welche die Eltern, der König Jacob und die Königin Marie Beatrice, begangen hatten durch den Entschluß der Flucht mit dem Kinde nach Frankreich.

Demnach bleibt von jener Nachricht bei Berwick nichts übrig, als der von Seiten Ludwigs XIV. dem Kaiser im Beginne des Jahres 1696 gemachte Vorschlag. Und zwar muß Ludwig XIV. diesen Vorschlag gemacht haben ohne Vorwissen Jacobs II., also vor jener Unterredung, die Berwick berichtet. Dagegen hat der König Jacob II. die Kunde dieses Vorschlages oder doch des Gedankens überhaupt, gehabt vor seinem Schreiben an den Papst vom 27. Juli 1696.

Daß Ludwig XIV. in jenem General-Projecte, welches er an den Kaiser bringen ließ, ohne Vorwissen des Königs Jacob gehandelt, ergibt sich noch aus einem anderen Artikel desselben. Dieser lautet: „Der König von England (also Wilhelm III.) wird, wenn der König Jacob zustimmt, beim Parlamente beantragen, daß es dem Könige Jacob ein angemessenes Jahrgeld bewilligt, und wird alles aufwenden, um das Parlament dafür willfährig zu stimmen. Kann er jedoch dieses nicht durchsetzen: so soll es ihm nicht zur Last gelegt werden, noch der Friede dadurch als gebrochen erscheinen, oder dadurch der Allerchristlichste

Digitized by Google

König von der vollständigen Ausführung des vorhergehenden Artikels — nämlich der Anerkennung Wilhelms III. — entbunden sein" [1]).

Wir erinnern uns, daß Wilhelm III., um jeglicher Anforderung dieser Art von Seiten Frankreichs zuvorzukommen und den Boden zu benehmen, in den Unterredungen zu Mastricht, im Jahre 1694, durch Dykvelt das Angebot eines Jahrgeldes für Jacob II. entgegen getragen hatte. Es ist undenkbar, daß Wilhelm III. sich so weit engagirt haben sollte, ohne sich der Willfährigkeit des Unterhauses dafür moralisch sicher zu wissen. Wir erinnern uns, daß der Papst Innocenz XII. dies Erbieten kannte, daß er darauf hin, indem er an die Möglichkeit der Herstellung Jacobs II. nicht glaubte und nur noch auf das Recht des Sohnes Gewicht legte, die Uebersiedelung von Jacob II. nach Rom wünschte.

Auch darf mit Sicherheit gesagt werden, daß Wilhelm III. und das Parlament von England in Betreff der Bewilligung die für Jacob II. möglichst schonende Form gesucht haben würden, und zwar dies nicht bloß um des Königs Jacob, sondern auch um ihrer selbst willen, damit nicht dieses nachträgliche Jahrgeld erschiene als der Kaufpreis für ein Recht, welches sie durch ihre Beschlüsse vom Februar 1689 für verwirkt erklärt hatten.

In dieser Beziehung hatte sich Dykvelt, bei jenem Angebote für Jacob II. an Callieres in Mastricht, mit Vorsicht benommen. „Ich habe lediglich gesagt, bemerkte er dem Grafen Auersperg, daß, wenn der König Jacob eine Geldsumme wünsche, der König Wilhelm durch sein Ansehen im Parlamente dies wohl durchsetzen könne. Ich habe mich nicht darauf eingelassen, von einer Demission des Königs Jacob zu reden. Denn in diesem Falle hätte ich ja das Recht Wilhelms III. auf die Krone in eine Erörterung gezogen, hätte in Zweifel stellen lassen, ob König Jacob II. durch seine Flucht die Abdication wirklich vollzogen. Faßt man in Rom oder irgendwo sonst die Sache anders auf, so habe ich dazu keinen Anlaß gegeben" [2]).

Das Auffallende bei der ganzen Sache ist namentlich der eine Punct, daß Ludwig XIV. im März 1696 dem Kaiser die Forderung

---

[1]) Anlage V.

[2]) Bericht des Grafen Auersperg vom 9. August 1695.

Digitized by Google

ſtellt, bei Wilhelm III. etwas zu erwirken, was dieſer zwei Jahre zuvor aus ſich dem franzöſiſchen Bevollmächtigten Callieres hatte anbieten laſſen, und zwar, wenn auch nicht lediglich, ſo doch mit bewogen durch die Abſicht, eine ſolche Forderung von Seiten Frankreichs zu vermeiden. Nun enthält aber der franzöſiſche Entwurf vom März 1696 dazu die Worte: „Wenn es dem Könige Jacob genehm ſein wird".

Dieſen Worten gemäß hat Ludwig XIV. nicht vorher mit Jacob die Angelegenheit eines Jahrgeldes vereinbart.

Ja es erwächſt daraus noch eine andere und wichtigere Frage, nämlich die, ob der König Jacob von dem durch Dykvelt zu Maſtricht gemachten Angebote eines Jahrgeldes jemals eine Kunde erlangt habe.

Die eigenen Aeußerungen Jacobs II., welche auf uns gekommen, enthalten keine Andeutung einer ſolchen Kunde.

Wir erinnern uns, daß Innocenz XII. im Sommer 1695 ſich über dies Anerbieten Wilhelms III. zu dem ſpaniſchen Geſandten Carpio ausſprach. Die gleichzeitigen Berichte des Geſandten Jacobs II. in Rom, des Grafen Perth, laſſen erkennen, daß er dort vielfach den Wunſch vernommen, der König Jacob möge ſeinen Aufenthalt in Rom nehmen. Dagegen enthalten dieſe Berichte keine Andeutung, daß Innocenz XII. jemals zu Perth über die Geldangelegenheit geredet. Die Leidenſchaft, die ſich in den Worten dieſes Geſandten wieder ſpiegelt, mochte ihn in den Augen des Papſtes erſcheinen laſſen als eine ſehr wenig geeignete Perſönlichkeit für Angelegenheiten ſo delicater Natur. Selbſt da, wo der Anlaß zu einer Erörterung des Angebotes für Perth nahe lag, nämlich bei ſeinem eigenen Widerſpruche gegen dieſen Gedanken der Ueberſiedelung von Jacob nach Rom, tritt eine Kunde von dem Angebote des Jahrgeldes nicht zu Tage[1]).

Erſt im Juli 1696 vernehmen wir von dem König Jacob ſelber eine Erörterung über die Angelegenheit eines Jahrgeldes für ihn. Er berührt die Frage in demſelben Schreiben an den Papſt, vom 27. Juli, in welchem er ſich ausſpricht über die eventuelle Succeſſion ſeines Sohnes, und im engen Zuſammenhange mit dieſer Angelegenheit.

[1]) Die Berichte in Macpherson's Original Papers vol. I, p. 531 sqq. Er ſagt p. 538: Now all our conversations are bringing the king to Rome, which God forbid.

Digitized by Google

„Der König — so läßt Jacob II. in diesem Schreiben sagen — darf sein unantastbares Recht nicht in Frage stellen lassen. Beispielsweise aber kann nicht verneint werden, daß er durch die Annahme eines Jahrgeldes von Seiten des Prinzen von Oranien, obwohl er dessen nie mehr bedürftig als jetzt, stillschweigend auf sein Recht verzichten würde."

Diese Worte des Königs Jacob enthalten zunächst den Beweis, daß der König Ludwig XIV. die Anforderung, welche er in jener Beredung vom März 1696 an den Kaiser stellen ließ, nämlich bei Wilhelm III. ein Jahrgeld für Jacob II. zu erwirken, seinem Schützlinge vorher nicht mitgetheilt haben kann. Denn gemäß dem Grundsatze, welchen Jacob II. in diesem Schreiben vom 27. Juli vor dem Papste entwickelt, würde er die Anregung dieser Sache als Forderung seinerseits nicht gestattet haben. Weiter aber erwächst aus jenen Worten die Frage, ob das zu Mastricht im Jahre 1694 durch Dykvelt gemachte Erbieten eines Jahrgeldes dem Könige Jacob bekannt geworden sein kann. Wenn dasselbe zu seiner Kunde gelangt wäre, so war damit auch der Anlaß gegeben, sich damals, im Jahre 1694, über das Princip auszusprechen, und, sobald einmal dies geschehen, mochte nun Jacob II. dann das Erbieten Wilhelms III. angenommen oder abgelehnt haben, war es dem Könige Ludwig XIV. moralisch unmöglich, dem Kaiser jene Anforderung zu stellen mit dem Zusatze: wenn der König Jacob zustimmt.

Es ergibt sich also, daß Ludwig XIV. seinem Schützlinge Jacob II. das im Jahre 1694 durch Dykvelt gemachte Angebot eines englischen Jahrgeldes von 100,000 £ verschwiegen hat.

Dagegen ist nach jener Verhandlung in Padua vom März 1696 bis zum Juli 1696, wo Jacob II. jenes Schreiben für den Papst Innocenz XII. abfassen ließ, aus dem damaligen französischen Entwurfe irgend eine Kunde über einen solchen Vorschlag an ihn gelangt. Bestimmteres ist aus seinen Worten nicht erkennbar.

Der König Jacob II. lehnt ab.

Denken wir uns in seine Situation hinein, so ist diese Ablehnung, durch welche er ein königliches Einkommen, wie es ihm gebührt hätte, seinem Principe zum Opfer bringt, vielleicht der ruhmwürdigste Act in seinem Leben. Jacob II. handelte darin wahrhaft königlich. Freilich

Digitized by Google

müssen wir dann wieder sofort hinzusetzen: jedoch nur von diesem seinem subjectiven Standpuncte aus.

Denn Jacob II. vergaß damals, wie immer, daß er in den Tagen der Entscheidung nicht mit dem Schwerte für sein Princip eingestanden. Er vergaß, daß Niemand ihm seine Kronen genommen, bis er selber flüchtig sie verließ. Die Thatsache, daß Jacob II. in den Tagen der Entscheidung nicht königlich gehandelt, war da mit allen ihren Consequenzen, und diese Consequenzen wurden nicht aufgehoben durch die spätere, subjectiv betrachtet, königliche That des Verzichtes auf ein Jahrgeld, welches in den Augen Jacobs erschien wie eine Abfindung für sein Recht.

Ludwig XIV. hatte seinen Schützling nicht der Versuchung ausgesetzt, in welche ihn das Angebot eines Jahrgeldes ohne alle Bedingung hätte bringen können. Jacob II. selber wies principiell jede Verhandlung über ein Jahrgeld zurück, an welchem, nach seiner Ansicht, eine Bedingung für ihn haften würde. Die Consequenz in beiden Fällen war dieselbe, nämlich die abermalige Befestigung der Abhängigkeit des Hauses Stuart von dem vermeintlichen Freunde und Schützer. Jacob erkannte das. Er wollte es so. Er legte, wie durch die That, so auch in Worten ausdrücklich diese Gesinnung dar in einer Denkschrift, durch welche er Ludwig XIV. vom Friedensschlusse mit dem Oranier damals abzumahnen hoffte. „Es liegt klar vor Augen, sagt er, daß ganz Europa zur Zeit ähnliche Gesinnungen wider Frankreich hat wie einst gegen Spanien. Alle Andere möchten Frankreich gedemüthigt sehen. Und es ist nicht zu verwundern, wenn die Mehrheit der Engländer, gemäß der Eifersucht, die zwischen Nachbarn obzuwalten pflegt, derselben Gesinnung huldigt. Aber es sollte andererseits erwogen werden, daß ein König von England, welcher, selbst katholisch, über protestantische Unterthanen regiert, immer angewiesen ist auf die Freundschaft mit Frankreich. Er bedarf derselben, um seine Autorität aufrecht zu halten und sich zu schützen gegen seine eigenen Unterthanen, vor denen er wegen ihres eingewurzelten Hasses wider alles was sie Papismus nennen, in beständiger Gefahr schwebt." Deshalb bittet der König Jacob den Krieg fortzuführen bis zu seiner Wiedereinsetzung[1]).

[1]) Macpherson's Original Papers vol. I, p. 560. Die Denkschrift trägt kein Datum. Da aber Jacob II. schon im Sommer 1696, wie wir gesehen,

Digitized by Google

Bei solchen Worten, welche die Selbständigkeit der Krone, das Recht und die Gesetze der Unterthanen einem fremden Willen zum Opfer antragen, scheint Jacob II. völlig vergessen zu haben, daß er selbst im Beginne seiner Regierung den thatsächlichen Beweis des Gegentheiles erbracht, daß er, obwohl Katholik, fast ein Jahr lang der vollen Anhänglichkeit seiner protestantischen Unterthanen sich erfreut, eben so wie der eifrigen Zuneigung des Prinzen von Oranien und der Republik Holland, endlich der Achtung bei allen Mächten Europas, und zwar zu nicht geringem Theile deshalb, weil es schien, daß er entschlossen sei, dem Könige von Frankreich gegenüber seine Selbständigkeit zu behaupten. Nicht der katholischen Religion fiel das Schicksal Jacobs II. zur Last, sondern zuerst seiner Person und dann den Rathschlägen des Königs von Frankreich. Eben darum aber, weil Jacob II. alle seine Hoffnung setzte lediglich auf den König von Frankreich, und dadurch seine Abhängigkeit von demselben neu befestigte, handelte er im Jahre 1696 abermals, wie einst durch seine Flucht, nicht blos zu Ungunsten des eigenen Rechtes, sondern auch desjenigen seines Sohnes, des Prinzen von Wales. Daß England einmal einen König Jacob III. aus Rom zur Wiederkehr einladen würde, mochte unwahrscheinlich sein; aber es war jedenfalls minder unwahrscheinlich, als daß es gutwillig einen König Jacob III. empfangen würde aus der Hand Ludwigs XIV.

Dieser König ging seine Wege für sich. Wie er im September 1688 den Krieg entfesselt hatte nicht zu Gunsten des Königs Jacob II. von England, sondern, wie er damals glaubte, im eigenen Interesse, wenn auch auf Kosten des Königs Jacob: so legte, wie wir aus dem Munde kundiger Beobachter im Laufe des Sommers 1696 vernommen, das Interesse von Jacob II. der etwaigen Friedensneigung Ludwigs XIV. kein Hindernis in den Weg. In den Besprechungen zwischen Dykvelt und Callieres ließ Ludwig XIV. den letzteren an dem Satze festhalten, daß die Frage der Anerkennung Wilhelms III. die letzte sein müsse. In Paris machte sich schon im Juni 1696 die Ansicht geltend, daß, wenn man an diesen Punct komme, Jacob II. selber den König von

---

wußte, was ihm bevorstand, so gehört sie nicht, wie Macpherson meint, ins Jahr 1697, sondern in den Juni oder Juli 1696.

Digitized by Google

Frankreich bitten werde, dieſe Anerkennung auszuſprechen, damit nicht lediglich ſein Intereſſe als die Klippe erſcheine, an welcher die Herſtellung des Friedens für Europa ſcheitere[1]). Wie immer alſo auch Jacob geſinnt ſein mochte: was Andere vorausſahen, das mußte auch er ſelber ſich vorausſagen, nämlich daß die Fortdauer ſeines Aufenthaltes in Frankreich auch die Herbigkeit einer ſolchen Bitte ihm auferlegen würde.

Und damit ſind wir zurückgekehrt zu der Beantwortung der eigentlichen Frage, über welche, wie es ſcheint, der König Wilhelm III. und Heinſius in ihren Erörterungen zu Anfang Auguſt 1696 nicht zur Genüge unterrichtet waren, zu der Frage, ob Ludwig XIV. aus ſich geneigt war zum Frieden. Wir haben vernommen, daß kundige Beobachter an Ort und Stelle damals dieſe Frage bejahen.

Dieſer Anſicht ſchienen auch die ferneren Thatſachen nach außen zu entſprechen. Wie immer die Dinge in Savoyen ausſchlagen würden, ob zur Fortſetzung des Krieges, ob zum Frieden, lag im Juli und Auguſt noch nicht offen vor. Der Stillſtand, anfangs nur auf dreißig Tage geſchloſſen, ward, weil eine Antwort von Madrid noch nicht eingetroffen, am 11. Auguſt erneuert. Jedenfalls aber ſtanden die Dinge für Frankreich ungleich vortheilhafter als zuvor. Und dennoch ſehen wir Callieres in den Beredungen mit Dykvelt zurückweichen. Dies war beſonders ſichtlich an der Stadt Straßburg. Zuerſt hatte Callieres dafür ein Aequivalent geboten. Wir erinnern uns, daß dasſelbe, namentlich die Stadt Freiburg im Breisgau, berechnet war auf den Kaiſer perſönlich. Als die kaiſerlichen Geſandten von ihren holländiſchen Bundesgenoſſen das Beſtehen auf Straßburg forderten, bot Callieres es in geſchleiftem Zuſtande. Er ging dann abermals einen Schritt weiter. Er bot die Stadt, wie ſie occupirt war, nur noch mit dem Bedinge, daß der Zuſtand der Religion in der Stadt bleibe, wie er ſei, und daß keine neuen Befeſtigungen angelegt werden ſollten. Er

[1]) Palmquiſt, am 4. Juni. Er ſagt: La France pourra faire cette démarche, puisque apparemment le Roy Jacques l'en pressera alors luy-mesme, et tesmoignera ne vouloir pas que son seul interest empesche le restablissement de la tranquillité de l'Europe.

Digitized by Google

trieb durch die erste dieser zwei Bedingungen den Kaiser dahin, abermals, wie im Jahre zuvor, bei den Verhandlungen mit Wilhelm III. über Straßburg, aufzutreten zu Gunsten des Protestantismus in Straßburg, weil gemäß dem westfälischen Frieden dem Rathe der Reichsstadt Straßburg das kirchliche Hoheitsrecht zustand [1]). Callieres ließ die Möglichkeit durchblicken, daß auch noch von diesen Bedingungen sein König abstehen könne. So am 17. August [2]).

Der Weg zum Frieden schien sich zu ebenen. Das Bedürfnis und der Wunsch waren allseitig vorhanden, namentlich auch in Wien. Am 18. August schrieb Kinsky an Auersperg: „Ich glaube, das Interesse unserer Allianz erfordert, daß man mit Nachdruck und mehr Thätigkeit als bisher die Friedensgedanken zu verwirklichen trachte" [3]).

Demnach hatte der Graf Kinsky keine Ahnung, daß gerade er im Haag als Widersacher des Friedens betrachtet werden könne. Und doch deuten darauf einige Aeußerungen des Königs Wilhelm. Noch bevor jene Worte an Auersperg gelangt waren, sagte der König in einer Audienz vom 20. August dem Gesandten Auersperg: „Ich beauftrage Sie, ganz besonders dem Grafen Kinsky die Nothwendigkeit vorzustellen, daß wir zum Abschlusse der Präliminarien gelangen". Bevor er den Gesandten entließ, wiederholte er dies nochmals mit den Worten: „Ich bitte Sie, dem Grafen Kinsky recht nachdrücklich darüber zu schreiben, damit ich so schnell wie möglich eine Antwort erhalte. Denn ich würde sehr in Verlegenheit sein, wenn ich ohne dieselbe nach England abreisen würde, und wir müssen nothwendig zu einem Congresse kommen". Der Gesandte barg sein Erstaunen nicht. Der König bemerkte es. Er setzte hinzu: „Es thut mir leid genug, daß es so ist; aber die Nothwendigkeit kennt kein Gesetz".

Es sind demnach, wie wir gesehen, vier wesentliche Motive, welche für dies Drängen des Königs in ihm zusammen wirken. Zuerst

---

[1]) Kaiserliches Rescript an die Gesandten im Haag, vom 12. September: Wegen der Religion habt Ihr zu verstehen zu geben, daß wir hierin dem instrumento pacis Westphalicae nichts innoviren können, wohl aber, wenn es England und Holland so gut finden, diesen Punct bis auf den Congreß aussetzen wollen.

[2]) Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 22. August.

[3]) Je crois que l'interest de notre alliance demande qu'en effet on s'applique sérieusement *ad cogitationes pacis*, et qu'on y travaille avec plus d'activité qu'on n'a fait jusques icy.

Digitized by Google

die lauten Friedenswünsche in Holland. Dann seine Meinung, in Folge jenes Berichtes von Shrewsbury, über den Zustand der Dinge in England. Ferner seine allzu hoch gespannte Meinung von dem Können und Wollen Ludwigs XIV. Endlich sein Mistrauen gegen Wien.

Wir erinnern uns, daß bereits im Juli bei dem Könige Wilhelm III. eine Nachricht eingelaufen war, welche in ihm und Heinsius sehr starke und eben so ungerechtfertigte Aeußerungen wider die kaiserlichen Räthe hervorrief. Bis dahin lag den holländischen Ministern, obwohl man in Wien sich auf das Anbringen des Couvonges durchaus nicht eingelassen, der Name dieses Mannes gegenüber den kaiserlichen Gesandten leicht auf der Zunge. Von dem Abfalle des Herzogs von Savoyen an trat die Neutralität für Italien an die Stelle. Die Entscheidung über diese Angelegenheit lag in Madrid. Denn der König Carl II. von Spanien war in seinem Herzogthume Mailand zunächst betheiligt, und es war vorauszusehen, daß, wenn er, um dasselbe vor dem gemeinsamen Angriff der savoyischen und französischen Waffen zu retten, in die Neutralität für Italien willigte, der Kaiser allein, welchem kein Fußbreit Landes in Italien gehörte, wider den Willen Spaniens den Krieg dort nicht fortsetzen konnte. Indem aber diese Eventualität näher herantrat, sehen wir die Holländer bemüht, die Entscheidung, zu welcher der Kaiser gedrängt werden konnte, ihm als vorbedachte Absicht unterzulegen. Dies entsprach jenem ersten Berichte, welcher dem Könige Wilhelm III. und dem Rathspensionär bereits im Juli jene schroffen Aeußerungen entlockt hatte. Im Sinne derselben redete namentlich Dykvelt zu dem kaiserlichen Gesandten im Haag. „Wenn die Neutralität für Italien, sagte er, erfolgen und demgemäß uns hier der Krieg abermals um so schwerer fallen sollte: so stehe ich für nichts. Vielmehr wird man dann hier unvermeidlich auf den Gedanken kommen, daß man stehe gegenüber einem Complot von Katholiken, angestiftet von dem Papste, zum Hasse wider die Akatholiken". Die kaiserlichen Gesandten erwiederten: „Nachdem die englisch-holländische Vermittelung bei der Pforte fruchtlos geblieben: so thut der Kaiser was er vermag, um den Erbfeind der Christenheit durch die Waffen zum Frieden zu bringen. Nicht minder bietet er wie bisher seine Kräfte auf wider Frankreich. Sollte er die Neutralität in Italien

Digitized by Google

annehmen müssen: so ist darum nicht alles verloren; denn wir haben ja den Krieg geführt auch vor dem Beitritte von Savoyen" [1]).

Der Urheber jenes ersten unwahren Berichtes über die Absicht des Kaisers in Italien wird nicht genannt. Allein es kam ein zweiter dieser Art.

Am 27. August trat der Secretär Blathwayt im Auftrage des Königs zu dem Grafen Auersperg. Lord Lexington in Wien, sagte er, habe in einem Schreiben vom 15. August dem Könige berichtet, daß der Graf Mannsfeld in Turin vom Kaiser den Auftrag habe, nicht bloß einzuwilligen in die Neutralität für Italien, sondern einen Sonder-Frieden des Kaisers mit Frankreich zu verhandeln. Blathwayt fügte hinzu: es sei nicht auszusprechen, wie den König das überrascht habe. Die englische Nation werde das im Gedächtnisse behalten [2]). Er redete weiter in diesem Sinne.

Der Auftrag Blathwayts lautete demnach nicht auf eine Frage, eine Erkundigung nach dem Sachverhalte, sondern auf Vorwürfe. Wilhelm III. hielt die Meldung von Lexington für begründet. Demnach ist kaum anzunehmen, daß die Verneinung von Seiten Auerspergs einen Eindruck gemacht habe.

Die von Lexington gemeldete Nachricht über die Entschlüsse des Kaisers in Betreff Italiens ermangelten jeder Begründung. Der nach Turin entsendete Graf Mannsfeld hatte nicht den Auftrag in die Neutralität für Italien zu willigen, sondern den Herzog Victor Amadeus für die große Allianz zurück zu gewinnen [3]). Die Bemühungen Mannsfelds schlugen fehl. Victor Amadeus beharrte bei Frankreich. Man traf das Abkommen, den Stillstand bis zum 1. September zu verlängern.

Der Fortgang der Dinge wird weiter darthun, daß die Meldung von Lord Lexington den Thatsachen nicht entsprach.

Auf welche Weise dieser Gesandte in jenen Irrthum verstrickt sein mag, ist, namentlich da wir die Kenntnis seines Berichtes nur

---

[1]) Collectiv-Bericht vom 6. August.

[2]) Bericht des Grafen Auersperg vom 27. August. In dem gedruckten Werke, Lexington Papers, findet sich dieser Bericht Lexingtons nicht.

[3]) Mémoires de Tessé t. I, p. 73: L'Empereur fit au duc les propositions les plus éblouissantes pour le rattacher à sa cause; mais ce fut en vain.

Digitized by Google

aus den Worten von Blathwayt haben, nicht mit Sicherheit zu ermitteln. Seine anderen zahlreichen Berichte [1]) über den Wiener Hof legen nicht Zeugnis ab für eine besonders scharfe Unterscheidungsgabe.

In Betreff des ganzen durch Lexington an Wilhelm III. und Heinsius übermittelten Irrthumes dürfte es sich ähnlich verhalten, wie einst in der Zeit von 1686 bis 1688 mit dem Gerüchte, daß Jacob II. und Ludwig XIV. im geheimen Offensiv-Bündnisse gegen Holland ständen. Die Thatsache war nicht richtig; aber die Neigung zum Glauben an die Richtigkeit, gefördert durch die Kunstgriffe der französischen Politik, wuchs empor. Diese Kunstgriffe, gemäß dem alten Worte: saepe etiam rumoribus bellum geritur, scheinen bei Wilhelm III. im Jahre 1696 abermals mit Glück angewendet worden zu sein.

Auf jenes Zurückweichen von Callieres in Betreff Straßburgs im Laufe des Monates August hatten Heinsius und Dykvelt, im Auftrage des Königs, bereits am 22. August die kaiserlichen Gesandten berufen und ihnen eröffnet, daß nach diesen Concessionen Frankreichs man zum Congresse schreiten müsse. Zu Ende August eröffnete Callieres, daß sein König auch noch jene beiden Bedingungen in Betreff der Religion und der Festungswerke von Straßburg fallen lasse.

Und damit glaubten Wilhelm III., Heinsius und Dykvelt eine sichere Grundlage zu haben. Die letzteren beiden luden am 2. September die drei kaiserlichen Gesandten Kaunitz, Auersperg, Stratemann, und den Spanier Don Quiros zusammen. Sie theilten mit, daß Frankreich die Basis der beiden Friedensschlüsse von Münster und Nymegen annehmen, daß es Straßburg, die Reunionen der Kammern von Metz und Besançon zurückgeben wolle, daß darum nun die Zeit gekommen sei, einen Ort zum Friedens-Congresse zu bestimmen, die Gesandten zu ernennen, die Vermittelung Schwedens auf demselben anzunehmen und dann das Weitere festzustellen. Die Gesandten sträubten sich. Sie verlangten eine bestimmtere Erklärung; denn auch bei den Reunionen habe Frankreich jene Friedensschlüsse zum Vorwande genommen, und es weigere nun die Rückgabe derjenigen von Breisach. Dahin gehörten namentlich die zehn Waldstädte im Elsaß.

[1]) Lexington Papers, passim.

Digitized by Google

Sie verlangten eine Zusicherung in Betreff Lothringens. Sie hoben hervor, daß Frankreich abermals nur darauf ausgehe, die Allianz zu zertrennen. Ein Beispiel liege vor an Savoyen. Callieres habe zu Anfang versprochen, daß Frankreich einen allgemeinen Frieden wolle. Und dennoch habe es während der Zeit dieser Beredungen den Herzog Victor Amadeus von der Allianz abgetrennt. Sie wiesen darauf hin, wie seinerseits der Kaiser bei dem Versuche durch Schweden gehandelt, wie er als Präliminar-Bedingung vor jegliche andere Verhandlung gestellt die Anerkennung Wilhelms III. Aehnlich und stärker noch redete Don Quiros [1]).

Die Worte begegneten einem fertigen Entschlusse und darum prallten sie ab. Die Holländer erwiederten: die vereinbarte Basis genüge. Alles Weitere gehöre auf den Congreß. Sie verlangten, daß die Gesandten dies nach Wien berichteten, damit der Kaiser seine Zustimmung einsende und einen Ort zum Congresse benenne. Sie meldeten ihre Absicht an, auch den geringeren Mächten der Allianz die Sache mitzutheilen, zunächst aber sie in der Versammlung der Generalstaaten offiziell vorzubringen.

In der Erörterung mit den kaiserlichen Gesandten ließ der Rathspensionär die Worte fallen: aus geheimen Nachrichten wisse er mit Sicherheit, daß der Graf Mannsfeld in Turin die kaiserliche Vollmacht habe mit dem Marschall Catinat zu verhandeln und zu schließen. Da der König Wilhelm die Meldung Lexingtons bei dem Grafen Auersperg bereits geltend gemacht hatte: so ist anzunehmen, daß diese falsche Nachricht noch auf einem anderen Wege nach dem Haag gelangt war. Die Wirksamkeit derselben tritt uns noch klarer entgegen aus den Aeußerungen der Unbetheiligten. Der Schwede Lilienroth sagte zu Auersperg: „Das Gerücht über die Vollmacht für den Grafen Mannsfeld in Turin hat hier einen solchen Eindruck gemacht, daß man keine Zeit verlieren will, um so bald wie möglich zu einem Congresse zu kommen" [2]).

Das eigentlich treibende Motiv Wilhelms III. und der Holländer war demnach nicht das positive, ihre Zufriedenheit mit den französischen

---

[1]) Die Collectiv-Berichte vom 22. August und 4. September.

[2]) Auerspergs Bericht vom 7. September.

Digitized by Google

Vorschlägen, sondern das negative, ihr Mistrauen gegen den Kaiser, welches sich gründete auf irrige Berichte.

Die Reden von Heinsius und Dykvelt aber lauteten so bestimmt, daß sich namentlich der Graf Kaunitz keiner Täuschung darüber hingab. Er begleitete den Collectiv-Bericht nach Wien mit einer besonderen Darlegung. „Der König und die Holländer, sagt er darin, sind entschlossen. Sie würden vorgehen auch ohne uns und Spanien." Er faßt das Ganze zusammen in den Rath: der Kaiser möge das geringere Uebel erwählen.

Mit dieser Conferenz vom 2. September 1696 beginnt die innere Zersetzung der großen Allianz.

In derselben hatten Heinsius und Dykvelt erklärt, daß sie die Sache an die Generalstaaten bringen würden. Mit anderen Worten, es war ihre Absicht, auch ohne die Zustimmung von Wien her, eine vollendete Thatsache zu schaffen. Sie erfolgte am nächsten Tage, dem 3. September. Nachdem Dykvelt über die französischen Vorschläge vom 21. August Bericht erstattet, beschloß die Versammlung auf Grund derselben die schwedische Vermittelung anzunehmen, dies dem Kaiser kund zu thun, und ihn durch den Gesandten Heemskerk zu ersuchen, wie der König ihn durch Lord Lexington ersuchen lassen würde, seinerseits sich in gleichem Sinne zu entscheiden und seinen Botschaftern Vollmacht zu geben [1]).

Die Holländer mochten meinen, dadurch einen erheblichen Schritt vorwärts gethan, namentlich dem Kaiser den Weg für die angebliche Absicht des Sonderfriedens versperrt zu haben: in der Wirklichkeit hatten sie gehandelt gemäß den Wünschen des Königs von Frankreich. Ludwig XIV., der aus vielfältiger Erfahrung, namentlich noch nach der letzten vom März desselben Jahres, genau wußte, daß jeder Versuch den Kaiser zu einem Sonderfrieden zu bewegen, an dem Rechtssinne und der Bundestreue Leopolds scheitern würde, trachtete nicht mehr ihn von den Seemächten zu lösen, sondern die Seemächte von ihm.

Jener Verdacht der Holländer schien dann, da er eine neue Nahrung nicht erhielt, in den nächsten Tagen zu schwinden. Am

[1]) Die Resolution ist abgedruckt in den Actes de la paix de Ryswyck t. I, p. 229 et sniv.

Digitized by Google

14. September meldet der Graf Auersperg: „Man hat hier den Verdacht wegen der Instruction des Grafen Mannsfeld fallen lassen". Allein wenige Tage später zweifelt er selber wieder, ob diese seine Ansicht richtig sei. In jedem Falle war die Frucht da: der Beschluß der Generalstaaten vom 3. September. Auch wird die Folgezeit uns Belege bringen, daß die Disposition der Gemüther zum Mistrauen, namentlich bei dem Könige Wilhelm III. selbst, auch durch die Evidenz des Irrthumes in dem einen Falle, für andere Fälle verwandter Art nicht aufgehoben war. Diese Neigung zum Mistrauen entsprang, wie die Thatsachen ergeben, aus dem Bewußtsein, auf das Vertrauen des Kaisers selber nicht einen voll begründeten Anspruch zu haben.

Wir dürfen nicht unterlassen hier abermals hervorzuheben, daß nur der König Wilhelm und die Holländer handeln. Von englischer Seite war lediglich der Gesandte Lexington in Wien betheiligt, der jedoch, wie wir vernommen, seine Berichte an Heinsius einzusenden hatte. Andere Engländer erhielten keine Kunde. Wir haben bemerkt, daß die Versuche Shrewsburys beim Könige keinen Erfolg hatten. Er machte sie in anderer Richtung. Er klopfte bei Lord Villiers an, der sich als künftiger Friedens-Bevollmächtigter im Haag befand. „Wenn in Betreff des Friedens, schreibt am 28. Juli der englische Staats-Secretär, etwas zu Ihrer Kunde kommt, das sich zur Mittheilung eignet, so bekenne ich mich als sehr neugierig." — „Wüßte ich etwas Sicheres von den Bedingungen des Friedens, antwortet Villiers, so würde ich Ew. Gnaden daraus kein Geheimnis machen." Dann meldet er, was er vom Hören-Sagen vernommen. So am 31. Juli/10. August. Der Staats-Secretär sagt ihm warmen Dank für die Bemühungen. „Denn, fügt er hinzu, ich bin unwissender als Sie glauben können." Villiers macht dann weitere Mittheilungen vom Hören-Sagen, jedoch mit der ausdrücklichen Bitte, daß der Staats-Secretär nicht auch zu Anderen darüber rede. Erst der Beschluß der Generalstaaten vom 3. September gibt ihm einen sicheren Boden für seine Nachrichten[1]).

Die Eigenthümlichkeit dieser Stellung eines englischen Staats-Secretärs, dessen Geschäftskreis die auswärtigen Angelegenheiten betraf,

[1]) Coxe's Shrewsbury Correspondence p. 321.

Digitized by Google

liegt zu Tage. Sie konnte in ihm die Neigung zum Verbleiben in derselben nicht nähren. Dies ist, wie wir später sehen werden, nicht unwichtig für das gesammte Verhalten Shrewsburys.

Man dürfte nicht sagen, daß, weil englische Staatsmänner zu diesen Verhandlungen über den Frieden nicht herangezogen wurden, darum Wilhelm III. und die Holländer auf England keine Rücksicht genommen hätten. Der Bericht Shrewsburys vom 13./23. Juli wirkte nach, und die Gedanken desselben dienten den Holländern zum Druckmittel auf die Kaiserlichen. Man müsse vor dem Ausgange dieses Feldzuges wissen, sagte Dykvelt zu ihnen, ob man vor dem künftigen auf den Frieden zu hoffen habe oder nicht. „Das Parlament von England, fügte er hinzu, ist ein böses Thier, mit welchem der König behutsam umgehen muß, und es entspricht nicht seinem Dienste es zu versammeln, ohne vorher des Entschlusses über Krieg oder Frieden sicher zu sein" [1]). Wenn der Kaiser sich entschließen könne dem Wunsche der Holländer zu willfahren: so rathen ihm die Gesandten, zugleich den Haag als Congreß-Ort zu benennen, ohne einen weiteren Vorschlag abzuwarten.

Unterdessen lag in Wien der wichtige Bericht über die Schritte der Holländer vom 2. und 3. September vor. Während für das Vorgehen Wilhelms III. und der Holländer in diesen zwei Tagen der Argwohn gegen Wien, der wesentlich sich gründete auf die grundlosen Berichte Lexingtons, erheblich mitgewirkt, läßt sich aus den Protokollen der Berathungen in Wien nicht ersehen, daß dort diesem Verdachte eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Der Kaiser würdigte ihn keiner Antwort. Dagegen wurden in seinem Rathe wider das rasche Vorgehen der Holländer dieselben Einwürfe und Bedenken erhoben, welche die Gesandten im Haag geltend gemacht.

Von französischer Seite dagegen bemühete man sich öffentlich, einen anderen Vorwurf auf die Politik des Kaisers zu bringen, sehr verschieden von dem damaligen Argwohne der Holländer. Der Kaiser, hieß es, suche den Krieg in die Länge zu ziehen bis zum Eintreten des spanischen Successionsfalles durch den Tod Carls II. Jener Argwohn der Holländer, obwohl unverkennbar für die Entwickelung der Dinge

[1]) Collectiv-Bericht vom 18. September.

Digitized by Google

im September 1696 ein wichtiger Factor, zerfiel nach kurzer Zeit in sich selber. Jener andere von Frankreich hergebrachte Vorwurf hat gehaftet, und wird um einige Monate später als nicht mehr bloß französisches Eigenthum uns vor Augen treten. Irgend welcher sachlicher Anhaltspunkt für diese ursprünglich französische Behauptung ist nicht erbracht. Entscheidend gegen dieselbe bei dem damaligen Stande der Dinge ist die Thatsache, daß die Protokolle der Berathungen in Wien über die Friedensfrage, im September 1696, der Angelegenheit der spanischen Succession auch nicht mit Einem Worte gedenken [1]). Wir werden später ersehen, daß und warum diese Angelegenheit in Wien für eine Reihe von Jahren gar nicht berührt worden war, und erst nach dem September 1696 lebhaft angeregt wurde.

Nicht ein besonderes eigenes Interesse hielt den Kaiser zurück, dem Andringen der Holländer zu willfahren. Er stellte im Haag keinen Anspruch für sich selber. Er erhob dort Forderungen für die zahlreichen Schwächeren, deren Existenz oder Nicht-Existenz allerdings das Interesse von Holland nicht berührte, die daher, geschädigt von dem übergewaltigen Könige von Frankreich, und in Furcht und Schrecken vor ihm, keinen anderen Schutz und keine andere Zuflucht hatten als diejenige des römischen Kaisers. Für diese trat Leopold ein.

Er und seine Räthe hielten fest an ihrer früheren Ansicht, daß der eigentliche Friedensvertrag dem Wesen nach festgestellt sein müsse vor dem Congresse, daß dieser dem Vertrage nur noch die Form zu geben habe, daß dagegen Frankreich jeden nicht vorher klar und fest bestimmten Punct auf dem Congresse ausnutzen würde, um einen Keil zwischen die Verbündeten einzutreiben und sie zu trennen.

Dazu trat noch ein anderer Beweggrund. Es liegt nach dem Gange der Dinge vor Augen, daß die Holländer den Frieden machten. Es fielen in den Berathungen der kaiserlichen Minister die Worte: „Sollen wir zugeben, daß Dykvelt und Boreel über das Schicksal von Europa entscheiden?"

Das Ergebnis der Berathungen in Wien war die Forderung, daß die Basis des Friedensprojectes bestimmter gefaßt, daß namentlich auch Lothringen und die Reunionen der Kammer von Breisach

[1]) Die Conferenz-Protokolle vom 12. und 30. September.

Digitized by Google

zurückgegeben würden. Als Congreß-Ort schlug der Kaiser die Stadt Aachen vor. So am 12. September in Wien. Wir werden die Wirkung dieser Antwort auf Wilhelm III. später vernehmen.

Inzwischen gestalteten sich die Dinge für den Standpunct des Kaisers weniger günstig. Die Bemühungen des Grafen Mannsfeld in Turin den Herzog Victor Amadeus zurückzugewinnen, hatten keinen Erfolg. Das Halbdunkel, in welches die neuen Bundesgenossen, Ludwig XIV. und der Herzog, bis in den September hinein den Stand der Dinge gehüllt, klärte sich. Am 10. September verkündeten sie beiderseitig den geschlossenen Frieden. Am folgenden Tage ließ Ludwig XIV. das Tedeum singen. Das Schreiben, durch welches er dem Erzbischofe von Paris dies anbefahl, beginnt mit den Worten: „Da ich in diesem Kriege, den ich allein seit neun Jahren gegen das verschworene Europa aufrecht halte, keine andere Absicht habe als die Religion zu vertheidigen und die Majestät der Könige zu rächen: so hat Gott seine Sache beschützt: er hat meine Plane geleitet, meine Unternehmungen geführt". In dieser Weise geht es fort, als ob Frankreich nur Erfolge gehabt habe. Die Redeweise mochte richtig berechnet sein auf die französische Nation: die Gegner wiesen darauf hin, daß der Krieg begonnen habe mit den Schritten dieses Königs wider den Papst Innocenz XI., also wider die Freiheit der Kirche, und daß Jacob II. all sein Unheil nur den verderblichen Rathschlägen des Königs von Frankreich verdanke. Sie hielten die Frage entgegen, ob der Plan des Attentates vom Februar 1696 vereinbar sei mit der Religion und der Majestät der Könige [1]).

Immerhin aber konnte damals Ludwig XIV. nach seiner Weise singen lassen; denn der Erfolg in Italien sprach für ihn. Er hatte nicht bloß Savoyen gewonnen. Er hielt allen Mächten in Italien, namentlich dem Papste und der Republik Venedig, die lockende Aussicht vor Augen auf die Sicherheit vor aller Kriegesgefahr, wenn sie einstimmten in den Ruf der Neutralität Italiens. Das einzige Mittel

[1]) Die schon mehrmals berührte lesenswerthe Schrift: Memorie of beknopt Verhaal van alle de Intrignes enz., abgedruckt bei Sylvius t. IV, b. 42, p. 125 enz.

Digitized by Google

dieſe zu erreichen, ſei die Entfernung aller deutſchen Truppen. Darauf hin ſeien alle Anſtrengungen zu richten. Die Vorſtellungen gewannen Eingang. Es war der Auftrag und die Abſicht des Spaniers Leganez, des Grafen Mannsfeld, des Prinzen Eugen und der verbündeten Mächte, den Krieg dort fortzuſetzen auch gegen die Allianz von Frankreich und Savoyen. Bereits in der Mitte September überwog in Turin die Anſicht, daß Leganez nachgeben werde und demgemäß auch Mannsfeld nachgeben müſſe [1]).

Das entſprach der Wahrheit. Der ſpaniſche Statthalter Leganez und der Graf Mannsfeld erſtatteten am 30. Auguſt dem Kaiſer ihren Bericht, daß die Streitkräfte der Verbündeten nicht ausreichten zum Schutze von Mailand wider die vereinigten Waffen von Savoyen und Frankreich. Auf dieſen Bericht zeichnete der Kaiſer am 11. September für Beide die Vollmacht, einzuwilligen in die Neutralität für Italien. Eben dieſe Vollmacht aber wiederholt ausdrücklich: ſie werde gegeben unter der Bedingung, daß nach der Ueberzeugung von Leganez für die Erhaltung von Mailand kein anderes Mittel übrig bleibe [2]).

Am folgenden Tage, dem 12. September, zeichnete der Kaiſer jene Antwort nach dem Haag, auf den Beſchluß der Generalſtaaten vom 3. September. Sie erregte bei Heinſius und Dykvelt große Beſtürzung. Die Generalſtaaten ſeien bereits vorgegangen, ſagten ſie. Sie könnten nicht zurück, auch wenn ſie wollten [3]). Die Erörterungen mit den kaiſerlichen Geſandten im Haag wurden täglich ſchärfer; nicht minder diejenigen in Wien zwiſchen dem Grafen Kinsky und den Geſandten Lexington und Heemskerk, zumal da zwiſchen Kinsky und Lexington noch eine wohl erkennbare gegenſeitige perſönliche Abneigung hinzutrat [4]).

---

[1]) Palmquiſt aus Paris, 24. September.

[2]) Si vobis visum fuerit nullum praeter supradictam particularem neutralitatem statum Mediolanensem ducatumque Montisferratensem liberandi et conservandi superesse remedium etc.

[3]) Collectiv-Bericht vom 24. September.

[4]) Die Briefe verſchiedener Engländer an Lexington in den Lexington Papers ſpielen auf ſeine Abneigung gegen Kinsky an. Ueber diejenige des letzteren gegen Lexington laſſen einige Privatbriefe an Consbruch, die den Acten beiliegen, keinen Zweifel.

Digitized by Google

Der Kaiser ließ noch einen Versuch bei dem Könige Wilhelm machen. Dieser hatte sich bereits aus dem Feldzuge nach Loo begeben. Dort trat am 26. September der Graf Auersperg vor ihn. Er hob die Erfahrung hervor, daß man der Krone Frankreich gegenüber nicht vorsichtig genug sein könne, daß darum der Kaiser eine genauere Feststellung verlange, die ein späteres Ausweichen oder Zurückziehen nicht mehr gestatte, und daß, sobald diese erfolge, er bereit sein werde zu einem Congresse [1]).

Der König erwiederte: „Ich danke für diese Mittheilung, muß Ihnen aber zugleich auch mein Erstaunen darüber aussprechen. Melden Sie dem Kaiser, daß ich nicht begreife, warum er in einer so ausweichenden Weise antworten läßt, die den Frieden mehr hindert als befördert, nachdem ich doch sowohl durch die kaiserlichen Gesandten von hier aus, als durch die meinigen in Wien, die unumgängliche Nothwendigkeit eines baldigen Congresses habe vorstellen lassen. Denn man wird nicht erwarten dürfen, daß Frankreich sich vorher bestimmter erkläre. Vielmehr kann ich weder in England noch in Holland es verantworten, daß wir, nachdem Frankreich so weit gegangen wie es gethan, noch Schwierigkeiten machen zu einem Congresse zu gehen".

„Was zunächst die Herstellung des westfälischen Friedens betrifft, so wird, da Frankreich sich darüber jetzt nicht weiter aussprechen will, die Erörterung in dem Congresse statt finden müssen. In Betreff des Hauses Lothringen habe ich Ihnen schon oft versichert, daß Niemand in der Welt das Interesse desselben mehr zu Herzen nimmt als ich, und es ist mir daher sehr schmerzlich, daß diesen meinen Worten so wenig geglaubt und getraut wird."

„Ich kann also dem Kaiser nicht verhalten, und muß ihn nochmals inständig bitten, daß er die Umsicht und Ueberlegung, durch welche er berühmt ist vor aller Welt, auch in dieser Sache walten lasse. Wenn er sich weigert auf die Präliminar-Versprechungen von Frankreich zu einem Congresse zu kommen: so macht er mich untauglich der gemeinsamen Sache noch ferner zu dienen. Ich kann England auf keine andere Weise bewegen sich in Rüstung zu halten,

[1]) Ausführlicher Bericht des Grafen Auersperg vom 28. September. Auch für das Folgende.

Digitized by Google

als indem ich durch die That zeige, daß ich den Frieden will, daß ich thue was ich vermag, um zu einer wirklichen Unterhandlung zu gelangen, und daß demnach das etwaige Mislingen nicht liegt an mir. In diesem Falle versichere ich Ihnen, daß das demnächstige Parlament kein Bedenken tragen wird für die Verträge einzutreten, und daß, wenn Frankreich gemäß seiner bekannten Chicane wider das einmal Festgestellte einen Einspruch erhebt, England bereitwillig den Krieg fortsetzen wird. Nur das Eine ist nöthig, daß der Fehler ganz auf Frankreich fällt. Denn obwohl ich das Präliminar-Begehren des Kaisers ganz billig finde: so kennen Sie ja doch selbst England zur Genüge, um zu wissen, daß, wenn ich auf dasselbe einginge, die Mehrheit dort nicht Frankreich, sondern mir die Schuld der Entfernung des Friedens beimessen würde."

„Ich versichere Ihnen also ganz offenherzig und ohne Scheu, daß ich mich alle meine Lebtage noch nicht in einer so großen Verlegenheit befunden, als in welche mich diese Antwort des Kaisers versetzt. Ich verlange, daß Sie sofort durch einen eigenen Courier dem Kaiser dies berichten, und ihn bitten, daß er seine Minister bevollmächtige, damit wir wegen eines Ortes uns vergleichen. Mir zwar ist Aachen ganz recht; allein ich glaube nicht, daß Frankreich sich darauf einläßt. Ich bitte daher, daß der Kaiser nicht eine Stadt in Deutschland benenne, sondern etwa eine in Holland. Es kommt nämlich dazu, daß Frankreich meinen Botschaftern keinen Paß ertheilen wird. Demnach muß ein Ort benannt werden, für welchen ein solcher Paß nicht erforderlich."

„Ich füge noch hinzu, fuhr der König fort, daß ich, wenn diese verzögernde Antwort nicht gekommen wäre, bereits in wenigen Tagen nach England aufbrechen würde. Denn meine Anwesenheit dort ist dringend nothwendig. Bei der jetzigen Ungewisheit jedoch darf ich nicht fort. Ich bitte daher, der Kaiser wolle die Güte haben, durch eben diesen Courier schleunigst eine Antwort zu geben. Im anderen Falle muß ich auch wider meinen Willen zu anderen Maßregeln greifen. Denn, da der Kaiser mit dem Türkenkriege beladen, so tragen ja doch England und Holland allein die Last des französischen Krieges."

„Sie haben also sogleich nach dem Haag zurückzukehren und in meinem Namen dort den Grafen Kaunitz anzusprechen, daß er auch

Digitized by Google

seines Ortes alles dafür thue. Zugleich werde ich dem Rathspensionär befehlen, in derselben Weise zu handeln."

Auersperg erwiederte: er hoffe, der König werde wenigstens mit Callieres im Sinne des Kaisers reden lassen. „Auf keine Weise, versetzte der König. Ich weiß zuvor, daß Frankreich ablehnen wird, und dadurch würde die Sache nur ärger." — „Ich habe dagegen eine andere Frage, fuhr er fort: haben Sie mir über Italien nichts zu sagen?" — Auersperg verneinte. „So kann ich Ihnen denn mein Befremden nicht verhehlen, fuhr der König fort, daß ich von allen Seiten vernehmen muß: der Kaiser wolle die Neutralität für Italien annehmen. Und doch theilt man mir darüber nichts mit, obwohl ich so erheblich für den Krieg dort beigetragen, obwohl auch die Krone Spanien sich in der Sache auf mich compromittirt. Wenn die Nothwendigkeit dort so zwingend ist, so hätte man doch, nach meinen Erbietungen, wenigstens meine Meinung darüber einholen sollen. Ist die Neutralität dort wirklich eingegangen, so muß der Friede quovis modo [1]) sogleich geschlossen werden. Denn alle französische Truppen von dort werden dann auf die Niederlande fallen, und in diesem Falle ist ein Widerstand unmöglich." Auersperg versetzte: er hoffe, der König werde keine weiteren Entschlüsse fassen, bis die Gründe des Kaisers vorlägen.

Der König entließ den Gesandten. Dann jedoch schickte er ihm den Grafen Portland nach. Dieser wiederholte nochmals alles was der König gesagt. Alsdann fuhr er wie aus sich mildernd fort: der Kaiser scheine zu glauben, daß der König die alleinige Leitung der Friedenssache an sich ziehen wolle. Dies sei nicht seine Absicht. Er verlange sie nicht weiter als sie ihm gebühre, und trachte nur danach, daß alles wohl von statten gehe. Wenn man nur ein wenig mehr Vertrauen und Glauben in den König setzen wolle, so werde alles wohl ausschlagen. — Auersperg entgegnete: zu einem Zweifel an dem Vertrauen des Kaisers auf den König liege kein Grund vor. Allein bei so wichtigen Ereignissen, wie sie vielleicht im Jahrhunderte nur einmal vorkommen, sei die Vorsicht eines Jeden höchste Pflicht. Die Erfahrung werde zeigen, daß der Kaiser es an nichts ermangeln lasse,

[1]) So die eigenen Worte des Königs, setzt Auersperg ausdrücklich hinzu.

Digitized by Google

seine Einigkeit und vertraute Freundschaft mit dem Könige vor Europa darzuthun. Portland berichtete dann aus seiner persönlichen Erfahrung über seine letzte Anwesenheit in England. Er habe von vielen Mitgliedern aus beiden Häusern des Parlamentes übereinstimmend die Meinung vernommen, daß, wenn der König nur einen Friedens-Congreß in Aussicht stellen könne, alles Andere sich fügen und schicken werde.

So die Worte. Und dennoch dürfte die Thatsache des Mistrauens, und zwar nicht bloß auf der einen Seite, nicht in Zweifel gezogen werden.

In denselben Tagen drängten Lexington und Heemskerk in Wien. Die Berathungen ergaben, daß die kaiserlichen Räthe schrittweise wichen. So am 29. und 30. September. Den Ausschlag indessen gab der Courier Auerspergs. Der Kaiser willigte ein, auf Grund der Resolution der Generalstaaten vom 3. September einen Friedens-Congreß zu beschicken und die schwedische Vermittelung auf demselben anzunehmen. Die Gesandten im Haag hatten jedoch nachdrücklich zu erklären, daß, ohne die Herstellung des Herzogs von Lothringen, der Kaiser in einen Friedensschluß sich nicht einlassen werde [1]).

In Betreff der Wahl des Congreß-Ortes in Holland wandte der Kaiser ein, daß wegen des Verkehres mit den Reichsfürsten er nicht der entfernteste sein dürfe. Er wolle willigen in die Stadt Mastricht, nur nicht in den Haag oder Utrecht. Er nannte Basel. Wir erkennen den abermaligen Versuch, die Sache nicht ganz in die Hände der Holländer kommen zu lassen.

Es war die Frage, ob auch nur so viel zu erhalten war. Wilhelm III. und die Holländer hatten durch das Vorgehen vom 3. September, durch den Beschluß der Generalstaaten von diesem Tage, die Bahn der Schaffung vollendeter Thatsachen betreten. Das Mittel war gelungen. Es konnte wieder gelingen.

Mit jener Antwort, in den ersten Tagen des October, that zugleich der Kaiser kund, daß er in die Neutralität für Italien habe einwilligen müssen. Es herrschte damals in Holland und England

---

[1]) Kaiserliche Rescripte vom 4. und 9. October, und Collectiv-Bericht der Gesandten vom 23. October.

Digitized by Google

die Neigung, welche später auch in die Geschichtschreibung der letzteren Nation übergegangen ist, die Versäumnisse in der savoyischen Angelegenheit dem Kaiser und Spanien beizumessen. Die Sache kam zunächst an auf Leganez, den spanischen Statthalter von Mailand. Die Schrift, durch welche Leganez dem Gesandten Don Quiros im Haag den Gang der Dinge darlegt, der ihn zu dem Entschlusse der Neutralität gebracht, hat weniger den Charakter einer Entschuldigung seines eigenen Verhaltens, als einer Anklage der Bundesgenossen, also auch des Königs und der Republik. Er meldet, daß man ihn zum Widerstande aufgefordert, zu diesem Zwecke Hülfe versprochen, dies Versprechen aber nicht erfüllt habe. Nach dem Ablaufe des Stillstandes habe die savoyisch-französische Armee, plündernd und brennend, die Grenze des Mailändischen überschritten, und mit überlegener Macht die Belagerung von Valenz begonnen. Er erklärt, daß seine Mittel weder zum Entsatze dieser Stadt, noch zur Vertheidigung der anderen Plätze ausgereicht. Darum habe er das geringere Uebel, die Neutralität Italiens, dem größeren, der Eroberung von Mailand durch Frankreich und Savoyen, vorziehen müssen [1]).

So Leganez. Er erwähnt nicht einen anderen Grund, der noch mehr Gewicht bei ihm hatte. Es war der Beschluß des spanischen Staatsrathes für die Einwilligung.

Bei Leganez als dem spanischen Statthalter für Mailand stand das entscheidende Wort. Von französisch-savoyischer Seite war die hauptsächliche Bedingung die Räumung Italiens von allen Hülfstruppen. Für diese Bedingung konnten sie auf die Zustimmung aller Mächte in Italien rechnen. Indem also Leganez sich entschloß einzuwilligen in jenes kleinere Uebel, die Neutralität Italiens, floß daraus für ihn die Consequenz, den kaiserlichen und den anderen Hülfstruppen die Winterquartiere in Mailand zu versagen. Demnach hatten die Truppen kein Unterkommen mehr, als wenn sie ein solches mit Gewalt erzwangen. In diesem Falle aber war ein Bündnis aller italienischen Mächte mit Savoyen und Frankreich zu befürchten. Es blieb daher nichts übrig als der Rückmarsch. Sogar die Forderung des Grafen Mannsfeld, zuerst die Genehmigung des Kaisers einzuholen, ward

[1]) Actes de la paix de Ryswyck t. I, p. 216 et suiv.

Digitized by Google

abgeschlagen; denn sie bezwecke nur Zeitgewinn. Mannsfeld mußte auch so einwilligen. Der Friedensvertrag von Vigevano ward geschlossen. Die italienischen Mächte waren nicht säumig, die Ausführung durch Geld zu erleichtern [1]).

„Der Kaiser, sagt der Venetianer Pietro Venier, arbeitete dem Abschlusse dieses Sonderfriedens für Italien nach Kräften entgegen. Denn es lag ihm daran, seine Truppen in Mailand zu haben, so wie durch dieselben die italienischen Fürsten in Abhängigkeit zu erhalten [2]).

Es ist ein starker Beweis der damaligen Disposition des Königs Wilhelm III. zum Mistrauen, daß der Kaiser vor ihm sich hat rechtfertigen müssen für das erzwungene Nachgeben in einen Sonderfrieden, der direct dem eigenen Interesse des Kaisers zuwider lief.

Der venetianische Botschafter Venier spricht sich wiederholt in derselben Weise aus. „Der Kaiser, sagt er, mußte sich trotz seiner Abneigung fügen in den auferlegten Zwang dieses Sonderfriedens. Und dies ist das in unseren Zeiten seltene Beispiel, daß der spanische Hof denjenigen von Wien geführt hat" [3]).

Es ist sehr merkwürdig, daß andererseits dazu beigetragen hat der Verdruß Carls II. und seines Hofes über die, wenn auch nur bedingte, Einwilligung des Kaisers vom 20. Juni in die Friedensberedungen zwischen Dykvelt und Callieres. Bis dahin hatte Carl II. die Friedenssache völlig dem Kaiser überlassen. In der Antwort auf jene Mittheilung betheuert Carl II. sein lebhaftes Verlangen mit dem Kaiser in allen Dingen einig zu verbleiben, kündigt aber zugleich an, daß er die Friedenssache fortan wieder in die eigene Hand nehmen werde [4]).

Diesem Thatbestande gemäß ist zu entscheiden, ob der Vorwurf Wilhelms III. zu Auersperg, daß nicht vorher seine Zustimmung eingeholt war, aufrecht erhalten werden konnte. In der That hielt der König den Vorwurf nicht aufrecht. Einige Wochen später und nachdem der Graf Auersperg ihm und Portland wiederholt den Gang der Dinge

---

[1]) Resolutio Caesarea de 5ta Octobris pro Regis M. B. et D. D. Ordinum Foederati Belgii Ablegatis.

[2]) Barozzi e Berchet: Spagna t. II, p. 620.

[3]) A. a. O. p. 615.

[4]) Hispanica. Handschreiben Carls II. an Kaiser Leopold, vom 31. August.

Digitized by Google

dargelegt, äußerte sich der König zu dem Lord Monmouth: die Gründe, welche der kaiserliche Gesandte ihm für die Einwilligung des Kaisers in die Neutralität Italiens vorgebracht, seien überzeugend. Monmouth säumte nicht, diese Worte zu überbringen [1]).

In Betreff eines Punctes der savoyischen Angelegenheit handelten beide Häupter, jedes für sich, in entsprechender Weise. In dem Vertrage von Vigevano hatte Victor Amadeus für sich die Vermittelung des allgemeinen Friedens verlangt. Was er dabei bezweckte, sprach sein Gesandter Govone am 6. September dem Könige Jacob II. unumwunden aus. Wie nämlich Victor Amadeus, im Jahre 1690, um in die große Allianz einzutreten, dem Könige Wilhelm III. seine Huldigung zu Füßen gelegt als dem Helden des Jahrhunderts, der die Ketten Europas zerbrochen, — überhaupt in Ausdrücken, die das Maß in solchen Dingen übersteigen: so sah er es nun, wo er mit Ludwig XIV. im Bunde war, für seine Obliegenheit an, vor dem unglücklichen Jacob in St. Germain sich der Leichtgläubigkeit, der Schwäche, der Verführung durch listige Feinde anzuklagen, und den König Jacob um Verzeihung zu bitten. Der Herzog eignete sich weiter die Redeweise Ludwigs XIV. an. „Gott segnet, sagte er, die Entwürfe dieses Königs, weil sie gerecht." Er schmeichele sich mit der Hoffnung, ließ dann der Herzog Victor Amadeus den Govone fortfahren, daß sein Vertrag mit dem Könige von Frankreich die Zwietracht unter den Verbündeten hervorrufen werde, deren Eintracht ein Riegel sei gegen die Wiederkehr des Königs Jacob in sein Reich, und daß die erste Frucht des allgemeinen Friedens diese Herstellung sein werde [2]). So am 6. September in St. Germain.

Aehnlich nun, wie Victor Amadeus in dem Vertrage von Vigevano die Friedens-Vermittelung für sich verlangt: so ertheilte er auch seinem Gesandten Della Torre im Haag den Auftrag, dem Könige

---

[1]) Bericht von Auersperg an Kinsky, vom 2. November: M. Monmouth, homme d'importance et de poids, m'a dit en suite de mon audience, que le roy luy avoit dit que j'ay été auprès de luy pour donner part de la neutralité en Italie, et que j'avois allégué des raisons convaincantes, pour que notre auguste maître a été obligé d'y consentir.

[2]) Die beiden Reden sind damals öfter zusammen gestellt, so bei Sylvius t. IV, b. 42, p. 132.

Digitized by Google

Wilhelm dieſe Vermittelung anzubieten. Zugleich ſolle Della Torre die noch rückſtändigen Subſidien fordern. Wir ſehen, daß die Dreiſtigkeit eine Intenſität erreichen kann, wo ſie zur Naivetät wird. Della Torre führte den nicht erhebenden Auftrag aus, am 17. September. Ob der König Wilhelm damals bereits eine Kunde hatte von der Rede Govones am 6. in St. Germain, liegt nicht vor. Er erwiederte: „Auf den erſten Punct kann ich nur mit Lachen antworten. Was den zweiten betrifft, ſo will ich zahlen bis auf die Zeit, wo das Einverſtändnis des Herzogs mit Frankreich beginnt“ [1]). Wir wiſſen, daß der Beginn dieſes Einverſtändniſſes zum Nachtheile der Verbündeten fiel in den November 1693. Wilhelm III. hatte aber noch gezahlt im Jahre 1696 ſelbſt. Es iſt demnach kaum anzunehmen, daß er bei jener Antwort an Della Torre ſchon die Kunde jenes früheren Einverſtändniſſes gehabt habe.

So der König Wilhelm. Sehen wir das Verhalten des Kaiſers.

Der Vertrag von Vigevano ward ihm zur Ratification vorgelegt. Es iſt ſehr möglich, daß ſeine Räthe, denen die Rede des Govone in St. Germain, vom 6. September, auch noch unbekannt ſein mochte, den Weg über Turin zum Frieden demjenigen über den Haag oder Amſterdam vorgezogen hätten. Sie befürworteten eine Vermittelung des allgemeinen Friedens durch Victor Amadeus. Der Regel nach pflegte der Kaiſer die ihm gemachten Vorſchläge der Conferenz mit ſeinem Placet zu verſehen. Nicht dies Mal. Er wollte nicht eine Vermittelung des Friedens durch Victor Amadeus. Er durchſtrich mit eigener Hand den Paragraphen. Die Thatſache erſchien bei dem Charakter des Kaiſers als etwas Seltenes, Unerhörtes [2]). Allein ſie war doch eben nur ſelten. Denn wir erinnern uns, daß er im Juni 1673 ſeinen geſammten geheimen Rath in Wien beließ, um in Laxenburg mit Hocher allein ſeine Entſchlüſſe zur Hülfe für Holland zu faſſen.

Der Friede von Vigevano fiel mit ſchwerer Wucht namentlich auf die unglücklichen Waldenſer oder Barbets. Der Satz in dem vorläufigen Vertrage vom 29. Mai zu ihren Ungunſten ward in dem

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 17. September.

[2]) Lexington Papers p. 226.

Digitized by Google

Friedensschlusse schärfer ausgeprägt. Im siebenten Artikel desselben versprach Victor Amadeus ein Edict zu erlassen, wie der König von Frankreich es forderte. Unter den Barbets, die für die Sache des Victor Amadeus gekämpft, befanden sich auch viele französische Hugenotten. Victor Amadeus versprach, von dem Tage des Friedensschlusses an keinen französischen Unterthan in den Luzerner Thälern zu dulden. Und Anderes dieser Art mehr. Sie hatten rüstig gekämpft, für sich und zugleich für ihn. Er hatte nun Frieden gemacht und bedurfte ihrer nicht mehr. Es stand ihnen frei zu gehen.

Der Entschluß des Herzogs Victor Amadeus nun völlig, oder doch wenigstens für längere Zeit zu Ludwig XIV. überzugehen, hatte jedoch auch für ihn und sein Haus eine besondere Consequenz, die ihm nicht von Anfang an klar gewesen sein mag. Wir erinnern uns, daß seine Gemahlin Anna Maria durch ihre Mutter Henriette von Orleans eine Enkelin Carls I. von England war, daß also nach Jacob II. und seiner Descendenz, im Falle des unbeerbten Todes von Wilhelm III., dem Blute nach die Herzogin von Savoyen dem Throne von England zunächst stand. Wir erinnern uns ferner, daß Correspondenzen über die Sache zwischen England und Turin gepflogen waren, daß Victor Amadeus sich zu dem General Schulenburg geäußert: er dürfe nur einen seiner Söhne nach England schicken, und ihn dort anglicanisch erziehen lassen, um dann, im Falle des Todes des einzigen Sohnes der Prinzessin Anna, des Herzogs von Gloceſter, für jenen die Thronfolge zu sichern. So lange indessen das schwache Lebenslicht des jungen Herzogs von Gloceſter nicht erlosch, war eine solche Sendung eines Prinzen von Savoyen nicht wohl thunlich. Ueberhaupt konnte die Frage der Succession in England, wenn nicht ein wichtiges Ereignis solcher Art eintrat, öffentlich nicht angeregt werden, weil das Parlament im Jahre 1689 beschlossen, daß die Act of Settlement genüge. Wir bemerken im voraus, daß der Herzog von Gloceſter erst vier Jahre später starb, 1700.

Indem nun Victor Amadeus die Partei der Verbündeten verließ, gewann er für seine Tochter Marie Adelaide durch ihre Verlobung mit dem ältesten Enkel Ludwigs XIV., dem Herzoge von Bourgogne,

Digitized by Google

die Aussicht den französischen Königsthron zu theilen. Zugleich jedoch schnitt er seiner gesammten Descendenz die Aussicht ab auf den englischen Thron. Wilhelm III. machte aus seinen Gefühlen in Betreff des Herzogs Victor Amadeus fortan kein Hehl. Della Torre klagte einige Monate später dem Grafen Auersperg, daß der König Wilhelm zehn Handschreiben des Herzogs unbeantwortet gelassen.

Es ward damals an verschiedenen Orten die Hoffnung gehegt, daß der König Wilhelm III. in anderer Weise für die Thronfolge in England Sorge tragen werde, nämlich durch eine zweite Heirath. Wir erinnern uns, daß bereits zu Ende des Feldzuges von 1695 die Rede gegangen war: der Kurfürst von Brandenburg bemühe sich, daß die Wahl des Königs auf seine Tochter erster Ehe falle. Die Prinzessin stand damals im siebenzehnten Lebensjahre, der König im sechsundvierzigsten. Im September 1696 lud der Kurfürst den König ein nach seinem Schlosse zu Kleve. Dort befanden sich die Kurfürstin und die Prinzessin. Es war wie ein öffentliches Geheimnis, was von dort her erwartet wurde. Auersperg berichtet dem Kaiser darüber am 4. September: „Ueber die projectirte Heirath läßt sich nur so viel sagen, daß der Kurfürst alles Erdenkliche thut, um seinen Plan durchzuführen, und ich glaube fast, daß die große Freundschaft, die bisher zwischen dem Könige und dem Kurfürsten bestanden, im Falle des Mislingens sich zerschlagen würde, zumal da die Sache aller Welt kundbar geworden ist". In London hieß es: der König werde bei seiner Rückkehr dies Mal den Frieden und eine Königin mitbringen [1]). Nur Einer schwieg völlig, die wichtigste Person, Wilhelm selbst. Auersperg fragte Dykvelt, ob die Generalstaaten nicht wünschten, daß der König wieder heirathe. Dykvelt bejahte nachdrücklich. Auch habe er schon verschiedene Anwürfe gethan, um den König zu einer Aeußerung zu bewegen, allein jedes Mal, sobald er die Erinnerung an den Verlust der Königin wach gerufen, eine solche Traurigkeit gefunden, daß er nicht habe fortfahren dürfen [2]).

Der zum Besuche in Kleve angesetzte Tag war der 16. September. Der König erschien mit seinem alten Freunde, dem Herzoge

---

[1]) Shrewsbury Correspondence p. 141.

[2]) Bericht vom 17. August.

Digitized by Google

Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg zu Celle. Das Ceremoniell damaliger Zeit gestattete dem Kurfürsten nicht einen Lehnsessel in Gegenwart des Königs. Um diese Schwierigkeit zu vermeiden, bewirthete der Kurfürst das königliche Gefolge, während der König und der Herzog mit der Kurfürstin und der Prinzessin speisten. Der Aufenthalt dauerte nur den einen Tag. Das Ergebnis liegt vor in den Worten Portlands an Shrewsbury: „Wir sind von Kleve zurückgekehrt ohne eine Königin, und ohne den Schein einer solchen" [1]). Die Prinzessin heirathete einige Jahre später den Landgrafen von Hessen.

Es erwächst also die Frage, ob der König Wilhelm daran dachte, auf andere Weise die Thronfolge in England zu sichern.

Es ist beachtenswerth, daß er im Herbste 1696 nachdrücklicher als jemals zuvor eintritt für das Interesse des Hauses Hannover, und zwar in Betreff der neunten Kurwürde im Reiche.

Der Stand dieser Angelegenheit war damals wie folgt.

Wir erinnern uns, daß im December 1692 der Kaiser die Investitur des neuen Kurfürsten Ernst August von Braunschweig-Lüneburg vollzogen, daß er jedoch, gegenüber dem Einspruche der opponirenden Fürsten, an deren Spitze Dänemark für Holstein, ferner Münster und Wolfenbüttel standen, die Einführung in das kurfürstliche Collegium vertagt hatte. Um namentlich die Einwürfe von katholischer Seite zu beschwichtigen, welche fürchtete, daß die Zahl der protestantischen Kurfürsten die der katholischen einmal überwiegen könne, und zugleich im eigenen Interesse, verband der Kaiser mit der hannöverschen Kursache die Forderung der Readmission der Kur Böhmen. Seit langer Zeit nämlich nahm Böhmen nur an der Kaiserwahl Antheil, ohne weitere Rechte im Kur-Collegium. Die Folge jener Verknüpfung der zwei an sich getrennten Angelegenheiten war, daß die Freunde Hannovers auch für die Readmission Böhmens eintreten mußten. Nicht Alle waren dafür geneigt, namentlich nicht der Kurfürst Max Emanuel von Bayern, bis dahin unter den weltlichen Kurfürsten der erste. Nicht freilich die Einbuße des Ranges, welche die Forderung der Readmission ihm in Aussicht stellte, war ihm die Hauptsache. Er hatte einen anderen Anspruch an den Kaiser. Wir haben

[1]) Shrewsbury Correspondence p. 142.

Digitized by Google

gesehen, daß Max Emanuel bei der Heirath mit der Erzherzogin Maria Antonia im Jahre 1685 den Verzicht derselben auf das spanische Erbe bestätigt, nicht jedoch auf die Niederlande. In dem Heiraths-Vertrage wurde von Seiten des Kaisers Belgien der Descendenz des Kurfürsten zugesichert, ihm selber die Statthalterschaft auf Lebenszeit. Max Emanuel war Statthalter geworden, hauptsächlich auf die Verwendung Wilhelms III. bei Carl II. Aber er verlangte mehr von dem Kaiser [1]). Leopold konnte, auch wenn er wollte, dies Verlangen nicht erfüllen. Denn wir haben wiederholt beobachtet, daß Carl II. jedem Versuche des Kaisers, die Bestätigung jenes Ehevertrages und demgemäß des Verzichtes von ihm zu erlangen, beharrlich ausgewichen war. Jener Verzicht war für Spanien, als existire er nicht.

Und damit streifen wir an die verwickelte Frage der spanischen Erbfolge. Wir haben nicht dieselbe hier nebenher zu erörtern, zumal da sie bald in anderer Gestalt an uns herantreten wird. Bis so weit indessen mußte die Sache dargelegt werden, damit daraus erhellt, wie die scheinbar einander so fern liegenden Interessen dennoch sich verwoben und einander bedingten.

Kehren wir daher zurück zu der nachdrücklichen Verwendung von Wilhelm III. und demgemäß auch von Heinsius bei den kaiserlichen Gesandten um die endliche Erledigung dieser Angelegenheit der Kurwürde. Wir erinnern uns, daß der König von Anfang an für dieselbe eingetreten war. Aber mehrere Jahre lang hatte er geringeres Gewicht darauf gelegt. Er hatte sogar die Klage erhoben, daß Ernst August von Hannover durch die Anregung dieser Angelegenheit einen Zankapfel in das Reich geworfen, dessen Frankreich sich für seinen Plan der Bildung einer dritten Partei bediene. Nun, im Herbste 1696, berichtet der kaiserliche Gesandte Kaunitz aus dem Haag: „Ich darf nicht verschweigen, daß die neunte Kur dem Könige von England und den Generalstaaten so zu Herzen geht, daß zu besorgen ist, sie werden dieselbe auf dem Friedens-Congresse vorbringen, zum Schaden der Autorität Ew. K. Majestät" [2]).

---

[1]) Für diese ganze Darlegung eine Denkschrift Robethons in seinen Papieren des St. A. H.

[2]) Bericht vom 26. October. Aehnlich verschiedene andere Berichte von Kaunitz und Auersperg.

Digitized by Google

Die Thatsache legt dar, daß Wilhelm III. darauf ausging sich das Haus Hannover zu verpflichten. Es geschah zur selben Zeit, wo er mit Victor Amadeus von Savoyen innerlich für immer gebrochen hatte [1]).

Es drängt sich demnach die Frage heran, ob der König Wilhelm III., für den nicht unwahrscheinlichen Fall des frühzeitigen Todes des Herzogs von Gloceſter, zurückgekehrt war zu seinem früheren Gedanken von 1689, nämlich die Thronfolge in England festzustellen für die Prinzessin Sophie und ihre Descendenz.

Auch in Betreff Hannovers gestattete der abweisende Beschluß des Unterhauses von 1689 nicht eine eigentliche Verhandlung. Aber es kam dabei noch etwas Anderes in Betracht. Die Antworten der Prinzessin Sophie damals (vgl. Bd. IV, S. 481 u. f.) legten nicht Zeugnis ab für eine große Neigung. Stand es damit anders im Jahre 1696? — Wilhelm III. trat mit starkem Nachdrucke damals ein für die Wünsche des Hauses Hannover im Reiche; aber von der Sache der neunten Kur aus baute sich keine Brücke zu einer Kenntnis der Gesinnung der Kurfürstin in Betreff der Succession in England. Dazu war diese Angelegenheit so delicater, so persönlicher Art, daß sie in der Gestalt einer directen Frage nicht zur Sprache gebracht werden konnte.

Dennoch ist eine Andeutung bei dieser wichtigsten Persönlichkeit in Hannover, der Kurfürstin Sophie, damals gemacht, in solcher Art, daß der König Wilhelm III. dabei nicht erscheint. Die Darlegung der Thatsachen wird uns in den Stand setzen, über den Causal-Nexus ein Urtheil zu fällen.

Die Andeutung bei der Kurfürstin Sophie wurde gemacht durch ihren Freund Leibniz. Seine Gedanken beschäftigten sich seit 1689 oft mit der Frage der Succession in England. Im Jahre 1695 hatte er mit dem englischen Diplomaten Stepney einen Austausch der Ansichten darüber anzuknüpfen versucht [2]). Dagegen liegt kein Anhaltspunct vor, daß er, nach 1689, bei der Kurfürstin die Sache eher wieder anzuregen gewagt hat als im October 1696.

---

[1]) Man vergleiche die Aeußerung von Leibniz, in seinen Werken Bd. IX, S. 496, n. 2.

[2]) A. a. O. Bd. VII, S. 320.

Digitized by Google

In einem Schreiben an die Kurfürstin, die sich in Linsburg befand, vom 14. October 1696, in welchem er zuerst Geschichte und Roman einander gegenüber stellt, kommt er mit einer raschen Wendung auf jene Frage. „Wenn Gott, sagt er, mir die Gnade verleiht, mein Geschichtswerk zu vollenden: so bewahre ich mir für meine alten Tage eine besondere Art von Roman auf. Das soll die Geschichte des zukünftigen Jahrhunderts sein. Denn ich befasse mich ein wenig mit der Wahrsagerei, und glaube die Zukunft zu errathen. Ich werde also reden wie einer von denen, die hundert Jahre nach uns kommen werden. Der Enkel unseres Kurfürsten" — es ist der nachherige König Georg II. von England — „spielt darin keine geringe Rolle. Er wird ein anderer König Wilhelm sein. Denn ich sage Ew. Kurfürstlichen Durchlaucht im Vertrauen: ich habe im großen Buche der Geschicke gelesen, daß die Nachkommenschaft der Prinzessin Anna Raum geben wird für die Ihrige, und man wird Ew. Kurfürstlichen Durchlaucht die Ehre verdanken, dem Hause Braunschweig-Lüneburg ein Königreich als Mitgift zugebracht zu haben." So weiter, Scherz mit Ernst gemischt.

Die Kurfürstin erwiedert: „Obwohl ich Ihren Brief erhalten, meine ich mich der Antwort überheben zu können, indem ich Ihnen hierbei ein dickes Packet Bücher sende. Es wird sich darin Stoff genug darbieten, über welchen Sie die schönen Ideen Ihres Romanes vergessen können, zu welchem ich durchaus nicht beitragen möchte. Da wir in wenigen Tagen nach Herrenhausen zurückkommen, so hoffe ich Sie dort zu sehen und mit Ihnen zu reden über die erhabenen Dinge, die sich unzweifelhaft in diesem Packete befinden" [1]).

Die Thatsache der kühlen Zurückweisung von Seiten der Kurfürstin liegt vor Augen. Aber ist der König Wilhelm III. bei diesem Versuche von Leibniz betheiligt?

Ein in Schrift ausgedrückter Hinweis findet sich nicht. Aber es darf hier im Voraus bemerkt werden, daß bei den drei anderen späteren Versuchen, einem im Herbste 1698, einem im September 1700, und dem entscheidenden im Januar 1701, Leibniz mit Wissen des Königs Wilhelm III. mitwirkt.

[1]) Die Werke von Leibniz Bd. VIII, S. 12 u. f.

Digitized by Google

Bei diesen drei letzteren Versuchen ist namentlich auch der alte Freund des Königs Wilhelm, der Herzog Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg zu Celle, in sehr erheblicher Weise betheiligt. Es fragt sich also, ob auch bei demjenigen vom Jahre 1696.

Am 14. October 1696, als Leibniz, der als Historiograph im Dienste des Gesammthauses Braunschweig Lüneburg stand, jenes Schreiben an die Kurfürstin richtete, war der Herzog Georg Wilhelm eben zurückgekehrt vom Schlosse Loo, wo er mit seinem königlichen Freunde Wochen lang der Jagd obgelegen. Wir erinnern uns, daß Georg Wilhelm einen Monat früher die Brautfahrt oder vielmehr Nicht-Brautfahrt nach dem Schlosse Kleve mitgemacht. Wir erinnern uns andererseits, daß der Enkel der Kurfürstin, der damalige Kurprinz Georg August, der spätere König Georg II. von England, auch sein Enkel war.

Diesen Thatsachen gemäß haben wir unser Urtheil zu bilden, ob ein Causal-Nexus zwischen den Intentionen des Königs Wilhelm und jenem Schreiben von Leibniz möglich oder auch wahrscheinlich ist. Wie immer indessen auch dieses Urtheil ausfalle: die Gesinnung der Kurfürstin Sophie liegt zu Tage. Sie lehnt die Aussicht auf die Thronfolge in England ab, sei es nur Leibniz gegenüber, sei es, daß jene Ablehnung von diesem her durch den Herzog Georg Wilhelm auch zur Kenntnis des Königs Wilhelm III. gelangt. —

Nachdem jene auf das Friedens-Verlangen des Königs mehr eingehende Antwort von Seiten des Kaisers eingetroffen, schickte der König sich zur Abreise nach England an. Vorher beschied er nochmals den Grafen Kaunitz zu sich. Er begann, wie einst auch mehrmals gegenüber dem Grafen Windischgrätz, mit den Worten: „Ich lege jetzt Ihnen gegenüber meinen königlichen Charakter bei Seite, und will reden als Freund zum Freunde. Ich halte es für nothwendig, noch in diesem Winter den Frieden zu machen, so gut immer man ihn haben kann, wenn auch nicht, wie man ihn gern wollte. Denn es liegt bereits genug vor Augen, daß er, wenn wir eher mit Nachdruck darauf ausgegangen, besser gewesen wäre als jetzt. Je länger wir aber warten, desto schlimmer steht es für die Verbündeten. Ich verwundere mich, daß Frankreich so viel im Wege der Präliminarien anbietet. Ich sehe gar keine Nothwendigkeit, welche die Krone Frankreich

Digitized by Google

dazu zwingt, zumal da nach der Neutralität für Italien sie gar nichts, wir hingegen sehr viel zu befürchten haben. Denn, ob bei der Fortdauer des Krieges unsere Lage sich verbessern oder verschlechtern wird, ist leicht klar zu stellen. Die Kosten der Kriegführung in Italien sind für den Feind so hoch, daß er für einen Mann dort drei am Rheine und in den Niederlanden unterhalten kann. In der That läßt er 40,000 Mann neu anwerben. Da nun aber Spanien so viel wie gar nichts leistet, da die Kur- und anderen Reichsfürsten keinen Mann stellen, wenn man sie nicht bezahlt — mit Ausnahme der zwei oberen Kreise, Franken und Schwaben — so fällt die ganze Last des Krieges auf England und Holland".

„Deshalb bin ich geneigt zum Frieden. Zwar wünsche ich für Spanien bessere Präliminar-Bedingungen. Allein eben so wenig für Spanien wie für Lothringen darf man den Frieden aufhalten. Dagegen bin ich damit einverstanden, daß vor allen anderen die Sache Lothringens im Congresse behandelt werde, eben so daß bei der Annahme der schwedischen Vermittelung wir uns vorbehalten, die Forderung der Garantie, welche Schweden schuldig ist, geltend zu machen."

Kaunitz warf ein: der Kaiser unterhalte doch 30,000 Mann, ohne den Türkenkrieg.

„Diese Rechnung, erwiederte lächelnd der König, habe ich schon öfter vernommen" [1]).

Wir erinnern uns, worin die Differenz der Rechnung von beiden Seiten bestand. Der Kaiser betrachtete die Brandenburger Truppen, weil er für dieselben zahlte, als die seinigen. Der König und die Republik dagegen sahen die Brandenburger Truppen, weil sie für dieselben zahlten, an als die ihrigen. In so weit hatte man von beiden Seiten Recht. Nur freilich wurde die Zahl der Brandenburger durch diese Rechnungsweise nicht verdoppelt.

Der König schloß die Audienz mit einer nachdrücklichen Empfehlung der neunten Kur.

Am 4./14. October begab er sich von Oranienpolder aus an Bord des harrenden Geschwaders zur Ueberfahrt nach England. Der

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 9. October.

Digitized by Google

Wind war günstig. Dennoch drohte eine ungewöhnliche Gefahr. Durch einen Irrthum des Lootsen näherte sich das Geschwader am Abende des 5./15. October nicht der englischen, sondern der französischen Küste. Ein daher segelnder Holländer rief den Lootsen an, und machte ihn aufmerksam auf die Gefahr. Die Sache erschien unglaublich. Nicht eher gab der Lootse nach, als bis der Holländer durch das Heraufholen von Meeresgrund darthat, daß es Erde sei vor Calais. Der Cours ward geändert. Um zwei Uhr Nachts landete der König in Margate [1]).

Bevor wir indessen dem Könige nach England folgen, haben wir uns zurückzuwenden zu dem allgemeinen Stande der Dinge auf dem Festlande.

So arm an Kriegesthaten wie der Feldzug von 1696, war noch keiner dieses umfassenden Krieges verlaufen, kaum anders im Osten wie im Westen.

Nach den verschiedenen fruchtlosen Versuchen, durch Unterhandlungen in Constantinopel den Kaiser von dem Türkenkriege frei zu machen, gab sich bei Wilhelm III. und Heinsius wiederholt die Ueberzeugung kund, daß ein Friede mit den Türken nicht zu erreichen stehe vor demjenigen mit Frankreich. Es lag darum längst im Interesse des Kaisers, diesen letzteren Krieg zu beenden. Dies um so mehr, da er an seinem Eigenen durch die französischen Vorschläge keine Einbuße erlitt, vielmehr, wenn er sich auf das für Straßburg angebotene Aequivalent einließ, namentlich die Stadt Freiburg, selber nur gewann. Heinsius wies darauf hin, daß ja dieser Vortheil für den Kaiser doppelt sei, indem er dadurch seine Erbstadt Freiburg zurück erhalte und indem durch die Beschleunigung des Friedens um so eher seine ganze Macht verfügbar werde gegen die Türken. „Allerdings, erwiederte Kaunitz, wenn der Kaiser sein eigenes Interesse mehr ins Auge faßte als dasjenige des Reiches: so würde er das Aequivalent nehmen und schleunigst aus diesem Kriege nach Westen zu kommen suchen. Allein dem Kaiser liegt zuerst das Ganze am Herzen."

[1]) Auerspergs Bericht vom 19. October.

Digitized by Google

Fordert von uns Späteren jeder Schritt im Leben Leopolds die Anerkennung, daß die Grundsätze, nach denen seine Politik sich bestimmte, seiner Idee des römischen Kaiserthums entsprachen, darin ihre Wurzel haben, daß sie zu Tage treten namentlich in derjenigen Eigenschaft, welche Leibniz bereits zwanzig Jahre zuvor bezeichnet hat als den wunderbaren Uneigennutz [1]) des Kaisers: so steht als Schattenseite, wie vom Anfange an, daneben der Mangel der Initiative, der geringe Nachdruck des Handelns, und, vor allen Dingen, die Schlaffheit und vielleicht mehr noch die Unehrlichkeit der Diener des kaiserlichen Willens, ganz besonders in diesem Türkenkriege.

Im Winter 1695 auf 1696 wurde eine Untersuchung der Gründe angestellt, warum Ungarn nicht mehr ein Siegesfeld sei, wie von 1683 bis 1690. Als hauptsächlicher Fehler ward anerkannt die Langsamkeit. Diese hatte zwei Gründe: den Mangel an Geld zur rechten Zeit, dann die Entfernung der Winterquartiere von dem Kriegsschauplatze. Es geschah, daß die Truppen, die im Spätherbste von dort abgezogen, erst im April wiederkehrten, dann nicht mehr frisch, sondern abgemattet durch lange Märsche. Man berieth lange hin und her, wie diesem Uebelstande abzuhelfen, und ließ es dann beim Alten [2]).

Der Kurfürst Friedrich August von Sachsen übernahm für den Feldzug von 1696 abermals den Oberbefehl. Der Plan war gerichtet auf Temesvar. Bereits am 25. Mai befand sich der Kurfürst in Ofen. Die Regimenter waren vollzählig, die Schiffe auf der Donau bereit. Dennoch war die gesammte Ausrüstung dürftig. Es fehlte an Pulver, an einer genügenden Feldbäckerei. Vierzig Tage verstrichen ungenützt. Dann brach das Heer auf. In Szegedin hielt der Kurfürst Kriegesrath. Die Umstände waren ungünstiger geworden. Der Sultan Mustafa stand bereits bei Nisch, die Jahreszeit war vorgerückt. Dennoch hielt man fest an dem Plane der Belagerung von Temesvar. Sie begann. Aber die Türken nahten heran zum Entsatze. Es kam zum Treffen. Der Ausgang war nicht ein eigentlicher Sieg der Türken, dennoch unglücklich für die Kaiserlichen, weil der Plan des Feldzuges

[1]) Un désintéressement merveilleux. Vgl. die Werke von Leibniz Bd. V, S. 269.

[2]) Wagner t. II, p. 307.

Digitized by Google

mislungen war. Am 16. September befand sich Friedrich August schon wieder in Wien.

Größeren Ruhm als der Kurfürst erwarb sich der Czar Peter von Moskau, dessen Name damals zuerst durch Europa erklang als derjenige des Siegers von Asow. Der Sieg schien ihm ein Recht zu verleihen, in die Allianz des Kaisers, der Republik Venedigs und Polens gegen die Türken mit aufgenommen zu werden. Dies war sein eifriges Bemühen. Er erreichte es in so weit, daß der Kaiser Leopold im Februar 1697 einwilligte in ein Bündnis auf drei Jahre [1]). Bereits spann der willenskräftige Czar weit aussehende Plane. Wir werden sie später aus seinen Worten vernehmen.

Wir erinnern uns, daß von kaiserlicher Seite wiederholt der Gedanke ausgesprochen war: es stehe bei England und Holland durch die Entsendung eines Geschwaders vor Constantinopel die Türkei zum Frieden zu zwingen, und somit die ganze Macht des Kaisers nach dem Westen verwendbar zu machen. Allein die Handelsinteressen von England und Holland in der Levante standen entgegen.

Der Gedanke erstarb darum nicht. Wie ein Jahrzehent früher zu dem Gesandten Kramprich im Haag, so traten im Herbst 1696 auch zu dem Grafen Kaunitz dort einige Capitaine der holländischen Marine mit einem gewichtigen Plane. Die Ausführung desselben, sagten sie, erfordere zwölf Capital-Schiffe. Diese würden miethweise auf sechs Monate zu erlangen sein von den zwei nordischen Kronen. Diese Flotte, unter der Kriegesflagge des Reichsadlers, würde unerwartet vor Constantinopel erscheinen, diese Hauptstadt über den Haufen werfen, damit dem ottomanischen Reiche den Herzstoß geben, und zum unsterblichen Ruhme des Kaisers dem langwierigen blutigen Kriege ein kurzes Ende bereiten. Eine, wie es scheint, genaue Kostenberechnung liegt dem Plane bei. Der Anschlag beträgt für die sechs Monate reichlich eine halbe Million Reichsthaler [2]).

Der Graf Kaunitz sendete den Plan mit seiner Empfehlung nach Wien. Die einzige übrig gebliebene Spur der Beachtung dort sind einige Ausrufungszeichen am Rande des Kostenbetrages. Wie auch

---

[1]) Sylvius t. IV, b. 43, p. 14.

[2]) Zu dem Berichte des Grafen Kaunitz vom 18. October.

Digitized by Google

war bei den Finanzzuständen der kaiserlichen Monarchie, bei der Untreue vieler Diener derselben eine solche Summe nebenher zu beschaffen! — So lange nicht im Osten wieder eine überlegene Feldherrn-Persönlichkeit auftrat, ähnlich wie Carl von Lothringen, eine solche, die auch mit hungernden, darbenden Kriegern zu siegen verstand, war eine endliche Entscheidung zu Gunsten der kaiserlichen Waffen nicht zu hoffen.

Dieser Zustand der kaiserlichen Heere erfordert noch weiter unsere Aufmerksamkeit. Wir haben eine Schilderung derer, welche unter dem Markgrafen Ludwig von Baden am Oberrheine standen. „Die Regimenter Ew. Majestät, meldet Ludwig von Baden, sind in Kleidung und den übrigen Dingen so kläglich ausgestattet, daß sie allgemeines Mitleid erregen. In Wirklichkeit erinnere ich mich nicht jemals etwas so Dürftiges gesehen zu haben, und die Unwürdigkeit eines solchen Anblickes drückt mich nieder. Ich halte freilich dafür, daß der Soldat geschätzt werden muß nach seiner Leistung, und nicht, wie Frauen, nach dem Putze; auch weiß ich sehr wohl, daß diese in Lumpen gehüllten Männer, nämlich der Kern unseres Heeres, anderen wohl ausgestatteten in vieler Beziehung überlegen sind. Aber unvermeidlich bringt eine solche Dürftigkeit auch brave Männer zum Unrechte, zur Meuterei, zur Desertion. Wenn Ew. Majestät mit eigenen Augen diesen Jammer erblickten, so würden Sie sicherlich mit jeglicher Art der Erleichterung denen zu Hülfe kommen, die den Kriegesruhm erworben, an welchem die deutsche Nation über alle anderen Völker des Erdkreises hervorragt, die den kaiserlichen Thron selbst auf ihren Schultern tragen. Aber nun sind sie hinabgedrückt auf den Stand bettelhafter Armuth, so daß sie, jener ohne Rock, dieser ohne Schuhe, zum Lachen reizen. Ja es ist dahin gekommen, daß der große Haufe, wo er einen Menschen erblickt, der in zerrissener Kleidung zur Zeit wohlfeiler Preise sich ein Stück Brot erbettelt, einen solchen Mann, ohne ihn genauer zu kennen, als kaiserlichen Soldaten bezeichnet. Dies bringe ich offen und ohne Umschweif zur Kenntnis Ew. Majestät, nicht als wollte ich darum die Last des Commandos von mir abschütteln, sondern damit nicht von mir Rechenschaft gefordert werde wegen des Uebels, das daraus entstehen kann" [1]).

[1]) Wagner t. II, p. 357.

Digitized by Google

Es lag dem Markgrafen Ludwig von Baden ob, mit diesen kaiserlichen Truppen, ferner denen, welche die Reichskreise Franken und Schwaben stellten, und den wenigen, welche aus dem übrigen Deutschland zur Hülfe herbei kamen, den Oberrhein zu vertheidigen. Wir haben vernommen, in welcher Weise der König Wilhelm III. in seiner Rede zu Kaunitz vor seiner Abreise sich über die Kriegführung von Seiten des Reiches äußerte, daß er neben dem Kaiser nur jene beiden Kreise nannte als diejenigen, welche aus eigenem Antriebe etwas leisteten. Von den wenigen Reichstruppen, die im Sommer des Jahres 1696 den Kreisen zu Hülfe marschirten, zog der König, ungeachtet der Einwände des Kaisers, noch die Hessen und Münsteraner zu sich nach Belgien. Andere Reichstruppen trafen sehr spät ein, eine derselben erst am 10. September. Bevor sie das Gepäck abluden und Zelte aufschlugen, pflegten sie sich zu erkundigen nach den demnächstigen Winterquartieren [1]).

Es war die Kraft und die Umsicht Ludwigs von Baden, die dort am Oberrheine die Sache aufrecht hielt. Er zog die Föderation der beiden Kreise enger zu einer dauernden gemeinsamen Vertheidigung. Nicht überall gereichte ihm das zum Lobe. Es ward ihm zum Vorwurfe gemacht, daß seine Thätigkeit der Autorität des Kaisers zum Abbruche gereiche. Ludwig von Baden verantwortete sich direct bei dem Kaiser. Diese seine Verantwortung, wie sie jenes Urtheil des Königs über die Leistungen der deutschen Fürsten bestätigt, entrollt uns in Betreff des Ganzen ein wenig erfreuliches Bild.

„Der Beschluß der Kreise sich selber in den Stand der Vertheidigung zu setzen, sagt Ludwig von Baden, erscheint mir eher des Lobes als des Tadels würdig. Denn sie allein, bedrängt von schweren Kriegesleiden, verlassen von den deutschen Vaterlandsgenossen, haben treu und standhaft ausgehalten. Von den übrigen Reichsfürsten ist ein jeder sich selber Kaiser. Je nachdem wie es den Einzelnen vortheilhaft erscheint, halten sie ihre Mannschaft daheim, oder verdingen sie nach außen um Gewinnes willen, oder schicken sie auch gegen den Herbst hieher, verlangen dann aber mit großem Eifer Löhnung und gute Winterquartiere. In Wort und That, sie sind die Söldner des

[1]) Wagner t. II, p. 321.

Digitized by Google

eigenen Vaterlandes. Anders diese beiden Kreise. Sie tragen mit schweren Kosten Sorge für den Schutz der eigenen Volksgenossen, der Gesammtheit, so wie zunächst auch der kaiserlichen Vorlande. Sie zuerst haben den Weg betreten zu einer gemeinsamen Reichswehr, die längst alle wohl Gesinnten ersehnt haben. Ich wünsche nicht, daß diese meine Beschwerde über die Mattherzigkeit der Reichsfürsten von Wien aus sich verbreite, und den Haß derselben auf mich ziehe. Aber ich sehe mit voller Klarheit der Ueberzeugung vorher, daß, wenn nicht fortan die Reichsfürsten ihrer Pflicht für das Ganze getreuer obliegen und die Gebote des Kaisers williger erfüllen, wenn sie nicht um der Gesammtheit willen von dem Eigenen ein Opfer bringen wollen, der Zusammenbruch des Ganzen nicht mehr fern ist. Es ist ein schmerzlicher Anblick, und bei der Nachwelt eine Schmach für uns, wenn Deutschland, das einst über alle Kriege entschied, welches so viele und so mächtige Fürsten umfaßt, dahin gelangte, daß seine Grenze von der Schweiz bis zum Neckar, die ja allein dem Feinde offen steht, vom Untergange bewahrt werden soll lediglich durch die Arme seiner Anwohner, daß dagegen der Kaiser, selber verwickelt in den schweren Türkenkrieg, dabei noch für sein Geld die Deutschen kaufen soll zur Vertheidigung von Deutschland" [1]).

Wir gedenken bei diesen Worten der Klage des Kaisers, daß der Kurfürst von Brandenburg das Geld nahm, seine Truppen dagegen nicht an den Rhein schickte, wie der Kaiser es verlangte, sondern nach Belgien, wo der Kurfürst für dieselben Truppen holländisches und englisches Geld bezog.

Daß es dennoch dem Markgrafen von Baden gelang, mit seiner ungleich schwächeren Macht sich den Feldzug des Jahres 1696 hindurch gegen die überlegene Macht des Herzogs von Choiseul zu behaupten, ward ihm angerechnet als die Leistung eines anderen Camillus.

Nun aber drohte für den Feldzug von 1697 die Verstärkung der französischen Macht durch die in Savoyen verfügbar gewordenen Truppen. Wie Wilhelm III. diese Verstärkung fürchtete für Belgien, so Ludwig von Baden und die beiden Kreise für den Rhein. Die gleiche Besorgnis erhob sich in allen Reichsständen, die den Strom

[1]) Wagner t. II, p. 319.

Digitized by Google

berührten und dennoch der Hülfe der Mächtigeren nicht sicher waren. Aber das Beispiel der Conföderation von Franken und Schwaben lag vor. Im Herbste 1696 traten zu Frankfurt Deputirte zusammen, nicht bloß mehr jener zwei Kreise des Reiches, sondern der sechs, die den Rhein berührten. Unter der Führung des Kurfürsten von Mainz einigten sich die sechs Kreise zur Aufstellung eines eigenen Heeres, im Kriege 60,000 Mann, im Frieden 40,000.

Der Wille war gut. Auf die Mittheilung jedoch des Grafen Auersperg erwiederte der König Wilhelm III., daß er an der Ausführung starke Zweifel hege [1]).

Der Feldzug des Jahres 1696 in Catalonien verlief in kleinen Gefechten, die einen nennenswerthen Erfolg nicht brachten. Im Ganzen war der Vortheil eher auf spanischer als auf französischer Seite [2]).

Andere Besorgnisse jedoch erhoben sich für den nächsten Feldzug. Die französischen Truppen, die bisher gegen Savoyen gestanden, waren durch den Frieden dort verfügbar geworden. Wie Ludwig von Baden dieselben fürchtete für den Oberrhein, wie Wilhelm III. für Belgien: so viele Andere für Catalonien. Würde nicht dann der spanische Staatsrath eben dasselbe was er zur Erhaltung von Mailand gethan, abermals thun zur Rettung von Catalonien? Diese Frage ward in der Hofburg zu Wien, im Haag und in Kensington im Laufe des Winters 1696 lebhaft erwogen. Die Berichte aus Madrid legten nicht Zeugnis ab für den festen Willen des Widerstandes [3]).

Gewichtiger als die Nachrichten über die geringen Kriegsvorfälle im Feldzuge des Jahres 1696 in Catalonien, erklang eine andere Kunde, die im Herbste Europa durcheilte. Carl II. von Spanien erkrankte im September 1696 sehr schwer. Zwar genas er dann wieder, jedoch nicht so, daß sein Zustand die Gewähr einer langen Dauer zu bieten schien. Die Frage: was dann? — mußte zur Erwägung kommen, und zwar nicht bloß in Madrid. Wir werden indessen die eingehende Erörterung dieser Sachlage bis dahin zu vertagen haben, wo die Schritte, die namentlich in Versailles und in Wien

[1]) Auerspergs Bericht vom 10. Januar 1697.

[2]) Sylvius t. IV, b. 42, p. 108, 156.

[3]) Die Berichte des Grafen Lobkowitz im November und December.

Digitized by Google

vorbereitet werden, auch äußerlich sichtbar hervortreten, nämlich auf den Beginn des Jahres 1697.

Ludwig XIV. faßte damals, zu Ende des Jahres 1696, nicht bloß die Kronen der spanischen Reiche ins Auge, und zwar für einen seiner Enkel, sondern zugleich diejenige von Polen für ein Mitglied seines Hauses, den Prinzen Conti. Wir haben vernommen, daß er, nach dem Tode von Johann Sobieski, zuerst dem Könige Jacob seine Verwendung angeboten, daß jedoch Jacob abgelehnt. Der Abbé Polignac, der als Gesandter in Warschau weilte, glaubte bei der zukünftigen Wahl die Mehrheit für einen französischen Prinzen erwerben zu können. Auf diese Meldung beschied Ludwig XIV. den Prinzen Conti zu sich. Er legte ihm die Berichte Polignacs vor. Dann sprach er: „Entscheiden Sie selbst, ob das vermag Sie zu locken. Es thut mir leid, Ihnen nur meine Verwendung bieten zu können. Sie bedürfen jedoch außerdem mindestens 200,000 Kronthaler baar. Trachten Sie dieselben zu finden. Wenn Sie König werden: so werden Sie diese Summe verschmerzen; wenn nicht, so werde ich nach dem Friedensschlusse Sie schadlos halten". Von diesem Tage an, zu Anfang October, suchte der Prinz Conti durch Verkaufen und Verpfänden diese Summe flüssig zu machen. Es gelang. Die 600,000 Livres wurden an Polignac in Polen übermittelt [1]).

[1]) Schreiben von Palmquist aus Paris, 5. October. — Man vergleiche Dangeau t. IV, p. 60.

Digitized by Google

Einundzwanzigstes Buch.

Das Kriegesjahr 1697 und der Friede von Ryswyck.

Der Jubel des Volkes in London beim Empfange des Königs nach dem thatlosen Feldzuge von 1696 übertraf die Erwartungen. Daß nichts Erhebliches geschehen sei, ward nicht ihm beigemessen, sondern dem Parlamente, welches die bewilligten Geldmittel nicht flüssig zu machen gewußt habe. Denn der König hatte von den bewilligten fünf Millionen nur zwei erhalten. Die Mitglieder des Parlamentes, die sich in London befanden, sprachen ihrerseits sich sehr entschieden aus gegen eine Ueberstürzung des Friedens. Auersperg meldete dem Kaiser, daß er mit Vertrauen der Session entgegen sehe [1]).

Aehnlich schrieb am selben Tage der König an Heinsius: „Ich vermag noch nicht, Ihnen etwas Bestimmtes über den Stand der Dinge hier zu sagen. Wenn ich denjenigen Personen, die ich bis jetzt gehört, Glauben schenken darf: so werden sich die Dinge im Parlamente besser schicken, als man bisher hat hoffen dürfen. Einstweilen indessen sind das nur Vermuthungen; denn die Stimmung einer solchen Versammlung im voraus erkennen zu wollen, ist durchaus unmöglich. Besonders befriedigend ist für mich die Ansicht der Besonnenen. Diese Ansicht im Allgemeinen geht dahin, daß man, um den lebhaft gewünschten Frieden zu erhalten, vorbereitet sein müsse auf einen nachdrücklichen Krieg. Hoffentlich bleiben sie dabei" [2]).

[1]) Auerspergs Bericht vom 19. October.

[2]) Grovestins t. VI, p. 579.

Digitized by Google

In den nächsten Tagen verstärkten sich diese Wahrnehmungen. Die Stadt London ersuchte den König den Prozeß über die Verschwörung fortzusetzen, damit die Nation einmal Sicherheit erlange für sein Leben. Die Frage einer allgemeinen indirecten Steuer ward erwogen als das sicherste Mittel das Geld zum Kriege zu beschaffen.

Das Parlament trat zusammen am 20./30. October. Die Thronrede des Königs, wie immer sein alleiniges geistiges Eigenthum, lautete wie folgt.

„Mylords und meine Herren. Ich habe Euch zusammen berufen so bald wie möglich, und ich halte es für ein großes Glück, daß, in Betracht unserer großen Täuschung in den bewilligten Mitteln, und der Schwierigkeit der Herstellung der Münze, dieses Jahr verlaufen ist ohne einen Nachtheil nach außen oder eine Unordnung daheim."

„Dies ist ein so überzeugender Beweis von der guten Disciplin meiner Armee, und der standhaften Zuneigung meines Volkes, daß ich nicht unterlassen kann meine volle Befriedigung darüber auszusprechen."

„Unsere Gegner gaben sich der Hoffnung hin, daß diese Zustände für uns unheilvoll sein würden. Ihre Erwartung ist nicht erfüllt. Darum lebe ich der vollen Ueberzeugung, daß Euer einmüthiges Vorgehen in dieser Session ihnen auf immer die Hoffnung benehmen wird, einen Vortheil für sich zu erlangen von irgend welcher Uneinigkeit unter uns."

„Ich erkenne an, daß eine schwere Aufgabe vor Euch liegt. Denn es sind einerseits Rückstände gut zu machen: andererseits müssen die Mittel da sein für das nächste Jahr."

„Bei diesem Anlasse muß ich Euch mittheilen, daß mir Eröffnungen gemacht sind zum Zwecke der Unterhandlung eines allgemeinen Friedens. Aber Ihr — des bin ich sicher — werdet mit mir der Ansicht sein: der einzige Weg mit Frankreich zu verhandeln ist derjenige mit dem Degen in der Faust, und wir dürfen nicht einen sicheren und ehrenhaften Frieden erwarten, als indem wir uns vorbereitet zeigen auf einen nachdrücklichen und wirksamen Krieg. Deshalb empfehle ich Euch, Ihr Herren vom Hause der Gemeinen, recht dringend, daß Ihr erwägen wollet, wie die nothwendigen Mittel zu beschaffen, sowohl um die Ehre des Parlamentes aufrecht zu erhalten, indem Ihr aufkommt für das bereits früher Bewilligte, als um den

Digitized by Google

Krieg im nächsten Jahre zu führen. Und zwar dürfte dies nach meiner Ansicht nicht geringer sein, als dasjenige was zu diesem Zwecke in der letzten Session beabsichtigt wurde."

Der König hob dann einzelne Puncte hervor, welche der Fürsorge bedürften, namentlich die Herstellung des Credites. Er schloß mit den Worten: „Ich halte dafür, daß es auch nicht Einen guten Engländer gibt, der nicht zum vollen erkenne, wie viel von dieser Session abhangt, und darum darf ich meine Hoffnung aussprechen auf die Einigkeit und Schleunigkeit in Eueren Beschlüssen. Denn mehr als zu irgend einer anderen Zeit sind sie jetzt nothwendig für die Sicherheit und die Ehre von England" [1]).

Die Rede ward mit Beifall vernommen. Dann zog sich das Unterhaus zurück, um sie zu berathen. Eine Stimme dort erhob sich mit dem üblichen Antrage der Opposition, daß zuerst der Zustand der Nation in Betracht genommen werden möge. Lord Cutts, der, wo es galt seinen Eifer für das Gemeinwohl zu bethätigen, nimmer fehlte [2]), antwortete so, daß der Antrag damit beseitigt ward. Das Unterhaus faßte den Beschluß, den König und seine Regierung wider alle äußere und innere Feinde aufrecht zu erhalten, ihn zur Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich nachdrücklich zu unterstützen, und dies ihm durch eine Adresse kund zu thun. Es folgte sofort der noch wichtigere Beschluß, den Werth der Gold- und Silbermünze nicht zu ändern, weder in der Feinheit, noch im Gewichte, noch in der Benennung; und endlich der wichtigste von allen, nämlich einzustehen für alle Parlaments-Bewilligungen, auf welche Gelder vorgeschossen waren, vom Beginne der Regierung des Königs an.

Die Beschlüsse wurden gefaßt ohne Widerspruch. „Denn auch diejenigen, meldet Auersperg, die sonst der Opposition angehören, erkennen gar wohl, daß die Beschlüsse die Gesinnung der gesammten Nation ausdrücken. Daher darf man sich von diesem Parlamente für die gerechte und allgemeine Sache alles Gute versprechen." Die kaiserlichen Gesandten ergingen sich weiter in Ausdrücken warmer Anerkennung.

---

[1]) Commons' Debates t. III, p. 25.

[2]) Worte Hoffmanns in seinem Berichte vom 30. October.

Digitized by Google

Aehnlich wie die kaiserlichen Gesandten faßte der König Wilhelm die Beschlüsse des Unterhauses auf. „Es hat an seinem ersten Tage mehr verrichtet, meldet er an Heinsius, als man hätte hoffen dürfen. Wenn die Fortsetzung ist wie der Beginn, so darf man eine befriedigende Session erwarten. Ja ich kann noch hinzufügen, daß ich nach vielen Erkundigungen zu der Ueberzeugung gelangt bin: mit gutem Willen ist es erreichbar den Zustand dieses Landes zu heilen. Das gebe Gott, und, wenn dieses Glück uns zu Theile wird, so dürfen wir gewis sein, daß Frankreich mit sich reden lassen werde" [1]).

Es handelte sich darum die damals ungeheuere Summe von acht Millionen Pfund Sterling zu bewilligen und einzubringen. Die Wohlgesinnten waren vertrauensvoll. Die Uebelgesinnten sagten: an der Bewilligung im Einzelnen sei nicht zu zweifeln; aber bei der Einhebung derselben werde man sich bitter enttäuschen [2]).

Die Mehrheit schritt hinweg über diese Einwürfe. Es war hergebracht, in schwierigen Fällen solcher Art einige Tage zu warten, bis die Mitglieder zahlreicher herangekommen waren. Es waren erst 260 da, reichlich die Hälfte der Zahl. Aber nicht Ein Tag sollte ungenutzt vorüber gehen. Montague, der Kanzler der Schatzkammer, faßte die Adresse ab. Am 23. October (a. St.) trat das gesammte Unterhaus vor den König. „Um Ew. Majestät und der gesammten Christenheit zu zeigen, sagt sie, daß das Haus der Gemeinen von England nicht sich beirren läßt in dem festen Entschlusse, durch den Krieg zu einem sicheren und ehrenhaften Frieden zu gelangen, erneuern wir im Namen aller derer, die wir vertreten, vor Ew. Majestät die Versicherung, daß wir Sie und Ihre Regierung aufrecht erhalten wollen gegen alle Ihre Feinde nach außen und nach innen."

Die Worte waren vollbewußt. Der Ausgang der Dinge hat bewiesen, daß sie berechtigt waren. Man hat diese Tage von 1696 den Nadir Englands genannt. Mit Recht vielleicht in Betreff des Wohlstandes. Nicht mit Recht in Betreff des Muthes und der Opferwilligkeit für das Vaterland. In dieser Beziehung stehen die October-Tage von 1696 gleich den besten von England.

[1]) Das Schreiben vom 30. October bei Grovestins t. VI, p. 580.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 30. October.

Digitized by Google

Das Unterhaus schickte sich an, die Kriegssubsidien für den Feldzug von 1697 vorzunehmen. An dieser Frage zunächst mußte die Gesinnung sich praktisch bewähren. Es ward der Einwand geltend gemacht, daß, bei der geringen Anzahl der Mitglieder, diese Frage der Subsidien besser hinausgeschoben werde bis nach der Erledigung der Rückstände. Die Whig-Partei sah als den Zweck dieses Antrages an die Bewilligung zu erschweren. Sie warf ihn ab mit 126 gegen 95 Stimmen. So am 26. October/5. November. Und damit waren dem Könige die Kriegesmittel für das nächste Jahr gesichert, im Betrage von etwa fünf Millionen Pfund Sterling [1]).

Wir haben oft Gelegenheit gehabt, der Entwickelung des freiheitlichen Lebens der Engländer, welches wurzelte in dem unverkümmerten Rechte der Bewilligung von Mitteln für die Vertheidigung des Vaterlandes, gegenüber zu stellen die wachsende Unfreiheit der Franzosen unter dem Willen Ludwigs XIV., welcher für den Krieg, den sein Unrecht heraufbeschworen, die Menschen und die Mittel nahm nach seinem Ermessen. Dennoch blieb diesen Franzosen wenigstens der eine tröstliche Gedanke, daß sie Noth litten für das Vaterland. Anders stand es um die Unterthanen derjenigen deutschen Fürsten, welche sich angelegen sein ließen, ein Jeder daheim dem Könige Ludwig XIV. auf kleinem Fuße nachzuahmen. In denselben Tagen, in welchen das Unterhaus von England jene Beschlüsse faßte, äußerte Wilhelm III. sich zu Heinsius über einen dieser Fürsten mit folgenden Worten: „Ich erfahre, daß der Kurfürst von Brandenburg mit den Venetianern handelt über den Verkauf der vier Bataillone, die in Piemont gedient. Das ist unleidlich, und wir müssen trachten, diesem Scandale zuvorzukommen. Man muß doch sehr geringe Neigung für seine Unterthanen haben, wenn man sie in solcher Weise zum Handelsobjecte macht, nach Gegenden hin, von denen her nicht der zehnte Mann zurückkehrt. Und das geschieht in einer Zeit, in der alle Verbündete das Höchste aufbieten sollten wider Frankreich!“ [2]).

Der Contrast der Gesinnungen dieser beiden Fürsten spiegelt zugleich wieder den Contrast der Zustände der Völker, welche zu führen sie berufen waren.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6. November.

[2]) Schreiben vom 6./16. November, bei Grovestins t. VI, p. 589.

Digitized by Google

Der Adresse des Unterhauses entsprach diejenige des Oberhauses. Am 28. October/7. November begab sich der König nach Whitehall, um sie dort in Empfang zu nehmen. Er erwiederte: „Ich bin überzeugt, daß unsere stärkste Sicherheit gegen unsere Feinde aller Art besteht in der glücklichen Eintracht, die jetzt uns Alle verbindet" [1]).

Wir sehen das Vertrauen des Königs in die Zukunft sichtlich erstarken. Aber man dürfte darum nicht sagen, daß er in seinen Friedensgedanken nachgelassen. Nur bei ihm stand der volle Ueberblick der Dinge, und er hatte zu rechnen mit manchen anderen Factoren, und zwar dies Mal minder willigen, als dem Parlamente von England.

Wir erinnern uns des Wortes von Heinsius dem Könige gegenüber am 8. August, daß alle seine Gedanken sich dreheten um den einen Punct: das Verhehlen der holländischen Schwäche und des holländischen Friedenswunsches vor Frankreich. — Es ist auffallend, daß ein Staatsmann wie Heinsius sich einer Hoffnung hingeben konnte, deren Unerfüllbarkeit Tag für Tag an der Börse von Amsterdam vor Augen lag.

In Versailles ward nicht bloß dieser übereifrige Friedenswunsch der Holländer genau erkannt und gewürdigt, sondern eben so klar auch die Differenz, welche daraus erwuchs zwischen der Republik und dem Kaiser. Der Schwede Palmquist in Paris berichtet darüber am 28. September: „Der Hof hier ist zur Zeit mit dem Stande der Angelegenheiten sehr zufrieden. Durch die Spaltung und das Mistrauen, welche er unter den Verbündeten zu erregen gewußt hat, hält er sich des Friedens für sicher und fast für Herrn der Bedingungen desselben. Bereits droht er, wenn der Kaiser beharrt seine Zustimmung zu den Vorschlägen von Callieres zu verweigern, sein Angebot zurückzuziehen, namentlich in Betreff des Reiches. Er geht um so ernstlicher mit diesem Gedanken um, weil er bei den Holländern eine ganz maßlose Friedensneigung bemerkt, so sehr daß, wenn der allgemeine Friede auf ein Hindernis stieße, das nicht bald zu beseitigen wäre, sie bereit sind für sich allein zum Abschlusse zu schreiten. Bereits schmiedet man das Eisen, und, wenn die Kaiserlichen zaudern,

[1]) In den Robethon-Papieren im St. A. H.

Digitized by Google

so wird man die Dinge denselben Weg nehmen sehen, wie einst in Nymegen" [1]).

Wir erinnern uns dieser Dinge von Nymegen. Ludwig XIV. hatte die damalige Allianz zu zersetzen gewußt, indem er die Stadt Amsterdam für den Sonderfrieden gewann. Eben dasselbe Verfahren suchte er auch dies Mal einzuschlagen. Die Republik Holland konnte an ihn keinen Anspruch erheben auf die Zurückgabe von Land und Leuten. Sie hatte, für sich selber betrachtet, ihm gegenüber nur die Forderungen der Sicherung ihres Bestandes und der Nicht-Hinderung ihres Handels. Ludwig XIV. hatte durch Callieres die Gelegenheit den Bürgermeistern von Amsterdam, ohne Mitwissen der anderen Bundesgenossen, die Erfüllung beider Forderungen in Aussicht zu stellen. Die schwere Erkrankung des Königs Carl von Spanien bot dafür einen besonderen Anlaß. Die gewichtigste Besorgnis für die Republik war nämlich, daß Belgien an Frankreich kommen würde. Nun bot, für den Todesfall Carls II., Ludwig XIV. an, den Kurfürsten Max Emanuel von Bayern im Besitze von Belgien zu belassen und zu beschützen, und mit ihm und der Republik zu diesem Zwecke ein Bündnis zu schließen. Dadurch ward die Besorgnis der Republik von dieser Seite her hinweg genommen. Als positiven Köder bot der König einen Handelsvertrag, so vortheilhaft, wie ihn die Republik bisher nicht gehabt [2]).

Ob der König Wilhelm von den Einzelnheiten dessen, was zwischen Callieres und Boreel vorging, eine genaue Kunde gehabt, läßt sich mit Gewisheit nicht sagen. Wohl bekannt jedoch war ihm die Friedensneigung in der Republik, besonders der Stadt Amsterdam, und eben so lebendig das Bewußtsein, daß er nicht der Souverän dort war, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden am letzten Ende nicht in seiner Hand stand, daß vielmehr die Republik, wie sie im Jahre 1678 gethan, auch im Jahre 1696 oder 1697

---

[1]) In den Robethon-Papieren des St. A. H. Der Wortlaut ist: Cette cour paroist présentement assez contente de la situation des affaires, se voyant par la division et la méfiance qu'elle a scu mettre parmy les alliez, seure de la paix et presque maistresse des conditions.

[2]) Verschiedene Schreiben von Palmquist im Monate October. — Dangeau t. IV, p. 59.

Digitized by Google

ihren Frieden mit Frankreich schließen konnte, ohne seine Zustimmung und wider seinen Willen.

In Versailles lief im October 1696 sogar das Gerücht um, welches, wie man behauptete, sich auf Berichte aus Holland stützte: der Prinz von Oranien werde nicht wagen nach England hinüber zu fahren, aus Besorgnis, daß sofort nach seiner Abreise die Republik einen Sonderfrieden mit Frankreich eingehe [1]).

Wir Spätere können nicht wissen, ob Wilhelm III. in seiner Besorgnis so weit gegangen. Jedenfalls aber ergab sich aus dem Stande der Dinge für ihn die doppelte Aufgabe: in Betreff der Republik, sie bei der Allianz zu erhalten, in Betreff des Kaisers und der anderen Bundesgenossen, einen Druck auf sie auszuüben, damit sie dem Friedenswunsche der Republik möglichst sich anbequemten. Wir haben nach beiden Richtungen hin sein Verfahren zu beobachten.

Im Laufe des Monates October steigerte sich im Haag der Ton des Unterhändlers Callieres gegenüber dem Holländer Dykvelt. Es sei unerhört, sagte er, daß der eine kriegende Theil gegenüber dem anderen sich so benehme, wie sein König gegenüber den Alliirten. Er biete im Wege der Präliminarien so viel Land und Leute und etwa siebenundzwanzig Städte, ohne daß der andere Theil sich nur in das geringste einlasse. Im Falle die Verhandlung zerginge, genüge diese eine Thatsache, um der ganzen Welt klar vor Augen zu legen, daß nicht dem Könige, sondern den Verbündeten die Fortsetzung des Krieges zur Last falle. Geschehe aber dies, so seien durch die Neutralität von Italien alle Truppen von dort her verfügbar. Neue würden angeworben [2]).

So hochfahrend die Rede, so war doch das Thatsächliche derselben nicht zu bestreiten, nämlich daß Ludwig XIV., nicht gezwungen durch die Ueberlegenheit der Verbündeten, sich erbot zur Rückgabe eines sehr großen Theiles des früher Genommenen. Das Erbieten dagegen und zugleich die herausfordernde Sprache des Callieres scheinen im Widerspruche zu stehen. Dennoch sind sie wohl vereinbar. Es ist das umgekehrte Verhältnis gegenüber dem früheren von 1680 bis 1684,

[1]) Dangeau t. IV, p. 62. Vom 5. October 1696.

[2]) Bericht von Kaunitz und Stratemann, 30. October.

Digitized by Google

und noch darüber hinaus bis 1688. Indem Ludwig XIV. in jener Zeit des äußeren Friedens mit Gewalt und List sich Länder und Städte aneignete, die nicht sein waren, hielt er stets sorgfältig sein Auge gerichtet auf die Grenze dessen, was die Friedensliebe, die Furcht, der Mangel an Einigkeit der Schwächeren, dazu der Erfolg seiner goldklingenden Beredsamkeit in Whitehall, Kopenhagen, Berlin ihm verstatteten. Er wollte keinen offenen Krieg, am wenigsten eine Allianz gegen ihn. Es gelang ihm für eine Reihe von Jahren. Im September 1688 überspannte er den Bogen. Der Krieg, den er nicht gewollt, war da. Die Allianz, die er so lange zu verhindern gestrebt, trat ins Leben. Nun, im Jahre 1696, um aus dem Kriege zu kommen, um vor allen Dingen zunächst die Allianz zu zersetzen, bot er Rückgaben dessen an, was er einst genommen, immer tastend, immer forschend, wie viel er behalten dürfe, ohne die Friedensneigung desjenigen Gliedes der Allianz, welches er aus derselben zu lösen hoffte, nämlich der Republik Holland, auf eine allzu scharfe Probe zu setzen. Die Wurzel, aus welcher dies Streben entsproß, ist in beiden Fällen dieselbe, eben so wie das Verfahren analog. Es hat mit moralischen Factoren geringe Gemeinschaft.

Die Reden des Callieres hatten vielmehr noch einen anderen Zweck. Wenn die Erbietungen der Herausgabe für den Frieden nach dem Urtheile der Holländer, die selber davon nichts zu beanspruchen hatten, bei dem Stande der Dinge als genügend erschienen für die anderen Bundesgenossen: so wurden sie folgerecht um so mehr innerlich gelöst von diesen Bundesgenossen, welche sie im Kriege festzuhalten bestrebt waren, zumal bei dem großen Abstande der Leistungen von Seiten dieser Anderen gegenüber denjenigen der Republik.

Heinsius berichtete das Verhalten des Callieres dem Könige. „Der Hochmuth und die Drohungen des Callieres, erwiederte Wilhelm III., setzen mich in Verlegenheit. Denn auf solchem Fuße läßt sich eine Friedenshandlung nicht führen. Andererseits jedoch besorge ich, daß die Herren von Amsterdam in das Abbrechen der Beredungen nicht willigen werden. Dieser Zustand der Ungewisheit ist der schlimmste von allen."

Einige Tage später wiederholt Wilhelm III. denselben Gedanken in etwas anderer Form. „Es wäre gut, sagte er, dem Callieres zu

Digitized by Google

erklären, daß wir in Betreff der Festungswerke von Luxemburg nicht nachgeben wollen. Wenn Boreel im Namen von Amsterdam dies in formeller Weise zu erkennen gäbe, so würde das sicherlich eine gute Wirkung ausüben. Es ist nicht zu zweifeln, daß der hochmüthige Ton der Franzosen entspringt aus ihrer Meinung, daß Amsterdam mit allem Nachdrucke den Frieden will, und das gereicht uns zum großen Nachtheile" [1]).

Augenscheinlich sind diese Schreiben Wilhelms III. an Heinsius abgefaßt mit der Absicht, daß sie zur Kunde der Bürgermeister von Amsterdam gelangen sollten. Sie waren nicht darauf berechnet, ihnen eine etwaige Kundgebung des Gelüstes zum Sonderfrieden zu erleichtern.

Bereits sah Wilhelm III. den Frieden als unmöglich an, nicht jedoch in gehobener Stimmung. „Wir müssen uns, sagt er am 6./16. November, wohl oder übel, auf den ferneren Krieg gefaßt machen, und den Ausgang Gott anheim stellen. Es kann geschehen, daß ich im Laufe des Winters auch hier im Königreiche oder in Irland angegriffen werde. Ich bin zur Vertheidigung bereit; aber es fehlt mir dazu baares Geld, und mein Mangel in dieser Beziehung ist wahrhaft unglaublich. Ich hoffe jedoch auf die Aushülfe der Republik zählen zu können" [2]).

Da der König Wilhelm diese Worte niederschrieb in den Tagen, wo er der bereitwilligen Unterstützung des Parlamentes von England schon sicher war; da dennoch die trübe Ansicht der Dinge bei ihm überwiegt: so kann dieselbe bei ihm nur aus der Besorgnis entspringen, daß, im Falle der Fortsetzung des Krieges, die Stadt Amsterdam und demgemäß die Provinz Holland oder auch die gesammte Republik nicht mitgehen würde. Um jedoch diese seine wirkliche Besorgnis völlig zu verdecken, spricht er am Schlusse sogar ein besonderes Vertrauen gegen die Republik aus. Der Schluß machte es dem Amsterdamer Bürgermeister moralisch fast unmöglich, einen Sonderfrieden zur Sprache zu bringen.

Im Haag redete Heinsius entsprechend jener Ansicht des Königs zu den kaiserlichen und dem spanischen Gesandten. Die Aussicht auf

---

[1]) Grovestins t. VI, p. 589. Vom 6./16. November.
[2]) A. a. O.

Digitized by Google

den Frieden, sagte er, sei täglich im Schwinden. Er bat dringend: der Kaiser möge bei den Reichsfürsten seine Autorität geltend machen, damit sie mehr als bisher sich der gemeinsamen Sache annähmen und einen erheblichen Theil ihrer Mannschaft auf eigene Kosten stellten [1]).

Heinsius, der um die Stimmung von Amsterdam wissen mußte, redete hier zu den kaiserlichen Gesandten, welche, nach dem Ausweise ihrer Berichte nach Wien, diese Stimmung nicht zum vollen kannten, nicht so sehr als der Rathspensionär der Stände von Holland, sondern als der Minister Wilhelms III. Wie aber stand es um den Rathspensionär selbst, wenn der Plan des Callieres in Amsterdam glückte?

Es liegt demnach das Bestreben des Königs vor Augen, der Republik Holland kund zu thun, daß er ernstlich bemüht sei um den allgemeinen Frieden, sie dagegen festzuhalten bei der großen Allianz, ihr keine Gelegenheit zu geben, einen Wunsch des Sonderfriedens auch nur auszusprechen. Es liegt ferner sein Bestreben vor, in Wien die volle Erkenntnis der Lage der Dinge in Holland nicht aufkommen zu lassen. Wie bei diesem seinen Streben die Republik in einem günstigeren Lichte erscheint, als wir nach den Berichten aus Paris sie kennen: so ging Wilhelm III. andererseits so weit, mit ihr einzustimmen in Vorwürfe gegen den Kaiser.

Wir erinnern uns, daß schon im Sommer 1696 die Furcht lebendig war, daß, wenn Holland und England auf einen Sonderfrieden gedenken würden, der Kaiser und Spanien ihnen zuvor eilen könnten. Wir erinnern uns, daß im Monate August der irrthümliche Bericht des Lords Lexington aus Wien, welcher Sonderverhandlungen zwischen dem Kaiser und Frankreich meldete, der Stachel wurde für Wilhelm III. und Heinsius, durch den Beschluß der Generalstaaten vom 3. September eine vollendete Thatsache für den Frieden zu schaffen, und den Kaiser in die Anerkennung derselben hinein zu drängen. So geschah es durch die Erklärung des Kaisers vom 4. October.

Es ist nun sehr merkwürdig, daß in denselben Tagen des August, in welchen Lexington in Wien in dieser Weise sich irre führen ließ, ein ähnliches Gerücht sich in London erhob. Hier jedoch erfahren wir bestimmter, von woher das Gerücht entsprang. „Die Jacobiten hier

[1]) Bericht von Kaunitz und Stratemann, vom 2. November.

Digitized by Google

versichern, meldet Hoffmann dem Kaiser am 17. August, daß Ew. Majestät einen Sonderfrieden mit Frankreich schließen, und dann in Gemeinschaft mit dieser Macht einen Religionskrieg unternehmen werden, um den König Jacob wieder einzusetzen" [1]).

Das Gerücht tauchte in England abermals empor zur Zeit der Ankunft des Königs im October. Es gab sich stärker kund als früher, so sehr, daß Portland es an den Grafen Auersperg brachte, mit der Bitte es vor dem Beginne des Parlamentes zu entkräften. Auersperg wirkte in diesem Sinne [2]).

Das Parlament ward eröffnet. Auf die Glückwünsche Auerspergs zu den Beschlüssen desselben hielten ihm einige befreundete Mitglieder des Oberhauses die Frage entgegen: ob es wahr sei, daß der Kaiser die europäische Verwickelung in einen Religionskrieg umgestalten wolle. Auersperg erwiederte wie früher: der Kaiser habe beim Beginne diese Frage erwogen, habe demgemäß seinen Entschluß gefaßt und beharre bei demselben [3]).

In Wien ward dem Gerüchte keine weitere Beachtung geschenkt. Auch der König Wilhelm, nachdem er im August allzu rasch die Meldung Lexingtons für wahr genommen, mochte längere Zeit Bedenken tragen, sich wieder auf einen Glauben an dies Gerücht einzulassen. In dem Maße jedoch wie Callieres dem Dykvelt gegenüber im October und November seinen Ton steigerte, entfielen dem Könige Aeußerungen zu Auersperg: dies veränderte Verhalten des Callieres komme ihm fremd vor: es stecke darunter ein Geheimnis. Der Gesandte erwiederte: das Geheimnis bestehe darin, daß man in Holland die Friedensneigung allzu stark zu erkennen gegeben [4]).

Wir haben aus den eigenen Worten des Königs zu Heinsius vernommen, daß er genau derselben Ansicht war und insbesondere die Stadt Amsterdam für jenes Verhalten haftbar machte.

Und dennoch beharrte dem Grafen Auersperg gegenüber der König bei derartigen Anspielungen, daß dem Benehmen des Callieres irgend ein Geheimnis zu Grunde liege. Um die Sache klar zu stellen,

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 17. August.
[2]) Auerspergs Bericht vom 23. October.
[3]) Desgleichen vom 30. October. — Eben so Hoffmann.
[4]) Bericht vom 13. November.

Digitized by Google

erwiederte eines Tages der Gesandte: „Callieres hat zu Dykvelt geäußert, der Graf Maunsfeld habe den Auftrag mit Frankreich einen Sonderfrieden zu unterhandeln. Das Hinwerfen solcher unwahrer Aeußerungen ist bekanntlich eines der üblichen Mittel der französischen Politik, um Mistrauen zwischen den Verbündeten zu erregen. Diese Mittel sind hoffentlich verbraucht und abgenutzt". Der König gab keine positive Antwort [1]). Hatte er einen Grund zu diesem Verhalten? — Wir werden einige Wochen später, bei der Krisis der Verhandlungen mit Callieres, ihn selber sich aussprechen hören.

Das Parlament von England schritt unterdessen im November fort, wie es begonnen hatte. Nach den Berichten von Shrewsbury im Sommer 1696 hatte der König es für erforderlich erachtet, um die Kriegsmittel weiter bewilligt zu erhalten, dem Parlamente die Aussicht auf einen Friedens-Congreß zu zeigen. Es bedurfte dessen nicht mehr. „Wenn der König dem Parlamente freien Lauf läßt, meldet Auersperg bereits am 23. October/2. November: so ist ein überstürzter Friede nicht zu befürchten. Vielmehr steht zu erwarten, daß das Parlament den Abbruch der Beredungen zwischen Dykvelt und Callieres fordern wird." Wir haben gesehen, daß der König selbst dazu neigte, aber diesen Abbruch abhängig machte von Amsterdam, welches nicht wollte. Eine Aeußerung des Parlamentes von England in der Richtung, welche Auersperg andeutet, wußte der König, wie wir später aus seinen eigenen Worten vernehmen werden, wenn auch mit Mühe, dennoch mit Erfolg zu verhindern.

Wie die Beziehungen von England zu den auswärtigen Mächten vielleicht niemals mit so geringen directer Betheiligung von Engländern behandelt worden sind, wie überhaupt während dieses Krieges: so vor allem die Friedenssache. Der König hatte, nach herkömmlicher Weise, zwei Staats-Secretäre für die auswärtigen Angelegenheiten, Shrewsbury und Trumball. Der letztere suchte bald nach der Ankunft des Königs in England den Grafen Auersperg auf. „Es schien mir, meldet der Gesandte, daß dieser Staats-Secretär von den Intentionen des Königs in der Friedenssache sehr wenig unterrichtet ist, wie er

[1]) Bericht vom 17. November. — Eben so über die Behauptung des Callieres der Graf Kaunitz aus dem Haag, 22. November.

Digitized by Google

denn auch selbst sich sehr darüber beklagte“ [1]). Dies ist auch fortan der Standpunct Trumballs. Je zuweilen richtet er im Namen des Königs Aufträge an die Gesandten aus: über die letzten Intentionen Wilhelms III. bleibt er ohne Kunde.

In wie weit Shrewsbury bei den Angelegenheiten betheiligt wurde, haben wir vernommen aus seinem Briefwechsel mit dem Könige und dann mit Villiers im Haag. Es trat damals noch eine andere Sache hinzu, welche beitrug ihn völlig fern zu halten. Es war die durch Sir John Fenwick wider ihn erhobene Anklage auf frühere Beziehungen mit St. Germain.

Die Angelegenheit des Sir John Fenwick ist von ungemeiner Wichtigkeit für das innere Rechtsleben von England, und darum von englischen Historikern sehr eingehend behandelt. Für die europäische Verwickelung gegen das Ende des Jahres 1696 hat die Sache eher die negative Bedeutung, daß fast die gesammte Thätigkeit des Parlamentes für Wochen lang wesentlich durch diese eine Angelegenheit in Anspruch genommen wurde. Wir haben sie in den Grundzügen zu überblicken.

Fenwick war nicht betheiligt bei dem Mordplane vom Februar 1696, dagegen bei den Entwürfen einer jacobitischen Erhebung. Indessen er war ein notorischer Jacobit, und darum wurde nach der Entdeckung des Mordplanes auch auf ihn gefahndet. Für viele Monate hielt er sich verborgen. Die Prozesse der Verschworenen thaten dar, daß unter den Zeugen nur zwei durch ihre Aussagen ihm gefährlich werden konnten. Zwei Zeugen aber waren nach dem Gesetze im Falle eines Hochverrathes erforderlich zur Ueberführung. Die Freunde Fenwicks trachteten den einen der Zeugen, Porter, durch reiche Geldmittel zur Flucht nach Frankreich zu bewegen. Der Plan schlug fehl an dem Mistrauen Porters. Fenwick selber versuchte die Flucht. Sie mislang. An der Küste selbst wurde er verhaftet, im August 1696.

Er oder Andere für ihn ersannen ein anderes Mittel ihn zu retten, zunächst einen Aufschub zu erlangen. Er wandte sich an einen der Regenten, den Herzog von Devonshire. Er erbot sich dem Könige alles was er wisse zu entdecken. Zu diesem Zwecke überlieferte er dem

[1]) Auerspergs Bericht vom 9./19. October.

Digitized by Google

Herzoge eine Schrift[1]). In derselben traten als Jacobiten voran Shrewsbury, Godolphin, Marlborough und Russel. Und zwar bezogen sich die Angaben auf das Jahr 1692.

Ob und in wie weit damals diese vier Personen ihre Betheuerungen dem Könige Jacob gegenüber aufrichtig gemeint hatten, muß für immer dahin gestellt bleiben. Daß die Angaben Fenwicks begründet waren, liegt uns Späteren vor Augen.

Der König erhielt die Schrift in Loo, im Anfange September. Er theilte sie zunächst dem Grafen Portland mit.

Es erwächst also die Frage, ob der König und Portland den Angaben Fenwicks Glauben beimaßen. Angenommen auch, daß sie von den Beziehungen Shrewsburys, Russels, Godolphins mit St. Germain im Jahre 1692 keine nähere Kunde hatten, so hatte doch damals der König Anlaß gehabt, den Grafen Marlborough in den Tower zu setzen, und gerade Portland war der Ueberbringer dieses Befehles an die Königin Mary gewesen. Gegen Marlborough muß also damals ein evidentes Zeugnis vorgelegen haben. Wenn aber Fenwick in diesem einen Falle das Richtige getroffen, so sprach die Wahrscheinlichkeit auch für die anderen Angaben. Wir erinnern uns, auf welche Weise der König den Grafen Shrewsbury zur Wiederannahme der Siegel als Staats-Secretär genöthigt (Bd. VI, S. 292 u. f.).

Es ist daher sogar sehr wohl möglich, daß Fenwicks Papier für den König gar nichts enthielt, was er nicht längst wußte, und zwar sicherer und genauer als Fenwick. Aber wir haben besonders an dem Verfahren in Betreff Marlboroughs im Jahre 1692 erkannt, daß der König sich begnügte mit der Vereitelung des Planes seiner Widersacher, daß er dann die Sache in Vergessenheit begrub, namentlich an eine Rache nicht gedachte. Daß ein wesentliches Motiv dafür war ein hoher Sinn, haben wir in Bezug auf Ludwig XIV. ersehen in dem Prozesse wider Grandval. In Bezug auf England trat noch ein anderes wichtiges Motiv hinzu, dasjenige des wahrhaften Königs, der das Ganze ins Auge faßt, der nicht seine großen Ziele gefährden will durch das gleichzeitige Verfolgen von kleineren. Um der großen Ziele willen opferte Wilhelm III. persönliche Neigungen und Abneigungen.

[1]) Abgedruckt bei Dalrymple t. III[II], p. 275.

Digitized by Google

Es iſt moraliſch unmöglich, daß er vor dem Charakter Marlboroughs irgend welche Achtung haben konnte; aber er anerkannte die Befähigung, und darum zog er ihn wieder in Dienſt, ſo bald das Intereſſe Marlboroughs eine Bürgſchaft gab für ſeine Treue. Das Vertrauen des Königs in alle dieſe Perſönlichkeiten hatte eine ſcharf gezogene Grenze: es war diejenige der ſpezifiſch engliſchen Angelegenheiten. Gingen ſie um mit Verrath, ſo mußte dieſer Verrath ſich kehren gegen das eigene Vaterland.

So viel alſo auch Wilhelm III. von dem Verkehre dieſer vier Perſönlichkeiten, Shrewsbury, Godolphin, Marlborough, Ruſſel, mit St. Germain wiſſen mochte: er hatte ſie deshalb nie zur Rechenſchaft gezogen. Nun aber ſollte die Nöthigung dazu ihm auferlegt werden von außen her. Denn dies war nach der Anſicht des Königs, und mit großer Wahrſcheinlichkeit, der Plan Fenwicks und derjenigen, die ihn beriethen. Nicht auf ſeine eigene Rettung ſo ſehr zielte das Geſtändnis Fenwicks, als auf den Zwieſpalt des Königs mit ſeinen Räthen. Es kam dazu, daß, noch bevor die Sache in England öffentlich bekannt wurde, Villiers im Haag von Genf aus erfuhr: man habe aus Frankreich die Mittheilung, daß Fenwick vornehme Räthe des Königs anklage. Demnach lag die Combination nahe, daß die Angaben Fenwicks einem franzöſiſch-jacobitiſchen Plane entſprangen[1]).

Der Plan indeſſen litt an einem argen Fehler. Fenwick und ſeine Berather mochten das was er in ſeinem Bekenntniſſe vorgebracht, ſicher zu wiſſen glauben; aber er machte ſich darin nicht anheiſchig, auch Beweiſe zu erbringen, welche ſeine Anklagen für Andere als glaubhaft darthun konnten. Er wußte alles nur vom Hören-Sagen. Von dieſem Puncte aus faßte ihn der König Wilhelm. Indem er nicht ſich einlaſſen wollte auf irgend eine Anklage gegen die vier Perſonen, deren Vergehen wider ihn er bei ſich längſt begraben, behandelte er Fenwick als Verleumder. Er ſandte eine Abſchrift des Bekenntniſſes an Shrewsbury. „Sie können ſich, fügte er hinzu, mein Erſtaunen denken über die Frechheit Sie anzuklagen. Sie ſind, glaube ich, allzu ſehr überzeugt von dem völligen Vertrauen, das ich in Sie ſetze, als daß Sie ſich dem Gedanken hingeben werden, dieſe Anklage

[1]) Shrewsbury Correspondence p. 329.

Digitized by Google

habe irgend welchen Eindruck auf mich gemacht, oder gar, die Uebersendung geschehe aus diesem Grunde. Beachten Sie die Aufrichtigkeit dieses ehrlichen Mannes, wie er sich nennt, der nur Personen meines Dienstes anklagt, und von seiner eigenen Partei auch nicht Einen. Sein Ziel ist Zeit zu gewinnen für seinen Prozeß. Das soll ihm nicht gelingen. Legen Sie der Regentschaft das Schriftstück vor." So am 10. September von Loo aus [1]).

Die Antwort Shrewsburys war dankeserfüllt. Er wolle, sagte er, aufrichtig alles bekennen was er gethan. Er berichtete dann über ein Zusammen-Treffen mit seinem Verwandten Middleton im Jahre 1692. Er schloß mit den Worten: „Ew. Majestät kennen nun mein ganzes Verbrechen, und ich hoffe, es ist nicht schwerer als ein König verzeihen kann" [2]).

Man wird nicht bezweifeln dürfen, daß dasjenige was Shrewsbury berichtet, sich so verhielt. Auch konnte damit die Ungenauigkeit dessen, was Fenwick über ihn ausgesagt, als dargethan angesehen werden. Allein Fenwick wußte nicht alles. Wir erinnern uns der bestimmten Worte von Jacob II. an Ludwig XIV.: „Shrewsbury hat auf meinen Befehl seine Stelle als Staats-Secretär niedergelegt" [3]). Demnach ließ die Rechtfertigung Shrewsburys eine große Lücke. Aber der König Wilhelm sah diese Lücke nicht, weil er sie nicht sehen wollte. Er sei, sagte er, durch die Antwort völlig überzeugt, sein Vertrauen gesteigert [4]).

Man hätte denken sollen, daß solche Worte des Königs den Herzog von Shrewsbury völlig befriedigen würden. Es war nicht der Fall. Die Rückkunft des Königs, die Session des Parlamentes stand bevor. Eben damals zog sich der Staats-Secretär zurück auf seinen einsamen Landsitz Eyford in Gloucestershire. Der König kam an. Unter den ersten Männern des Landes, die ihn empfingen, fehlte Shrewsbury. Er habe einen Fall vom Pferde gethan, meldete er, und spucke Blut. Die Freunde baten ihn, durch sein Erscheinen der Verleumdung zu trotzen. Der König schrieb an ihn in den freundlichsten Ausdrücken. Shrewsbury antwortete mit der Bitte um seine

[1]) Shrewsbury Correspondence p. 145.
[2]) A. a. O. p. 148.
[3]) Macpherson's Original Papers, vol. I, p. 435.
[4]) Shrewsbury Correspondence p. 151.

Digitized by Google

Entlassung. Der König rieth ihm um seiner selbst willen dies nicht zu thun, nicht der Verleumdung eine Handhabe zu bieten. Portland wies hin auf das Beispiel Russels, der aus sich selber sich so halte, wie die Freunde Shrewsburys es von ihm wünschten. Shrewsbury gab in so weit nach, daß er einstweilen seine Bitte zurücknahm. So am 22. October/1. November[1]).

Man hat dies Verhalten Shrewsburys dem geknickten Bewußtsein beigemessen, indem er, der sich schuldiger fühlen mußte als er selber angegeben, von dem Könige so nachdrückliche Betheuerungen der Huld empfing. Dabei jedoch dürfte ein anderes Motiv übersehen sein. Allerdings überhäufte ihn der König mit Versicherungen seines Vertrauens; aber um so tiefer mochte Shrewsbury empfinden, daß der König es ihm durch die That nicht bewies. Der erste Staats-Secretär von England wußte von dem Stande der Friedenssache nach wie vor eben so viel, wie jeder andere Engländer wissen konnte, und weniger als jeder Holländer. Shrewsbury sprach dies Motiv seines Handelns nicht offen aus; aber nur dadurch wird dasselbe völlig erklärlich.

Die äußerliche Rechtfertigung Shrewsburys für sein Fernbleiben lag in seiner Krankheit. Nur durch die Berufung darauf konnte er den Bitten und Mahnungen der Führer der Whig-Partei widerstehen. Die Sache des Fenwick nahm auch so ihren für ihn günstigen Verlauf.

Aus der ersten Mittheilung des Königs an Shrewsbury haben wir ersehen, daß er den Prozeß Fenwicks nicht verzögert wissen wollte. Allein obwohl die eigentliche Sache geheim blieb, so sickerte doch das Gerücht aus, daß Fenwick wichtige Eröffnungen gemacht. Es war demnach zu erwarten, daß das Parlament die Sache an sich ziehen werde. Die Regentschaft wagte darum nicht mit dem Prozesse vorzugehen. Sie schob die Sache hinaus bis auf die Ankunft des Königs.

Erst nach derselben theilte Wilhelm III. dem Admiral Russel die Angelegenheit mit. Die Führer der Whig-Partei hielten wiederholte Berathungen, auf welche Weise die Sache ans Parlament zu bringen. Es ward verabredet den König zu bitten, daß er den Fenwick über seine Anklagen verhöre und diese als in sich nichtig zurückweise, daß jedoch dann Russel als Betheiligter den König um die Erlaubnis bitte,

[1]) Sämmtliche Briefe in Shrewsbury Correspondence.

Digitized by Google

die Angelegenheit im Parlamente zur Sprache zu bringen. Es stand zu erwarten, daß in diesem Falle die gesammte Whig-Partei für ihre Mitglieder Shrewsbury und Russel eintreten würde. Allein es war dabei ein Hindernis. Unter den vier hauptsächlichen Personen, die Fenwick genannt, war auch Godolphin, der Tory. Für diesen durfte nicht die gleiche Bereitwilligkeit erwartet werden. Er war demnach in seiner amtlichen Stellung ein Hindernis, das beseitigt werden mußte. Die Aufgabe fiel dem Grafen Sunderland zu. Er löste sie zur vollen Zufriedenheit des Königs und der Whig-Partei. Man darf den König mit der Partei zusammen nennen; denn der Gang der Dinge beweist das Einverständnis. Godolphin als erster Lord des Schatzamtes bat um seine Entlassung. Sunderland scheint ihn gekirrt zu haben mit der Vorspiegelung, daß diese Bitte erforderlich sei, um einen Ausspruch des Vertrauens von Seiten des Königs für ihn zu erlangen. Allein in den Augen des Königs lag für Godolphin, den Tory, die Sache anders als für Shrewsbury, den Whig. Zur Ueberraschung von Godolphin ward seine Bitte sofort gewährt [1]).

Nach der Beseitigung dieser Persönlichkeit war, da Marlborough nicht ausdrücklich einer Partei angehörte, die Angelegenheit die Sache der Whigs. „Die Anklage, hieß es dort, trifft die ganze Partei, als ob sie insgesammt jacobitisch wäre. Ja der Mordplan selber fällt dann auf sie" [2]). Es war also vorauszusehen, daß sie jegliche Anklage gegen Mitglieder ihrer Partei zurückweisen würde.

Der König lud Fenwick vor. Die Antworten desselben waren ausweichend, unbefriedigend. Wenn, wie höchst wahrscheinlich, er benutzt wurde als Werkzeug von Frankreich aus: so war der Plan in so weit unzulänglich, daß man ihm zu seinen Anklagen nicht auch feste Anhaltspuncte für dieselben in die Hände gab. Denn es scheint, daß Fenwick dennoch nicht mehr wußte als er sagte. Der König behandelte ihn demnach als Verleumder. Er entließ ihn mit den Worten, daß er nichts mehr von ihm hören wolle.

---

[1]) Namentlich die Briefe von Somers an Shrewsbury, in der Correspondence of Shrewsbury p. 419 sqq. Somers sagt: Godolphin is directly tricked in this matter.

[2]) Somers an Shrewsbury, 31. October/10. November.

Digitized by Google

Andererseits ist wahrscheinlich, daß zu dem ausweichenden Verhalten des Fenwick in dieser Audienz nicht wenig beigetragen habe seine Meinung, daß er dennoch sicher sei. Denn in denselben Tagen war seinen Freunden das was früher mit dem einen Zeugen wider ihn, Porter, misglückt war, gelungen mit dem anderen, Goodman. Man hatte ihn durch Geld zur Flucht nach Frankreich bewogen. Demnach war nur noch Ein Zeuge da, der gesetzlich zur Ueberführung nicht ausreichte. Fenwick meinte sich für sicher halten zu dürfen. „Allem Ansehen nach, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, dürfte er darin sich betrogen finden; denn das Parlament wird gegen ihn eine Bill of attainder beschließen, das heißt seine Hinrichtung ohne die Form eines Prozesses" [1]). So am 6./16. November, also mehrere Tage vorher. Demnach kann dieser Antrag das Parlament nicht in dem Maße überrascht haben, wie häufig angenommen wird.

Die Sache verlief gemäß dem Plane der Whig-Partei. Russel erbat und erhielt vom Könige die Erlaubnis die Sache an das Unterhaus zu bringen. Russel, der selber am besten wissen mußte, wie es darum stand, erhob gegen Fenwick die Anklage. „Er redete, sagt ein Augenzeuge, angemessen und bescheiden" [2]). Nach der Correspondenz, welche damals Russel mit Shrewsbury unterhielt, scheinen der Eine wie der Andere gegenseitig von den früheren Verbindungen mit St. Germain nichts gewußt zu haben. „Was Fenwick gegen uns vorbringt, sagt Russel, ist so haltlos, daß kein rechtlicher Mensch ihm Glauben beimessen wird" [3]). In der That war es die Ansicht der Unbetheiligten: es sei unmöglich zu glauben, daß Shrewsbury und Russel für eine andere Regierung sein könnten als diejenige des Königs Wilhelm, unter welchem sie in einer solchen Stellung, solchem Ansehen, daß der König Jacob sie nicht mehr erhöhen könne [4]). Zu dieser allgemeinen Ansicht trat dann im Unterhause die besondere Strömung der Whig-Partei. Fenwick wurde vorgeladen. Seine Aussagen waren unbefriedigend. Die Verhandlungen zogen sich hin bis in die Nacht. Dann erfolgte

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6./16. November.
[2]) Vernon an Shrewsbury, 6./16. November.
[3]) Russel an Shrewsbury, 5./15. November.
[4]) Hoffmanns Bericht vom 6./16. November.

Digitized by Google

der Beschluß: die Angaben von Sir John Fenwick seien falsch, ersonnen zum Zwecke der Erregung von Zwietracht und Aergernis.

„Ich darf als ganz gewis versichern, meldet Somers an Shrewsbury, daß lediglich die feste Ueberzeugung unserer Freunde zu Ihren und zu Russels Gunsten sie vermocht hat zu einem einstimmigen Votum solcher Art, wie sie sonst, nach Ihrer sehr richtigen Bemerkung, es nicht leicht fällen" [1]).

Shrewsbury und Russel waren dadurch frei gesprochen. Und dann wandte sich der Sturm gegen Fenwick. Wir haben vernommen, daß von Unbetheiligten eine Bill of attainder wider ihn vorhergesehen wurde. Der Antrag eine solche Bill einzubringen ward gestellt. Es stimmten 179 für, 61 dagegen.

Für Wochen lang nahm fortan diese Bill of attainder das politische Leben von England in Anspruch. Graf Auersperg hielt einigen Engländern entgegen, daß in der Errichtung einer solchen Bill König und Parlament so despotisch handelten wie keine Regierung auf dem Festlande es vermöchte [2]). Die Engländer verneinten nicht. In diesem Falle jedoch, sagten sie, sei es eine Nothwendigkeit. Richtiger vielleicht war es eine Parteisache der Whigs. Dennoch ist oft hervorgehoben worden, daß von einer Abstimmung zur anderen sich die Stimmenzahl minder ungünstig für Fenwick stellte. Bei der ersten Abstimmung im Unterhause waren 196 für die Bill, 102 dagegen. Bei der zweiten 182 dafür, 128 dagegen. Bei der dritten 189 dafür, 156 dagegen [3]).

Die Bill gelangte demnach an das Oberhaus. In demselben saßen zwei der Personen, die Fenwick angegeben hatte, Marlborough und Godolphin. Nach der Verlesung des Schriftstückes erhob sich Marlborough und erklärte auf sein Ehrenwort, daß er seit der Thronbesteigung des Königs keinen Verkehr irgend welcher Art mit Fenwick gehabt. Dies hatte jedoch Fenwick gar nicht einmal behauptet, sondern die Verbindung Marlboroughs mit St. Germain. Darüber schwieg Marlborough. Anders Godolphin. Die Behauptung, daß er irgend

[1]) Somers an Shrewsbury, 7./17. November.
[2]) Auersperg an Kinsky, 4./14. December.
[3]) Commons' Debates t. III, p. 60.

Digitized by Google

welche Verbindung mit St. Germain gehabt, sagte er, sei so falsch wie irgend etwas in der Welt [1]).

Bei den ersten beiden Abstimmungen betrug die Mehrheit für die Bill 20 Stimmen, nämlich 73 : 53, und 73 : 55. Man wußte, daß der König für die Bill war [2]). Es kam die dritte Abstimmung, die entscheidende. Eine Reihe von Lords schwenkten um. Bis dahin, sagten sie, hätten sie für die Bill gestimmt, um Fenwick einzuschüchtern, und dadurch ihn zum offenen Geständnisse zu bringen. Dies sei nicht gelungen. Aber nun einem Menschen, der nicht wegen des Mordplanes, sondern nur wegen der Invasion angeklagt sei, auf das Wort eines einzigen Zeugen hin, das Leben abzusprechen, verstoße nicht bloß wider den Wortlaut des Gesetzes, welches zwei Zeugen erfordere, sondern sei auch ungerecht in sich selber, zumal da verschiedene des Mordplanes Angeklagte dennoch unerreichbar wären, weil nur Ein Zeuge wider sie sich fände. So redeten namentlich die Lords, welche den Sommer hindurch die Regentschaft geführt, mit Ausnahme des Erzbischofs von Canterbury, Tenison. Ein Mitglied der Whig-Partei meinte diesem Vertreter der Hochkirche die Anerkennung zollen zu müssen: er habe gesprochen mit dem Muthe und der Beredsamkeit des Apostels Paulus. [3]) Gleich wie er stimmten elf andere Bischöfe der Hochkirche für die Bill of attainder. Eben so Marlborough, nicht Godolphin. Die dritte Abstimmung ergab 68 Stimmen für und 61 Stimmen dagegen [4]). Der König konnte danach nicht mehr ihn begnadigen. Er konnte nur noch die Hinrichtung hinausschieben, endlos. Es geschah nicht. Das Haupt Fenwicks fiel auf Towerhill. Er war das letzte Opfer einer Bill of attainder.

Es ist möglich und sehr wahrscheinlich, daß zu diesen Beschlüssen gegen Fenwick mitwirkte der Verdacht, daß er die Anklagen auf französisch-jacobitische Anstiftung erhoben, um in England Verwirrung anzurichten. Andererseits mochten beitragen die Gerüchte von neuen Mordplanen wider den König Wilhelm. Sie kamen von verschiedenen Seiten.

---

[1]) Shrewsbury Correspondence p. 439. Wharton an Shrewsbury, 1./11. December.

[2]) A. a. O. p. 435. Somers an Shrewsbury, 24. November/4. December.

[3]) Lexington Papers p. 237. Vernon an Lexington, 25. December.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 4. Januar 1697. — Lords' Debates t. I, p. 463.

Digitized by Google

Der Kaiser ließ den König warnen vor einem Conte Boselli, der, wegen vielfacher Verbrechen aus allen anderen Staaten Italiens ausgewiesen, damals auf französische Empfehlung vom Herzoge von Mantua aufgenommen, von einer französischen Pension dort lebte. Die näheren Erkundigungen bestätigten die Gefährlichkeit dieses Individuums, so daß die Sache sehr ernsthaft genommen wurde [1]). Bestimmteres über einen damaligen Plan des Boselli findet sich nicht; allein wir werden später ersehen, daß die Besorgnis vor der Verwegenheit dieses Verbrechers darum nicht erlosch, daß sogar Wilhelm III. selber sie als wohl begründet anerkannte.

Eine andere Anzeige eines Mordplanes gegen den König ward in Rotterdam gemacht wider eine Persönlichkeit, die im Begriffe stand nach England hinüber zu fahren. Es ergab sich kein zwingender Beweis. Viele Monate später fand man den Angeber in Harlem von drei Dolchstichen durchbohrt, mit einem Papier in der Hand, auf welchem die Worte: „Du wirst keine Anzeige mehr machen" [2]).

Andere Besorgnisse regten sich in England. Wir haben aus den Worten des Königs an Heinsius vernommen, daß er nicht sicher sei vor einem Landungsversuche während des Winters selbst. Weit lebhafter noch tritt uns diese Besorgnis entgegen in den Aeußerungen Russels und Shrewsburys. Der Erstere stellt es im December als unzweifelhaft hin, daß Frankreich einen furchtbaren Plan vorbereite, daß in diesem Falle England wehrlos sei, weil die Flotte mit Lebensmitteln nicht versehen, die Regierung ohne Geld und ohne Credit [3]).

Die Besorgnis Russels war allgemeiner Art. Bestimmter tritt dieselbe bei Anderen auf. Es gehe das Gerücht, meldet Hoffmann, daß Parker sich in London aufhalte. Wir haben die Qualification Parkers kennen gelernt im Prozesse Grandval im Jahre 1692. Hoffmann fügt hinzu, daß die weite große Stadt London sei wie eine Welt für sich, in der es fast unmöglich, solche Persönlichkeiten ausfindig zu machen [4]). Mindestens eben so schreckend war ein Bericht, der von Paris aus nach dem einsamen Eyford gelangte. Der Herzog von

[1]) Lexington Papers p. 247 und p. 259.
[2]) A. a. O. p. 272.
[3]) Shrewsbury Correspondence p. 441.
[4]) Hoffmanns Bericht vom 23. November.

Digitized by Google

Shrewsbury meldete den Inhalt an Portland. Der König Jacob in St. Germain werde gehätschelt wie je zuvor. An seinem Hofe, früher einsam und verlassen, drängten sich wieder die französischen Edelleute. Es sei gefährlich in Paris zu sagen, daß Ludwig XIV. den König Wilhelm anerkennen werde. Lady Tyrconnel sei für eine Aeußerung solcher Art kaum dem Gefängnisse entgangen. Der Marschall Villeroy werde in Dünkirchen erwartet, ähnlich wie ein Jahr zuvor Boufflers in Calais. Einige Tage später meldet er eine andere Nachricht, noch ungleich bedrohlicher: nach sicherer Meldung befinde sich Sir George Barkley auf englischem Boden. „Um Gottes Willen, fügt er hinzu, bitten Sie den König Sorge zu tragen für sein Leben, und sagen Sie ihm, daß ich auf meinen Gewährsmann mich verlassen kann" [1]).

Es ist möglich, daß diese Nachrichten düster gefärbt waren, zumal da sich von einer damaligen Thätigkeit des Barkley auf englischem Boden weiter nichts ergibt. Aber der Eindruck, den solche Nachrichten machten, war darum derselbe, und trug der Natur der Dinge nach mit bei zu der Erbitterung des Parlamentes gegen Fenwick und zum Geschicke desselben.

Unterdessen steigerte sich in Holland die Sprache des Callieres. Am 10./20. November berichtete Dykvelt im Congresse, daß Callieres in Betreff der Befestigungen von Luxemburg nicht nachgebe. In der Sitzung vom 13./23. meldete er, daß er das vorige Mal vergessen habe, noch eine andere Aeußerung zu berichten. Callieres habe statt des früheren Erbietens, eine schriftliche Zusage für die Anerkennung des Königs von England vor dem Friedensvermittler abzugeben, nunmehr erklärt, daß er dies nur mündlich den holländischen Ministern versprechen wolle. Auf die Vorstellungen Dykvelts habe er erwiedert: so laute der ausdrückliche Befehl seines Hofes [2]).

Der Aufschub der Mittheilung an den Congreß um drei Tage deutet an, daß die Souveräne Dykvelts, die Generalstaaten, oder richtiger die Stadt Amsterdam geschwankt hat, ob die Sache an den

[1]) Shrewsbury Correspondence p. 161. Schreiben vom 10./20. November.

[2]) Schreiben des Secretärs Kotzebue im Haag, vom 24. November, in den Robethon-Papieren des St. A. H.

Digitized by Google

Congreß zu bringen sei. Denn eine Thatsache von solchem Gewichte, und die Pflicht sie kund zu geben, wird nicht freiwillig vergessen. Die Sache lag anders. Die Erklärung des Callieres war die bis dahin stärkste Versuchung von Seiten Ludwigs XIV. für die Holländer zum Sonderfrieden. Sie brachte die Sache zur Krisis. Wenn Amsterdam sich auf die Erklärung des Callieres als genügend einließ: so war die Spaltung in der Allianz da. Indem die Republik die Erklärung des Callieres durch Dykvelt an den Congreß bringen ließ, ohne ihrerseits eine Willensäußerung über das Annehmen oder Ablehnen hinzuzufügen, gab sie eine Unentschlossenheit kund, die unter diesen Umständen den französischen Wünschen nicht entsprach. Denn daß im Congresse eine Gegenwirkung erfolgen werde, war mit Sicherheit vorauszusehen.

Auf die Mittheilung Dykvelts nahm sofort der kaiserliche Botschafter, der Graf Kaunitz, als Präsident des Congresses, das Wort. „Ich hoffe, sagte er, alle Verbündete werden mit mir darin einig sein, daß die Anerkennung des Königs von England ein nothwendiger Präliminar-Artikel ist, von welchem unter keiner Bedingung abgegangen werden darf." Die sämmtlichen Gesandten stimmten bei. Heinsius fügte hinzu: „Alle Umstände deuten auf geheime Plane von Seiten Frankreichs, und darum müssen wir uns vorbereiten auf einen nachdrücklichen Krieg" [1]).

Offenbar eignet sich diese Rede von Heinsius mehr für einen Minister Wilhelms III. als für den Rathspensionär der Stände von Holland, unter denen die Stadt Amsterdam ein so gewichtiges Wort mitsprach. Dennoch hätte er so nicht reden dürfen geradezu wider den Willen derselben. Es ist der Beweis, daß jene Eröffnung des Callieres in Amsterdam ein Schwanken hervorgerufen hatte.

Eben dasselbe ist an einer anderen Thatsache zu erkennen. Einer der für den Frieden eifrigsten Bürger von Amsterdam, der reiche Kaufmann Molo, drängte in Callieres mit der Frage: woher sein Zurückweichen von dem früheren Versprechen der Anerkennung Wilhelms III. durch ein Schriftstück. Callieres erwiederte offen genug: sein König wolle die Jacobiten in England nicht entmuthigen [2]).

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 24. November. — Eingehender noch derjenige des Secretärs Kotzebue in den Robethon-Papieren des St. A. H.

[2]) Desgleichen. Vgl. das Schreiben des Königs bei Grovestins t. VI, p. 591.

Digitized by Google

Dem Könige Wilhelm gegenüber hatten Dykvelt und Heinsius jene Erklärung des Callieres auch nicht eine Stunde verhehlt. Am selben Tage, an welchem Dykvelt sie dem Congresse eröffnete, dem 13./23. November, schrieb der König bereits seine Antwort nieder. Sie vor allem zeichnet die Lage der Dinge. „Die Chicanen des Callieres, sagt er, sind unerträglich. Die Schwierigkeit, die er jetzt macht in Betreff einer schriftlichen Zusage für meine Anerkennung, die er früher schon zugestanden, ist von solcher Beschaffenheit, daß ich, bevor sie gehoben ist, in einen Friedens-Congreß nicht willigen kann. Dies muß ihm ausdrücklich gesagt werden. Weigert er sich, so kann sein Beweggrund nur der sein, mich betrügen zu wollen. Diese Absicht würde stimmen zu dem Gerüchte, welches die Jacobiten hier ausbreiten, nämlich daß der König von Frankreich vor kurzer Zeit in Fontainebleau dem Könige Jacob erneute Versicherungen gegeben. Bisher habe ich mit großer Mühe eine Adresse des Parlamentes verhindert, durch welche ich ersucht werden sollte, mich nicht in eine Friedenshandlung einzulassen, wenn nicht meine Anerkennung vorhergegangen. Sie begreifen also, daß ich in irgend einem der von Callieres bereits zugestandenen Puncte weder nachlassen kann noch will" [1]).

Wir haben uns zu erinnern, daß sowohl die Verhandlungen Dykvelts mit Callieres, als diejenigen des Congresses der Gesandten im Haag, nicht weiter verlauteten als in die nächst betheiligten Kreise. In England namentlich wurden sie sehr wenigen Personen kund. Der Graf Auersperg theilte sie einigen Mitgliedern des Parlamentes im Vertrauen mit. Sie erwiederten, daß, wenn das Parlament eine offizielle Kunde erhalten könne, es sofort eine Adresse an den König beschließen würde. Der Gesandte hatte nicht den Beruf eine solche Kunde zu geben. [2]) Der König wollte sie nicht geben, weil, wie wir aus seinen eigenen Worten vernommen, er bereits zuvor eine solche Adresse hintangehalten. Und zwar wollte er eine solche Adresse nicht, aus Besorgnis, daß sie, anstatt vortheilhaft auf Amsterdam zu wirken, die Stadt einschüchtere, sie um so geneigter mache für die französischen Vorschläge. Nicht das Parlament von England sollte seine Stimme

[1]) Grovestins t. VI, p. 590.

[2]) Auerspergs Berichte vom 27. und 30. November.

Digitized by Google

erheben, sondern die Stadt Amsterdam. Deshalb verstärkte der König einige Tage später seine Aufforderung an dieselbe durch Heinsius. „Das unumwundene Eingeständnis des Callieres an Molo, daß Frankreich die Jacobiten in England nicht entmuthigen wolle, befestigt meine Ansicht über den mich betreffenden Präliminar-Artikel. Demnach ist meine Meinung, daß wir entweder zu einem Schlusse kommen müssen, oder abbrechen. Indessen, wenn der Bürgermeister Boreel oder Amsterdam mit Nachdruck reden wollte: so bin ich sicher, daß wir zu einem guten Ende gelangen. Wenn nicht, so sind wir verloren" [1]).

Die letzten Worte des Königs sind sehr merkwürdig. Nach seiner Ansicht ist demnach nicht er selber, oder das Parlament, nicht der Kaiser, noch irgend ein Anderer, die entscheidende Macht, sondern die Stadt Amsterdam und der Bürgermeister Boreel.

Es kam also darauf an, ob diese, wie der König sagt, mit Nachdruck zu Callieres reden würden.

Einstweilen hatte die Richtung, in die der König durch die Unterordnung aller Dinge unter das Votum der Stadt Amsterdam einlenkte, andere Consequenzen. Sie trübte mehr und mehr das Verhältnis des Königs zu dem Kaiser. Wir erinnern uns der Aeußerungen, durch welche Wilhelm III. dem Grafen Auersperg gegenüber das veränderte Verhalten des Callieres, im October und November, nicht auf den eigentlichen Grund zurückzuführen suchte, auf die Friedensneigung der Republik und insbesondere der Stadt Amsterdam, sondern auf das Verhalten des Kaiserhofes. Der König ging darin weiter.

Einige Tage, nachdem er jenen Brief an Heinsius geschrieben, beschied er den kaiserlichen Gesandten ausdrücklich zu sich. „Ich darf Ihnen nicht mehr verhehlen, begann Wilhelm III., daß ich von allen Seiten Nachrichten erhalten, und fast, so schwer es mir auch wird, daran glauben muß, daß der Kaiser mit Frankreich geheim verhandelt, und daß diese Krone ihm große Vortheile verheißen, wenn er, mit Ausschluß von England und Holland, auf einen Sonderfrieden eingehen will. Die Verhandlungen geschehen durch Jesuiten, mit der Zustimmung des Papstes, und das Ziel ist den Krieg zu wandeln in einen Religionskrieg. Zunächst dem Könige Jacob ist diese Zusicherung

[1]) Grovestins t. VI, p. 591. Schreiben vom 27. November.

Digitized by Google

gegeben. Dann will der König von Frankreich den westfälischen Frieden ohne Einschränkung herstellen. Er will Lothringen zurückgeben. Die Bedenken, welche diese Angaben bei mir erwecken, werden um so gewichtiger, je mehr Callieres sich von allem früher Versprochenen zurückzuziehen sucht. Ich habe dem Kaiser gegenüber in aller Beziehung aufrichtig und offenherzig gehandelt, ihm alles mitgetheilt, was mit dem Könige von Frankreich vorgefallen. Mir dagegen ist keine Eröffnung geschehen über die Verhandlungen in der Schweiz, obwohl ich so gewis weiß, wie ich Sie vor mir stehen sehe, daß Verhandlungen statt gefunden. Dasselbe was damals, kann auch heute wieder geschehen. Ich verlange also, daß Sie in meinem Namen dem Kaiser dies auf das kräftigste vorstellen, ihm erklären: ich wolle nicht hoffen, daß der Kaiser ohne Mittheilung an mich derartige Schritte thue. Auch zweifele ich nicht, daß der Kaiser auf diesen so wohl begründeten Verdacht eine Erläuterung geben wird. Ich weiß zwar wohl, daß der Kaiser den Artikel der Neutralität Italiens, durch welchen der Herzog von Savoyen sich zum Friedensvermittler aufwerfen wollte, selbst cassirt hat. Allein alles dies ist doch geschehen ohne eine Mittheilung an mich."

Auersperg erwiederte: „Ich werde nicht ermangeln den Befehl auszuführen, muß jedoch meine Ansicht dahin aussprechen, daß die Berichte, die Ew. Majestät erhalten, durchaus unglaubwürdig sind. Der Kaiser weiß eine Religionssache zu unterscheiden von derjenigen der Uebermacht Frankreichs und dem Kampfe gegen dieselbe. Das Erzhaus Oesterreich hat seit vielen Jahren getrachtet, eine aufrichtige Allianz mit England zu erhalten. Daß es von diesem Gedanken ablassen sollte, ist mir unfaßbar. Wahr dagegen ist, daß die Jacobiten hier in diesem Sinne reden und Gerüchte ausstreuen, als wolle der Kaiser sich lossagen von England. Ich habe auf derartige Reden immer mit Lachen geantwortet". — Der König erwiederte: „Auch ich weiß, daß die Jacobiten solche Nachrichten aus Frankreich erhalten, und damit ihre Partei zu erfreuen und zu ermuthigen suchen. Wenn mein Verdacht sich nur auf solche Gründe stützte, so würde ich Ihnen denselben nicht vertraulich eröffnet haben. Allein ich wiederhole, daß seit geraumer Zeit man von allen Orten her mir Mittheilungen darüber gemacht". — Der Gesandte entgegnete: „Ich erkenne es durchaus für rathsam an, daß Ew. Majestät mir diese Mittheilung gemacht.

Digitized by Google

Denn es ist ja vor allen Dingen nothwendig, daß gerade Ew. Majestät und der Kaiser gegenseitig kein Mistrauen aufkommen lassen, weil nur durch das Einverständnis der beiden Häupter man hoffen darf, aus diesem grausamen Kriege wohl heraus zu kommen. Denn Ew. Majestät mögen auch erwägen, welche Sicherheit aus Sonderverhandlungen mit Frankreich erwachsen kann". — Der König suchte auszuweichen, Auersperg indessen fuhr fort: „Nach meiner Ansicht müßte man dem Callieres schärfer zureden, um endlich klar zu sehen, was von dort her zu erwarten". Der König erwiederte: er habe Befehle in dieser Richtung gegeben. Wenn Callieres nicht andere Instructionen erhalte, namentlich in Betreff der Anerkennung seiner als des Königs von England: so müsse die Verhandlung abgebrochen werden. „Melden Sie endlich noch dem Kaiser, schloß der König die Audienz, daß mir nichts daran liegt, ob er den Frieden macht ob ich, wenn er nur mit Einigkeit und gut gemacht wird; denn bei einer Trennung wird, direct oder indirect, nur Frankreich gewinnen" [1]).

Es erwächst also die Frage: ob der König Wilhelm sich von der französischen Arglist so weit hatte bethören lassen, an Gerüchte solcher Art zu glauben. Ich halte es nicht für überflüssig hinzuzufügen, daß jede thatsächliche Grundlage von Seiten des Kaisers für diese Gerüchte fehlt.

Wilhelm III. berichtet über dieselbe Audienz mit folgenden Worten an Heinsius: „Die kaiserlichen Minister wollen nicht, daß die Friedenssache zu Ende komme. Ich habe in dieser Beziehung mit dem Grafen Auersperg geredet und ihm ohne Umschweif das umlaufende Gerücht mitgetheilt, welchem gemäß die Kaiserlichen, durch die Vermittelung von Geistlichen, mit Frankreich geheim unterhandeln und eine Religionssache daraus zu machen trachten, in der Absicht England und Holland auszuschließen. Auersperg betheuert, daß die Sache ihm unglaublich vorkomme" [2]). Zwei Tage später meldet der König: „Ich komme mehr und mehr zu der Einsicht, daß die Kaiserlichen trachten, die Unterhandlung in Holland zum Abbruche zu bringen. Das würde unserem Interesse nicht entsprechen" [3]).

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 4. December.

[2]) Grovestins t. VI, p. 593.

[3]) A. a. O.

Digitized by Google

Der Vergleich dieser Aeußerungen läßt nicht mit Sicherheit entscheiden, ob Wilhelm III. selber an das Gerücht glaubte, welches er dem Grafen Auersperg gegenüber geltend gemacht. Mag er dagegen sich selber darüber klar geworden sein oder nicht: seine Unaufrichtigkeit dem Kaiser gegenüber in diesem Falle liegt zu Tage. Nicht die kaiserlichen Minister hinderten die Friedenshandlung; denn sie hatten auf die Beredungen mit Callieres, von denen die Sache abhing, gar keinen Einfluß. Diese Beredungen mit Callieres aber stockten, weil Callieres die früheren Zugeständnisse zurückzog. Daß demnach die kaiserlichen Gesandten den Abbruch der Verhandlung mit Callieres für geeignet hielten — ohne doch, wie Kaunitz nach Wien versichert, sie in offizieller Weise zu verlangen — war eine Consequenz, die aus der Natur der Dinge floß, und zwar so sehr, daß wir dieselbe Ansicht von dem Könige vernommen haben, mit dem Zusatze freilich, daß dies abhinge von Boreel oder Amsterdam. Diese Rücksicht also war für ihn entscheidend. Und daher auch erklären sich alle Vorwürfe und Anklagen, welche Wilhelm III. damals gegen den Kaiserhof erhebt, und welche dann bei seinen Untergebenen in vielfacher Weise wiederhallen [1]). Diese Anklagen bei dem Könige selbst, bei Heinsius, bei Portland, bei Heemskerk und Lexington in Wien — denn auch dieser letztere ist mehr holländischer als englischer Gesandter — bei allen denen, welche, ohne eigene Kenntnis der Sache, diesen Persönlichkeiten nachsprachen, sind berechnet auf die Stimmung in der Republik, insbesondere auf diejenige der Stadt Amsterdam, sowohl um sie zu kirren, indem die Vorwürfe, die ihr gebührten, abgewälzt wurden auf den Kaiser, als um sie einzuschüchtern durch das Schreckbild eines Sonderfriedens zwischen dem Kaiser und dem Könige von Frankreich.

Es ist bemerkenswerth, daß in denselben Tagen auch Heinsius im Haag dem Grafen Kaunitz mit ähnlichen Reden entgegen trat, freilich in ungleich milderer Weise. Er begann damit sich zu verwahren, daß die Republik auf einen Sonderfrieden mit Frankreich gedenke. Die Weigerung von Versailles, eine bindende Zusage für die Anerkennung Wilhelms III. zu geben, rühre daher, daß man dort sinne auf einen neuen Landungsplan zu Gunsten Jacobs II. Heinsius

[1]) Z. B. in den Lexington Papers.

Digitized by Google

behauptete, dies auf geheimem Wege in Erfahrung gebracht zu haben, so wie zugleich auch, daß der König von Frankreich dem Kaiser nicht bloß Straßburg, sondern die völlige Herstellung von Lothringen anbiete, um unter dem Vorwande der Religion den Kaiser von der Allianz los zu machen. Kaunitz erwiederte: „Die Festigkeit des Kaisers bei seinen Entschlüssen ist doch wahrlich längst erprobt. Wenn der Kaiser auf seinen Sonder-Vortheil ausginge, so hätte er, wie wir ja wiederholt besprochen, das für Straßburg ihm angebotene Aequivalent längst genommen. Allein der Blick des Kaisers umfaßt das Ganze. Die Belassung von Straßburg bei Frankreich bringt das gesammte Reich in Gefahr, und der Kaiser am wenigsten will einen eigenen Vortheil auf Kosten der gemeinsamen Sache". — Heinsius sprach seine Befriedigung aus [1]).

Auf die Aeußerungen des Rathspensionärs jedoch erwiederte dann der Graf Kaunitz mit der Frage, warum man nicht nunmehr die Verhandlungen mit Callieres abbreche. „Ich will es offen aussprechen, entgegnete Heinsius, nicht als Minister der Republik, sondern wie ein Privatmann. Der Kaiser hat weder Geld noch Mittel sich es zu verschaffen. Spanien ist sehnsüchtig nach dem Frieden, so sehr, daß der Staatsrath in Madrid jetzt die Frage der Neutralität für Catalonien erörtert. England hat guten Willen; aber die Münz-Confusion ist dort noch nicht beseitigt und zieht dann noch arge Nachwehen nach sich. Hier endlich haben unsere Kaufleute bereits ihre Maßregeln für den Frieden getroffen".

Es handelt sich um die Wirkung der Briefe des Königs Wilhelm III. an Heinsius auf die Stadt Amsterdam.

Der Gang der Dinge beweist, daß in dem wichtigsten Puncte, nämlich in Betreff der Forderung der schriftlichen Zusage der Anerkennung, die Mahnungen des Königs an die Stadt Amsterdam durchgeschlagen haben. Längere Zeit hindurch hatte Ludwig XIV. durch die Beredungen von Callieres, wenn auch nicht mit Dykvelt, so doch mit Boreel, den Sonderfrieden mit der Republik erstrebt, immer ausspähend nach der Grenze dessen, was er von dem bereits Gebotenen belassen müsse, was er zurückziehen dürfe. Er hatte die Sicherheit

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 27. November.

Digitized by Google

gewonnen, daß wegen der Differenz über Luxemburg die Holländer nicht abbrechen würden. Er hatte nun den letzten und äußersten Schritt gewagt, seine Zusage für die Anerkennung Wilhelms III. im Friedensschlusse zu beschränken auf ein mündliches, durch Callieres den Holländern zu gebendes Versprechen. Es war vorauszusehen, daß weder der Kaiser, dessen Forderung in dieser Richtung bei den früheren Verhandlungen in Stockholm am weitesten gegangen, noch der König Wilhelm III. selbst und das Parlament, als deren Ehre betheiligt war, sich auf dieses vage mündliche Versprechen einlassen konnten. Wenn also Holland, oder genauer Amsterdam, sich mit diesem mündlichen Versprechen befriedigt erklärte: so war die Allianz thatsächlich gesprengt und Ludwig XIV. unvermeidlich der Sieger. Denn wir haben uns zu erinnern, daß weitaus die Mehrzahl der verbündeten Truppen in Belgien im holländischen Solde stand.

Allein es erging dem Könige von Frankreich hier mit der Erlangung des Sonderfriedens, wie einst im Jahre 1688 mit der Vermeidung des Krieges. Er hatte den Bogen überspannt. Wir haben damals von dem kaiserlichen Gesandten wie von dem französischen übereinstimmend das Urtheil vernommen, daß das dominirende Moment für das politische Handeln der Stadt Amsterdam bestand in ihrer Furcht. Dasselbe Moment übte seine Wirkung zu Ende 1696. Acht Jahre zuvor hatte die Furcht vor einer Erneuerung der Schrecken des Jahres 1672 die Stadt zu dem Entschlusse getrieben zuvorzukommen, hatte demnach entschieden für die Expedition des Oraniers nach England. Im Jahre 1696 erhob sich vor ihren Augen, im Falle der Lossagung von den Bundesgenossen, drohend das Schreckbild der Herstellung von Jacob II. auf dem Throne von England mit den Consequenzen für die Republik. Diese Erwägungen erzwangen von der Stadt Amsterdam, von dem Bürgermeister Boreel gegenüber dem Callieres die nachdrückliche Sprache, welche Wilhelm III. verlangt hatte. Amsterdam forderte die schriftliche Erklärung der Anerkennung Wilhelms III. Callieres sendete den Bericht ein nach Versailles.

In Paris verbreitete sich gegen das Ende des Monates November das Gerücht: die Aufgabe des Callieres, die Republik zu einem Sonderfrieden zu bringen, sei verfehlt. Seine Eitelkeit trage die Schuld. Er habe heim berichtet, daß Dykvelt wiederholt gesagt: er habe noch nie

Digitized by Google

mit einem so umsichtigen Gesandten verhandelt. Der König habe beim Anhören dieses Berichtes geäußert: „Dykvelt kennt seinen Mann und faßt ihn, wo er zu fassen ist". Der König sei mit Callieres unzufrieden. So die Pariser. — In solchen Fällen jedoch handelte Ludwig XIV. nach seiner Weise. Callieres hatte gehandelt, wie er zu Dykvelt gesagt, auf ausdrücklichen Befehl. Ludwig XIV. ließ ihn nicht fallen. Er sprach sich öffentlich lobend über ihn aus. Er ernannte ihn, was bis dahin nicht geschehen war, zum Friedens-Botschafter. Und alsbald wandte sich die Meinung der Pariser, und sie priesen die außerordentliche Befähigung des Callieres [1]).

Aber dann erst kam für Ludwig XIV. die eigentliche Schwierigkeit. Nicht bloß der Sonderfriede mit Holland, die Sprengung der Allianz in Folge desselben, war mislungen, sondern demgemäß stand überhaupt kein Friede, sondern eine nachdrückliche Fortführung des Krieges in Aussicht. Ludwig XIV. konnte dies nicht wünschen. Denn durch die Krankheit Carls II. von Spanien, im September 1696, war der Fall der Succession dort ungleich näher gerückt als zuvor. Ludwig XIV. kannte den geheimen Artikel der großen Allianz vom 12. Mai 1689. Wenn der Todesfall eintrat bei noch währendem Kriege: so gestaltete sich dieser um zu demjenigen um die spanische Succession, und es trat demnach für Ludwig XIV. dasjenige ein, was er am wenigsten wollte, und von Anfang seiner Regierung an zu vermeiden getrachtet hatte, nämlich daß wider die Besitzergreifung des spanischen Erbes die Coalition aller Anderen ihm entgegen stand. Er mußte also suchen, aus diesem währenden Kriege zu kommen. Das einzige Mittel war den letzten Schritt, nämlich die Weigerung der schriftlichen Zusage zu Gunsten Wilhelms III., zurück zu nehmen.

Dies Mittel war leicht zu finden. Schwerer war es für Ludwig XIV. dasselbe in Vollzug zu setzen.

Wir erinnern uns eines ähnlichen Falles, in welchem er zu Gunsten Fürstenbergs sich verschnellt hatte (Bd. II, S. 20, 32). Damals ward der Rückzug so veranstaltet, daß der Bruder Fürstenberg den König bat, um des Friedens willen die zu Gunsten seines

[1]) Zwei Schreiben von Palmquist, vom 26. November und 31. December, in den Robethon-Papieren des St. A. H.

Digitized by Google

Bruders gestellte Bedingung zurück zu nehmen. Demgemäß gab Ludwig XIV. dieser Bitte nach. Diejenigen, welche dies Verhältnis nicht durchschauten, nannten das eine großmüthige Selbstüberwindung. Einer der französischen Minister selber nannte das eine Komödie.

Im Anfange December 1696 ward dies Spiel neu aufgeführt. Wir haben schon im Monate Juni dieses Jahres aus Paris die Ansicht vernommen, daß, wenn lediglich das Interesse Jacobs II. als die Klippe erscheine, an welcher die Herstellung des Friedens für Europa zu scheitern drohe, dieser König selber den König von Frankreich bitten müsse, die Anerkennung Wilhelms III. auszusprechen. Es ward jedoch im December 1696 eine um ein weniges mildere Form gefunden, ähnlich derjenigen von 1675. Die Königin Marie Beatrice erschien bei der Frau von Maintenon. Der König von Frankreich, sagte sie, habe völlig genug gethan in allem, was ihr Gemahl von seiner Freundschaft und von seinem Eifer für die Herstellung wünschen könne. Es sei nicht billig, daß Europa noch länger die Schrecken des Krieges erdulde zu Gunsten eines unglücklichen Fürsten, welcher sich bereit erkläre, sein Interesse dem allgemeinen Frieden zum Opfer zu bringen [1]).

Demgemäß erging am nächsten Tage, dem 28. November/8. December, der Befehl an Callieres, daß er sich bereit erkläre zu der schriftlichen Zusage, den Oranier als König von England anzuerkennen.

Bevor wir jedoch die Wirkung dieser Nachricht in der Republik und in England, namentlich im Palaste Kensington verfolgen, haben wir einem besonderen Schritte der beiden Könige zu Versailles und St. Germain nachzugehen, welcher der Zeit wie der Causalität nach mit jener Unterredung der beiden Frauen in engem Zusammenhange steht.

Nachdem Jacob II. in solcher Weise sein Interesse preis gegeben, entsendete er, mit der Zustimmung des Königs von Frankreich, einen

---

[1]) Palmquist, 7. December. Ich setze seine eigenen Worte über diese bisher völlig unbekannte Thatsache hierher: On dit que la Reine épouse du Roy Jacques s'est expliquée sur ce sujet envers Mme de Maintenon d'une manière à lever tout scrupule. Elle a dit que le Roy de France ayant pleinement satisfait à tout ce que son amitié et son zèle pouvoient exiger de luy pour le restablissement du Roy son époux, il n'est pas juste que l'Europe soit plus longtemps troublée pour l'amour d'un prince malheureux, qui est prest à sacrifier son interest à la tranquillité de l'Europe.

Digitized by Google

heimlichen Agenten nach Wien. Im December also erst ward dasjenige ausgeführt, wovon die französische Politik im November und früher schon aller Orten hatte reden lassen. Der Agent sollte dem Kaiser vorstellen, wie unbegreiflich es der gesammten christlichen Welt erscheine, daß der Kaiser und das gesammte Haus Oesterreich, dessen Frömmigkeit aller Orten berühmt, mithelfe einen katholischen Fürsten zu entthronen, und einen erklärten Feind der Kirche an seine Stelle zu setzen. Nun, wo es sich um einen Frieden handele, sei die Zeit gekommen zu zeigen, daß die Herstellung des Königs Jacob der Forderung der Gerechtigkeit wie der Religion entspreche. — Wenn der Kaiser auf diese Mahnungen nicht einging, so hatte der Agent einen Sonderfrieden vorzuschlagen, in welchem der König von Frankreich bessere Bedingungen bewilligen werde als in einem allgemeinen [1]).

Der Agent erhielt in Wien beim Kaiser keine Audienz. Man sagte ihm, daß der König Wilhelm III. erst neulich seine Unzufriedenheit über das Anhören solcher Agenten kund gegeben. Jedoch ließ sich der Kaiser herbei, durch den Beichtvater Menegatti ihm darzulegen, daß der Kaiser in der ganzen Angelegenheit Jacobs II. gehandelt habe nach Pflicht und Gewissen. — Für den Sonderfrieden mit Frankreich ließ der Agent namentlich die Herstellung Lothringens durchblicken, die, wie in Versailles sehr wohl bekannt, der liebste Wunsch des Kaisers war. Leopold lehnte ab.

Daß der König Jacob, nachdem er die Königin Marie Beatrice jenen Schritt hatte thun lassen, durch welchen er dem Interesse seines vermeintlichen Beschützers zu liebe sich selber preis gab, dennoch von dieser Sendung an den Kaiser einen Erfolg erwartet habe, ist bei dem, wie es scheint, mit den Jahren zunehmenden Mangel an Urtheilskraft des unglücklichen Fürsten immerhin nicht unmöglich. Anders steht die Sache mit dem vermeintlichen Beschützer selbst. Sehen wir ab von der Unwürdigkeit der Bitte an den Kaiser, eine Sache aufzunehmen, die Ludwig XIV., wenn er aufrichtig war, so eben selber hatte fallen lassen. Es kommt darauf an, ob Ludwig XIV. sich von dieser Bitte

[1]) The life of James, vol. II, p. 564. Der Bericht ist nicht gegeben mit Jacobs eigenen Worten, sondern denen des Biographen. Daher ist nur das Thatsächliche von Werth.

Digitized by Google

einen Erfolg versprechen konnte. Nach allen den zahlreichen Erfahrungen, die er mit dem Kaiser gemacht, erscheint dies kaum denkbar, sowohl in Betreff jener Bitte an sich, als des Vorschlages zum Sonderfrieden.

Demnach war für Ludwig XIV. nicht die Bitte für Jacob II., nicht der Vorschlag des Sonderfriedens der eigentliche Zweck, sondern er hatte eine andere Absicht. Diese liegt nicht fern. Das Ziel Ludwigs XIV. war hier wie immer die Lösung der Allianz, das Mittel dazu die Aussaat des Mistrauens. Wir haben vernommen, daß auch so schon Callieres zu Dykvelt, die Jacobiten in England, und, nach der Behauptung Wilhelms III. zu Auersperg, auch viele Andere redeten von heimlichen Unterhandlungen des Kaisers mit Frankreich. Bis dahin entbehrten diese Gerüchte auch des Scheines einer Thatsache. Nun aber war in so fern eine Thatsache da, daß ein Agent Jacobs II. in Wien angehört war. Freilich war er dann abgewiesen. Wir werden zu erfahren haben, daß von französischer Seite in Holland und England die erste Thatsache verwerthet wurde, ohne die davon untrennbare zweite zu erwähnen.

Eben darum ist es um so wichtiger nachzuforschen, ob auch der Kaiser seinen Verbündeten gegenüber die Sache überhaupt verschwieg.

Ein bestimmter Anlaß sich auszusprechen war gegeben. Wir erinnern uns, daß Wilhelm III. am 24. November/4. December 1696 den Grafen Auersperg zu sich beschieden, die Anklage des heimlichen Verhandelns von kaiserlicher Seite mit Frankreich erhoben und Antwort verlangt hatte. Auersperg brachte die Antwort am 5./15. Januar 1697. Er verneinte irgendwelche Unterhandlung mit Frankreich. Er hob dagegen die große Deferenz hervor, welche der Kaiser dem Könige in Betreff der heimlichen Beredungen mit Callieres gezeigt. „Wenn immer, fuhr er fort, sich irgend welcher Verdacht erhoben hatte: so hätte er gegenüber dieser Willfährigkeit des Kaisers verstummen müssen. Es ist richtig, daß vor zwei Jahren in der Schweiz Zusammenkünfte statt gefunden, lediglich jedoch zum Zwecke des Anhörens, nicht des Unterhandelns. Mit allem Respecte zu sagen, haben Ew. Majestät dem Kaiser gegenüber nicht dieselbe Deferenz bewiesen; denn Ew. Majestät haben später wieder von Frankreich die Sendung des Callieres begehrt und längere Zeit mit ihm verhandeln lassen, bevor dem Kaiser

Digitized by Google

davon einige Mittheilung geschehen ist. — Jenes ganze Gerücht aber ist das Werk der französischen Politik, und ich stelle daher die Bitte, daß sie ihren Zweck damit nicht erreichen möge." Der König nahm die Eröffnung wohl auf. Er beauftragte den Gesandten, dem Kaiser seinen Dank dafür auszusprechen, und schloß mit den Worten, daß die Eintracht zwischen dem Kaiser und ihm die gemeine Wohlfahrt bedinge [1]).

Es war dieselbe Redewendung, deren der König auch früher sich oft bedient. Damals indessen lagen die Dinge für ihn günstiger. Die Republik folgte damals willig seiner Führung. In der Angelegenheit des Friedens stand sie neben ihm als ein Factor, der nicht immer willig folgte, sondern Compromisse mit ihm schloß.

Es ist nicht unwichtig hervorzuheben, daß Auersperg der Sendung des jacobitischen Agenten nach Wien, die im December 1696 statt gefunden, und der Abweisung desselben dort nicht gedenkt. Eben so wenig findet sich von kaiserlicher Seite irgend eine Mittheilung über die frühere Beredung in Padua, im März 1696, welche gescheitert war nicht an einer Forderung des Kaisers für sich, sondern an derjenigen zu Gunsten des Oraniers. Klüger vielleicht wäre es gewesen den Bundesgenossen gegenüber derartige Dinge geltend zu machen: des Kaisers Leopold würdiger war es sie mit Stillschweigen zu begraben.

Und dennoch ist es dann traurig zu ersehen, daß so oft die lautersten Charaktere mit Vorwürfen belastet werden, deren die Ankläger schuldiger sind als jene. Vorwürfe solcher Art werden sehr bald uns wieder entgegen treten.

Zunächst handelt es sich um die Wirkung des Entschlusses von Ludwig XIV., den auf seinen Befehl durch Callieres allzu weit vorgeschobenen Schritt zurück zu thun.

Die Meldung für Callieres traf in Holland ein. Am 1./11. December eröffnete Heinsius dem Congresse der Gesandten im Haag, daß der König von Frankreich einwillige, über die Anerkennung des Königs von England etwas Schriftliches feststellen zu lassen. Es sei dafür die Form vereinbart, daß, in Gegenwart von Callieres, Dykvelt und Boreel dem Friedensvermittler schriftlich eröffneten, daß diese Zusage

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 5./15. Januar 1697.

Digitized by Google

ihnen von Callieres gemacht sei, und daß dann Callieres auf Befragen des Vermittlers schriftlich die Aussage der beiden Holländer anerkenne. — Heinsius beantragte im Congresse: es sei die Ansicht des Königs von England darüber einzuholen. Kaunitz fügte hinzu: der König sei zugleich zu ersuchen über alle andere Puncte, damit man endlich in Unterhandlung treten und den Frieden schließen könne [1]).

Es kommt also vor allen Dingen auf die Kundgebung des Königs von England darüber an.

Die Stimmung des Parlamentes war ihm damals ungemein günstig. Am 19./29. November ward im Unterhause der Antrag gestellt, die Krieges-Subsidien aufzubringen durch Auflagen, welche im laufenden Jahre selbst bezahlt werden könnten. Der an sich unscheinbare Antrag hatte eine große Tragweite; denn er war die Umhüllung des Planes einer allgemeinen indirecten Steuer, oder, wie man es damals nannte, einer General-Accise. Die Hof-Partei, in sich einiger und umsichtiger als jemals zuvor, hatte in einer Reihe von Vorversammlungen den Weg zu diesem Antrage geebnet. Dennoch war der Kampf hart. Der Kern der Entgegnungen war: immerhin habe man jetzt einen guten König; aber es könne ein anderer kommen, durch den die Bewilligung der General-Accise den Verlust der Freiheit nach sich ziehen würde. Dennoch trug die königliche Partei den Sieg davon. Am 19./29. November 1696 beschloß das englische Unterhaus, mit 202 Stimmen gegen 105, die Bewilligung einer General-Accise [2]).

Es fragte sich, ob dieser Sieg von Dauer sein würde.

Die nächste Aufgabe für das englische Unterhaus war, den Beschluß vom 19./29. November 1696 ins Werk zu setzen.

Es wurden vorgeschlagen Auflagen auf Malz, auf Tuch, auf das Fleisch der Schlachtthiere. Die Gegenpartei hob die zahlreichen Uebelstände solcher Auflagen hervor. Es ward erwiedert, daß nur dadurch der Zweck sich erreichen lasse, nämlich die dem Könige bewilligten Mittel im laufenden Jahre selbst zu erheben. Wenn man

---

[1]) Schreiben des Secretärs Kotzebue, vom 12. December, in den Robethon-Papieren des St. A. H.

[2]) Anlage I.

Digitized by Google

einen anderen Weg wisse, so möge man ihn nennen. Hier war der Punct gegeben, von welchem aus die Gegenpartei vorzubeugen verstand. Es erfolgte der Antrag einer allgemeinen Capitation, nur für das eine Jahr 1697. Der Antrag war wie ein Lichtblitz. Er fand keinen Widerspruch. Er wurde einstimmig angenommen. Nur im stillen murrten einige Mitglieder des Hofes von Kensington, daß die gute Partei sich habe überrumpeln lassen [1]).

Wir sehen demnach in Betreff des Objectes eine Nachahmung Frankreichs. Aber der Modus war grundsätzlich verschieden. Dort hatte der König kraft seiner souveränen Allgewalt diese bis dahin höchste Steuer auferlegt. Er hatte, um der Unzufriedenheit zu begegnen, gehascht nach irgend welchen vollendeten Thatsachen, die sich ausdeuten ließen zu einem Scheine einer geschehenen Bewilligung. Er hatte auf königliches Wort verheißen, die furchtbare Auflage nicht über den Krieg hinaus zu erheben. Ungeachtet alles dessen blieb der Act der Verhängung der Capitation die am weitesten und tiefsten eingreifende Maßregel der Besteuerung kraft des Eigenwillens der Krone. In England dagegen trug die Volksvertretung der Krone die Bewilligung entgegen. In diesem Acte selber wahrte und sicherte sie in der bestimmtesten Weise ihr Recht. Sie vermied eine indirecte Steuer, welche möglicher Weise reizen konnte zur Forterhebung auch ohne ihren Willen. Sie bewilligte eine directe Steuer, und nur auf Ein Jahr. Lediglich in ihrer Hand stand es, nach dem Ablaufe des Jahres sie abermals zu bewilligen oder zu versagen. Darum ist dieser Vorgang von der höchsten Bedeutung für die innere Geschichte von England. Indem für die Bewilligungen der letzten Jahre zu einem bedeutenden Theile indirecte Auflagen angewiesen waren, hatte allmählich der Gedanke der allgemeinen indirecten Besteuerung Boden gewonnen, hatte sogar in jenem ersten Beschlusse des Unterhauses die Oberhand davon getragen. Der Beschluß dagegen vom 15./25. December für die directe Steuer der Capitation ist die völlige Umkehr, die Sicherung des alleinigen Rechtes der Volksvertretung über den Geldbeutel der Nation.

Die Capitation sollte für das Jahr 1697 nicht etwa eine mit anderen Auflagen gleich stehende sein, sondern die hauptsächliche, welche

[1]) Anlage II.

Digitized by Google

die sämmtlichen Kriegserfordernisse aufbringen würde. Ja man verstieg sich dahin, den muthmaßlichen Ertrag auf neun Millionen Pfund Sterling anzuschlagen [1]). Andere waren der Ansicht, daß man zufrieden sein dürfe, wenn drei Millionen Pfund Sterling wirklich einkämen. Nur die notorisch von Almosen lebenden Armen waren frei. Die gesammte Bevölkerung ward zu dem Zwecke des Ansatzes in zweiunddreißig Classen eingetheilt. Die Schwierigkeit der Arbeit war wie endlos.

Mochte den Wünschen des Königs Wilhelm die Erhebung der bewilligten Mittel durch eine indirecte Steuer mehr entsprochen haben: so thut doch auch die Thatsache dieser Kopfschatzung dar, daß er sich auf das Parlament verlassen durfte. So namentlich in Betreff der Fragen, welche aus jener Weigerung des Callieres entsprangen.

Der König hatte zu verhindern gewußt, daß die Weigerung des Callieres im Parlamente zur Verhandlung kam; aber gelegentlich wurden die Stimmen darüber laut. Warum, hieß es, werde Callieres nicht zurück geschickt? — Das liege an den Holländern. Aber England und die anderen Verbündeten seien nicht Willens, sich von den Holländern leiten zu lassen. „Es ist nicht zu bezweifeln, meldet Auersperg, daß, wenn Callieres keine anderen Befehle bekommt, die Engländer den Abbruch der Verhandlungen mit ihm verlangen werden" [2]).

Dann kam die Nachricht, daß Callieres zurückgezogen. „Die Hof-Partei jubelt, meldet Auersperg, als hätte sie einen wichtigen Sieg davon getragen. Die besonnenen Engländer stimmen nicht ein. Ich fürchte jedoch, daß der Hof den Holländern zu liebe sich in alles fügen wird" [3]).

Und damit gelangen wir zu den eigenen Aeußerungen des Königs. Am selben Tage, an welchem Auersperg jene Meldung niederschrieb, sprach der König in seinem Briefe an Heinsius sich aus mit folgenden Worten: „Ich habe mit Befriedigung vernommen, daß Callieres einwilligt in die mich betreffende Präliminar-Bedingung, und noch dazu in Ausdrücken, die mir vortheilhafter erscheinen als die früheren. Ich

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. December 1696.
[2]) Auerspergs Berichte vom 11. und 14. December.
[3]) Auerspergs Bericht vom 18. December.

Digitized by Google

frage mich, woher diese plötzliche Wendung der Franzosen, und ich fürchte, daß irgend ein böser Plan darunter steckt. Sie werden sich noch erinnern, daß im vorigen Jahre, kurz vor dem Ausbruche der Plane des Mordes und der Landung, die Franzosen sich geneigt zeigten in Betreff Luxemburgs nachzugeben. Wie dem auch sei, nach meiner Ansicht dürfen wir keine Minute verlieren: wir müssen das Erbieten annehmen, uns über die anderen Präliminarien verständigen, und die Unterhandlungen mit dem stärksten Nachdrucke betreiben, damit wir so bald wie möglich zu einem Congresse kommen". Dann fügt er hinzu: „Sie dürfen versichert sein, daß die kaiserlichen Minister in nichts beitragen werden, die Unterhandlung zu beschleunigen, daß sie vielmehr suchen werden nur Schwierigkeiten zu erregen, in der Hoffnung die Sache in die Länge zu ziehen. Es ist daher nöthig, daß man sie ein wenig von oben herab behandele, und was mehr sagen will, sich an ihre Stelle setze, wenn wir erst so weit sind, einen allgemeinen Friedensplan mit Callieres festzustellen" [1]).

Wir sehen, der Inhalt des Briefes stimmt sehr wenig mit den Versicherungen, die der König auch damals noch wie früher dem Grafen Auersperg gab. Es ist, als wäre der Oranier ein anderer Mann geworden. Warum will er hier die kaiserlichen Minister von der ersten Stelle verdrängen, diese den Holländern überliefern? — Nicht weil die Kaiserlichen etwas gethan haben, was der König ihnen zum Vorwurf macht, sondern weil sie nach seiner Behauptung etwas thun werden.

Die Erklärung, daß der König so schreibt wie es geschieht, dürfte, wie früher, nur aus der Adresse des Briefes zu entnehmen sein. Nicht bloß an Heinsius ist sein Brief gerichtet, sondern durch Heinsius an die Generalstaaten, vor allem aber an die Bürgermeister von Amsterdam. Sie haben in der Sache seiner Anerkennung seinem Wunsche entsprochen; aber er ist nach wie vor nicht sicher über ihren Wankelmuth. Er fürchtet ihre Furcht. Um sie festzuhalten, gibt er abermals die Leitung der Friedenssache in ihre Hände, zum Nachtheile seines Bundesgenossen, des Kaisers, zum Verdrusse der allerdings geringen Anzahl derjenigen Engländer, welche dies Verhältnis durchschauen.

[1]) Grovestins t. VI, p. 592.

Digitized by Google

Die Auffassung dieser Lage der Dinge von kaiserlicher Seite prägt sich aus in einem Berichte des Grafen Kaunitz vom 25. December. „Wie die Dinge liegen, meldet er, ist die Friedenssache völlig in den Händen der Holländer. Sie wollen sie behalten. Darum ist kein Ort, der von unserer Seite zum Congresse benannt wird, ihnen recht. Vielmehr lobt Dykvelt den Callieres, weil dieser vorgeschlagen, daß man zusammen treten könne auf dem königlichen Lusthause zu Ryswyck, auf halbem Wege zwischen hier und Delft gelegen. Inzwischen reden sie mit dem Callieres und theilen uns anderen Gesandten das Geschehene mit, oder verschweigen es nach ihrem Ermessen. Ihr Plan ist, alles vorzubereiten nach ihrem Gutfinden und dann den Verbündeten zur Unterschrift vorzulegen, mit der Erklärung, daß mehr nicht zu erhalten, die Fortführung des Krieges aber unmöglich sei."

„Meine Hoffnung war bisher auf den König gegründet. Ich sehe aber, daß er seinen Landsleuten gegenüber allzu nachgiebig ist. Er dient ihnen zu einer Ausflucht. Wo sie nämlich sich nicht positiv erklären und etwas beschließen wollen, da beziehen sie sich auf den König, von dessen Ausspruche alles abhange. Denn freilich muß man ja mehr Respect vor ihm haben und mehr Vertrauen in ihn setzen, als in Heinsius, Dykvelt oder Boreel. Diese drei nämlich dirigiren die Sache. Ich glaube, daß Vieles dem Könige nicht recht ist; aber er läßt alles gehen."

So Kaunitz. Wir sehen, daß sein Urtheil über das Verhalten des Königs Wilhelm III. damals noch nicht die Wirklichkeit erreicht. Am selben Tage noch trat Heinsius im Congresse auf gemäß der aus Kensington erhaltenen Weisung. Da nun, sagte er, durch die Annahme der Erklärung des Callieres von Seiten des Königs die hauptsächliche Schwierigkeit gehoben: so sei die Republik bereit, die schwedische Vermittelung anzunehmen und zum Hauptwerke zu schreiten. „Ich erkläre dies ausdrücklich, fuhr er fort, damit man uns nicht später der Ueberstürzung beschuldige. Wir wollen uns in Hauptsachen von unseren Verbündeten nicht trennen; wegen Bagatellen jedoch wird die Republik sich in ihrem Beschlusse vom 3. September nicht irre machen lassen" [1]). So am 25. December.

---

[1]) Bericht vom 25. December 1696.

Digitized by Google

„Das Ziel dieser Erklärung, fügt Kaunitz hinzu, ist dasselbe wie früher. Sie kündigen uns an, daß sie auch fortan die Leitung der Friedenssache in den Händen behalten wollen." Die eigenen Worte des Königs haben gezeigt, daß diese Ansicht von Kaunitz der Wahrheit entsprach.

Dennoch hoffte Kaunitz, daß der Kaiser durch eine nachdrückliche Erklärung diesem Zustande ein Ende machen, der Republik die alleinige Leitung der Friedenssache noch entringen könne. Die Basis dieser Vorschläge war, daß die Republik dennoch nicht wagen würde, einen Sonderfrieden zu schließen.

Allein im Rathe des Kaisers hegte man zu dieser Basis kein Vertrauen. Die Vorwürfe, welche gerade damals der König und die Republik durch Lexington und Heemskerk in Wien erheben ließen, daß von kaiserlicher Seite dem Frieden Hindernisse in den Weg gelegt würden, schienen eben wegen ihrer Grundlosigkeit nichts Gutes anzudeuten. Diese Vorwürfe, hieß es im kaiserlichen Rathe, seien erhoben fast im selben Augenblicke, wo man aus England die Kunde erhalten, daß der König sich mit der Erklärung des Callieres befriedigt finde, wo demnach bis dahin lediglich an der Weigerung des Callieres alles gestockt habe. Der Kaiser habe gerechte Ursache, diese grundlosen Vorwürfe scharf zurückzuweisen. Aber er bedürfe der Mächte England und Holland, ohne welche weder für das Reich noch das Erzhaus etwas zu hoffen. Deshalb seien die Vorwürfe zwar abzulehnen, aber in der möglichst milden Form, dagegen zu erklären, daß der Kaiser sich völlig verlasse auf den Beschluß der Generalstaaten vom 3. September, welcher für den Frieden ausdrücklich die Rückgabe von Straßburg und Luxemburg mit umfasse [1]).

Die Besorgnis, die Republik Holland werde gestatten, daß Frankreich sich zurückziehe von der Zusage Straßburg zurückzugeben, stieg mahnend empor. Denn Kaunitz meldete dazu, daß in den Beredungen zwischen Dykvelt und Callieres der letztere jedes Mal, wo von der Rückgabe Straßburgs die Rede sei, die Worte hinzusetze: „oder ein Aequivalent". Der Graf Auersperg erhielt den Auftrag, bei dem

[1]) Conferenz-Protokoll vom 10. Januar 1697.

Digitized by Google

Könige zu verlangen, daß die Worte: „oder ein Aequivalent" fortan von den holländischen Ministern zurückgewiesen würden.

Der König schritt unterdessen mit den Holländern vorwärts. Er ernannte seine englischen Friedens-Bevollmächtigten: den Grafen Pembroke, Lord Villiers und Williamson. Die Namen der beiden ersten waren als dazu bestimmt schon früher bekannt gewesen, und Auersperg hatte sie damals charakterisirt mit den Worten: „Der König hat Persönlichkeiten ausgewählt, welche wissen werden den Holländern nachzugeben" [1]). Der letzte, Williamson, bezeichnete später das gesammte Verhalten ihrer drei mit den Worten: „Die Holländer handeln für uns" [2]). Die Worte bezogen sich darauf, daß die Engländer als die Bevollmächtigten eines von Frankreich noch nicht anerkannten Königs sich den Franzosen gegenüber von den Holländern vertreten lassen mußten. Aber die Worte enthielten noch viel mehr Wahrheit, als in der Absicht des Sprechenden lag.

Heinsius meldete den französischen Vorschlag, daß der Aufenthalt der Gesandten von verbündeter Seite im Haag sein solle, derjenige der französischen in Delft, der Ort der Conferenzen das in der Mitte Wegs zwischen beiden Städten gelegene Schloß im Dorfe Ryswyck. Es war vorauszusehen, daß der Kaiser am wenigsten gern sich fügen würde in die Wahl eines Ortes, der gleichbedeutend war mit dem Haag selbst, d. h. mit dem dominirenden Einflusse der Republik. Der König indessen gab sofort seine Zustimmung, noch vor dem Schlusse des Jahres 1696.

Einige Tage später trat der Graf Auersperg mit seinem Auftrage vor den König. Nachdem der Kaiser, begann der Gesandte, so oft und vielfach erklärt, von einem Aequivalente für Straßburg nichts hören zu wollen, und der Beschluß der Generalstaaten vom 3. September gefaßt sei auf Grund des französischen Versprechens Straßburg zurückzugeben, sei es befremdend, daß die holländischen Minister die Reden des Callieres von einem Aequivalente anhörten und dadurch ihm die Hoffnung nicht nähmen, daß man sich in eine Unterhandlung darüber einlassen werde. Dann erinnerte der Gesandte an die so oft

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 28. September 1696.

[2]) The Dutch deal for us.

Digitized by Google

gegebenen Versprechungen des Königs für das Haus Lothringen. — Wilhelm III. betheuerte abermals, wie sehr er wünsche die gerechte Sache dieses Hauses zu vertreten. „Es thut mir nur leid, fuhr er dann fort, daß die Sache der Verbündeten nicht in dem Stande ist, wie ich wünschte, um Frankreich mit den Waffen zu zwingen. Dennoch will ich für das Haus Lothringen alles thun, und die von Ihnen gewünschten Befehle nach Holland abgehen lassen. Zugleich jedoch kann ich Ihnen nicht verhehlen, daß es mir scheint, der Kaiser sehe den Stand der Dinge Frankreich gegenüber zu günstig an, und gebe sich in Betreff des künftigen Feldzuges allzu großen Hoffnungen hin. Ich nehme dies an gemäß den Schwierigkeiten, die man in der Friedenssache erregt, bei Dingen, die doch nicht wesentlich sind. Denn, wenn man wegen Lothringen, Straßburg oder Luxemburg Bedenken hat, so ist es billig sie geltend zu machen."

Der Gesandte erwiederte: „Die Absicht des Kaisers ist durchaus dahin gerichtet, die Friedensunterhandlung nach Kräften und nach Billigkeit zu erleichtern. Allein noch bis heute hat der Kaiser aus den Reden des Callieres die für die Allianz erforderliche Sicherheit nicht gefunden. Diese Sicherheit erscheint dem Kaiser nothwendig. Auch von Ew. Majestät habe ich bisher niemals eine andere Ansicht vernommen, als daß eine Uebereilung in der Friedenshandlung so viel sei wie die Sache für Frankreich gewonnen geben. Jetzt aber, mit unterthänigstem Respect zu sagen, scheint es mir, daß Ew. Majestät diese Ansicht geändert haben und in präcipitirter Weise die Sache machen wollen". — Der König erwiederte: er wolle nicht präcipitiren; allein in Folge des Friedens in Italien sei Frankreich um 50,000 Mann stärker als zuvor, und demnach nicht abzusehen, wie die Verbündeten die in der letzten Zeit besessene Ueberlegenheit noch ferner behaupten könnten. Dann führte er seine besonderen Besorgnisse für den Oberrhein aus. „Denken Sie an mich, rief der König, bis zum April sind auch die Kreise Schwaben und Franken zur Neutralität gezwungen." Auersperg bekämpfte diese Ansicht, die er in seinem Berichte als einen gesuchten Vorwand bezeichnet [1]). Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die von dem Könige ausgesprochene Besorgnis sich nicht bestätigt hat.

[1]) Auerspergs Bericht vom 11. Januar 1697.

Digitized by Google

Auersperg erkennt an, daß der Wunsch nach dem Frieden in England lauter werde. Allein er gibt dafür einen besonderen Grund an. Wir erinnern uns, daß bereits im Jahre 1692 der Kaiser nachdrückliche Vorstellungen erhob gegen die Art und Weise der Kriegführung des Königs, welcher die hauptsächliche Kraft der Verbündeten in Belgien concentrire, wo der dreifache Festungsgürtel nicht zu durchbrechen sei. Nun hatte Jahr auf Jahr diese Art der Kriegführung sich erneut. Allmählich war aber auch in England der Widerspruch dagegen wach geworden. Denn ein durchschlagender Erfolg schien, bei allem Aufwande von Mitteln, von dort her nicht erwartet werden zu dürfen. Man sprach nicht offen im Parlamente davon; aber bei vielen Mitgliedern liefen diese Reden um. „Unser Geld geht hinaus, sagten sie, das Königreich verarmt. Aber Frankreich bleibt stark. Soll der Krieg fortdauern, so kann England ihn auf die bisherige Weise nicht mehr führen. Wir müssen uns unserer natürlichen Ueberlegenheit besser bedienen, und den Krieg von der See aus führen. Zu diesem Zwecke soll dem Könige kein Geld fehlen: der Engländer gibt dafür alles her. Für den Landkrieg in Belgien dagegen wollen wir nicht mehr zahlen." — „Derartige Reden, fügt Auersperg hinzu, höre ich täglich von Mitgliedern des Parlamentes. Es ist nicht zu bezweifeln, daß sie auch zu den Ohren des Königs gelangen und ihn kränken müssen. Auch dürfte die Vermuthung nicht fern liegen, daß diese Erfahrung ihm den Frieden so wünschenswerth macht, damit er nicht genöthigt werde, thatsächlich sein bisheriges Verfahren als unrichtig anzuerkennen. Es überwiegt jedoch in der englischen Nation die Ansicht, daß der Friedenseifer des Königs allein bezwecke dem Verlangen von Holland zu entsprechen, ohne andere Beweggründe" [1]).

Alle diese Motive mochten bei dem Könige Wilhelm vorhanden sein. Aus seinen Aeußerungen zu Heinsius indessen erfahren wir noch ein besonderes und gewichtiges. Die bis dahin für lange Jahre latente Frage der spanischen Succession war über den Gesichtskreis aufgestiegen. Die schwere Krankheit Carls II. vom September 1696 war gewichen: das Kränkeln war geblieben. Heinsius deutete bei dem

[1]) Auerspergs Bericht vom 11. Januar. Die Unzufriedenheit der Engländer über die Kriegführung in Belgien kehrt dann in Auerspergs Berichten häufig wieder.

Digitized by Google

Könige darauf hin, daß die geringe Bereitwilligkeit der Kaiserlichen von daher ihren Ursprung haben könne. Der König erwiederte: „In Betreff der geringen Willfährigkeit der Kaiserlichen, wo sie doch den Frieden so sehr zu wünschen scheinen, stimme ich bei, daß sie entspringen muß aus der Frage der spanischen Succession. In Wien ist man der Ansicht, daß es vortheilhafter sei, wenn die Frage zur Entscheidung komme bei noch währendem Kriege als nach dem Frieden. Vielleicht hat man dort Recht. Aber das paßt nicht in unsere Rechnung. Denn ich beharre dabei, daß für uns ein unmittelbarer Friede unentbehrlich ist" [1]).

Beachten wir zunächst, daß diese Aeußerung des Königs über den Grund des Verhaltens auf kaiserlicher Seite — wie nämlich dies Verhalten in seinen und der Holländer Augen erschien — nur eine Vermuthung ausspricht. Diese Vermuthung ist damals und später von Anderen oft wiederholt worden [2]). Die Thatsachen werden ergeben, wie es darum stand.

Jedenfalls aber nehmen wir daran wahr, daß der zu erwartende Todesfall in Spanien seit dem Herbste 1696 lebhafter als zuvor in Europa erwogen wird. Zunächst also erfordert der Stand der spanischen Angelegenheiten damals, als der König diese Worte schrieb, unsere Aufmerksamkeit.

Wir erinnern uns, daß Carl II. durch sein heftiges Circular-Schreiben im Januar 1694, in Antwort auf die damaligen französischen Friedensvorschläge, sich verwahrte gegen jegliche Anregung dieser Frage

---

[1]) Grovestins t. VI, p. 594. Vom 28. December 1696.

[2]) So neuerdings von Macaulay, in Ch. XXII, nicht freilich als Vermuthung, wie bei Wilhelm III., sondern als Thatsache. Macaulay führt einige heftige Worte des Königs über die Minister des Kaisers an. Er untersucht nicht zuerst, ob diese Worte berechtigt sind, sondern construirt aus denselben seine Anklage wider den Kaiser. Das Ansehen, dessen Macaulay als Historiker in England genießt, nöthigt mich diese Bemerkung noch allgemeiner zu fassen. So viele Verdienste Macaulay um die Geschichtschreibung von England haben mag, so hat er in Betreff alles dessen, was nicht englisch ist, die goldenen Lehren Bolingbrokes im sechsten der letters on the study and use of history nicht genügend gewürdigt, und daher entspricht in Betreff des Kaisers Leopold I. die Ungerechtigkeit der Unkenntnis.

Digitized by Google

der Succession in seinen Reichen durch die auswärtigen Mächte. Diese Abwehr war gerichtet nicht bloß wider den König von Frankreich, sondern auch wider den Kaiser, und traf thatsächlich diesen mehr als jenen.

Denn Frankreich wußte dennoch Mittel und Wege zu finden eine Einwirkung zu üben. Wir haben die wiederholten Versuche bemerkt, bei den National-Spaniern einen guten Eindruck zu machen. Ludwig XIV. ließ die von Madrid fernab gelegene Stadt Brüssel in Belgien bombardiren, um, wie er sagte, Repressalien zu üben für seine verbrannten Küstenstädte. Dagegen haben wir vernommen, wie der Admiral Tourville vor der spanischen Stadt Malaga sich schonend erwies. Französische Agenten in Spanien verbreiteten und vertraten die Ansicht, daß die beste Lösung der Successions-Frage sein würde die Berufung des Herzogs von Anjou nach Madrid. Dieser Prinz, der zweite Sohn des Dauphins, legitimer Erbe durch seine Abstammung, Spanier durch seine Erziehung, würde dann ein nationaler König sein, die Unabhängigkeit der Krone sichern, und doch wieder die Freundschaft erhalten mit dem Könige von Frankreich, sei es dort der Großvater, der Vater, der Bruder. Reden solcher Art lagen weit ab von dem Standpuncte, von welchem aus einst Ludwig XIV. sich die Sonne zum Sinnbilde erkoren (Bd. I, S. 46). Eben darum gewannen sie hier und dort in Spanien Eingang. Man dürfte nicht sagen, daß darum eine französische Partei sich bildete, sondern nur daß die Abneigung wider Frankreich bei Vielen nachließ, bei nicht Wenigen auch sich in Zuneigung wandelte. Die letztere war dem Auge der Unbetheiligten wohl erkennbar bereits im Jahre 1695 [1]). Eine directe Einwirkung bei der wichtigsten Persönlichkeit zu üben, bei dem Könige Carl II. selber, war für Ludwig XIV. nicht möglich, nicht bloß wegen des Kriegszustandes, sondern mehr noch wegen der persönlich feindseligen Stimmung dieses Schwagers.

Der Kaiser dagegen konnte seit jener entschiedenen Abweisung alles fremden Einflusses in Betreff der Succession in Spanien nach keiner Richtung hin eine Thätigkeit ausüben. Eine Einwirkung auf die Spanier, ohne Vorwissen des Königs, vertrug sich nicht mit den

---

[1]) So Ruzzini bei Barozzi e Berchet: Relazioni Veneti. Spagna t. II, p. 565.

Digitized by Google

Grundsätzen der kaiserlichen Politik. Ein anderer Gedanke des Kaisers dagegen scheint direct durch jenes spanische Circular-Schreiben durchkreuzt worden zu sein. Im Winter 1694 befand sich in Wien der hessische Freiherr von Görz, dessen sich Wilhelm III., wie im Jahre 1688, so auch später zu besonders vertraulichen Sendungen zu bedienen pflegte. Der Kaiser eröffnete ihm den Vorschlag, mit dem Könige von England in Betreff der spanischen Succession sich noch enger zu verbinden und einen feierlichen Vertrag darüber zu errichten. Der König erklärte damals seine Bereitwilligkeit. Der Kaiser, erwiederte er, möge einen Entwurf solcher Art vorlegen. Dann jedoch mochten die Bedenken dagegen überwogen haben. Ein solcher Entwurf erfolgte nicht. Im Laufe des Jahres 1695 machten Dykvelt und Heinsius bei Auersperg und Kaunitz mehrmals den Versuch, die spanische Succession zur Sprache zu bringen. Diese Gesandten, nicht vorbereitet, wichen aus. Von kaiserlicher Seite ruhete die Sache [1]).

Eben so aber auch ruhete sie von Wien aus gegenüber Carl II. selbst. Nur indirect suchte der Kaiser in dieser Richtung zu wirken. Als Carl II. von dem Kurfürsten Max Emanuel Hülfe für Catalonien erbat, schickte der Kaiser, unaufgefordert, 2000 Mann unter dem Landgrafen Georg von Hessen-Darmstadt. Er beförderte Familien-Verbindungen, die auch den Wünschen seines Neffen von Spanien entsprachen, wie die des Herzogs von Parma mit einer Prinzessin von Pfalz-Neuburg, des Herzogs von Modena mit einer Prinzessin von Hannover. Er empfahl Statthalter, auf die er vertrauen zu dürfen glaubte, wie den Prinzen Vaudemont für Mailand, den Prinzen Jacob Sobieski, den beiderseitigen Schwager, für Neapel. Der Kaiser hielt, so lange er vermochte, die Neutralität Italiens zurück, um Mailand zu sichern, und fügte sich dennoch endlich widerstrebend, weil Spanien es wollte [2]). Der Kaiser vertrat jederzeit seinen Neffen bei den Seemächten. Wir haben oft Gelegenheit gehabt wahrzunehmen, mit welcher geringen Achtung Wilhelm III. sich über die Haltung Spaniens aussprach. Die Verworrenheit der dortigen Zustände gab ja dazu nur allzu vielen Anlaß. Aber der Kaiser trat dann jedes Mal ein, schützend für

---

[1]) Namentlich der Bericht des Grafen Kaunitz vom 6. November 1696.

[2]) Ruzzini p. 620, cf. p. 613.

Digitized by Google

Carl II., beschwichtigend bei Wilhelm III. Jener wußte, daß er sich auf den Kaiser verlassen durfte.

Die Frage der Succession in Spanien dagegen ward zwischen dem Oheime und dem Neffen für lange Jahre nicht berührt. In den Berichten des Grafen Lobkowitz, der als Botschafter des Kaisers bis in das Jahr 1697 in Madrid weilte, geschieht dieser Frage gar keine Erwähnung. Demnach war er dafür nicht instruirt [1]).

Fast eben so wenig beschäftigen sich damit die Protokolle des kaiserlichen Ministerrathes bis zum Ende des Jahres 1696. Im Laufe desselben erwog der Kaiser Leopold den Gedanken, durch einen eigenen Botschafter die Sache bei Carl II. zur Sprache zu bringen. Dennoch reifte der Entschluß erst in Folge der Krankheit Carls II. im Herbste. Und zwar ist es auffallend zu sehen, in welcher Weise man dabei sich aussprach. In der sehr eingehenden Berathung vom 28. December 1696 fielen die Worte: „Es muß etwas geschehen; denn sonst könnte Frankreich behaupten: wir hätten unser Recht aufgegeben, und das Erbe gebühre dem, der es zuerst ergreift" [2]). Merkwürdiger Weise trifft der Zeit nach diese Aeußerung in Wien zusammen mit jenen Worten des Königs Wilhelm III. an Heinsius. Der Irrthum dieser Worte liegt demnach vor Augen. Die Aeußerung erbringt den durchschlagenden Beweis, daß die Haltung des Kaisers in der Friedenssache nicht bedingt wurde durch seine Hoffnungen auf die spanische Succession. (Vgl. S. 264.)

Eher könnte der Vorwurf einer Indolenz in einer so wichtigen Sache nahe liegen. Und allerdings ist auch dieser Vorwurf von Unkundigen damals und später oft erhoben worden. Eben darum haben wir zu trachten die Gründe kennen zu lernen, welche den Kaiser abhielten, in dieser Angelegenheit Schritte zu thun.

Nicht bloß jene nachdrückliche Erklärung des Königs Carl II. in dem Circular-Schreiben von 1694 stand dem Kaiser entgegen. Eben

---

[1]) Die Anzahl der erhaltenen Berichte im k. k. Archive ist freilich gering. Einige sind abgedruckt bei Gaedeke: Die Politik Oesterreichs in der spanischen Erbfolgefrage, Bd. I, S. 3* u. f.

[2]) Conferenz-Protokoll vom 28. December 1696. Die Worte lauten: Zu der Sache wird zu thun seyn. Alias Gallus posset dicere, man halte das jus pro derelicto, regnum cedere primo occupanti.

Digitized by Google

so sehr oder vielleicht mehr noch kam es für ihn an auf die Haltung der Persönlichkeiten, die bei einer Anregung dieser Frage der Succession berathend oder entscheidend mitwirken würden.

Wir erinnern uns, daß eben so wenig wie von außen her, auch von den Spaniern selbst eine nachdrückliche Mahnung an Carl II. herantrat. Die Staatsräthe schoben die Sache ab auf die Weisheit des Königs. Er selber hielt sie sich fern. Er hoffte beharrlich auf eigene Descendenz. Aus demselben Grunde ist undenkbar, daß die Königin, seine Gemahlin, die noch im Sommer 1696 sich einer eigenen trügerischen Hoffnung hingab, bis dahin für die Feststellung der Succession auf andere Weise nach irgend einer Seite hin ihre Stimme erhoben haben sollte.

Dagegen war eine andere Persönlichkeit, welche bei Carl II. ihr Wort geltend machte. Es war seine Mutter Maria Anna, die Schwester des Kaisers Leopold. Nicht jedoch zu Gunsten des Kaiserhauses, welchem sie entstammte, sprach sie, sondern zu Gunsten des eigenen Urenkels, des Kurprinzen Joseph Ferdinand von Bayern. In diesem Verhältnisse hauptsächlich bestand für den Kaiser die ungeheure Schwierigkeit.

Denn es liegt vor Augen, daß, vom Standpuncte des spanischen Erbrechtes aus, dieses Kind Joseph Ferdinand, geboren 1692, als der Urenkel von Philipp IV. und Maria Anna, den nächsten Anspruch hatte. Die Infantin Marie Thereſe und Ludwig XIV. hatten vor und nach der Heirath, auf spanischem und auf französischem Boden, in so ausdrücklicher Weise verzichtet, daß vor dem spanischen Gesetze von einem Erbrechte der Descendenz aus dieser Ehe nicht die Rede sein konnte. Ganz anders stand es mit dem Verzichte, den die Erzherzogin Maria Antonia als Erbin ihrer Mutter, der Infantin Margaretha, vor der Heirath mit dem Kurfürsten Maximilian Emanuel abgelegt hatte. Carl II. von Spanien hatte diesen Verzicht nicht bestätigt, hatte den wiederholten Bemühungen des Kaisers um die Bestätigung sich zu entziehen gewußt. Demnach galt dieser Verzicht gesetzlich nicht für Spanien. Aber er behielt vollen Werth für den Kaiser gegenüber seinem Schwiegersohne. Der Kaiser hatte das Recht, von dem Kurfürsten Max Emanuel die Haltung seines Eides, die Gültigkeit des Verzichtes zu fordern. Max Emanuel hütete sich in

Digitized by Google

Worten dem Kaiser gegenüber die Absicht des Eidbruches kund zu geben: er handelte zuwider durch die That. Er stand in Correspondenz mit der Königin-Mutter, auf deren Fürwort Carl II. ihm die Statthalterschaft von Belgien gegeben. Er wußte anzuknüpfen mit der Königin Maria Anna, sich ihr angenehm zu machen durch Gefälligkeiten und Geschenke, die er von Brüssel aus übersandte. Er wußte auf gleiche Weise ihre Günstlinge zu gewinnen, namentlich die Gräfin Berlepsch. Wenn die Königin mit diesem Anhang ihm auch keinen Nutzen erwies, so war er doch sicher, daß sie nicht schadeten. Den scharfen Augen der kaiserlichen Gesandten Auersperg und Kaunitz entging das alles nicht. Sie berichteten es heim [1]). Allein es ist nicht abzusehen, was der Kaiser dagegen hätte thun können, zumal da sein Gesandter in Madrid, Graf Lobkowitz, andauernd kränklich, bei der Gemahlin Carls II. nicht beliebt war, und mehr noch, da die nach dem Könige wichtigste Persönlichkeit dort, die Königin-Witwe, die Schwester des Kaisers, ihm entgegen stand.

Es ist damals oft hervorgehoben worden, daß Marie Louise, die erste Gemahlin des Königs Carl II., und Maria Anna, die zweite, in einem sehr verschiedenen Sinne auf den König Carl II. gewirkt. Die erstere habe es verstanden, zu Gunsten Frankreichs einzutreten. Ja es wird behauptet, daß ihr frühzeitiger Tod im Jahre 1689 ein für Frankreich sehr ungünstiges Ereignis gewesen sei, da sie damals den König zur Neutralität vermocht haben würde [2]). Maria Anna von Pfalz-Neuburg dagegen wirkte unzweifelhaft nicht zu Gunsten des deutschen Namens, und daher insbesondere nicht dessen, der sie empfohlen, des Kaisers. Wir haben ihre Günstlings-Wirthschaft der Gräfin Berlepsch und des Barons Wiser schon früher berührt. Es war nicht unberechtigt, von diesen Persönlichkeiten zu sagen, daß sie den Aufenthalt in Spanien benutzten, um für sich Geld zu scharren, unbekümmert was später daraus würde. Die Macht, die Maria Anna über den unentschlossenen, schwankenden Gemahl ausübte, stieg von Jahr zu Jahr, zugleich vielleicht auch die Heftigkeit, mit welcher sie

---

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 9. April. Beispielsweise hebt er hervor die Sendung einer Repetir-Uhr durch einen eigenen Courier.

[2]) Barozzi e Berchet: Relazioni Venete. Spagna t. II, p. 593. Ruzzini 1695.

Digitized by Google

ihren Widersachern entgegen trat, darin so sehr verschieden von der Königin-Mutter, vor deren ruhiger Würde die spanischen Granden sich ungleich williger beugten. Die Gegenwart der Witwe indessen hielt noch die junge Königin zurück [1]).

Die Königin-Mutter starb nach langem, schmerzhaftem Leiden im Mai 1696.

Erst auf diese Nachricht konnte in Wien der Entschluß gefaßt werden, für eine Feststellung der Succession in Spanien zu Gunsten des kaiserlichen Hauses noch einmal bei Carl II. alles aufzubieten. Als Botschafter zu diesem Zwecke ersah sich der Kaiser Leopold seinen Jugendfreund, den Grafen Bonaventura Harrach, den Enkel des um die Monarchie hoch verdienten Harrach, der hauptsächlich einst den Kaiser Matthias bewogen, alles Recht des Hauses zu übertragen auf das Haupt des Erzherzogs Ferdinand von Steiermark, des späteren römischen Kaisers Ferdinand II. Die Freundschaft der Jugend hatte sich fortgesetzt durch das ganze Leben: Graf Harrach, dem Kaiser Leopold ähnlich an Begabung, an Frömmigkeit, an Charakter, war sein Gefährte auf Jagden, auf Reisen, sein Vertrauter im Rathe [2]). Dem Könige Carl II. würde Harrach, da er schon einmal eine Mission nach Madrid gehabt, willkommen sein als ein alter Bekannter, der spanischen Sprache völlig kundig. Der Tod der Königin-Mutter, welcher diesen Gedanken der Sendung Harrachs zur Reife brachte, erleichterte zugleich die Ausführung, indem er den Anlaß bot, zur Ablegung der Condolenz des Kaisers bei Carl II. den Sohn Alois Harrach voranzusenden. Der junge Graf Alois, auch selber dem Könige wohl bekannt als der Gespiele seiner Jugend, erhielt zu dem offiziellen Auftrage den besonderen sich zu erkundigen über den Stand der Dinge, die Richtung der Gemüther, namentlich der Königin. Nicht jedoch solle er die Succession vorbringen.

Bevor noch der jüngere Graf Harrach in Madrid eintraf, nahmen dort die Dinge eine andere Gestaltung an, nicht zu Gunsten des Kaisers.

---

[1]) Anlage III.

[2]) Wagner t. II, p. 487.

Digitized by Google

Die letzte Mahnung der sterbenden Mutter an Carl II. war gewesen, die Erbfolge zu sichern für den Kurprinzen Joseph Ferdinand, ihren Urenkel, seinen Großneffen. Damals indessen vermeinte die Königin Maria Anna eine eigene Hoffnung zu tragen. Um so weniger also dachte Carl II. an ein Testament. Der Kurfürst Max Emanuel dagegen suchte für sich und seinen Sohn ein anderes Abkommen. Mit Zustimmung seines Bruders Joseph Clemens von Köln ließ er in Versailles den Verzicht seines Sohnes auf das andere gesammte spanische Erbe anbieten, wenn Frankreich ihm den dauernden Besitz von Belgien verbürge. Ludwig XIV. hielt ihn eine Weile hin, dann lehnte er ab [1]).

Max Emanuel bot also dem Könige von Frankreich ein ähnliches Verhältnis an, wie es zwischen ihm und dem Kaiser rechtlich bestand, so jedoch, daß das erstere errichtet werden konnte nur durch den Bruch des zweiten. Der Erfolg für ihn war zur Zeit nach der einen Seite lediglich der, daß Ludwig XIV. fortan wußte, daß und um welchen Preis Max Emanuel zu haben war. Auf der anderen Seite erkannte der Kaiser, der sofort durch Quiros [2]) eine sichere Nachricht erhielt, wessen er sich von Max Emanuel zu versehen habe.

Der Schritt dieses Kurfürsten mag hervorgerufen sein dadurch daß er an der Königin-Mutter seine feste Stütze in Madrid verloren. In der Wirklichkeit jedoch standen für ihn die Dinge dort ganz günstig. Im Laufe des Sommers 1696 erwies sich die vermeintliche Hoffnung der Königin als trügerisch. Im September erkrankten sogar beide schwer, der König wie die Königin. Carl II. ließ sich die Sterbe-Sacramente reichen. Er gedachte der letzten Mahnung seiner Mutter. Er verlangte das Votum des Staatsrathes. Die Stimmen waren getheilt: drei für den Kurprinzen, drei für den römischen König Joseph, den älteren Sohn des Kaisers, zwei für den Erzherzog Carl, den jüngeren Sohn [3]). Der König trat dem ersten Gutachten bei. Ein Testament zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand ward errichtet.

---

[1]) Hippeau: Avénement des Bourbons au trône d'Espagne t. I, p. XLIV. Die Instruction für Harcourt.

[2]) Mehrere Schreiben von Quiros an den Kaiser, im Juli 1696. Quiros wußte die Sache durch den Erzbischof von Mecheln.

[3]) So Wagner t. II, p. 488.

Digitized by Google

Dann genas Carl II. wieder, jedoch nur so, daß auch fortan die Meinung sich erhielt, es werde nicht lange mehr dauern.

Der Inhalt des Testamentes sollte unbekannt bleiben. In der That wechselten in den ersten Wochen darüber die Gerüchte mannigfach. Im Laufe des November 1696 jedoch kann es im Haag, in Brüssel, in Versailles, in Kensington, in der Hofburg in Wien, nicht mehr zweifelhaft gewesen sein, daß das Testament Carls II. laute zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand [1]). Und demgemäß bestimmte sich das fernere Verhalten der in Europa maßgebenden Mächte und Personen.

Zuerst Ludwig XIV. Er ließ nach Spanien große Erbietungen gelangen.

Wenn der König und die Cortes von Spanien, hieß es darin, einen der zwei jüngeren Söhne der Dauphins zum Erben ernennen wollten: so werde Ludwig XIV. diesen sofort und ohne französische Begleitung nach Spanien senden. Zum Unterhalte des Hofstaates für diesen Prinzen werde der König von Frankreich jährlich 300,000 Thaler zahlen. Er werde alles Eroberte an die Krone Spanien zurückgeben. Er werde mit seinen Mitteln Portugal und Holland der Krone Spanien wieder unterwerfen. Im Falle der König Carl II. eigene Descendenz erlange, werde der König von Frankreich seinen Enkel zurückrufen, die Krone Spanien dagegen im Besitze des Hergestellten lassen, nur daß Holland und Portugal dann dem Herzoge von Bourgogne verbleiben. — Auf diese freundlichen Reden folgte die Kehrseite: im anderen Falle: nachdrückliche Kriegführung in Catalonien mit 40,000 Mann [2]).

Ein besonderes Mittel ward noch, nach einer Mittheilung des spanischen Gesandten im Haag, Don Quiros, versucht bei der Königin von Spanien. Es ward ihr, für den Tod ihres Gemahles Carl II., Aussicht gemacht auf eine neue Heirath, nämlich mit dem Dauphin, so daß sie während der Minderjährigkeit des Herzogs von Anjou die Vormundschaft in Spanien führen, hernach zum französischen Throne gelangen würde [3]). „Ich halte diese Proposition, fügt Kaunitz hinzu, für sehr wahrscheinlich, und für ein sehr subtiles und tentirendes Gift."

---

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 6. November.

[2]) Conferenz-Protokoll vom 28. Januar 1697. Fast übereinstimmend das Tagebuch des Grafen B. Harrach S. 174.

[3]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 8. Januar 1697.

Digitized by Google

Wie immer dem sei, die Berathungen in Wien ergeben nicht eine große Besorgnis vor dem Gelingen dieser Versuchung.

Allein auch abgesehen von diesem besonderen Vorschlage, zeigen Erbietungen solcher Art, daß Ludwig XIV. das Ganze wollte, nicht einen Theil.

Die Erbietungen kamen in Wien zur Kunde, noch bevor ein Bericht des jungen Grafen Harrach über die Lage der Dinge in Spanien eingelaufen war. Demnach hatten die Berathungen in so weit keine feste Grundlage. Hauptsächlich an die Königin ward er gewiesen; im Uebrigen überließ man der Umsicht des Botschafters, des älteren Grafen, dort die geneigten und geeigneten Persönlichkeiten zu wählen. Dagegen rüstete man ihn aus mit der Urkunde des Verzichtes des Kurfürsten von Bayern. Dann solle Harrach vorstellen, daß der Kurfürst nicht vermögen würde, die Länder der spanischen Krone gegen Frankreich zu schützen. Eine Vererbung der Monarchie an den Kurprinzen sei daher gleichbedeutend mit der Hingabe derselben an den König von Frankreich. Die Consequenz dessen würde sein die Unterdrückung des deutschen Hauses Oesterreich, die Einbuße der römischen Kaiserkrone. Carl II. werde diese Verantwortung nicht auf sich laden wollen. Er werde einen der Söhne des Kaisers nach Spanien rufen. Verlange er den römischen König Joseph, so sei auszuweichen, weil dann eine Neuwahl statt finden müsse. Verlange er den Erzherzog Carl, so sei bereitwilligst darauf einzugehen.

Die Räthe des Kaisers erwogen, ob zu bauen sei auf andere Hülfe. Der geheime Artikel der Allianz von 1689 ward verlesen. Freilich, hieß es, dürfe man sich, wegen der Verschiedenheit der Religion, auf die Republik und den König von England nicht sicher verlassen; aber der politische Grund der Selbsterhaltung werde sie bestimmen. Denn der König von Frankreich, im Besitze auch der spanischen Macht, würde vermögen, alles unter seine Knechtschaft zu beugen. Die Räthe stellen dem Entschlusse des Kaisers anheim, ob er abermals mit diesen Mächten sich einlassen wolle. Sie drängten dagegen auf die Abreise des Botschafters.

Wetter und Wege gestatteten dieselbe erst im März 1697. Wir werden die Verrichtungen Harrachs in Spanien später im Zusammenhange überblicken. Es kommt zunächst an auf die Stellung, welche

Digitized by Google

England und Holland, oder, sagen wir es genauer, Wilhelm III. und Heinsius, zu dieser Angelegenheit einnahmen.

Auersperg trat vor den König. Die Angelegenheit der Succession in Spanien, sagte er, sei in Anregung. Im Auftrage des Kaisers habe er die Frage zu stellen, ob für den Fall, daß der König von Spanien seinen Entschluß fasse zu Gunsten des Kaiserhauses, der König von England es thunlich befinde, darüber einen Artikel in den Friedensschluß aufzunehmen, und die Annahme desselben für Frankreich zur Bedingung zu machen. Er hoffe, fügte der Gesandte hinzu, auf eine zustimmende Antwort, da ja der geheime Artikel der Allianz von 1689 die Verpflichtung dazu mit sich bringe.

Der König erwiederte: „Ich erinnere mich sehr wohl meiner Verpflichtung, bin auch bereit sie zu halten. Aber diese Frage ist von solcher Tragweite, daß ich augenblicklich nicht weiß, was ich darauf antworten soll. Denn wir haben zu erwägen, daß Frankreich niemals darein willigen wird. Wir würden demnach durch eine solche Bedingung die Friedenssache unterbrechen, und niemals aus dem Kriege kommen. Allerdings, wenn wir Verbündete im Stande wären die Bedingungen vorzuschreiben, läge die Sache anders. Eben so würden wir, als Verbündete des Kaisers, im Falle des Todes von Carl II., verpflichtet sein entgegen zu treten, damit nicht Frankreich davon Nutzen ziehe. Dieser Fall ist aber noch nicht eingetreten. Andererseits liegt klar vor Augen, daß alles Absehen von Frankreich gerichtet ist auf die spanische Succession, daß es demnach niemals anders als gezwungen durch die Gewalt der Waffen davon abstehen wird. Es handelt sich hier ja nicht um Städte und Provinzen, sondern um ganze Königreiche. Schreiben Sie also dem Kaiser: ich hielte es für unmöglich, zur Zeit eine solche Friedensbedingung an Frankreich zu stellen. Eher wäre es thunlich, von dem Frieden aus einen neuen Krieg zu beginnen, wenn der König von Frankreich im Falle des Ereignisses sich der Succession des Erzhauses in Spanien widersetzen wollte". — Nachdem der König diesen Bescheid gegeben, stellte er rasch die Frage: „Welche Hoffnung hat denn der Kaiser, daß der König von Spanien sich zu seinen Gunsten erklären wird?" — Auersperg erwiederte: er sei darüber nicht unterrichtet; aber an der baldigen Feststellung dieser Succession hange die Ruhe Europas. „Allerdings, erwiederte Wilhelm III.; denn

Digitized by Google

nach allem Anſcheine iſt weder ein längeres Leben des Königs, noch eine Deſcendenz von ihm zu hoffen. Ich werde nicht ermangeln beizutragen, was die Möglichkeit mir geſtattet" [1]).

Während der Graf Auersperg ſeinen Bericht über dieſe Audienz an den Kaiſer abfaßte, meldete der König ſie ſofort an Heinſius. Dieſer hatte ſeinerſeits im Haag auf dasſelbe Anbringen des Grafen Stratemann in ähnlicher Weiſe, oder, wie Wilhelm III. auf den Bericht von Heinſius darüber ſich ausdrückt, faſt wörtlich eben ſo geantwortet. Dieſe Uebereinſtimmung, ohne Beſprechung vorher, iſt merkwürdig, und zwar um ſo mehr, da erſt am Schluſſe des königlichen Briefes ein hauptſächlicher beſonderer Grund angedeutet wird. „Dieſe Frage, ſagt der König, iſt ſehr delicater Art: ſie darf nicht angeregt werden. Dazu kennen Sie die Anſprüche des Kurprinzen von Bayern. Wir werden demnächſt mündlich genauer davon reden" [2]).

In den letzten Worten liegt unverkennbar ein Zweifel an der Alleinberechtigung des Kaiſerhauſes auf die Succeſſion in Spanien. Dieſe Alleinberechtigung aber war ausgeſprochen durch den geheimen Artikel der großen Allianz von 1689. Die Stelle lautet: „Im Falle des Todes von Carl II. ohne rechtmäßige Deſcendenz werden der König und die Republik mit allen Kräften dem Kaiſer und deſſen Erben beiſtehen, um ihnen zu verhelfen zu der ihrem Hauſe rechtmäßig gebührenden Succeſſion in die ſpaniſche Monarchie" [3]).

Als der König und die Republik dieſe Verpflichtung auf ſich nahmen, im Jahre 1689, war das Anrecht des Kaiſerhauſes unzweifelhaft. Eine Deſcendenz der Erzherzogin-Kurfürſtin Maria Antonia von Bayern war damals nicht da, war auch für die Zukunft wenig wahrſcheinlich. Dennoch war dann, im October 1692, der Kurprinz Joſeph Ferdinand geboren. Die Frage, ob der von der Mutter Maria Antonia wiederholt geleiſtete, von Spanien dagegen nicht formell

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 22. März.

[2]) Grovestins t. VI, p. 601.

[3]) Casu quo modernus Hispaniarum rex e vita decederet, non relictis legitimis descendentibus, se C. M^tem ejusve haeredes ad successionem ejusdem domui legitime competentem in Monarchiam Hispanicam etc. etc., omnibus viribus adjuturos etc.

Digitized by Google

anerkannte Verzicht zu Rechte bestehe, mußte auch bei Wilhelm III. und Heinsius zur Erörterung kommen.

Eine solche Erörterung zog dann aber auch bei diesen Staatsmännern sofort nothwendig herzu die Erwägung des politischen Interesses der Republik Holland. Ihr war es vor allen Dingen darum zu thun, daß Belgien nicht in französische Hände gerieth. Diese Negative stand voran. In Betreff der positiven Seite der Sache lag es im Interesse der Republik Holland, lieber einen schwachen Fürsten im Besitze von Belgien zu sehen, als einen starken. Denn ein mächtiger und unabhängiger Herr würde sich schwerlich die Fesseln gefallen lassen, welche die Republik in dem Friedensvertrage von Münster 1648 dem herrlichen Strome der Schelde angelegt. Max Emanuel von Bayern war weder äußerlich mächtig, noch innerlich stark. Wenn es daher von der Republik Holland abhing zu entscheiden, ob Belgien in den Händen des Kaisers, ob in denen des Kurfürsten sich befinden solle: so war mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sie ihrem eigenen Interesse gemäß den Kurfürsten vorziehen würde.

Ludwig XIV. hatte diese Lage der Dinge längst mit in Anschlag gebracht. In seinem Plane des Sonderfriedens mit der Republik, welcher im November 1696 mislang in Folge seiner Weigerung, eine schriftliche Zusage für die Anerkennung Wilhelms III. zu geben, hatte er als Lockung für die Republik in Aussicht gestellt die Ueberlassung Belgiens an den Kurfürsten von Bayern. Als die Gründe dafür, daß er dennoch eben damals auf jenen Antrag des Kurfürsten von Bayern nicht einging, gibt er selber an seine geringe Meinung von einer bayerischen Partei in Spanien, so wie seine Kunde des geheimen Artikels der Allianz von 1689 [1]). Wir werden auf diese Kunde später zurück kommen.

Es ist bemerkenswerth, daß Heinsius im Haag aus sich zu dem Grafen Kaunitz zu reden begann. Er vernehme, sagte er, daß man in Wien durch das Gerücht einer solchen Abmachung in Betreff Belgiens sich beunruhigt fühle. Er erkenne an, daß, wenn dies Gerücht begründet wäre, man eine gerechte Ursache dazu haben würde. Aber

[1]) In der Instruction für Harcourt, bei Hippeau t. I, p. XLV.

Digitized by Google

es sei nicht wahr. — Kaunitz, der nicht von Wien her, sondern von dem Schweden Lilienroth im Haag es vernommen, berichtete diesem, was Heinsius gesagt. „Auch ich glaube, entgegnete Lilienroth, daß nichts abgeschlossen worden ist. Ich halte es sogar für möglich, daß die Franzosen den Vorschlag gemacht ohne Vorwissen des Kurfürsten. Aber daß sie ihn gemacht, und zwar zu dem Zwecke, um den Holländern die Besorgnis vor ihrer gefährlichen Nachbarschaft zu benehmen, sie dadurch für sich zu gewinnen, bleibt darum dennoch eine Thatsache" [1]).

Wir haben gesehen, daß nach Madrid hin dann Ludwig XIV. ganz andere Erbietungen machte, welche die Wiederbringung auch von Holland an die spanische Monarchie mit umfaßten. Der Widerspruch indessen dürfte nicht schwer aufzuhellen sein. Die Politik Ludwigs XIV. betrachtete es nicht als ihre Aufgabe, die Wahrheit zu sagen, sondern einem Jeden das was für ihre Zwecke geeignet erschien.

Wenn demnach von Spanien selbst aus eine solche Bestimmung getroffen wurde, welche Belgien dem Kurfürsten als dem natürlichen Vormunde seines Sohnes zuwies: so hatte die Republik sicherlich nichts dawider. Vielmehr konnte in ihren Augen die Wendung als eine glückliche erscheinen.

Wie die Republik, dachte dann aber als Holländer auch Wilhelm III. In seiner Stellung als König von England gerieth er damit nicht in einen Conflict. Das nächste und wichtigste Interesse hatte England mit der Republik gemeinsam, nämlich Belgien nicht zu einer französischen Provinz werden zu lassen.

Daß aber Wilhelm III. bei jener Meldung an Heinsius, eben so wohl wie zur selben Zeit der Kaiser und Ludwig XIV., eine Kunde besaß von dem damaligen Testamente Carls II. zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand, darf mit Sicherheit angenommen werden. Denn mehr als einmal tritt uns in jener Zeit die Wahrnehmung entgegen, daß über jeglichen Windeswechsel am Hofe von Madrid Niemand so sicher unterrichtet war, wie Wilhelm III. und Heinsius. Dies war das besondere Verdienst des Agenten der Republik in Madrid, des Juden Schonenberg, und daher erklärt sich zu nicht geringem

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 8. Januar 1697.

Digitized by Google

Theile die Zähigkeit, mit welcher der König den eben so insolenten, wie brauchbaren Mann dort erhielt.

Diese Kunde des Königs von der Sachlage in Spanien tritt verhüllt auf in jener Frage an Auersperg: welche Sicherheit der Kaiser habe für eine Entscheidung Carls II. zu seinen Gunsten.

Man dürfte nicht sagen, daß Wilhelm III. bei dieser Sachlage die Absicht hatte, sich los zu sagen von der Verpflichtung, die er dem Kaiser gegenüber durch den geheimen Artikel von 1689 auf sich genommen. Seine Antwort an Auersperg hat uns gezeigt, daß er diese Verpflichtung anerkennt. Er verstärkte dies am nächsten Tage durch den Grafen Portland. Dieser trat zu Auersperg. Er wiederholte zuerst, was auch der König gesagt. Er fügte dann hinzu: der König werde jederzeit erbötig sein, dem Kaiser beizustehen, damit Frankreich von dem spanischen Erbfalle keinen Nutzen ziehe, damit vielmehr die Succession dem Kaiserhause zufalle. Deshalb werde es nöthig sein, in der Garantie des Friedens den Artikel der spanischen Succession- und die Verpflichtung des Königs und der Generalstaaten für dieselbe zu erneuern. Dann jedoch wiederholte Portland im Auftrage des Königs das Ausweichen vor der ihm gestellten Forderung des Kaisers. Dieses Verlangen zu erfüllen, sagte er, sei unmöglich, weil daran die Friedenshandlung sofort scheitern würde [1]).

Demgemäß hat die Erwägung der bayerischen Ansprüche den König Wilhelm damals nicht dahin geführt, seine und der Republik Verpflichtung gegenüber dem Kaiser in Zweifel zu ziehen. Wir werden um ein Jahr später zu beobachten haben, daß dann diese Erwägung bei ihm ungleich stärker und nachdrücklicher sich geltend macht. Im Sommer 1697 hält er fest an jener Verpflichtung. Er erhebt gegen das Verlangen des Kaisers nicht den Einwand einer anderen Rechtsanschauung, sondern denjenigen der Unzweckmäßigkeit in Rücksicht auf den erstrebten Frieden.

Diesem Einwande gegenüber ist von ganz besonderem Interesse die Antwort des kaiserlichen Gesandten. „Ich weiß sehr wohl, erwiederte Auersperg, daß, wie billig, ganz Europa nach dem Frieden seufzt. Allein ich glaube, daß, wenn wir die Unterhandlung präcipitiren, wir

[1]) Auerspergs Bericht vom 26. März.

Digitized by Google

nur einen Waffenstillstand auf höchstens zwei Jahre erlangen. Ich lasse es dahin gestellt, ob dabei das Gemeinwohl Europas nicht größeren Schaden erleide, als wenn man mehr Standhaftigkeit in der Unterhandlung bewiese" [1]).

Aehnlich urtheilten andere kundige Zeitgenossen. „Man sollte, sagt Leibniz bereits 1694, die wichtige Angelegenheit der spanischen Succession vor dem Ende des Krieges feststellen. Denn im anderen Falle wird jeglicher Friede für Europa nur ein Stillstand der Waffen sein" [2]).

Bekanntlich haben die Ereignisse diese ahnungsvollen Worte bestätigt. Eben darum liegt es uns ob, die damalige Stellung des Königs Wilhelm in dieser Angelegenheit mit einigen Strichen noch schärfer hervorzuheben.

Wilhelm III. selber hatte in jener Unterredung mit Auersperg sich der Worte bedient, daß das ganze Absehen des Königs von Frankreich gerichtet sei auf die spanische Succession, daß er niemals anders als gezwungen durch die Gewalt der Waffen davon abstehen werde. Aus dieser Anschauung scheint folgerecht fließen zu müssen, daß der Träger derselben, da er das spanische Erbe dem Könige von Frankreich nicht belassen wollte, sich offen bereit und willig erklären mußte, es mit den Waffen zu wehren. Allein hier fällt die Doppelstellung des Königs Wilhelm III. ins Gewicht. Wir haben wiederholt beobachtet, und werden ferner es beobachten, daß seine Entschlüsse nicht frei waren. Daß er aus sich selber, namentlich um Hollands willen, den Frieden ersehnte, dürfte nicht bezweifelt werden. Aber stärker noch als sein eigener Wunsch, war der Druck, den dies Verlangen in Holland, namentlich in der Stadt Amsterdam auf ihn ausübte. Dieser Druck wird im Laufe der Friedenshandlung noch mehr als einmal sehr wahrnehmbar uns ins Auge fallen.

Namentlich also um Hollands willen zog Wilhelm III. nicht die Consequenz, die aus seiner eigenen Anschauung von Frankreichs Streben hätte fließen müssen. Allein in dem Unterlassen dieser Consequenz lag dann noch mehr. Indem er sich weigerte, dem Wunsche des Kaisers gemäß bei noch währendem Kriege sich öffentlich so zu erklären, wie es

[1]) Der Genauigkeit wegen gebe ich an, daß Auersperg diese Worte nicht an Portland gerichtet hat, sondern an Sunderland. — Im Berichte vom 26. März.

[2]) Die Werke von Leibniz, Bd. VI, S. 84.

Digitized by Google

doch der Consequenz seiner eigenen Anschauung entsprochen hätte, und zwar um dem Friedensschlusse kein Hindernis in den Weg zu legen, barg diese Weigerung in sich den Keim des Entschlusses, auch nach geschlossenem Frieden denselben nicht wieder in Gefahr zu bringen. Das Verhalten Wilhelms III. ist erklärlich nur durch die Annahme der Hoffnung in ihm, daß irgend ein Mittelweg gefunden werden könne, der hinweg helfe über die Gefahr der Erneuerung des Krieges. Daher entspringt in dem Briefe an Heinsius die Erwähnung der Ansprüche des bayerischen Kurprinzen.

Demnach ist hier der Wendepunct, an welchem der König Wilhelm III. in Gefahr geräth, von der Verpflichtung für den Kaiser, ungeachtet er sie anerkennt, thatsächlich dennoch zurückzuweichen.

Es würde gewagt sein für damals, für den März 1697, einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, als daß der König Wilhelm III. in diese Gefahr geräth. Am wenigsten dürfte man reden von einer Absicht der Untreue. Wir werden ersehen, daß Wilhelm III. noch für viele Monate auf dem Standpuncte seiner Verpflichtung von 1689 beharrt, und auf welchen Anlaß dann langsam jene andere Strömung der Gedanken bei ihm in Thätigkeit tritt.

Allein es muß schon hier hervorgehoben werden, daß diese Weigerung Wilhelms III. sich im Sinne des Kaisers öffentlich zu erklären und die Angelegenheit der spanischen Succession zu einem Artikel des Friedens zu machen, ein großer Vortheil war für den gemeinsamen Gegner, dessen Scharfblick den leisesten Sprung im Gefüge der Allianz erspähete. Wie dem Kaiser, so war auch dem Könige Wilhelm III. eine Thatsache von höchster Wichtigkeit unbekannt. Wir haben dieselbe darzulegen.

Wir erinnern uns, mit welcher Sorgfalt jener geheime Artikel des Allianz-Vertrages von 1689 beim Abschlusse in Wien verborgen gehalten war. Die Zahl der Mitwisser beschränkte sich damals dort auf den Kaiser und den älteren Grafen Stratemann, im Haag auf Heinsius, Hop und einige wenige Mitglieder der Generalstaaten, welche im Namen der Republik den Vertrag gezeichnet[1]); in England auf

[1]) Die Ratification des Vertrages der großen Allianz von Seiten der Republik, datirt vom 1. Juli 1689, trägt, im Auftrage der Generalstaaten,

Digitized by Google

den König Wilhelm persönlich allein. Und dennoch hatte diese geringe Anzahl von Kundigen im Laufe der Jahre den Zuwachs eines Mitwissers erhalten, den sie am wenigsten wollten, nämlich Ludwig XIV. Woher und durch welche Mittel ihm das gelungen sein mag, dürfte schwer zu erforschen sein. Aber die Thatsache selbst liegt vor in seinen eigenen Worten, nämlich in seiner Instruction für Harcourt, den er im December 1697 zum Botschafter für Madrid ernannte. In dieser Instruction gibt er genau den Inhalt des geheimen Artikels an. Aehnlich einige Monate später in der Instruction für Tallard, seinen Botschafter bei Wilhelm III. [1]).

In dieser Kenntnis Ludwigs XIV. liegt der wesentliche Schlüssel für seine Geneigtheit zum Frieden, für seine Willfährigkeit eine Reihe von Städten zurückzugeben, welche die Verbündeten ihm zu nehmen nicht vermochten, und zwar nicht bloß an Spanien. Wir kennen bereits das damals von Frankreich her ausgestreuete Gerücht: der Kaiser suche den Krieg hinzuzerren, damit inzwischen der spanische Successions-Fall eintreten möge. Kein Actenstück des kaiserlichen Archivs spricht für diese Behauptung. Mit vielen derselben ist sie unvereinbar. Dagegen ist die umgekehrte Ansicht richtiger. Ludwig XIV. suchte aus dem Kriege zu kommen, weil entweder die Allianz wider ihn mit dem Kriege zu Ende ging, oder, wenn sie fortdauerte, es ihm im Frieden leichter war sie zu zersetzen. Die Wahrscheinlichkeit aber sprach, namentlich in Betreff des geheimen Artikels, weil derselbe nicht erledigt war, für die Fortdauer der Allianz. Um so eifriger also bestrebte sich Ludwig XIV. zum Frieden zu gelangen.

Wenn aber Wilhelm III., dem Wunsche des Kaisers gemäß, die Angelegenheit der spanischen Succession zu einem Friedens-Artikel machte: so wurde dadurch dem Streben Ludwigs XIV. auf die Zersetzung der Allianz in dieser Richtung ein Riegel vorgeschoben. Indem Wilhelm III. sich weigerte, wandte er unwissentlich dem gemeinsamen Gegner negativ einen erheblichen Vortheil zu.

---

lediglich die Unterschrift des Vorsitzenden der Woche, Gisbert Cuper, und die Bestätigung derselben durch den Greffier Fagel. — Die Beitritts-Urkunde Wilhelms III. ist, wie in Bd. IV, S. 528 dargethan, gezeichnet lediglich von ihm.

[1]) Hippeau t. I, p. XLII. — Grimblot: Letters of William III. and Louis XIV. t. I, p. 271 und 479.

Digitized by Google

Andererseits hatte der Kaiser bei jenem Verlangen an Wilhelm III. den Wunsch und die Absicht, daß ein entschiedenes Auftreten desselben auch seinem Neffen von Spanien für den zu fassenden Entschluß zur Stütze gereichen würde. Das Ausweichen Wilhelms III. vereitelte diese Hoffnung. Und doch war damals noch die Zeit, wo die Abneigung in Carl II. wider Ludwig XIV. seine Furcht vor ihm überwog.

Daß die französischen Erbietungen zur völligen Herstellung der alten spanischen Monarchie bei Carl II. keinen Erfolg hatten, gab sich sehr bald kund. Mit den Erbietungen verband sich im Falle der Nicht-Annahme die Drohung gegen Catalonien. Carl II. persönlich wollte die Abwehr. Aber wie war dies möglich bei dem traurig vernachlässigten und herabgekommenen Zustande aller spanischen Wehrkraft? — Carl II. entschloß sich den König von England zu bitten um die Absendung eines Geschwaders zur Hülfe für Barcelona.

Da wegen der noch nicht ausgeglichenen Differenz über Schonenberg dem spanischen Botschafter in London der Hof versagt war: so hatte in seinem Namen der Graf Auersperg die Bitte zu stellen. Er sondirte vorher durch Lord Galway. Dieser brachte die Antwort: auch der König sei der Ansicht, daß nur ein Geschwader der Verbündeten Catalonien halten, namentlich Barcelona retten könne. Auersperg trat also vor den König. Er versicherte gemäß den Meldungen an Canales, daß von spanischer Seite alle Anstalten zur nachdrücklichen Vertheidigung getroffen würden. „Aber, erwiederte der König, der General der kaiserlichen Truppen in Catalonien, der Landgraf Georg von Hessen, meldet es mir ganz anders. Die Dinge dort sind in sehr übelem Stande." — „Allein, versetzte Auersperg, es ist bekannt, daß Frankreich zur See dort nicht rüstet. Um so wirksamere Hülfe könnte ein Geschwader bringen." Der König erwiederte, er könne nichts versprechen [1]).

Einige Tage später erneuerte der Gesandte seine Bitte. Der König von Spanien, sagte er, wolle seine Truppen aus dem Mailändischen herüber führen. Er bitte um die Deckung dieser Ueberfahrt durch die englischen Schiffe von Cadix aus. Er bitte zugleich um das Geschwader zur Hülfe für Barcelona. „Ich weiß nicht, fuhr der

[1]) Auerspergs Bericht vom 2./12. Februar.

Digitized by Google

König heftig heraus, wie die Krone Spanien solche Anforderungen an mich stellen kann. Meine Unterthanen dort werden schlecht behandelt, ja wie Sclaven. Der Admiral Neville, der den Auftrag hat mit seinem Geschwader die Heimkehr der spanischen Gallionen zu decken, hat sich in Cadix verproviantiren wollen. Man hat ihm geantwortet: er solle auch nicht ein Stück Brot auf Credit haben: das sei der ausdrückliche Befehl des Hofes. Ich frage Sie, ob das eine Behandlung ist unter Verbündeten. Ich weiß auch, was der Botschafter hier schreibt. Er verdirbt mit seinen Berichten dahin mehr als zehn andere gut machen können. Wäre es nicht um des Königs willen, der, wie ich überzeugt bin, keinen Theil daran hat: so würde ich andere Entschlüsse fassen. Denn dergleichen Dinge bin ich nicht gewohnt" [1]).

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Wilhelm III. Recht hatte, den König Carl II. bei solchen Dingen nicht als betheiligt anzusehen. Allein weniger sicher dürfte es sein, daß Carl II. es vermochte sie zu ändern. Nach der Ansicht des jüngeren Harrach war bereits damals, zu Anfang 1697, den Räthen des Königs nicht zu trauen [2]).

Die Lage der Dinge in Catalonien ward drohender. Der päpstliche Nuntius suchte die Neutralität zu vermitteln. Die spanischen Minister stimmten zu, theils offen, theils unter der Hand. Im versammelten Staatsrathe fielen die Worte, daß, wenn der Prinz von Hessen-Darmstadt sich weigere, man noch ausreichende Mittel besitze, ihn zu zwingen. Carl II. sah sich in die Enge getrieben. Er schwankte. Da entschloß sich auf die Bitte der kaiserlichen Gesandten die Königin, bei dem Gemahl ihre volle Geltung einzusetzen. Es gelang. Der König erklärte, daß er bei der Allianz ausharren werde.

Wilhelm III. selber trat mit diesen Nachrichten dem Grafen Auersperg entgegen. Dieser benutzte die Gelegenheit seine Verwendung zu erneuern. Es sei die höchste Zeit, meinte er, den König dort zu ermuthigen. „Ich fürchte, erwiederte Wilhelm III., daß es dennoch darum steht, wie im vorigen Jahre mit Savoyen, wo der Herzog meine Hülfe verlangte, nachdem er schon seinen Sonderfrieden fertig

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 23. Februar/5. März.

[2]) Final-Bericht S. 92.

Digitized by Google

hatte. Allein ich bin bereit. Schreiben Sie also, daß ich ein beträchtliches Geschwader dahin absenden will. Bemerken Sie jedoch auch, daß meine Schiffe nicht fliegen können." So am 23. März/2. April. Noch in derselben Stunde eilte der Courier der beiden Gesandten dem Meere zu, um sich nach Corunna einzuschiffen [1]). Für Monate lang war fortan die Hoffnung auf dies verbündete Geschwader der Anker, an welchem der Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt und die ihm Gleichgesinnten in Barcelona sich hielten.

Wir sind, um die spanischen Angelegenheiten im Zusammenhange zu überblicken, vorangeeilt bis zu jenem wichtigen Versprechen Wilhelms III. Inzwischen hatte die Friedens-Angelegenheit im Haag Fortschritte gemacht. Wir haben dahin unsere Blicke zurückzuwenden.

Wir erinnern uns der Erwägungen der kaiserlichen Räthe am 10. Januar 1697, unter dem Drucke der Besorgnis, daß dem Könige Wilhelm und der Republik die Gedanken eines Sonderfriedens nicht fern lägen. Demgemäß fiel der Beschluß dahin aus, sich möglichst genau an die eigenen Worte sowohl der Franzosen als der Holländer selbst zu halten, namentlich an die Resolution der Generalstaaten vom 3. September, welche ausdrücklich die Rückgabe von Straßburg und Luxemburg mit in sich schloß.

Kaunitz und Stratemann eröffneten dem Congresse der Gesandten im Haag, daß der Kaiser bereit sei, auf die Präliminarien des Callieres einzugehen, so jedoch, daß dann sofort die Mittlerschaft Schwedens angenommen und dem Botschafter dieser Macht alles Betreffende überwiesen würde. Sie hoben dann eindringlich hervor, daß alle Gesandten bestehen möchten auf die Herstellung Lothringens, wie der Herzog Carl IV. es besessen; denn ohne dieselbe sei zu besorgen, daß der Friede nicht zu Stande komme. Der Gesandte für Lothringen, Canon, erinnerte daran, daß die Allianz von 1689 ausdrücklich diese Herstellung verheiße. Die Holländer erwiederten, daß sie sich nicht für verpflichtet erachteten, daraus einen Präliminar-Artikel zu machen. In Betreff des Congreß-Ortes verlangten die kaiserlichen Botschafter, daß noch

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 23. März/2. April.

Digitized by Google

ein Versuch für Aachen gemacht werde. Wenn Frankreich sich weigere, so sei der Kaiser zufrieden mit Mastricht, Breda, Nymegen, Zwolle, oder Arnheim [1]).

Auf die Meldung von Heinsius, wie weit die Sache bis dahin gediehen, erwiederte König Wilhelm: „Die Pässe für die französischen Friedens-Botschafter sind sogleich auszufertigen, und zwar nach Delft. Alsdann werden die Conferenzen statt haben zwischen Delft und dem Haag, also in Ryswyck, mögen die Kaiserlichen zustimmen oder nicht" [2]).

Dykvelt berichtete dem Callieres, daß die Verbündeten bereit seien zur Annahme der schwedischen Vermittelung, und verlangte bestimmte Fassung der Präliminarien. Callieres gab sie. So oft er Straßburg nannte, fügte er hinzu: „Oder ein Aequivalent". Auf den Bericht von Dykvelt im Congresse erwiederte der Graf Kaunitz: „Es muß dem Callieres jegliche Hoffnung benommen werden, daß wir für Straßburg ein Aequivalent nehmen. Deshalb dürfen diese Worte nicht gebraucht werden. Ich glaube dasselbe in Betreff Luxemburgs". Quiros fiel ein: „Ich habe den Auftrag auf die Herausgabe von Luxemburg eben so fest zu dringen, wie die kaiserlichen Gesandten auf diejenige von Straßburg".

Im Namen des Congresses, mit Ausnahme des Don Quiros, der dazu noch keinen Auftrag hatte, begab sich dann der Graf Kaunitz zu dem schwedischen Botschafter Lilienroth, mit der Erklärung, daß die sämmtlichen Mächte die angetragene Friedens-Vermittelung der Krone Schweden annähmen und ihn ersuchten, sofort ans Werk zu schreiten.

Am 10. Februar reichte Callieres dem Vermittler die Friedens-Präliminarien ein. „Der Allerchristlichste König, lautete der erste, bewilligt und stimmt zu, daß die Friedensschlüsse von Münster und Nymegen die Basis und der Ausgangspunct sein sollen für die allgemeine Friedenshandlung mit allen Verbündeten. — Der König verspricht dem Reiche die Stadt Straßburg zurückzugeben, in dem Zustande, in welchem sie sich bei der Occupation befand. — Er verspricht dem Könige von Spanien die Stadt Luxemburg zurückzugeben in dem

[1]) Die ausführlichen Tagesberichte, Ende Januar und Anfang Februar, des Secretärs Kotzebue in den Robethon-Papieren des St. A. H. Auch für das Folgende.

[2]) Grovestins t. VI, p. 597. Vom 26. Januar/5. Februar.

Digitized by Google

gegenwärtigen Zustande. Eben so die Städte Mons und Charleroi, ferner die Städte in Catalonien. Ferner Dinant an den Fürstbischof von Lüttich. Dann alle Reunionen seit dem Frieden von Nymegen. Endlich Lothringen gemäß den Bedingungen desselben Friedensschlusses".

Der Ueberblick alles dessen, was hier der Stärkere, nicht gezwungen durch die Waffen, zurückzugeben sich erbietet, um den Frieden zu erlangen, gewährt den Beweis, daß dieser Friede ihm sehr werthvoll sein mußte, nicht als Friede an sich, sondern wegen der Consequenz, der Auflösung der Allianz.

Nach jenen Präliminar-Artikeln, welche Callieres dem Vermittler Lilienroth dictirt, kam erst noch der besondere, der die Anerkennung Wilhelms III. betraf. Dykvelt und Callieres begaben sich zu Boreel, der damals das Zimmer hüten mußte. Dort erschien sofort auch der Vermittler Lilienroth. Die beiden Holländer thaten ihm kund, in Gegenwart des Callieres: sie seien mit diesem überein gekommen, daß sofort von der Unterzeichnung des Friedens an der allerchristlichste König den Prinzen von Oranien als König von Groß-Britannien anerkennen werde, ohne jegliche Schwierigkeit, Einschränkung, Bedingung, noch Vorbehalt. Darauf wandte sich Callieres zu dem Vermittler und erklärte, daß er im Namen des Königs von Frankreich alles bestätige, was jene beiden gesagt.

Es ist merkwürdig, daß vom selben Tage an, wo Callieres im Haag diese Erklärung gab, in London eine Protestation Jacobs II. verbreitet wurde. Sie führt den Titel: „Denkschrift, enthaltend die Gründe, welche die verbündeten katholischen Fürsten verpflichten sollten, beizutragen zur Herstellung Sr. Britannischen Majestät". Heinsius meldete dem Könige Wilhelm, daß Callieres die Schrift nicht desavouire, sondern sage, daß man dem Könige Jacob bei dem Stande, in welchem er sich befinde, diesen Schritt nicht übel nehmen dürfe. In Wahrheit hatten die Verbündeten dazu keine Ursache. Das Ungeschick, welches bisher noch jedes Mal an derartigen Publicationen des unglücklichen Fürsten gehaftet, ward durch diese letzte überboten. Nicht die Anhänger, sondern die Gegner Jacobs II. übersetzten die Schrift ins Englische und verbreiteten sie. „Die gesammte Nation, meldet Auersperg, ärgert sich an diesem Schriftstücke, und ich glaube, daß der König Jacob bei den Umständen hier nicht leicht etwas für ihn Nachtheiligeres hätte

Digitized by Google

thun können. Denn, ungeachtet seines Unglückes, sind der Haß gegen die anglicanische Religion und die Neigung für Frankreich dennoch auch hier wieder die leitenden Principien. Ein hervorragender Jacobit hat mir gesagt, daß diese Schrift jedem Anglicaner es moralisch unmöglich mache, sich fortan noch für den König Jacob zu erklären" [1]).

Die Sache nahm sogar eine für den König Jacob noch minder vortheilhafte Wendung. Es scheint, daß zuerst die französische Regierung ihm darin völlig freie Hand belassen habe. Erst nach der Verbreitung ward die Schrift ernstlicher geprüft. Es erfand sich, daß sie katholische und protestantische Fürsten auf gleiche Weise unangenehm berühren müsse, und namentlich daß sie geeignet sei, Zweifel zu erregen an der Aufrichtigkeit des Königs von Frankreich in dem Acte der Anerkennung Wilhelms III. In der That dürfte kaum zu bezweifeln sein, daß an Aufrichtigkeit auch in dieser Sache der König Jacob seinen Freund und Bruder von Frankreich sehr weit übertraf. Allein die praktische Consequenz war eine andere. Die Politik Ludwigs XIV. forderte abermals ein Opfer, und es ward gebracht. Dieselben Persönlichkeiten, welche im Auftrage Jacobs II. seine Protestation ausgetheilt, gingen nun umher zu verkünden, daß der König Jacob dieselbe desavouire, und daß er zur geeigneten Zeit eine andere erlassen werde an alle christlichen Fürsten ohne Unterschied [2]).

Dieser augenscheinlich französische Vorschlag, den Protest nicht abhängig zu machen von der Adresse an eine kirchliche Confession, mochte praktischer sein. Allein der König Jacob hatte den unrichtigen Weg betreten: er ging darauf weiter. Wenige Wochen später erschien eine zweite Protestation, dem Titel gleich lautend mit der ersten, nur daß anstatt der Worte: die katholischen Fürsten, hinein gesetzt war: die protestantischen Fürsten und Staaten. Die Kritik dieser zweiten Schrift faßt sich zusammen in die Worte der kaiserlichen Gesandten in

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 2./12. Februar.

[2]) Schreiben von Palmquist aus Paris, im Februar: Ainsi on le supprime et les mêmes personnes qui l'ont distribué, disent présentement que le Roy Jacques le désavoue, et que, quand il sera temps, il en fera un qui s'adressera à tous les Princes chrestiens sans distinction. — Aehnlich Hoffmann aus London am 15. Februar: Die französischen Briefe melden, daß man das Manifest des Königs Jacob zu supprimiren sucht.

Digitized by Google

London: „Sie ist fast noch übler als die erste. Sie wird mit Geringschätzung angesehen und Wenige nur nehmen Kenntnis davon" [1]).

Auf die Nachricht des Vorganges im Haag, vom 10. Februar, zeigte sich der König Wilhelm hoch erfreut. Sein Wunsch nach dem Frieden scheint damals beständig im Steigen gewesen zu sein. Er hofft eher zum Ziele zu gelangen, wo möglich noch vor dem Frühlinge, durch einen Stillstand der Waffen, den der Vermittler vorschlagen soll. Er will zu diesem Zwecke weder Verheißungen, noch Geld sparen [2]). Es gelingt nicht. Der König ist unwillig über jeden Aufschub, jede Verzögerung, namentlich über die Langsamkeit der Spanier. Es scheint dem Könige Wilhelm damals auch nicht einmal die Erwägung aufgestiegen zu sein, daß sein und der Holländer allzu kundbarer Friedenseifer den Gegner, obwohl die Geneigtheit desselben für den Frieden offen zu Tage lag, dennoch nicht geschmeidiger machen, und daher den Bundesgenossen nicht zum Vortheil gereichen konnte.

Obwohl außer Sunderland, den zum Verdrusse vieler Engländer der König täglich mehr hervorzog [3]), vielleicht auch nicht ein einziger Engländer diese Lage der Dinge durchschauete, so ward sie gefühlt. Einige Mitglieder des Unterhauses traten zu Auersperg mit der Frage, ob es wahr sei, daß Holland den König zu einem überstürzten Frieden dränge. Das würde ihnen, sagten sie, sehr schmerzlich sein. Denn so verwickelt auch die Finanzlage sei, so schwierig das Aufbringen des Geldes: so würden sie doch für den Krieg dem Könige geben was er verlange. Sie versicherten, daß das englische Volk sich in alles füge, wenn es nur den Erfolg sehe, daß die Uebermacht Frankreichs gebrochen werde. — Der Gesandte fühlte sich nicht berufen, in Erörterungen einzugehen, die als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von England ausgelegt werden konnten. Er wich aus [4]).

Anders dagegen verfuhr man von Frankreich aus. Das Mittel der Kriegführung vermittelst unwahrer Gerüchte ward abermals in

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 2. und Auerspergs Bericht vom 5. April. — Die beiden Protestationen sind abgedruckt in den Actes de la paix de Ryswyck t. I, p. 452 et suiv. Eben dort Gegenschriften, jedoch nicht offizielle.

[2]) Grovestins t. VI, p. 599. Vom 5./15. Februar.

[3]) Auerspergs Bericht vom 26. Februar/8. März.

[4]) Desgleichen vom 9./19. Februar.

Digitized by Google

Betrieb gesetzt. Es waren erst wenige Wochen verflossen, seitdem Auersperg bei dem Könige selbst den Argwohn zurückgewiesen, daß der Kaiser heimlich mit Frankreich unterhandele. Bereits im Anfange März schlich in London das Gerücht wieder um, dies Mal mit der Wirkung, daß der Kaufmannsstand eingeschüchtert, kleinlaut wurde, daß es der Regierung schwer fiel Geldvorschüsse zu erlangen. Wenige wie Sunderland wiesen das Gerücht mit Lachen hinweg. Andere fragten geradezu den kaiserlichen Gesandten. Sie gaben Einzelnheiten an. Der Bund des Kaisers und des Königs von Frankreich, hieß es, solle befestigt werden durch drei Heirathen: des römischen Königs Joseph mit der Tochter des Herzogs von Orleans, des Dauphins und des Prinzen von Wales mit je einer Erzherzogin [1]). Diese Angaben zeigen den Weg zu dem Ursprunge. Mit der Ausnahme des Prinzen von Wales, der hier an die Stelle des Herzogs von Bourgogne gesetzt wird, sind die genannten Personen dieselben, welche gerade ein Jahr zuvor auftreten in dem geheimen französischen Vorschlage, der zu Padua zwischen Velo und de la Haye berathen wurde, nur mit dem allerdings großen Unterschiede, daß von kaiserlicher Seite diese Heirathsplane von vorn herein gestrichen waren. Damals war beiderseitig, für den Fall des Mislingens, in der ausdrücklichsten Weise Schweigen angelobt. Indem nun dennoch diejenigen Vorschläge, zu deren Empfehlung damals Ludwig XIV. liebreich klingende Phrasen aufgewendet, und die dann entschieden zurück gewiesen waren — indem nun diese Vorschläge verwerthet wurden, als wären sie eine Uebereinkunft, und zwar verwerthet wurden zu dem Zwecke, Mistrauen und Argwohn in England zu erregen, thut sich vor unseren Augen ein solches Lügengewebe in Zweck und Mitteln auf, daß wir zu der Annahme gezwungen werden, auch jene Vorschläge von Padua selbst seien nur zu dem Zwecke ersonnen, damit sie, wenn in irgend einer Weise der Kaiser sich einließe, und wäre es auch nur zum Anhören, von dieser Thatsache des Anhörens aus wider ihn gewendet werden könnten.

Das Gerücht in England, welches keine Basis hatte, mußte darum mit der Zeit von selbst verstummen. Aber bis dahin that es seine Wirkung.

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 2./12. März.

Digitized by Google

Es scheint nicht, daß der König Wilhelm III. auch dies Mal wieder, wie im August 1696 durch die Leichtgläubigkeit Lexingtons und dann im December durch Andere, sich habe täuschen lassen. Die Berathungen mit dem welterfahrenen Sunderland, obwohl dieser in der Friedenssache völlig mit dem Könige ging, mochten doch dieser Neigung zum Mistrauen nicht förderlich sein.

Um so mehr drängte der König in Auersperg in der Friedenssache. Portland erschien und redete nach der üblichen Weise, daß jede Verzögerung einen Nachtheil bereite. „Thun Sie mir den Gefallen, fiel der Gesandte ein, zu sagen, in welchem Puncte der Kaiser die Friedenshandlung verzögert, in welchem Puncte er nicht alle erdenkliche Bereitwilligkeit herzubringt." — „Ich halte meinerseits, fuhr er fort, Ihnen die Frage entgegen, ob nicht zu fürchten, daß durch einen übereilten Friedenseifer günstige Gelegenheiten für Frankreich geboten werden? Ungeachtet aller unserer Protestationen hier und im Haag, daß wir die Stadt Straßburg verlangen, hat Dykvelt dem Callieres gestattet, zu Straßburg jedes Mal die Worte hinzuzufügen: oder ein Aequivalent. Das ist zu unserem Nachtheile." — „Nicht doch, erwiederte Portland; denn es steht in dem Belieben des Kaisers, das Eine oder das Andere zu nehmen." — „Gestatten Sie mir, fiel Auersperg ein, anderer Ansicht zu sein. Indem Holland diese Reden zuläßt, muß sich bei dem Callieres die Meinung festsetzen, daß dies nicht geschehen würde, wenn nicht Holland einer Neigung zu dem Aequivalente bei dem Kaiser sicher wäre. Solchen Dingen muß gesteuert werden. Wenn nicht, so ist mit Fug zu besorgen, daß zwischen den Häuptern der Allianz Misverständnisse aufwachsen. Dies betrifft namentlich auch Lothringen; denn bisher ist das Eintreten von England und Holland für dasselbe sehr kaltsinnig. Ich bitte in dieser Richtung mit dem Könige zu reden, wie ich selber es auch thun werde." — Portland versetzte: man müsse trachten auch nach dem Friedensschlusse geeinigt zu bleiben, und dadurch dem Könige von Frankreich alle Neigung zu Insulten gegen die Einzelnen zu benehmen. Auersperg erwiederte: „Diese Einigung setze ich zu unser Aller Heil voraus als unumgänglich nothwendig. Allein ich frage Sie, wenn wir uns von Frankreich Gesetze vorschreiben lassen zu einer Zeit, wo wir verbündet in Waffen stehen: was ist dann zu hoffen in einer Zeit, wo

Digitized by Google

unser Bündnis mehr ein Pergament sein wird als eine Realität? Sie kennen die Engländer besser als ich. Sind Sie der Ansicht, daß diese Nation sich so bald wieder in einen kostbaren Krieg einlassen werde? Oder gar, daß sie sich bereit finden werde in Friedenszeit eine so große Armee zu unterhalten? — Ich sage Ihnen dies Alles nur zu dem Zwecke, um meine Ansicht zu verfechten, daß die Ueberstürzung des Friedens gewis der gänzliche Ruin der gemeinen Sache sein wird". — „Portland hat, fügt der Gesandte seinem Berichte hinzu, darauf nichts zu antworten gewußt" [1]).

Einige Tage später sprach Auersperg dieselben Bedenken vor dem Könige aus. Der Kaiser, sagte er, könne nicht einwilligen in ein Acquivalent für Straßburg; denn, wenn diese Stadt in französischen Händen, so sei Lothringen niemals sicher. Der König erwiederte in längerer Rede: „Je mehr ich den gegenwärtigen Stand der Dinge überlege, desto wünschenswerther erscheint mir der Friede. Es ist unmöglich, daß England und Holland den Krieg allein tragen. Ich erkenne an, daß der Kaiser zur Vertheidigung des Rheines das Mögliche leistet. Allein die Erfahrung wird zeigen, daß wir nach einem neuen Feldzuge noch übeler stehen als heute. Wenn wir daher im September oder October einen weniger ehrenhaften und vielleicht auch für das Erzhaus nachtheiligeren Frieden schließen müssen als heute: so will ich keine Schuld daran haben. Ich will nichts sagen von der Krone Spanien. Es ist wahrhaft unerhört, daß, wo diese Krone zu dem bevorstehenden Feldzuge in Belgien nicht Einen Mann zu stellen vermag, wo in Catalonien alles darunter und darüber geht, wo Frankreich, wenn es nur will, dieses ganze Land mit Barcelona hinwegnehmen kann — daß auch da noch Quiros im Haag Schwierigkeiten erhebt wider die schwedische Vermittelung, daß er noch allezeit redet von der Herstellung des pyrenäischen Friedens. Bei solchen Reden steigen mir die Haare zu Berge. Dies Alles erregt in mir den Gedanken, daß man mich zwingen will den Krieg fortzuführen. Dahin lasse ich es nicht kommen. Es würde mir leid thun, wenn meine Verbündeten sich verlören. Ich aber mit der Republik will mich in Sicherheit stellen, damit diese beiden Nationen einmal wieder

[1]) Auerspergs Bericht vom 9./19. Februar.

Digitized by Google

Athem schöpfen". — „Es ist mir auch sehr schmerzlich, fuhr dann der König fort, daß der Kaiser nicht einwilligt in den Haag als den Ort der Unterhandlung. Mir ist, wie ich tausendmal gesagt, jede andere Stadt recht. Daß ich den Haag nenne, geschieht nur um Zeitgewinnes willen, nicht aus einer anderen Absicht. Der Kaiser möge sich das wohl überlegen. Wir müssen suchen aus diesem Kriege zu kommen, uns gegenseitige Garantie leisten und trachten uns zu erholen. Dazu ja aber auch hat der Kaiser, so lange der Krieg mit Frankreich währt, auf einen Frieden mit den Türken nicht zu hoffen."

Der Gesandte erwiederte: „Auch ich erkenne an, daß Holland und England des Krieges müde sind, bin aber durchaus der Ansicht, daß auch Frankreich den Frieden ersehnt, und daß daher, wenn von Seiten der Allianz nicht ein zu großer Eifer gezeigt wird, man einen besseren Frieden erlangen kann".

Der König: „Warum Frankreich nach dem Frieden verlangen sollte, sehe ich nicht. Die Aussichten auf den nächsten Feldzug stehen für Frankreich günstiger als für die Verbündeten. Darum müssen wir unter zwei Uebeln das kleinere wählen" [1]).

Der Gesandte schließt seinen Bericht mit den Worten: „Der König hat demnach von dem bevorstehenden Feldzuge geringe Hoffnung, dagegen viele Besorgnisse. Wenn also ein Unglück eintritt, so ist zu besorgen, daß er und die Republik die Verbündeten zum Eingehen auf einen Frieden zwingen werden."

Die Meldungen von Kaunitz aus dem Haag, von Auersperg aus London, steigerten im Laufe der Monate Februar und März in Wien die Besorgnis vor einem Sonderfrieden dieser Mächte mit Frankreich. Im Auftrage des Kaisers trat der Graf Auersperg einige Tage später wieder vor den König. Auf Grundlage des Beschlusses der Generalstaaten vom 3. September 1696, und der Annahme der französischen Vorschläge durch diesen Beschluß, sagte der Gesandte, habe der Kaiser eingewilligt in den Congreß und in die schwedische Friedens-Vermittelung. Eben dies habe er dem Reichstage zu Regensburg kund gethan. Er habe darauf hin seine Friedens-Botschafter ernannt, mit der Weisung daran festzuhalten und dies in

[1]) Auerspergs Bericht vom 9./19. März.

Digitized by Google

formeller Weise dem Vermittler zu erklären. Auf diese Erklärung stehe die französische Antwort noch aus. Um jedoch weiter seine Willfährigkeit zu beweisen, sei der Kaiser bereit in Betreff des Ortes auf den Wunsch des Königs und der Republik einzugehen, wenn diese dafür die bündige Versicherung gäben, nicht sich in einen Frieden einzulassen ohne Zustimmung des Kaisers und des Reiches. Der König erwiederte: „Diese Garantie hat ja der Kaiser durch die allgemeine Allianz, und ich wüßte nicht zu welchem Zwecke eine neue erforderlich wäre". Er erging sich in weiteren Reden dieser Art. Er bat, daß man doch nicht Subtilitäten suchen wolle. „Ich verspüre wohl, fuhr er dann fort, daß, ob ich auch alles in der Welt thue, um die gemeine Wohlfahrt zu befördern, man dennoch zu mir kein rechtes Vertrauen hat. Darin geschieht mir Unrecht. Dies um so mehr, weil durch jeden Aufschub die Lage der Dinge sich verschlimmert. Wären wir vor drei Monaten zum Congresse geschritten, wie ich damals den Kaiser inständig bat: so wäre jetzt vielleicht ein guter Friede schon geschlossen." — Der Gesandte erwiederte: „Ew. Majestät sollten doch die Intention von Frankreich aus dem endlosen Chicaniren erkennen. Ich für mich fasse nicht, warum die gemeine Sache zur Zeit in einem schlimmeren Stande sein sollte als vor drei Monaten. Der Kaiser seines Ortes hat alle erdenklichen Mittel ergriffen, um seine Willfährigkeit an den Tag zu legen". — Der König erwiederte: „Ich werde thun was möglich". Dann schwieg er. „Also hat er, fügt der Gesandte hinzu, nach allem meinem Drängen sich über die von mir begehrte Garantie nicht weiter aussprechen wollen" [1]).

Eben so erfuhr damals der Kaiser von einer anderen Seite her, daß er sich für die Wiedererlangung von Straßburg auf den König Wilhelm und Holland nicht fest verlassen dürfe. Im Haag trat Dykvelt zu Kaunitz. „Wie wäre es, sagte er, wenn man dem Schweden Lilienroth für die Wiederbringung von Straßburg eine Belohnung von 60,000 Reichsthalern in Aussicht stellte? — Für den Antheil von England und Holland sage ich gut." Kaunitz vernahm es schweigend. Jedoch berichtete er es. Im Rathe des Kaisers kam der Vorschlag nicht zur Erwägung [2]).

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 23. März/2. April.

[2]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 9. April.

Digitized by Google

Der Auftrag des Grafen Auersperg bei dem Könige Wilhelm III. war jedoch mit jener Antwort noch nicht erledigt. Der Kaiser, sagte er, verlasse sich in Betreff der Herstellung von Lothringen auf die oft wiederholte Zusage des Königs. Diese Herstellung sei eine selbständige Angelegenheit, unabhängig von der Rückgabe Straßburgs. Von einem Aequivalente für diese Stadt könne nicht die Rede sein.

„Meine Gesinnungen für das Haus Lothringen, erwiederte der König, sind Ihnen bekannt. An mir soll es nicht liegen, wenn dieser Wunsch nicht erfüllt wird, obwohl gerade er der schwierigste. — In Betreff Straßburgs versichern Sie dem Kaiser, daß mir als gutem Verbündeten daran liegen muß, dieses Glied des römischen Reiches von demselben nicht trennen zu lassen. Unter uns jedoch muß ich Ihnen sagen, daß Frankreich ein Aequivalent anbietet zum Verwundern, und daß, nach englischem Brauche, ich wetten wollte, hundert gegen zehn, daß wir andere Verbündete eher darauf bestehen müssen, daß der Kaiser Straßburg nimmt und nicht das Aequivalent. Ich habe das erst durch die gestern angekommenen Briefe erfahren." Auersperg horchte hoch auf. Der König bemerkte nicht, welches wichtige Eingeständnis im Eifer des Redens indirect ihm entschlüpft war, und fuhr fort: „Frankreich bietet Breisach, Freiburg, Philippsburg, den Breisgau und die Kehler Schanze, alle diese Städte wie sie sind. Dazu bietet es Lothringen nach dem Stande von 1661. Ich muß Ihnen offen sagen, daß, wenn der Kaiser sein eigenes Interesse ansehen will, diese Angebote vorzuziehen sind, und daß ich, wenn ich im Rathe des Kaisers säße, mit meinem Votum mich in Verlegenheit befinden würde. Dies ist indessen nur ein Discurs". Auersperg versprach, ihn auch nur als einen solchen zu betrachten [1]).

In seinem Berichte wies er dann hin auf das wichtige Eingeständnis, welches dem Könige entschlüpft war. „Weil, sagt er, der König diese Mittheilungen über das Aequivalent nur erst aus den letzt angekommenen Briefen vernommen: so können Ew. K. Majestät daraus ersehen, daß die geheimen Beredungen der holländischen Minister mit dem Callieres noch täglich fortdauern."

---

[1]) Bericht vom 23. März/2. April.

Digitized by Google

Dies war wider die ausdrückliche Bedingung des Kaisers, daß nach der Annahme der schwedischen Vermittelung alle geheimen Beredungen der Holländer mit den Franzosen aufhören müßten, wider eben dieselbe Forderung des schwedischen Vermittlers Lilienroth, und wider die darauf ihm ertheilte Zusage der Verbündeten.

Die Sache wird in das klarste Licht gestellt durch die eigenen Worte des Königs Wilhelm III. Zehn Tage vor dieser Audienz des Grafen Auersperg schrieb er an Heinsius: „Die französischen Bevollmächtigten werden zur Zeit bereits in Delft angelangt sein; allein wir dürfen mit ihnen nicht verhandeln als durch die schwedische Vermittelung. Im anderen Falle würden wir der Welt den Beweis liefern, daß wir auf einen Sonderfrieden ausgehen, und unseren Verbündeten den Frieden aufzwingen wollen. Uebrigens hat sich auch ja Lilienroth positiv wider jede Unterhandlung erklärt, die nicht durch seine Hände ginge. Dies ist natürlich; denn es liegt im schwedischen Interesse" [1]).

Es lag nicht bloß im schwedischen Interesse: es war die Forderung der Gerechtigkeit.

Das französische Erbieten aber des Aequivalentes für Straßburg war nicht an Lilienroth gelangt, nicht von diesem dem Könige mitgetheilt. Wenn das Erbieten an Lilienroth gelangt wäre: so mußte von ihm aus dasselbe in offizieller Form erfolgen an die kaiserlichen Bevollmächtigten im Haag, zunächst an den Grafen Kaunitz. Dieser wußte davon nichts. Aber das Erbieten konnte auch nicht einmal zuerst von den Franzosen her an Lilienroth gelangen, durfte nicht einmal offen von ihnen ausgesprochen werden, weil wenige Wochen zuvor Callieres jene schriftlichen Vorschläge gemacht, von denen der eine lautete: Rückgabe von Straßburg. Das Erbieten des Aequivalentes konnte demnach nur heimlich gemacht sein, auf dem Wege der Holländer, und daher rührte, wie der Graf Auersperg erkannte, die Kunde des Königs Wilhelm.

Demnach fallen jene eigenen Worte des Königs Wilhelm an Heinsius schwer lastend auf sie beide. Die Worte enthalten ihr eigenes Urtheil über ihr eigenes Thun.

[1]) Grovestins t. VI, p. 604. Vom 12./22. März.

Digitized by Google

Die vertrauliche Eröffnung dagegen, welche der König dem Grafen Auersperg über das französische Angebot des Aequivalentes für Straßburg machte, war, ungeachtet der Verwahrung des Königs, nicht bloß für den Grafen Auersperg bestimmt. Sie sollte weiter gelangen nach Wien. Sie sollte für den Kaiser das Lockmittel sein ihn zu bewegen, um seines eigenen Interesses willen dasjenige des Reiches an Straßburg zu opfern. Denn dieses war eine Reichsstadt, der Breisgau mit Freiburg ein österreichisches Erbland. Dazu kam das Erbieten der Rückgabe von Lothringen an den Neffen des Kaisers auf dem Fuße von 1661, während die Präliminarien dieselbe anboten nur gemäß dem Frieden von Nymegen, also in derselben Weise, welche der verstorbene Herzog Carl, der Türkensieger, für unannehmbar erklärt hatte. Der König Wilhelm hatte daher Recht, diese Häufung des Aequivalentes für die Stadt Straßburg als sehr vortheilhaft für den Kaiser und sein Haus anzusehen. Wenn der Kaiser auf diese Lockung einging: so war, gemäß dem Wunsche von Holland, der Weg gebahnt zum sofortigen Abschlusse des Friedens. Und in der That mochten Wilhelm III. und die Holländer Recht haben mit der Ansicht, daß unter zehn Fällen neunmal ein solches Erbieten begierig ergriffen wäre. Der Bürgermeister Boreel und andere Kaufleute von Amsterdam mochten sogar jegliches Zaudern des Kaisers bei einer solchen Wahl als thöricht ansehen. So von dem Standpuncte ihrer Weltanschauung aus. Einen anderen vertrat der römische Kaiser Leopold.

Es ist sehr merkwürdig, daß auch Wilhelm III. damals den Maßstab für diesen Charakter verloren hatte. Und doch hatte er früher verstanden ihn zu würdigen. So im Jahre 1673, so wieder im Jahre 1689. Wilhelm III. wußte, daß sein Unternehmen in England auch nach dem ersten Erfolge, der weit hinausging über den ursprünglichen Plan, dennoch wieder fehlschlagen müsse, wenn nicht der Kaiser für dasselbe eintrat. Er wußte, daß Ludwig XIV. alle Lockungen des Interesses aufbot, um Leopold für sich zu gewinnen. Er vertraute dagegen auf den Kaiser, dem das Gemeinwohl Europas höher stehe, als das nächste eigene Interesse. Sein Vertrauen war gerechtfertigt. Der Kaiser entschied für ihn und seine Sache.

Und nun gab sich der König Wilhelm dem Gedanken hin, daß der Kaiser, den er hätte kennen sollen, durch Privatvortheile für sich

Digitized by Google

und sein Haus sich ablenken lassen würde von seiner beschworenen Kaiserpflicht! Diese Pflicht forderte von dem Kaiser die Wiederbringung Straßburgs an das Reich. Und darum ward keiner der Räthe des Kaisers der Verlegenheit ausgesetzt, in welcher, wie der König Wilhelm sagt, er sich befinden würde, wenn er über die Alternative: Straßburg oder das Aequivalent, sein Votum geben sollte. Der Bericht Auerspergs darüber ward gelesen und dann zu den Acten gelegt. Die Alternative ward im Rathe des Kaisers nicht erörtert. Nicht freiwillig, sondern nur gezwungen konnte der Kaiser für das Reich auf Straßburg verzichten.

Und freilich, die Aussicht auf diesen Zwang tauchte empor. Von England, von Holland hatte Ludwig XIV., wenn er fest blieb bei seinem Versprechen der Anerkennung Wilhelms III. und den Consequenzen dieser Anerkennung, nichts zu fordern. Von Spanien wollte er nichts fordern, gemäß dem Plane, der offen vorliegt in seinen Erbietungen an Carl II. auf die Kunde des Testamentes für den Kurprinzen Joseph Ferdinand. Auch Spanien seinerseits erhob vom März 1697 an keinen Einwand mehr gegen einen Friedensschluß, wie immer er sein mochte. Man hätte bereits damals abschließen können. Nicht ein Zaudern, ein Ausweichen des Kaisers stand entgegen, wie die Franzosen und die Holländer behaupteten, sondern das Trachten Ludwigs XIV. von den Friedensangeboten, welche er für Kaiser und Reich gemacht, etwas wieder abzuzwacken, und namentlich dasjenige zurückzuziehen, welches unter allen ihm am schwersten gefallen war, dasjenige der Stadt Straßburg. Vom März 1697 an, wo die Holländer das Aequivalent für den Kaiser annehmlich gefunden, durfte Ludwig XIV. mit Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß Wilhelm III. und Holland in diesem Falle für Kaiser und Reich nicht mit Nachdruck eintreten würden. Es handelte sich für ihn wesentlich darum, die Sprünge und Risse in der Allianz, die längst seinen Augen offen lagen, durch Zaudern und Hinzerren zu erweitern. Bis zu welchen Schritten Wilhelm III. entschlossen war, im vermeintlichen Interesse des Friedens vorzugehen, haben uns seine Worte an Heinsius dargethan.

Und damit ist im voraus die Charakteristik des ferneren Ganges des Friedenswerkes gegeben.

Digitized by Google

Der König Wilhelm III. war eingegangen auf den französisch-holländischen Vorschlag, welcher die Stadt Delft zum Aufenthalte der französischen Bevollmächtigten bestimmte, den Haag zu demjenigen der Verbündeten, das zwischen beiden Städten halbwegs gelegene Schloß zu Ryswyck zum Orte der Conferenzen. Der König hatte dadurch eine Thatsache geschaffen, von welcher kaum zurückzukommen war. Zu Ende März trafen in Delft auch die anderen zwei französischen Friedens-Botschafter ein, Harlay und Crecy. Dennoch hielt der Kaiser fest an seiner Weigerung. Um dagegen kund zu thun, daß er fern sei von einer Absicht der Verzögerung, ließ er durch seine Botschafter im Congresse im Haag den Vorschlag machen, alle Solennitäten frei zu stellen, demnach die Notification der Ankunft, die Besuche und Gegenbesuche dem eigenen Ermessen eines Jeden zu überlassen. Der Vorschlag ward, wie Stratemann meldet, mit stattlichem Beifalle vernommen [1]). Ein anderer Vorschlag dieser Art betraf eine Erleichterung in der Ausstellung von Pässen. Mit beiden Vorschlägen indessen verband der Kaiser noch eine andere Absicht. Sie waren gemacht, wie das Rescript an die kaiserlichen Botschafter besagte, hauptsächlich zu dem Zwecke, damit jeglicher Anlaß einer Reibung zwischen den französischen Botschaftern und den englischen als denen eines von Frankreich noch nicht anerkannten Königs, im voraus vermieden würde. Dieser Grund ward nur dem Engländer Villiers und dem Pensionär Heinsius eröffnet. Sie erkannten mit willigem Danke diese Vorsicht des Kaisers an, so wie andererseits, daß nur von Wien aus der Vorschlag mit Erfolg hatte gemacht werden können, weil der Kaiser und demgemäß seine Botschafter im Range die ersten waren. Nur die Botschafter von Kur-Sachsen und Kur-Brandenburg murrten im stillen, weil durch die Annahme des Vorschlages ihnen die selten sich bietende Gelegenheit genommen ward, die gleiche Ehre mit königlichen Botschaftern zu beanspruchen [2]).

Von da an nämlich treten auch die Gesandten der Reichsstände mitwirkend ein. Dies Verhältnis erfordert einen kurzen Ueberblick.

---

[1]) Stratemanns Bericht vom 22. März.

[2]) Bericht des Freiherrn von Seilern vom 22. März. — Minder klar findet sich die ganze Sache in den Actes de la paix de Ryswyck t. I, p. 376.

Digitized by Google

Es war das Bestreben des Kaisers, dem Auslande gegenüber das gesammte Reich zu vertreten und in der Wahrung des Ganzen auch das Interesse jedes einzelnen Standes zu schützen. Den Reichsständen genügte das nicht. Namentlich der schwäbische und der fränkische Kreis hatten geltend gemacht, wie wichtig es sei, daß die beiden im Reiche geltenden Confessionen durch eine gleiche Anzahl von Gesandten bei den Friedens-Verhandlungen repräsentirt wären. Sie fürchteten, daß die Vertretung durch den Kaiser allein bedenkliche Folgen für die Zukunft haben könne. Der Kaiser hatte nachgegeben. Demnach schickten alle Reichsfürsten, auch diejenigen, welche ihre Truppen nur beim Leuchten des englischen und des holländischen Goldglanzes in Bewegung zu setzen pflegten, ihre Botschafter nach dem Haag. Indem diese sorgfältig wachten, ob die Kaiserlichen ihnen die gebührende Rücksicht schenkten, wirkten sie lähmend auf dieselben und indirect nützlich für die Politik Ludwigs XIV. Wir werden sie in dieser Beziehung näher kennen lernen.

Allein ungeachtet der Kaiser in Betreff des Ceremoniells sich so sehr entgegenkommend bewies: so willigte er doch noch nicht in den Haag und Ryswyck. Dies war indessen nur der eine Punct der Differenz. Ein anderer war die Forderung, daß das allzu weite Präliminare vom 10. Februar schärfer bestimmt werde, direct oder durch Schweden, gemäß den früheren Erklärungen und dem Beschlusse der Generalstaaten vom 3. September 1696. Wichtiger noch war darüber hinaus die Forderung eines günstigeren Präliminare für Lothringen. Die Kaiserlichen reichten über alles dies am 28. März dem Vermittler Lilienroth eine Denkschrift ein [1]).

Als Lilienroth die Denkschrift den Franzosen übergab, erhoben diese bei den Holländern laute Beschwerde. Es liege klar am Tage, sagten sie, daß die Kaiserlichen nur Aufschub suchten. Sie ließen dennoch durchblicken, daß sie bereit sein würden sich bestimmter zu erklären, sobald der Kaiser eingehe auf ein Aequivalent für Straßburg. Dessen weigerten sich die Kaiserlichen. Die Holländer drängten zum Nachgeben. Sie richteten indessen diese Forderung nicht an den gemeinsamen Gegner, den König von Frankreich, sondern an den

[1]) Französisch bei La Lande: Histoire de l'empereur Charles VI, t. I, p. 35.

Digitized by Google

Verbündeten, den Kaiser, der nicht für sich selber etwas verlangte, sondern für die Schwächeren, welche seinem Schutze vertraueten.

Eben damals aber verließ ihn einer dieser Schwächeren, dessen Vertretung ihm oft genug die Klagen des Königs von England und der Republik zugezogen, sein Neffe Carl II. von Spanien. Ungeachtet der sehr geringen Leistungen von spanischer Seite hatte der Staatsrath dort allein lange sich gesteift auf den Wortlaut der großen Allianz von 1689, welcher die Herstellung des pyrenäischen Friedens verhieß. Er hatte davon nicht lassen wollen bis in das Jahr 1697 hinein. Im Angesichte der vom Beginne dieses Jahres an stärker als jemals zuvor heran drohenden Gefahr für Catalonien, schlug er um. Und zwar völlig. Das bisherige Verhalten des Don Quiros im Haag erfuhr in Madrid eine entschiedene Misbilligung. Es ward ihm anbefohlen, im April, das Aeußerste aufzuwenden, damit man zum Frieden gelange, unter welchen Bedingungen immer es sei. Der Zuwachs an Druck auf die Kaiserlichen war den Staatsmännern der Republik sehr willkommen [1]).

Am 2. April sammelten sich die Botschafter der Verbündeten, mit Ausnahme der Kaiserlichen, und faßten den Beschluß, das Schloß zu Ryswyck als Congreß-Ort anzunehmen.

Lilienroth begab sich dahin, und weiter nach Delft. Die Haltung der Franzosen war durch jenen Erfolg nur noch fester, oder richtiger hochfahrender geworden. Sie beharrten dabei, über das Präliminare vom 10. Februar hinaus nichts festsetzen zu wollen. Die Kaiserlichen erneuten dagegen in einer Denkschrift [2]), vom 10. April, ihren Protest, daß sie jenes Präliminare nur in so weit angenommen, als es den früheren französischen Erklärungen entspräche, und daß sie von dem Vermittler, durch welchen diese Erklärungen ihnen zugegangen, die Aufrechthaltung derselben verlangten.

Die Forderungen standen einander scharf gegenüber. Abermals schritten die Botschafter der Verbündeten ein, dies Mal durch eine schriftliche Vorstellung, nicht an die Franzosen gerichtet, sondern an die Kaiserlichen. Sie wünschten, sagten sie darin, daß dem Kaiser die

---

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 29. April.

[2]) In französischer Uebersetzung bei La Lande t. I, p. 40.

Digitized by Google

völlige Genugthuung für seine Forderung widerfahre; aber die Hoffnung darauf sei gering. Sie hielten es für ihre Pflicht, sagten sie weiter, sich dahin kund zu geben, daß es dem Kaiser sowohl wie allen Verbündeten nützlich und seinen wohlwollenden Absichten für den allgemeinen Frieden entsprechend sein würde, wenn seine Botschaft in die Eröffnung des Congresses einwilligte und auf diesem die Erledigung der Forderungen durchzusetzen suchte, anstatt sie vorher zu verlangen. Sie betheuerten, daß sie im Namen ihrer Auftraggeber alle möglichen Anstrengungen aufbieten würden, um von Frankreich die völlige Herstellung des Friedens von Nymegen und zugleich diejenige des Herzogthumes Lothringen zu erlangen. Sie versicherten, daß dies einer der wesentlichen Puncte der Unterhandlung sein solle [1]).

Die Kaiserlichen präcisirten darauf ihre Forderungen in acht Artikeln. Der Inhalt derselben ist die Forderung der Rückgabe alles dessen, was Frankreich nach dem Frieden von Münster unter was immer für einem Vorwande dem römischen Reiche deutscher Nation genommen. Nur das Haus Oesterreich hat damals seinen Besitz im Elsaß abgetreten, und über diese Abtretung hinaus hat Frankreich dort kein Recht. Eben so nicht über die drei abgetretenen Bisthümer hinaus, noch an die Pfalz. Der Kaiser verlangt endlich eine Entschädigung für die Verheerungen vor der Kriegserklärung in den Kreisen Schwaben, Franken und am Rheine. — Sämmtliche Forderungen des Kaisers betreffen das Interesse des Reiches, keine davon dasjenige seines Hauses.

Der Monat April verging mit den Erörterungen hin und wieder, bis die Kaiserlichen sich bewegen ließen, von der vorläufigen Zusage der Rückgabe Lothringens abzustehen.

Inzwischen starb der friedensvermittelnde Souverän, der König Carl XI. von Schweden, in dessen Namen der Botschafter Lilienroth im Haag fungirte. Im Namen des noch minderjährigen Carl XII. ward die Vollmacht für Lilienroth erneuert durch die Vormundschaft, die Königin-Großmutter Hedwig Eleonore, mit den ihr zugegebenen fünf Räthen, am 10./20. April. Schweden ernannte als ersten Botschafter den Grafen Bonde; jedoch traf er so spät ein, daß das

[1]) Die Denkschrift bei La Lande t. I, p. 43.

Digitized by Google

eigentliche Geschäft der Vermittelung nur dem zweiten Botschafter oblag, dem Freiherrn von Lilienroth [1]).

Die Eröffnung des Congresses verzögerte sich bis in den Mai, nach der Ankunft des Königs Wilhelm III. auf dem Festlande.

Das Parlament von England beharrte die ganze Session hindurch in seiner willfährigen Haltung für den König. Auch die Engländer stimmten ein in den Friedensruf; aber Auersperg wiederholt oft seine frühere Wahrnehmung, daß dieses Verlangen zu einem erheblichen Theile entspringe aus der Erkenntnis, daß der Krieg, wenn in der bisherigen Weise fortgeführt, das gewünschte Ergebnis nicht bringen werde. „Hätten sie nur die geringste Hoffnung, sagt er, daß der Krieg in dieser Weise gelingen könne: so würden sie gemäß ihrer Ueberzeugung, daß der Friede und die Ruhe für England abhangen von der Demüthigung Frankreichs, die Fortführung verlangen, würden darauf dringen. Aber die Hoffnung, daß der König darin sich ändere, haben sie völlig aufgegeben." Der Mismuth über die holländische Führung in der Friedenssache regte sich bei Einigen; aber die Zahl derer, die auf den Grund dieser Dinge blickten, war gering [2]).

Der Fortgang der Dinge im Parlamente entsprach allen Wünschen des Königs. „Mit Ausnahme der Verzögerung, schrieb er einige Tage vor dem Schlusse an Heinsius, habe ich volle Ursache zufrieden zu sein, mehr als ich erwartet hatte" [3]).

Am 16./26. April erschien der König im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden, und redete zu ihnen mit folgenden Worten.

„Mylords und Herren. Nachdem ich den mir von Euch unterbreiteten Bills meine Zustimmung gegeben, habe ich nun Euch meinen herzlichen Dank auszusprechen für Euere Verrichtungen in dieser Session. Der Charakter derselben ist Umsicht, Besonnenheit, Anhänglichkeit."

---

[1]) Actes de la paix de Ryswick t. II, p. 4.

[2]) Die Berichte Auerspergs vom 16. und 26. April.

[3]) Grovestins t. VI, p. 605.

Digitized by Google

„Bei der Eröffnung dieser Session habe ich Euch meine Erwägungen ausgedrückt über die Schwierigkeiten, mit denen Ihr zu kämpfen haben würdet. Sie waren derartig, daß — ich will es offen eingestehen — meine Hoffnung, daß wir sie überwinden würden, sich gründete lediglich auf die Weisheit und den Eifer eines so guten Parlamentes."

„Ihr habt meiner Erwartung vollaus entsprochen. Ihr seid mit solcher Zuversicht an die Arbeit gegangen, habt dann sie fortgesetzt mit solcher Einmüthigkeit, habt zuletzt die Dinge zu einem solchen Schlusse gebracht, daß, falls unsere Feinde es nicht in ihrem Interesse halten zu einem ehrenhaften Frieden zu kommen, wir hoffen dürfen den Krieg mit Erfolg fortzuführen. Und nachdem eine so wirksame Vorkehrung getroffen ist, um den Mangel in früheren Bewilligungen auszugleichen — was ich ansehe als das beste Fundament für die Herstellung des Credites: so zweifele ich nicht an einem sehr glücklichen Erfolge in kurzer Zeit, zur allgemeinen Erleichterung und Befriedigung meines Volkes."

„Die Lage der auswärtigen Angelegenheiten macht es mir zur Pflicht, für einige Zeit das Königreich zu verlassen. Ich werde für die Zeit meiner Abwesenheit die Regierung in die Hände solcher Persönlichkeiten legen, auf die ich mich verlassen darf."

„Mylords und Herren. Ich habe keinen anderen Wunsch auszusprechen, als daß Ihr dieselbe gute Gesinnung, die Ihr in allen Vorfällen dieser Session an den Tag gelegt habt, auch in Euerer Heimathsgegend bewähren wollt."

Man schied mit gegenseitiger Befriedigung. „Der Ausgang dieser Session, meldet der Graf Auersperg, hat in seinem erhebenden Eindrucke dem Beginne entsprochen" [1]).

Einige Tage noch weilte der König in London. Die Namen der Mitglieder der Regentschaft wurden kund. Unter ihnen befand sich einer, der einen schrillen Miston hervorrief. Es war der Graf Sunderland, eben vorher zum Lord Chamberlain ernannt. Es war längst bekannt, daß Sunderland seit Jahr und Tag vom Könige zu vielen Angelegenheiten gezogen wurde. Diese Ernennung jedoch überstieg

[1]) Auerspergs Bericht vom 16./26. April. Aehnlich Hoffmann. Sie beide heben die Rede des Sprechers hervor, die jedoch ihren Berichten nicht beiliegt.

Digitized by Google

alle Erwartung. „Das Urtheil Vieler geht dahin, meldet der Graf Auersperg, daß der König diesen Schritt nicht gethan haben würde, wenn er sich nicht des Friedens sicher fühlte. Denn die Misstimmung darüber ist allgemein und so tief, daß unzweifelhaft der König früh oder spät darunter zu leiden haben wird. Sunderland könnte nicht verhaßter sein als er es ist. Seine Stellung einst zu dem Könige Jacob ist noch in lebhafter Erinnerung, und demgemäß ist die Besorgnis wach, daß er unter dem jetzigen Könige entsprechend handeln werde" [1]).

Am 26. April/6. Mai begab sich der König um ein Uhr Nachmittags zu Margate an Bord, und stieg am anderen Tage um zehn Uhr Vormittags am Oranienpolder ans Land.

Zwei Tage später, am 9. Mai, begannen die Friedens-Conferenzen auf dem Schlosse Nieuwburg beim Dorfe Ryswyck. Die Aeußerlichkeiten dafür waren sehr umständlich geregelt.

Die ganze Besitzung des Königs, in deren Mitte etwa das Schloß lag, war ein langes Viereck, der Länge nach von Nord nach Süd, der Breite nach von Ost nach West, umzogen von breiten Wassergräben, in Verbindung mit dem Landes-Canal, welcher an der Nordseite der Besitzung selber diesen Graben bildete. In der Mitte dieser Nordseite lag die Brücke über den Canal. Sie ward dem Botschafter-Vermittler allein vorbehalten, eben so wie die dann folgende Fahrbahn bis an das Hauptthor des Schloßhofes und weiter über den Hof bis an das Portal des Schlosses. Je am Ende der nördlichen Schmalseite der Besitzung, im Osten wie im Westen, wurden zwei andere Brücken über den Canal gelegt, die östliche für die Botschafter der Verbündeten, die westliche für die Franzosen, und eben so an jeder Seite des Hauptthores, links und rechts, eine neue Oeffnung in die Mauer des Hofes gebrochen. Wie der Beginn, der Verlauf der Fahrbahnen getrennt waren, so das Ende, die Orte der Ankunft im Schlosse. Der Botschafter-Vermittler stieg aus am Hauptportale, in den unmittelbar anliegenden großen Saal; die Botschafter der Verbündeten weiter ostwärts an einem Nebenportale in einen kleineren Saal, eben so die französischen westwärts.

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 21. April/1. Mai.

Digitized by Google

Am Nachmittage des 9. Mai sah man sie auffahren, durchweg in Sechsspännern. Der Freiherr von Lilienroth zuerst, wegen des Todes von Carl XI. in tiefer Trauer, aber mit hell funkelnder Livree seiner Diener, deren Trauerkleidung nicht fertig beschafft war. Auffallender erschienen die drei Franzosen Harlay, Crecy, Callieres, mit der gesammten Begleitung in tiefer Trauer um die Königin-Mutter von Spanien, obwohl es bekannt, daß der französische Hof diese Trauer bereits abgelegt hatte.

Die Vollmachten wurden ausgewechselt, das Ceremoniell geregelt.

Dennoch gab es gerade dabei Anstöße der verschiedensten Art. Lilienroth wollte zum Zwecke der gegenseitigen Bekanntschaft die Botschafter in seinem großen Mittelsaale zusammen führen. Es fand sich dabei eine Schwierigkeit. Die Kaiserlichen verlangten, daß die Franzosen von ihrer Seite zuerst einträten. Die Franzosen forderten die Gleichzeitigkeit des Eintrittes. Harlay erklärte: wenn er beim Vorstrecken seines Fußes in der Thür nicht wahrnähme, daß auch Kaunitz seinerseits zugleich dieselbe Bewegung machte: so werde er den Fuß zurückziehen. Man kam also nicht zusammen. Die Kaiserlichen erbaten sich Befehle von Wien. Sie erhielten die Weisung, die Franzosen handeln zu lassen nach eigenem Belieben und mit diesem Beispiele voranzugehen. Demnach sah man bei der angesetzten Conferenz im Saale des Vermittlers die Kaiserlichen hervor schreiten, unbekümmert, ob es von den Franzosen vorher oder gleichzeitig oder nachher geschah. Diese Differenz hatte ein Ende[1]).

Es gab andere von gleichem Werthe. Dennoch würde es nicht richtig sein zu sagen, daß von solchen Dingen die Erfüllung der Hoffnungen der Völker auf den Frieden abhing.

Das Schwergewicht der Sache lag nicht in den pomphaften Conferenzen auf dem Schlosse zu Ryswyck, sondern nach wie vor in den geheimen Beredungen der Holländer mit den Franzosen. Die kaiserlichen Botschafter ließen durch den Vermittler Lilienroth die Franzosen wiederholt zu einer ähnlichen Besprechung auffordern. Sie wichen aus. Die Holländer dagegen erwiederten auf das Befragen von Kaunitz, daß

[1]) Actes de la paix de Ryswick t. II, p. 64. Die eigenen Notizen von Lilienroth.

Digitized by Google

zwischen ihnen und den Franzosen nur holländische und englische Angelegenheiten verhandelt würden, namentlich die Sache des Königs Jacob, nicht diejenigen des Reiches. Die Kaiserlichen bezweifelten die Aufrichtigkeit dieser Antwort [1]).

Ludwig XIV. hatte im voraus versprochen, den König Wilhelm III. anzuerkennen. Demgemäß konnte er selbst nicht dafür stimmen, daß ein Botschafter Jacobs II. zum Friedens-Congresse zugelassen wurde. Aber es handelte sich noch um mehr. Wilhelm III. verlangte eine bündige Verpflichtung, daß Jacob II. nicht ferner von Frankreich her zu Angriffen unterstützt werde und darum sich einen anderen Aufenthalt wähle als St. Germain [2]). Er ließ dagegen durchblicken, daß er mit Zustimmung des Parlamentes von England bereit sein werde, den Unterhalt des flüchtigen Königshauses in irgend einer Form zu übernehmen.

War diese Angelegenheit schon an sich schwierig, so trat dazu den Monat Mai hindurch noch eine andere Thatsache. Der König Wilhelm befand sich schlecht, bald nach seiner Ankunft. Um seinen Zustand nicht kundbar zu machen, ließ er sich nach dem Schlosse Loo bringen, dann nach Breda. Dort, hieß es, jage er. Indessen ist nicht anzunehmen, daß nicht auch die französischen Botschafter gewußt haben sollten, was anderen Diplomaten kein Geheimnis war. „Was uns die größte Besorgnis einflößt, meldet Auersperg aus dem Haag, am 21. Mai, ist der Zustand des Königs von England, eine andauernde Schwäche und Mangel an Appetit." Wenn dieser Zustand sich verschlimmerte, wenn der Tod eintrat: so schien für den König Jacob die Bahn der Wiederkehr offen zu liegen. Seine Tochter, die Prinzessin Anna, hatte die seit dem Ende 1691 mit ihm eröffnete Correspondenz nicht wieder aufgegeben. Ob sie Willens oder im Stande sein würde, die Krone für sich zu nehmen oder zu behaupten, durfte fraglich sein. Bei dieser Lage der Dinge entschloß sich der König Jacob zu einer nachdrücklichen Protestation wider alle Verhandlungen von Seiten Englands ohne ihn. Die Fassung dieses Schriftstückes, in welchem nicht wie in den beiden früheren, die Subjectivität des

---

[1]) Collectiv-Bericht der kaiserlichen Botschafter vom 28. Mai.

[2]) Capefigue: Louis XIV. t. IV, p. 40. Aus dem Berichte Harlays.

Digitized by Google

Königs Jacob vorantritt, sondern eine staatsmännische Würdigung der Sachlage, dürfte eben darum französischen Ursprunges sein. Jacob zeichnete es am 8. Juni 1697 [1]).

Allein auch abgesehen von diesem besonderen Umstande der Schwäche des Königs Wilhelm lagen andere genug vor, welche dem Könige von Frankreich und seinen Botschaftern das Hinzögern als vortheilhaft erscheinen ließen. Die Uebermacht war bei den Franzosen, sowohl in Catalonien, wie in Belgien. Dort hatte Vendome den Oberbefehl erhalten. Er näherte sich mit überlegenen Kräften der Stadt Barcelona. Der König Wilhelm III. hatte die Absendung eines Geschwaders dahin versprochen. Der Monat Mai ging zu Ende; aber diese Flotte lichtete nicht die Anker. Es fehlten die Mittel zur Verproviantirung. Unterdessen war der französische Admiral Pointis mit einer stattlich ausgerüsteten Flotte von Brest aus nach Westindien gesegelt, und die Franzosen hegten von da her große Hoffnungen. In Belgien betrug die Anzahl des französischen Heeres 130,000 Mann, denen der König Wilhelm nur 100,000 gegenüber zu stellen hatte. Er zog wie früher deutsche Truppen vom Rheine heran. Der Marschall Catinat umschloß die Stadt Ath. Sie erschien unhaltbar, wenn nicht durch einen Entsatz mit gesammter Macht. Sollte man diesen bringen? — Das war eine der hauptsächlichen Fragen, die gegen Ende Mai den damals wieder erstarkten König Wilhelm beschäftigten. Sie stand in enger Verbindung mit allen den anderen Fragen.

Die Neigung des Königs war nicht gerichtet auf ein Haupttreffen. Er suchte zunächst einen Stillstand der Waffen zu erlangen. Ludwig XIV. lehnte ab. „Ich erkenne die Absicht, meldet Wilhelm III. an Heinsius. Sie wollen die Unterhandlungen hinzerren bis zum Ende des Feldzuges. Bei dieser Lage der Dinge sehe ich für uns davon wenig Heil. Es wäre vortheilhafter mit Nachdruck aufzutreten, die geheimen Beredungen abzubrechen und der öffentlichen Friedensverhandlung freien Lauf zu lassen" [2]).

Es wäre nicht bloß vortheilhafter, es wäre vor allen Dingen dem Kaiser gegenüber offener und ehrlicher gewesen. Aber der König

---

[1]) Abgedruckt in den Actes de la paix de Ryswyck t. II, p. 410 et suiv.
[2]) Grovestins t. VI, p. 607.

Digitized by Google

ſelber gibt einige Tage ſpäter das Hindernis an. „Ich beſorge, ſagte er, daß die Herren von Amſterdam nicht mit dem erforderlichen Nachdrucke reden wollen, und daß doch auch dann, wenn nämlich die Franzoſen vorhaben für den Abſchluß erſt das Ende des Feldzuges abzuwarten, es nicht die gewünſchte Wirkung thun möchte." In ſolchen Reden kommt immer wieder der wunde Fleck der Allianz zu Tage. Er liegt in der Stellung des Königs zu der Republik, beſonders an der Rückſicht, die er haben mußte vor den ſchwankenden Entſchlüſſen der Bürgermeiſter von Amſterdam. Sie hatten es über ſich gewonnen, im November 1696, durch ein beſtimmtes Auftreten für die Forderung der Anerkennung Wilhelms III. den König von Frankreich zum Weichen zu bringen. Was in einer ſo wichtigen Angelegenheit, das ſtand jedenfalls auch bei geringeren in ihrer Hand. Aber der Kampf der verſchiedenen Beſorgniſſe und Hoffnungen in ihnen war jedes Mal aufs neue durchzumachen. Sie wollten doch auch mit Frankreich zu einem vortheilhaften Handelsvertrage kommen. Sie ſprachen nicht mit dem Nachdrucke, den der König Wilhelm in jenem Schreiben für wünſchenswerth hielt.

Er begab ſich ins Feldlager. Er berief den Kriegesrath über den Entſatz von Ath. Der Kurfürſt von Bayern ſtimmte nachdrücklich dagegen. Er dürfe nicht zugeben, ſagte er, daß für das geringe Ath die ſpaniſchen Niederlande völlig auf das Spiel geſetzt würden. Der König beſtand nicht darauf. Damit war das Schickſal von Ath, das nur 2000 Mann Beſatzung hatte, im voraus beſiegelt. Aber, wenn Ath fiel, ſo war ſofort auch Oudenarde bedroht, und eben ſo wenig zu retten. Der König war bedrückt. „Wir hätten es verhindern können, ſagt er zu Heinſius, wenn wir etwas weniger gewiſſenhaft gegen die Kaiſerlichen geweſen wären" [1]).

Die Berichte der Kaiſerlichen enthalten damals nicht eine Anerkennung ſolcher Art.

Bereits tritt dem Könige die Erwägung des Abbruches der Verhandlungen näher. „Wenn dieſer erfolgen muß, ſagt er, ſo wünſche ich, daß es geſchehe an der Forderung, daß Frankreich ſich verpflichte,

---

[1]) So am 30. Mai bei Grovestins t. IV, p. 609. — Ferner Auerspergs Bericht vom 14. Juni.

Digitized by Google

weder direct noch indirect dem Könige Jacob Hülfe zu leisten. Immerhin könnte er ein Jahrgeld erhalten, jedoch nur unter der Bedingung, daß er seinen Aufenthalt irgendwo in Italien nimmt; denn in Frankreich ist er zu nahe. Ich kann aber Frieden nur schließen, wenn Frankreich jene Forderung bewilligt. Es wird leicht sein, dies in der Republik überzeugend darzuthun, und ich bin sicher, daß England nur unter dieser Bedingung in den Frieden eingehen wird. Denn im anderen Falle wäre der Abschluß für dies Königreich nicht eine Bürgschaft der Ruhe, sondern lediglich eine Lostrennung von den Bundesgenossen, zum Zwecke der Erleichterung einer Invasion. Wenn demnach an dieser Forderung der Abbruch der Verhandlungen erfolgt, so darf ich für die Fortsetzung des Krieges bauen auf eine ausgiebige Unterstützung des Parlamentes" [1]).

Zu einem Abbruche indessen war man in der Republik Holland durchaus nicht geneigt. Viel lieber beharrte man bei dem Bestreben sich mit Frankreich dadurch abzufinden, daß man im Interesse desselben auf die Kaiserlichen drückte. In den nächsten Tagen drängte Heinsius so stark wie jemals zuvor in den Grafen Kaunitz. Es sei Gefahr vorhanden, sagte er, für Catalonien, für Belgien, für den Rhein. Es sei zu besorgen, daß Frankreich die Städte Straßburg und Luxemburg bald nicht mehr geben wolle. Die Republik und England seien unvermögend den Krieg fortzuführen. Man möge daher so bald wie möglich einen Entschluß fassen. Kaunitz erwiederte: „Der Feind ist nicht minder des Friedens bedürftig als wir. Die verbündeten Kräfte sind nicht so gering, wenn sie nur nicht von unserer Seite selbst her gelähmt werden. Dies ist zum Beispiel geschehen durch die Abrufung der Truppen vom Mittelrhein nach Belgien, wo nun dennoch mit dieser Macht nichts geschieht. Das Geschwader nach Catalonien ist wiederholt versprochen; aber wir stehen im Juni, und noch ist es nicht abgesegelt".

„Glauben Sie mir, daß der Kaiser den Frieden nicht weniger wünscht als England und Holland, und auf alle thunliche Weise ihn befördert. Dieser Friede aber wird durch nichts mehr verhindert als durch die allzu große Furcht, die man vor Frankreich an den Tag

[1]) Grovestins t. VI, p. 608. Vom 30. Mai.

Digitized by Google

legt, und durch die Spaltung, welche Frankreich unter den Verbündeten zu erregen versteht. Meine Ansicht eben so wie diejenige des Botschafter-Vermittlers ist die, daß die dauernden geheimen Beredungen der Friedenssache nicht zum Vortheile gereichen, sondern sehr zum Nachtheile. Wegen dieser geheimen Beredungen kommen wir in der Hauptsache nicht vorwärts" [1]).

Den französischen Botschaftern war es eben darum ja nicht zu thun. Ihr Vortheil lag im Zaudern. Der Kaiser hatte gehofft, alle Ceremoniell-Fragen der gegenseitigen Besuche von vorn herein principiell abzuthun. Die Franzosen regten sie in den einzelnen Fällen wieder an. Den Gesandten der Reichsfürsten, sagten sie, würden sie nur dann Besuche abstatten, wenn die kaiserlichen Botschafter mit diesem Beispiele vorangingen. Die Kaiserlichen reichten ihre erste Schrift ein, und der Vermittler überlieferte sie den Franzosen. Sie gaben sie zurück; denn der Titel Christianissimus sei darin nicht mit großen Buchstaben geschrieben [2]).

Man dürfte nicht sagen, daß im Felde, ungeachtet der Preisgebung von Ath, sich der Stand der Angelegenheiten der Verbündeten im Juni verschlimmert hatte.

Zunächst nicht in Belgien selbst. Die Vereinigung der beiden Armeen unter Villeroy und Boufflers deutete dem Könige einen besonderen Plan der Franzosen an, nämlich die Absicht sich der Plätze Brüssel, Vilvorde und Dry Gaten zu bemächtigen, und dadurch den großen Canal, der hauptsächlich die Communication zwischen Holland und Brabant vermittelte, in ihre Gewalt zu bekommen. Es handelte sich darum, durch einen raschen Nachtmarsch eine Position zu gewinnen, welche diesen Plan vereitelte. Am Abende des 26. Juni brach das verbündete Heer auf aus der bisherigen Stellung von Anderleg. Man sah den eben vorher noch kranken König um Mitternacht bei Fackelschein sich an die Spitze von vier Regimentern Dragoner stellen, um selber sie an den ihnen anzuweisenden Ort zu führen. Die Bewegung

[1]) Bericht des Grafen Kaunitz vom 10. Juni.

[2]) Tagesberichte des Secretärs Kotzebue vom 4./14. und 8./18. Juni.

Digitized by Google

gelang nach Wunsch. Der anbrechende Morgen des 27. Juni fand das verbündete Heer in einer starken Position, die von den Feinden, wenn sie ihren Plan ausführen wollten, nicht zu umgehen war. Sie wagten keinen Angriff [1]).

Dagegen hatte auch der König nicht die Absicht zu schlagen. „Die Holländer wünschen es nicht, meldet Auersperg, und ihnen zu Gefallen wird der König, unbekümmert um die Reden der Engländer, jegliches Treffen nach Möglichkeit vermeiden [2]).

Die Nachrichten aus Catalonien lauteten damals nicht ungünstig. Vendome freilich hatte die Belagerung von Barcelona unternommen. In Versailles ward für das Gelingen dieser Belagerung ein besonderes Vertrauen gesetzt in die Uneinigkeit auf Seiten der Vertheidigung. Die Erwartung erfüllte sich nicht. Die Seele der Abwehr war der energische Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt, der Führer der kaiserlichen Hülfstruppen. Sein Beispiel wirkte ermuthigend auch auf die minder Willigen. Es überwog damals, im Mai und Juni, an vielen Orten die Ansicht, daß Vendome von Barcelona werde abziehen müssen [3]).

Am wenigsten vielleicht galt diese Ansicht im Staatsrathe zu Madrid. Die Instructionen für Quiros und Tirimont im Haag lauteten im Mai und Juni sehr friedfertig, und denselben entsprechend stimmten diese Gesandten den Ton ihrer Reden herab. Und zwar nur zu sehr. Es geschah, daß Quiros den Kaiserlichen gegenüber in die Worte ausbrach: er würde wissen, den Weg zu den Franzosen schon allein zu finden [4]).

Es war ein merkwürdiger Umschwung. Wie oft hatte der Kaiser über seinen Neffen von Spanien die schützende Hand gebreitet! Und nun drohte der jähe Eifer von dort aus nach einem schnellen Abschlusse größere Gefahr als selbst von Seiten der Republik und der Stadt Amsterdam, die doch noch gehalten wurde durch den König von England.

---

[1]) Sylvius t. IV, b. 44, p. 91.

[2]) Auersperg an Kinsky, den 28. Juni: Ce qu'on taschera toujours à parer autant que l'on peut, et le roy par complaisance pour les Hollandois fera tout, sans se soucier de ce que les Anglois en pourront dire.

[3]) Auerspergs Bericht vom 24. Mai. Er beruft sich auf die Briefe von Palmquist aus Paris.

[4]) Collectiv-Bericht vom 2. Juli.

Digitized by Google

Denn unverkennbar wurde im Laufe des Monates Juni die Haltung der Holländer wieder eine festere, und zwar zu nicht geringem Theile in Folge derjenigen der Franzosen. Diese streueten in der Republik aus: es sei hauptsächlich der König Wilhelm III., der den Frieden hindere. Sie reichten dem Vermittler eine Schrift ein, in welcher sie redeten von ihren Verbündeten. Die Schrift setzte den Vermittler in Verlegenheit. Er kannte keine Verbündete Frankreichs: er fragte die englischen Botschafter, ob sie Jacob II. als solchen erkenneten. Sie verneinten. Der Schritt indessen schlug nicht zum Vortheile der Franzosen aus. Eben damals hatten sie in den geheimen Beredungen mit den Holländern die Forderung, den König Jacob als denjenigen zu nennen, welchen Frankreich wider Wilhelm III. nicht unterstützen wolle, bestimmt abgeschlagen. Nur im allgemeinen wollten sie eine solche Nicht-Hülfe versprechen. In Folge dessen wurde die Haltung der Holländer wieder fester. Heinsius versprach den Kaiserlichen, bei den französischen Botschaftern geltend zu machen, daß in den Forderungen der ersteren nichts enthalten, was nicht Holland und England vermöge der Allianz dem Kaiser zu verschaffen schuldig seien. — Man müsse endlich wissen, hieß es von Seiten der holländischen Botschafter, wie man mit Frankreich stehe, ob man sich des Krieges, ob des Friedens zu versehen habe. Wenn nicht der Friede, so müsse man die Verhandlungen abbrechen. So gegen Ende Juni. Also damals war die Ansicht, welche einen Monat früher der König geäußert, auch bei den Holländern durchgedrungen [1]).

Nicht anders in England. Im Laufe des Winters und des Frühlings war dort die Sehnsucht nach dem Frieden beständig im Steigen, am klarsten erkennbar an Sunderland, der wie ein Barometer dafür gelten konnte. Wie einst unter Jacob II., so bewährte er auch nun unter Wilhelm III. die Ueberlegenheit seiner Begabung und Gewandtheit. „Er versteht, meldet Hoffmann, von allen Engländern am besten die auswärtigen Angelegenheiten, und er ist bereits, darf man sagen, à la tête des affaires" [2]). Aber er blieb zugleich in besonderer Weise sensibel für die Windesrichtungen in den Gemüthern der Engländer.

---

[1]) Bericht des Freiherrn von Seilern, vom 25. Juni.

[2]) Hoffmanns Bericht aus London, vom 25. Juni.

Digitized by Google

Im Laufe des Monates Juni wandelte ſich ſeine Rede. Er wünſche den Frieden, ſagte er; aber er zweifele. — In England hieß es, wenn der König von Frankreich ſich weigere in beſtimmter Weiſe zu verſprechen, daß er dem Könige Jacob nicht Hülfe leiſten wolle: ſo ſei das der klare Beweis, daß er die jacobitiſche Partei nicht entmuthigen wolle, um ſich ihrer bei Gelegenheit zu bedienen. Dabei könne England auf Sicherheit und Ruhe nicht rechnen. Dieſen Punct vor allen habe der König Wilhelm in Richtigkeit zu bringen. — So die Engländer in England ſelbſt, ſo diejenigen im Haag. „Dieſes Urtheil, fügt Auersperg hinzu, muß das allgemeine in England ſein. Denn man hat dort mir gegenüber ſich immer dahin ausgeſprochen, daß England bei dem Friedensſchluſſe für ſich nichts fordern werde als eben nur dieſes“ [1]).

Die veränderte Lage der Dinge, die feſtere Haltung von Seiten der Holländer und der Engländer gedachten die kaiſerlichen Botſchafter zu benutzen im Intereſſe Aller, nämlich des allgemeinen Friedens.

Denn auch in Wien hatten der Kaiſer und ſeine Räthe aus dieſer Lage der Dinge neue Hoffnung geſchöpft. Kinsky legte dies den Botſchaftern im Haag dar. Er ſchloß mit den Worten: „Wie ſehr auch die Lothringer Angelegenheit dem Kaiſer zu Herzen geht, ſo wird er doch der Wohlfahrt des Hauſes Lothringen das Intereſſe des Reiches niemals zum Opfer bringen, noch unterlaſſen für dieſes zu ſtreben mit aller Kraft. Und wenn die Bundesgenoſſen, getreu der übernommenen Pflicht, mit dem Kaiſer aushalten: ſo wird auch die Noth uns nicht drängen, Straßburg hintanzulaſſen.“ So Kinsky am 9./19. Juni.

Am 19./29. Juni, als die Botſchafter der Verbündeten ſich im Schloſſe zu Ryswyck eingefunden, eröffnete ihnen der Graf Kaunitz, daß der bisherige Weg der Verhandlung über einzelne Puncte gar zu langwierig ſich geſtalte und den Anlaß biete zu vielen Verzögerungen. Es handele ſich darum einen kürzeren zu finden, und dadurch namentlich in klares Licht zu ſtellen, ob es den Franzoſen Ernſt mit dem

---

[1]) Auersperg aus dem Haag, vom 5. Juli. — Eben ſo Hoffmann am ſelben Tage aus London. Beide nennen Sunderland.

Digitized by Google

Frieden sei, ob nicht. Dieses Mittel sei, von den französischen Botschaftern einen förmlichen Entwurf des Friedens mit allen Verbündeten zu begehren, und den Entwurf gemeinsam zu berathen [1]).

Der Antrag war offen gerichtet gegen die Verschleppung der französischen Friedens-Botschafter. Er traf nicht minder die geheimen Beredungen der Holländer mit den Franzosen. Aber er war zugleich so loyal, so gerecht für Alle, daß die Holländer nicht wagten sich zu widersetzen. Nur die Spanier machten Einwände, weil sie eine Verschlimmerung gerade ihrer Lage befürchteten. Die anderen Botschafter stimmten sämmtlich zu. Der Antrag ward dem Vermittler Lilienroth übergeben. Er las ihn den französischen Botschaftern vor. Diese stutzten. Das sei eine sehr wichtige Frage, sagten sie. Dennoch erschien die Anforderung so sehr der Billigkeit entsprechend, daß auch sie, eben so wenig wie ihrerseits die Holländer, nicht abzuschlagen wagten. Sie erklärten sich bereit, den wichtigen Antrag in Berathung zu nehmen. Am nächsten Tage fuhr Kaunitz hinüber nach Delft, um den französischen Botschaftern den ersten Besuch abzustatten. Die Unterredungen streiften nur zuweilen die Politik. „Wie viel besser würde es sein, warf Harlay hin, wenn der Kaiser und der König zusammen gingen!" — „Der Kaiser, erwiederte Kaunitz, hat wie immer, so auch in diesem Kriege nur gezwungen zu den Waffen gegriffen" [2]).

Die holländischen Botschafter hatten in der Versammlung dem Antrage des Grafen Kaunitz zugestimmt, weil sie nicht ausweichen konnten. Die Consequenz desselben lag klar vor Augen. Es trat für sie die Gefahr heran, die Republik von der dominirenden Stellung, welche sie bisher in der Friedenssache gehabt, zurückgedrängt zu sehen in diejenige eines Mitgliedes der Allianz. Noch am selben Abende brachten die holländischen Botschafter den Stand der Sache vor die Generalstaaten. Am anderen Tage, dem 20./30. Juni, brach Heinsius auf nach dem Hauptquartiere des Königs. Den Friedens-Botschaftern der Verbündeten im Haag erschien diese Reise als die Consequenz des Antrages von Kaunitz. Von englischer Seite vernehmen wir die

[1]) Actes de la paix de Ryswyck t. II, p. 57. — Ausführlicher ein handschriftlicher Bericht vom 21. Juni/1. Juli in den Robethon-Papieren des St. A. H.

[2]) Bericht vom 1. Juli.

Digitized by Google

Nachricht, daß der König den Rathspensionär herbeschieden [1]). Das Eine ist vereinbar mit dem Anderen.

Denn damit sind wir gelangt an die Krisis der Friedenssache, zu den oft besprochenen Unterredungen zwischen Portland und Boufflers. Es ist unsere Aufgabe, diese Unterredungen nicht bloß von englisch-holländischer, oder von französischer Seite, sondern auch in Betreff der anderen Verbündeten zu beleuchten.

In denselben Tagen, wo Kaunitz im Haag den Versuch machte, durch die Forderung eines französischen Friedensvorschlages für alle Verbündete die sich lockernden Fugen der Allianz wieder zu festigen, namentlich den geheimen Beredungen der Holländer mit den Franzosen ein Ziel zu setzen, faßte der König Wilhelm in seinem Hauptquartiere einen anderen Entschluß, wenig vereinbar mit jenem Versuche, eher im Gegensatze mit demselben, nämlich die für seine Person, für England und Holland wesentliche Friedensbedingung feststellen zu lassen zwischen ihm und dem Könige von Frankreich, vermittelst je eines Vertrauensmannes, seinerseits Portland, von französischer Seite Boufflers. Man hat den König für diesen Entschluß oft gelobt. Der Vergleich der Thatsachen nach den verschiedenen Richtungen hin wird darthun, ob dieses Lob begründet ist [2]).

Der Entschluß Wilhelms III. ist vor der Ankunft von Heinsius im Hauptquartiere gefaßt, ist erkennbar bereits am 27. Juni [3]). Die Ankunft von Heinsius mit seinen Meldungen kann den König darin nur bestärkt haben. Auch war der Entschluß nicht ein plötzlicher. Kaunitz und Lilienroth erinnerten sich, daß der König eines Tages

---

[1]) Shrewsbury Correspondence p. 340. — Villiers an Shrewsbury, 2. Juli. Ich muß jedoch bemerken, daß Villiers sich überhaupt durch Schärfe und Genauigkeit der Kunde nicht auszeichnete. Ein Beispiel davon weiter unten.

[2]) Für das Folgende dient namentlich Grimblot: Letters of William III. and Louis XIV. London 1848.

[3]) Grimblot t. I, p. 4. Thursday war der 27. Juni. — Es ist jedoch hervorzuheben, daß über diese Zusammenkünfte nur die eingehenden Berichte von Boufflers vorliegen, nicht diejenigen von Portland. Daß dieser auch schriftlich eingehende Berichte gemacht, nämlich an Sunderland, meldet er an Shrewsbury, bei Grimblot t. I, p. 72. Daß Portland dem Grafen Auersperg gegenüber mündlich sich über die Unterredungen anders ausgesprochen als Boufflers berichtet, wird sich später ergeben.

Digitized by Google

ihnen gegenüber die Aeußerung habe fallen lassen: um die Weitläufigkeiten feierlicher Tractate abzuschneiden, müsse man den Frieden machen nach türkischer Art, im Felde, im Angesichte beider Armeen [1]).

Spätestens vom 27. Juni an ließ Graf Portland dem Marschall Boufflers auf sicherem Wege kund thun, daß er eine Unterredung mit ihm wünsche, wäre es auch nur von einer halben Stunde, und dafür bereit sei, auf zwei Drittel des Weges entgegen zu kommen. Wir erinnern uns der Bekanntschaft dieser beiden Persönlichkeiten nach dem Falle von Namur. Boufflers fragte durch einen Courier bei Ludwig XIV. an. Er erhielt sofort die Erlaubnis mit der Bemerkung dieses Königs: „Es ist von der höchsten Wichtigkeit zu Tage treten zu lassen, daß Portland Sie um diese Zusammenkunft ersucht hat" [2]). — „Ich verstehe dies vollkommen," erwiederte Boufflers.

Unzweifelhaft ist diese Thatsache des Beginnes, wie sie dem Auge Ludwigs XIV. vorlag, entscheidend für den ganzen Verlauf. Der Vortheil der Position war auf französischer Seite.

Die Zusammenkunft fand statt am 8. Juli, im Dorfe Brukom, unweit Hal. Nachdem Portland und Boufflers ihr Gefolge gegenseitig vorgestellt, begaben sie sich allein in einen Obstgarten. Dort begann Portland: der König von England wünsche aufrichtig den Frieden. Er sei bekümmert über die Ausstreuungen der französischen Botschafter, daß er allein den Frieden hindere, daß er heimlich die Kaiserlichen und die Spanier steife. Das Gegentheil sei wahr. Er halte die französischen Erbietungen in den Präliminarien für sehr vernünftig, die Forderungen und die Schwierigkeiten des Kaisers und der Spanier für sehr unvernünftig. Um die Wahrheit dieser seiner guten Absichten darzuthun, sei er erbötig, wenn ihm Genüge geleistet werde für seine gerechten Forderungen in Betreff seiner Person, es auf sich zu nehmen, den Kaiser und die Spanier zu bewegen, einzuwilligen in die französischen Präliminarien, und, im Falle der Weigerung, auch ohne sie für Holland und England mit Frankreich Frieden zu schließen [3]).

Die Worte mochten sehr aufrichtig gemeint sein gegenüber dem Könige von Frankreich. Der Charakter derselben in Bezug auf den

[1]) Collectiv-Bericht der kaiserlichen Botschafter vom 16. Juli.
[2]) Grimblot t. I, p. 5.
[3]) A. a. O. p. 13.

Digitized by Google

Kaiser wird sich erst dann klar herausstellen, wenn wir die Mittheilungen Portlands an den Gesandten desselben vernehmen werden.

Portland entwickelte dann die Forderungen des Oraniers. In dem zu schließenden Frieden müsse Ludwig XIV., mit der Anerkennung Wilhelms III., auch das Versprechen verbinden, den König Jacob weder direct noch indirect zu begünstigen. Die französischen Botschafter in Delft seien erbötig zu der allgemeinen Zusage, daß Ludwig XIV. nicht die Feinde Wilhelms III. unterstützen wolle. Dies genüge nicht. Er verlange ausdrücklich den Namen des Königs Jacob. Dieser solle in Rom wohnen, oder irgendwo sonst, außerhalb Frankreichs. Für den Namen ließe sich vielleicht eine andere Auskunft finden. Die Entfernung aus Frankreich sei unerläßlich.

Die zweite Schwierigkeit sei die französische Forderung der Amnestie für die Anhänger Jacobs in Betreff ihrer Personen und ihrer Güter. Dieser letztere Punct sei die Sache des Parlamentes, und der König könne nicht einen Vertrag eingehen wider die Landesgesetze. In Betreff der Amnestie für die Personen fordere die Ehre des Königs, daß er nicht die Nöthigung sich auferlegen lasse durch einen Vertrag mit einer fremden Macht. Ferner mache die Sorge für die Sicherheit seiner eigenen Person es ihm zur Pflicht, daß er nicht notorische Feinde derselben nach England rufe. Er sei bereit Amnestie zu gewähren, für diejenigen, welche geeignet erscheinen, aber nach eigener freier Wahl.

Die dritte Schwierigkeit betraf die französischen Bedingungen für die Rückgabe des Fürstenthums Oranien. Die Franzosen, in der Besorgnis, daß die Stadt Orange nach der Rückgabe ein Sammelplatz der Hugenotten werde, suchten vorzubeugen durch ein directes Verbot in dem Friedensvertrage. Dagegen machte Portland geltend, daß ein öffentliches Verbot dieser Art unvereinbar sei mit der Souveränetät des Königs Wilhelm III. über dies Fürstenthum, daß er dagegen im Geheimen sein Wort geben werde, ohne die Zustimmung des Königs von Frankreich Niemanden in Orange aufzunehmen.

Am Schlusse der Unterredung ließ Portland die Aeußerung fallen, daß vielleicht nach dem Friedensschlusse, wenn erst die Gemüther sich beruhigt, es dem Könige von Frankreich nicht unlieb sein würde, einen Verbündeten zu haben wie den König von England, und daß dann der erstere ihn in der Beförderung der französischen Interessen eben

Digitized by Google

so getreu und gewissenhaft erfinden werde, wie bisher im Widerstande gegen dieselben. „Nach meiner Ansicht, fügt Boufflers hinzu, sprach Portland die Worte mit Absicht, jedoch ohne besonderen Nachdruck." Der Ersatz für diesen Mangel an besonderem Nachdrucke ergab sich nachher, dadurch daß Portland in einer der nächsten Zusammenkünfte die Worte wiederholte [1]). Wir werden später ersehen, daß Ludwig XIV. diese Worte nicht unbeachtet ließ.

Die nächste Mittheilung Wilhelms III. an Heinsius, geschrieben um volle vierzehn Tage nach der ersten Aufforderung von Portland an Boufflers, prägt nicht die ihm sonst eigene Klarheit aus. Er hat damals aus den letzten Betheuerungen der Franzosen im Haag die Ueberzeugung gewonnen, daß sie Bedenken tragen die Verhandlungen abzubrechen, und diese Gewisheit ist ihm die einzige Bürgschaft für einen baldigen Abschluß. Das beste Mittel dazu ist ihm die geheime Verhandlung durch die holländischen Botschafter. Denn der Vermittler, das sehe man klar, suche nur Aufschub. — Es ist von Lilienroth die Rede, dessen Ehre daran hing, daß etwas zu Stande kam. — Der König ergeht sich dann weiter über die Beredung von Portland und Boufflers. „Ich erwarte nicht viel davon, sagt er. Wahrscheinlich wird Portland nur allgemeine Redensarten zur Antwort erhalten. So wird dann alles wieder auf den Haag ankommen, wie es von Anfang an meine Ansicht war."

Wenn diese Worte aufrichtig gemeint sind, und nicht etwa zur Captivirung der Holländer: so thun sie dar, daß Wilhelm III. den für ihn selber so wie für Europa höchst wichtigen Schritt der Beredung von Portland und Boufflers gethan, ohne die Consequenzen vorher völlig zu übersehen.

Die Antwort von Frankreich her blieb ihm zu lange aus. Noch am selben Tage, an welchem der König an Heinsius schrieb, daß er nicht viel von den Beredungen erwartete, dem 11. Juli, drängte Portland in Boufflers. Dieser meldete es an Ludwig XIV. Er hob die Ungeduld auf der anderen Seite hervor.

Aus den Berichten des Schweden Palmquist in Paris erfuhr man einige Zeit später, daß Ludwig XIV. in jenen Tagen, auf die

[1]) Grimblot t. I, p. 43.

Digitized by Google

Ankunft eines Couriers von Boufflers, jedes Mal den König Jacob II. zu sich bitten ließ [1]).

Erst am 12. Juli faßte Ludwig XIV. in Marly die Antwort ab. Die Superiorität der Stellung, welche durch das Suchen Wilhelms III. ihm zugewachsen war, entfaltet sich darin mit vollem Nachdrucke. „Versichern Sie, beginnt er, dem Herrn von Bentink, daß ich mit Vergnügen die Ausdrücke vernommen, mit welchen durch sein Organ der Prinz von Oranien mir den lebhaften Wunsch darthut, die Wiederkehr meiner Gunst zu verdienen." Nach ähnlichen Redensarten, der Versicherung der Achtung, folgt dann: „Gerade seine Beharrlichkeit in den Allianzen wider mein Interesse gibt mir Grund anzunehmen, daß die Verträge, welche ich um der Wohlfahrt von Europa willen bereit bin mit ihm zu schließen, in gleicher Weise dauernd sein werden".

Es ist nicht anzunehmen, daß Ludwig XIV., obwohl er einer der wenigen in Europa war, die damals von dem geheimen Artikel der Allianz von 1689 eine Kunde besaßen, mit solchen Worten eine Ironie beabsichtigt habe. Und doch lag sie thatsächlich darin, damals, im Jahre 1697, nur nach der einen Seite, reichlich drei Jahre später, zu Ende 1700, auch nach der anderen.

Ludwig XIV. hebt dann hervor, daß sein Erbieten eine so zahlreiche Menge fester Plätze für den Frieden an seine Feinde auszuliefern, den bündigen Beweis erbringe, daß er die Ruhe von Europa seinen eigenen Interessen vorziehe. Von dieser Behauptung aus, die, hätte nicht bereits die spanische Succession sich über den Gesichtskreis erhoben, in den Augen Vieler plausibel erscheinen mochte, geht er über zu den drei von Portland angeregten Puncten.

„Meine Ehre, sagt er, wird verwundet durch die Forderung, daß ich einen König, der keine Zuflucht gefunden als bei mir, und keine Erleichterung seines Unglückes als in der Art, wie ich ihn aufgenommen, nun ausdrücklich in einem Vertrage benennen und ihn nöthigen soll mein Königreich zu verlassen. Meine Rücksicht für ihn sollte vielmehr den Prinzen von Oranien überzeugen von der Festigkeit meiner Freundschaft für diejenigen, welchen ich sie gewähre, und von der sicheren Zuversicht, mit welcher er bauen können wird auf alles

[1]) Auersperg an Kinsky, 26. Juli.

Digitized by Google

was ich ihm verspreche, wenn er erst meine Gunst wieder erlangt hat. Wie ich glaube an die Aufrichtigkeit der von ihm mir gegebenen Versicherungen: so muß auch er seinerseits überzeugt sein von meiner Absicht ihnen zu entsprechen."

„Die Einwürfe des Herrn von Bentink in Betreff seiner Besorgnis, daß der Aufenthalt des Königs von England in meinem Königreiche immer die Gelegenheit darbiete, auch wider meine Absichten, die geheimen Anschläge seiner Anhänger zu befördern — diese Einwürfe sind schwach, und es wird Ihnen nicht schwer werden dies zu zeigen. Ganz Europa ist genügend überzeugt von dem Gehorsame und der Unterwürfigkeit meines Volkes, und, wenn es mir beliebt meinen Unterthanen jegliche Hülfe für den König von England zu verbieten — wie ich mich dazu verpflichte durch das Versprechen, die Feinde des Prinzen von Oranien, ohne Ausnahme, weder direct noch indirect zu unterstützen: so ist kein Grund für die Besorgnis vorhanden, daß der König Jacob in Frankreich irgend welche Hülfe finden werde."

„Nachdem Sie dem Herrn von Bentink die Unmöglichkeit dargethan, in dieser Sache mich zu einem Wechsel meiner Ansichten zu bewegen, haben Sie zu erklären, daß, im Falle der Prinz von Oranien von diesem seinem Verlangen nicht absteht, die Erörterung jedes anderen Artikels damit abgeschnitten wird."

Die Forderung in Betreff des Fürstenthums Oranien hält Ludwig XIV. aufrecht, und läßt dafür die andere fallen, diejenige einer allgemeinen Amnestie in England für die dem Könige Jacob gefolgten Anhänger. Zum Schlusse soll Boufflers aussprechen, daß es besser sei fortan die Friedenssache wieder dem regelmäßigen Verlaufe der Conferenzen in Ryswyck zu überweisen. Der König von Frankreich will, wie er sagt, dadurch zugleich den Holländern die Besorgnis nehmen, die vielleicht ihnen beigebracht sein könnte, als wolle er einen Sonderfrieden schließen ohne sie.

Nach diesen letzten Worten scheint Ludwig XIV. gedacht zu haben: der König Wilhelm handele in Betreff der Beredungen zwischen Portland und Boufflers ohne Mitwissen der leitenden Persönlichkeiten in der Republik. Diese Meinung war nicht richtig. Denn sowohl nach der Sachlage überhaupt, als namentlich dem Urtheile der Kundigen waren die Führer der Republik mit dem Könige von England

Digitized by Google

durchaus einig. Lilienroth sprach den kaiserlichen Gesandten seine Ansicht aus in folgender Weise. „Die holländischen Botschafter bereden mit den Franzosen unablässig ihren Handelsvertrag. Allerdings werden von der letzteren Seite einige Schwierigkeiten gemacht, jedoch nicht von erheblicher Bedeutung. Dagegen bin ich der festen Ansicht, daß die holländischen Botschafter deshalb nicht nachgeben, damit, wenn eine Einigung über die Sache des Königs Jacob nicht erreicht wird, das Odium wegen der Fortdauer des Krieges in der Republik nicht auf den König von England allein falle, sondern damit dann dem holländischen Volke gegenüber geltend gemacht werden könne, Frankreich habe sich in den Handelssachen nicht der Billigkeit gemäß erklären wollen" [1]).

Nicht dagegen waren die englischen Friedens-Botschafter unterrichtet. Am 12. Juli schrieb Lord Villiers an den Herzog von Shrewsbury: „Portland und Boufflers haben neulich nahe bei Hal eine Unterredung gehabt. Man sagt mir, es sei gewesen in Betreff des Friedens. Näheres darüber jedoch weiß ich nicht" [2]).

Die kaiserlichen Botschafter ihrerseits suchten nicht Auskunft bei den Engländern, sondern bei Heinsius. Kaunitz stellte die Frage, ob die Zusammenkunft von Portland und Boufflers, von der alle Welt rede, den Ausgleich der Differenz über den König Jacob betreffe. Heinsius suchte auszuweichen. „Ich bitte, fiel Kaunitz ein, mir nichts sagen zu wollen von Auswechselung der Gefangenen. Das sind Reden, die man vor Kindern führt. Zu solchem Zwecke jedoch sendet der König von England nicht seinen ersten Vertrauten." Heinsius suchte zu entkommen mit den Worten: immerhin möge ja auch etwas Anderes beredet sein; dies würden aber die englischen Botschafter wissen. Am nächsten Tage, dem 17. Juli, fand eine Versammlung in Ryswyck statt. Die kaiserlichen Botschafter wendeten sich an die englischen. Diese versicherten nichts mehr zu wissen als was das allgemeine Gerücht melde. Auf ihre Anfrage im Hauptquartiere hätten sie keine Antwort erhalten, nicht einmal die Bestätigung des Empfanges ihrer Briefe [3]).

---

[1]) Collectiv-Bericht vom 12. Juli.

[2]) Grimblot t. I, p. 26.

[3]) Berichte des Grafen Kaunitz vom 16. und 19. Juli.

Digitized by Google

Es scheint demnach, daß der König die geduldige Fügsamkeit seiner drei englischen Auserwählten doch etwas überschätzt habe.

Erfuhren die sämmtlichen Friedens-Botschafter der Verbündeten, außer den Holländern, bis tief in den Monat Juli hinein über die Beredungen von Portland und Boufflers nur allgemeine Gerüchte: so gab sich ihnen der Rückschlag auf den Gang der allgemeinen Angelegenheiten bald kund durch die Haltung der Franzosen. Am 5. Juli eröffnete Lilienroth den Verbündeten: die von ihrer Seite vorgeschlagene kürzere Methode eines allgemeinen Friedens-Projectes sei auf französischer Seite angenommen. Nur hätten auch die Spanier vorher sich darüber zu erklären. Inzwischen könne man von französischer Seite einstweilen sich so weit aussprechen, daß der Friede von Nymegen die Grundlage sein werde.

Demnach erblicken wir die französischen Botschafter im vollen Rückzuge von ihrem eigenen Präliminare.

Die Botschafter der Verbündeten ließen erwiedern, daß diese Eröffnung nicht vereinbar sei mit dem französischen Präliminare vom 10. Februar, nach welchem die Friedensschlüsse von Münster und Nymegen die Basis des zu schließenden Friedens sein sollten.

In jeder der Zusammenkünfte im Schlosse zu Ryswyck, die zweimal wöchentlich, am Mittwoch und Samstag, statt fanden, wurde fortan zunächst von verbündeter Seite die Anfrage gestellt, ob nun der allgemeine Entwurf von französischer Seite fertig sei, und es erfolgte dann jedes Mal dieselbe Antwort, daß unausgesetzt daran gearbeitet werde. Die Botschafter im Haag waren unter sich längst darüber einig, daß diese Abfassung nicht zu Ende gebracht werde vor dem Ausgange der unbekannten Unterredungen von Portland und Boufflers [1]).

Die Stimmung, die sich in den Berichten der kaiserlichen Botschafter über diese Lage der Dinge ausprägt, ist nicht eine gehobene. Es kam noch dazu die Haltung der reichsfürstlichen Botschafter, die stäte Besorgnis derselben, daß ihnen nicht die volle Ehre erwiesen werde. Voran darin trat der brandenburgische, Namens Schmettau. Er gab am 19. Juli im Congresse der Verbündeten die Erklärung

---

[1]) Die speciellen Berichte des nicht genannten Nachfolgers des Secretärs Kotzebue, in den Robethon-Papieren des St. A. H.

Digitized by Google

ab, daß, wenn man nicht auch dem zweiten Botschafter, Dankelmann, den Titel der Excellenz gewähre, der Kurfürst seine Truppen aus Belgien und Ungarn abberufen werde [1]). Diejenigen, welche genauere Kunde hatten, daß diese Truppen nicht umsonst für den Kurfürsten im Felde standen, mochten an der Ausführung dieser Drohung an sich einige Zweifel hegen. Den englischen und holländischen Botschaftern gab die Drohung, neben dem Anlasse zum Spotte und Gelächter, auch denjenigen zur Anfrage an die Kaiserlichen, was auf die moralische Qualität solcher Bundesgenossen zu bauen sei.

Aus dem fernen Osten dagegen traf eben damals die Nachricht ein, daß eine besondere Hoffnung Ludwigs XIV. auf die Erlangung eines Bundesgenossen dort sich nicht erfüllt habe. Nicht der französische Prinz Conti, sondern der Kurfürst Friedrich August von Sachsen trug die polnische Königskrone davon. Beleuchten wir mit einigen Strichen diese Angelegenheit.

Wir erinnern uns, in welcher Weise Ludwig XIV. den Prinzen Conti zu dieser Bewerbung aufforderte. Die Zahl der Concurrenten war nicht gering. Unter ihnen befand sich bis tief in das Jahr 1697 hinein nicht Friedrich August. Der hauptsächliche neben Conti war der Prinz Jacob Sobieski, gestützt durch seinen Schwager, den Kaiser Leopold. Im Namen desselben hob der Bischof Lamberg von Passau die Verdienste des Vaters Johann um die Christenheit hervor, den Dank, den der Kaiser ihm und dem Königreiche Polen schulde für die Rettung von Wien. Darum empfehle der Kaiser den Sohn, auf dem der Sinn des Vaters ruhe [2]). Dem Prinzen Conti stand dazu von außen noch der starke Druck des Czaren Peter von Moskau entgegen, dessen Name durch den Sieg von Asow damals in Westeuropa bekannt geworden war. Czar Peter, der in dem Könige von Frankreich den Bundesgenossen seiner Feinde, der Türken, erblickte, bedrohete daher, im Falle der Wahl Contis, die Polen mit Krieg. Dennoch überwog

[1]) Der Bericht lautet wörtlich: Chur-Brandenburg droht seine Völker aus Ungarn und denen Niederlanden zurück zu ziehen, wo man ihren zweiten ambassadeur nicht wie den ersten ohne condition tractiren wollte. — Vom 9./19. Juli.

[2]) Lünigs: Orationes procerum Europae t. III, p. 307.

Digitized by Google

die goldklingende Beredsamkeit des Abbé Polignac in Warschau viele Gegengründe. Die Aussicht für den Prinzen Conti war nicht gering. Für ihn waren namentlich der Cardinal Primas Radziejowski, die mächtigen Familien der Sapieha und Lubomirski [1]).

Im Frühlinge des Jahres 1697 befand sich der Kurfürst Friedrich August in Baden unfern von Wien, zum Gebrauche der Schwefelquellen. Dort legte er in aller Stille das katholische Glaubensbekenntnis ab vor seinem Verwandten, dem Bischof von Raab. Dann beschied er den sächsischen Obersten Fleming zu sich, der in Wien weilte. Diesem eröffnete er seine Absicht als Bewerber um die Krone Polen aufzutreten. Fleming stand überrascht, um so mehr, da der Kurfürst ihn als Agenten ausersehen. Aber er ging bereitwillig ein. Der Plan ward angelegt mit ungemeinem Geschicke und geringer Ehrlichkeit. Es handelte sich wesentlich darum, beide hauptsächliche Parteien in Polen zugleich irre zu führen. Fleming begab sich nach Warschau. Er suchte durch einen Verwandten, den Starosten Prebendowski, einen Anhänger des Prinzen Conti, Eingang bei Polignac. Nachdem er das Zutrauen desselben erworben, schlug er ihm vor: das geeignete Mittel die Partei des Prinzen Jacob Sobieski zu zertrennen und zu zersetzen, sei die Aufstellung eines neuen, dem Prinzen Conti ungefährlichen Bewerbers. Dies sei der Kurfürst von Sachsen. Der Vorschlag gefiel dem Abbé Polignac. Er selber lieh Geld her. Fleming verwendete es, so wie die Wechsel des Kurfürsten, mit besonderem Geschicke. Er gab den Einzelnen wenig; aber das Gerücht meldete, daß seine Hand immer gefüllt sei. Die Partei mehrte sich. Erst dann, als Fleming auch in die Reihen der Anhänger Contis einbrach, unmittelbar vor dem Wahltage selbst, erkannte Polignac den Stand der Dinge. Fleming gewann den Bischof von Cujavien. Für Conti dagegen hielt aus der Cardinal Primas Radziejowski [2]).

---

[1]) Eine Menge Einzelnheiten bei Sylvius t. IV, b. 43, p. 4 sqq., 13 sqq., 48 sqq., 63 sqq., 68 sqq., 73 sqq. — Eine zusammenhangende Darstellung im Theatrum Europaeum Theil XV, S. 279 u. f.

[2]) Bericht von Leibniz, in der Ausgabe seiner Werke Bd. VI, S. 148 u. f., augenscheinlich aus dem Munde von Fleming selbst. — Ueber das Nicht-Wissen in Wien die Berichte von Lexington in den Lexington Papers p. 273, 276, 282, 289.

Digitized by Google

Der Kurfürst eilte von Wien zurück nach Dresden. Er traf dort ein am 11. Juni. Sofort setzten seine Truppen, 10,000 Mann, sich ostwärts in Bewegung. Mit der Zustimmung des Kaisers betraten sie Schlesien, rückte der Kurfürst in Breslau ein. Am Wahltage, dem 27. Juni, errang der Prinz Conti mehr Stimmen als einer der anderen Bewerber. Der Cardinal Primas rief ihn aus als König. Dann jedoch einigte sich die Partei Sobieskis mit der des Kurfürsten, und der Bischof von Cujavien proclamirte den König August. Beide Parteien sangen das Tedeum. Beide entsendeten Couriere durch Europa. Bei den Kundigen war schon auf die ersten Nachrichten hin kein Zweifel, nach welcher Seite hin die Dinge dort ausschlagen würden.

Als die Nachricht im Haag eintraf, befanden sich die französischen und holländischen Botschafter bei ihren häufigen besonderen Unterredungen im Hause des erkrankten Boreel. Dorthin ließ der kursächsische Botschafter Bose den Holländern die Meldung machen. Aber sie ward auch von den anwesenden Franzosen vernommen. Der Holländer van Haren wandte sich lächelnd zu ihnen mit den Worten: „Meine Herren, Sie haben eine Seele gewonnen". — „Und ein Königreich verloren," erwiederte halblaut der Botschafter Crecy [1]).

Unterdessen gingen die Zusammenkünfte zwischen Portland und Boufflers fort.

Wir haben die Antwort Ludwigs XIV. auf die von Portland in der ersten Zusammenkunft gemachten Vorschläge vernommen. In der zweiten Zusammenkunft, am 15. Juli, gab Boufflers dieselben kund.

Auf die allgemeine Eröffnung von Boufflers über die Gesinnung des Königs von Frankreich erwiederte Portland: er habe den Befehl seines Königs auszusprechen, daß Niemand mehr Achtung, Verehrung und Respect für den König von Frankreich habe als er. Dann brachte Boufflers die Einwände Ludwigs XIV. vor gegen die Nennung des Königs Jacob im Friedensvertrage. Portland wich. Er bestand weder darauf, daß der Name im Friedensvertrage genannt, noch daß der König Jacob sofort genöthigt werde Frankreich zu verlassen. Er schlug

[1]) Bericht von Hamel-Bruininx, in den Lexington Papers p. 280.

Digitized by Google

dagegen das Auskunftsmittel vor, daß beiderseitig die Nicht-Unterstützung der Feinde in den gleichen Ausdrücken zugesagt werde; denn dies würde dieselbe Bürgschaft gewähren wie die Nennung des Namens. Er sprach ferner die Hoffnung aus, daß Ludwig XIV. nach geschlossenem Frieden, um ihn dauerhaft zu machen, dem Könige Jacob zu verstehen geben möge, daß er aus eigenem Entschlusse anderswo sich niederlasse [1]).

Damit schieden sie. Doch bereits in der Frühe des nächsten Morgens, am 16. Juli, erhielt Boufflers die Meldung, daß Portland ihn abermals um eine halbe Stunde ersuche. Boufflers, obwohl er diesen Eifer als günstig ansah, wagte nicht aus sich allein zu entscheiden. Er befragte den Höchst-Commandirenden, den Marschall Villeroy. Dieser hegte dieselbe Meinung über die günstige Lage der Dinge, rieth jedoch die Antwort des Königs von Frankreich abzuwarten.

Diese Antwort Ludwigs XIV., vom 17. Juli, verwirft den Vorschlag der beiderseitigen gleichen Ausdrücke für die Nicht-Unterstützung der Feinde. „Die Lage auf beiden Seiten, sagt Ludwig XIV., ist nicht gleich. Die Unterwürfigkeit meiner Unterthanen, die Ruhe meines Königreiches gibt mir keinen Anlaß zur Besorgnis vor Parteiung und Rebellion. Ich will mich nur verpflichten, Niemanden, ohne Ausnahme, wider den Prinzen von Oranien zu unterstützen." — „Wenn Bentink nicht wieder darauf zurückkommt, daß ich nach dem Friedensschlusse dem Könige Jacob nahe legen soll: er möge sich aus eigenem Entschlusse eine andere Residenz wählen als in meinem Königreiche: so lassen Sie den Punct unberührt. Regt er dagegen die Forderung wieder an: so antworten Sie, daß dieselben Gründe, welche mich hindern den Namen zu nennen, mich auch abgeneigt machen, irgendwelche andere Verpflichtung einzugehen."

Diese Antwort Ludwigs XIV. schloß schon für Boufflers die Ermächtigung zu einer dritten Zusammenkunft in sich. Dennoch erwartete er dieselbe erst ausdrücklich.

Unterdessen eilten die Couriere zwischen dem Hauptquartiere und dem Haag hin und wieder. Wilhelm III. forderte von Heinsius ein Urtheil über die genaue Abfassung der Verpflichtung für Ludwig XIV., den König Jacob nicht zu unterstützen, ohne doch den Namen zu nennen.

---

[1]) Grimblot t. I, p. 31.

Digitized by Google

Denn daran hauptsächlich hange die Angelegenheit des Friedens. Der König beauftragte dann Heinsius, in seinem Namen den kaiserlichen Botschaftern und anderen über diese Zusammenkünfte von Portland und Boufflers Mittheilung zu machen, mit dem Zusatze jedoch: in so weit Heinsius es für nöthig erachte. So am 18. Juli. Daß unter den anderen Botschaftern auch die englischen zu verstehen sind, thut der Verfolg dar. Denn am nächsten Tage, dem 9./19. Juli, erfolgt der erste Bericht des englischen Friedens-Botschafters Williamson an den Staats-Secretär Shrewsbury [1]).

Nach dem Eingange der Erlaubnis von Ludwig XIV. für eine dritte Zusammenkunft lud der Marschall Boufflers den Grafen Portland auf den 20. nach Brukom ein. Zum Beginne tauschten sie abermals die bereits gewohnten Versicherungen aus. Wenn der Bericht von Boufflers genau der Wahrheit entspricht, so hat Wilhelm III. darin durch Portland den König Ludwig XIV. bezeichnen lassen nicht bloß als den größten Souverän der Welt, sondern, wegen seiner seltenen und erhabenen Befähigung, auch persönlich als den größten Mann der Zeit [2]). Wir Spätere müssen dies auf sich beruhen lassen.

Portland legte dann in Betreff der Nicht-Unterstützung des Königs Jacob die Fassung des Artikels vor, welche, wie wir vernommen, zwischen Wilhelm III. und Heinsius vereinbart war. Boufflers bekämpfte dieselbe als viel zu wortreich. Die von seinem Könige bereits gegebene Erklärung sei völlig genügend. Portland zog zurück, und beantragte dagegen als Zusatz zu jener französischen Erklärung die Worte: der König von Frankreich wolle weder direct noch indirect eine Person oder Personen begünstigen, welche Unruhen in England erregen würden. Für den König Wilhelm III. sei dieser Zusatz nothwendig, für denjenigen von Frankreich nur eine Erklärung, die ihn nicht über seine Intention hinaus binde. Portland erwarte daher, der König von Frankreich werde dazu sich bereit finden.

Den anderen Punct, die Meinung des Königs Wilhelm, daß nach geschlossenem Frieden Ludwig XIV. den König Jacob bewegen werde, aus eigenem Entschlusse eine andere Residenz zu erwählen,

---

[1]) Grimblot I. I. p. 41.

[2]) I. a. O. p. 45.

Digitized by Google

regte Portland nicht wieder an. Boufflers hatte demnach, seiner Instruction gemäß, keinen Anlaß sich darüber auszusprechen.

So berichtet Boufflers. Er schweigt jedoch über einen sehr wichtigen Punkt. In einer der Beredungen, ob in dieser, ob einer anderen, ist, gemäß der Meldung von Portland an Shrewsbury vom 2./12. August, dennoch die Entfernung des Königs Jacob wieder zur Sprache gekommen, und zwar so, daß Boufflers als den geeignetsten Ort für die künftige Residenz des Königs Jacob genannt hat die Stadt Avignon. „Wenn demnach Frankreich aufrichtig den Frieden will, fügt Portland hinzu, so zweifele ich nicht, daß der König Jacob Paris verlassen wird" [1]).

Diese Differenz wird später uns wieder entgegen treten.

Bevor wir die Antwort Ludwigs XIV. auf den Bericht von Boufflers über diese Beredung vom 20. Juli vernehmen, haben wir zu beobachten, in welcher Weise die Thatsache dieser Zusammenkünfte von Portland und Boufflers nicht bloß mehr negativ, sondern auch positiv ihre Wirkung übte auf die Angelegenheiten der anderen Verbündeten zu Ryswyck.

Am 19. Juli begab sich der Vermittler Lilienroth zu einem Mitgliede der kaiserlichen Botschaft, dem Grafen Stratemann. „Ich erfahre, begann Lilienroth, von zuverlässiger Hand in Paris, daß die französischen Botschafter hier den Auftrag erhalten werden, zugleich mit der Uebergabe des allgemeinen Friedens-Projectes einen Termin zu setzen. Sie haben auch hier zu mir wiederholt in diesem Sinne geredet, und ich habe ihnen die Inconvenienz eines solchen Verfahrens vorgehalten. Aber ihr Auftreten, verschieden von dem früheren, wird täglich hochfahrender. Ich weiß den Grund nicht, vermuthe aber, daß er zu suchen sei in den Beredungen zwischen Portland und Boufflers. Ich werde meine Bemühungen gegen die Stellung eines solchen Termines fortsetzen, habe aber geringe Aussicht, weil ich keine Stütze habe an den Holländern, die öfter mit den Franzosen zusammen kommen als ich. Wenn die Holländer in Betreff des Königs Jacob sich mit Frankreich

[1]) Grimblot t. I, p. 93: He has since spoken to me of it, adverting to the place whither he might be sent, and even mentioning Avignon as the fittest for his residence. Vom 2./12. August.

Digitized by Google

einigen: so werden sie auf alle Weise in die Verbündeten dringen, den Frieden anzunehmen, wie Frankreich ihn vorschreibt. Im anderen Falle der Nicht-Einigung werden sie die Fortsetzung der Krieges verlangen" [1]).

Am nächsten Tage, dem 20. Juli, befand sich ein von Paris gesendetes, vollständig ausgearbeitetes Friedens-Project in den Händen der französischen Botschafter. Sie lasen es dem Vermittler vor. Er kritisirte es ihnen gegenüber mit folgenden Worten: „Wider Gebühr sind in diesem Projecte die von Ihrer Seite selbst früher als Präliminarien bezeichneten Puncte zum Ultimatum umgewandelt. Das Fundament, über welches verhandelt werden sollte, ist zum Gebäude selbst geworden" [2]).

In der Wirklichkeit war es nicht einmal dies. Das französische Project vom 20. Juli wich hinter die Präliminarien vom 10. Februar zurück, und zwar in den wichtigsten Puncten, in Betreff der Städte Straßburg und Luxemburg, formell nur erst in so weit, daß es statt derselben, trotz der früheren ausdrücklichen Ablehnung von Seiten der Verbündeten, wieder Aequivalente vorschlug, daß mithin die Wahl dem Kaiser und Spanien frei blieb. Nebenher jedoch lief eine andere gewichtige Drohung. Die französischen Botschafter überreichten dem Vermittler Lilienroth zugleich mit jenem Projecte die Erklärung, daß der König von Frankreich als Termin für die Annahme seines Projectes setze den 31. August, daß er nach diesem Termine daran nicht mehr gebunden sein wolle [3]).

Die französischen Botschafter fanden dafür freilich den Vermittler nicht willfährig. „Mein Auftrag, erwiederte er, lautet auf die Beförderung des Friedens, nicht auf die Hinderung. Dahin aber würde die Feststellung eines Termines führen. Ich muß daher ablehnen, als Vermittler diese Erklärung den Friedens-Botschaftern der Verbündeten kund zu thun" [4]).

Lilienroth überreichte lediglich das französische Friedens-Project. Der Graf Kaunitz, als der Vorsitzende der Verbündeten, nahm es in

---

[1]) Bericht des Grafen Stratemann vom 25. Juli.

[2]) Collectiv-Bericht der kaiserlichen Botschafter vom 25. Juli.

[3]) Die Schriftstücke in den Actes de la paix de Ryswyck t. I, p. 219 et suiv. — Die Erklärung über die Terminsetzung dort p. 236.

[4]) Collectiv-Bericht der kaiserlichen Botschafter vom 25. Juli.

Digitized by Google

Empfang, und erwiederte, daß man dasselbe eingehend prüfen werde. Welchen Eindruck es im Einzelnen auf die kaiserlichen Botschafter machen mußte, läßt jenes Urtheil des Vermittlers zur Genüge errathen.

Besonders merkwürdig jedoch ist es, welche Lücke die Gesandten der protestantischen Reichsstände sofort herausfanden. Das französische Friedens-Project, sagten sie, enthalte nichts über die Herstellung in Betreff der kirchlichen Angelegenheiten in den Ländern, welche Frankreich zurückgeben wolle. Es müsse daher der zu Regensburg in dieser Beziehung entworfene Artikel zu Grunde gelegt, und von da aus versucht werden, in wie weit man damit durchdringen könne [1]). In ihrer allzu weit getriebenen Vorsicht, oder richtiger ihrem Eifer, hörten diese protestantischen Reichsstände nicht auf die Abmahnung der kaiserlichen Botschafter, daß dies eine innere Angelegenheit des Reiches sei, nicht eine Friedenssache mit Frankreich, daß man vielmehr sich hüten möge, für Frankreich die Handhabe zu bieten zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Reiches. Dazu könne dies Frankreich an Dinge erinnern, die es zur Zeit vergessen habe [2]). Die Abmahnung verfing nicht. Die protestantischen Reichsstände beharrten. Wir werden später zu ersehen haben, wie Ludwig XIV. vermöge der günstigen Position, in welche Wilhelm III. ihn gesetzt, diese Handhabe ausnutzte zu der sogenannten Ryswyckischen Clausel, zum Entsetzen aller Protestanten, und nicht zum wenigsten des Königs Wilhelm III. selbst.

Damals freilich, zu Ende Juli, sprach er, der Bundesgenosse des Kaisers, über das französische Verfahren nicht denselben Tadel aus wie der Vermittler Lilienroth, den Wilhelm früher oft als französisch gesinnt bezeichnet hatte.

„Es überrascht mich nicht, schreibt der König an Heinsius, daß die französischen Botschafter einen Termin für die Annahme ihres Angebotes gesetzt haben. Denn, um die Wahrheit zu sagen, halte ich es nicht für vernünftig immer wieder hinaus zu schieben, wo doch die Verhandlungen so lange schon im Gange sind und die Kaiserlichen so geringe Neigung zeigen dieses Angebot anzunehmen. Wenn wir, andererseits, die Ueberlegenheit Frankreichs in Betracht ziehen, so kann

[1]) Bericht vom 16./26. Juli, in den Robethon-Papieren des St. A. H.
[2]) Neuhaus: Der Ryswycker Friede u. s. w., S. 137.

Digitized by Google

auch von daher der Schritt nicht als ungerechtfertigt erscheinen, und darf, nach meinem Dafürhalten, mit ihren früheren Anmaßungen nicht in Vergleich gebracht werden. Auffallend ist, daß der Vermittler den Verbündeten von dem Ansatze dieses Termines keine Kenntnis gegeben; denn es ist nicht zu bezweifeln, daß die französischen Botschafter ihm zuerst die Sache mitgetheilt haben. Es gefällt mir nicht, daß sie auf die Frage Dykvelts, was sie im Falle der Einnahme von Barcelona zu thun gedächten, ausweichend geantwortet haben. Dies erregt in mir die Besorgnis, daß alles noch unsicher ist. Zunächst aber haben wir in die kaiserlichen und spanischen Minister zu dringen, daß sie die Bedingungen innerhalb der gesteckten Frist annehmen. Zwar ist diese kurz; doch vielleicht ist dies für einen raschen Abschluß desto besser. Nach meiner Ansicht ist es erforderlich, Lexington und Heemskerk in Wien zu beauftragen mit der Erklärung dort, daß wir den Krieg nicht länger fortsetzen können" [1]).

Die Aufträge an Lord Lexington ertheilte demgemäß auch Heinsius. Für den englischen Staats-Secretär Shrewsbury begnügte sich der König am selben Tage mit der kurzen Meldung, daß er den Frieden als nahe bevorstehend hoffe. Doch tritt hier ein Mistrauen gegen Frankreich etwas schärfer hervor. Wenn man mit Frankreich zu thun habe, sagt der König, so sei man vor dem Abschlusse keines Dinges sicher. Deshalb müsse man gefaßt sein auf Krieg, als wäre auf den Frieden keine Hoffnung.

Anders jedoch als jene Worte an Heinsius klingen die Reden, welche Wilhelm III. am selben Tage durch Portland zu dem Grafen Auersperg im Hauptquartiere führen ließ. Ueberhaupt sind darin gar manche Angaben, namentlich auch über den Anlaß der Unterredungen von Portland und Boufflers, verschieden von den Berichten, die wir vernommen haben. Es darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, daß diese ersteren Berichte von französischer Seite stammen, von dem Marschalle Boufflers.

Auersperg trat zu Portland mit der Frage um Auskunft über die Beredungen mit Boufflers [2]). Portland erwiederte: „Ich habe

---

[1]) Grimblot t. I, p. 51. Vom 22. Juli.

[2]) Für das Folgende der Bericht des Grafen Auersperg vom 22. Juli.

Digitized by Google

vom Könige den Befehl, Ihnen alles mitzutheilen. Nachdem wir in diese Gegend gekommen, gab der Marschall Boufflers bei jeder Gelegenheit zu verstehen, daß, weil wir einander nahe, er eine Zusammenkunft wünsche, um persönlich seinen Dank auszusprechen für meine Gefälligkeiten gegen ihn nach dem Falle von Namur. Ich theilte dies dem Könige mit. Er war der Ansicht, daß diese Gelegenheit zu benutzen sei. Er befahl mir, eine Zusammenkunft mit Boufflers zu vereinbaren, und dann durch ihn den König von Frankreich wissen zu lassen, wie sehnlich wir unsererseits den Frieden verlangten. Boufflers erschien in Hal mit einem Gefolge von zweihundert Personen, ich hatte ein viel geringeres. Wir beide traten allein zusammen, unter freiem Himmel, ohne ein Wort zu schreiben. Der König hatte mir befohlen dem Boufflers zu versichern, daß er den wahrhaften und aufrichtigen Willen habe, einen beständigen Frieden mit Frankreich zu machen. Allein, weil er sehe, daß die französischen Botschafter in Delft so stark chicaniren, so könne er nicht anders annehmen, als daß Frankreich den Frieden nicht verlange. Boufflers sagte: ich möge verzeihen, daß er sich des Titels Prinz von Oranien bediene. Er habe den Befehl zu versichern, daß sein König eine große Feindschaft wider den Prinzen von Oranien gehabt, um so viel mehr, weil dieser das Hindernis für alle französischen Plane. Jedoch habe er nicht umhin gekonnt, innerlich vor der Haltung des Prinzen von Oranien immer eine große Achtung zu hegen, so daß, wenn der Friede einmal geschlossen, die vergangene Feindschaft sich wandeln solle in eine weit größere Freundschaft. Boufflers schlug mir vor etwas schriftlich zu machen. Die Augen aller Welt seien auf uns gerichtet. Wir dürften uns nicht lächerlich machen, wie es geschehen würde, wenn unsere Zusammenkunft gar kein Ergebnis brächte. Ich erwiederte, daß ich ein Soldat sei, nicht ein Minister, daß meine Befehle nicht weiter gingen als daß die öffentliche Friedenshandlung befördert werden möge".

„Darauf befahl mir der König noch eine andere Zusammenkunft zu begehren. Sie erfolgte. Ich versicherte, daß auch mein König mit Freuden eine wahrhafte Freundschaft eingehen werde."

Auersperg fiel ein: „Es sind viele andere Dinge erzählt worden. Der französische Botschafter Harlay hat öffentlich versichert, Boufflers habe sich der Wendung bedient: que le roi de France accordera

Digitized by Google

l'honneur de ses bonnes grâces au Prince d'Orange, quand il s'en rendra digne" [1]). — Portland lachte. „Ich habe ſo geredet, erwiederte er, wie ich geſagt. Ich bitte Sie, alles was Sie über die Sache vernehmen, offen zu mir auszuſprechen. Es liegt das Heil von Europa daran, daß der Kaiſer und der König in Einigkeit und Vertrauen leben."

Auersperg fragte weiter: ob nicht hauptſächlich vom Könige Jacob und von Lothringen die Rede geweſen ſei. „Allerdings, erwiederte Portland, von dem erſteren. Mein König indeſſen erkennt ſehr wohl, daß, wenn auch ſeinem Wunſche gemäß Frankreich den König Jacob in dem Friedens-Tractate nennen würde, doch darauf nicht viel zu bauen iſt. Denn wir wiſſen ja, wie wenig Frankreich das gegebene Wort hält, und daß man dieſer Macht gegenüber keine andere Sicherheit hat als diejenige der Einigkeit der Verbündeten." — „Ohne ſich weiter genauer zu erklären, fügt Auersperg hinzu, gab er mir dennoch zu verſtehen, daß dieſer Punct in Richtigkeit gebracht ſei. Ueber Lothringen dagegen ſei man nicht in Einzelnes eingegangen."

Auersperg hob dann die Beſorgnis hervor, die ihm aufſteige aus dem franzöſiſchen Vorgehen einen Termin ſetzen zu wollen. Portland ſuchte dieſe Beſorgnis zu bekämpfen. Dann fuhr er fort: „Ich bitte nur namentlich das ins Auge zu faſſen, daß, wenn Gott uns den Frieden verleihen will, die Nothwendigkeit von uns fordert, nicht bloß die Allianz zu erneuern, ſondern uns auch gegenſeitig zu verſtändigen, was zu thun und auf welche Weiſe wir einander zu Hülfe kommen können, im Falle Frankreich den Frieden bricht".

In ſo weit die Differenzen der Berichte von Portland und Boufflers über die Zuſammenkünfte unvereinbar ſind, muß die Entſcheidung über die Frage, auf welcher Seite die größere Glaubwürdigkeit, offen gelaſſen werden. Dagegen legt uns dieſe Rede Portlands dar, daß Wilhelm III. ungeachtet aller ſeiner Schritte hofft und wünſcht, mit dem Kaiſer in gutem Verſtändniſſe zu bleiben.

Unterdeſſen erwog Ludwig XIV. den Bericht des Marſchalls Boufflers vom 21. Juli. Die Worte, welche dieſer als die Kundgebung

---

[1]) Die Worte Ludwigs XIV. an Boufflers vom 12. Juli ſind von jenen wenig verſchieden, bei Grimblot t. I, p. 20.

Digitized by Google

der Gefühle von Wilhelm III. für die Person Ludwigs XIV. gemeldet, wurden mit gleichwerthigen Worten erwiedert. Dann jedoch stockt Ludwig XIV. bei den von Portland vorgeschlagenen Worten: „eine Person oder Personen". In dieser Zusammenstellung, meint er, könne das erste Wort bezogen werden nur auf den König Jacob, das zweite auf die Engländer seines Gefolges. Boufflers soll darlegen, daß solche Ausdrücke dem Vertrauen, welches der Oranier in das Wort des Königs von Frankreich zu setzen habe, nichts hinzufügen. Indessen, um jede Satisfaction zu gewähren, sei er erbötig den größeren Theil des von Portland vorgeschlagenen Zusatzes sich anzueignen, jedoch so, daß der König Jacob nicht designirt werde. Das Wort „Person" im Singular, weil es allein nicht den König Jacob bedeute, sondern überhaupt Jeden, könne er gestatten, nicht die Fassung: „eine Person oder Personen". Dann jedoch besinnt sich Ludwig XIV., daß der Prinz von Oranien die Einsetzung des Titels: König von England, in den Vertrag selbst nicht mehr verlange. Da dies Verlangen, welches ein unübersteigliches Hindernis geboten hätte, nicht mehr bestehe: so dürfe Boufflers im äußersten Nothfalle die Ausdrücke: „eine Person oder Personen" dennoch gestatten, aber nicht das Wort „Recht" in Bezug auf den Prinzen von Oranien. Der König legte einen Entwurf bei.

Der ganze Handel um Worte von Seiten des Königs von Frankreich, wo er die That der Anerkennung nicht mehr weigerte, hat einen Sinn nur bei einem Hintergedanken, nämlich seiner Absicht, im Falle er den König Jacob oder dessen Sohn einmal wieder wie bisher als Kriegeswerkzeug zu verwenden gedachte, sich eine Rückzugslinie offen zu halten.

Im Besitze jener Instruction setzte der Marschall Boufflers den Grafen Portland in Kenntnis. Sie kamen zusammen am 26. Juli. Boufflers war glücklicher, als Ludwig XIV. zu hoffen gewagt. Er legte nicht den Entwurf des Königs vor, sondern einen eigenen Auszug aus demselben. Der König versprach darin keine Partei noch Rebellion in England zu unterstützen, noch diejenigen, welche sie erregen oder nähren würden, ohne irgend welche Ausnahme einer Person. — Portland las. Er erklärte damit sich befriedigt. Auch da noch war Boufflers vorsichtig. Er übergab nicht das Papier mit seiner Handschrift.

Digitized by Google

Der Kurfürst eilte von Wien zurück nach Dresden. Er traf dort ein am 11. Juni. Sofort setzten seine Truppen, 10,000 Mann, sich ostwärts in Bewegung. Mit der Zustimmung des Kaisers betraten sie Schlesien, rückte der Kurfürst in Breslau ein. Am Wahltage, dem 27. Juni, errang der Prinz Conti mehr Stimmen als einer der anderen Bewerber. Der Cardinal Primas rief ihn aus als König. Dann jedoch einigte sich die Partei Sobieskis mit der des Kurfürsten, und der Bischof von Cujavien proclamirte den König August. Beide Parteien sangen das Tedeum. Beide entsendeten Couriere durch Europa. Bei den Kundigen war schon auf die ersten Nachrichten hin kein Zweifel, nach welcher Seite hin die Dinge dort ausschlagen würden.

Als die Nachricht im Haag eintraf, befanden sich die französischen und holländischen Botschafter bei ihren häufigen besonderen Unterredungen im Hause des erkrankten Boreel. Dorthin ließ der kursächsische Botschafter Bose den Holländern die Meldung machen. Aber sie ward auch von den anwesenden Franzosen vernommen. Der Holländer van Haren wandte sich lächelnd zu ihnen mit den Worten: „Meine Herren, Sie haben eine Seele gewonnen". — „Und ein Königreich verloren," erwiederte halblaut der Botschafter Crecy [1]).

Unterdessen gingen die Zusammenkünfte zwischen Portland und Boufflers fort.

Wir haben die Antwort Ludwigs XIV. auf die von Portland in der ersten Zusammenkunft gemachten Vorschläge vernommen. In der zweiten Zusammenkunft, am 15. Juli, gab Boufflers dieselben kund.

Auf die allgemeine Eröffnung von Boufflers über die Gesinnung des Königs von Frankreich erwiederte Portland: er habe den Befehl seines Königs auszusprechen, daß Niemand mehr Achtung, Verehrung und Respect für den König von Frankreich habe als er. Dann brachte Boufflers die Einwände Ludwigs XIV. vor gegen die Nennung des Königs Jacob im Friedensvertrage. Portland wich. Er bestand weder darauf, daß der Name im Friedensvertrage genannt, noch daß der König Jacob sofort genöthigt werde Frankreich zu verlassen. Er schlug

[1]) Bericht von Hamel-Bruininx, in den Lexington Papers p. 280.

Digitized by Google

dagegen das Auskunftsmittel vor, daß beiderseitig die Nicht-Unterstützung der Feinde in den gleichen Ausdrücken zugesagt werde; denn dies würde dieselbe Bürgschaft gewähren wie die Nennung des Namens. Er sprach ferner die Hoffnung aus, daß Ludwig XIV. nach geschlossenem Frieden, um ihn dauerhaft zu machen, dem Könige Jacob zu verstehen geben möge, daß er aus eigenem Entschlusse anderswo sich niederlasse [1]).

Damit schieden sie. Doch bereits in der Frühe des nächsten Morgens, am 16. Juli, erhielt Boufflers die Meldung, daß Portland ihn abermals um eine halbe Stunde ersuche. Boufflers, obwohl er diesen Eifer als günstig ansah, wagte nicht aus sich allein zu entscheiden. Er befragte den Höchst-Commandirenden, den Marschall Villeroy. Dieser hegte dieselbe Meinung über die günstige Lage der Dinge, rieth jedoch die Antwort des Königs von Frankreich abzuwarten.

Diese Antwort Ludwigs XIV., vom 17. Juli, verwirft den Vorschlag der beiderseitigen gleichen Ausdrücke für die Nicht-Unterstützung der Feinde. „Die Lage auf beiden Seiten, sagt Ludwig XIV., ist nicht gleich. Die Unterwürfigkeit meiner Unterthanen, die Ruhe meines Königreiches gibt mir keinen Anlaß zur Besorgnis vor Parteiung und Rebellion. Ich will mich nur verpflichten, Niemanden, ohne Ausnahme, wider den Prinzen von Oranien zu unterstützen." — „Wenn Bentink nicht wieder darauf zurückkommt, daß ich nach dem Friedensschlusse dem Könige Jacob nahe legen soll: er möge sich aus eigenem Entschlusse eine andere Residenz wählen als in meinem Königreiche: so lassen Sie den Punct unberührt. Regt er dagegen die Forderung wieder an: so antworten Sie, daß dieselben Gründe, welche mich hindern den Namen zu nennen, mich auch abgeneigt machen, irgendwelche andere Verpflichtung einzugehen."

Diese Antwort Ludwigs XIV. schloß schon für Boufflers die Ermächtigung zu einer dritten Zusammenkunft in sich. Dennoch erwartete er dieselbe erst ausdrücklich.

Unterdessen eilten die Couriere zwischen dem Hauptquartiere und dem Haag hin und wieder. Wilhelm III. forderte von Heinsius ein Urtheil über die genaue Abfassung der Verpflichtung für Ludwig XIV., den König Jacob nicht zu unterstützen, ohne doch den Namen zu nennen.

---

[1]) Grimblot t. I, p. 31.

Digitized by Google

Denn daran hauptsächlich hange die Angelegenheit des Friedens. Der König beauftragte dann Heinsius, in seinem Namen den kaiserlichen Botschaftern und anderen über diese Zusammenkünfte von Portland und Boufflers Mittheilung zu machen, mit dem Zusatze jedoch: in so weit Heinsius es für nöthig erachte. So am 18. Juli. Daß unter den anderen Botschaftern auch die englischen zu verstehen sind, thut der Verfolg dar. Denn am nächsten Tage, dem 9./19. Juli, erfolgt der erste Bericht des englischen Friedens-Botschafters Williamson an den Staats-Secretär Shrewsbury [1]).

Nach dem Eingange der Erlaubnis von Ludwig XIV. für eine dritte Zusammenkunft lud der Marschall Boufflers den Grafen Portland auf den 20. nach Brukom ein. Zum Beginne tauschten sie abermals die bereits gewohnten Versicherungen aus. Wenn der Bericht von Boufflers genau der Wahrheit entspricht, so hat Wilhelm III. darin durch Portland den König Ludwig XIV. bezeichnen lassen nicht bloß als den größten Souverän der Welt, sondern, wegen seiner seltenen und erhabenen Befähigung, auch persönlich als den größten Mann der Zeit [2]). Wir Spätere müssen dies auf sich beruhen lassen.

Portland legte dann in Betreff der Nicht-Unterstützung des Königs Jacob die Fassung des Artikels vor, welche, wie wir vernommen, zwischen Wilhelm III. und Heinsius vereinbart war. Boufflers bekämpfte dieselbe als viel zu wortreich. Die von seinem Könige bereits gegebene Erklärung sei völlig genügend. Portland zog zurück, und beantragte dagegen als Zusatz zu jener französischen Erklärung die Worte: der König von Frankreich wolle weder direct noch indirect eine Person oder Personen begünstigen, welche Unruhen in England erregen würden. Für den König Wilhelm III. sei dieser Zusatz nothwendig, für denjenigen von Frankreich nur eine Erklärung, die ihn nicht über seine Intention hinaus binde. Portland erwarte daher, der König von Frankreich werde dazu sich bereit finden.

Den anderen Punct, die Hoffnung des Königs Wilhelm, daß nach geschlossenem Frieden Ludwig XIV. den König Jacob bewegen werde, aus eigenem Entschlusse eine andere Residenz zu erwählen,

---

[1]) Grimblot t. I, p. 40.
[2]) A. a. O. p. 43.

Digitized by Google

regte Portland nicht wieder an. Boufflers hatte demnach, seiner Instruction gemäß, keinen Anlaß sich darüber auszusprechen.

So berichtet Boufflers. Er schweigt jedoch über einen sehr wichtigen Punkt. In einer der Beredungen, ob in dieser, ob einer anderen, ist, gemäß der Meldung von Portland an Shrewsbury vom 2./12. August, dennoch die Entfernung des Königs Jacob wieder zur Sprache gekommen, und zwar so, daß Boufflers als den geeignetsten Ort für die künftige Residenz des Königs Jacob genannt hat die Stadt Avignon. „Wenn demnach Frankreich aufrichtig den Frieden will, fügt Portland hinzu, so zweifele ich nicht, daß der König Jacob Paris verlassen wird" [1]).

Diese Differenz wird später uns wieder entgegen treten.

Bevor wir die Antwort Ludwigs XIV. auf den Bericht von Boufflers über diese Beredung vom 20. Juli vernehmen, haben wir zu beobachten, in welcher Weise die Thatsache dieser Zusammenkünfte von Portland und Boufflers nicht bloß mehr negativ, sondern auch positiv ihre Wirkung übte auf die Angelegenheiten der anderen Verbündeten zu Ryswyck.

Am 19. Juli begab sich der Vermittler Lilienroth zu einem Mitgliede der kaiserlichen Botschaft, dem Grafen Stratemann. „Ich erfahre, begann Lilienroth, von zuverlässiger Hand in Paris, daß die französischen Botschafter hier den Auftrag erhalten werden, zugleich mit der Uebergabe des allgemeinen Friedens-Projectes einen Termin zu setzen. Sie haben auch hier zu mir wiederholt in diesem Sinne geredet, und ich habe ihnen die Inconvenienz eines solchen Verfahrens vorgehalten. Aber ihr Auftreten, verschieden von dem früheren, wird täglich hochfahrender. Ich weiß den Grund nicht, vermuthe aber, daß er zu suchen sei in den Beredungen zwischen Portland und Boufflers. Ich werde meine Bemühungen gegen die Stellung eines solchen Termines fortsetzen, habe aber geringe Aussicht, weil ich keine Stütze habe an den Holländern, die öfter mit den Franzosen zusammen kommen als ich. Wenn die Holländer in Betreff des Königs Jacob sich mit Frankreich

[1]) Grimblot t. I, p. 93: He has since spoken to me of it, adverting to the place whither he might be sent, and even mentioning Avignon as the fittest for his residence. Vom 2./12. August.

Digitized by Google

einigen: so werden sie auf alle Weise in die Verbündeten dringen, den Frieden anzunehmen, wie Frankreich ihn vorschreibt. Im anderen Falle der Nicht-Einigung werden sie die Fortsetzung der Krieges verlangen" [1]).

Am nächsten Tage, dem 20. Juli, befand sich ein von Paris gesendetes, vollständig ausgearbeitetes Friedens-Project in den Händen der französischen Botschafter. Sie lasen es dem Vermittler vor. Er kritisirte es ihnen gegenüber mit folgenden Worten: „Wider Gebühr sind in diesem Projecte die von Ihrer Seite selbst früher als Präliminarien bezeichneten Puncte zum Ultimatum umgewandelt. Das Fundament, über welches verhandelt werden sollte, ist zum Gebäude selbst geworden" [2]).

In der Wirklichkeit war es nicht einmal dies. Das französische Project vom 20. Juli wich hinter die Präliminarien vom 10. Februar zurück, und zwar in den wichtigsten Puncten, in Betreff der Städte Straßburg und Luxemburg, formell nur erst in so weit, daß es statt derselben, trotz der früheren ausdrücklichen Ablehnung von Seiten der Verbündeten, wieder Aequivalente vorschlug, daß mithin die Wahl dem Kaiser und Spanien frei blieb. Nebenher jedoch lief eine andere gewichtige Drohung. Die französischen Botschafter überreichten dem Vermittler Lilienroth zugleich mit jenem Projecte die Erklärung, daß der König von Frankreich als Termin für die Annahme seines Projectes setze den 31. August, daß er nach diesem Termine daran nicht mehr gebunden sein wolle [3]).

Die französischen Botschafter fanden dafür freilich den Vermittler nicht willfährig. „Mein Auftrag, erwiederte er, lautet auf die Beförderung des Friedens, nicht auf die Hinderung. Dahin aber würde die Feststellung eines Termines führen. Ich muß daher ablehnen, als Vermittler diese Erklärung den Friedens-Botschaftern der Verbündeten kund zu thun" [4]).

Lilienroth überreichte lediglich das französische Friedens-Project. Der Graf Kaunitz, als der Vorsitzende der Verbündeten, nahm es in

---

[1]) Bericht des Grafen Stratemann vom 25. Juli.

[2]) Collectiv-Bericht der kaiserlichen Botschafter vom 25. Juli.

[3]) Die Schriftstücke in den Actes de la paix de Ryswyck t. I, p. 219 et suiv. — Die Erklärung über die Terminsetzung dort p. 236.

[4]) Collectiv-Bericht der kaiserlichen Botschafter vom 25. Juli.

Digitized by Google

Empfang, und erwiederte, daß man dasselbe eingehend prüfen werde. Welchen Eindruck es im Einzelnen auf die kaiserlichen Botschafter machen mußte, läßt jenes Urtheil des Vermittlers zur Genüge errathen.

Besonders merkwürdig jedoch ist es, welche Lücke die Gesandten der protestantischen Reichsstände sofort herausfanden. Das französische Friedens-Project, sagten sie, enthalte nichts über die Herstellung in Betreff der kirchlichen Angelegenheiten in den Ländern, welche Frankreich zurückgeben wolle. Es müsse daher der zu Regensburg in dieser Beziehung entworfene Artikel zu Grunde gelegt, und von da aus versucht werden, in wie weit man damit durchdringen könne[1]). In ihrer allzu weit getriebenen Vorsicht, oder richtiger ihrem Eifer, hörten diese protestantischen Reichsstände nicht auf die Abmahnung der kaiserlichen Botschafter, daß dies eine innere Angelegenheit des Reiches sei, nicht eine Friedenssache mit Frankreich, daß man vielmehr sich hüten möge, für Frankreich die Handhabe zu bieten zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Reiches. Dazu könne dies Frankreich an Dinge erinnern, die es zur Zeit vergessen habe[2]). Die Abmahnung verfing nicht. Die protestantischen Reichsstände beharrten. Wir werden später zu ersehen haben, wie Ludwig XIV. vermöge der günstigen Position, in welche Wilhelm III. ihn gesetzt, diese Handhabe ausnutzte zu der sogenannten Ryswyckischen Clausel, zum Entsetzen aller Protestanten, und nicht zum wenigsten des Königs Wilhelm III. selbst.

Damals freilich, zu Ende Juli, sprach er, der Bundesgenosse des Kaisers, über das französische Verfahren nicht denselben Tadel aus wie der Vermittler Lilienroth, den Wilhelm früher oft als französisch gesinnt bezeichnet hatte.

„Es überrascht mich nicht, schreibt der König an Heinsius, daß die französischen Botschafter einen Termin für die Annahme ihres Angebotes gesetzt haben. Denn, um die Wahrheit zu sagen, halte ich es nicht für vernünftig immer wieder hinaus zu schieben, wo doch die Verhandlungen so lange schon im Gange sind und die Kaiserlichen so geringe Neigung zeigen dieses Angebot anzunehmen. Wenn wir, andererseits, die Ueberlegenheit Frankreichs in Betracht ziehen, so kann

---

[1]) Bericht vom 16./26. Juli, in den Robethon-Papieren des St. A. H.

[2]) Neuhaus: Der Ryswycker Friede u. s. w., S. 137.

Digitized by Google

auch von daher der Schritt nicht als ungerechtfertigt erscheinen, und darf, nach meinem Dafürhalten, mit ihren früheren Anmaßungen nicht in Vergleich gebracht werden. Auffallend ist, daß der Vermittler den Verbündeten von dem Ansatze dieses Termines keine Kenntnis gegeben; denn es ist nicht zu bezweifeln, daß die französischen Botschafter ihm zuerst die Sache mitgetheilt haben. Es gefällt mir nicht, daß sie auf die Frage Dykvelts, was sie im Falle der Einnahme von Barcelona zu thun gedächten, ausweichend geantwortet haben. Dies erregt in mir die Besorgnis, daß alles noch unsicher ist. Zunächst aber haben wir in die kaiserlichen und spanischen Minister zu dringen, daß sie die Bedingungen innerhalb der gesteckten Frist annehmen. Zwar ist diese kurz; doch vielleicht ist dies für einen raschen Abschluß desto besser. Nach meiner Ansicht ist es erforderlich, Lexington und Heemskerk in Wien zu beauftragen mit der Erklärung dort, daß wir den Krieg nicht länger fortsetzen können" [1]).

Die Aufträge an Lord Lexington ertheilte demgemäß auch Heinsius. Für den englischen Staats-Secretär Shrewsbury begnügte sich der König am selben Tage mit der kurzen Meldung, daß er den Frieden als nahe bevorstehend hoffe. Doch tritt hier ein Mistrauen gegen Frankreich etwas schärfer hervor. Wenn man mit Frankreich zu thun habe, sagt der König, so sei man vor dem Abschlusse keines Dinges sicher. Deshalb müsse man gefaßt sein auf Krieg, als wäre auf den Frieden keine Hoffnung.

Anders jedoch als jene Worte an Heinsius klingen die Reden, welche Wilhelm III. am selben Tage durch Portland zu dem Grafen Auersperg im Hauptquartiere führen ließ. Ueberhaupt sind darin gar manche Angaben, namentlich auch über den Anlaß der Unterredungen von Portland und Boufflers, verschieden von den Berichten, die wir vernommen haben. Es darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, daß diese ersteren Berichte von französischer Seite stammen, von dem Marschalle Boufflers.

Auersperg trat zu Portland mit der Frage um Auskunft über die Beredungen mit Boufflers [2]). Portland erwiederte: „Ich habe

---

[1]) Grimblot t. I, p. 51. Vom 22. Juli.

[2]) Für das Folgende der Bericht des Grafen Auersperg vom 22. Juli.

Digitized by Google

vom Könige den Befehl, Ihnen alles mitzutheilen. Nachdem wir in dieſe Gegend gekommen, gab der Marſchall Boufflers bei jeder Gelegenheit zu verſtehen, daß, weil wir einander nahe, er eine Zuſammenkunft wünſche, um perſönlich ſeinen Dank auszuſprechen für meine Gefälligkeiten gegen ihn nach dem Falle von Namur. Ich theilte dies dem Könige mit. Er war der Anſicht, daß dieſe Gelegenheit zu benutzen ſei. Er befahl mir, eine Zuſammenkunft mit Boufflers zu vereinbaren, und dann durch ihn den König von Frankreich wiſſen zu laſſen, wie ſehnlich wir unſererſeits den Frieden verlangten. Boufflers erſchien in Hal mit einem Gefolge von zweihundert Perſonen, ich hatte ein viel geringeres. Wir beide traten allein zuſammen, unter freiem Himmel, ohne ein Wort zu ſchreiben. Der König hatte mir befohlen dem Boufflers zu verſichern, daß er den wahrhaften und aufrichtigen Willen habe, einen beſtändigen Frieden mit Frankreich zu machen. Allein, weil er ſehe, daß die franzöſiſchen Botſchafter in Delft ſo ſtark chicaniren, ſo könne er nicht anders annehmen, als daß Frankreich den Frieden nicht verlange. Boufflers ſagte: ich möge verzeihen, daß er ſich des Titels Prinz von Oranien bediene. Er habe den Befehl zu verſichern, daß ſein König eine große Feindſchaft wider den Prinzen von Oranien gehabt, um ſo viel mehr, weil dieſer das Hinderniß für alle franzöſiſchen Plane. Jedoch habe er nicht umhin gekonnt, innerlich vor der Haltung des Prinzen von Oranien immer eine große Achtung zu hegen, ſo daß, wenn der Friede einmal geſchloſſen, die vergangene Feindſchaft ſich wandeln ſolle in eine weit größere Freundſchaft. Boufflers ſchlug mir vor etwas ſchriftlich zu machen. Die Augen aller Welt ſeien auf uns gerichtet. Wir dürften uns nicht lächerlich machen, wie es geſchehen würde, wenn unſere Zuſammenkunft gar kein Ergebniß brächte. Ich erwiederte, daß ich ein Soldat ſei, nicht ein Miniſter, daß meine Befehle nicht weiter gingen als daß die öffentliche Friedenshandlung befördert werden möge".

„Darauf befahl mir der König noch eine andere Zuſammenkunft zu begehren. Sie erfolgte. Ich verſicherte, daß auch mein König mit Freuden eine wahrhafte Freundſchaft eingehen werde."

Auersperg fiel ein: „Es ſind viele andere Dinge erzählt worden. Der franzöſiſche Botſchafter Harlay hat öffentlich verſichert, Boufflers habe ſich der Wendung bedient: que le roi de France accordera

Digitized by Google

l'honneur de ses bonnes grâces au Prince d'Orange, quand il s'en rendra digne" [1]). — Portland lachte. „Ich habe so geredet, erwiederte er, wie ich gesagt. Ich bitte Sie, alles was Sie über die Sache vernehmen, offen zu mir auszusprechen. Es liegt das Heil von Europa daran, daß der Kaiser und der König in Einigkeit und Vertrauen leben."

Auersperg fragte weiter: ob nicht hauptsächlich vom Könige Jacob und von Lothringen die Rede gewesen sei. „Allerdings, erwiederte Portland, von dem ersteren. Mein König indessen erkennt sehr wohl, daß, wenn auch seinem Wunsche gemäß Frankreich den König Jacob in dem Friedens-Tractate nennen würde, doch darauf nicht viel zu bauen ist. Denn wir wissen ja, wie wenig Frankreich das gegebene Wort hält, und daß man dieser Macht gegenüber keine andere Sicherheit hat als diejenige der Einigkeit der Verbündeten." — „Ohne sich weiter genauer zu erklären, fügt Auersperg hinzu, gab er mir dennoch zu verstehen, daß dieser Punct in Richtigkeit gebracht sei. Ueber Lothringen dagegen sei man nicht in Einzelnes eingegangen."

Auersperg hob dann die Besorgnis hervor, die ihm aufsteige aus dem französischen Vorgehen einen Termin setzen zu wollen. Portland suchte diese Besorgnis zu bekämpfen. Dann fuhr er fort: „Ich bitte nur namentlich das ins Auge zu fassen, daß, wenn Gott uns den Frieden verleihen will, die Nothwendigkeit von uns fordert, nicht bloß die Allianz zu erneuern, sondern uns auch gegenseitig zu verständigen, was zu thun und auf welche Weise wir einander zu Hülfe kommen können, im Falle Frankreich den Frieden bricht".

In so weit die Differenzen der Berichte von Portland und Boufflers über die Zusammenkünfte unvereinbar sind, muß die Entscheidung über die Frage, auf welcher Seite die größere Glaubwürdigkeit, offen gelassen werden. Dagegen legt uns diese Rede Portlands dar, daß Wilhelm III. ungeachtet aller seiner Schritte hofft und wünscht, mit dem Kaiser in gutem Verständnisse zu bleiben.

Unterdessen erwog Ludwig XIV. den Bericht des Marschalls Boufflers vom 21. Juli. Die Worte, welche dieser als die Kundgebung

---

[1]) Die Worte Ludwigs XIV. an Boufflers vom 12. Juli sind von jenen wenig verschieden, bei Grimblot t. I, p. 20.

Digitized by Google

der Gefühle von Wilhelm III. für die Person Ludwigs XIV. gemeldet, wurden mit gleichwerthigen Worten erwiedert. Dann jedoch stockt Ludwig XIV. bei den von Portland vorgeschlagenen Worten: „eine Person oder Personen". In dieser Zusammenstellung, meint er, könne das erste Wort bezogen werden nur auf den König Jacob, das zweite auf die Engländer seines Gefolges. Boufflers soll darlegen, daß solche Ausdrücke dem Vertrauen, welches der Oranier in das Wort des Königs von Frankreich zu setzen habe, nichts hinzufügen. Indessen, um jede Satisfaction zu gewähren, sei er erbötig den größeren Theil des von Portland vorgeschlagenen Zusatzes sich anzueignen, jedoch so, daß der König Jacob nicht designirt werde. Das Wort „Person" im Singular, weil es allein nicht den König Jacob bedeute, sondern überhaupt Jeden, könne er gestatten, nicht die Fassung: „eine Person oder Personen". Dann jedoch besinnt sich Ludwig XIV., daß der Prinz von Oranien die Einsetzung des Titels: König von England, in den Vertrag selbst nicht mehr verlange. Da dies Verlangen, welches ein unübersteigliches Hindernis geboten hätte, nicht mehr bestehe: so dürfe Boufflers im äußersten Nothfalle die Ausdrücke: „eine Person oder Personen" dennoch gestatten, aber nicht das Wort „Recht" in Bezug auf den Prinzen von Oranien. Der König legte einen Entwurf bei.

Der ganze Handel um Worte von Seiten des Königs von Frankreich, wo er die That der Anerkennung nicht mehr weigerte, hat einen Sinn nur bei einem Hintergedanken, nämlich seiner Absicht, im Falle er den König Jacob oder dessen Sohn einmal wieder wie bisher als Kriegeswerkzeug zu verwenden gedachte, sich eine Rückzugslinie offen zu halten.

Im Besitze jener Instruction setzte der Marschall Boufflers den Grafen Portland in Kenntnis. Sie kamen zusammen am 26. Juli. Boufflers war glücklicher, als Ludwig XIV. zu hoffen gewagt. Er legte nicht den Entwurf des Königs vor, sondern einen eigenen Auszug aus demselben. Der König versprach darin keine Partei noch Rebellion in England zu unterstützen, noch diejenigen, welche sie erregen oder nähren würden, ohne irgend welche Ausnahme einer Person. — Portland las. Er erklärte damit sich befriedigt. Auch da noch war Boufflers vorsichtig. Er übergab nicht das Papier mit seiner Handschrift.

Digitized by Google

Er gestattete nicht die Abschrift durch seinen Secretär. Er lud in sehr höflicher Weise den Grafen Portland ein es selber abzuschreiben.

Dann kam die Kehrseite dieses Handels, die Angelegenheit des Druckes auf die Verbündeten für den Frieden, oder richtiger, zum Eingehen auf die Forderungen Ludwigs XIV. Portland versicherte, daß der König von England aufrichtig und mit allem Nachdrucke auf die Bundesgenossen wirken werde. Doch müsse er Vorsicht gebrauchen, um nicht seine Verbündeten mistrauisch zu machen, nicht den Schein zu erwecken, als wolle er sie zwingen. Der Kaiser insbesondere sei der hartnäckigste und widerstrebe am heftigsten, in Folge der Unvernunft eines der hauptsächlichen Minister in Wien.

Wir haben uns zu erinnern, daß nicht Portland selbst hier redet, sondern daß seine Rede hier erscheint als hindurchgegangen durch das Medium der Auffassung von Boufflers. Ludwig XIV. verstand den Namen des Ministers, den Boufflers vergessen hatte, und ergänzte ihn. Es war der Graf Kinsky, in seiner amtlichen Stellung zunächst Hofkanzler für Böhmen, zugleich jedoch, obwohl nicht in dem Sinne erster Minister wie einst bis 1673 der Fürst Lobkowitz, dennoch durch lange Erfahrung und umfassende Kenntnis der erste im Rathe des Kaisers. Die Privatbriefe Kinskys an Auersperg legen nicht Zeugnis ab von einer Abneigung wider den König Wilhelm, noch auch wider einen Friedensschluß. Vielmehr haben wir wiederholt den Wunsch Kinskys nach dem Frieden vernommen. Dagegen haben wir uns aus früheren Mittheilungen zu erinnern, daß das Verhältnis zwischen dem Grafen Kinsky und dem Lord Lexington in Wien nicht ein freundschaftliches war. Diese Stimmung Lexingtons scheint sich fortgepflanzt zu haben auf Engländer im Haag, die mit ihm in Beziehungen standen [1]). Daß derartige Motive auf den König Wilhelm Einfluß übten, dürfte kaum anzunehmen sein. Vielmehr scheint die Umständlichkeit und das Uebermaß des Scharfsinnes [2]) bei dem Grafen Kinsky ihn verdrossen, ihn geneigt gemacht zu haben, alles was an der kaiserlichen Politik ihm misfiel, der Persönlichkeit des Grafen Kinsky zur

[1]) Lexington Papers p. 303 und an anderen Orten. Es sind Prior, Blathwayt u. a.

[2]) Ruzzini p. 394: imputati sempre quelli (diffetti) della troppa sottiglezza, lentezza, e riserva nei modi del suo negotiare.

Digitized by Google

Last zu legen. Allein es ist nicht zu ersehen, daß der Führer der kaiserlichen Friedensbotschaft im Haag, der Graf Kaunitz, über die damaligen politischen Wendungen Wilhelms III. günstiger gedacht habe, als der Graf Kinsky oder ein anderer Minister in Wien. Das Urtheil freilich aller dieser Persönlichkeiten könnte als subjectiv befangen angesehen werden. Wir haben dagegen dasjenige des Botschafter-Vermittlers vernommen. Es dürfte für uns Spätere als maßgebend anzusehen sein.

Der kaiserliche Gesandte im Hauptquartier des Königs, der Graf Auersperg, ward nicht so unmittelbar von den Consequenzen dieser Wendungen berührt. Das Vertrauen, welches gerade in jenen Tagen der Graf Portland ihm entgegen trug oder doch entgegen zu tragen schien, brachte auch Auersperg zum offenen Reden. Am selben 26. Juli, am welchem Portland sich, nach dem Berichte von Boufflers, in jenen Ausdrücken über das Verhalten des Kaiserhofes ausgesprochen, hatte er eine andere Begegnung mit Auersperg. Dieser begann: „Die Zeit ist gekommen, die Einigkeit zwischen dem Kaiser und dem Könige von England vor der gesammten Welt kundbar darzuthun; denn Frankreich muß ins Unrecht gesetzt, und von daher der Grund genommen werden, es zur Vernunft zu bringen. Zu diesem Zwecke ist erforderlich, daß der König sich im vollen Vertrauen dem Kaiser gegenüber ausspreche, sein eigentliches Ziel eröffne, so wie die Mittel dahin zu gelangen. Die Verwirrung bisher rührt nur davon, daß man von englischer und holländischer Seite nicht offenherzig zu uns geredet, und wir demnach nicht gewußt, worauf wir uns zu verlassen". Portland leugnete dies nicht [1]). „In einigen Tagen, sagte er, wird Ihnen der König aufrichtig und offenherzig seine Meinung entdecken. Ich bitte Sie, dem Kaiser zu versichern, daß der helle Blick des Königs allzu wohl sein eigenes Interesse erkennt, als daß er nicht wünschen sollte, mit dem Erzhause Oesterreich immer im aufrichtigen und wahrhaften Verständnisse zu leben. Auch der König ist der Ansicht, daß diese hochwichtige Friedenssache besonders zwischen dem Kaiser und ihm entschieden werden müsse. In gleicher Weise habe ich mich zu Boufflers

[1]) Auerspergs Worte sind: Auf welches mir der Portland replicirt, daß ich in allem Recht hätte.

Digitized by Google

ausgesprochen. Er wollte mir das Compliment machen, daß wegen des großen Ansehens und der Macht des Königs Wilhelm alles an ihm liege. Ich habe ihm erwiedert, daß, wenn es auch also wäre, wie es ja in der Wirklichkeit nicht sei, dennoch der König seine jetzige Position nicht misbrauchen werde, weil das nicht von Dauer sein könne." [1])

Die Audienz, welche Portland in Aussicht gestellt, erfolgte einige Tage später. Auf die Bitte des Grafen Auersperg an den König, ihm vollständige Klarheit über die Sachlage zu geben, erwiederte Wilhelm III. in bestimmter Weise: „Wir können den Krieg nicht länger fortsetzen: deshalb muß der Friede auf die angebotenen Bedingungen angenommen werden, und zwar innerhalb des angesetzten Termines". Obwohl der Vermittler geweigert diese Ansetzung des Termines durch Frankreich in formeller Weise zur Kunde des Friedens-Congresses zu bringen: so gaben doch die französischen Botschafter zur Genüge zu verstehen, daß sie dessen ungeachtet daran festhalten würden. Sie konnten dies um so eher, da der König Wilhelm III., also der Vertreter der beiden Mächte, England und Holland, dies französische Verfahren nicht misbilligte, und durch diese ausdrückliche Erklärung an den Grafen Auersperg dem Kaiser und den anderen Verbündeten, für den Fall der Nicht-Annahme bis zum 31. August, den Sonderfrieden von England und Holland mit Frankreich in Aussicht stellte [2]).

Der König bemerkt dem Rathspensionär gegenüber, daß Auersperg nicht viele Einwürfe gemacht, nur sich bitter beklagt habe über die Härte der Bedingungen für Lothringen. Es ist richtig, daß auch die kaiserlichen Friedensbotschafter im Haag dem Grafen Auersperg vorhielten: sie wünschten, daß er dem Könige nachdrücklicher geantwortet hätte. Wilhelm III. jedoch stellte seine Forderung so geradezu, daß Auersperg jede Bekämpfung derselben als zwecklos ansah. Der König trug ihm auf an den Grafen Kinsky noch besonders die Mahnung zu schreiben, daß der Kaiser recht bald seinen Entschluß fassen möge. Indem Auersperg den Auftrag ausführte, fügte er über den Stand der Dinge Bemerkungen hinzu, welche die Billigung Wilhelms III. schwerlich erlangt haben würden. „Der Stein ist geworfen,

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 26. Juli.

[2]) Grimblot t. I, p. 71. Wilhelm III. an Heinsius vom 29. Juli.

Digitized by Google

ſagt er, iſt nicht mehr in ihren Händen. England und Holland ſind bereits allzu tief mit Frankreich verwickelt. Dazu kommen die neuen Inſtructionen der Spanier, die nun ganz mit jenen gehen." — „Ich bekenne, fügt er dann hinzu, daß man noch niemals einen ſo thatloſen und für die Waffen der Verbündeten ſo ruhmloſen Feldzug gemacht als den heurigen. Es ſcheint, daß der alleinige Zweck der Kriegführung ſei ſich zu verſchanzen und zu vergraben" [1]).

Wie dieſe Art und Weiſe der Kriegführung völlig den Wünſchen der Republik entſprach, wo man durchaus nicht mehr etwas wagen wollte: ſo war die Rückwirkung auf die Engländer, weil mit allen den bewilligten Kriegsmitteln dennoch nichts Augenfälliges ausgerichtet wurde, die Steigerung des Friedenswunſches.

Der König Wilhelm III. ſuchte nach allen Seiten dieſem Wunſche zu entſprechen. Er beauftragte die holländiſchen und engliſchen Botſchafter im Haag, das Friedenswerk in jeglicher Weiſe zu befördern. Er redete wie zu dem Grafen Auersperg auch zu den Spaniern, Don Quiros und Tirimont, ſo wie zu dem Kurfürſten von Bayern als ſpaniſchem Statthalter von Belgien. Der frühere Widerſtand von Don Quiros hatte ſich, in Folge der Inſtructionen von Madrid, in Eifer verwandelt.

Bei dieſer Lage der Dinge begab ſich der Vermittler Lilienroth zu den kaiſerlichen Botſchaftern, um ſie auf die wachſende Gefahr aufmerkſam zu machen. „Es gewinnt faſt den Anſchein, ſagte er, als ſei die franzöſiſche Anſetzung des Termines von Seiten der Holländer eher veranlaßt als nur bewilligt. Die Sache wird mir um ſo verdächtiger, weil auf meine Frage, was die Verbündeten fortan von der Republik zu erwarten haben, Heinſius jeglicher Antwort ausgewichen iſt, dagegen im Geſpräche wiederholt ſeine Beſorgnis um Straßburg angedeutet hat, ſo wie daß Frankreich, wenn es nicht Straßburg behalte, für Lothringen über den Nymeger Frieden hinaus nichts geben werde. Es geht ſogar die Rede von einem engliſch-holländiſch-franzöſiſchen Bündniſſe. Ich mache Sie alſo aufmerkſam, daß Sie Ihr Heil bedenken wollen" [2]).

---

[1]) Auerspergs Berichte vom 29. Juli und vom 2. Auguſt.

[2]) Collectiv-Bericht vom 1. Auguſt.

Digitized by Google

Die Mittheilung war freundschaftlich, und der Graf Kaunitz sprach dafür seinen Dank aus. Die kaiserliche Botschaft, erwiederte er, müsse die Gutachten der Reichsstände abwarten: jedoch in keinem Falle werde sie gutwillig auf Straßburg verzichten. Dem Rathe des Vermittlers zufolge beschlossen sie dann mit Heinsius und mit den Engländern zu reden.

Der Rathspensionär gestand zu, daß der König von England die Zusammenkünfte von Portland und Boufflers veranlaßt habe. Dann jedoch wandte er sich sofort zu Friedensmahnungen. Er hege, sagte er, Besorgnis für Straßburg und Lothringen; aber dies sei nun einmal der leidende Theil. Die Republik und England seien nicht im Stande den Krieg fortzusetzen. „Aber Sie würden dazu im Stande sein, fiel Kaunitz ein, wenn Frankreich den König von England persönlich nicht befriedigt hätte. Sie waren, wie ich weiß, am 27. Mai nahe daran mit Frankreich abzuschließen, wenn nicht eben damals von dorther in der Sache des Königs von England Schwierigkeiten erregt wären." Heinsius wich aus. Man habe, sagte er, damals nichts zum Nachtheile der Verbündeten abgeschlossen. Formell war dies unzweifelhaft richtig. — Die Kaiserlichen begaben sich zu den Engländern. „Diese jedoch, melden sie, scheinen nicht alles zu wissen." Indessen auch die Engländer drängten in die Kaiserlichen zum baldigen Entschlusse, nicht ohne Spott und Klagen über die methodische Langsamkeit der reichsständischen Gesandten [1]).

Das Mistrauen unter den Verbündeten war im Monate August im Steigen. Zu der Thatsache des Druckes, welchen der König und Heinsius auf die Kaiserlichen ausübten, um sie zum baldigen Eingehen auf die französischen Bedingungen zu bewegen, traten noch Gerüchte auf beiden Seiten. Was Lilienroth in seinen letzten Worten den Kaiserlichen angedeutet, faßte der Spanier Quiros bestimmter. Nach aller Wahrscheinlichkeit, sagte er zu Auersperg, sei in der letzten Unterredung zwischen Portland und Boufflers ein Vertrag errichtet, dem gemäß der König von England demjenigen von Frankreich zu der spanischen Succession verhelfen werde. Die Kritik des Gerüchtes liegt

[1]) Collectiv-Bericht vom 1. August.

Digitized by Google

in den Worten Auerspergs: „Das hieße ja England zu einer französischen Provinz machen“ [1]).

Wurde somit wenigstens von kaiserlicher Seite diese Meinung in ihrer Nichtigkeit sofort erkannt, so nicht auf der anderen Seite ein altes Gerücht in neuer Fassung. Der spanische Graf Bergheyck behauptete vor Auersperg ganz sicher zu wissen, daß der Kaiser mit dem Könige von Frankreich in Tractaten stünde. Und zwar handele es sich um die Heirath des römischen Königs Joseph mit der Nichte Ludwigs XIV., der Prinzessin von Orleans. Auch habe man zu Wien nicht eine so große Abneigung wider das Aequivalent für Straßburg: man wolle nur gezwungen sein. Der englische Gesandte in Brüssel, Hill, bestätigte das alles, namentlich das Project der Heirath. Er habe das, sagte er, von einem sehr sicheren Orte. „Damit, fügt Auersperg hinzu, kann er nur den König selber oder den Grafen Portland meinen“ [2]).

Wir sehen demnach, daß die Disposition des Königs Wilhelm III. zur Aufnahme von Gerüchten solcher Art, die, weil dem Interesse der französischen Politik entsprechend, immer französischen Ursprunges sind, ungeachtet aller Widerlegung durch die Thatsachen, stets dieselbe blieb. Gerade ein Jahr zuvor hatte das ähnliche Gerücht, als dessen hauptsächlicher Träger damals Lord Lexington in Wien erscheint, auf den König und Heinsius eingewirkt für den Entschluß eine vollendete Thatsache zu schaffen. Es ist den Umständen nach mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß auch im Sommer 1697 das alte Gerücht in neuer Form nicht ohne Bedeutung blieb, daß es für den König und Heinsius ein erheblicher Factor war, die Kaiserlichen in die ihnen vorgezeichnete Bahn hineinzudrängen.

Allein man dürfte nicht sagen, daß der König Wilhelm geneigt oder Willens war, den Kaiser oder Spanien preis zu geben. Und eben darum erwuchsen für ihn aus dem Stande der Sache gewichtige Bedenken und Hindernisse. Der französische Entwurf vom 20. Juli bot für Luxemburg nicht, wie für Straßburg, ein bestimmtes Aequivalent, sondern ließ diese Frage offen. Kaiser und Reich verlangten

---

[1]) Auersperg an Kinsky, vom 2. August.

[2]) Bericht vom 9. August.

Digitized by Google

die Rückgabe von Luxemburg selbst. Bei aller Geneigtheit Spaniens zum Friedensschlusse, auch innerhalb der gestellten Frist, wußte man dennoch nicht einmal, worüber man abschließen sollte. Eine andere wichtige Frage war diejenige von Barcelona. Die Stadt wurde von der französischen Armee unter Vendome belagert: wie stand es darum, wenn sie innerhalb der Frist, vor dem 31. August, von diesem genommen wurde?

Der König Wilhelm III. mußte darüber sich Klarheit zu verschaffen suchen.

Wie er, so war noch mehr Ludwig XIV. mit dem Ausgange der Beredung vom 26. Juli sehr zufrieden. Boufflers erhielt sein volles Lob, so wie den Auftrag zu versichern, daß fortan das Verhalten der französischen Friedensbotschafter im Haag vereinbar sein werde, wie Ludwig XIV. sich ausdrückt, mit seiner guten Meinung von dem Prinzen von Oranien [1]).

Boufflers und Portland traten demgemäß am 2. August wieder zusammen. Sie tauschten zuerst die zwischen ihnen üblichen Betheuerungen aus. Dann jedoch brachte Portland jene beiden Puncte zur Sprache: das Aequivalent für Luxemburg, und ganz besonders Barcelona. „Es ist unmöglich, sagte Portland, die Spanier zur Einwilligung in den Frieden zu bewegen, bevor sie Sicherheit haben für Barcelona, so wie alle andere französischen Eroberungen in Catalonien. Da nun der König von Frankreich, seiner Erklärung gemäß, den schleunigen Abschluß des Friedens will: so ist es erforderlich, daß die Botschafter in Delft über seine Intentionen in Betreff von Luxemburg und Barcelona genau in Kenntnis gesetzt werden. Je eher dies geschieht, desto besser steht es um die Sache des Friedens" [2]).

Wilhelm III. hatte damals bereits jeden Gedanken an eine kriegerische Action aufgegeben. Portland meldete, daß der König noch am selben Tage sich nach Loo verfügen würde, um dem Friedens-Congresse näher zu sein und nachdrücklicher auf denselben einzuwirken. Es falle ihm dagegen schmerzlich anzusehen, daß zu einer Zeit, wo man doch beiderseits zum Frieden willig, die Unterthanen der Krone

---

[1]) Grimblot t. I, p. 76.

[2]) A. a. O. p. 81.

Digitized by Google

Spanien in den Niederlanden die ganze Last des französischen Heeres trügen, und von derselben fast verzehrt würden. Er schlug einen Waffenstillstand vor.

Ludwig XIV. ging auf diese Forderungen nicht ein. Er erwiederte, daß das Aequivalent für Luxemburg vorzuschlagen sei von spanischer Seite, ihm die Wahl zustehe. Ueber Barcelona könne er sich nicht äußern, da es noch nicht in seinen Händen. Die Stellung seiner Armeen in Belgien sei ein wirksames Druckmittel auf die Verbündeten für den Frieden: er wolle sie nicht zurückziehen[1]).

Wir erkennen, daß die Vortheile, welche Wilhelm III. durch den Antrag auf die Unterredungen zwischen Portland und Boufflers dem Könige von Frankreich zugewendet, in beständigem Wachsen sich befanden.

Um so sehnlicher wünschte der König Wilhelm III. diesem Zustande der Ungewisheit ein Ende zu machen. Er beschied Heinsius nach Loo[2]). Nach seiner Wiederkehr lud Heinsius die kaiserlichen Friedens-Botschafter so wie den Grafen Auersperg zu einer Besprechung mit den holländischen. Nach dem inzwischen erfolgten Tode Boreels bestand diese holländische Botschaft aus Heinsius selbst, Dykvelt und Haren. Sie traten zusammen am 12. August. Heinsius redete im Auftrage des Königs. Er erinnerte an die letzten Eröffnungen desselben zu dem Grafen Auersperg. Er hob abermals hervor, daß die Republik und England nicht im Stande seien den Krieg fortzuführen. Er mahnte die von Frankreich mit dem Ablaufe des Monates gesetzte Frist nicht vorüber gehen zu lassen. Er wies darauf hin, daß die in dieser Beziehung von den Franzosen überreichte Schrift, der Lage der Dinge nach, ziemlich gemäßigt sei. „Ich bitte Sie also, fuhr er fort, nicht allzu viel auf die, Ihrer Meinung nach, angegriffene Ehre zu sehen, sondern auf die Sache. Wollen Sie doch nicht sich klammern an Dinge, die unter besseren Umständen an sich nicht unbillig, bei dem jetzigen Stande jedoch unmöglich sind. Wollen Sie noch viel weniger die Frist verstreichen lassen, wo Sie ja doch von Frankreich, welches die eigenen Kräfte, wie diejenigen des

---

[1]) Grimblot t. I, p. 88.
[2]) A. a. O. p. 89.

Digitized by Google

Bundes kennt und abmißt, je länger desto weniger zu erwarten haben, ganz besonders aber in Gefahr stehen Straßburg zu verlieren. Nehmen Sie also das Angebotene alsbald an, damit vor dem Ausgange des Monates abgeschlossen werden kann, und begnügen Sie sich im allgemeinen mit der Herstellung des westfälischen und des nymegischen Friedens, so daß die Einzelnheiten in Betreff der Reunionen später ausgemacht werden können" [1]).

Der Graf Kaunitz im Namen der Kaiserlichen erwiederte: „Es sollte doch billigerweise dem Könige und der Republik noch in Erinnerung sein, wie oft und willfährig der Kaiser seinen Wunsch für den Frieden kund gegeben, wie bereitwillig er auch in die jetzigen Verhandlungen eingegangen, wie geringe Neigung zum Frieden dagegen England und Holland in den früheren Zeiten an den Tag gelegt. Auch jetzt noch würden Sie leicht die Mittel zur Fortsetzung des Krieges finden, würden den Bestand der kaiserlichen Macht in Ihren Reden hoch heben, würden durch den Vertrag der Allianz uns zwingen mit Ihnen im Kriege auszuharren, wenn nicht Frankreich Sie befriedigt hätte. Nachdem aber dies geschehen, hat alles sich gewendet. Nicht bloß zu unbilligen, sondern auch zu unmöglichen Dingen wollen Sie uns nöthigen. Denn die französischen Bedingungen sind unklar und unbestimmt gefaßt, die Zeit, von der uns geredet wird, zu kurz. Die französische Schrift, welche Sie als ziemlich gemäßigt bezeichnen, und durch welche uns eine Frist gesetzt wird, kennen wir nicht. Der Botschafter-Vermittler hat sie uns nicht formell übergeben. Er hat nur mündlich darauf hingewiesen, daß die Franzosen binnen einer gewissen Zeit ein Ende verlangten. Wie wir aber damals schon erwiedert, daß wir, wie bisher, zur Beschleunigung der Sache nichts unterlassen würden, nicht jedoch um der französischen Drohung willen, auch nicht wehren könnten, wenn die französische Botschaft sofort aufbrechen und davon ziehen wollte: so müssen wir auch jetzt Ihnen als den Friedens-Botschaftern der Republik eben dasselbe wiederholen. Dagegen werden wir in der Zusammenkunft, welche uns der Vermittler mit den Franzosen vorgeschlagen, uns bescheiden und maßvoll zu verhalten trachten. Der Rathspensionär hat uns vorhin den Rath ertheilt, daß wir auf

[1]) Collectiv-Bericht vom 13. August.

Digitized by Google

das französische Project ausführlich antworten, das Bewilligte annehmen und wegen des Anderen unsere Rechte vorstellen sollten. Wir haben diesem Rathe entsprechend gehandelt, und sind des Willens ferner so zu handeln. Was z. B. die sogenannten Reunionen betrifft, so liegt die in Aussicht gestellte Liste derjenigen, welche Frankreich zurückgeben will, noch nicht vor. Aber wir sind erbötig mit den französischen Botschaftern die Urtheile der Reunionskammern von Metz, Breisach, Besançon, eins nach dem anderen, mündlich zu erörtern, den Ungrund dieser Urtheile zu erweisen, und weiter zu vergleichen, was immer noch übrig sein mag. Allein, daß wir uns mit Allgemeinheiten begnügen, darauf den Namen des Friedens eingehen, und dann alles Besondere zu neuer Verhandlung nach dem Abschlusse hinausstellen sollen — das wolle man weder uns zumuthen, noch von uns oder den Reichs-Deputirten jemals erwarten. Und zwar sage ich dies mit dem Zusatze: möge auch daraus kommen was da wolle".

Heinsius versuchte es auf andere Weise. Er trachtete den Wunsch hervorzulocken, daß die Frist verlängert würde. Die Kaiserlichen waren auf ihrer Hut. Sie nahmen mit Vergnügen wahr, daß mehrmals Dykvelt und Haren an Heinsius die Mahnung richteten: die ausgesprochene Erklärung müsse genügen.

Er erörterte dann mit den kaiserlichen Botschaftern das französische Project und ihre Gegenvorschläge. Man kam auf Luxemburg. Die kaiserlichen Botschafter und diejenigen des Reiches verlangten die Stadt selbst. Dem holländischen Interesse entsprach, wie Wilhelm III. früher oft hervorgehoben, ein Aequivalent von mehreren Städten. In dieser Beziehung lag der Plan vor, daß diese Städte eben so wie auch Mons und Namur, damit die Last für Spanien erleichtert würde, holländische Besatzungen einnehmen sollten. Heinsius bestand darauf, daß man sich für das Aequivalent entscheiden solle. Dies sei beschlossen zwischen dem Könige und dem Kurfürsten in Brüssel. Die Kaiserlichen wußten es. Sie wußten aber auch, daß Heinsius schon bei dem einen der spanischen Botschafter, dem Grafen Tirimont, sich deshalb bemüht, und von diesem, obwohl er für den Abschluß des Friedens an Eifer dem Rathspensionär nicht nachstand, die Antwort erhalten hatte: seiner Instruction vom Könige von Spanien gemäß werde er die Stadt Luxemburg nehmen, nicht ein Aequivalent.

Digitized by Google

Es ward bemerkt, daß von französischer Seite nicht mehr dasselbe Gewicht wie früher auf Luxemburg gelegt wurde. Der Grund liegt nicht so sehr fern. Wir erinnern uns der Ansicht jener Zeit, daß Luxemburg in französischen Händen dienen sollte als der Drücker auf die vier rheinischen Kurfürsten im Falle der Wahl eines römischen Königs. Diese Wahl aber war erfolgt in der ersten Zeit des Krieges, im Beginne des Jahres 1690, und der römische König Joseph stand da in der Vollkraft des jugendlichen Alters. Die Möglichkeit einer Aussicht des Hauses Bourbon auf die römische Kaiserkrone war also im Jahre 1697 sehr entfernt.

„Der traurige Zustand hier — so schließen die kaiserlichen Botschafter ihren Bericht über die Beredung mit Heinsius — liegt demnach nur allzu klar vor Augen. Wir bilden uns nicht ein, daß unsere Gegenvorstellungen bei dem Könige oder bei Heinsius irgend etwas fruchten werden. Wir harren demnach der kaiserlichen Entscheidung, und werden bis dahin uns verhalten wie bisher."

In diesen Zustand der Ungewisheit während des Monates August fiel als neuer und gewichtiger Vortheil für Frankreich die Nachricht des Falles von Barcelona. Wir haben daher unsere Blicke nach Spanien zu wenden.

Wir erinnern uns, daß im Herbste des Jahres 1696 der Kaiser den jüngeren Grafen Harrach, Alois, nach Madrid entsendete, um dem Könige die Condolenz über den Tod seiner Mutter auszusprechen, zugleich jedoch, um dem Vater, dem Grafen Bonaventura Harrach, den Weg zu bahnen für die Anregung der Angelegenheit der Succession. Graf Alois fand die Dinge in sehr verworrenem Zustande. Seine Instruction wies ihn hauptsächlich an die Königin, deren Geltung damals bei dem unentschlossenen Könige überwog. Maria Anna war bereit dieses Gewicht zu Gunsten der Erbfolge des Kaiserhauses geltend zu machen. Es geschah sehr bald in einer wichtigen Sache, derjenigen des Testamentes.

Wir erinnern uns, daß Carl II., nach seiner schweren Krankheit im Herbste 1696, auf das Gutachten eines Theiles der Mitglieder des Staatsrathes ein Testament errichtet zu Gunsten des Kurprinzen Joseph

Digitized by Google

Ferdinand. Dies Testament wurde der Königin sorgfältig geheim gehalten. Als die Thatsache der Existenz dennoch zu ihrer Kunde gelangte, wußte sie bald auch den Inhalt zu erfahren. Dann drängte sie in den König es zu vernichten. Carl II. sagte zu. Das Versprechen genügte nicht. Carl II. zerschnitt die Urkunde vor den Augen der Königin, wiederum aber im tiefsten Geheim[1]).

Der Vorgang ist bezeichnend für Carl II. persönlich wie für die Lage der Dinge. Er hatte auf den Rath seiner Minister das Testament gemacht, ohne Mitwissen der Königin. Er vernichtete es auf den Betrieb der Königin, ohne Mitwissen der Minister.

Das Kaiserpaar in Wien und nicht minder die Räthe dort waren ausgegangen von der Ansicht, daß das Interesse des Kaiserhauses seine natürliche Stütze finden müsse an der Schwester der Kaiserin. Auch bewährte sich diese Ansicht als richtig. Aber es war in der ganzen Angelegenheit ein Factor, der hinaus lag über jegliche Berechnung: der Charakter des schwachen Königs, seine Unentschlossenheit. Es kam in jedem einzelnen Falle auf die Fragen an: welcher Impuls stärker auf ihn einwirkte, und welche Widerstandskraft er entgegen zu stellen vermochte, zumal in den von da an häufigen Fällen der körperlichen Schwäche. In den Augen vieler Beobachter mochte die Ansicht aufsteigen, daß das Eintreten der Königin, durch welches sie die Succession des Kaiserhauses in Spanien damals zu ihrer persönlichen Angelegenheit machte, dafür eher schädlich sei als förderlich.

Die nächste Obliegenheit eines kaiserlichen Botschafters war zu trachten, daß eine Annäherung zwischen der Königin und diesem oder jenem Mitgliede des Staatsrathes angebahnt würde. Der Graf Alois Harrach versuchte es mit dem Cardinal Portocarrero, Erzbischof von Toledo. Die ersten Schritte wurden gethan. Sie schienen günstig. Dann jedoch gewann die gegenseitige Abneigung wieder die Oberhand.

Der König hatte auf den Betrieb der Königin das Testament vernichtet. Mochten die Mitglieder des Staatsrathes davon eine Kunde haben oder nicht: sie wurden im Winter 1696 auf 1697 der Succession des Kaiserhauses nicht geneigter. Auf die Nachricht, daß der ältere Graf Harrach als kaiserlicher Botschafter nach Spanien kommen

[1]) Finalbericht des Grafen Alois Harrach S. 93.

Digitized by Google

werde, erhoben sich vom Staatsrathe aus Einwendungen gegen diese Sendung. Die Anregung der Successionsfrage, sagte man dem Könige, sei durchaus nicht an der Zeit. Er möge durch einen eigenen Courier den Kaiser bitten, den Auftrag zurückzunehmen. Gegen diese Zumuthung hielt Carl II. Stand [1]).

Am 13. Mai 1697 landete der Graf Bonaventura Harrach in Barcelona. Beim ersten Schritte dort trat ihm die innere Zerrissenheit Spaniens entgegen. Der Vicekönig Velasco, ein Castilier, führte schwere Klage über die Catalonier, und wiederum diese über die Unterdrückung, die sie von den Castiliern erlitten. Die heftigen Reden des Velasco zielten namentlich auf den Prinzen Georg von Hessen-Darmstadt, den General der kaiserlichen Truppen, welchem dagegen die Catalonier volles Vertrauen entgegen trugen. Harrach hielt damals die Gefahr für Barcelona gering [2]). Wir haben uns zu erinnern, daß Wilhelm III. dem Grafen Auersperg für Barcelona die Hülfe eines Geschwaders zugesagt hatte.

Gleich nach der Ankunft in Madrid erfuhr Harrach von sicherer Hand, daß der Graf Oropesa, der frühere Minister, den die Königin hinaus getrieben, durch ihn seine Herstellung hoffe. Er fand in der ersten Audienz die Königin in der Angelegenheit der Succession völlig bereitwillig. Allein sie wies hin auf das Widerstreben der Minister. Hier war der Punct berührt, von welchem, wenn nicht alles, doch sehr viel abhing. Harrach erwiederte: da diesen Ministern nicht zu trauen sei, so müsse man andere suchen. Die Königin, ohne einen Namen abzuwarten, fiel gleich ein mit den Worten: Oropesa sei gar zu gefährlich, er überhebe sich und wolle gleich erster Minister sein. Harrach erwiederte: „Es kommt darauf an mit ihm zu pactiren. Er hat mir geschrieben und versprochen sich ganz Ew. Majestät zu fügen, und die Successions-Angelegenheit völlig nach Wunsch einzurichten". — Die Königin entgegnete: „Wenn die Leute ihre Intention erreicht haben, so thun sie was sie wollen". — „Es bleibt dennoch endlich kein Mittel, antwortete Harrach, als in irgend eine Persönlichkeit das Vertrauen zu setzen; denn allein vermögen wir nicht die Sache

[1]) Final-Relation des Grafen Alois Harrach S. 94.

[2]) Tagebuch des Grafen F. B. Harrach S. 179, auch für das Folgende.

Digitized by Google

auszuführen". — Die Königin konnte sich nicht entschließen. Sie wolle es sich überlegen, sagte sie [1]).

Die Königin hegte wider Oropesa eine besondere Abneigung, deren Grund sie dem Grafen Harrach bei seinen erneuten Versuchen später offen aussprach. Sie wußte, daß er dem Könige, während seiner Witwerschaft, oft die Mahnung vorgehalten, einer zweiten Frau nicht wieder den Einfluß zu gestatten wie der ersten. Dennoch, meinte sie, habe Oropesa während der ersten Ehe immer Unfrieden zu erregen gewußt. Das habe auch sie zu befürchten [2]). Die Besorgnis mochte in so fern begründet sein, daß überhaupt kein spanischer Minister die Günstlingswirthschaft, in welcher die Königin sich gefiel, dulden würde. Die Königin war für die Succession des Kaiserhauses in Spanien, und in ihrem Sinne damals gewis aufrichtig. Aber die Erkenntnis, daß dieses Ziel erreichbar sei nur bei einem Verzichte auf persönliche Neigungen, die außer ihr selbst nur von den sehr wenigen Personen ihres Anhanges aus Eigennutz gebilligt wurden — diese Erkenntnis ging ihr nicht auf. Sie wollte die Sache überlegen; aber es blieb bei dieser Ueberlegung. Aus der Persönlichkeit der Königin selber, die das Ziel wollte, erwuchs eins der stärksten Hindernisse gegen die Erreichung des Zieles.

Denn damals allerdings war der König Carl II. in einer solchen Stimmung, daß es nur der äußeren Stütze in Spanien selbst für ihn bedurft hätte. Nachdem die Königin ihn vorbereitet, brachte der Graf Harrach seine Mission vor. „Ich habe, begann er, den Wunsch des Kaisers auszusprechen sich mit Ew. Majestät so fest zu einigen und zu verbinden, wie die ruhmvollen Vorfahren Ihrer beiden Majestäten immer geeinigt gewesen sind, und wie es nothwendig ist zur Erhaltung des Erzhauses, welches die Eifersucht der Feinde zu schmälern und zu verringern trachtet." — „Und wie dies?" fragte der König. — „Indem man ausstreut, fuhr Harrach fort, daß Ew. Majestät ein Testament gemacht hätten zu Gunsten eines Sohnes des Dauphins, oder, wie Andere behaupten, des Kurprinzen von Bayern, mit Ausschluß des Kaiserhauses. Obgleich der Kaiser solchen Kunstgriffen der Widersacher

[1]) Harrachs Tagebuch S. 185.
[2]) A. a. O. S. 191.

Digitized by Google

keinen Glauben beimißt: so kann er doch nicht umhin den schweren Nachtheil zu erwägen, der daraus erwachsen würde. An dem Entschlusse Ew. Majestät hangt auch die Erhaltung oder der Untergang des Kaiserhauses und seiner Monarchie. Denn durch die Vereinigung der beiden Monarchien Spanien und Frankreich würde die letztere an Macht so überlegen werden, daß nicht bloß der Kaiser und das Reich, sondern auch die gesammten Fürsten und Staaten von Europa ihr nicht zu widerstehen vermöchten, sondern genöthigt sein würden, um der Selbsterhaltung willen, Maß und Gesetz von ihr anzunehmen. Ich geschweige der anderen zahlreichen Uebelstände. Denn, nachdem ich von Ihrer Majestät der Königin vernommen, daß Ew. Majestät, in Erwägung alles dessen, beschlossen haben: der Kaiser möge seinen zweiten Sohn, den Erzherzog Carl, hierher senden, damit er sich an spanische Sitte und Weise gewöhne, geziemt es mir nicht, Ew. Majestät noch eine längere Rede vorzutragen, sondern lediglich im Namen des Kaisers den gebührenden Dank darzubringen, und zu versichern, daß der Kaiser nicht ermangeln wird, diese Sendung mit den erforderlichen Truppen zu unterstützen, wenn dies dem Wunsche Ew. Majestät entspricht."

Der König erwiederte: „Sie dürfen versichern, daß ich thun werde was mein Oheim wünscht. Ich habe mit der Königin darüber geredet, und Sie können auch mit ihr davon reden, aber im tiefsten Geheim; denn diese Sache muß sein wie das Allerheiligste". — Harrach versprach es, bat dagegen, daß er seinen Sohn mit der Nachricht an den Kaiser senden möge. „Auch das, erwiederte Carl II., bereden Sie mit der Königin." — Harrach fügte endlich hinzu: das Kaiserpaar in Wien lebe der Hoffnung, der König werde dem Beispiele seines Vaters Philipp IV. folgen, welcher die Königin ernannt habe zur Vormünderin und Regentin. In diesem Falle spreche dafür nicht bloß die nahe Verwandtschaft, sondern auch die Mitwirkung der Königin für den Entschluß. „Nein, nein, fiel der König ein, das erste ist besser begründet, und ich habe bereits daran gedacht" [1]).

So die Reden. Der Gesundheits-Zustand des Königs machte auf Harrach nicht den Eindruck einer nahen Gefahr, keineswegs jedoch einen günstigen.

---

[1]) Tagebuch S. 185 u. f. Am 16. Juni.

Digitized by Google

Der Ausgang schien nach Wunsch. Carl II. verfaßte einen Brief, welchen der jüngere Harrach dem Kaiser überbringen sollte. Der Entwurf befriedigte die Königin nicht. Sie berief den älteren Harrach und legte ihm das Schreiben vor. Es lautete: „Der Graf Harrach hat mir Kunde gegeben von seinem Auftrage in Betreff der wichtigsten Angelegenheit, die vorkommen kann, und da ich nicht weniger als Ew. Majestät wünsche Ihren Gesinnungen zu entsprechen, so bin ich darauf eingegangen". Dann meldete das Schreiben Einiges über Catalonien und schloß mit den Worten, daß der König weiter mit Harrach reden werde. Dieser stand bestürzt. „Auf ein solches Schreiben hin, sagte er, wird der Kaiser weder den Erzherzog senden, noch Truppen. Denn von den letzteren findet sich ja hier kein Wort. Ich bitte Ew. Majestät dahin zu trachten, daß der Brief anders abgefaßt wird. Aber die Zeit drängt. Wir sind bereits zu Ende Juni. Auf den Brief muß in Wien ein Entschluß gefaßt und dieser ausgeführt werden. Bevor das geschehen kann, ist vielleicht der Sommer vorbei, der Transport nicht mehr möglich." Die Königin versprach mit dem Könige zu reden.

„Der Anfang ist gut, fuhr Harrach in seinem Berichte an den Kaiser fort. Dennoch sehe ich große Schwierigkeiten voraus. Denn wenn der König seinen Entschluß kund gibt, dürften vielleicht sich alle Geheimräthe widersetzen, wäre es auch nur deshalb, weil sie nicht gefragt sind. Dennoch darf man andererseits hoffen, daß sie, wenn dazu aufgefordert, mitwirken werden." — Es ist klar, daß er abermals einen Versuch machen wollte zu Gunsten von Oropesa. Die Königin ging nicht ein. Sie entgegnete, die Autorität des Königs werde alles durchsetzen. Nur finde sie nicht für gut, zur Zeit schon eine Kunde zu geben. Man müsse noch alles im tiefsten Geheim halten.

Harrach versprach es. Freilich mochte ihm dabei gar manches Bedenken aufsteigen. Denn was bedeutete die Ernennung eines Successors, mit der zugefügten Bitte um Truppen, wenn dies geheim bleiben sollte? — War die Königin auch nur selber bei sich des Geheimnisses sicher? — Sie vertrauete darauf, daß die Autorität des Königs alles durchsetzen werde. Aber der Entwurf seines Briefes, in welchem er nicht einmal dem Kaiser gegenüber die Sache offen auszusprechen wagte, legte nicht Zeugnis ab von dem entschiedenen Willen, die volle Autorität der Krone für die Sache einzusetzen.

Digitized by Google

Es gelang dennoch der Königin, den König zu bewegen sein Schreiben an den Kaiser bestimmter zu fassen [1]). Demnach lautete es: „Der Graf Harrach hat mir Kunde gegeben von seinem Auftrage in Betreff der wichtigsten Angelegenheit, die vorkommen kann, und da ich nicht weniger [2]) als Ew. K. Majestät wünsche Ihren Gesinnungen zu entsprechen, so komme ich damit überein, daß, wenn Gott über mich verhängen sollte ohne Descendenz zu sterben, der Erzherzog Carl mein Nachfolger sein soll. Was seine Ueberkunft hierher betrifft, die ja der delicateste Punct ist, so werden Ew. K. Majestät das erwägen und mir über die Art und Weise, in welcher sie ausführbar erscheint [3]), Ihre Ansicht mittheilen. Ich bin in Sorge um das zu Lande und zu Wasser belagerte Barcelona, bis das vom Könige von England versprochene Geschwader heran kommt. Ich hege keinen Zweifel, daß Ew. K. Majestät mir diejenige Anzahl Truppen zu Hülfe senden, welche Ihnen ausreichend erscheinen diese Herrschaft sicher zu stellen. Bis ich die Antwort erhalte, werde ich mit dem Grafen Harrach die Angelegenheit verhandeln. Ich bitte Ew. K. Majestät um das tiefste Geheimnis in dieser Sache; denn darin besteht der wichtigste Vortheil".

Mit diesem Schreiben des Königs Carl II. brach am 30. Juni der jüngere Graf Harrach auf nach Wien.

Unterdessen gewann Graf Bonaventura Harrach täglich tieferen Einblick in den wenig erfreulichen Stand der Dinge. Namentlich der Graf Monterey, ein Mitglied des Staatsrathes und, wenigstens bis dahin, entschiedener Gegner von Frankreich [4]), redete zu ihm mit voller Offenheit. Er beklagte, daß im Jahre zuvor die Neutralität für Italien abgeschlossen sei. Auch diejenige für Catalonien sei dem Abschlusse nahe gewesen. Nicht jedoch sei sie verhindert durch die Vorstellungen von außen, sondern durch die Forderungen des Königs von Frankreich, welcher die Festungen Gerona und Roses bis nach geschlossenem Frieden in der Hand habe behalten wollen. „Gott hat

---

[1]) Das Schreiben im Original in Sybels historischer Zeitschrift, Jahrgang 1873, S. 90. Es ist, wie das Tagebuch Harrachs vom 25. Juni sagt, S. 189, von diesem Datum.

[2]) y no siendo menos mi deseo.

[3]) con que le pareze se execute.

[4]) Man vergleiche die Instruction für Harcourt, bei Hippeau t. I, p. LVI.

Digitized by Google

ihn verblendet, sagte Monterey; denn ohne diese Forderung wäre der Stillstand geschlossen, und dann unvermeidlich der König von Frankreich Herr geworden über die Succession in dieser Monarchie." „Sie dagegen, fuhr Monterey fort, sind zu übler Zeit gekommen. Bevor man an die Angelegenheit der Succession hier denken kann, muß die Regierung hier geändert werden. Sie werden bemerken, daß alles in Wirrwarr, daß die Königin, die Deutschen insgesammt, ja der Kaiser selbst verhaßt sind. Eben dieser Haß bewirkt, daß die Franzosen weit mehr angesehen sind als je zuvor." — Harrach erwiederte: er hoffe, man werde so gerecht sein, die Schuld von zwei oder drei Personen nicht auf die ganze deutsche Nation zu werfen. Namentlich der Kaiser, dessen Wunsch und Bestreben nur dahin gerichtet sei, dem Könige und der Nation beizustehen, habe an jenen Dingen keinen Theil. Monterey entgegnete: „Das ist alles ganz richtig; aber Sie sehen, wie es um Barcelona steht. Geht die Stadt verloren, so wird man hier die Schuld der Königin und ihrer Umgebung beimessen". — „Ich sehe die Gefahr für Barcelona noch nicht so groß an, erwiederte Harrach. Aber angenommen es sei, so kann doch der Königin die Verantwortlichkeit nicht beigemessen werden, weil sie ja doch nicht die Regierung führt." — „Wollte Gott, es wäre so!" — entgegnete Monterey. Harrach fuhr fort, aus dem Verlaufe der letzten Jahrzehnte darzulegen, daß die Anklagen gegen die Deutschen nicht begründet seien, am wenigsten gegen den Kaiser, der sich nicht in die Angelegenheiten Spaniens mische. „Aber warum sind Sie denn gekommen?" — fragte Monterey wieder. „Die bessere Einrichtung der Regierung hier muß vorangehen, und dann erst kann die Regelung der Succession erfolgen." — „Aber, erwiederte Harrach, diese Angelegenheiten hangen nicht zusammen. Spanien selber hat für seine Erhaltung zu sorgen. Wenn Sie nicht in die französische Sclaverei gerathen wollen, so müssen Sie zuvorkommen." — „Gott bewahre uns vor Frankreich!" — fiel Monterey ein. — „Wen also, sagte Harrach, wollen Sie? — Der Kurprinz von Bayern ist gleichbedeutend mit einem französischen Prinzen. Er kann die spanische Monarchie wider Frankreich nicht vertheidigen. Demgemäß bleibt ja nur der Erzherzog." — „Ich sage nicht, antwortete Monterey, daß wir den Erzherzog nicht wollen. Aber vorher geht eine bessere Einrichtung der Regierung." — Harrach

Digitized by Google

erwiederte: „Dies steht nicht in meiner Hand. Zu diesem Zwecke bin ich nicht gesendet“ [1]).

Die Unterredung zeichnet wie den Stand der Sache, so namentlich die schwierige Lage des kaiserlichen Botschafters. Die für die Succession des Kaiserhauses in Spanien thätigste Persönlichkeit war die Königin. Die Spanier dagegen von der Gesinnung des Grafen Monterey forderten von dem Kaiser als die Bedingung für diese Succession zunächst ein Eingreifen solcher Art in die spanische Regierung, daß es sich unvermeidlich gegen die Königin wenden mußte. Es drängte sich täglich mehr dem Grafen Harrach die Beobachtung auf, daß sehr viele Spanier ähnlich dachten wie Monterey [2]). Die Vorwürfe derselben gingen äußerlich gegen den Grafen Melgar, als Admiral von Castilien einer der ersten Würdenträger des Reiches, dessen die Königin hauptsächlich sich bediente. In Wirklichkeit war sie selber gemeint.

Für die Hereinberufung kaiserlicher Truppen war ein Beschluß des Staatsrathes erforderlich. Harrach drängte in die Königin, daß ein solcher erfolgen möge. Wir erinnern uns, daß am 25. Juni der König jenes Schreiben an den Kaiser abgefaßt. Drei Wochen später, am 13. Juli, war er noch zweifelhaft, ob er die Angelegenheit dieser Truppen vor den Staatsrath bringen solle. Die Königin handelte unterdessen in ihrer Weise. Sie sendete ihren Beichtvater, den Kapuziner Gabriel, an drei Mitglieder, den Cardinal Portocarrero, den Admiral von Castilien, den Grafen Aguilar, um im voraus ihre Zustimmung zu erwirken. „Es thut mir leid, erwiederte Harrach auf die Mittheilung des Paters, daß da, wo der König einen Beschluß des geheimen Rathes verlangt, man allemal vorher trachten muß die Gemüther zu gewinnen. Aber wenn doch, warum nicht alle? Warum nicht auch die anderen fünf?“ — „Es bedarf dessen nicht, erwiederte Pater Gabriel. Unter ihnen sind Balbaces und Mansera alt, die anderen drei, Montalto, Villafranca und Monterey so misgestimmt, daß man ihnen nie trauen darf.“

Die Nachrichten von Barcelona meldeten die steigende Gefahr. Am 15. Juli erfolgte der Beschluß des geheimen Rathes von Spanien:

---

[1]) Harrachs Tagebuch S. 191 u. f.

[2]) A. a. O. S. 193. Vom 7. Juli. Fast die meisten, sagt Harrach.

Digitized by Google

der Kaiser sei um Truppen zu ersuchen. Man war also um einen Schritt weiter gekommen, und dennoch nicht viel; denn der Beschluß war nur erst allgemein gefaßt. Die Königin schien damals den Cardinal Portocarrero gewonnen zu haben, indem sie seinem Neffen, dem Grafen Palma, die Ernennung zum Grande von Spanien zubrachte. Portocarrero weinte vor Freude. Der König ernannte ihn zum Commissär der Unterhandlung mit Harrach über die Zahl der Truppen. Dann jedoch verrann abermals ein Tag nach dem anderen. Harrach drängte. Portocarrero wich aus. Der König, erwiederte er, habe noch keinen Entschluß gefaßt.

Es ward August. Die Bedrängnis von Barcelona stieg. Die Blicke der Belagerten späheten hinaus auf das Meer. Es war vergeblich: eine englische oder holländische Flagge tauchte dort nicht wieder empor. Vendome ließ den Belagerten entbieten: er bedauere die schöne Stadt, die tapfere Besatzung, die ihrem König getreue Bürgerschaft. Aber seine Minen seien fertig. Man möge kommen, sie ansehen und dann sich entschließen, ob man die Wirkung derselben abwarten wolle. Die Besichtigung hatte den gewünschten Erfolg, zumal da die in Aussicht gestellten Bedingungen nicht ungünstig waren. Barcelona capitulirte. Am 15. August zog der Landgraf Georg mit 8000 Mann aus.

Die günstigen Bedingungen waren von französischer Seite deshalb um so leichter zugestanden, weil der Ausgang der letzten Beredung zwischen Portland und Boufflers, vom 2. August, die Sicherheit gewährte, daß Frankreich zum Frieden mit England und Holland gelangen könne. Die Absicht Barcelona zu behalten, würde nicht der Politik Ludwigs XIV. entsprochen haben. Dagegen entsprach derselben der vorüber gehende Besitz der Stadt, nur zu dem Zwecke, um sie zurückgeben zu können, dadurch bei Spanien sich einen Dank zu erwerben, und dennoch dem Kaiser und dem Reiche gegenüber dies Zurückgeben in Anrechnung zu bringen [1]).

Obwohl dieser Verlauf noch nicht sofort vorlag, so doch auf jeden Fall die Erkenntnis, daß der Fall von Barcelona ein schwerer Schlag war für die Sache des Kaiserhauses in Spanien. Abermals wie früher ward der Vorschlag der Neutralität für drei Monate mit

[1]) Bericht des Grafen Harrach vom 30. August.

Digitized by Google

Frankreich erwogen, also ohne Rücksicht auf die Friedens-Handlung in Ryswyck. Portocarrero war eifrig dafür, Monterey dagegen. Es gelang sie abzuwenden. Harrach sprach dem letzteren seinen Dank aus und bemerkte: wenn Spanien die Neutralität einginge, so müsse es entwaffnet bleiben. Dann würden wider den Willen des Königs die Franzosen einen der Söhne des Dauphins hereinbringen. „Nun, erwiederte Monterey, so würde er sich spanisch kleiden." — „Nicht doch, erwiederte Harrach, vielmehr würden Sie Alle sich französisch kleiden. Jene würden die unumschränkten Herren sein." — Monterey dagegen knüpfte an seine früheren Aeußerungen an. „Ich habe Ihnen, sagte er, am ersten Tage gesagt, daß Ihre Hierherkunft übereilt sei. Die meisten Spanier und auch ich — wir sind der Ansicht, daß Sie die Schuld tragen an dem Verluste von Barçelona. Wären Sie nicht gekommen, so würden die Franzosen diesen Angriff auf Barcelona nicht unternommen haben. Denn, da sie in der Kriegeszeit hier nicht wie der Kaiser unterhandeln konnten: so haben sie Ihre Tractaten über die Successsion mit den Waffen durchkreuzen wollen." — „Dies ist möglich, erwiederte Harrach; allein erwägen Sie selbst, ob der Kaiser nach der schweren Krankheit des Königs im vorigen Herbste noch länger zuschauen und die Sache unangeregt lassen durfte. Denn, stirbt der König, wie jetzt die Dinge liegen, so hat der Kaiser von dieser Successsion nichts zu hoffen." Monterey erwähnte: man habe auch von der Berufung der Cortes geredet. Er sei dawider. Denn jeglicher Schritt solcher Art biete für Frankreich den Anlaß zu der Vermuthung, daß man von der Successsion handeln wolle, und ziehe dadurch die französischen Waffen gegen Spanien heran. „Das einzige Mittel, erwiederte Harrach, ist sich in wehrhaften Stand zu setzen. Wenn Sie sich vertheidigen können: so wird Frankreich die Berufung der Cortes ruhig geschehen lassen."

Es handelte sich nur um 8000 bis 10,000 Mann, oder genauer nicht einmal um diese selbst, sondern um die Mittel für den Unterhalt derselben. Denn die Frage, ob Spanien aus der eigenen Bevölkerung ein solches Heer errichten könne, wurde höchstens gestreift, und dann sofort verneint. Also kam es auf kaiserliche Truppen an. Die Mitglieder des geheimen Rathes von Madrid bezweifelten, ob der Kaiser eine solche Truppenmacht entbehren könne. Harrach erwiederte, der

Digitized by Google

Kaiser habe 104,000 Mann unter den Waffen. „Aber sie sterben vor Hunger," erwiederte man. „Ich leugne nicht, sagte Harrach, daß der doppelte Krieg in Ost und West, der erstere seit nun fünfzehn Jahren, uns hart mitgenommen hat. Aber Frankreich gegenüber haben wir lediglich die Stadt Philippsburg im Beginne des Krieges eingebüßt, und unsere Leistungen gegen die Türken sind Ihnen bekannt."

Einen anderen Einwurf erhob Portocarrero. „Der Kaiser, sagte er, ist uns fern, und wir wissen nicht, ob die Engländer und Holländer eine solche Truppenzahl, wie wir bedürfen, überführen können oder wollen." — „Aber, entgegnete Harrach, hoffen wir es doch wenigstens, bis wir es wissen; denn damit ist ja gar keine Gefahr verbunden. Der Feind, obwohl erfolgreich in Catalonien, ist doch auch abgemattet, kraftlos, nicht mehr fähig zu einer anderen Unternehmung. Geben wir ihm eine solche Furcht zu erkennen: so wird er nicht mit der Neutralität sich begnügen, so wird er die Succession in der Monarchie fordern, und einen Enkel schicken, der noch bei Lebzeiten des Königs die Krone begehrt." So am 24. August.

Harrach schüttete seine Klagen vor der Königin aus. Sie konnte dieselben nur vermehren. Jene Räthe fürchteten sich vor Frankreich. „Aber der König, sagte die Königin, fürchtet sich nicht bloß vor Frankreich, sondern auch vor seinen Ministern und Dienern. Hat er einen Entschluß gefaßt, so kommen Andere, die ihm denselben wieder ausreden. Ich sehe, daß alles über und über geht." Harrach deutete hin auf die Junta, den Ausschuß, den der König zur Berathung der Vertheidigung niedergesetzt. Diese Junta, deren Mitglieder Portocarrero, der Admiral von Castilien, Montalto, sei die Wurzel alles Uebels. Die Königin stimmte ein: der erste sei undankbar, der zweite unzuverlässig, der dritte offen ihr Feind. Harrach benutzte die Gelegenheit abermals den Namen Oropesa anzuregen. Der Graf Aguilar, sagte er, das vierte Mitglied der Junta, gehe mit dem Plane um, den Grafen Oropesa wieder herzubringen. Er rieth: die Königin möge es thun, möge sich dafür die Dankbarkeit Oropesas sichern, welcher verspreche dem Kaiser wohl zu dienen. Die Königin lehnte ab. Sie könne niemals Vertrauen zu ihm haben, und seine Frau sei noch schlimmer als er. „Wenn aber ja doch, versetzte Harrach, sonst alles verloren ist: so müßte man ihn betrachten, wie ein Brechmittel in

Digitized by Google

schwerer Krankheit. Man nimmt es, weil man genesen will." Die Königin beharrte bei ihrer Weigerung [1]).

Jeder Tag brachte dem Grafen Harrach neue unerfreuliche Wahrnehmungen. Er befragte den Pater Matilla, den Beichtvater des Königs. Dieser erkannte offen an, daß der Mangel an Entschluß bei dem Könige die hauptsächliche Schuld des Wirrwarrs trage. „So reden sie alle, fügt Harrach hinzu; aber Niemand legt Hand an um ein Heilmittel zu finden. Man zuckt die Achseln und schweigt." Er redete mit Don Cotes, dem Präsidenten der Hazienda, über die Einkünfte des Königs. „Sie reichen nicht, erwiederte Cotes, und werden noch dazu übel verwaltet. Es gäbe noch Mittel uns vom Untergange zu retten; aber ich sehe nicht, daß man sie ergreift oder sonst zu helfen verlangt." Harrach begab sich zu dem Grafen Aguilar, an dessen Gesinnung für den Kaiser nicht zu zweifeln stand. Sie sahen beide die kommende Parteibildung voraus. Auf der einen Seite werde der Cardinal Portocarrero mit seinem Anhange stehen, und mit demselben zugleich alle Widersacher des Admiral von Castilien; auf der anderen Seite dieser selbst, gestützt durch die Königin. „Zur Zeit, sagte Aguilar, schmeicheln wir uns mit der Hoffnung auf den Frieden. Wenn wir ihn haben, so wird Keiner auf die Anstalt zu einer Gegenwehr bedacht sein. Wir werden ausruhen wollen und alles in der größten Gefahr belassen. Die Monarchie geht zu Grunde und fällt durch sich selber in die Hände der Franzosen. Wir sehen es. Wir erkennen es. Aber Niemand denkt daran es zu hindern" [2]).

Die Nachricht des Falles von Barcelona traf im Haag ein. Es kam zugleich die andere, daß die Unternehmungen des französischen Admirals Pointis in Westindien für ihn glücklich abgelaufen, daß er von dort her reiche Beute nach Brest heimgebracht. Diese Erfolge machten die Stellung Frankreichs noch ungleich günstiger.

Im Laufe des Monates August fanden verschiedene Beredungen der kaiserlichen Botschafter mit den französischen statt, unter dem

---

[1]) Harrachs Tagebuch S. 207 u. f.

[2]) A. a. O. S. 211. Vom 3. September.

Digitized by Google

Vorsitze des Vermittlers Lilienroth. So am 17. August. Der erste Artikel der kaiserlichen und reichsständischen Gesandten betraf eine Entschädigung für die Unglücklichen, welche durch die französische Grausamkeit im Winter von 1688/9, also vor der formellen Kriegserklärung, um Hab und Gut gekommen. Die Franzosen erwiederten: que c'était un malheur de guerre, et que la guerre et la compassion ne marchaient pas ensemble. Bevor man solche Forderungen aufstellen dürfe, müsse man erst Paris sehen: sie würden nicht das Geringste ersetzen [1]).

Wie in Betreff dieses ersten Artikels, so wesentlich auch in Betreff der anderen. Man einigte sich nicht. Das Drängen der Verbündeten in die Kaiserlichen auf die Annahme der französischen Vorschläge wurde täglich stärker. Die französischen Botschafter ließen offen verlauten, daß, nach dem Ablaufe des 31. August, der König die Stadt Straßburg nicht mehr geben werde. Es stieg gegen die Kaiserlichen der Verdacht empor, daß sie den Termin verstreichen lassen wollten, damit dann der Kaiser scheinbar gezwungen würde, das ihm persönlich ungleich vortheilhaftere Aequivalent zu nehmen. Man sprach ihnen diesen Verdacht offen aus. Die Botschafter meldeten es dem Kaiser. Sie erhielten die Vollmacht sich vor dem Ablaufe des Monates August zu erklären [2]).

Die Besorgnis des Königs Wilhelm III., der sich den Monat August hindurch im Schlosse Loo befand, war im Steigen, namentlich nach dem Empfange jener beiden Nachrichten von Barcelona und den Erfolgen des Pointis. Er gab dieser Besorgnis Ausdruck in einem Briefe an Heinsius. „Es ist mir unbegreiflich, sagt er am 25. August, daß die Franzosen, nachdem sie selbst den Termin des 31. August gesetzt haben, nun nicht im Stande sind, vorher über alles abzuschließen. Ihr Zaudern sich über die Rückgabe von Barcelona zu erklären, wo sie doch wissen, daß ohne diese Rückgabe der Friede unmöglich, ist ein klarer Beweis, daß sie einen Plan im Hinterhalte haben. Entweder wollen sie für die Rückgabe Barcelonas von den

---

[1]) Theatrum Europaeum Bd. XV, S. 179. — Neuhaus: Der Ryswycker Friede u. s. w., S. 198.

[2]) Die Collectiv-Berichte vom 6., 13., 27. August.

Digitized by Google

Spaniern unstatthafte Bedingungen heraus pressen, oder sie legen es darauf an, daß der von ihnen selber gesetzte Termin verstreiche." Diese letztere Seite der Alternative gewinnt in dem Könige die Oberhand. „Ihre Absicht dabei ist, dann freie Hand zu haben, neue Bedingungen vorzuschreiben" [1]).

Aber es liegt die Frage nahe, welchen Erfolg der König bei dieser eigenen Erkenntnis sich von seinem und der Holländer Drängen in die kaiserlichen Botschafter versprechen konnte. Nicht dahin war der Druck zu richten, sondern auf den König von Frankreich. Diesem gegenüber freilich war ein Druckmittel nicht mehr vorhanden. Die Besorgnisse, welche der König seinen Vertrauten Heinsius und Portland gegenüber nicht verhehlt, waren nur allzu sehr begründet. Aber sie waren es, weil Wilhelm III. selber den König von Frankreich zum Herrn der Situation gemacht.

Obwohl die kaiserlichen Botschafter officiell die Stellung des Termines nicht anerkannten, so wollten sie dennoch nicht den Bundesgenossen einen Anlaß geben zu dem Vorwurfe, daß sie ihn hätten verstreichen lassen. Ihrer Vollmacht gemäß reichten sie am 30. August dem Vermittler eine Schrift ein. Diese enthielt nicht die Annahme des französischen Vorschlages vom 20. Juli, sondern die Erklärung, daß die kaiserlichen Botschafter im Namen von Kaiser und Reich die von Frankreich wiederholt dargebotene Basis der Friedensschlüsse von Münster und Nymegen, mit der Rückgabe der Stadt Straßburg, nochmals annähmen [2]).

Am 31. August erschienen die beiderseitigen Friedens-Botschafter im Schlosse zu Ryswyck. Der Vermittler Lilienroth eröffnete den französischen Botschaftern die kaiserliche Erklärung. Sie nahmen sie nicht an. Die holländischen und die spanischen Botschafter verlangten darauf Erstreckung der Frist, die mit dem Tage ablief. Sie seien bereit, sagten sie, sofort zu unterzeichnen, wenn nur dem Kaiser der Beitritt auf Grund der französischen Präliminarien für eine gewisse Frist offen gehalten würde. Die Franzosen wiesen das Verlangen zurück. Der Befehl des Königs, erwiederten sie, laute in bestimmter

[1]) Grimblot t. I, p. 99.

[2]) Die Erklärung in Actes de la paix de Ryswick t. III, p. 35.

Digitized by Google

Weise entgegen. Lilienroth ging ab, ging zu, von der einen Seite zur anderen, bittend, mahnend, damit an dem Tage der Friede gemeinsam geschlossen würde. Es war vergeblich. Er brach den französischen Botschaftern gegenüber in die Worte aus: ihr Verfahren werde den Fluch Gottes und der Menschen auf sie herabziehen. Sie schwiegen [1]).

Die eifrigsten zum sofortigen Abschlusse waren die Spanier Quiros und Tirimont. Die Instructionen, die sie erhalten, waren für den ersteren nicht bloß dringend, sondern drohend. Es war ein merkwürdiger Umschwung gegen früher. Um Spaniens, um der Forderung willen, welche der spanische Staatsrath erhob auf die Herstellung des pyrenäischen Friedens, hatte der Kaiser, indem er auf Grund der Allianz von 1689 für Spanien eintrat, von dem Könige Wilhelm III. und der Republik in den früheren Jahren manches herbe Wort vernehmen müssen: nun war es dahin gekommen, daß selbst die Holländer den übermäßigen Eifer der Spanier zum Frieden um jeden Preis zurückhalten mußten, damit nicht geradezu ein Sonderfriede heraus kam. Dies war um so gefährlicher für Alle, weil die hauptsächliche Armee der Verbündeten, die englisch-holländische, in Belgien stand, auf dem Boden des Königs von Spanien. Es gelang die beiden Botschafter zurückzuhalten. Es ward am 31. August nichts unterzeichnet.

Beim Aufbruche aus Ryswyck am Abend sagte Harlay zu Lilienroth: „Obwohl wir uns verhalten, wie es gemäß unserer Instruction unsere Pflicht: so folgt daraus noch nicht, daß wir morgen einander die Hälse zu brechen haben. Vielmehr werden wir unsererseits uns so erklären, daß hoffentlich Sie als Vermittler und auch die Verbündeten damit befriedigt sein werden".

Am 1. September versammelten sich die Botschafter abermals in Ryswyck. Die drei Franzosen erschienen bei dem Vermittler. Da der Kaiser, erklärte Harlay, die Neutralität in Catalonien verhindert, da er dadurch die Schuld trage an der Belagerung von Barcelona, an dem großen Blutvergießen um diese Stadt: so sei es billig, daß

[1]) Im Collectiv-Berichte der kaiserlichen Botschafter vom 2. September: Daß er zuletzt der französischen Gesandtschaft Gottes und der Menschen ungezweifelten Fluch nicht so sehr angewünschet, als verkündiget.

Digitized by Google

Frankreich Straßburg zurück behalte. Dafür biete es Freiburg, Breisach und Philippsburg als Aequivalent. So bald der Kaiser darein willige, werde Frankreich sich bereit erklären zur Rückgabe von Barcelona an Spanien. Harlay überreichte zugleich eine Denkschrift mit diesen Vorschlägen. Die Schrift versicherte, daß die einzige Richtschnur der Politik Ludwigs XIV. damals wie immer sei, die Leiden der Christenheit zu enden. Sie setzte für die Annahme dieser Vorschläge abermals einen Termin, bis zum 20. September [1]).

Der Vermittler erwiederte sogleich: er müsse darauf hinweisen, daß eine so eingeschränkte Frist für den Kaiser und die Reichsstände bei der Entfernung nicht ausreiche. Jedoch wolle er die Schrift den Verbündeten antragen. Er ging hinüber.

Der Graf Kaunitz weigerte die Annahme. Der Vermittler bat, wenigstens Kenntnis davon zu nehmen. Kaunitz willigte ein, unter der Bedingung, dann die Schrift zurückzugeben. Es geschah. Bevor Lilienroth zurücktrat, erklärte Graf Pembroke, daß der König von England keineswegs gesonnen sei, die Stadt Straßburg bei Frankreich zu belassen [2]). Kaunitz fügte hinzu, daß Kaiser und Reich beharrten bei der Erklärung vom 30. August. Auch die Holländer ihrerseits bemerkten: als Basis seien gesetzt die Friedensschlüsse von Münster und Nymegen. Mit diesen jedoch sei die neue französische Erklärung vom 1. September in vielen Puncten unvereinbar. Die Spanier sprachen ihre Furcht aus vor den Fortschritten von Catinat gegen Oudenarde, vor denjenigen Vendomes in Catalonien. Die anderen Botschafter glaubten zu erkennen, daß, wenn Frankreich die Rückgabe Barcelonas sofort und unbedingt zugesagt, Quiros und Tirimont alles Andere unterzeichnet hätten.

Die Absicht, in welcher Ludwig XIV. durch den Vorschlag vom 1. September die sehr entlegenen und verschiedenen Städte Straßburg und Barcelona an einander gebunden, war unzweifelhaft wohl überlegt: es war diejenige des Aufreizens und Hetzens der Spanier wider

---

[1]) In den Actes de la paix de Ryswyck t. III, p. 48. — Für das Andere der Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 2. September.

[2]) So ausdrücklich der Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 2. September. Man vergleiche dazu auch den Bericht von Lord Villiers vom 3. September, bei Grimblot t. II, p. 105.

Digitized by Google

den Kaiser. Um dieser Absicht willen wurde jedoch der andere Vortheil preis gegeben, der für Frankreich erwachsen wäre aus dem sofortigen Abschlusse mit Spanien allein. Denn an Barcelona gelang es den anderen Verbündeten im Schlosse zu Ryswyck die Spanier zurückzuhalten [1]).

Heinsius drängt in seinem Berichte an den König den französischen Plan kurz zusammen. „Der Ausgang, sagt er, hat klar dargethan, daß die Franzosen keinen Abschluß wollten vor dem Ablaufe des Termines. Darum haben sie gezaudert sich über Barcelona auszusprechen, darum diese Sache mit der allgemeinen verknüpft. Da sie nun ihren neuen Termin auf den 20. September setzen: so ist evident, daß ihr einziger Zweck dabei ist die Einwilligung Ew. Majestät und der Republik zu erlangen, um dann die Kaiserlichen zur Annahme des Aequivalentes für Straßburg zu zwingen" [2]).

So Heinsius am Abende desselben Tages. Unzweifelhaft war der französische Plan hier richtig gezeichnet. Es ist möglich und wahrscheinlich, daß die Franzosen gehofft haben, gleich am 1. September damit durchzudringen. Denn dies ergibt sich aus einer Unterredung zwischen Lilienroth und Harlay. Jener hielt diesem das Unrecht des französischen Verfahrens vor. Harlay fand sich in die Enge getrieben. Er gestand zu, daß der französische Hof wieder den hochmüthigen Ton anschlage, dessen er seit dem Tode von Louvois sich mehr enthalten. Er könne sich jedoch nicht denken, sagte er dann, daß England und Holland sich entschließen würden, den Krieg fortzusetzen um Straßburgs willen. „Es handelt sich hier aber nicht bloß um Straßburg, erwiederte Lilienroth, sondern um die Frage, ob die Mächte gestatten dürfen, daß man sich lossagt von den Erbietungen, welche man selbst gemacht." Lilienroth war dem Harlay gegenüber der Ansicht, daß die Seemächte entschieden festhalten würden [3]).

Man wird nicht verkennen dürfen, daß Lilienroth als Schwede einen solchen Ausgang der Sache wünschen mußte. Denn dem Könige von Schweden als dem Mit-Garanten des westfälischen Friedens lag

---

[1]) Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 2. September.
[2]) Grovestins t. VI, p. 624.
[3]) A. a. O. p. 624.

Digitized by Google

die Verpflichtung ob, die Stadt Straßburg dem Kaiſer und dem Reiche zu erhalten, und demgemäß hatte der Kaiſer, zugleich mit der Erklärung vom 30. Auguſt in Ryswyck, in Stockholm die Forderung der Garantie erneuert [1]).

Allein wir haben auch mehr als einmal Gelegenheit gehabt wahrzunehmen, daß Lilienroth als Vermittler des Friedens ſeiner hohen Aufgabe gerecht zu werden trachtete. Das geſchah namentlich in der anderen Angelegenheit, an ſich nicht minder ſchwierig als derjenigen von Straßburg, derjenigen der Herſtellung Lothringens.

Es war ſchon wiederholt der Gedanke angeregt, daß dieſe Sache leichter zu ſchlichten ſein würde, wenn man mit ihr eine Heirath in Verbindung bringe, diejenige des älteſten Prinzen von Lothringen mit der Prinzeſſin von Orleans, der Nichte Ludwigs XIV. Lilienroth verſicherte ſich durch die kaiſerlichen Botſchafter der Zuſtimmung in Wien und in Innsbruck. Dann ſchrieb er an die Herzogin von Orleans, Eliſabeth Charlotte. In Frankreich herrſchte damals die Meinung, daß nach geſchloſſenem Frieden der König Wilhelm III. um jene Prinzeſſin anhalten würde. Irgend welche Thatſache für dies Gerücht liegt nicht vor, und die Mutter Eliſabeth Charlotte, obwohl ſie es gewünſcht hätte, glaubte ſelber nicht daran [2]). Sie ging daher ihrerſeits auf den Vorſchlag von Lilienroth ein, und brachte ihn zur Kunde des Gemahles, des Herzogs. Dieſer legte ihn dem Könige vor. Ludwig XIV. verwies die Sache an ſeine Friedens-Botſchafter in Delft. Mit anderen Worten: er nahm im Principe an, ſo daß Lilienroth mit den Botſchaftern nur noch die Modalitäten feſtzuſtellen hatte [3]).

So ſank dieſe Angelegenheit, Jahre hindurch einer der ſchwerſten Steine des Anſtoßes für den Frieden, geräuſchlos unter, um in der Stille erledigt zu werden. Das Verdienſt des Vermittlers dabei war doppelt. Er hatte tactvoll einen Weg des Ausgleichs eröffnet, der die Zuſtimmung aller Betheiligten fand. Er hatte eben durch dieſen Weg

---

[1]) Actes de la paix de Ryswyck t. III, p. 38.

[2]) Ihr Schreiben an die Kurfürſtin Sophie, vom 8. Auguſt.

[3]) Bericht von Heinſius an den König, vom 11. September, bei Grovestins t. VI, p. 625.

Digitized by Google

für Ludwig XIV. die Bahn geebnet, das langjährige Unrecht gegen das Haus Lothringen einigermaßen zu tilgen, ohne dafür einen Zwang von außen her anzuerkennen.

Nicht mehr Lothringen, sondern wesentlich nur noch Straßburg war im September 1697 der Kern der Friedensfrage.

Auch Heinsius sprach dem Könige aus, daß eine Unterzeichnung des Vertrages am 31. August, ohne Rücksicht auf die Kaiserlichen, ein Uebermaß von Feigheit gewesen wäre. Dann wäre Straßburg jedenfalls verloren. Nun, meinte er, sei es noch zu retten [1]).

Der König Wilhelm III. weilte in Loo, mit Spannung harrend auf jede Post von Portland und Heinsius. Es kam die Nachricht, daß am 31. August nichts geschlossen sei. „Ich habe es leider vorhergesehen, sagte er. Wir bedürfen durchaus des Friedens; aber die Art und Weise, wie wir hinein gezwungen werden, ist schrecklich." Wenn denn Straßburg nicht erlangt werden könne, meint er, so müsse man den Botschaftern des Reiches diese bittere Pille möglichst zu versüßen trachten. So am Morgen des 2. September. Erst einige Stunden später erhielt er die Nachricht über das Auftreten der Franzosen am 1. September. „Ich sehe nicht ab, schreibt er an Portland, wie wir nach einem solchen Schriftstücke der Franzosen noch Frieden schließen können. Aber die Erklärung, die Sie mir anrathen, kann ich nur abgeben, wenn der feste Entschluß gefaßt ist für den Krieg" [2]). — Es scheint also, daß der Rath Portlands conform gewesen ist mit der Aeußerung des Grafen Pembroke in Ryswyck. Darüber schwankt der König, und es ist sehr bemerkenswerth, welche Factoren dabei für ihn ins Gewicht fallen. „Ich kann über eine solche Erklärung keinen Entschluß fassen, fährt er fort, bevor ich die Ansicht der Generalstaaten kenne, so wie diejenige der Herren in Amsterdam. Dies also haben Sie zunächst zu erforschen und mir darüber dann Bericht zu bringen." Von England und den Ansichten dort über den Krieg oder den Frieden ist in dem Schreiben nicht die Rede.

Abermals also handelte es sich um Amsterdam. Dort indessen redete auch Frankreich ein Wort mit.

---

[1]) Grovestins t. VI, p. 621. Vom 1. September.

[2]) Grimblot t. I, p. 104. Vom 2. September.

Digitized by Google

Am 3. September trat Harlay zu dem Rathspenſionär. Dieſer hielt jenem vor, wie unbillig es ſei zurückzuweichen von den eigenen Erbietungen. Heinſius glaubte einigen Eindruck gemacht zu haben. Harlay jedoch ſuchte dann den reichen Kaufmann Molo auf. Dieſem ſagte er: nach dem was er ſo eben vernommen, erkenne er wohl, daß nichts auszurichten ſein werde. Gemäß ſeiner Vollmacht ſtehe es in ſeiner Hand ſogleich die Erneuerung des Krieges zu erklären. Er halte es jedoch nicht für zweckmäßig, dies jetzt zu thun. — Die Worte waren nicht vergeblich geſprochen.

Molo eilte ſofort zu einem Mitgliede des Gemeinderathes von Amſterdam, Namens Buys, und dieſer wiederum zu Heinſius. Er eröffnete dem Rathspenſionär, daß eine Fortſetzung des Krieges nicht ſtimme zu den Anſichten der Bürgermeiſter von Amſterdam. Vielmehr gehe die Meinung derſelben dahin, daß, um neue Wechſelfälle zu vermeiden, man das Aequivalent für Straßburg anzunehmen habe. Heinſius machte Gegenvorſtellungen. Das Nachgeben in dieſem Falle, ſagte er, ſichere nicht den Frieden. Vielmehr würde Frankreich abermals zurückziehen. Das einzige Mittel ſei feſtes Auftreten. Dann fügte er hinzu: hernach könne man weichen. Buys bat die Sache dem Könige zu berichten [1]).

Dies war auch ſo die Abſicht von Heinſius. Er fügte ſeinen Rath hinzu, daß ein entſchiedenes Auftreten des Königs Eindruck machen werde. Er hatte ſchon vorher den Grafen Portland aufgefordert, an Boufflers über die Sache zu ſchreiben. Er bat nun den König eine neue Zuſammenkunft zu veranſtalten, damit dieſe Sache, von der allein noch der Friede abhange, beigelegt werde durch die Vermittelung der beiden Könige.

Der Rath entſprach der eigenen Abſicht des Königs Wilhelm. Portland erhielt den Auftrag, eine abermalige Zuſammenkunft mit Boufflers zu ſuchen. Ludwig XIV. geſtattete ſie. „Wenn Bentinck höflich iſt wie bisher, ſchließt er ſein Schreiben an Boufflers, ſo haben auch Sie ſich zu verhalten gemäß den früheren Weiſungen. Wenn er dagegen anmaßend auftritt, ſo haben Sie zu antworten mit aller mir gebührenden Würde“ [2]).

---

[1]) Grovestins t. VI, p. 622. Heinſius am 4. September.

[2]) Grimblot t. I, p. 109.

Digitized by Google

Es war ein Versuch, von welchem Wilhelm III., wie er selber zu Portland beim Abschiede sagte, einen Erfolg nicht erwartete. Und wahrlich mit Recht. Denn eben dieser Versuch legte ja nicht Zeugnis ab von einer Entschiedenheit des Willens, sondern von der Tendenz zur Nachgiebigkeit. Die Conferenz der beiden Generale zu Tubise, am 11. September, dauerte über vier Stunden. Der ausführliche Bericht des Marschalls Boufflers an den König von Frankreich läßt ersehen, daß Portland kein Moment außer Acht gelassen, welches dienlich sein konnte, das französische Unrecht in klares Licht zu stellen [1]). Aber es fehlte in seiner Beweisführung das einzige Wort, gewichtiger als alle Gründe: die Drohung der Fortsetzung des Krieges mit der gesammten Macht der Verbündeten. Den Worten Portlands stellte Boufflers seine Worte entgegen. Die Zusammenkunft verlief ohne Ergebnis. Und eben darum hatte sie das Ergebnis, die Ueberlegenheit der Position Ludwigs XIV. abermals zum unzweifelhaften Ausdrucke zu bringen.

Es war von seiner Seite dasselbe Verfahren, welches er so oft beobachtet. Er ging bis an die Grenze dessen, was das Bedürfnis und der Wunsch nach Frieden bei dem Schwächeren ihm zu verstatten schien. Mehr als einmal war dies Verfahren ihm fehl geschlagen, und der Anlaß zu dem ganzen ungeheueren Kriege hatte ja im Jahre 1688 aus einer solchen irrthümlichen Rechnung sich ergeben. Aber damals wandte Ludwig XIV. diese Rechnung an auf zwei Charaktere, für die er in sich keinen Maßstab besaß, auf den Papst Innocenz XI. und den römischen Kaiser Leopold. Eine ähnliche Rechnung war ihm abermals fehl geschlagen im November und December 1696, und zwar sogar gegenüber den Bürgermeistern von Amsterdam, nicht etwa weil in diesen sich ein Charakter kund gab ähnlich demjenigen des Papstes Innocenz XI. oder des Kaisers Leopold, sondern weil ihre Furcht vor der Fortsetzung des Krieges noch überboten wurde durch ihre Furcht vor der Herstellung des Königs Jacob in England. Vor dieser letzteren Furcht hatte damals Ludwig XIV. einlenken, hatte er zurückkehren müssen auf sein früher gegebenes Wort, sich für die Anerkennung Wilhelms III. schriftlich zu verpflichten. Im September 1697 rechnete Ludwig XIV. abermals auf die Kriegesfurcht der Kaufleute von

[1]) Grimblot t. I, p. 109 et suiv.

Digitized by Google

Amsterdam. Diese Kriegesfurcht ward damals nicht überboten durch eine andere Furcht: es stand ihr nur entgegen die Pflicht der Bundestreue für den Kaiser. Und darum erwies sich die Rechnung Ludwigs XIV. als richtig.

Diejenige Stimmung, welche die Kaufleute Molo und Buys zuerst nur für sich persönlich dem Rathspensionär kund gethan, griff rasch um sich. Der Gemeinderath der Stadt Amsterdam entsendete eine Deputation an den König. Sie verlangte von ihm eine Erklärung, ein Versprechen in ihrem Sinne. Deshalb sah er sich in die Lage gesetzt, auf den Bericht des Grafen Portland zu erwiedern: „Wenn ich meiner eigenen Neigung folgte, so würde ich fest bleiben und keine Concession machen. Aber der Rathspensionär wird Ihnen die Erklärung vorlegen, zu welcher die Bürgerschaft von Amsterdam mich bewogen. Ich vermag daher nicht die Mittel zur Fortsetzung des Krieges zu entdecken, und ohne diese Mittel hat aller feste Wille keinen Werth. Ich habe große Besorgnis, daß wir überhaupt den Frieden machen müssen, wie Frankreich ihn uns auferlegt, es wäre denn, daß wir den Bürgermeistern von Amsterdam klar darthun können, daß Frankreich nicht den Frieden wünscht und fortdauernd uns täuscht. Obwohl man auch in England den Frieden eifrig ersehnt: so bin ich doch von dort her nicht in gleicher Weise besorgt. Aber freilich, Sie kennen das Parlament" [1]).

Die Worte des Königs geben zu erkennen, daß er für damals, während der Krisis selbst, nicht daran dachte, von England her Meinungen oder Urtheile einzuholen, die auf seine Entschlüsse bestimmend einwirken würden. Statt seiner versuchte es einer der englischen Friedens-Botschafter, Lord Villiers, in einer Weise, die nicht die Zustimmung des Königs gefunden haben würde. Zwar berichtet auch er, daß über das französische Abspringen von den Präliminarien Jedermann aufgebracht sei, und findet selber es nicht vernünftig. Dann jedoch entwickelt er weiter seine Meinung, moralisch auf gleicher Höhe mit derjenigen der Kaufleute von Amsterdam. Wie in den Augen dieser, so beschränkte sich auch in denen des Lord Villiers die ganze Krisis auf die Frage, ob der Kaiser und das Reich die Stadt Straßburg

[1]) Grimblot t. II, p. 12. Vom 14. September.

Digitized by Google

erhalten würden oder ein Aequivalent dafür. Alle anderen Fragen: diejenige der öffentlichen Treue im Völkerleben, des Zurückweichens vor der Drohung Frankreichs, der Zersetzung der Allianz durch dieses Weichen — kamen für den Lord Villiers nicht in Betracht. Er schildert dagegen die Noth der Kaiserlichen in Ungarn und fragt, ob man auf diese Bundesgenossen sich verlassen könne, ob England und Holland dafür die Last des Krieges wieder auf sich nehmen sollen, ob das Parlament dies thun werde für Straßburg, ob es bei einer solchen Zumuthung auch nur glauben werde an die ernstliche Absicht zum Frieden. Er bittet den Herzog von Shrewsbury, demgemäß seinen ganzen Einfluß beim Könige für den Frieden zu verwenden, fügt aber vorsichtig das Ersuchen hinzu, diesen seinen Brief zu verbrennen [1]).

Die Antwort des Staats-Secretärs ist sehr merkwürdig, nicht freilich durch die Höhe der politischen Anschauung. Shrewsbury steht darin mit Villiers ziemlich gleich. Er acceptirt die Meinungen desselben. Dann jedoch fährt er fort: „Wenn ich in irgend einer Weise einen Anlaß fände, so würde ich sicherlich meine Meinung in dem von Ihnen gewünschten Sinne geltend machen. Allein da mir niemals irgend etwas mitgetheilt ist, mit Ausnahme des Artikels von Boufflers, welchen Lord Portland mir zugestellt hat: so weiß ich nicht, wie ich mich der Impertinenz schuldig machen soll, mich in eine Angelegenheit von so geheimnisvoller Art einzudrängen". Er weist dann hin auf den Zustand seiner Gesundheit, der ihm den Rückzug von den Geschäften zur Pflicht mache [2]). Offener klingt einige Tage später seine Bitte an den Grafen Orford, den früheren Admiral Russel: „Verhelfen Sie mir zu meiner Freiheit: das ist die größte Wohlthat, die Sie mir erweisen können". Es war unverkennbar nicht die Last der Geschäfte, welche diesen Staats-Secretär Shrewsbury nieder drückte.

Den Berichten von Hoffmann aus London gemäß ist allerdings anzunehmen, daß, wenn damals von England aus Kundgebungen über den Krieg oder den Frieden an den König gelangten, sie der Ansicht Shrewsburys entsprochen haben, daß es nicht im Interesse Englands liege, um einer oder zweier Städte willen für das Reich den Krieg

---

[1]) Shrewsbury Correspondence p. 369. Vom 6. September (n. St.).
[2]) A. a. O. p. 371. Vom 8./18. September.

Digitized by Google

fortzusetzen. „Es ist vergeblich, fügt er hinzu, ihnen klar machen zu wollen, welche europäische Wichtigkeit der Besitz von Straßburg für Frankreich hat“ [1]).

In den Reichsständen dagegen schien seit dem 1. September ein größerer Eifer erwacht zu sein. Die Gesandten derselben im Haag traten wiederholt zusammen. Die am Schlusse des Jahres zuvor in Frankfurt errichtete Association lautete auf die Aufstellung eines Kriegsheeres von 60,000 Mann. Es war der Plan die Association über das ganze Reich auszubreiten, namentlich auch den Kaiser um den Beitritt für den Kreis Oesterreich zu ersuchen [2]). Man durfte dessen im voraus sicher sein; denn der Kaiser hatte bereits damals alle Beschlüsse der Association gut geheißen. Die Gesandten der Reichsstände baten den Grafen Auersperg, dem Könige dies kund zu thun, damit er sehe, daß er fester als bisher sich auf das Reich verlassen könne. Es geschah. Der König erwiederte kurz: „Wir vermögen nicht Krieg zu führen mit Frankreich auf und mit Papier, sondern mit Geld und guten Truppen“ [3]).

Die französischen Botschafter gingen unterdessen umher mit der Versicherung, daß Frankreich niemals die Stadt Straßburg wieder herausgeben werde, daß ihr König entschlossen sei eher das Aeußerste zu wagen [4]).

Es ist auffallend, daß dennoch der Rathspensionär Heinsius noch bis zur Mitte September sich der Hoffnung hingab, Frankreich würde weichen. Am 14. September begaben sich die Botschafter wieder nach Ryswyck. „Wir ließen, meldet Heinsius, durch den Vermittler die Franzosen befragen, ob sie sich an die Präliminarien halten wollten. Ihre Antwort lautete, daß sie am 1. September ihre Vorschläge gemacht, und darauf von uns die Antwort erwarteten.“ Der letzte Schlag auf diese Hoffnungen von Heinsius erfolgte am anderen Tage durch eine neue Erklärung der Stadt Amsterdam. Einer der Bürger-

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13. September.

[2]) Eingabe der reichsständischen Gesandten an die kaiserlichen Botschafter im Haag, vom 10. September.

[3]) Auerspergs Bericht vom 6. September.

[4]) So zu Quiros am 9. September: qu'ils ne rendront jamais plus Strasbourg.

Digitized by Google

meister, Corver, und der uns bereits bekannte Buys, traten vor den Rathspensionär mit der Eröffnung, daß die Bürgermeister festhalten würden bis zum Ablaufe des von Frankreich gesetzten Termines, in der Voraussetzung jedoch, daß dann die Unterzeichnung erfolge. „Die Herren von Amsterdam, fährt Heinsius fort, wünschen, daß England und die Republik gemeinsam unterzeichnen. Sie haben mich ersucht, diesen ihren Wunsch Ew. Majestät kund zu thun. Denn sie halten den Frieden für unabweisbar, theils in Betracht der außerordentlichen Erfolge dieses Feldzuges für unsere Feinde, theils in Betracht der kritischen Lage der Verbündeten und der Entwerthung des Credites in England. Ich sehe demnach nicht, daß uns etwas Anderes übrig bleibt als abzuschließen" [1]).

Am selben Tage sprach der König Wilhelm im Schlosse Loo zu dem Grafen Auersperg die Worte: „Straßburg ist für dies Mal verloren" [2]).

Es lag vor Augen, daß der Kaiser und das Reich eine Stadt, welche sie mit Hülfe dieser Verbündeten nicht hatten wieder nehmen können, ohne dieselben gewis nicht erlangen würden. Es war demnach nur noch die Aufgabe der kaiserlichen Botschafter mit Hülfe von Holland und England wenigstens das Aequivalent möglichst stark zu machen [3]). Sie erklärten dagegen zu einem Abschlusse mit Frankreich am 20. September keine Vollmacht zu haben.

Weniger willig waren die Gesandten der protestantischen Reichsstände, unter denen der Brandenburger Schmettau vorantrat. Auf Straßburg zu verzichten, rief er, sei ein Verrath am Vaterlande. Lieber müsse man mit dem stärksten Nachdrucke den Krieg fortsetzen. So am Abende des 19. September in der Versammlung der Reichsstände [4]). Dies war eine andere Rede als einst bei der widerrechtlichen Occupation dieser Stadt der Kurfürst Friedrich Wilhelm geführt. (Bd. II, S. 381.) Aber auch die bisherigen Thaten von Brandenburg

---

[1]) Grovestins t. VI, p. 627.

[2]) Auerspergs Bericht vom 15. September.

[3]) Collectiv-Bericht vom 17. September. — Vgl. das Schreiben von Heinsius vom selben Datum bei Grovestins t. VI, p. 627.

[4]) Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 23. September. — Man vergleiche die Worte von Heinsius bei Grovestins t. VI, p. 627.

Digitized by Google

in dem Kriege hatten dieser Rede wenig entsprochen. Wir haben die öftere Klage des Kaisers vernommen, daß vom Jahre 1690 an die Brandenburger Truppen, obwohl der Kurfürst auch vom Kaiser Subsidien bezog, auch nicht Einmal zum Schutze des Rheines verwendet wurden. War denn nun Brandenburg völlig umgewandelt? Wir werden der Rede die That gegenüber zu stellen haben.

Am 20. September erfolgte, gemäß dem französischen Willen, die Unterzeichnung des Friedens. Bevor die englischen Botschafter sich nach Ryswyck hinaus begaben, erschienen sie einzeln bei den Kaiserlichen. Sie sprachen ihr tiefes Leidwesen aus, daß sie einen Schritt thun müßten, durchaus im Widerspruche mit ihrer eigenen Neigung. Die Kaiserlichen dagegen baten nur noch so lange die Unterzeichnung zu verschieben, bis sie die eben angelangte Resolution des Kaisers mit den reichsständischen Gesandten erwogen. Die Engländer wagten es nicht [1]).

Die Verhandlungen zogen sich hin bis in die Nacht. Die Spanier wollten zuerst zeichnen. Die Franzosen gestatteten es nicht. Sie würden, erklärten sie, die Unterschrift der Spanier annehmen erst nach derjenigen von England und Holland. Die Engländer ihrerseits trugen Bedenken. Die Holländer also gingen voran [2]). Um Mitternacht vom 20. auf den 21. September unterzeichneten die Holländer, um 2 Uhr Morgens die Engländer, um 4 Uhr die Spanier.

Am Morgen des 21. eilte bei den Friedensgesandten von Munde zu Munde die Nachricht, daß in den Friedensschluß Englands und der Republik mit Frankreich auch Kur-Brandenburg aufgenommen sei. Die anderen Gesandten des Reiches stellten die Brandenburger zur Rede, wie eine solche That vereinbar mit den hochfahrenden Worten am Abende des 19. Schmettau und Dankelmann erwiederten, daß Brandenburg sein Reichs-Contingent jederzeit treulich leisten werde [3]). Dies Contingent bestand in 9000 Mann.

Für Kaiser und Reich handelte es sich zunächst, damit nicht die nun so sehr überlegene französische Macht sich gegen einen schwachen

[1]) Anlage IV.

[2]) Actes de la paix de Ryswyck t. III, p. 101.

[3]) Collectiv-Bericht vom 23. September. — Nach Neuhaus: Der Ryswycker Friede S. 256, haben Schmettau und Dankelmann auch geantwortet: die Miteinschließung Brandenburgs sei ohne ihr Zuthun geschehen.

Digitized by Google

Punct wende, um einen Stillstand der Waffen mit Frankreich. Dies war die Forderung aller drei Mächte, unterstützt durch den Vermittler. Dennoch erhoben sich Schwierigkeiten. Erst am Abende des 21. September gelang es den sämmtlichen Botschaftern in Ryswyck, die Franzosen zur Herausgabe eines Formulars zu bewegen. Don Quiros übersendete es sofort den Kaiserlichen, mit dem Drängen um Eile. „Die englischen und holländischen Botschafter, sagt er, ersuchen dieses Formular anzunehmen so wie es ist, und verweisen im anderen Falle auf die schlimmen Folgen, für welche sie jede Verantwortlichkeit ablehnen" [1]). Die kaiserlichen Botschafter fügten sich in das Unvermeidliche. Noch in derselben Nacht war das unterzeichnete Formular in den Händen der Franzosen, und dann ein Courier auf dem Wege zum Markgrafen Ludwig von Baden.

Im Laufe des 23. September machten die Kaiserlichen den Gesandten der Reichsstände die Mittheilung und verlangten den schriftlichen Beitritt. Die Brandenburger wandten ein, daß bei dieser Unterzeichnung nur durch die kaiserlichen Botschafter die Rechte der Reichsstände nicht gewahrt seien. Der Unwille der Anderen loderte empor. „Es ist unleidlich, riefen sie, daß Kur-Brandenburg, nachdem es sich selber völlig sicher gestellt, durch die Erregung eines solchen Zwistes das übrige ganze Reich geflissentlich der Gefahr preis geben will." Die Brandenburger verstummten. Das Reich trat dem abgeschlossenen Stillstande bei [2]).

Ueberblicken wir die Gesammtheit des Friedensschlusses vom 20. September 1697: so zeigt es sich als unverkennbar, daß Ludwig XIV., im Verhältnisse des Standes der Dinge von 1688, in der Sache vor jeder einzelnen der drei Mächte Holland, England, Spanien gewichen war.

Wir haben uns zu erinnern, daß im Jahre 1688 ein sehr wichtiges Motiv für die Republik zum feindseligen Auftreten wider Jacob II. entsprang aus der steigenden Bedrückung ihres Handels durch Frankreich. Nun, durch den Frieden von Ryswyck erhielten sie einen so vortheilhaften Handelsvertrag mit Frankreich, wie sie jemals besessen.

---

[1]) Quiros an Kaunitz, 21. September, 8 Uhr Abends.

[2]) Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 23. September.

Digitized by Google

Augenfälliger noch war das Zurückweichen Ludwigs XIV. vor Wilhelm III. Er hatte oft verkündet, daß er den Kampf führe für die Religion und das in der Perſon Jacobs II. geſchädigte Königthum. Nun gelobte er durch einen feierlichen Vertrag, Niemanden, wer immer es ſei, der ſich gegen den König Wilhelm III. von Groß-Britannien erhebe, in irgend einer Weiſe zu unterſtützen. Er hatte ihm einſt das Fürſtenthum Oranien genommen, hatte die Verwendung Jacobs II. zurück gewieſen, hatte erklärt, daß das Recht des Prinzen von Oranien anfechtbar ſei. Von anderen Anſprüchen auf das Fürſtenthum war nun nicht mehr die Rede. Ludwig XIV. gab es zurück.

Anders noch gegenüber dem Könige von Spanien. Eine lange Reihe von Städten und Ländern Carls II. war im Beſitze Ludwigs XIV., darunter Luxemburg und Barcelona. Für die erſtere hatte er ein Aequivalent geboten; die andere hatte er noch zuletzt in Compenſation zu ſtellen geſucht gegen Straßburg. Er gab durch den Frieden von Ryswyck ſie beide zurück.

Auch für Kaiſer und Reich war Ludwig XIV. bereit, etwas von dem Genommenen zurück zu ſtellen, nur nicht was ſie verlangten. Die ſämmtlichen drei Friedensſchlüſſe vom 20. September enthielten einen geheimen Artikel, kraft deſſen für Kaiſer und Reich bis zum 1. November der Abſchluß auf Grund der franzöſiſchen Erklärung vom 1. September offen gehalten wurde, alſo ohne Straßburg.

Der Venetianer Ruzzini, indem er bemerkt, daß in dieſem Friedensſchluſſe Ludwig XIV. zum erſten Male zurückgewichen ſei, charakteriſirt ihn mit den Worten: „Der Vortheil Frankreichs beſtand in dem geringeren Nachtheile, und der Nachtheil der Verbündeten in dem geringeren Vortheile“ [1]).

Der Vortheil alſo, welchen den Verbündeten nach einem mehr unglücklich als glücklich geführten Kriege dieſer Friedensſchluß brachte, war unleugbar. Und doch ſehen wir eine rechte Freude nicht aufkommen. Die Form ſtand mit der Sache nicht im Einklange. In der Sache allerdings war der König von Frankreich gewichen, nicht jedoch in der Form.

---

[1]) Fontes rerum Austriacarum, Bd. XXVII, p. 385: Può discernersi ch' il bene della Francia consiste nel minor male, et il male degl' Alleate nel minor bene. — Im Jahre 1699.

Digitized by Google

Auf die Nachricht des Abschlusses schrieb Wilhelm III. von Loo aus an Heinsius: „Möge es Gott gefallen, den eben geschlossenen Frieden zu segnen, und durch seine Gnade lange zu erhalten! Aber ich bekenne, daß die Art und Weise, in welcher er zu Stande gekommen, mich mit bangen Besorgnissen für die Zukunft erfüllt." Stärker drückt sich Portland zu Shrewsbury aus. „Der Friede ist nicht zum Vortheile Frankreichs; aber wir konnten ihn besser haben, brauchten nicht das hochmüthige Gebahren Frankreichs seit dem letzten August uns gefallen zu lassen, hätten wir nicht das maßlose Verlangen, ja gar die Nothwendigkeit dieses Friedens offen an den Tag gelegt" [1]).

Der Grund dessen war, wie wir gesehen, die Abhängigkeit des Königs von dem guten Willen der Bürgermeister von Amsterdam. Wie neunzehn Jahre zuvor den Frieden von Nymegen, so hatte auch denjenigen von Ryswyck in dieser Form hauptsächlich die Stadt Amsterdam durchgedrückt. Jene Worte von Portland stimmen im Grunde genau zu den öfteren Klagen der kaiserlichen Botschafter. Auch in der Republik selbst vernahmen sie manche Urtheile, die mit dem Gange der Dinge zu Ryswyck nicht einverstanden waren. Indem sie dies berichten, geben sie zugleich die Richtschnur des eigenen ferneren Verhaltens an mit den Worten: „Wir haben uns beflissen den englischen und holländischen Botschaftern gegenüber uns so zu verhalten, daß wir zwar unsere Misbilligung ihres einseitigen Abschlusses, der fast durchweg in diesen Landen getadelt wird, ihnen nicht verbergen, jedoch, da wir ihrer Hülfe noch bedürftig, nicht völlig mit ihnen brechen, sondern ihnen den Weg offen lassen mögen, desto eher wieder herbei zu kommen, und das zugefügte Unrecht durch andere Erweisungen wieder gut zu machen" [2]). Sie glaubten eine solche Absicht aus den Reden Dykvelts zu erkennen, mit welchem sie ein, wie sie hinzufügen, nicht allezeit sanftes Gespräch geführt. Auf die Andeutung von seiner Seite hatten sie erwiedert, daß ihr nächster Wunsch sein würde, den Türkenkrieg durch das Zuthun der Verbündeten zu beenden.

Die Unterredung fand statt am 22. September. Die kaiserlichen Botschafter, die an diesem Tage im Haag einen solchen Wunsch

[1]) Beide Schreiben bei Grimblot t. I, p. 125.

[2]) Collectiv-Bericht vom 23. September.

Digitized by Google

aussprachen, wußten noch nicht, daß von dem fernen Osten bereits eine Kunde heraneilte, welche jenem Wunsche eine baldige Erfüllung verhieß.

Länger als sechs Jahre hindurch, vom September 1683 bis zum Ende 1689, war jegliche Botschaft aus dem Türkenkriege diejenige eines Sieges der kaiserlichen Waffen. Damals hoffte man auf einen ehrenvollen und vortheilhaften Frieden. Die Hoffnung mislang, zu nicht geringem Theile durch das Schüren Frankreichs in Constantinopel. Wir haben damals das Wort Ludwigs XIV. zu dem Könige von Schweden vernommen, daß er den Krieg gegen die Allianz nicht bestehen könne ohne die Hülfe der Türken wider den Kaiser. Diese Hülfe ward ihm und blieb ihm. Mit dem Beginne des Jahres 1690 trat für den Kaiser die schreckensvolle Wendung ein. Die Siegesfluth des Osmanenthums rollte abermals von Osten nach Westen. Der Tag von Salankemen im Jahre 1691 setzte den Türken nur ein Ziel ihrer Fortschritte, stellte die früheren Erfolge nicht her. Dann schleppte der Krieg sich hin, schwerfällig, kostspielig, ohne Entscheidung. Die Türken wurden im Kampfe erhalten durch die Hoffnung auf den Wiedergewinn des Verlorenen, und nicht zum geringen Theile durch französische Mahnungen, und, je nach Bedarf, französisches Gold.

Die Türken hatten für Ludwig XIV. erhebliche Dienste geleistet. Auf seine Abmahnungen hatten sie mehr als einmal das Angebot der Friedens-Vermittelung von Seiten der Seemächte verworfen. Sie vertrauten darauf, daß eben so auch der König von Frankreich nicht seinen Frieden machen werde ohne sie. Aber nun gelangte, im Beginne des Jahres 1697, auch zu ihnen das Gerücht der Verhandlungen von Ryswyck. Der Großwesir stellte den Gesandten Chateauneuf zur Rede. Dieser hatte einen schweren Stand. Er wandte sich fragend nach Versailles. Torcy stattete ihn aus mit einer sehr merkwürdigen Antwort, vom 19. Januar 1697 [1]).

„Der allerchristlichste König, heißt es darin, versichert aufs neue dem Sultan seine Freundschaft. Allerdings hat der König begonnen,

---

[1]) Capefigue: Louis XIV., t. IV, p. 38. — La Lande: Histoire de l'empereur Charles VI, t. I, p. 30.

Digitized by Google

den Bitten der verbündeten Fürsten das Ohr zu leihen; aber im Grunde wird das alles auslaufen zum Vortheile für die hohe Pforte. Denn alle diese Anknüpfungen bezwecken von Seiten Frankreichs nur, einige Mächte von der Allianz loszureißen, wie vorher den Herzog von Savoyen. Dadurch hofft der König von Frankreich nach und nach die Allianz aufzulösen und die Macht seiner Feinde so zu schwächen, daß er sich in den Stand gesetzt sieht, alle seine Kraft wider den Kaiser zu wenden. Denn mit diesem wird der König niemals einen definitiven Frieden schließen."

Es lag Wahrheit in diesen Worten Ludwigs XIV. und seines Dieners, wenn auch nicht gegenüber den Türken.

Die Beredtsamkeit, mit welcher Chateauneuf diese Gedanken in Constantinopel entwickelte, erhielt Nachdruck durch den Klang und Glanz von reichlich einer Million französischer Livres, bestimmt zur Vertheilung unter die geeigneten Persönlichkeiten. Die hohe Pforte war bereit, den Krieg fortzusetzen.

Auf kaiserlicher Seite dagegen fehlte bis dahin der rechte Führer. Im Jahre 1697 fand sich dieser Führer in dem Prinzen Eugen von Savoyen. Und dann erst gelang es, das Werk Carls von Lothringen fortzuführen und zu besiegeln.

Die Leistungen des Kurfürsten Friedrich August von Sachsen als Oberfeldherrn gegen die Türken in den Jahren 1695 und 1696 mochten immerhin in Wien das Vertrauen in seine Befähigung nicht gekräftigt haben: bei der beträchtlichen Anzahl Hülfstruppen, die er stellte, und den Subsidien der Seemächte für ihn, konnte man sich von ihm nicht losmachen. Im Jahre 1696 hatte der Hofkriegsrath in Wien den alten Caprara ihm beigeordnet, also einen erprobten, früher selbständigen Feldherrn dem ungleich jüngeren Manne, dessen fürstliche Würde in den Augen Capraras die mangelnde Befähigung nicht ersetzte. Das Verhältnis hatte sich als unhaltbar dargethan. Vor dem Beginne des Feldzuges von 1697 handelte es sich um einen Ersatzmann für Caprara.

Und dann sehen wir durch eine merkwürdige Verkettung der Dinge rasch den Helden empor steigen, dessen Name für den Kaiser Leopold und seine Monarchie fortan für lange Jahre gleichbedeutend war mit Sieg nach Osten und nach Westen.

Digitized by Google

Der Verrath des Herzogs Victor Amadeus, so nachtheilig er der gemeinen Sache sein mochte, hatte für den Kaiser den besonderen Vortheil, den Prinzen Eugen von Savoyen von dort her verfügbar zu machen. Der Vorsitzende des Hofkriegsrathes, Graf Rüdiger von Starhemberg, empfahl dem Kaiser anstatt Capraras vor allen Anderen diesen erst zweiunddreißigjährigen General. „Denn unter denen, die in Vorschlag kommen können, sagt er, weiß ich Keinen, der mehr Verstand, Erfahrung, Application und Eifer für Ew. K. Majestät Dienst besäße, so wie ein so generoses und unintereſſirtes Gemüth, auch die Liebe und den Respect der Soldaten." [1]) Demgemäß ernannte der Kaiser den Prinzen Eugen zum Beigeordneten des Kurfürsten.

So im April 1697. Im Juni erfolgte die Königswahl in Polen. Durch die Annahme der Krone dort befreite Friedrich August die kaiserliche Armee von seiner Oberfeldherrnschaft. Bereits am 5. Juli übertrug der Kaiser dem Prinzen Eugen das selbständige Commando.

Die hauptsächliche Absicht des Kaisers Leopold war immer auf Belgrad gerichtet [2]). Aber die Unsicherheit über das Ober-Commando war auch der Ausrüstung nicht günstig gewesen, und erst durch das nachdrückliche Eingreifen des Prinzen Eugen traten viele Schäden in der Heeresverwaltung recht ans Licht. Seine Berichte nach dem Eintreffen im Lager lauteten kläglich. Er fand an Mehl nur den Bedarf für vierzehn Tage, keinen Hafer. Es lagerte Getreide in Komorn und Ofen; aber es harrte der Schiffe, und die Schiffleute verlangten zuvor eine Sicherheit für die Fracht. „In der Kriegscasse, fügt Eugen hinzu, befindet sich kein Kreuzer Geld, so daß ich gezwungen bin tausend Gulden vom Grafen Herberstein zu leihen." Diese Lage der Dinge machte eine offensive Kriegführung sehr schwer.

Dagegen kam den Kaiserlichen ein Aufstand in Asien zu statten. Bis zum 1. Mai befand sich noch kein Reiter aus Natolien diesseit der Meerenge. Dann jedoch sammelte sich das Heer bei Adrianopel und zog westwärts. Im August lagerte der Sultan Mustafa mit

---

[1]) Die Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. II, S. 410. Vom k. k. Generalstabe. Auch für das Folgende.

[2]) A. a. O. S. 458. — Schreiben des Kaisers an den Prinzen Eugen, vom 22. September.

Digitized by Google

etwa 80,000 Mann bei Belgrad. Der Prinz Eugen stellte es sich zur Aufgabe, alle zerstreuten Streitkräfte an sich zu ziehen, namentlich auch diejenigen Rabutins aus Siebenbürgen, welcher die letzten Jahre hindurch wie selbständig operirt hatte. Der August ging zu Ende und Rabutin war noch nicht eingetroffen. Am letzten Tage dieses Monates schrieb der Prinz dem Kaiser: „Läßt mir der Feind nur noch einige Tage Zeit, bis ich die kaiserliche Armee völlig zusammen bringe: so lebe ich der Hoffnung, mit göttlichem Beistande dem Feinde sein Vorhaben allerdings sauer zu machen." Der Brief ist datirt aus dem Feldlager an dem Csikaer Moraste, drei Stunden herwärts von Zenta.

Der Feldherr mochte damals nicht denken, daß fast eben dort, wo er diese Hoffnung für den Kaiser niederschrieb, sie um beinahe vierzehn Tage später sich erfüllen sollte. Denn zugleich meldet er, daß er aufbrechen wolle nach Peterwardein, um dasselbe zu decken. Am 2. September stieß das Corps Rabutins von Siebenbürgen her zu ihm. Dann begann der Marsch südwärts und dauerte vier Tage. Am letzten derselben, dem 6. September, brach die Armee auf eine Stunde vor Sonnenaufgang. In beständiger Fühlung mit der feindlichen Cavallerie, die bald hier, bald da angriff, marschirte die Infanterie bis 10 Uhr Abends. Zur Labung hatte sie weniges Morastwasser. „Ich kann, berichtet der Prinz Eugen dem Kaiser, nicht genug den guten Willen und den tapferen Muth der Armee loben. Ich glaube, daß auch nicht Einer war, der nicht mit Freuden den Feind erwartet hätte. Ob er vorn, ob in der Flanke uns neckte, brachte Niemanden in Verlegenheit. Ich rückte fort in aller guten Ordnung, und es blieb auch nicht ein einziger Mann zurück, obwohl der Marsch achtzehn Stunden dauerte."

Was immerhin vorher die Absicht des Feindes sein mochte, bereits am zweiten Tage nach der Ankunft in der Nähe von Peterwardein, am 8. September, erhielt der Prinz Eugen die sichere Kunde, daß das türkische Heer, nach dem Uebergange über die Donau bei Belgrad, am rechten Ufer der Theiß stromaufwärts ziehe. Demnach war der Wahrscheinlichkeit gemäß die Absicht gerichtet auf Szegedin, welches nicht Einen Tag sich würde halten können, und von dort nach Siebenbürgen. „Darum, berichtet der Prinz Eugen dem Kaiser, kehre ich auch morgen wieder um und folge ihm auf dem Fuße."

Digitized by Google

Der mühevolle Marsch der letzten Tage war also abermals zu machen, nur in umgekehrter Richtung, dies Mal von Süd nach Nord. Die Hoffnung der Türken war augenscheinlich darauf gerichtet, daß sie bei dem Vorsprunge, den sie hatten, und mit ihren frischeren Kräften den Uebergang auf das linke Ufer der Theiß an irgend einer geeigneten Stelle vollbringen würden, bevor die ermatteten Kaiserlichen herankämen. Die geeigneten Fahrzeuge zum Zwecke einer Schiffbrücke fuhren die Theiß hinauf. Französische Ingenieure hatten den Bau zu leiten. Die Hoffnung des Prinzen Eugen dagegen war, auf die Türken zu treffen vor dem Uebergange oder während desselben.

Die Kaiserlichen marschirten den 9. September. Am Morgen des 10. berief der Prinz Eugen die Generale zum Kriegsrath, legte die Sachlage und seine Kundschaften dar und verlangte die Ansichten. Sie stimmten einmüthig für den Weitermarsch ohne Zeitverlust. So geschah es.

Die Strahlen der aufgehenden Sonne des 11. September beleuchteten das kaiserliche Heer abermals auf dem Marsche. Um 9 Uhr jedoch ließ der Feldherr rasten. Denn es war die Meldung eingekommen, daß der Sultan, auf die Kunde des Nachrückens der Kaiserlichen, nicht mehr den Marsch auf dem rechten Ufer der Theiß fortsetze, sondern eine Strecke unterhalb Zenta die Schiffbrücke habe schlagen lassen, daß zunächst die Cavallerie auf das linke Ufer übergehe, die Infanterie in der eilig aufgeworfenen Verschanzung stehe.

Da die Nachrichten Zweifel zuzulassen schienen, begab sich der Feldherr selber mit der Cavallerie voraus, bis auf eine Stunde von Zenta. Er erfuhr nur Bestätigungen. Der Feind war in vollem Uebergange begriffen, nicht ohne Verwirrung. Unterdessen kam auch die kaiserliche Infanterie heran. Eugen formirte die Schlachtordnung, den rechten Flügel geschlossen bis an die Theiß, den linken weit in das Feld hinaus. Nach vollendeter Aufstellung waren nur noch drei und eine halbe Stunde bis zum Sonnenuntergang. In voller Schlachtordnung marschirte die Armee vorwärts, auf die Verschanzung zu. Der linke Flügel der Kaiserlichen schwenkte völlig herum bis an die Theiß. Dort bot sich ihm die schwächste Stelle des Feindes, weil es sich erfand, daß von der Verschanzung bis zu dem inzwischen gefallenen Wasser ein freier Raum war von etwa vierzig Schritten. Ueber denselben hin drangen die Kaiserlichen den Türken in den Rücken.

Digitized by Google

„Die Verschanzung, meldet nachher der Prinz Eugen, war so fest und hoch, daß ich nicht begreife, wie die kaiserliche Infanterie hat hinüber gelangen können. Die Cavallerie ist mit der Infanterie an den Graben vorgerückt, hat dort das Feuer ausgehalten, und mit gestürmt wie die Infanterie, was ich die Zeit meines Lebens noch nie gesehen habe. Alsdann und als man in Folge des Angriffs von unserem linken Flügel her Luft bekommen, ist mit gesammter Gewalt Alles hinein gedrungen, und da war es nicht mehr möglich den Soldaten zu halten. Er hat fast Keinem Quartier gegeben, weder Pascha noch Offizier, so viel Geld sie auch boten."

„Diese siegreiche Action hat sich geendet mit der Scheidung von Tag und Nacht, und hat sogar die Sonne selbst von dem Tage nicht eher weichen wollen, bis sie mit ihrem glänzenden Auge den völligen Triumph von Ew. K. Majestät glorwürdigsten Waffen vollständiglich mit anschauen können."

Und dann folgt die warme Anerkennung des Feldherrn für seine Armee. „Allergnädigster Herr, fährt der Prinz Eugen fort, den tapferen Heldengeist Ihrer gesammten Generale, Offiziere und Soldaten, kann meine schwache Feder nicht genugsam entwerfen, weniger denn sattsam loben und preisen. Und geruhen Ew. K. Majestät diese meine schuldige Contestation nicht aufzunehmen für das gewöhnliche Compliment, welches man pflegt bei allen glücklichen Actionen den Armeen zuzueignen; sondern ich muß es mit wahrer Gerechtigkeit bekennen und zum unsterblichen Nachruhme Ihrer unvergleichlichen Armee, als das geringe Haupt derselben, bezeugen: es sind zwar etliche, die Gelegenheit gehabt vor anderen sich auszuzeichnen; nicht ein Einziger aber ist insgesammt, welcher — so viel ich weiß — nicht mehr als seine Schuldigkeit gethan hätte. Dasselbe gilt von den verbündeten Truppen." Der Feldherr bat für seine Armee um die längst verheißene Zahlung.

Für sich persönlich erhielt er noch eine Anerkennung besonderer Art. Am zweiten Tage nach der Schlacht gelangte an ihn ein kaiserliches Schreiben vom 5. September. Er konnte darauf erwiedern mit den folgenden Worten: „Ich darf meine große Consolation bezeugen, daß Ew. K. Majestät nicht allein alle meine bisher gemachten Anstalten genehmigen, sondern auch dasjenige mir anbefehlen, was ich bereits

Digitized by Google

vollbracht, bevor das Schreiben Ew. K. Majestät mir behändigt wurde" [1]).

Der Hofkriegsrath hob auch nachher in seinem Berichte an den Kaiser hervor, daß er nichts auszustellen, sondern alles nur zu rühmen habe, besonders die vortreffliche Disposition des Marsches von Peterwardein auf Zenta. Die dankbare Gesinnung des Kaisers entsprach dem Geleisteten. Zur Bethätigung derselben fehlten die Mittel. Die siegreiche Armee litt auch nachher Noth und Kummer wie vorher.

Die türkische Infanterie war fast völlig vernichtet, die Artillerie verloren, die Cavallerie schwer geschädigt, der Sultan selber in rastloser Flucht auf dem Wege nach Constantinopel. Sein Siegel, welches der Großwesir am Halse getragen, überreichte der Prinz Eugen als eine Beute der seltensten Art einige Wochen später persönlich dem Kaiser. Die volle Bedeutung des Sieges nach dem Urtheile der Kundigen ergibt sich jedoch für uns erst aus den Worten des Generals Rabutin an den Grafen Kinsky. „Wenn nicht, sagte er, die Gnade Gottes die Augen der Feinde geblendet: so konnten Sie für den Winter in Wien nicht bleiben" [2]). Nun war das anders. Aus der mühseligen Defensive langer Jahre auf dem eigenen Boden trat die kaiserliche Armee wieder in die Offensive, und eben darum stieg nun endlich die sichere Hoffnung empor auf einen baldigen ehrenvollen und vortheilhaften Frieden im Osten.

In diesem Sinne meldete der Kaiser Leopold den Sieg seinen Bundesgenossen, den Königen von England und Spanien. „Nicht für uns allein, schreibt er an den König Wilhelm, ist ja dieser Sieg errungen, sondern zugleich für die gesammte Christenheit, und namentlich für unsere Bundesgenossen. Daher lebe ich des Vertrauens, Ew. Liebden werden die Kunde mit derselben Freude aufnehmen, mit welcher ich immer die günstigen Nachrichten von Ihnen her begrüßt habe. Aber zugleich bekenne ich nicht wenig bekümmert zu sein, daß ich und das römische

---

[1]) Der Bericht in dem genannten Werke des k. k. Generalstabes, Bd. II, Supplementheft S. 61. — Ich bemerke dazu, daß schon Wagner in t. II, p. 346 diese Thatsache hervorgehoben hat, mit dem Hinzufügen, daß er nicht bloß in diesem Falle, sondern häufig eine merkwürdige Uebereinstimmung der Ansichten im Hofkriegsrathe mit denen im Hauptquartier gefunden hat.

[2]) Arneth: Prinz Eugen, Bd. I, S. 458.

Digitized by Google

Reich von unseren besten Bundesgenossen, deren Wohlfahrt und Freundschaft ich höher geachtet als mein eigenes Interesse, nun so sehr verlassen zu sein scheinen, daß der Feind in unerhörter Weise, mit Ausschluß jeglicher Verhandlung, nicht so sehr harte Bedingungen vorschreibt, als vielmehr mir und dem römischen Reiche höchst unbillige Gesetze auferlegen will [1]). Die Nachtheile, die daraus für das Gemeinwohl erwachsen, liegen so augenfällig vor, daß ich im Vertrauen auf die Einsicht und die Bundestreue Ew. Liebden die Abwendung derselben erhoffe."

So der Kaiser am 14. September, sofort nach der Ankunft des ersten Couriers von Zenta. Als das Schreiben in die Hände des Königs Wilhelm gelangte, hatte er dem Drucke der Bürgermeister von Amsterdam sich bereits gefügt. Am 20. war, wie wir vernommen, sein Friede mit Frankreich gezeichnet.

Der Gewinn, den nach dem Westen hin dieser Sieg für den Kaiser nach sich zog, war daher wesentlich nur moralischer Art. Abermals erklangen durch das gesammte Abendland, außer in Frankreich, die Sieges-Fanfaren über den gemeinsamen Feind der Christenheit, die Völker mahnend an den römischen Kaiser, dessen Beruf es war schützend vor dem Abendlande zu stehen. Der Haltung indessen des Königs von Frankreich in der Friedenssache zu Ryswyck that das Unglück seines fernen Verbündeten unmittelbar keinen Eintrag.

Eine schwere Aufgabe dagegen erwuchs ihm in Betreff seiner Schützlinge in der Nähe, des unglücklichen Königspaares in St. Germain. Es war der Brauch des französischen Hofes, einen Theil des Herbstes im Schlosse Fontainebleau zuzubringen, und dahin auch jenes Königspaar einzuladen. Dort traf noch am 22. September der Courier der Botschafter von Ryswyck ein. Demgemäß war es fortan eine

[1]) Interea vero, dum hujus eventus jucunditate fruimur, non mediocriter nos turbari fatemur, quod ab optimis Foederatis, quorum saluti et amicitiae commoda nostra privata lubentes hucusque posthabuimus, una cum Imperio Romano eo usque derelicti videamur, ut, secluso omni tractandi spatio, hostes inusitato inter Principes exemplo jam non tam conditiones duras proponere, quam iniquissimas leges Nobis et Romano Imperio dictare praesumant.

Digitized by Google

besiegelte Thatsache, daß Ludwig XIV. das Königthum Wilhelms III. anerkannte. Jacob II. mußte es erfahren, und zwar, den Umständen nach, nur von Ludwig XIV. selbst. Es geschah in einer eigenthümlichen Weise. „Ich bin gewis, berichtet Jacob II. dem Abte von La Trappe, daß Se. Allerchristlichste Majestät mehr bedrückt war es mir zu sagen, als ich es zu vernehmen. Er sagte mir, daß er alles thun würde was in seiner Macht liege, um mir den bitteren Trank zu versüßen. Allein wenn nicht der König der Könige mir die schuldige Ergebung in seinen Willen verliehe, so würde ich in der Angelegenheit nicht so frei athmen wie ich thue" [1]). Von dieser Anschauung Jacobs II. aus wandelten sich für ihn die Dinge. Nicht der König von Frankreich beklagte und tröstete ihn, sondern er beklagte und tröstete den König von Frankreich. Wie hoch auch dieser an intellectueller Begabung seinen unglücklichen Bruder von England überragte: so ist kaum anzunehmen, daß das Bewußtsein der Ueberlegenheit gerade in dieser Unterredung die Oberhand behalten habe über die Gefühle, welche bei den tröstenden Worten seines Schützlings in Ludwig XIV. sich regen mußten. Denn warum Jacob II. sich seit 1689 in St. Germain befand und nicht in Whitehall, wußte doch am letzten Ende Niemand besser als Ludwig XIV.

Dieser König nun versprach alles zu thun, was in seiner Macht liege, um dem Könige Jacob den bitteren Trank der französischen Anerkennung Wilhelms III. zu versüßen.

Demgemäß überbot sich Ludwig XIV. in Aufmerksamkeiten aller Art. Er untersagte in seiner Umgebung in Betreff des Friedensschlusses jede Aeußerung, die als verletzend für das Königspaar von St. Germain angesehen werden konnte. Jacob II. kam darin nach. Auch er verbot seinem Gefolge jegliches Wort über den Frieden, ob zum Lobe, ob zum Tadel [2]).

Ludwig XIV. hatte von Wilhelm III., in den Beredungen zwischen Boufflers und Portland, die Amnestie für die geflüchteten Anhänger Jacobs II. verlangt, dann jedoch für seine eigenen Forderungen in Betreff des Fürstenthums Oranien, auf jene verzichtet.

---

[1]) The life of James, vol. II, p. 576. Vom 4. October.

[2]) Schreiben von Palmquist aus Paris, vom 14. und 25. October.

Digitized by Google

Dadurch verblieb für Jacob II. eine schwere Last: diejenige des Unterhaltes vieler Personen, die ihm gefolgt waren. Ludwig XIV. gab die Zusage, daß er die bisherige Subvention von 600,000 französischen Livres fortzahlen werde. Zugleich hatte das Königspaar begründete Aussicht auf andere Mittel.

Wir erinnern uns, daß Wilhelm III. der Zusage eines Jahrgeldes für das flüchtige Königspaar sich nicht abgeneigt verhielt, da ja sogar die erste Anregung dazu von seiner Seite gekommen war, nämlich durch Dykvelt in den geheimen Unterredungen mit Callieres zu Mastricht im Jahre 1694. Es ist bisher keine Aeußerung Jacobs bekannt, welche darthäte, daß dies wirkliche Angebot an ihn gelangt. Dem Papste Innocenz XII. gegenüber hatte er im Juli 1696 sich ausgesprochen, daß er nicht eingehen werde auf die Annahme eines Jahrgeldes, welche ausgelegt werden könne wie ein Verzicht auf sein Recht (S. 252). Dagegen glaubte er, eine andere Forderung mit Recht erheben zu können, nämlich diejenige des Unterhaltes der Königin, gemäß früheren Parlaments-Beschlüssen. Zu diesem Zwecke sendete er im Sommer 1697 nach Delft einen Agenten, welcher auftreten mußte als zum Hause des französischen Botschafters Crecy gehörig. Es bedurfte indessen kaum einer besonderen Verhandlung, weil ja den französischen Botschaftern die Willigkeit des Königs Wilhelm außer Zweifel stand. Seine Botschafter erklärten beim Abschlusse des Friedens, am 20. September, den schwedischen Vermittlern zu Protokoll, daß der Königin Marie Beatrice ein Jahrgeld von 50,000 £ in bündiger Form zugesichert und ausgezahlt werden solle [1]).

In so weit war formell alles richtig. Dennoch schlummerte unter der Sache ein Misverständnis. Wir erinnern uns, daß, nach dem Berichte von Portland über die Unterredungen mit Boufflers in Betreff des künftigen Aufenthaltes von Jacob II., im Juli und August, Boufflers das Wort Avignon hatte fallen lassen. Demnach ist anzunehmen, daß bei jener Zusage vom 20. September durch die englischen Botschafter dem Könige Wilhelm die Wahl dieses Ortes als Residenz für Jacob II. vorgeschwebt habe. Jene tröstenden Worte dagegen von Ludwig XIV. an Jacob II. lassen erkennen, daß der

[1]) Die Schriftstücke in Macpherson's Original Papers vol. I, p. 567 sqq.

Digitized by Google

Gedanke des Scheidens von Jacob aus dem französischen Gebiete ihm völlig fern lag.

Diese Differenz der Ansichten wird noch öfter uns nahe treten. Obwohl indessen der König Jacob im persönlichen Verkehre mit Ludwig XIV. sich jeglicher Aeußerung über den Friedensschluß enthielt, so erließ er doch öffentlich eine neue Protestation gegen die Schädigung seiner Rechte durch denselben. Das Actenstück ist ein abermaliges Gepräge der unheilbaren Unklarheit dieses Königs. „Da unsere Feinde, sagt er darin, falsche Gerüchte ausgestreut haben über eine geheime Ligue unsererseits mit Frankreich: so erklären wir auf Königs Wort, daß wir niemals irgend eine Ligue mit dieser Krone geschlossen, noch weniger eine solche wider die in diesem Kriege verbündeten Mächte." Dem Buchstaben nach war das alles wahr, und dennoch durfte den Thatsachen von 1688 und ferner gemäß Jacob II. sich nicht verwundern, wenn seine Worte keinen Glauben fanden.

Am wenigsten erhob gegen solche Worte sein Beschützer einen Einwand. Es fiel auf, daß in der nächsten Zeit das Verhältnis der beiden Könige freundschaftlicher erschien als je zuvor. Die Königin Marie Beatrice bemerkte darüber: das Loos ihres Gemahles sei sehr eigenthümlich, indem er in der Person seines größten Wohlthäters zugleich den besten Freund seines bittersten Feindes zu erblicken habe [1]). — Es scheint, daß von dieser Wahrnehmung aus ein anderer Scharfsinn als derjenige des königlichen Ehepaares von St. Germain auch zu noch anderen Schlüssen hätte gelangen können.

Die Jacobiten in England, denen nicht ähnliche Rücksichten oblagen, wie dem Gefolge Jacobs II. in St. Germain, hielten dagegen nicht zurück mit den Aeußerungen ihres Verdrusses und Unwillens über den König von Frankreich. Bei der Friedensfeier in London sah man sie das Bild des Königs von Frankreich mit Verwünschungen in die Flammen werfen [2]).

Aus anderen Gründen waren auch in der Stadt Paris die vorherrschenden Aeußerungen über diesen Friedensschluß diejenigen der Misbilligung. Eine solche Reihe von eroberten Städten zurückzugeben,

---

[1]) Palmquist aus Paris, den 25. October.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 1. November.

Digitized by Google

hieß es, verdunkele den Ruhm Frankreichs. Namentlich sei dies der Fall mit der Auslieferung von Luxemburg, da man auch so noch diese Stadt habe behalten können. Diese Meinung entsprach allerdings durchaus der Wahrheit. Die letzten Instructionen für Don Quiros, die am 17. September, also um drei Tage vor dem Abschlusse, sich in seinen Händen befanden, wiesen ihn an den Frieden zu schließen auch mit Zurücklassung von Luxemburg. Andere von Madrid aus gleichzeitig an ihn gelangte Briefe enthielten die Warnung, daß, im Falle eines Zauderns zum Abschlusse wie immer, es sich handele um seinen Kopf [1]). Demgemäß zeigte sich fortan der Friedenseifer dieses Botschafters beflügelt. Dennoch bestanden die Franzosen nicht mit Nachdruck auf Luxemburg. Dies einerseits und andererseits die sofortige Rückgabe von Barcelona ohne andere Bedingung steigerte in Spanien den Ruhm der Großmuth des Königs von Frankreich. Den Parisern jedoch, deren Augen die weiteren Ziele des Königs nicht erfaßten, misfiel die Nachgiebigkeit. Man warf die Schuld auf die Botschafter in Delft als ihrer Aufgabe nicht gewachsen.

Am 23. October erfolgte in Paris die öffentliche Verkündigung des Friedens. Auf den Plätzen der Stadt und an den Straßenecken bliesen die Trompeter Fanfaren, und dann riefen die Herolde aus, daß „der König unser Herr seinen Feinden den Frieden verliehen" [2]). Die Polizei trug zugleich Sorge in den Häusern ansagen zu lassen, daß am Abende Freudenfeuer anzuzünden seien, und machte später diese Mahnung eindringlich durch Patrouillen. Demgemäß gab Paris seine Freude kund.

Indessen noch stand der Friede aus mit Kaiser und Reich. Und nach dieser Seite hin war Ludwig XIV. nicht Willens zu einer Nachgiebigkeit, sondern zur Ausnutzung der Ueberlegenheit seiner Machtstellung.

Nach der Meinung, welche damals einige Holländer und Engländer kund gaben, würde es den Kaiserlichen nicht unlieb sein, für

---

[1]) Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 17. September. — Adam Soelder an den Landgrafen Georg, 31. August, bei Künzel: Georg von Hessen-Darmstadt S. 139.

[2]) Capefigue: Louis XIV. t. IV, p. 53.

Digitized by Google

Straßburg ein Aequivalent zu nehmen.[1]) Diejenigen indessen, die ihr Urtheil in dieser Weise fällten, nahmen den Maßstab aus sich selber, und nicht aus der Seele des Kaisers. „Ich empfinde den Stand der Dinge im Haag um so schmerzlicher, schreibt Leopold an den Grafen Harrach in Madrid, je weniger ich die Macht habe ihn zu ändern. Aber ich meines Ortes kann mich freiwillig zu diesem Stande nicht bequemen, werde auch niemals dazu schreiten, es sei denn, daß ich von der Reichs-Deputation wie mit Gewalt dazu gezwungen werde" [2]).

Ein Zwang dieser Art trat heran. „Auf der reichsständischen Gesandten einmüthiges Begehren, melden dem Kaiser seine Botschafter am 27. September, sind wir genöthigt einzuwilligen in die Zurücklassung der Stadt Straßburg, wenn nur das Aequivalent verstärkt wird durch Landau, Fort Louis, Montroyal und Saarlouis" [3]). Die Franzosen stellten jedem Wunsche und jeder Forderung dieser Art ihre Erklärung vom 1. September entgegen. Darüber hinauszugehen hätten sie keine Vollmacht.

Dagegen that sich in der zweiten Hälfte des Monates October eine neue besondere Schwierigkeit hervor.

Es war den protestantischen Reichsständen darum zu thun, daß der Protestantismus gesichert bliebe, sowohl in den Territorien, welche das Reich an Frankreich überlassen sollte, also z. B. in Straßburg, als in denen, welche der König zurückgeben würde. Deshalb drängten sie in die kaiserlichen Botschafter, daß in den dritten Artikel, welcher den westfälischen Frieden als Basis nannte, der Zusatz eingerückt werde: im Kirchlichen wie im Weltlichen (in sacris et profanis). Die kaiserlichen Botschafter wiesen hin auf die Gefahr, die daraus entspringen könne. Für das Reich im Ganzen handele es sich nur um die Wiederbringung der entrissenen Glieder: die Ordnung der kirchlichen Dinge im Reiche sei eine innere Angelegenheit: es sei bedenklich einer fremden Macht eine Handhabe der Einmischung zu geben [4]).

---

[1]) Lexington Papers p. 303.

[2]) Schreiben des Kaisers an Harrach, vom 10. September. Hispanica.

[3]) Collectiv-Bericht vom 27. September.

[4]) Der Bericht der kaiserlichen Gesandten darüber erhält ausdrückliche Bestätigung durch die Eingabe der protestantischen Reichsstände, vom 4. November 1697,

Digitized by Google

Allein der Eifer der protestantischen Reichsstände hörte nicht auf die patriotische Mahnung. Derselbe Eifer regte sich in den schwedischen Vermittlern. Sie zeigten sich dem Wunsche der protestantischen Reichsstände willfährig. Die Kaiserlichen gaben nach.

Die französischen Botschafter fügten sich widerstrebend in die Aufnahme jener Worte. Sie hoben dann hervor, daß die Aufnahme ihnen erleichtert werde durch den Nachsatz: „in so weit nicht im Folgenden etwas Anderes ausdrücklich vereinbart wird" [1]).

Es scheint, daß die protestantischen Reichsstände bei diesem von ihnen selbst eingebrachten Satze irgend eine Gefahr nicht geahnt haben. Sie hatten überhaupt die ganze Fassung aus dem Instrumente des westfälischen Friedens herüber genommen, und dort konnten sich, dem Sinne gemäß, jene Worte nicht beziehen auf kirchliche Dinge, sondern auf weltliche. Dies machten sie später geltend [2]). So richtig indessen dies sein mag: so muß doch jene Fassung des dritten Artikels, für sich stehend, als eine im Interesse der protestantischen Reichsstände nicht vorsichtige bezeichnet werden.

Nicht bloß aber ahnten die protestantischen Reichsstände bei dem dritten Artikel keine Gefahr, sondern sie wollten sich desselben noch weiter zu ihrem Vortheile bedienen. Sie brachten Vorschläge ein, denen gemäß auch für Straßburg, welcher Stadt der König die Capitulation von 1681 in Betreff der kirchlichen Angelegenheiten nicht gehalten, die kirchliche Herstellung gemäß dem westfälischen Frieden erfolgen sollte. Es ist anzunehmen, daß, da im Haag die protestantischen Gesandten an Zahl weit überwogen, die Strömung der Meinungen in diesem Sinne rann. Sie vergaßen dabei, daß diese Mehrheit der

---

in den Actes de la paix de Ryswick t. IV, p. 146, §. 12: Exc. Legatio Caesarea commune Evangelicorum monitum ad articulum tertium executionem pacis in Imperio tantum concernens, ex hac ratione admittere recusavit, quod dicta executio in Imperio nil quicquam Galliam tangat, sed unice ad Caesarem et Imperium spectet.

[1]) Schluß des dritten Artikels: nisi quatenus nunc aliter expresse conventum fuerit. — Für die Darstellung des Herganges bis hierher liegt wesentlich der Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 5. November zu Grunde.

[2]) In der Schrift vom 4. November, in den Actes de la paix de Ryswyck t. IV, p. 145, §. 9.

Digitized by Google

Meinungen nicht auch die Kraft der Entscheidung verbürgte, daß vielmehr diese bei dem Mächtigsten stand.

Dem Verlaufe der Dinge nach liegt es vor Augen, daß dem Könige Ludwig XIV. jener Zusatz zum dritten Artikel, in den seine Botschafter nur zögernd gewilligt, sehr erwünscht gekommen sei. Denn eben dieser Zusatz, d. h. die letzten Worte: „in so weit nicht im Folgenden etwas Anderes ausdrücklich vereinbart wird" — eröffnete ihm die Thüre zur Einbringung eines ganz anderen Planes, als welchen die protestantischen Reichsstände sich gedacht. Jedoch wartete er damit bis zuletzt.

Im Laufe des Monates October meldete der schwedische Secretär Palmquist aus Paris: er vernehme aus sicherer Quelle, daß der Kurfürst Johann Wilhelm von der Pfalz, dem ein großer Theil der reunirten Gegenden wieder zufallen würde, in Versailles sich bemühe um die Sicherstellung der katholischen Religion in diesen Ländern durch einen Friedens-Artikel. Er warnte, man möge auf seiner Hut sein [1]).

Der König Wilhelm III. weilte den October hindurch in Loo. Mit besorgten Blicken schaute er von da aus auf den Gang der Dinge in Ryswyck. „Es thut mir leid zu vernehmen, schreibt er am 27. October an Heinsius, mit welcher Arroganz die Franzosen ihre unvernünftigen Forderungen gegen Kaiser und Reich aufrecht halten. Dennoch sehe ich zur Zeit kein anderes Mittel, als daß diese den Frieden schließen auf die Bedingungen hin, welche immer sie erhalten können. Denn, wenn die Frist ungenützt verstreicht, so ist offenbar die Folge dessen ein trauriger Wirrwarr im Reiche" [2]).

So Wilhelm III. am 27. October. Von der Absicht der Franzosen eine Forderung in Betreff der kirchlichen Angelegenheiten des Reiches zu erheben, hatte er an diesem Tage noch keine Kunde. Mochte immer die Warnung des Schweden Palmquist auch an den König Wilhelm gelangt sein: es lag darüber doch bis zuletzt nichts Bestimmtes vor.

Der Friede sollte geschlossen werden vor dem 1. November. Am 29. October hielten die Franzosen den gesammten Friedensentwurf

---

[1]) Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 5. November.

[2]) Grimblot t. I, p. 130.

Digitized by Google

fertig. Der vierte Artikel handelte von der Rückgabe der sogenannten Reunionen, schloß aber in dieser ihrer letzten Redaction mit dem bisher ungeahnten Zusatze: „so jedoch, daß die römisch-katholische Religion in diesen Gegenden in dem Stande verbleibt, in welchem sie zur Zeit sich befindet". Da Ludwig XIV. diejenigen Maßregeln, welche der Aufhebung des Edictes von Nantes entsprachen, auf alle sogenannt reunirten Länder ausgedehnt hatte: so sollte durch diese Clausel jene seine Willkür die völkerrechtliche Sanction erhalten. Jedoch nicht das allein war der Zweck. Es werden andere sofort hervortreten. Erst am Abende des 29. hatten die französischen Botschafter den Entwurf zu übergeben.

Noch vor der Uebergabe, im Laufe dieses Tages verlautete zu Ryswyck im Saale der Verbündeten, was bevorstehe. Eine heftige Erregung bemächtigte sich der Gemüther. Nicht jedoch wider die eigene Thorheit, die auf den guten Rath der Kaiserlichen nicht gehört, wandte sich der Zorn der Gesandten der protestantischen Reichsstände, und demgemäß auch das Mistrauen der anderen protestantischen Botschafter, sondern aus den Reden blickte der Argwohn wider die Kaiserlichen hervor, als seien sie mitschuldig. „Es war, melden sie dem Kaiser, als befänden wir uns vor einem peinlichen Halsgerichte. Der erste englische Botschafter und die Vermittler standen vor dem Camine, die anderen zwei Engländer und die Holländer saßen umher: das Wort dagegen führte der Brandenburger Schmettau und mit ihm einige andere reichsständische Gesandte. Sie drängten in uns eine schriftliche Erklärung zu geben, daß Ew. K. Majestät den Reichsgesetzen nicht zuwider handeln würden." Die Botschafter gaben die verlangte Erklärung. Wir Spätere erinnern uns dabei einer Thatsache, welche damals vielleicht nicht einmal diesen Botschaftern selbst bekannt war, nämlich daß im Jahre 1695 der Kaiser die Vorschläge Wilhelms III. in Betreff Straßburgs verworfen, weil er die kirchliche Verfassung von Straßburg gemäß dem westfälischen Frieden, das ist die Herrschaft des Protestantismus in der Stadt, zu schützen verpflichtet sei (S. 40 u. f.). Wenn aber auch den kaiserlichen Botschaftern in Ryswyck diese Thatsache unbekannt sein mochte: so hatte im Jahre 1696 der Kaiser durch sie kund gegeben, daß er in die französische Bedingung für die Rückgabe von Straßburg, den Stand der Religion dort zu

Digitized by Google

belassen, wie Ludwig XIV. ihn geordnet, nicht willigen werde, und vor dieser Weigerung des Kaisers hatte damals Ludwig XIV. die Bedingung fallen lassen (S. 256 und 259) [1]).

Dann erst, nachdem bereits die lebhafte Erörterung im Saale der verbündeten Mächte zu Ryswyck statt gefunden, erfolgte von Seiten der Franzosen durch die Vermittler die Ueberreichung des Friedensentwurfes. Jene verhängnisvolle Clausel im vierten Artikel machte alle Befürchtungen zur Wahrheit, oder überbot sie. Der Sturm in den Gemüthern schwoll an. Die Engländer, die Holländer trugen dennoch Bedenken, selbst zu den Franzosen darüber zu reden. Sie überließen diese Aufgabe den Vermittlern und den Kaiserlichen. Die Vermittler hoben hervor, daß die Forderung dem Gewissen der protestantischen Reichsstände zuwider laufe. „Dafür also, erwiederten die Franzosen, muthet man dem Könige zu, seinem Gewissen zuwider seine Glaubensgenossen preis zu geben? Dies Verlangen ist unbillig." Die Kaiserlichen machten verschiedene Gegenvorschläge. Man könne die Clausel auslassen, und die Sache der Vermittelung des Kaisers mit den protestantischen Reichsständen anheim stellen. Oder man könne die Clausel beschränken auf die unter der französischen Herrschaft erbauten Kirchen. Jegliche solcher Vorstellungen blieb fruchtlos. Die französischen Botschafter forderten die Unterschrift des von ihnen vorgelegten Entwurfes [2]).

Am Abende des 29. October stand die Alternative: entweder der Friede mit Inbegriff der Clausel, oder die Fortsetzung des Krieges, klar vor Augen.

Erst damals waren alle Gesandte der Reichsstände eingetroffen, und constituirten sich als Reichs-Deputation. Am Morgen des 30. October berief der kurmainzische Gesandte im Haag sie zusammen. Es handelte sich darum, einen allgemeinen Schluß zu fassen [3]). Da die Localität für die Versammlung nicht ausreichte, begab man sich hinaus nach dem Schlosse zu Ryswyck.

---

[1]) Meine Darstellung weicht in Einzelnheiten ab von derjenigen bei Neuhaus: Der Ryswycker Friede S. 276 u. f. — Ich folge den Berichten der kaiserlichen Botschafter.

[2]) Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 5. November.

[3]) Protokoll der Reichsdeputation vom 30. October.

Digitized by Google

Dort redete der kursächsische Gesandte, Freiherr von Bose, im Namen der protestantischen Reichsstände. „Es ist Allen bekannt, sagte er, mit welcher unerwarteten Clausel am gestrigen Abende die französische Friedens-Botschaft hervorgetreten. Die protestantischen Reichsstände haben heute darüber berathschlagt, und besonders erwogen, daß die Aufrechthaltung des westfälischen Friedens, namentlich in kirchlichen Dingen, fast die einzige Säule ist, auf welcher der Zusammenhalt des heiligen römischen Reiches beruht. Demnach kann die geringste Verletzung nichts Anderes nach sich ziehen als das Verderben und den völligen Zusammensturz. Deshalb richten die evangelischen Reichsstände an die katholischen das freundliche Ersuchen: sie wollen allen möglichen Fleiß anwenden, damit dieser Einbruch in den westfälischen Frieden verhütet werde; ja sie wollen, falls diese Bemühungen keinen Erfolg haben sollten, alsdann lieber zusammen mit den protestantischen Reichsständen den Krieg fortsetzen, als sich fügen in diese dem römischen Reiche nicht ehrenhafte Gewalt. Die Grundgesetze desselben, zu welchen namentlich die Wahl-Capitulation des römischen Königs Joseph (von 1690) gehört, lassen einen anderen Entschluß nicht zu. Wenn aber, wider Vermuthen, die katholischen Reichsstände darin nicht mit aller Kraft zu uns stehen sollten: so werden wir evangelische Stände uns ausländischen Mächten zuwenden, nämlich Schweden, Dänemark, Holland und England, und mit Hülfe derselben auf unsere Erhaltung zu gedenken uns genöthigt sehen. Denn, so wahr Gott ist, die evangelischen Stände können und werden den Frieden mit dieser Clausel nicht unterschreiben."

Auf diese Kundgebung ersuchten die Gesandten der katholischen Reichsstände zunächst allein sich berathen zu dürfen. Die Protestanten zogen sich zurück. Eine gemeinsame Antwort ward vorgeschlagen und dann einstimmig beschlossen. Nachdem die protestantischen Stände wieder eingetreten, trug der Gesandte für Kurmainz, der Freiherr von Schoenborn, die Antwort vor. Sie lautet: „Die katholischen Reichsstände haben bisher bei jeder Gelegenheit ihren Eifer für die Aufrechthaltung des westfälischen Friedens dargethan. Sie haben zu diesem Zwecke sogar die Einschaltung jener Worte: „„sowohl kirchlich wie weltlich"" (in sacris et profanis) in den dritten Artikel befürwortet. Sie beharren in dieser Intention, bezeugen mit Wahrheit, daß sie es

Digitized by Google

aufrichtig so meinen, und misbilligen, daß Frankreich uns die bekannte Clausel aufdringen will. Deshalb ist man auf katholischer Seite entschlossen, sowohl bei der kaiserlichen Botschaft wie bei den Vermittlern inständig sich zu verwenden, daß Frankreich bewogen werde abzustehen von dieser Clausel. Auch sind wir nicht ganz ohne Hoffnung des Gelingens".

„Was aber die Fortsetzung des Krieges anbetrifft, so wäre es zunächst die Aufgabe der evangelischen Reichsstände, nachzuweisen, mit welchem Erfolge sie geschehen kann. Denn bisher ist man jederzeit darin einig gewesen, daß dem Reiche allein diese Fortsetzung allzu schwer fallen würde. Es käme dabei namentlich in Betracht, auf welche Weise die vom Feinde zunächst bedroheten Reichsstände gedeckt, und wie sie sowohl dafür als für die Entschädigung in reeller Weise sicher gestellt werden können. Wenn dies geschieht, so werden die katholischen Reichsstände mit den evangelischen bis zur Erlangung besserer Bedingungen gern getreulich aushalten. In Ermangelung dessen aber kann namentlich den zunächst von Frankreich bedrohten Reichsständen nicht verdacht werden, daß sie sich bei gegenwärtigen allzu schlechten Umständen zu retten suchen, so gut es eben geschehen mag. Sie können es in diesem Falle um so eher, da doch jene Clausel nicht die Fundamental-Regel aufhebt, sondern nur eine Ausnahme von derselben statuirt."

Es erwächst hier die Frage, ob jene Rede des kursächsischen Gesandten Bose, welche den Religionskrieg mit Hülfe der fremden Mächte in Aussicht stellte, eine sichere Unterlage hatte. Wichtig für diese Frage ist vor allem die Ansicht des Königs Wilhelm. Heinsius berichtete ihm durch einen Courier den Stand der Dinge am 30. October. Der König antwortete am Morgen des 31 [1]).

„Beim Aufstehen, schreibt er, erhielt ich Ihren gestrigen Brief, der mich wegen einer positiven Antwort in große Verlegenheit setzt. Unzweifelhaft wäre es eher unsere Pflicht den Krieg fortzusetzen, als irgend ein Zugeständnis zu machen wider die freie Uebung des reformirten Glaubens. Wenn die Deputirten der Stadt Amsterdam und demgemäß die Stände von Holland" — diese Worte des Königs sind

[1]) Grimblot t. I, p. 130.

Digitized by Google

gewichtig — „aushalten wollen: so bin auch ich dazu geneigt, in der Hoffnung, daß das Parlament mir beistehen wird ein so frommes Werk auszuführen. Andererseits jedoch muß ich Ihnen offen meinen Zweifel bekennen, ob, mit menschlichem Auge angesehen, die protestantischen Fürsten und Staaten mit den katholischen in die Schranken treten können, namentlich zur Zeit, wo weder Schweden, noch Dänemark, noch die Schweizer Cantone zu uns stehen. Ich habe immer einen Religionskrieg gefürchtet, in der Besorgnis, daß zwischen Oesterreich und Frankreich ein geheimes Einverständnis bestehe, wie es zur Zeit nur zu augenscheinlich ist. Ich fasse nicht, wie Schweden als Vermittler eine so notorische Verletzung des westfälischen Friedens in Betreff der Religion gestatten kann, wie diejenige, welche Frankreich nun fordert. Diese Sache bringt mich in die höchste Verlegenheit. Gott gebe, daß vor Mitternacht, wo der Termin ablauft, ein Auskunftsmittel gefunden werde; denn dieser mein Brief gelangt ja doch nicht eher in Ihre Hände. Ich fürchte, daß die Gesandten der protestantischen Reichsfürsten die einzigen sind, welche die Unterzeichnung weigern; denn das würde über sie sehr ernsthafte Nachtheile bringen, und ich sehe nicht, wie wir ihnen mit genügender Schnelligkeit helfen und das Unheil abwenden können, welches Frankreich sicherlich über sie bringen würde. Ich sende durch diesen Courier meinen Botschaftern die Instruction, im gleichen Schritte zu gehen mit denen der Republik, so daß, wenn Sie Ihrerseits aushalten, wir von unserer Seite dasselbe thun."

Das Schreiben des Königs erneuert namentlich eine unerfreuliche Wahrnehmung, die seit dem Sommer des Jahres 1696 wiederholt sich dargeboten. Es ist die Disposition zum Argwohne gegen den Kaiser, dies Mal in der Form ausgedrückt, daß ein geheimes Einverständnis desselben mit Frankreich augenscheinlich vorliege. Dieser ganze Augenschein beschränkte sich auf die Vermuthung des Königs, für welche jeder thatsächliche Anhaltspunct fehlt. Die sämmtlichen Berichte der kaiserlichen Botschafter nach Wien legen dar, daß sie den Streich der französischen Politik, zu welchem wider ihr Abrathen der unbesonnene Eifer der protestantischen Reichsstände den Anlaß geboten, dennoch abzuwenden suchen. Es kam dazu für sie, entsprechend der Gesinnung des Kaisers, noch ein anderes Motiv, nämlich die Besorgnis vor dem Rückschlage, welchen, nach dem Geiste der Zeit, dieser französische

Digitized by Google

Streich auf die unschuldigen Katholiken in den protestantischen Ländern üben mußte [1]). Wilhelm III. hatte einst in Betreff der kirchlichen Politik Frankreichs ähnliche Erwägungen angestellt in Anlaß der Aufhebung des Edictes von Nantes.

Ludwig XIV. allein wußte in dieser Angelegenheit der Clausel von Ryswyck klar und genau was er wollte. Er wollte nicht eine Verlängerung des Krieges. Er wollte aus der Kriegesfurcht der Anderen herausdrücken was eben möglich. Und dieses Aeußerste war ihre eigene Einwilligung in den Zankapfel der Uneinigkeit, den er in das Reich zu werfen vorhatte. In solchen Fällen pflegte er richtig zu rechnen.

Jeglicher Vorschlag einer Milderung oder Aenderung der Clausel wurde von den drei französischen Botschaftern kurz zurückgewiesen. Sie beriefen sich wie immer auf den bestimmten Befehl des Königs.

Es handelte sich also um die andere Frage, diejenige der Fortsetzung des Krieges. Wir haben in dem Schreiben des Königs Wilhelm an Heinsius beobachtet, daß auch für diese Frage wieder die Entscheidung stand bei der Stadt Amsterdam. Diese würde die Provinz Holland, die Provinz Holland die gesammte Republik, die Republik den König und somit England nach sich gezogen haben. Es liegt keine Andeutung vor, daß die Bürger von Amsterdam, außer in Worten, sich die Sache sehr zu Herzen genommen. Wenn die Frage der Fortsetzung des Krieges, wie Wilhelm III. in seinem Schreiben annimmt, am 30. October dort formell erwogen ist: so beweist der Fortgang des Tages, daß das Ergebnis verneinend ausgefallen. Die protestantischen Stände des Reiches hatten zwar am Morgen gegenüber den katholischen in hohen Worten geredet; aber auch von ihrer Seite brachte der Fortgang des Tages den Beweis, daß diese Worte die Entschlüsse überragten.

Da die französischen Botschafter sich weigerten die Clausel zu ändern: so hielten die kaiserlichen ihnen entgegen, daß die protestantischen

---

[1]) Collectiv-Bericht vom 5. November. Darin: Wir haben nichts unterlassen, als die französische Gesandtschaft mit angeregter Clausel in der Mediatorum Anwesenheit losgebrochen, und wir vieler Ursachen halber zu besorgen gehabt, ob anstatt des Religions-Eifers sie nicht ein ander gefährliches Absehen darunter hegen möchte, stracks selbiges Mal und nachgehends, allein und in Anderer Gegenwart, fürzukehren, was zu Erhaltung guter Einigkeit im Reiche und Verhütung anderweitiger Verfolgung der Katholiken gereichen möge.

Digitized by Google

Gesandten sich auf den Mangel einer Vollmacht für eine so unerwartete Zumuthung beriefen. Dieser Einwand fand Gehör. Die Franzosen erwiederten, daß sie für die Unterschrift den Zusatz gestatteten: unter Hoffnung der Genehmigung, oder auch überhaupt Frist lassen würden bis zur Ratification des Friedens-Vertrages durch den Kaiser. Bis dahin solle ein Jeder des Friedens genießen, jedoch der dann noch sich Weigernde im Kriegszustande mit Frankreich sich befinden. Für Brandenburg ward ausdrücklich bestimmt, daß in diesem Falle der Einschluß in den Frieden vom 20. September mit Holland und England erlösche.

Die Mitternacht war längst vorüber: es graute bereits der Morgen des 31. October, als endlich man zur Unterzeichnung gelangte. Nur sehr wenige der protestantischen Gesandten betheiligten sich. Die Mehrheit der anderen reichte einige Tage später, am 4. November, eine Darlegung der Gründe ein, weshalb sie nicht unterzeichnen könnten. Sie hoben die zahlreichen Widersprüche hervor, welche obwalteten zwischen dieser Clausel einerseits und andererseits dem westfälischen Frieden, der französischen Garantie desselben, den Präliminarien vom 10. Februar 1697, und vielem Anderen [1]). Das Alles war richtig; aber es berührte nicht den Kernpunct der Sache. Dieser Kernpunct war die Uebermacht des Königs von Frankreich, welcher die Clausel vorgeschrieben, mit wohl erwogener Voraussicht der Protestationen, die man erheben würde, und mit dem Entschlusse sich um sie nicht zu kümmern. Vielmehr waren ihm die Protestationen lieb. Denn je häufiger, je schärfer sie erklangen: desto sicherer war er, einen tiefen Keil der Zerklüftung in die Fugen der Allianz getrieben zu haben. Er hatte dies oft versucht, indem er den Kaiser zu locken trachtete mit dem Trugbilde der Vertheidigung der katholischen Religion. Es war ihm nicht gelungen. Hier hatte sich ihm die Gelegenheit geboten, zwischen den Protestanten aller Schattirungen ein Mistrauen zu erregen wider den Kaiser. Und sofort liehen sie das Ohr.

Denn ungeachtet der vor Augen liegenden Thatsache, daß das einzige Mittel zur Abwehr der Clausel bestanden hätte in einem geschlossenen Auftreten der gesammten Allianz wider eine solche Zumuthung, dauerte noch längere Zeit der Verdacht, daß die Kaiserlichen

[1]) Actes de la paix de Ryswyck t. IV, p. 143 et suiv.

Digitized by Google

heimlich vorher darein gewilligt. Wir haben diesen Verdacht von Wilhelm III. vernommen, in seinem Schreiben an Heinsius vom 31. October, und zwar so bestimmt ausgesprochen als läge hier eine erwiesene Thatsache vor. Wir werden erfahren, daß schon wenige Tage später, am 5. November, der König in einer Audienz des kaiserlichen Botschafters nicht etwas vorbringt, was dem Kaiser gegenüber einem Vorwurfe gleich sähe, sondern wieder, wie einst, dem Vertrauenden entgegen tritt mit Vertrauen. Und doch hatte innerhalb dieser wenigen Tage die Stimmung des Mistrauens und des Argwohns, welcher bereits das Schreckbild des Religionskrieges empor steigen sieht, in ihm eine unsäglich bittere Frucht getragen. Innerhalb dieser wenigen Tage vergaß Wilhelm III. seinen königlichen Beruf als des Schützers der Rechte aller seiner Unterthanen. Er handelte, als wäre er englisch-protestantischer Parteimann wider das katholische Irland. Die Gesinnung dauerte nur für diese kurze Zeit weniger Tage. Allein was innerhalb derselben geschah, ward entscheidend für lange Zeit, zum unendlichen Jammer einer ganzen Nation.

Wir gelangen hier an ein sehr merkwürdiges Beispiel, wie die Geschicke der Völker sich verflechten und verweben. Wir haben diesem bisher völlig unbekannten Zusammenhange der Dinge nachzugehen, ihn uns klar zu machen.

Im Sommer 1697 war das irische Parlament versammelt. Die Wogen der Leidenschaft desselben gegen die Katholiken rollten hoch daher wie nur je zuvor. Im Juli erfolgten harte Beschlüsse. Ein Protestant, der eine katholische Frau heirathe, solle ausgeschlossen sein von jedem öffentlichen Amte. Eine Protestantin, die einen Katholiken heirathe, solle die Hälfte ihres Vermögens verlieren. Es sollen fortan keine Ordensgeistlichen mehr geduldet werden, sondern nur noch Weltpriester. — „Auch die beiden ersten Beschlüsse sind hart, berichtet Hoffmann. Da sie jedoch nicht direct die Religion betreffen, wie der dritte, so habe ich nur über diesen mich beschwert. Aber Shrewsbury erwiedert: er vermöge nichts zu thun“ [1]).

[1]) Hoffmanns Bericht vom 30. Juli.

Digitized by Google

Die Beschlüsse wurden erneut. In den ersten Tagen des Monates September ging durch beide Häuser des irischen Parlamentes eine Acte, welche sämmtliche Ordenspriester und kirchliche Würdenträger aus Irland verbannte. Sie wandten sich mit flehender Klage an den kaiserlichen Residenten Hoffmann in London. Da keiner der Staats-Secretäre Shrewsbury und Trumball sich dort befand, richtete Hoffmann seine dringenden Vorstellungen an das auswärtige Amt. Er setze voraus, sagte er, daß die Statthalterschaft in Irland vom Könige den Befehl habe, eine solche Bill nicht zu genehmigen. Die Antwort klang nicht ermuthigend. Die Ordensgeistlichen, hieß es, verdienten nicht eine solche Verwendung des Kaisers. Erst kürzlich sei ein Benedictiner, Namens Harrison, für dessen Haftnahme, wegen des Verdachtes der Betheiligung an dem Mordplane vom Februar 1696, die Proclamationen den Preis von tausend Pfund Sterling aussetzten, zum General des Ordens erwählt. Die Erwiederung, daß die Schuld nicht erwiesen, zog die andere nach sich, daß in jedem Falle die Wahl nicht der Vorsicht entspräche. Hoffmann eilte zum Bischof Leyburn. Dieser erwiederte: „Die Thatsache ist in so weit richtig, daß Harrison zum Prior des englischen Conventes der Benedictiner in Paris erwählt ist. Ich habe dies eben so ungern vernommen, wie einst die Wahl des Paters Peters, nach seiner Flucht von hier, zum Rector des Collegiums in St. Omer" [1]). Hoffmann begab sich zu dem in London weilenden Superior der Benedictiner. Einige Wochen später konnte er melden, daß der Orden, obwohl er den Pater Harrison für unschuldig halte, dennoch, um nicht den Vorwand zu einer Verfolgung zu geben, ihm das Priorat wieder genommen und einen entlegenen Ort zum Aufenthalte angewiesen habe [2]).

Die weiteren Erkundigungen Hoffmanns ergaben, daß in Irland sich etwa eintausend Ordensgeistliche befanden, Weltpriester zwischen vier- und fünftausend. Man hatte geltend gemacht, daß die Acte nur die Ersteren betreffe, nicht die Weltgeistlichkeit, daß die Orden dem Volke zur Last gereichten, daß die Weltpriester selbst ihre Entfernung wünschten. Von der Weltgeistlichkeit aus erging dagegen eine Schrift

[1]) Bericht vom 1. October.
[2]) Bericht vom 28. November.

Digitized by Google

an Hoffmann, des Inhalts, daß diese Acte die Weltprieſter eben ſo ſehr betreffe, wie die Ordensleute, daß ſie abziele auf die Ertödtung der katholiſchen Kirche. Denn nach derſelben dürfe kein Biſchof, kein Dechant, oder überhaupt kein geiſtlicher Würdenträger länger als noch eine kurze Friſt in Irland weilen, und werde, im Falle der Wiederkehr, bedroht mit der Strafe des Hochverrathes. Demgemäß, da ein Erſatz der Prieſter nicht möglich, würden die Pfarren verwaiſen, die römiſch-katholiſche Kirche zu Grunde gehen [1]).

Hoffmann in London eilte zu dieſem, zu jenem. Sie zuckten die Achſeln. Die Entſcheidung, ſagten ſie, ſtehe nur bei dem Könige. Er begab ſich zu Sunderland. Dieſer erwiederte: er vermöge in der Sache ſo viel oder ſo wenig, wie ſein Lakai. Er halte die auch dem Vertreter des Kaiſers längſt bekannte Erfahrung entgegen, daß die Strafgeſetze niemals nach der Schärfe, vielmehr gar nicht ausgeführt würden. Wolle jedoch Hoffmann einen weiteren Schritt thun: ſo habe er nirgends anderswohin ſich zu wenden als an den König [2]).

Bereits vorher hatte Hoffmann den Grafen Auersperg im Haag von der Sachlage in Kenntnis geſetzt. Der König befand ſich damals in Loo. Dahin richtete Auersperg ſeine Verwendung. Die erſte ſeiner Bitten betraf einen Schutzbrief für den Erzbiſchof von Ancyra i. p. i., der im Auftrage des Kaiſers nach Perſien und Indien ging. Die Bitte ward vollaus gewährt. Lord Lexington hatte von Wien aus an ſeinen Bericht über dieſe Bitte den Hinweis geknüpft, daß ſie dem Könige die geeignete Gelegenheit biete zu Gunſten der Proteſtanten in Ungarn zu reden, die, wie Lexington meldet, barbariſch behandelt würden [3]). Die Acten ergeben nicht, daß der König Wilhelm dieſen Rath befolgt habe. Es iſt daher anzunehmen, daß er die Meldung nicht als richtig angeſehen. Und in der That iſt ſie unvereinbar mit den eigenen Worten des Kaiſers, die wir einige Jahre früher vernommen (Bd. V, S. 192). Daß die Berichte des Lords Lexington, ſo bald ſie das kirchliche Gebiet berührten, nicht immer zuverläſſig waren, mochte dem Könige aus dem Jahre zuvor noch in lebendiger Erinnerung ſein.

---

[1]) Anlage V.
[2]) Bericht vom 8. October.
[3]) Lexington Papers p. 272.

Digitized by Google

Aber die wichtigere Verwendung des Grafen Auersperg betraf die Klostergeistlichkeit in Irland. Er berief sich auf die Verheißungen des Königs beim Beginne seiner Regierung, so wie auf die Capitulation von Limerick. Es war zu Anfang October. Er erhielt von dem Secretär Blathwayt eine Antwort, die nicht wie einst auf diese Berufung einging. „Der König, hieß es darin, wird auf die Wünsche des Kaisers alle Rücksicht nehmen. Es soll in Betreff der Erziehung der Kinder von katholischen Eltern nichts geschehen, was Ihnen einen Anlaß zur Beschwerde geben könnte. Dagegen wird die Ausweisung der Ordensgeistlichen den Weltpriestern eine Erleichterung sein. Die Ersteren sind sämmtlich Werkzeuge Frankreichs und arbeiten nur für unseren gemeinsamen Feind. Ich glaube nicht annehmen zu müssen, daß der Nachwuchs von Weltpriestern in irgend einer Weise beschränkt werde. Uebel unterrichtete Leute haben getrachtet, durch die Angabe des Gegentheils Sie voreinzunehmen" [1]).

Es scheint, daß gegenüber einer so hochfahrenden Unkunde der Gesandte jeglichen weiteren Versuch durch das Medium dieser Persönlichkeit für zwecklos gehalten hat. Er harrte der Ankunft des Grafen Portland. „Ich bitte Sie, sagte er diesem, zu erwägen, welchen übelen Eindruck die Sanction der Bill in Irland bei dem Kaiser und bei allen katholischen Mächten hervorrufen wird. Ich darf dabei nicht unterlassen hinzuweisen auf die Verpflichtung, welche dem Kaiser gegenüber der König beim Beginne der Allianz auf sich genommen, so wie auf seine den armen Irländern gemachten Versprechungen." Portland erwiederte: die Austreibung der Ordensleute schädige nicht die katholische Religion. Dagegen gereichten die Orden dem Volke zur Last. Auersperg wies darauf hin, daß vor zwei Jahren in derselben Angelegenheit die Verwendung des Kaisers nicht fruchtlos geblieben: er hoffe es auch dies Mal. — Portland erwiederte: „Wenn Sie diese

[1]) Le Roy aura de grands égards pour tout ce que souhaitera S. M. I. Il ne se fera rien pour l'éducation des enfants des catholiques, à quoy vous pourrez trouver à redire. Le bannissement des prestres Réguliers soulagera les Séculiers. Les premiers sont tous missionnaires de la France, et ne travaillent que pour nos ennemis communs. Je ne scaurois croire que la succession des autres soit aucunément défendue. Des gens mal informés vous ont voulu prévenir du contraire. Vom 3. October. — Man vergleiche das Schreiben Blathwayts in den Lexington Papers p. 304.

Digitized by Google

Ordensleute näher kennten, so würden Sie für dieselben sich nicht so verwenden". — „Immerhin, versetzte Auersperg, mag es darunter den einen oder den anderen Schuldigen geben; aber hier werden Alle getroffen, auch die Unschuldigen mit" [1]).

Der von Portland hier erhobenen Anklage wider die Klostergeistlichkeit kann noch eine andere und stärkere Erwiederung entgegen gestellt werden, als diejenige des Grafen Auersperg.

Im folgenden Jahre sandte Ludwig XIV. den Grafen Tallard als seinen Botschafter nach London. Die Instruction desselben wies ihn an, nicht sich mit englischen Ordensleuten in Beziehung zu setzen. Theils seien sie der englischen Nation gehässig; andererseits, wie berichtet werde, viele gänzlich dem Könige Wilhelm ergeben. „Im Allgemeinen, heißt es dann, schienen sie sämmtlich unter der vorigen Regierung mehr die eigenen Interessen im Auge zu haben, als diejenigen der Religion" [2]).

Da uns Späteren aus den Handlungen Ludwigs XIV. und seines Botschafters Barillon zur Zeit Jacobs II. in England offen vorliegt, was sie verstanden unter den Interessen der Religion, nämlich die französische Politik: so enthalten jene Worte das Zeugnis, daß die Ordensleute von England für die Politik Ludwigs XIV. nicht verwendbar waren. Das Zeugnis ist, wenn auch nicht im Sinne Ludwigs XIV., für die damalige Klostergeistlichkeit höchst ehrenvoll. Nach Maßgabe aber der Verhältnisse fällt dies Zeugnis von Ludwig XIV. für die Ordensgeistlichkeit schwerer ins Gewicht, als jene durch Portland ausgesprochene Anklage wider dieselbe.

Allein die in Irland beschlossene Bill beschränkte sich nicht auf die Ordenspersonen. Der Graf Auersperg wies den Grafen Portland darauf hin, daß sie alle geistlichen Würdenträger umfasse. „Sie werden von unserer Religion so viel wissen, sagte er, daß wir, wo uns die Bischöfe fehlen, auch keine Priester mehr haben können." Portland hielt entgegen, daß zum Zwecke der Priesterweihe einigen Bischöfen die Reise nach Irland verstattet werden könne [3]).

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 18. October.

[2]) Grimblot t. I, p. 281. Die Instruction ist vom 2. März 1698.

[3]) Auerspergs Bericht vom 18. October.

Digitized by Google

Auersperg erkannte, daß alle Bemühungen zur Zeit fruchtlos blieben. Er bat den Kaiser, dem Lord Lexington in Wien dringend zureden zu lassen[1]).

Das Schlimmste indessen stand noch aus.

Das irische Parlament beschloß eine neue Bill, unter dem Titel: zur größeren Sicherheit der Person des Königs. Diese Bill forderte von Allen ohne Unterschied die Ablegung des Supremat-Eides, dessen Wortlaut den König als das Oberhaupt der Kirche anerkennt, mithin unvereinbar ist mit der katholischen Religion. Die Weigerung sollte nach sich ziehen die Anwendung des Strafgesetzes unter dem Titel Praemunire, nämlich Gefängnis der Person des Weigernden und Confiscation des Vermögens. Am 12./22. October traf die Nachricht des Beschlusses dieser Bill in London ein.

Hoffmann eilte sofort zu Trumball. „Im Namen des Kaisers, rief er, erhebe ich meine Vorstellungen gegen die unerhörte Grausamkeit, welche dieses Gesetz über eine ganze Nation verhängen würde." In derselben Weise redete er zu Sunderland.

Es ist von Interesse, hier die Erwägungen Hoffmanns zu vernehmen.

„Ich weiß nicht, meldet er dem Kaiser, was ich über dieses ganze Verfahren urtheilen soll. Bisher hat man alle Ursache gehabt, das maßvolle Verhalten des Königs in der Religionssache zu rühmen. Nun scheint es, daß man hier eben so hitzig und grausam sein wolle, wie die Nachkommen der Cromwellianer in Irland. Ich möchte geneigt sein anzunehmen, daß die englischen Mitglieder der Regierung in Irland vorgehen auf eigene Hand. Allein unter ihnen befindet sich auch der Graf Galway, welcher als geborner Franzose, durch die Gunst des Königs emporgehoben, viel zu besonnen ist, sich in etwas einzulassen, wodurch er diese Gunst verscherzen könnte. Demnach werde ich gedrängt zu der Annahme, daß die Regierung dort handelt auf ausdrücklichen Befehl. Andererseits gibt das Verhalten von Trumball und Sunderland auf meine Vorstellungen die Bedenken kund, welche sie hindern, im geheimen Rathe gegen die Bill aufzutreten. Sie fürchten die Verantwortung vor dem Könige, und, jedenfalls mehr

[1]) Die gedruckten Lexington Papers enthalten darüber keine weitere Meldung.

Digitized by Google

noch, vor dem Parlamente. Und eben dieſe ihre Behutſamkeit bringt mich auf die Vermuthung, daß der Plan vorliegt die katholiſche Religion in Irland zu vertilgen, weil ſie glauben, dadurch jeglichen Aufſtand dieſer Nation für die Zukunft zu verhüten“ [1]).

Dennoch ſchien in den nächſten Tagen der Eifer nachzulaſſen. Am 14./24. October kam die Bill im geheimen Rathe der Regentſchaft in London zur Verhandlung. Man fand ſie zu hart. Es ward beſchloſſen ſie zu mildern. Es erwuchs die Hoffnung, daß ſtatt eines zwingenden Geſetzes eine Aſſociation errichtet würde, ähnlich der engliſchen Aſſociation nach dem Mislingen des Mordplanes vom Februar 1696, ſo daß der Beitritt oder Nicht-Beitritt frei blieb. Immerhin möchte der letztere den Ausſchluß der Katholiken von allen öffentlichen Aemtern nach ſich ziehen; aber dies würde nichts Anderes ſein als die Erhebung einer Thatſache zum Geſetze [2]).

In den nächſten Tagen ſtieg nicht bloß dieſe Hoffnung, ſondern auch diejenige auf die Milderung der erſteren Bill. Der Graf Kaunitz hatte zu den engliſchen Botſchaftern im Haag mit ſolcher Wärme geredet, daß der Eindruck auch bei der Regentſchaft in London für Hoffmann deutlich wahrnehmbar war [3]).

Am ſelben Tage jedoch, an welchem die Regentſchaft in London ihrerſeits mehr noch als zuvor auf die Milderung der iriſchen Bill bedacht war, verlautete im Haag die Kunde der Religions-Clauſel, welche der König von Frankreich dem vierten Artikel des Friedens-Vertrages mit dem Reiche eingefügt. Die Stimmung des Königs Wilhelm III. darüber hat ſich uns kund gethan in ſeinem Schreiben an Heinſius vom 21./31. October, vor allem darin ſein Argwohn einer Colluſion der kaiſerlichen Botſchafter mit den franzöſiſchen in Betreff jener Clauſel. In dieſer Stimmung ſanctionirte der König Wilhelm III. jene zweite iriſche Bill. Die Sanction der Bill und die Nachricht des Friedensſchluſſes zwiſchen Kaiſer und Reich einerſeits, Ludwig XIV. andererſeits, trafen mit derſelben Poſt, im Anfange November, in London ein [4]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 12./22. October.
[2]) Desgleichen vom 15./25. October.
[3]) Desgleichen vom 19./29. October.
[4]) Desgleichen vom 2./12. November.

Digitized by Google

„Die einzige Milderung, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, ist die, daß die Ausführung dieses grausamen Gesetzes abhangen soll von dem Willen und Gutbefinden des Königs. Nun hat man zwar Ursache von dem Könige zu hoffen, daß, so lange es bei ihm steht, das Gesetz nicht zur Ausführung gelangen werde. Allein es ist einmal ein Gesetz, und darum auch früher oder später die Ausführung unvermeidlich. Denn nur der Form wegen hat man es sicherlich nicht gemacht. Die Irländer, die sich hier befinden, sind tief gebeugt. Sie wünschen nur noch über das Wenige, das sie besitzen, verfügen zu dürfen, um dann auszuwandern".

Jene Milderung, deren Hoffmann gedenkt, daß die Ausführung abhangen solle von dem Gutbefinden des Königs, war allerdings von hohem Werthe. Einstweilen gelangte das Gesetz nicht zur Ausführung. Wir werden später zu vernehmen haben, daß der Kaiser es bei den Protesten Hoffmanns nicht bewenden ließ, und es wird uns dann die Antwort entgegen treten, daß der König, bei der Stimmung in Irland, seine Sanction nicht habe versagen können. Allein es bleibt die gewichtige Thatsache, daß er diese Sanction gegeben innerhalb der wenigen Tage, wo auf ihm jener, am 31. October zu Heinsius ausgesprochene, ungerechtfertigte Argwohn wider den Kaiser lag.

Wie hatte der König einst, noch vor der Aufhebung des Edictes von Nantes, klar und bestimmt die Consequenz der kirchlichen Politik Ludwigs XIV. erfaßt! Eben darum, weil dieser König die Schärfung und Schürung der kirchlichen Gegensätze ausnutzte für seine Politik, hatte damals der Oranier als seine Aufgabe erkannt ein conciliatorisches Verhalten (Bd. III, S. 110 u. f.). Und nun war es gerade er, der in diesem Falle die Berechnung Ludwigs XIV. noch übertraf. Dieser König bezweckte, aller Wahrscheinlichkeit nach, mit jener Clausel die Aussaat des Haders im Reiche. Daß er dadurch auch in Betreff der künftigen Stellung von England und Irland zu einander einen Gewinn für seine Art von Politik ernten werde, hatte er wohl kaum vorher mit in Anschlag bringen können.

Der König Wilhelm III. handelte so, wie er gethan, in den Stunden der Leidenschaft, die ihm einen Religionskrieg vorspiegelte, weil er sich hatte verleiten lassen, irre zu werden an dem Kaiser. Es war nicht geschehen auf Grund von Thatsachen, und darum beharrte

Digitized by Google

er nicht in diesem Irrthume. Die Anträge, welche der Graf Auersperg im Namen des Kaisers wenige Tage später, am 5. November, in Loo ihm eröffnete, und welche wir, dem Zusammenhange der Dinge gemäß, erst später ersehen werden, ließen keinen Boden übrig für einen Vorwurf irgend welcher Art wider den Kaiser. Auersperg fügt seinem Berichte über diese Audienz ausdrücklich hinzu, daß der König der Ryswycker Clausel keine Erwähnung gethan[1]).

Wir dürfen daher annehmen, daß bereits an diesem Tage die bessere Einsicht in Wilhelm III. wieder die Oberhand gewonnen. Allein diese bessere Einsicht hob den Act, den er in der Leidenschaft des Irrthumes und des Argwohnes vorher vollzogen, nicht mehr hinweg. Die Sanction der Bill war auf dem Wege nach Dublin.

Wenn für das Irrewerden des Königs an dem Kaiser etwas zur Entschuldigung gereichen kann: so ist es die Wahrnehmung, daß er in Loo nicht frei war von dem Einflusse, den die brieflichen Mittheilungen Anderer auf ihn ausübten. Und wiederum waren diese Anderen nicht unabhängig von der Einwirkung der französischen Botschafter.

Wir sehen diese Botschafter nach mehr als einer Richtung hin thätig in dem Aussäen von Mistrauen und Zwietracht. Sie warfen gelegentlich die Aeußerung hin: der König von England werde bald ein guter Freund ihres Königs sein, und werde dessen bedürfen. Denn Frankreich werde ihm den Plan offen legen, den das Haus Oesterreich wider ihn schmiede[2]).

Ganz besonders tritt diese Thätigkeit der Franzosen, so wie die Wirkung derselben auf die Persönlichkeiten im Haag, uns entgegen in Anlaß der Ryswycker Clausel.

Einer der englischen Botschafter, Lord Villiers, damals von Wilhelm III. zum Grafen Jersey ernannt, trat zu dem Grafen Auersperg. Da dieser nicht Friedens-Botschafter, sondern Gesandter

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 5. November.

[2]) Auersperg an Kinsky, den 24. September: Je sais de bonne part que les François débitent que le roy G. sera bientôt leur véritableami, et qu'il aura besoin d'eux, puisqu'ils luy découvriront le dessein que la maison d'Autriche a contre luy. V. E. verra par là comme ces gens-là tâchent ànous désunir.

Digitized by Google

bei Wilhelm III. war: so hatte er über die drei anderen Kaiserlichen, Kaunitz, Stratemann, Seilern, den Vortheil voraus, bei einem etwaigen Vorwurfe nicht persönlich betheiligt zu sein. Jersey begann in der Weise, die wir in Fällen solcher Art damals bei den Engländern häufig bemerken, nicht zuerst fragend, sich erkundigend, sondern vorwerfend, anklagend. „Ich kann nicht zweifeln, sagte er, daß der Kaiser seinen Botschaftern Befehl gegeben, sich unter der Hand mit den Franzosen zu verständigen. Ich versichere Ihnen, daß dies in England eine sehr übele Wirkung thun wird, und es ist noch nicht abzusehen, wie das Parlament es aufnehmen werde." — Auersperg erwiederte: „Sie thun dem Kaiser schweres Unrecht. Sie selber erkennen zu wohl, daß, nachdem einmal durch den besonderen Abschluß vom 20. September die Trennung erfolgt, Frankreich so überlegen dastand, daß es jede Forderung durchzudrücken vermochte. Der Kaiser hat durch mich dem Könige eben jetzt wieder, wo ich gerade von Loo zurückkomme, seinen Wunsch zu erkennen gegeben, mit ihm im Bunde und guter Einigkeit zu bleiben. Demnach ist ein Verständnis seinerseits mit Frankreich undenkbar. Da vielmehr, wie gesagt, nach dem 20. September für uns allein nichts mehr durchzusetzen möglich war: so haben Sie, England und Holland, sich selber allein beizumessen, was da geschehen ist". — Jersey entgegnete: „Aber die französischen Botschafter haben mir gesagt, daß sie dem Andringen der Kaiserlichen und der Kurpfälzer nicht haben widerstehen können". Der Bericht Auerspergs läßt nicht ersehen, daß er auf diese letzten Worte eine Erwiederung für erforderlich gehalten [1]).

Mit gleicher Bereitwilligkeit des Glaubens an das was sie nach französischer Absicht glauben sollten, sehen wir andere Engländer im Haag angethan, wie den Secretär Blathwayt, den poetischen Diplomaten Prior, welche demgemäß die eigenen Vorurtheile ausbreiteten auch nach anderen Richtungen, namentlich nach England [2]). Nach den Berichten Hoffmanns in London redete man dort ganz ähnlich wie Jersey im Haag.

Nicht anders viele Holländer. Dykvelt trat zu Auersperg. „Ich vermag nicht Ihnen auszudrücken, begann er, welch ein Geschrei diese

[1]) Auerspergs Bericht vom 8. November.

[2]) Die Briefe derselben in den Lexington Papers p. 315.

Digitized by Google

Sache in allen Provinzen der Republik erregt. Wir haben dies um den Kaiser nicht verdient. Die Franzosen behaupten: die Clausel sei ihnen abverlangt worden. Sie geben Einzelnheiten darüber an." — Auersperg erwiederte ihm in derselben Weise, wie dem Grafen Jersey. „Wie mit dem Könige, sagte er, so wünscht auch mit der Republik der Kaiser in gutem Verständnisse zu bleiben. Ich frage Sie also, wie mit diesem Wunsche jener Verdacht vereinbar ist" [1]). Es gelang ihm, diesem Holländer jeglichen Argwohn in Betreff des Kaiserhofes selbst, so wie der Botschafter Kaunitz und Stratemann zu benehmen, nur nicht in Betreff des dritten, des Freiherrn von Seilern [2]). Die Briefe dieses Gesandten an den Grafen Kinsky in Wien ergeben, daß Dykvelt oder wer immer sonst den Verdacht gegen ihn hegte, dennoch Bedenken getragen haben muß, die Anklage ihm selber auszusprechen. Seilern redet über die Angelegenheit eben so unbefangen wie Auersperg.

In Wahrheit hätte den kaiserlichen Botschaftern, wenn sie einer Mitwirkung an dem Einbringen dieser Clausel sich schuldig wußten, nicht ein Lob des Kaisers in Aussicht gestanden. Wir haben uns nicht bloß, wie bereits geschehen, zu erinnern an die Art und Weise, in welcher Leopold im Jahre 1695 den Vorschlag Wilhelms III. aufnahm, die Stadt Straßburg dem Fürstbischofe zu überlassen (S. 256 u. f.), wie er damals seine beschworene Kaiserpflicht entgegen stellte, die Protestanten von Straßburg zu schützen und zu erhalten in dem Genusse der Rechte des westfälischen Friedens. Diese Ryswycker Clausel brachte noch etwas ganz Anderes mit sich. Von einer fremden Macht dictirt, war sie ein Eingriff in die Unabhängigkeit des Reiches, demnach ein Schlag auf die Autorität des Kaisers. Eben darum hatten seine Botschafter dem Eifer der protestantischen Reichsstände vorher ihre Mahnung und Warnung entgegen gehalten, sie gebeten nicht einen Schritt zu thun, welcher für Frankreich ein Thor eröffnen würde zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Reiches.

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 8. November.

[2]) Desgleichen. In einem Privatschreiben an Kinsky sagt Auersperg: Dykvelt m'a dit de plus qu'il savoit bien que ny les comtes de Kaunitz et de Stratemann, ny la cour impériale même, n'étoient pas cause de ce qui est passé sur le point de religion; mais il jette toute la faute à M. le baron de Seilern, disant qu'il n'ignoroit pas les discours que ce ministre a tenus.

Digitized by Google

Die Clausel war ferner unvereinbar mit dem conciliatorischen Streben der kirchlichen Reunion, an welchem der Kaiser Leopold festhielt auch nach dem Tode des Bischofs Spinola. Diesem hatte er auf dem Stuhle von Wiener-Neustadt einen Nachfolger ernannt in dem Grafen Leopold von Buchaim, ausgerüstet mit denselben Instructionen. Die Erbitterung, welche diese Clausel bei den Protestanten hervorrufen mußte, war für diese conciliatorischen Plane ein schweres Hemmnis. Wir haben bereits die politische Stellung zu England und Holland berührt, welche, wenn dem Kaiser oder seinen Botschaftern in dieser Angelegenheit ein Vorwurf mit Recht zu machen war, darunter nur leiden konnte. Der Kaiser begnügte sich daher nicht mit den Berichten, in denen seine Botschafter die Angelegenheit der Clausel neben vielen anderen behandelten: er verlangte einen besonderen eingehenden Bericht über diese Angelegenheit [1]).

Bei den protestantischen Reichsständen überwog nach und nach die Erkenntnis, daß, bei dem Mangel eines festen Stützpunctes für sie, der überlegenen Macht Frankreichs gegenüber alle Protestationen fruchtlos bleiben würden. Einer nach dem anderen sandte innerhalb der offen gehaltenen Frist seine Zustimmung ein. Aber für lange Zeit noch blieb die gereizte Stimmung über den Verlust, oder richtiger den Nicht-Wiedergewinn von etwa siebenhundert Kirchen für den Protestantismus, und in enger Verwandtschaft damit der Argwohn wider den Kaiser [2]). Denn allerdings war ja der Kurfürst von der Pfalz, über dessen Thätigkeit in der Richtung der Clausel am Hofe von Versailles schon im Laufe des Monates October die Berichte vorlagen, ein Schwager des Kaisers. Er hatte durch diese Angelegenheit seinem kaiserlichen Verwandten einen ähnlichen Undienst erwiesen, wie drei Jahre zuvor durch die Beredungen von Steckborn bei Zürich. Um so größer also der Erfolg Ludwigs XIV. in dieser Angelegenheit.

Es ist darum von Wichtigkeit den Plan Ludwigs XIV. bei dieser Clausel noch mit einigen Strichen zu beleuchten.

---

[1]) Collectiv-Bericht vom 19. December.

[2]) Pütter: Historische Entwickelung der heutigen Staatsverfassung des Reiches, Theil II, S. 300. Pütter sagt, im Jahre 1788: „Es hat bis auf den heutigen Tag nicht verwunden werden können".

Digitized by Google

Der Plan dieser Clausel ist, von der politischen Seite betrachtet, ein Ausfluß des Grundgedankens der französischen Staatsraison damaliger Zeit, nämlich die eigene Macht zu kräftigen vermittelst der Erregung von Zwietracht und Feindschaft bei den Nachbaren.

Als das hauptsächliche Mittel, die Nachbarländer durch confessionelle Zwietracht in sich zu zersetzen und zu lähmen, hatte die französische Politik bis dahin benutzt den Protestantismus, namentlich in Deutschland. Die Aggressiv-Partei dort wider den Bestand der alten Kirche und des alten Reiches, von Moritz von Sachsen an oder genauer schon vor ihm zur Zeit des schmalkaldischen Bundes, bis zu Gustav Adolf und den Schweden des dreißigjährigen Krieges überhaupt, hatte jederzeit rechnen dürfen auf französische Geldhülfe. Von dieser Seite betrachtet, war die Consolidation des Protestantismus in Deutschland wesentlich ein Erfolg der Politik der Häuser Valois und Bourbon.

Nun, durch die Einbringung der Ryswycker Clausel, scheint der König von Frankreich ein ganz entgegen gesetztes Verfahren zu befolgen. Er tritt als vermeintlicher Schützer der Katholiken in Deutschland auf.

Denn so allerdings wollte er namentlich in Frankreich sich angesehen wissen. Nach der Ratification des Friedens erließ er, wie üblich, an den Erzbischof von Paris den Befehl das Tedeum singen zu lassen [1]). In dem Schreiben zählt er seine durch den Frieden erlangten Vortheile auf. „Straßburg, sagt er, eine der festesten Burgen des Reiches und der Ketzerei, ist für immer wieder vereinigt mit der Kirche und mit meiner Krone. Der Rhein ist hergestellt als Grenze zwischen Deutschland und Frankreich. Und was mich noch mehr erhebt, der Cultus der wahren Religion ist unter Fürsten eines anderen Bekenntnisses gesichert durch feierlichen Vertrag."

Es dürfte nicht zu bezweifeln sein, daß in Frankreich durch solche Worte der Zweck erreicht wurde, daß bei der großen Menge dieses Volkes der König in dem glänzenden Lichte erschien, als sei er in der That ein Vorkämpfer der katholischen Religion.

Allein, daß darum Ludwig XIV. nicht verzichtete auf den in Deutschland so oft mit Erfolg betretenen Weg, die Protestanten, und zwar voran die Fürsten, zu erregen wider den Kaiser, legte sich dar

[1]) Actes de la paix de Ryswick t. IV, p. 261.

Digitized by Google

durch die Thatsache in Ryswyck selbst. Seine Botschafter dort führten bei den anderen wider die kaiserlichen die wahrheitswidrigen Reden, durch die es ihnen gelang im Anfange alle Protestanten zu täuschen, nicht bloß die Deutschen, sondern auch die Engländer und Holländer, mit inbegriffen den König Wilhelm III. Wir haben gesehen, wie diese Täuschung Wilhelms III. ihren Schatten warf über das unglückliche Irland.

Einige Monate später that Ludwig XIV. in besonderer Weise kund, daß er nicht Willens sei, für sich selber wegen der Religion sich mit den protestantischen Reichsfürsten zu entzweien. In den Instructionen, denen gemäß der Graf Tallard als französischer Botschafter, im Beginne des Jahres 1698, seine Reden vor Wilhelm III. einzurichten hatte, heißt es darüber: „Der König von Frankreich hat in denjenigen Gegenden, welche ihm unterthan gewesen waren und welche er beim Friedensschlusse zurückgab, der katholischen Religion alle ihm möglichen Vortheile zu verschaffen gesucht; aber die Sorgfalt, zu welcher er sich daheim innerhalb seiner Länder verpflichtet glaubt, geht nicht darüber hinaus. Er hat daher nicht die Absicht, den protestantischen Reichsfürsten irgend einen Anlaß zum Misvergnügen zu geben, betrachtet vielmehr die Mehrheit derselben als alte Verbündete seiner Krone" [1]).

Mit anderen Worten: nachdem Ludwig XIV. die Ryswycker Clausel durchgesetzt, und mehr noch, nachdem er durch die wahrheitswidrigen Reden seiner Botschafter in Holland das Odium der Clausel bei nicht wenigen Protestanten auf den Kaiser gewälzt, trat der für seine Politik, wie einst für diejenige seiner Vorgänger habituelle Krankheitszustand wieder ein, nämlich die protestantischen Fürsten im Reiche an sich zu locken durch den Hinweis auf seinen Schutz.

Daß auf eine oder andere Weise dies geschehen würde, erkannte jedoch der König Wilhelm auch seinerseits noch vor dem Abschlusse des letzten Friedens-Vertrages. Es war seine Absicht, den Grafen Portland nach England voraus zu senden. Bevor Portland aufbrach, ließ

[1]) Grimblot t. I, p. 275.

Digitized by Google

der König durch ihn dem Grafen Auersperg Eröffnungen machen, welche Schritte er im allgemeinen Interesse für erforderlich halte.

„Der König, begann Portland, hält es für höchst nothwendig, daß ein Garantie-Vertrag zugleich mit der Association, von der schon die Rede gewesen, sobald wie möglich zur Erörterung komme. Denn er hat zuverlässige Nachrichten, daß die Krone Frankreich sofort nach dem Friedensschlusse ihre Emissäre entsenden und nichts unterlassen wird, um diesen oder jenen Reichsfürsten für sich zu gewinnen. Es handelt sich also um das Zuvorkommen; denn, wenn sie einmal mit uns engagirt sind, so ist die Besorgnis des Abfalles geringer. Dem Kaiser aber muß daran besonders gelegen sein, namentlich wegen der spanischen Succession. Wenn der Kaiser das Reich wohl geeinigt erhält und dadurch vermag, der französischen Macht von seiner Seite her zu widerstehen: so werden ihm der König und die Generalstaaten mit Freuden zur Hülfe bereit sein. Findet jedoch Frankreich Handhaben, das Reich in sich uneinig zu machen und dadurch lahm zu legen, so ist es für England und Holland fast unmöglich so aufzutreten, wie sie es selber wünschen. Sie würden dies sehr beklagen; denn es ist beiden Mächten hoch daran gelegen, daß die spanische Monarchie nicht aus dem Besitze des Erzhauses komme, weil in diesem Falle das gesammte Europa unzweifelhaft unter die französische Botmäßigkeit gerathen würde, nur freilich so, daß diese Mächte wegen ihrer Lage, und namentlich England erst zuletzt daran kämen."

„Der König weiß, fuhr Portland fort, daß in Spanien die Rede geht von der Herberufung des Erzherzogs. Um so mehr drängt die Zeit auf den Abschluß des Garantie-Vertrages. Denn der Kern und Schlüssel der gesammten französischen Politik ist die spanische Succession."

Auersperg erwiederte: die Berichte des Grafen Harrach aus Spanien legten dar, daß für diese Macht, ob im Kriege, ob im Frieden, jeder Widerstand gegen Frankreich unmöglich sei, wenn sie nicht gestützt werde durch die Alliirten. Er vernehme daher sehr gern diese Mittheilung. Portland fiel ein: „Ja seien Sie versichert, wenn Sie sich nur selber helfen wollen, so soll Ihnen gewis geholfen werden. Wenn die englische Nation einen Widerstand gegen Frankreich erblickt, welcher Aussicht bietet auf Erfolg: so ist auch sie bereit alles zu leisten, was man von ihr verlangen kann."

Digitized by Google

Er erneuerte in den nächsten Tagen wiederholt diese Reden. Er wies hin auf die einzelnen Fürsten im Reiche. Diejenigen zu Hannover, Celle, Cassel, seien dem Könige besonders verpflichtet. Dies war namentlich in Betreff des Kurfürsten Ernst August sehr richtig. Denn, da der Kaiser wegen der Misstimmung einiger Reichsstände wider die neunte Kurwürde nicht wagte, einen Reichsbeschluß darüber fassen zu lassen, so erhielten die englischen Friedens-Botschafter im Haag den Auftrag, demjenigen des Kurfürsten, Herrn von Bothmar, in demonstrativer Weise die üblichen Höflichkeiten zu bezeugen. Aehnliches geschah dann von den holländischen, von den schwedischen in ihrer Eigenschaft als Friedens-Vermittlern, und anderen. — Der Herzog von Celle war persönlich des Königs alter, treu ergebener Freund. — Der Kurfürst von Brandenburg, fuhr dann Portland fort, wolle anfangen andere Wege einzuschlagen; jedoch rechtzeitiges und einmüthiges Zureden werde ihn auf der rechten Bahn erhalten. Die Gesandten vieler anderen Reichsfürsten, meinte Portland, setzten ein besonderes Zutrauen in Heinsius. Dies müsse benutzt werden. Dem Kaiser jedoch müsse an dieser Union am meisten gelegen sein. Er werde bedenken, daß der König von England nicht unsterblich sei. Wenn diese Fatalität einträte, wenn dann Frankreich die bisherigen Alliirten disunirt fände: wie stünde es um Europa?

Man dürfte sagen, daß wir aus jedem dieser Worte Portlands den König selber vernehmen.

Er berichtete weiter: bei einem Besuche der schwedischen Vermittler habe er sich alle Impertinenzen der Franzosen erzählen lassen. Er bekenne, daß, wenn er ihnen nicht aus sich selber schon so feindselig wäre, so würde er es dadurch geworden sein. Denn dies auszudauern, gehe über menschliche Geduld. „Wenn uns Andere, sagte er, die Präpotenz der Franzosen nicht einigte: so sollte es ihre Impertinenz thun."

Wir sehen also, daß zu Ende des Krieges der König Wilhelm III., und demgemäß auch die Staatsmänner der Republik, eine abermalige Einigung der bisherigen Alliirten verlangten, und zwar mit dem ausdrücklichen Hinweise auf den etwa eintretenden Fall der spanischen Succession. Der Stand dieser Angelegenheit erfordert daher unsere Aufmerksamkeit, und zwar, da vor dem Friedensschlusse Versailles

Digitized by Google

noch nicht direct einwirkt, in Betreff der beiden Orte Wien und Madrid.

Wir erinnern uns des Schreibens von Carl II. an den Kaiser, vom 25. Juni, durch welches der König seine Geneigtheit kund gab, den Erzherzog Carl zu berufen und kaiserliche Truppen aufzunehmen. Der Kaiser setzte eine besondere Deputation nieder, bestehend aus den Grafen Kinsky, Waldstein, Mannsfeld, Bucellini und Harrach dem Jüngeren, und verlangte ihr Gutachten. Drängen wir die Gedanken desselben kurz zusammen [1]).

„Es ist unzweifelhaft, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge in Spanien der Erzherzog dort sich sehr beliebt machen werde. Allein es steht entgegen, daß eine Entsendung des Erzherzogs, bevor der römische König eine Descendenz hat, das Erzhaus in die Gefahr bringt, die römische Kaiserkrone mit den Erbkönigreichen und Ländern, kurz alles zusammen, zu verlieren. Ferner zeigt sich zwar der König von Spanien ganz geneigt; allein eben so wie bei dem Testamente Philipps IV., welches den Kaiser als Nachfolger substituirt, ist auch in diesem Falle die Zustimmung der Cortes erforderlich. Dies um so mehr, da eine starke Partei der Räthe französisch, eine andere bayerisch gesinnt, überhaupt die Meisten der Ansicht sind, der Kaiser, als zu weit entfernt, vermöge nicht Spanien wider Frankreich zu schützen."

„Ferner stellt das Schreiben Bedingungen, nämlich den Unterhalt des Hofstaates für den Erzherzog, so wie der 12,000 Mann Truppen auf kaiserliche Kosten. Im Falle einer eigenen Descendenz des Königs würde der Erzherzog zurückkehren müssen."

„Allem Ansehen nach wird die Angelegenheit dieser Succession, es sei denn, daß Gott wunderbarlich ins Mittel trete, mit dem Schwerte auszumachen sein."

„Dennoch ist die Frage, ob der Erzherzog zu senden sei, zu bejahen. Denn diese Antwort ist schon gegeben durch die Instruction des Grafen Harrach, hervorgerufen durch das französische Erbieten auf eigene Kosten einen Enkel des Königs hinein zu schicken. Zwar ist diese Ausgabe schwer, jedoch, wenn Gott nicht ein Unglück in

[1]) Protokoll vom 5. bis 10. September.

Digitized by Google

Ungarn verhängt — die Schlacht von Zenta war noch nicht geschlagen — erträglich. Ferner ist das Erbieten der erste günstige Lichtblick von Seiten des Königs, seit seiner Weigerung den bayerischen Verzicht und die Ueberlassung von Belgien an Kur-Bayern anzuerkennen. Diese Gelegenheit ist zu benutzen. Es ist endlich zu hoffen, daß die Hineinkunft des Erzherzogs mit 12,000 Mann auch die zur Zeit noch abgeneigten spanischen Minister umstimmen werde."

„In Betreff der Zeit ist Eile zu empfehlen, wo möglich, noch vor dem Friedensschlusse. Denn nach demselben dürften England und Holland wegen des Transportes der Truppen Schwierigkeiten machen, um sich nicht einem neuen Bruche auszusetzen. Man hat bisher ihnen nichts mittheilen können, weil die Absicht des Königs von Spanien unbekannt war [1]). Aber sich an Holland zu wenden, ist bedenklich, weil man dort des Geheimnisses nicht sicher. Das einzig richtige Mittel dürfte sein durch den Grafen Auersperg die Sache an den König zu bringen, und es diesem zu überlassen, die geeigneten Schritte zu thun, demnach die Ausführung des Entschlusses, den der König von Spanien gefaßt, auf das Gutdünken des Königs von England zu stellen."

Der Kaiser fügte dem Gutachten seine lobende Zustimmung bei, verlangte dann jedoch noch eine besondere Erwägung, in welcher Form der Graf Auersperg dem Könige das hochwichtige Geheimnis vortragen solle.

So am 10. September, wo in Wien das Verhalten der Seemächte auf das französische Vorgehen vom 1. September noch nicht vorlag. Dann erfolgte der Sonder-Friedensschluß vom 20. September. Erst am 11. October führte der Kaiser jenen Gedanken des Auftrages für den Grafen Auersperg aus, und zwar in umfassender Weise.

„Der Allianz-Vertrag vom 12. Mai 1689, schreibt der Kaiser an Auersperg, enthält ausdrücklich die Bestimmung, daß auch nach

---

[1]) Da diese Thatsache für das Verhalten des Kaiserhofes von den Schriftstellern über diese Zeit selten oder vielleicht niemals nach Gebühr gewürdigt ist, so setze ich den Wortlaut des Protokolles hierher: „Mit welchen (nämlich England und Holland) man nicht ehender communiciren können, alldieweilen intentio regis catholici unbekannt gewesen".

Digitized by Google

beendetem Kriege das Bündnis in Kraft verbleiben soll. Nachdem es jedoch mit dem Friedensschlusse in der bekannten Weise hergegangen, so wird es für alle Theile nützlich sein, sich durch neue Erklärungen darüber zu vergewissern. Besonders ist uns daran gelegen zu erfahren, was wir von England und Holland in Betreff des damals errichteten geheimen Artikels über die spanische Succession zu erwarten haben. Weil nun dieses zunächst mit dem Könige von England zu erörtern sein wird, theils wegen des Geheimnisses, theils weil ja doch ohne ihn die Generalstaaten sich auf nichts einlassen werden: so finden wir für gut, daß Du, ohne an der dauernden Verbindlichkeit der Allianz irgend einen Zweifel spüren zu lassen, gelegentlich dem Könige vortragen mögest, daß, obwohl der Vertrag von 1689 die Fortdauer des Bündnisses nach dem Frieden in bestimmter Weise ausspreche, es dennoch zweckmäßig sei, darüber beiderseitig sich zu erklären, und daß wir von unserer Seite um so mehr dazu erbötig seien, da die Gesandten von England und Holland noch kurz vor dem Friedensschlusse dies bei uns beantragt. Wir stellen es demnach in das Belieben des Königs von England, ob er mit Dir eine bestätigende Erklärung dieser Art errichten, oder die Sache an die Minister im Haag, oder endlich hierher verweisen will."

„Für den Fall, daß der König sich willig beweist, so hast Du die Bestätigung des geheimen Artikels ganz besonders zu beantragen und um ausdrückliche Instruction der betreffenden Minister, ob im Haag ob hier, dafür zu bitten. Auf Grund der Erklärung des Königs wird dann die entsprechende bei den Generalstaaten zu erlangen sein, immer mit der erforderlichen Discretion; denn weder die spanischen, noch überhaupt andere Gesandte dürfen zur Zeit von dem geheimen Artikel etwas wissen" [1]).

So die allgemeine Instruction über den Fortbestand der Allianz. Die Reden Portlands zu Auersperg haben uns gezeigt, daß diese Gedanken des Kaisers durchaus denen des Königs entsprachen, daß mithin Auersperg beim Empfange des Schreibens einer günstigen Antwort im voraus sicher war. Es folgte dann die besondere Instruction über die Angelegenheit der Sendung des Erzherzogs nach Spanien. Sie spiegelt

[1]) Kaiserliches Handschreiben an den Grafen Auersperg, vom 11. October.

Digitized by Google

sich wieder in der Rede Auerspergs vor dem Könige im Schlosse Loo, am 5. November.

Und hier erst gelangen wir an die bereits früher berührte Audienz, in der es sich ausweisen mußte, ob der um sechs Tage früher von Wilhelm III. zu Heinsius geäußerte Argwohn wider den Kaiser in ihm haften blieb.

„Der Kaiser, sagte Auersperg, steht in Zweifel, ob selbst auch dann, wenn die Krone Spanien mit Beobachtung aller Formen den Erzherzog Carl als Successor ernennte, die Hineinsendung an der Zeit, und nicht doch vielleicht verfrüht sein würde. Der Kaiser stellt die Entscheidung darüber Ew. Majestät anheim, nicht zweifelnd, Sie werden den Rath, den Sie geben, zur rechten Zeit auch zu behaupten wissen. Da der Kaiser mit dieser Offenherzigkeit und diesem Vertrauen sich Ew. Majestät eröffnet und dadurch gleichsam die Wohlfahrt seines Erzhauses Ew. Majestät anvertraut: so lebt der Kaiser der völligen Zuversicht einer wahrhaften Gegenseitigkeit, wie er denn auch in Glück und Unglück Ew. Majestät mit allen Kräften zur Seite stehen wird."

Der König erwiederte: „Ich vermag Ihnen nicht auszusprechen, wie sehr mich der Kaiser durch das in mich gesetzte Vertrauen verpflichtet. Ich versichere Ihnen, daß es jederzeit mein Gedanke gewesen: die jetzige Allianz dürfe nie abgebrochen werden. Ich bin erbötig, sie in aller Beziehung zu bestätigen, und sehr erfreut, daß der Kaiser darin mit mir überein stimmt. Innerhalb zweier Tage gedenke ich im Haag zu sein. Dort werde ich mit dem Rathspensionär alles reiflich überlegen, namentlich in Betreff des geheimen Artikels. Denn es wird Ihnen bekannt sein, daß man, um wirklich die Sache geheim zu halten, sie nicht den Generalstaaten insgesammt vorlegen darf. Da Sie jedoch vor mir im Haag eintreffen, so haben Sie dadurch den Anlaß auch vorher schon die Sache mit ihm zu besprechen. Wir werden hoffentlich alles wohl einrichten".

„Was den Transport der 12,000 Mann betrifft, so zweifele ich, offen gesagt, ob Spanien, nach dem Friedensschlusse, sie noch verlangt. Leider wissen wir ja Alle seit langen Jahren, wie wenig Spanien selber auf seine Vertheidigung bedacht ist. Es dürfte in diesem Falle um so weniger sich getrauen die Mannschaft zu nehmen, da Frankreich es als einen Friedensbruch auslegen würde." — „Aber, erwiederte

Digitized by Google

Auersperg, eine solche Auslegung ist auch für Frankreich nicht möglich: denn kein Vertrag kann untersagen, daß eine andere Macht, während des Friedens, auf ihre Sicherheit gedenken dürfe. Welches Unglück dagegen für Europa, wenn, bei plötzlichem Todesfalle des Königs von Spanien, alle diese Länder nicht in besserem Vertheidungsstande wären als zur Zeit!" — „Sie haben Recht, sagte der König. Erwarten wir also was aus Spanien kommt."

Wie einige Tage vorher Portland, so wies dann auch der König hin auf die Nothwendigkeit, daß der Kaiser die Reichsfürsten um sich schaare. Frankreich habe bei diesen letzten Verhandlungen zur Genüge wieder seinen unerträglichen Hochmuth gezeigt: nur in Einigkeit und durch eine gute Kriegsverfassung vermöge man diesen zu dämpfen.

So der König Wilhelm III. am 5. November. Es war ihm nicht unbekannt, daß auch andere Gerüchte umliefen. Die Königin von Spanien hatte der Prinzessin Vaudemont in Brüssel gemeldet: sie habe sichere Nachrichten: der König von England wolle fortan völlig mit Frankreich gehen. Darum habe er nichts für Barcelona gethan, damit es verloren werde. Man rede bereits viel von einer Heirath zwischen ihm und der Prinzessin von Orleans.

Der letzte Satz kennzeichnet den Ursprung des Gerüchtes. Dieser Heirathsplan war und blieb französisches Eigenthum. Demnach war auch das Uebrige desselben Ursprunges.

Die Prinzessin Vaudemont schickte dem Könige den Brief, mit der Frage, was sie antworten solle. Sie möge versichern, erwiederte er, daß er in keiner Gelegenheit noch Weise sich mit Frankreich verbinden werde. Barcelona habe er nicht retten können wegen der Unmöglichkeit ein Geschwader dahin zu senden. Die Königin von Spanien möge fest glauben, daß er dem Erzhause und den übrigen Alliirten getreu verbleiben werde [1]).

Nicht die Wahrheit einer Thatsache enthielt jenes französische Gerücht, sondern die Wahrheit der Ankündigung, daß fortan das nächste Ziel der französischen Politik sein werde, den König Wilhelm III. zu gewinnen.

---

[1]) Auerspergs Bericht vom 5. November.

Digitized by Google

Der Weisung des Königs gemäß traten die Botschafter Kaunitz und Auersperg im Haag mit Heinsius zusammen. Dieser bewies sich mehr zurückhaltend als der König gethan. Er ging von der Ueberzeugung aus, daß die Krone Spanien sich in Betreff der Succession noch nicht so bald declariren würde. England und Holland glaubten demnach für alle Fälle genügende Versicherung ihres Beistandes zu geben, wenn sie den geheimen Artikel der Allianz vom 12. Mai 1689 bestätigten. Heinsius zeigte sich aufs äußerste besorgt wegen der Geheimhaltung. Erhalte der König von Frankreich irgend welche Kenntnis des geheimen Artikels: so werde er den eben geschlossenen Frieden nicht ausführen.

Die Folgezeit wird darthun, daß diese Ansicht von Heinsius nicht richtig war. Der König von Frankreich kannte den geheimen Artikel. Eben weil er ihn kannte, wollte er den Frieden. Denn nur während des Friedens durfte er hoffen, die Allianz an dem Puncte, der fortan der Kern war, dem geheimen Artikel in Betreff der spanischen Succession, unheilbar zu zersetzen.

Aus den Unterredungen blickte von Seiten des Rathspensionärs die Besorgnis hervor, daß die Kaiserlichen die Sache übereilen wollten. Kaunitz und Auersperg gaben daher die Erklärung ab: „Auch wenn der König und die Republik sich dem Kaiser verpflichten, im Falle der Benennung des Erzherzogs Carl als des Erben der spanischen Monarchie, ihn mit Truppen hinüber zu führen: so folgt daraus noch nicht die Gefahr einer Uebereilung. Denn der Kaiser erkennt selbst an, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Sache nichts auszurichten ist. Der Kaiser will nicht anders vorgehen als nach gemeinsamer Verabredung mit England und der Republik, und wünscht daher nur die Sicherheit zu haben, für alle Fälle auf den Beistand von England und Holland rechnen zu dürfen. Das ist der Punct, auf den es ankommt".

Der Rathspensionär erwiederte: „Nach meinem ausführlichen Vortrage hat der König mir befohlen, Ihnen seine Bereitwilligkeit auszusprechen, die Allianz mit dem geheimen Artikel zu erneuern". Er verlas den Artikel. „Sie sehen, fuhr er dann fort, daß der Wortlaut uns so streng bindet, wie immer es sein kann. Eine weitere Zusage jedoch, nämlich im Falle der Erklärung Spaniens für den Erzherzog als den Erben der Monarchie, ihn mit unserer Flotte hinüber zu

Digitized by Google

führen, können wir nicht auf uns nehmen. Denn der König und die Generalstaaten würden dadurch sich verpflichten, den Krieg zu erneuern, und vielleicht gar in einer Zeit, in welcher sie sich dazu nicht im Stande befänden. Und für uns steht es außer Zweifel, daß Frankreich das Eine wie das Andere, die Hinüberführung des Erzherzogs oder die Truppensendung nach Spanien, für einen Friedensbruch aufnehmen würde. Nach unserer Ansicht würde das Bemühen des Kaisers hauptsächlich dahin zu richten sein, daß die Krone Spanien sich erkläre, daß sie demgemäß ein Testament errichte. Dann darf man sich auf uns verlassen, daß wir den geheimen Artikel der Allianz von 1689 mit Nachdruck zur Ausführung bringen. Daß die Sache so eingerichtet werde, ist unser eigener Wunsch. Denn vorher ist auf eine Ruhe in Europa nicht zu hoffen" [1]).

Die Kaiserlichen nannten beständig in Betreff der Erbfolge in Spanien nur den jüngeren Sohn des Kaisers, den Erzherzog Carl. Heinsius bemerkte dazu: „Unsere Ansicht bleibt dieselbe auch dann, wenn der römische König Joseph zum Erben von Spanien erklärt werden, und mithin, wie zu den Zeiten Carls V., Ein Herrscher in seiner Person beide Monarchien vereinigen würde" [2]).

Vor allen Dingen legte Heinsius im Namen des Königs den kaiserlichen Gesandten die Mahnung nahe, daß der Kaiser sich mit dem Kurfürsten Max Emanuel von Bayern verständige, ihm den Besitz von Belgien zusichere. Allein hier eben erwuchs ein wichtiges Hindernis, nicht von Seiten des Kaisers. Wilhelm III. und Heinsius boten damals dem Kurfürsten Max Emanuel an, ihm durch einen Vertrag die Statthalterschaft von Belgien zu sichern für die Lebenszeit Carls II., und die Souveränetät dieses Landes nach dem Tode des Königs, wenn dagegen der Kurfürst den vor seiner Heirath mit der Erzherzogin Maria Antonia geleisteten Verzicht bestätigen würde. Max Emanuel weigerte sich. Er erhob für seinen Sohn den Anspruch auf das ganze Erbe. Demnach ist anzunehmen, daß für Wilhelm III. und Heinsius die Erkenntnis bei Max Emanuel nicht durchdringen zu können, ein Hindernis war sich dem Kaiser gegenüber bestimmter auszusprechen [3]).

[1]) Die Berichte der Grafen Auersperg und Kaunitz vom November.

[2]) Auerspergs Bericht vom 15. November.

[3]) Grimblot t. I, p. 272. Aus der Instruction Ludwigs XIV. für Tallard.

Digitized by Google

Es fanden noch wiederholte Berathungen statt. Die Basis, auf welcher Heinsius gemäß der Uebereinkunft mit dem Könige stand, blieb dieselbe. Er erinnerte daran, daß der König wie auch er selber während des Krieges wiederholt die Sache berührt und den Wunsch ausgesprochen, daß sie damals geordnet würde. Auch später ist oft der Vorwurf geltend gemacht, daß von Wien aus die rechte Zeit, nämlich während des Krieges, versäumt worden sei. Der Vorwurf ist, wie wir aus den Berathungen in Wien im Monate September vernommen haben, nicht begründet. Und eben so wenig ist es darum auch der andere, daß der Kaiser getrachtet habe, den Krieg in die Länge zu ziehen um der spanischen Succession willen. Die Thatsachen haben gezeigt, daß der König Wilhelm den Frieden machte, um den Wünschen der Republik zu willfahren, und daß der Weg, welchen er zu diesem seinem Ziele einschlug, nicht die Zustimmung des Kaisers finden konnte. Andererseits hat sich uns aus den Thatsachen ergeben, daß die Aussicht auf die spanische Succession, ungeachtet des geheimen Artikels der Allianz von 1689, eine Reihe von Jahren hindurch für den Kaiser keinen großen Werth besaß. So lange Carl II. von Spanien, im Einverständnisse mit seiner Mutter Maria Anna, der Schwester des Kaisers, an der Ungültigkeit des Verzichtes der Erzherzogin-Kurfürstin Maria Antonia festhielt, wurde die Angelegenheit von Wien aus oder auch nur im Rathe des Kaisers nicht berührt. Erst auf die Kunde des Testamentes zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand, und der dadurch hervor gerufenen französischen Bemühungen in Madrid, führte der Kaiser den Entschluß aus, den Grafen Bonaventura Harrach nach Madrid zu entsenden. Die erste positiv günstige Kundgebung Carls II. in Folge dieser Sendung war jenes Schreiben vom 25. Juni 1697. Der jüngere Harrach traf mit demselben in Wien ein im August. Auf die dem Wesen nach bereits fertige Friedenssache konnte demnach dieses Schreiben keinen Einfluß mehr üben, weder fördernd, noch hemmend. Dagegen bot es dem Kaiser den Anlaß, die Angelegenheit der Succession in Spanien bei den Seemächten zur Sprache zu bringen. Wir haben gesehen, in welcher Weise es geschah.

Die Eröffnungen des Rathspensionärs im Namen des Königs von England verwiesen den Kaiser zunächst an Spanien, verlangten als Vorbedingung des Handelns die öffentliche Erklärung desselben.

Digitized by Google

Wir haben also, bevor wir die Antwort der kaiserlichen Botschafter im Haag vernehmen, den gleichzeitigen Stand dieser Angelegenheit bei Carl II. von Spanien kennen zu lernen.

Obwohl sein Schreiben vom 25. Juni 1697 an den Kaiser günstig lautete: so verbürgte es doch, namentlich in Rücksicht auf den Druck, durch welchen der kaiserliche Botschafter dem Versprechen die Form gegeben, noch nicht die Kraft eines wirklichen Entschlusses. Als im September der Graf Harrach im Namen des Kaisers seine Danksagung auszusprechen begann, unterbrach ihn der König Carl mit den Worten: „Reden Sie leise. Das Zimmer ist hoch und hell. Man möchte Sie hören" [1]).

Angenommen aber auch selbst, die Räthe Carls II. wären geneigter gewesen als sie waren: so keimten erst dann noch neue Hindernisse hervor. Wir haben vernommen, daß der König Wilhelm III. und Heinsius den kaiserlichen Botschaftern die Forderung nahe legten: Belgien für den Kurfürsten Max Emanuel. Das Verlangen entsprach andererseits der rechtlichen Verpflichtung, welche der Kaiser im Jahre 1685 übernommen, gegen den Verzicht seiner Tochter Maria Antonia und des Kurfürsten auf das andere gesammte spanische Erbe. Allein eine solche Cession Belgiens entsprach nicht der Meinung der kaiserlichen Partei in Madrid. Sie ließ eben damals durch Quiros, selber kaiserlich gesinnt, im Haag dem Gesandten Auersperg aussprechen: es scheine, daß in Wien die Absicht gehegt werde, den Kurfürsten für immer in Brüssel festzusetzen. Aber diese Niederlande seien von je her betrachtet wie eine Vormauer der spanischen Monarchie, untrennbar von derselben [2]).

Auersperg seinerseits lehnte ein weiteres Eingehen auf diese Mittheilung ab; aber sie war gemacht. Und zwar ist sie von besonderer Wichtigkeit, nicht bloß nach der einen Seite. Denn sie zeigt, daß auch damals noch der castilische Hochmuth, nicht gebeugt durch die Wahrnehmung der eigenen Wehrlosigkeit, nicht sich befriedigen würde mit der Wahrung der eigenen nationalen Unabhängigkeit, sondern unerschütterlich festhielt an der Fiction, daß diese zerstreuten nur durch die

---

[1]) Harrachs Tagebuch S. 214. Vom 24. September.

[2]) Auerspergs Bericht vom 21. November.

Digitized by Google

Personal-Union in dem Monarchen verbundenen Länder dennoch ein in sich unlösbares Gefüge darstellten

Diese Meinung war um so weniger berechtigt, weil rechtlich die Herrschaft der Niederlande nicht dem Könige von Spanien als solchem zustand, sondern als dem Descendenten des Hauses Habsburg. Denn der erste Philipp, der Stammvater beider Linien des Hauses Habsburg, der spanischen wie der deutschen, hatte, kraft des Rechtes seiner Geburt, von seiner Mutter Maria von Burgund die Niederlande ererbt. Er war im Besitze derselben, bevor in ihm oder dem Hause Habsburg ein Gedanke an Spanien aufsteigen konnte. Durch die Heirath Philipps mit der Infantin Johanna ward der Sohn beider, Carl, als König von Spanien der erste dieses Namens, als römischer Kaiser der fünfte, der Erbe des Vaters wie der Mutter, vereinigte also in seiner Person das Königthum Spanien mit der Erbherrschaft der Niederlande. Nicht also waren die Niederlande eine Pertinenz der Krone Spanien oder umgekehrt, sondern ein jedes war für sich, nach eigenem Rechte und Gesetze, eine Pertinenz des Hauses Habsburg.

In Spanien jedoch war jene Meinung der Untheilbarkeit der Gesammt-Monarchie aufgewachsen. Diese Meinung stand in den Köpfen von Madrid, so verschiedenartig sie auch sonst sein mochten, fest wie ein Axiom, und war eben darum ein politischer Factor, welcher auch von denen, die den Irrthum desselben erkannten, dennoch mit in Rechnung gebracht werden mußte.

Für den Kaiser hatte es nicht erst einer solchen Aufforderung bedurft, wie Heinsius sie nahe legte. Er wandte sich in denselben Tagen wie an Wilhelm III., so auch an Carl II. in Madrid. Mit Bezug auf das Schreiben vom 25. Juni kündigte er seinem Neffen an, daß er, im Falle der Bereitwilligkeit von England und Holland zur Ueberführung der Truppen, diese bis zu Ende December zur Einschiffung ans Meer marschiren lassen würde. Bevor er jedoch sich zur Sendung seines Sohnes Carl entschließe, wünsche er die Absicht des Königs genauer zu wissen [1]). „Zugleich, fügt der Kaiser hinzu, kann ich nicht umhin Ew. Majestät die unumgängliche Nothwendigkeit

[1]) Kaiserliches Handschreiben vom 24. October: de saber mas claramente la intention de V. Mag[d].

Digitized by Google

vorzustellen, daß Sie, ungeachtet des eben geschlossenen Friedens, sich zu Wasser und zu Lande bewaffnet halten mögen. Denn es lehrt ja die traurige Erfahrung, wie wenig man sich auf Verträge und Verheißungen des Königs von Frankreich verlassen darf. Ohne eine genügende Waffenmacht werden weder Ew. Majestät der gebührenden Rücksicht von dort versichert sein, noch Ihre Monarchie des Friedens und der Ruhe, deren sie bedarf, und die Ihren eigenen Wünschen entspricht, noch endlich werden Sie vermögen die gefaßten Entschlüsse auszuführen, um den Glanz unseres Hauses und unserer Vorfahren zu behaupten und zu bewahren. Ew. Majestät wollen meinem verwandtschaftlichen Eifer es zu gute halten, daß ich mich verpflichtet fühle, in einer so delicaten Angelegenheit offen meine Ansichten auszusprechen."

So der Kaiser Leopold am 24. October 1697. Er überließ die weitere Ausführung der Gründe dem Grafen Harrach. Damit auf jeden Fall etwas geschehe, ermächtigte er den Botschafter, dem Könige die Ernennung des Erzherzogs Carl zum spanischen Statthalter von Mailand vorzuschlagen.

Seit dem Monate Juni, wo Harrach bei dem Könige Carl II. jenes Schreiben erwirkt, waren seine Hoffnungen nicht gestiegen, namentlich nicht durch den Abschluß des Friedens. Dieser brachte Danksagungen und Freudenfeste, vor allen Dingen Stiergefechte: er brachte keine Rettung aus der Verworrenheit. Vielmehr tauchte bei patriotischen Spaniern eine neue Besorgnis auf. Bei der allgemeinen Erbitterung wider den Admiral von Castilien und demgemäß auch das königliche Paar selbst, sei zu befürchten, daß die Misvergnügten sich mit dem zu erwartenden französischen Botschafter verständigten, den König und die Königin einsperrten und einen französischen Prinzen zur Uebernahme der Regierung beriefen. Harrach erfuhr dieses Gerücht von dem Grafen Aguilar. Er theilte es der Königin mit[1]). Auch ohne jene Mahnung des Kaisers abzuwarten, drängte er unablässig in die Königin, daß Spanien sich in wehrhaften Stand setzen müsse. Er wies sie hin auf die eigene Gefahr, die bei der ungewissen Lage der Dinge im Falle des unvermutheten Todes von Carl II. ihr drohe.

[1]) Harrachs Tagebuch S. 217. Vom 30. September und 1. October 1697.

Digitized by Google

Im Staatsrathe seien nur drei der Mitglieder für sie, fünf wider sie. Daher möge sie sich entscheiden, entweder für die Ernennung eines leitenden Ministers (valido), oder einer Junta von mehreren, unter denen der Graf Oropesa nicht fehlen dürfe. Eben diesen wollte die Königin nicht.

Es ist überhaupt, beim Ueberblicke des ganzen Verhaltens der Königin, schwer zu sagen, ob sie, berathen von der Gräfin Berlepsch, damals einen festen Plan verfolgt habe. Denn, während das Kaiserpaar auf sie alles Vertrauen setzte, hatte doch auch der Kurfürst Max Emanuel bei ihr seine Anknüpfungen, stieg oft der Verdacht empor, daß die französischen Erbietungen für den Todesfall von Carl II. auf sie nicht ohne Wirkung blieben.

Harrach überlieferte dem Könige das Schreiben des Kaisers vom 24. October. Dann bat er um eine Antwort, ob der König die früher gewünschten Truppen noch verlange. Carl II. erwiederte rasch: „Und wie sehr ich sie verlange!" — Harrach fuhr fort: „Diese Mannschaft, die der Kaiser senden will, besteht aus seinen ältesten und besten Regimentern Infanterie. Es wäre zu beklagen, wenn nicht genügende Sorgfalt für sie getragen würde". — „Mein Brot will ich mit ihnen theilen," fiel Carl II. ein. — „Dann aber ist es auch erforderlich, sagte Harrach, daß man hier sich waffne." — „Gewis ist es das, entgegnete Carl II. Sie dürfen meinem Oheim versichern, daß meine Sorge immer gerichtet ist auf das Gedeihen unseres Hauses, und daß ich wohl erkenne, daß das Verderben der einen Linie auch dasjenige der anderen nach sich zieht. Um so nothwendiger ist es, daß wir für unsere gemeinsame Wohlfahrt uns einigen." Bis so weit erklangen die Worte des Königs für Harrach nach Wunsch. Dann jedoch stellte er die Frage, ob der König ihm gestatte in diesem Sinne mit den Ministern zu reden. Die Erwiederung Carls II. lautete: „Halten Sie damit noch inne, damit es nicht auskomme". So am 12. December 1697[1]).

Wir sehen, es ist eine Art des Wollens bei Carl II., die bei dem Gedanken an die That jedes Mal zurückscheut. Er fürchtet seine Räthe

[1]) Harrachs Tagebuch S. 228.

Digitized by Google

daheim. Er fürchtet Frankreich von außen. Nur die sichere Aussicht auf eine fremde Hülfe hätte ihm den Muth geben können, vor der Welt frei seinen Willen zu verkünden.

Und hier liegt uns in merkwürdiger Weise vor, wie die Entschlüsse verschiedener Menschen sich gegenseitig bedingen und von einander abhängig sind. Der Rathspensionär — denn er, nicht Wilhelm III., steht in dieser Sache in erster Linie — verlangt vor jeder weiteren Verpflichtung der Seemächte zum Handeln, daß sich der König von Spanien öffentlich zu Gunsten des Kaiserhauses erkläre. Carl II. dagegen kann sich zu einem solchen Schritte nicht entschließen, weil er nach außen keine Stütze erblickt. Wie daher das Eine unterbleibt, so das Andere. Die Bedeutung dieses Unterlassens von beiden Seiten liegt vor Augen.

Der Rathspensionär beharrte jedoch bei dem Vorschlage, die Allianz von 1689 mit dem geheimen Artikel zu erneuern. Er fand dafür auf kaiserlicher Seite nicht den entsprechenden Eifer. „Es fällt uns schwer, erwiederte Auersperg dem Engländer Hill, der in ähnlicher Weise in ihn drängte, sofort wieder zu vergessen, in welcher Weise Kaiser und Reich von den Bundesgenossen verlassen worden sind. Ich sehe nicht ab, was es fruchten soll, eine Allianz erneuern zu wollen, nachdem man eben zuvor sie gebrochen" [1]).

Das Zaudern der Botschafter auf den Vorschlag Wilhelms III. und des Rathspensionärs sofort einzugehen, fand die volle Zustimmung in Wien. „Man behauptet von Seiten der Seemächte, erwiederte Kinsky auf den Bericht, den Zweck zu wollen; aber die Anwendung der erforderlichen Mittel verschiebt man in eine unbestimmte Zukunft. Auch ich bin daher der Ansicht, daß wir eine günstigere Zeit abzuwarten haben" [2]).

Das Zaudern war nicht eine Ablehnung. Auch der Kaiser wollte die Erneuerung der Allianz, aber in einer solchen Form, daß die Uebelstände, welche namentlich bei dem Friedensschlusse sich hervorgethan, fortan vermieden würden. Dieser Zweck, schrieb der Kaiser

---

[1]) Bericht vom 8. November.

[2]) Schreiben Kinskys vom 3. December.

Digitized by Google

an den König von Spanien, fordere vorher eine Berathung, und dafür sei lediglich Wien der geeignete Ort [1]).

Demnach ward die Allianz von 1689 damals nicht in ausdrücklicher Form erneuert.

Dagegen trafen Wilhelm III. und Heinsius eine andere Fürsorge zur Sicherheit der Republik.

Wir haben wiederholt beobachtet, daß sie geneigt waren, den Kurfürsten von Bayern im Besitze von Belgien zu erhalten. Das Motiv dafür fand sich nicht in einer Zuneigung für die Persönlichkeit von Max Emanuel. Es galt die Ansicht, daß die Verleihung aller Aemter, die von ihm abhingen, bei der Gräfin Popuaille stand, zum allgemeinen Verdrusse der Belgier [2]). Ueberhaupt war der Zustand in vieler Beziehung ähnlich demjenigen, welchen einst in der letzten Zeit Carls II. die Herzogin von Portsmouth über England gebracht. Je zuweilen brach das Mistrauen und der Unmuth des Königs Wilhelm über den Kurfürsten hervor. Dieser jedoch war dann immer biegsam genug, dem Bruche auszuweichen und rechtzeitig einzulenken. Indem Wilhelm III. ihn im Besitze von Belgien zu sichern suchte, verfolgte er das Bestreben, ihn durch diesen Besitz zu binden und dadurch zu hindern, daß Max Emanuel sich mit Frankreich einige. Wir werden später ersehen, daß diese Fürsorge Wilhelms III. nicht viel fruchtete, sondern daß Max Emanuel ungeachtet derselben längst mit Ludwig XIV. angeknüpft hätte, wenn nur dieser wollte. Für Wilhelm III. handelte es sich aber zunächst darum, die festen Plätze von Belgien als die Barriere für die Republik gegen Frankreich zu bewahren. Er begann im Sommer 1697 mit dem Vorschlage, daß nach dem Friedensschlusse für Belgien dieselbe Einrichtung getroffen würde wie in der Republik, nämlich, daß jede einzelne Provinz die Mittel aufbringe für die in derselben gelegenen Festungen. Er ließ in Wien ersuchen, diesen Vorschlag in Madrid zu befürworten, mit dem Hinweise, daß in diesem Falle die Mittel nicht durch die Hände

---

[1]) Handschreiben des Kaisers an Carl II., vom 25. Februar 1698.

[2]) Auerspergs Bericht vom 26. Juli 1697: welches dann generaliter eine große Verzweiflung verursacht, weil sie kein Ende davon sehen, noch hoffen können.

Digitized by Google

des Kurfürsten gehen würden [1]). Der Vorschlag ward als nicht durchführbar angesehen. Es scheint, daß der König ihn nur gemacht, um sich den Weg zu dem anderen zu bahnen, nämlich daß die Republik Holland auch für Belgien diese Last auf sich nehme. Die Schwäche der spanischen Macht, die innere Haltlosigkeit des Kurfürsten-Statthalters halfen hinweg über die minder ehrenhafte Seite dieses Vorschlages. Mons, Namur, Luxemburg zusammen nahmen fünfundzwanzig holländische Bataillone auf. Die Republik hatte somit die Genugthuung, ihre Barriere wider Frankreich zu sichern durch ihre eigenen Truppen auf fremdem Boden [2]).

Die Republik hatte im siebenzehnten Jahrhunderte überhaupt dies System verfolgt, namentlich ostwärts. Die nach Süden vorgeschobenen Posten wurden für sie von besonderer Wichtigkeit um vier Jahre später.

Die Geschäfte des Königs Wilhelm III. auf dem Festlande für das Jahr 1697 waren zu Ende. Allein durch das Aufhören des Krieges war ein Motiv hinweggefallen, welches in den früheren Jahren beschleunigend für die Abfahrt nach England eingewirkt, nämlich der Wunsch der zeitigen Vorbereitung für den nächsten Feldzug. Nun zum ersten Male trieb den König nicht die Ungeduld nach England. Der Wind wehete beharrlich aus Westen. „Der König, meldet Auersperg, ist wohl damit zufrieden, weil er dadurch vollen Grund hat sich hier aufzuhalten, und weil die Engländer darum nicht glauben dürfen, daß dies nach seinem Belieben geschehe" [3]).

Nach seinem Eintreffen im Haag ersuchten die drei französischen Botschafter um eine Audienz. Der König empfing sie in seinem Cabinet. „Er begrüßte uns, meldet Callieres, sehr höflich, und redete zu uns einzeln. Er spricht gut französisch, ohne fremden Accent. Er redet mit Nachdruck, sehr langsam, mit Sorgfalt in der Wahl seiner Worte, damit sie gerade das ausdrücken, was er will, nicht darüber, nicht darunter. An Gestalt ist er dünn, und erscheint von schwacher Constitution; dennoch unterzieht er sich täglich beim Jagen ungemeiner Beschwerde,

---

[1]) Bericht des Grafen Auersperg vom 2. August.

[2]) Grimblot t. I, p. 143.

[3]) Auerspergs Bericht vom 11. November.

Digitized by Google

wie noch gestern bei kaltem Wetter, vom Morgen bis zum Abend." — Die Unterhaltung drehete sich hauptsächlich um den letzten Krieg. Der König sagte: es habe längere Kriege gegeben, nicht blutigere, noch größere Heeresmassen wider einander. Die Armee, welche der Prinz Condé in der Schlacht bei Seneffe geführt, sei die größte gewesen, welche man je gehabt, und doch würde sie nur einer Abtheilung derjenigen des letzten Krieges gleichkommen.

„Wir sagten ihm, berichtet weiter Callieres, daß er in diesem letzten Kriege gesehen habe, was Frankreich vermöge unter einem Könige wie dem unsrigen." Wilhelm III. erwiederte lächelnd, daß er es nur zu sehr empfunden. Daß dies Lächeln des Königs mehrfacher Deutung fähig war, mochte dem Callieres nicht in den Sinn kommen. Der König versicherte wiederholt, daß er aufs lebhafteste fortan die Erhaltung des Friedens zwischen den beiden Kronen wünsche, daß es nur von dem Könige von Frankreich abhange, den Frieden fest und dauerhaft zu machen. Er selber sei nicht mehr jung und bedürfe nach so vielen Mühsalen seines Lebens der Ruhe: er kenne den Jammer, den das Volk während des Krieges erlitten. Er fügte hinzu, daß er viele Verpflichtungen gegen die Republik habe. „Er betrachtet sie, sagt Callieres, wie sein eigenes Land, und liebt sie, wie nur Jemand das Land seiner Jugend lieben kann" [1]).

So der Bericht des Callieres. Es ist nicht anzunehmen, daß der König Wilhelm hier ein Wort gesprochen, welches nicht zur Kunde Ludwigs XIV. kommen sollte.

Kein Anzeichen in diesen letzten Tagen seines Aufenthaltes im Haag, im November 1697, deutet an, daß er auf Stürme gefaßt war, die jenseit des Wassers wider ihn sich erheben könnten. Für den Fall der Eröffnung der Succession in Spanien hatte er sich dem Kaiser abermals verpflichtet, den geheimen Artikel von 1689 zu erneuern. Es ist zu bezweifeln, ob, außer dem Könige, damals auch nur ein einziger Engländer von diesem geheimen Artikel irgend eine Kunde hatte. Daß, nach der Ueberzeugung des Königs, der Artikel dem Interesse von England entsprach, liegt vor Augen, und demgemäß zugleich sein moralisches Recht, im vorkommenden Falle die Wehrkraft

[1]) Grimblot t. I, p. 135.

Digitized by Google

von England für die Gedanken dieſes Artikels einzuſetzen. Er hatte dies Verſprechen gegeben im Beſitze dieſer Wehrkraft, in der Zuverſicht der Dauer dieſes Beſitzes. Wie aber ſtand die Sache, wenn England ſelber dieſen Beſitz ihm entzog? Dieſe Frage war noch nicht da: ſie erwuchs erſt nach dem Betreten des Bodens von England.

Am 15./25. November 1697 landete der König, dies Mal in Greenwich.

Digitized by Google

Actenſtücke und kritiſche Bemerkungen.

Neunzehntes Buch.

Anlage I. Zu S. 24.

K. k. Archiv. Anglica. Bericht des Grafen Auersperg vom 12./22. Februar 1695.

Man glaubt nicht, daß die hieſige Nation den König abſonderlich zu perſuadiren ſuchen werde ſich wieder zu verheirathen, weil ſie vermeinen, daß vielleicht nicht große Succeſſion zu hoffen, dieſelbige aber auch ſchon durch das Parlament vorgeſehen, nämlich nach der Prinzeſſin Anna und ihrer Deſcendenz das Haus Hannover, und zwar im Falle daß jene, welche näher ſind, die Religion nicht changiren, wodurch des jetzt regierenden Herzogs von Savoyen Kinder verſtanden werden. Was doch aber die Nation dahin bewegen könnte den König zu bitten, wäre daß man dadurch der Prinzeſſin eine Furcht machte, im Falle daß der König eine Succeſſion hätte, es auf dieſelbige einzurichten, und vielleicht auch nicht öffentlich an dieſem zu zweifeln, und auch, daß ſie eine Königin hätten, welche allhier den Dames abgeht, weil ſie auf den Abend einen Hof haben wollen zu eigenem Divertiſſement. Man geht zwar zu der Prinzeſſin. Dieſe aber iſt bei der Nation nicht beliebt, der Prinz nicht eſtimirt, zumal da die Prinzeſſin allhier (dafür) paſſirt, daß ſie von einem gar übelen und ungleichen Humor ſei, der Prinz aber gar zu wenig tauglich, alſo daß zwar dieſe beiden ſuchen der Nation zu gefallen, auch alles in der Welt thun dem Hof keine neue Klage über ſie zu geben, auf daß die Nation den duke of Glocester, den Sohn, nicht vor ihr ſelbſt zur Krone zu ſeiner Zeit berufe und die Prinzeſſin excludire, welches um ſo viel leichter geſchehen könnte, als die Dame mit Namen Malboro (Marlborough) ſehr von der Nation gehaſſet, die Prinzeſſin aber völlig von derſelben guberniret wird. Dieſe Umſtände machen ſo viel, daß

Digitized by Google

man an Seiten des Hofes sicher ist, daß die Prinzessin, wenn sie auch gleich wollte eine Alteration in den Affairen verursachen, nicht capabel ist es zu thun.

Anlage II. Zu S. 44.

K. k. Archiv. Anglica.

1.

Aus der Instruction des Grafen Kinsky für den Grafen Auersperg in London, vom 6. April 1695.

Il seroit bon de sonder icy adroitement les sentiments du Roy, à scavoir s'il ne trouveroit pas bon que le Parlement entrât dans cette Alliance nomine suo. C'est une question qui demande beaucoup de délicatesse dans sa proposition, et beaucoup de circonspection dans son ménagement, et je ne scay mesme s'il convient de n'en parler plustost au Sec. d'E., Mylord Shrewsbury, qu'à M. Portland. Et pour moy, j'en sonderois sur cela le premier, par forme de pensée qui m'est venue en teste, pour m'y regler selon la propension ou l'aversion qu'il m'y auroit tesmoignée, et au cas qu'il la goustast, je le prierois d'en parler au Roy comme d'une pensée que je luy ay proposée en discourant. L'on croit icy qu'il en pourroit revenir deux avantages à S. M. B., l'un que cette nation glorieuse et pointilleuse, ayant pris cet engagement, seroit obligée de seconder le Roy au poinct des contributions et deniers; l'autre que les François, voyant cette guerre non pas particulière et personnelle au Roy, mais commune et propre de toute la nation, auroient moins de suject à attenter sur sa vie précieuse par des voies autant illicites que mal-honnestes. Voyez, Monsieur, ce que vous y pouvez faire sans danger d'en chagriner en quelque manière que ce puisse estre. Vous voyez donc, Monsieur, que ce pas à faire quoyque très-utile est bien délicat, demandant beaucoup de circonspection pour n'y pas heurter. Vous y pourrez faire un peu d'avance en forme de votre propre pensée pour suivre si vous voyez qu'il pourroit réussir, désister si vous remarquez que la proposition pourroit ou choquer ou n'avoir pas de suite.

2.

Antwort des Grafen Auersperg, aus London, vom 26. April 1695.

Pour ce qui est de la continuation de l'alliance, du Parlement même, j'y trouve beaucoup de difficulté parce que V. E. scait

Digitized by Google

que l'autorité royale de ce pays icy consiste seulement à pouvoir faire la paix et la guerre, sans communication du dit Parlement, lequel ne demanderoit pas mieux que d'empiéter en cela; mais le Roy auroit de la peine à y consentir. Cependant je feray ce que V. E. m'ordonne et je le proposeray à M. Portland, dès que l'occasion s'en présentera, comme une chose venue de moy, ne scachant pas si le Roy souhaite que l'on parle de cette matière de la paix en détail au Mylord duc de Shrewsbury, lequel comme bon Presbytérien, au moins faisant semblant de l'être, donneroit volontiers les mains à cela. J'en informeray V. E. de tout.

Anlage III. Zu S. 59.

K. k. Archiv. Anglica. Schreiben des Grafen Auersperg aus London an den Grafen Kinsky, vom 30. December 1694.

On reste icy bien souvent des semaines entières sans lettre. Il y avoit même un homme qui se faisoit fort d'avoir inventé une petite machine, avec laquelle il passeroit, avec tous les vents contraires, en deux fois vingt-quatre heures. Et le roy m'a fait l'honneur de dire que l'on avoit mis le dit homme à l'épreuve, et qu'il avoit parfaitement bien fait, et que l'on l'avoit ensuite proposé au Parlement, lequel a extrêmement tiré contre, comme une chose de la plus grande nouveauté, et que l'on étoit obligé à n'en plus parler.

Dies ist alles, was der Graf Auersperg über den merkwürdigen Vorschlag meldet.

Anlage IV. Zu S. 118.

K. k. Archiv. Anglica. 1695.

Die Beitritts-Erklärung schließt mit den Worten: Actum Hagae Comitum die octava Augusti. Anno 1695.

Pro Rege Magnae Britanniae
(L. S.) Villiers.

Es folgt die Ratification:

Nos supramemoratam Renovationem et Confirmationem praedicti Foederis in singulis ejus Punctis et Clausulis approbavimus etc., sicut per praesentes pro nobis, haeredibus et successoribus nostris eandem approbamus etc., spondentes et Verbo Regio promittentes, nos omnia etc. praestituros. In quorum majorem fidem ac robur

Digitized by Google

praesentibus Magnum Nostrum Angliae Sigillum apponi fecimus. Dabantur in Aula Nostra Burfordiae, VI Novembris 1695.

(s.) Guilelmus Rex.

Concordat cum Originali
(s.) Villiers.

Zwanzigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 161.

Mazure hat in dem Werke: Histoire de la révolution de 1688, t. IV, p. 179, note 6me, in einem besonderen Excurse nachweisen zu müssen geglaubt, daß Jacob II. dennoch im Jahre 1693 einen Befehl solcher Art an Crosbie gegeben.

Hallam hat in der Constitutional History Ch. XV diese Anklage von Mazure als begründet angenommen.

Wäre sie das, so würde für den König Jacob noch der Vorwurf der Lüge hinzutreten.

Nun krankt aber die Beweisführung von Mazure an verschiedenen Ungenauigkeiten.

Mazure unterscheidet zuerst nicht, was der König Jacob, was der compilirende Biograph sagt. Er mißt alles in The life of James Gesagte dem Könige zu, sogar mit den ausdrücklichen Worten: On vient d'exposer ici l'apologie de Jacques II, telle qu'il l'a faite lui-même sur un événement qui lui devint si funeste. Dies ist nicht richtig. Die betreffende Stelle dort, welche Mazure zum Nachtheile Jacobs II. bespricht, rührt nicht von diesem selbst, sondern von dem Biographen her. Mazure scheint nach der französischen Uebersetzung des Werkes gearbeitet zu haben. Der englische Original-Druck dagegen läßt klar ersehen, welche Worte dem Könige Jacob angehören, und welche seinem Biographen. Die letzteren als subjective Meinung desselben sind werthlos.

Die von Herrn Mazure dem Könige Jacob zur Last gelegte Vollmacht von 1693 für Crosbie ist, wie er selber sagt, wenn auch unter den Papieren Jacobs II. gefunden, écrit au crayon. Mazure hat nicht den Beweis erbracht, daß dieser Entwurf die Zustimmung des Königs Jacob erlangt, oder gar seine Unterschrift erhalten habe. Alles, was Mazure beibringt, enthält nur den Beweis, daß in St. Germain im Jahre 1693 mit Crosbie verhandelt worden ist, stößt aber die Wahrheit des von König Jacob selbst Gesagten nicht um.

Digitized by Google

Auffallend ist besonders die Folgerung des Herrn Mazure, daß Crosbie demgemäß sich autorisirt glaubte im Jahre 1696 das zu thun, wozu er im Jahre 1693 aufgefordert war. Um diese Folgerung zu ziehen, hätte doch Herr Mazure zuerst darthun müssen, daß Crosbie bei dem Mordplane von 1696 betheiligt war. Allein sein Name erscheint in keiner der vier Proclamationen von 1696.

Es dürfte nicht zu verkennen sein, daß der König Jacob in seinen Aufzeichnungen Manches verschwiegen hat, z. B. die ganze Sache des Grandval im Jahre 1692. Daß er dagegen in den Aufzeichnungen, die er doch zunächst nur für sich selber machte, das Gegentheil der ihm bekannten Wahrheit niedergelegt haben sollte, ist eine Anklage, die nur auf unwidersprechliche Beweise hin erhoben werden dürfte. Solche Beweise sind bisher nicht erbracht.

Anlage II. Zu S. 172.

Robethon bemerkt zu der Abschrift dieses Schreibens: Voicy la lettre que le roy de France écrivit au comte d'Avaux, qui a été rendue publique, et qu'on a leue dans toutes les gazettes de l'Europe. Elle est du 1er de Mars. — Eben so meldet Robinson aus Stockholm an Lord Lexington am 18. März, in den Lexington Papers p. 193: The French Ambassador had so great assurance of the success of the descent, that he published his master's letter to him about it.

Es ist mir indessen nicht gelungen einen französischen Abdruck zu finden, sondern nur eine holländische Uebersetzung bei Sylvius t. IV, b. 41, p. 55. Deshalb lasse ich das französische Original nach der Abschrift Robethons hier folgen.

Le désir que j'ay toujours eu de profiter des occasions favorables qui pourroient se présenter de restablir le Roy d'Angleterre sur le trosne, m'a obligé de faire advancer à sa prière sur les costes de la mer des trouppes prestes à s'embarquer et à suivre ce prince en Angleterre, en cas que la nouvelle d'un soulèvement confirme les advis qu'il a reçus depuis longtemps de la fidélité de plusieurs de ses sujets, de l'empressement qu'ils ont de le revoir à leur teste, et du mécontentement général que la nation tesmoigne du gouvernement du prince d'Orange. Si le succez n'est pas conforme à son attente, toute l'Europe verra que je ne me lasse point d'assister un Roy abandonné de tous ceux que l'intérest commun des testes couronnées obligeoit à le soutenir.

Digitized by Google

Anlage III. Zu S. 193.

K. k. Archiv. Anglica. Im Berichte des Grafen Auersperg an Kinsky, 6. März 1696.

Cet horrible attentat de la France.

Eben dort. Hoffmanns Bericht vom 6. März.

Daß der König von Frankreich und der König Jacob der ganzen Welt manifeste zeigen wollen, daß sie in der abscheulichen action als der vorgehabten Mordthat die Hand gehabt, darüber hat man sich billig als Christ zu ärgern.

Eben dort. Hollandica. Im Berichte der Grafen Kaunitz und Stratemann vom 13. März 1696.

Und gleich wie den Berichten nach sowohl aus Frankreich wie aus England der König Jacob auf das Signal, welches nach ausgeführtem Assassinat des Königs Wilhelm in der Gegend von Dover durch Anstecken eines Feuers hat sollen gegeben werden, die Truppen zu embarquiren und die Landung vorzunehmen, gewartet hat: also muß sowohl der König von Frankreich als auch der König Jacobus das dissegno der Landung auf solch unerhörtes und greuliches assassinat fundirt haben.

Eben dort. Hispanica. Bericht des Don Quiros vom 9. März 1696.

Un asesinamiento en que no se save comprehender como el Rey de Francia se ha querido mezclar, fomentandole y dirigiendole por lo mucho que perjudica semejante disignio a su grandeza, honor y Religion.

Die im Texte gegebenen Aeußerungen Kinskys finden sich in einem Privatschreiben desselben an Don Quiros, vom 21. März 1696. Aehnlich ein anderes Schreiben von Kinsky an Quiros, vom 4. April 1696, abgedruckt bei Gaedeke: Die Politik Oesterreichs u. s. w., Bd. I, S. 11* u. f.

Da ich hier dieses Werk zum ersten Male citire, so dürfte es der geeignete Ort sein zu erwähnen, daß überhaupt von hier an bis zum Ende 1700 eine bedeutende Anzahl der in Frage kommenden Actenstücke des k. k. Haus-, Hof- und Staatsarchives, namentlich in Betreff der Angelegenheit der spanischen Succession, in dem Werke Gaedekes zum Abdrucke gebracht ist. Im Uebrigen fälle ich über diese Arbeit hier kein Urtheil, sondern beziehe mich auf das Vorwort zu Bd. V meines Werkes.

Digitized by Google

Anlage IV. Zu S. 247.

K. k. Archiv. — Separat-Verhandlung mit Frankreich im Jahre 1696. Die Artikel 19, 20, 21 des Entwurfes.

19. Ad dissidia imposterum tollenda et ut, quantum possibile est, causa Ser^mae Stuardae Domus protegatur, placuit duas secretas scripturas inter utrumque Monarcham proponere, cum expressa conditione, ut utraque executioni mandetur, et, si per humana accidentia eveniret, ut una executioni dari non possit, nihilominus altera observari debeat et omnem vim obtinere.

20. Prima Scriptura Chr^ml Regis erit circa Hispaniarum successionem juxta schedam exhibitam per C. P., quae quidem ab ipso Rege subscripta et a Delphino acceptata tradetur in manus S. M. I. ad subscriptionem Legatorum ex utraque parte.

21. Altera ex parte Caesaris ad favorem Principis de Galles, qua scilicet eveniente casu quod Rex Guilelmus sine mascula prole decederet, promittat S. C. M. non solum nullum obicem allaturum, quin idem Princeps in patrium Regnum restituatur, sed universali pace facta, hoc idem tentaturum suavi modo apud regem Guilelmum, ut idem probet et juvet; si tamen hoc vel effici, vel evenire non posset, nulla major obligatio Augustae D. insit, aut per hoc non minus praecedens renuntiatio et scriptura executioni mandetur.

22. Quodsi adversante Deo hoc generale Projectum non acciperetur a Foederatis, placeretque bellum prosequi, occultus maneat hic tractatus et omne contentum, sicuti numquam factum fuisset.

Anlage V. Zu S. 250.

Wie Anlage IV.

9. Procurabit dicta Majestas Anglica, si ita placebit Ser^mo Regi Jacobo, ut a Parlamento congrua pensio assignetur, omnemque vim in hoc impendet, ut Parlamentum in hoc feratur; si autem obtinere non posset, non eidem vitio vertatur, aut pax rupta videatur, aut adeo Chr^mus Rex a plenissima executione praecedentis capituli desistere debeat.

Es könnte scheinen, als spräche die Majestas Anglica für Wilhelm III. in diesem Entwurfe vom Beginne 1696 gegen die französische Abfassung. Aber sie spricht vielmehr gegen diejenige von kaiserlicher Seite. Nur Leopold I. persönlich gab in Handbriefen an Wilhelm III. (vgl. Bd. V,

Digitized by Google

S. 343) dem Könige den Titel der Majestät, nicht die Reichs-Canzlei in offizieller Form. Der diesem neunten vorhergehende achte Artikel aber enthielt die Anerkennung Wilhelms III. durch Ludwig XIV. Vgl. den Wortlaut.

Einundzwanzigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 328.

Da ich bei englischen Historikern diesen merkwürdigen Beschluß nicht erwähnt finde, so lasse ich den betreffenden Bericht im Originale hier folgen.

K. k. Archiv. Anglica. Bericht des Secretärs Hoffmann vom 20./30 November 1696.

Gestern hat das Unterhaus über die Kriegs-Subsidien die höchsterspriessliche resolution gefaßt, daß sie vermittelst solcher Auflagen, welche im Jahre bezahlt werden können, erhebt werden sollen, welches so viel sagen will, daß es durch ein General accis geschehen solle. Die Hof-Partey, welche niemahls so wohl unirt gewesen als dies Mal, und welche sich nur des Nachts hin und wieder zu versammeln pflegt, um ihre Vorschläge mit einander zu concertiren, hat zur Facilitirung besagtes General accis vor gut befunden, anstatt solche direct vorzuschlagen (wodurch sie die Gegen-Partey zu scheu gemacht hätte), vorher erst obbesagten punct, daß die Gelder im Jahr bezahlt werden sollen, zu heben, wohl wissend, daß, wann solches erhalten, kein ander Mittel als der accis, um es zu bewerkstelligen, vorhanden seye. Nun hat die Gegen-Partey zwar wohl vermerkt, wo es hinaus will, und hat folglich alles gethan, um es zu verhindern, wie dann der Fürnehmste davon dahin peroriret, daß, ob man schon anjetzo einen guten König habe, man sich aber eines bösen zu befahren hätte, bei welchem dergleichen Verwilligungen von General accis zum Exempel dienen, und mithin dem Land seine libertät kosten dörfte, welches aber nichts verfangen, zumahlen die gute Partey es mit 202 gegen 105 Stimmen gehoben hat.

Anlage II. Zu S. 329.

Da ich bei englischen Historikern nichts Genaueres über diesen wichtigen Beschluß finde, so lasse ich die Aufzeichnung Robethons darüber hier folgen. Sie findet sich in seinen Papieren im Stadtarchive Hannover.

Plusieurs accises ayant esté mises sur le tapis dans la Chambre basse, et entre autres sur le malt, sur le drap, et sur la viande de boucherie, on y a proposé un nouveau projet qui a esté reçu unanimement. C'est une capitation générale, ou plustost une taxe

Digitized by Google

mixte, en vertu de laquelle chacun sera taxé à proportion de son bien. Voicy les résolutions du comité là-dessus etc.

Il est constant que le bon party a esté pris pour duppe dans cette affaire. Car aprés avoir proposé les accises, ceux du party opposé à la cour en ayant fort exagéré les inconvénients, on leur dit qu'il falloit donc trouver quelque autre moyen de lever dans l'année les sommes qu'on avoit accordées à S. M. Sur quoy ils proposèrent la capitation générale, qui fut reçue sans aucune opposition, ceux du party de la cour s'estant désistés des accises avec trop de facilité.

Anlage III. Zu S. 343.

Zu der auch früher bekannten, nicht immer zuverlässigen Literatur über die Angelegenheit der spanischen Succession sind in den letzten Jahren mehrere sehr wichtige Publicationen hinzugekommen. Ich stelle die wichtigsten der Zeitfolge nach zusammen.

Letters of William III. and Louis XIV. etc., edited by Paul Grimblot, in 2 volumes, 1848. — Dann die Relationen der Venetianer, Ruzzini von 1695, und Pietro Venier von 1698, bei Barozzi et Berchet: Spagna t. II, p. 551 sqq. — Ferner die Final-Relation des Grafen Alois Harrach, zum Drucke gebracht von A. Gaedeke, in Sybels historischer Zeitschrift Bd. XXIX, S. 91 u. f. — Ferner das Tagebuch des Grafen F. Bonaventura Harrach, zum Drucke gebracht von A. Gaedeke, im Archive für österreichische Geschichte Bd. XLVIII, 1., S. 173 u. f. (1872).

Ferner: Avénement des Bourbons au trône d'Espagne, correspondance inédite du marquis d'Harcourt, publiée par C. Hippeau. 2 vol. Paris 1875.

Ferner das bereits erwähnte Werk von A. Gaedeke: Die Politik Oesterreichs in der spanischen Erbfolgefrage, 2 Bände, 1877. Es ist darin eine lange Reihe von Actenstücken des k. k. Haus-, Hof- und Staatsarchives in Wien zum Abdrucke gebracht. Nicht wenige der aus diesem Archive von mir citirten Actenstücke wird daher der Leser dort ausführlich finden.

Anlage IV. Zu S. 444.

K. k. Archiv. Hollandica. Aus dem Collectiv-Berichte der kaiserlichen Botschafter vom 23. September 1697.

Der Bericht beginnt: „Nach allen umsonst vorgekehrten Bemühungen und insonderheit bei der englischen Gesandtschaft, als dieselbe den 20. September zu uns zertheilt kommen, und ihre vorgewandte Noth beklaget, wodurch

Digitized by Google

sie zu solchen in ihre Seel dringenden unbeliebigen Dingen gezwungen wurden, von uns vergeblich gesuchten nur so langem Aufschub, bis" u. s. w. — Das Uebrige im Texte.

Ich habe für erforderlich gehalten diesen Wortlaut hierher zu setzen, weil die Thatsache auffallend erscheinen könnte. Denn sie ist allerdings eine Manifestation sehr eigenthümlicher Art wider die Politik des Königs. Die Kaiserlichen nennen die englischen Botschafter nicht. Ob Lord Villiers sich dabei befunden habe, muß demnach dahin gestellt bleiben. Graf Pembroke dagegen mag sich um so mehr im Gewissen dazu verpflichtet gehalten haben, weil er am 1. September zu Ryswyck jene Erklärung für Straßburg abgegeben.

Anlage V. Zu S. 472.

K. k. Archiv. Anglica. Beilage zu dem Berichte Hoffmanns vom 1. October 1697.

Les Prestres Seculiers de l'Eglise Catholique Romaine du Royaume d'Irlande, ayant esté avertis que Sa M^té^ Britannique a esté informée que l'Acte qui doit passer au Parlement d'Irlande au prejudice des Prestres de la Communion Romaine, ne regarde pas le Clergé Seculier, mais seulement les Reguliers du dit Royaume, c'est pourquoy les Prestres Seculiers representent très humblement à Monsieur Hoffman, Resident de Sa M^té^ Imp^le^, que le dit Acte regarde et affecte les dits Prestres Seculiers aussy bien que les Reguliers. Car il est dit par cet Acte qu'aucun Evesque, Doyen, Dignitaire ou Prestre elevé dans aucun Seminaire (qui ont esté toujours l'appuy de la Religion Catholique) ne pourra demeurer en Irlande après un certain temps limité par le dit Acte, sous peine de Crime d'Estat, et n'y pourra retourner sous peine de Haute Trahison. Et qu'apres le decès des Prestres Seculiers, ayant Paroisses ou chargés de cure d'ames il ne sera pas permis de substituer d'autres en leurs places. Ce qui achevera la Ruine de la Religion Catholique Romaine. Il y avoit de tous temps en Irlande des Evesques, des Grand Vicaires et d'autres Dignitaires, lesquels pourtant cet Acte veut exclure à present. Et d'autant que Sa M^té^ a esté informée que le Clergé Seculier a souhaitté et souhaitte le bannissement du Clergé Regulier, le dit Clergé Seculier declare qu'il n'a jamais desiré que le dit Clergé Regulier fût exclus du dit Royaume.

Digitized by Google

Alphabetisches Namen- und Sachregister.

A.

Aachen 358.

Absalom 173.

Achmet, Sultan, 63.

Aguilar, Graf, 426, 429.

Ailesbury, Graf, 154.

Allianz, die große, von 1689. S. 29, 43, 47, 60, 68, 74, 110, 112. Erneuerung derselben 117 u. f., 121, 214, 223, 236. Geheimer Artikel 346, ist Ludwig XIV. bekannt 353 u. f. und 491. Angelegenheit der Erneuerung nach dem Frieden 498 u. f.

Althorp 129.

Amsterdam 48, 70, 111, 117, 124. Die Stadt ist Herd der Agitation für den Frieden 207 und 211; 231, 237, 296 u. f., 300 u. f. Wichtige Bedeutung der Stadt für den Plan eines Sonderfriedens von Frankreich mit der Republik 314 u. f. Die Haltung der Stadt wirkt auf diejenige Wilhelms III. gegenüber dem Kaiser 317 u. f. Sie weicht zurück vor dem Sonderfrieden mit Frankreich 321 u. f.; wird mit großer Zuvorkommenheit von Wilhelm III. behandelt 331; 352, 369. Die Haltung der Stadt im Juni 1697 S. 381, so wie im September S. 437. Sie entsendet eine Deputation an Wilhelm III. S. 440; erklärt sich definitiv für den Frieden 442; hat für den Frieden überhaupt eine höchst wichtige Bedeutung geübt 447, so wie dann über die Frage des Religionskrieges in Folge der Religions-Clausel 466 u. f.

Anderlecht 100, 383.

Anglicaner. Die Bischöfe in Betreff der Absolution von Friend und Parkyns 201.

Anjou, Herzog von, 338, 345.

Anna, verm. Prinzessin von Dänemark, 8. Sie sucht nach dem Tode der Königin Mary die Aussöhnung mit Wilhelm III. S. 23; 53 u. f., 128 u. f., 275, 379.

Anna Maria, Herzogin von Savoyen, 74, 275.

Asow 285.

Digitized by Google

Association für den König Wilhelm III. S. 182 u. f., 200.
Ath, 338, 345.
Athlone, Graf, 90, 187.
Attainder, Bill of, gegen Fenwick 310 u. f.
Auersperg, Graf, kaiserlicher Gesandter bei Wilhelm III. S. 1, 5. Er berichtet über die Königin Mary 7 u. f., so wie über den König 9 und 12, über die Jacobiten 21, über die Nicht-Mittheilung der auswärtigen Angelegenheiten an die englischen Minister 29 u. f. Er meldet eine umfassende Rede Wilhelms III. über Krieg und Frieden, vom 15./25. Februar 1695, S. 33 u. f.; theilt die Antwort von Wien dem Könige mit 43 u. f. Seine Ansicht über den Beitritt des Parlamentes zu der großen Allianz 43 u. f. Seine Unterredung mit dem Könige über die Antwort aus Wien 45 u. f. Urtheil über die Stimmung des Parlamentes beim Feldzuge von 1695 S. 59; über das Verhalten von Heinsius zu Wilhelm III. und über die englischen Minister 65. Er erhält von Wilhelm III. keine Auskunft über einen Vorschlag für Spanien 79 u. f. Berichtet über die Belagerung von Namur 90, so wie 94 und 95 und 97 und 102. Sein Urtheil über den Kurfürsten Max Emanuel von Bayern 107; über die Einnahme von Namur 109. Seine Unterredung mit Dykvelt am 9. August 1695 S. 111. Er macht diesem den Vorschlag die große Allianz an das Parlament zu bringen 112; befragt Portland über Sunderland 129 u. f.; verwendet sich im Auftrage des Kaisers für die Katholiken in Irland, im November 1695, S. 135, eben so, im Jahre 1697, bei Blathwait und Portland S. 472 u. f. Er findet ein Auskunftsmittel für die Beilegung der Differenz zwischen England und Schweden 138 u. f.; wird mit einem Anerbieten in der Sache Schonenbergs abgewiesen 140 u. f. Seine Ansichten darüber 142 u. f. Er meldet die Verstimmung im Parlamente zu Anfang des Jahres 1696 S. 151; hat keine Kunde eines jacobitisch-französischen Planes 177; klagt über das Verhalten vieler Katholiken in London 184 und 202. Er berichtet über den Ausgang des Mordplanes 186.

Er staunt über das Mistrauen Wilhelms III. gegen den Grafen Kinsky 256; geht nicht ein auf das Dringen der Holländer zum Frieden, 2. September 1696, S. 259. Seine Audienz bei Wilhelm III., am 28. September 1696, S. 267 u. f. Er berichtet über die Frage einer zweiten Heirath Wilhelms III. S. 276; über das Parlament im October 1696 S. 291 und 293; äußert sich zu Wilhelm III. über die französischen Gerüchte 302 u. f.; berichtet über die Bill of Attainder gegen Fenwick 311; antwortet auf den Verdacht Wilhelms III. gegen den Kaiser Leopold 317 u. f. Seine Reden zu Wilhelm III. über das Verhalten des Kaisers im Januar 1697 S. 326 u. f., so wie 334 u. f. Er befragt Wilhelm III. über die Angelegenheit der spanischen Succession 347 u. f.; spricht die eigene Ansicht aus 351 u. f.; bittet bei Wilhelm III. um Hülfe für Barcelona 355, 359. Er mengt sich nicht in die inneren Angelegenheiten von England 361; bespricht mit Portland die Friedenssache 363, und eben so mit dem Könige 364 u. f. Er berichtet über das Parlament 375, über Sunderland 385; erfährt von Portland den Inhalt der Beredungen mit Boufflers 404 u. f.; fordert die Einigkeit des Königs mit dem Kaiser 409 u. f.; sieht die

Digitized by Google

Bekämpfung der Ansicht des Königs als zwecklos an 410. Er weist die Anklagen der Engländer und Holländer in Betreff der Religions-Clausel zurück 478 u. f. Seine Unterredung mit Portland im October 1697 S. 483 u. f. Er erörtert mit dem Könige die Angelegenheit der spanischen Succession 487 u. f., so wie dann mit Heinsius 491 u. f. Ueber die Erneuerung der Allianz 498.

Avaux, Graf d', französischer Gesandter in Stockholm, 42, 73, 113, 115. Das Schreiben Ludwigs XIV. an ihn, vom 1. März 1696, S. 172.

B.

Balbaces 425.

Barbesieux 92, 167, 170, 242.

Barbets 226 u. f., preisgegeben durch den Frieden von Vigevano 274.

Barcelona 32 u. f., 120, 355, 380, 384, 404, 414, 418 u. f., 420, 427, 433.

Barkley, Sir George. Seine Relation die Basis zur geschichtlichen Feststellung des Mordplanes wider Wilhelm III. S. 156 u. f. Er legt seine Vollmacht aus für den Mord 160 u. f. Er flieht aus England 179; wird von Jacob II. damals nicht entlassen 192; hat seinen letzten Rückhalt nicht an Jacob II. S. 193. Die Meisterschaft in der Führung seines Planes 196; 314.

Bart, Jean, 206.

Bastille 197 u. f.

Belgrad 124, 450 u. f.

Benedictiner-Orden 471.

Berges, Prinz de, 101.

Berghayck, Graf, 108, 413.

Berlepsch, Gräfin, 342 u. f., 497.

Berwick, Jacob, Herzog von. Seine Mission nach England im Februar 1696 S. 164 u. f. Sein Bericht darüber 168 u. f. Seine Meldung darüber bei Ludwig XIV. S. 170 u. f. Er wird als Mitverschworener genannt 181; ist mit Jacob II. in Calais 187 u. f. Sein Bericht über ein Abkommen mit Wilhelm III. zu Gunsten des Prinzen von Wales 245 u. f.

Blathwayt 116, 258, 473, 479.

Böhmen, Readmission der Kur, 277.

Bonde, Graf, schwedischer Friedens-Vermittler im Haag, 374.

Boreel, Bürgermeister von Amsterdam, 111. Er nimmt im Jahre 1696 Theil an den Friedensberedungen mit Callieres 207 u. f., 232, 297 u. f., 317, 321, 327, 332, 358, 369.

Borgomainero, spanischer Gesandter in Wien, 39, 41, 42.

Bose, Freiherr von, kursächsischer Gesandter zum Friedens-Congresse, redet dort im Namen der protestantischen Reichsstände 465.

Boselli, Conte, hegt Mordplane wider Wilhelm III. S. 313.

Bothmar, Freiherr von, kurbraunschweigischer Friedens-Botschafter, 485.

Boufflers, Marschall, 89. Er wirft sich in Namur 90; vertheidigt die Stadt 95 u. f.; capitulirt 97; auch in der Citadelle 104; wird gefangen zurück behalten 106, entlassen 108; 176, 231, 383. Er hält Unterredungen mit

Digitized by Google

Portland 388 u. f.; die erste Unterredung am 8. Juli 1697 S. 389 u. f., die zweite am 15. Juli S. 398 u. f., die dritte S. 400. Differenz der Berichte 401. Die vierte Zusammenkunft 407; die fünfte 414 u. f. Im September noch eine Unterredung S. 438 u. f.; 457.
Bourgogne, Herzog von, 216, 226, 345.
Brandenburg s. Friedrich III.
Breisach 212, 367, 434.
Brukom 389, 400.
Brüssel wird von Villeroy bombardirt 99. Urtheil der Königin von Polen darüber 102, 383.
Buchaim, Leopold Graf von, Bischof von Wiener-Neustadt, 481.
Burmannus 22.
Buys 438, 440.

C.

Calais 166 u. f., 186 u. f.
Callieres, französischer Unterhändler und später Friedens-Botschafter, 79, 112, 210 u. f., 220 u. f. Er macht, im August 1696, weitere Zugeständnisse 259; 297. Er steigert seinen Ton im October 1696 S. 298; weigert ein schriftliches Versprechen für die Anerkennung Wilhelms III. S. 314; spricht darüber zu Molo in Amsterdam 315; erhält Befehl auf die frühere Zusage zurückzukommen 321 u. f.; bringt das Aequivalent für Straßburg wieder vor 333 und 358; überreicht das Präliminare 358 u. f.; 378. Er berichtet über eine Audienz bei Wilhelm III. S. 500 u. f.
Canales, spanischer Gesandter in London, 141, 147.
Canon, lothringischer Friedens-Botschafter, 357.
Capefigue ungenau über den Mordplan von 1696 S. 200; sein Urtheil über den Verkauf der Adelsbriefe in Frankreich 241.
Capitation in England 328 u. f.
Capitation in Frankreich 82 u. f., 240 u. f.
Caprara, kaiserlicher General, 449.
Carignan, das Haus, 74.
Carl, Erzherzog, 421 u. f., 486 u. f., 496.
Carl II., König von Spanien, über die Friedenseröffnung Wilhelms III. vom Februar 1695, S. 68 u. f.; ratificirt die Erneuerung der großen Allianz 119; will die Sache der Succession in Spanien nicht berühren lassen 122. Seine Spannung mit Wilhelm III. S. 122. Er will dem Kaiser nicht mehr die Friedenssache auch für ihn überlassen 272. Sein Verhalten in der Sache der Succession 337 u. f.; erkrankt und macht ein Testament zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand 344; geht nicht ein auf französische Erbietungen 355; wünscht Hülfe für Catalonien von Wilhelm III. S. 355 u. f.
Er wird zum Frieden geneigt 373 und 384; vernichtet sein erstes Testament 419. Seine Unentschlossenheit 419. Er spricht sich zu Harrach aus zu Gunsten des Erzherzogs Carl 421 u. f.; schreibt günstig an den Kaiser 423; hat aber darum nicht die Kraft eines festen Entschlusses 494 u. f. Seine Antwort auf die Mahnung des Kaisers 497. Wechselwirkung der Ansichten Carls II. und des Rathspensionärs Heinsius 498.

Digitized by Google

Carl V., römischer Kaiser, 492, 495.
Carl V., Herzog von Lothringen, 47, 449.
Carl XI., König von Schweden, 114, 115, 138, 194. Er will die Friedensvermittelung nicht fahren lassen 222; stirbt 374.
Carlingford, Graf, 134.
Carpio, spanischer Gesandter in Rom, berichtet das Urtheil von Innocenz XII. über Wilhelm III. S. 67 u. f.
Caryll 155.
Casale 35, 74, 75, 76, 123, 224.
Catalonien 289, 343, 355, 380, 384.
Catinat 227, 242, 380.
Ceremoniell in Ryswyck 378, 383.
Chamlay 170.
Charnock 154 u. f. Seine Bekanntschaft mit Barkley 159 u. f.; 161 u. f. Er wird gefangen 179. Sein Prozeß 185 u. f., und sein Verhalten vor dem Tode 195 u. f.
Chartres, Herzog von, 93.
Chateauneuf, französischer Gesandter in Constantinopel, 63, 448.
Clarendon, Graf, 24.
Clausel, die Ryswyckische, s. Ryswyck.
Clermont 168.
Coehorn 91 u. f., 187.
Compagnie, die ostindische, in England 51 u. f., 147; in Schottland 149 u. f.
Constantinopel, Plan eines Bombardements von, 285 u. f.
Conti, Prinz, trachtet nach der polnischen Krone 290 und 396 u. f.
Corver, Bürgermeister von Amsterdam, 443.
Cotes, Don, 430.
Cotterel 141.
Courtrai 52, 89.
Couvonges 214, 218.
Crecy, französischer Friedens-Botschafter, 371, 378, 398.
Crenan, General, 76.
Croissy 190, 222, 242.
Crosbie 160 u. f.
Cujavien, Bischof von, 397 u. f.
Cutts, Lord, 95 u. f., 175, 293.

D.

Dänemark sucht Schweden zum Kriege fortzureißen 138 u. f.
Dangeau über Wilhelm III. S. 5; über den Plan der Invasion in England 166 u. f.; 177, über den Mordplan gegen Wilhelm III. S. 197 u. f.
Dankelmann, brandenburgischer Friedens-Botschafter, 396, 444.
Dartmouth, Lord, 20.
Dauphin 247. Das Gerücht über das Angebot einer Heirath mit ihm für die Königin Maria Anna 345, 362.
Delft 334, 358, 371, 387.
Devonshire, Herzog von, 57, 304 u. f.

Digitized by Google

Deynse 98, 105.
Dixmuiden 98, 105.
Dorset 57.
Dover-Vertrag 15.
Dry Gaten 383.
Dünkirchen 100, 176, 187.
Dykvelt 48, 72, 106, 108. Er äußert sich in einer Unterredung mit Auersperg, 9. August 1695, über das Angebot eines Jahrgeldes für Jacob II. S. 111 u. f. (vgl. S. 250); wünscht in Folge des Mordplanes den Frieden 203; wird zu neuen Friedens-Berednungen mit Callieres verwendet 207; 211, 220, 231 u. f.; spricht Mistrauen gegen die Kaiserlichen aus, im August 1696, S. 257 u. f., so wie 259 und 261. Sein Urtheil über das englische Parlament 263; über den Gedanken einer zweiten Heirath Wilhelms III. S. 276. Er verhandelt im October 1696 weiter mit Callieres 298; berichtet darüber im Congresse 314; 327, 332, 358 u. f. Er redet zu Auersperg über die Ryswycker Clausel 479.

E.

Eleonore, Herzogin von Lothringen, 134, 218.
Elisabeth, Königin von England, 152.
Elisabeth Charlotte, Herzogin von Orleans, 20, 94. Ihr Urtheil über Wilhelm III. S. 110; 199, 436.
Ellenberg 99.
Enguien 99.
Ernst August, Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, 277 u. f.
Eugen, Prinz von Savoyen, durchschaut Victor Amadeus 73 und 76, so wie 223 u. f.; 230, 266. Er erhält 1697 den Oberbefehl gegen die Türken 449 u. f. Seine Berichte über den Feldzug 450 u. f.
Evremonts Urtheil über England 152.
Eyford 307, 313.

F.

Fenwick, Sir John, 154 u. f., 304 u. f.
Fisher 173.
Fleming, Agent des Kurfürsten Friedrich August bei der polnischen Königswahl, 397 u. f.
Foley, Sprecher des Unterhauses von England, 143, 146.
Franken, der Kreis, 282, 287, 335.
Freiburg im Breisgau 212, 283, 367, 369, 434.
Friede von Münster 213.
Friede von Nymegen 70, 213, 296 u. f.
Friede, der pyrenäische 34, 68 u. f.
Friede von Ryswyck, Frankreichs mit den Seemächten, gezeichnet am 20. September 1697, S. 444, mit Kaiser und Reich am 31. October 1697, S. 469.
Friede mit den Türken. Die Frage desselben 63, 283.

Digitized by Google

Friedens-Botschafter in Ryswyck.

Die englischen, nicht unterrichtet über die Beredungen von Portland und Boufflers 394 u. f.; sprechen am 20. September vor der Unterzeichnung den Kaiserlichen ihr Bedauern aus 444. Ihr Verhalten bei der Ryswyckischen Clausel 463 u. f.

Die französischen, setzen die heimlichen Beredungen mit den Holländern fort 378 u. f. Ihr Vortheil liegt im Zaudern 383. Sie sind im Rückzuge von ihrem Präliminare 395; erhalten Befehl einen Termin zu setzen 401 halten, im August, verschiedene Beredungen mit den Kaiserlichen 431. Ihr Verhalten am 31. August 433. Ihre Erklärung vom 1. September S. 434. Sie versichern, im September, daß ihr König die Stadt Straßburg nicht hergeben wird 442; treten mit dem Friedens-Entwurfe hervor, der im vierten Artikel die Religions-Clausel enthält 463; fordern die Unterschrift 464 und 468; schüren Mistrauen und Zwietracht 478. Ihre Audienz bei Wilhelm III. S. 500 u. f.

Die holländischen, setzen die geheimen Beredungen mit den Franzosen fort 378 u. f.; werden im Juni 1697 wieder fester 385; entsenden den Rathspensionär nach Loo 389.

Die kaiserlichen, schlagen als kürzeren Modus vor, von den Franzosen einen allgemeinen Friedens-Entwurf zu begehren 387. Die Stimmung derselben nicht eine gehobene 395. Sie sind nicht zufrieden mit dem Grafen Auersperg 410; werden von Lilienroth gewarnt 411; treten mit Heinsius zusammen 415; sehen, im August 1697, den Zustand der Friedenssache als traurig an 418; halten verschiedene Beredungen mit den Franzosen 430; erkennen officiell die Stellung eines Termines nicht an, erklären aber vor Ablauf nochmals die Annahme der Präliminarien 432; nehmen am 20. September den vereinbarten Stillstand an 445; berichten über den Friedensschluß vom 20. September 1697 S. 447; geben auf das Andringen der reichsfürstlichen Gesandten Straßburg auf 460. Ihr Verhalten bei der Kunde der Religions-Clausel 463. Sie verlangen und erhalten Frist für die Unterschrift 469; sind bei der Clausel nicht betheiligt 480.

Die reichsfürstlichen. Haltung derselben 395 u. f., 403 u. f., 443 u. f. Sie dringen in die Kaiserlichen die Stadt Straßburg aufzugeben 460. Ihr Verhalten bei der Kunde der Religions-Clausel 463 u. f.

Die spanischen. Sie erhalten sehr friedfertige Instructionen 384 u. f.; halten an der Stadt Luxemburg fest 497; sind am 31. August die eifrigsten für den Abschluß des Friedens 433.

Die schwedischen s. Lilienroth.

Friedrich III., Kurfürst von Brandenburg, 61. Er erhält für das Verhalten der Brandenburger vor Namur das Lob Wilhelms III. S. 104; wünscht eine Heirath Wilhelms III. mit seiner Tochter 125 und 276; zieht doppelte Bezahlung für seine Truppen 209 und 282 und 288; schreibt an Victor Amadeus 229; wird beurtheilt von Wilhelm III. S. 295. Das Verhalten seiner Gesandten in Ryswyck 443 u. f.

Friedrich August, Kurfürst von Sachsen, 60 u. f. Er erhält das Commando in Ungarn 62 u. f. Es bringt dem Kaiser keine Frucht 124 und

Digitized by Google

284 u. f., ſo wie 449 u. f. Er wird zum Könige von Polen gewählt 396 u. f.
Friedrich Chriſtian, Fürſtbiſchof von Münſter, 60 u. f.
Friend 154 u. f., 201.

G.

Gabriel, Kapuziner, Beichtvater der Königin Maria Anna von Spanien, 426.
Gallicanismus 88.
Galway, Graf, durchſchaut nicht den Herzog Victor Amadeus 73 u. f., ſo wie 77 u. f., ferner 119 u. f., eben ſo 223 u. f.; 230, 355.
Generalſtaaten 143. Sie beſchließen, am 3. September 1696, auf die franzöſiſchen Friedens-Vorſchläge einzugehen 261 und 270; wollen nicht einen Sonderfrieden mit Frankreich 314 u. f.; entſenden Heinſius an Wilhelm III., zu Ende Juni 1697, S. 387.
Georg, Prinz von Dänemark, 23 u. f., 53 u. f., 339, 355, 357, 384, 420, 427.
Georg Auguſt, Kurprinz von Braunſchweig-Lüneburg, 280 u. f.
Georg Wilhelm, Herzog von Braunſchweig-Lüneburg zu Celle, 277 u. f.
Germain, St., 20, 23, 154 u. f., 273, 306 u. f., 455 u. f.
Givet 187.
Gloceſter, Herzog von, 8, 24, 74, 128 u. f., 275.
Godfrey 97.
Godolphin 57, 233, 306 u. f.
Görz, Freiherr v., 339.
Goodman 161, 310.
Govone, Geſandter des Herzogs Victor Amadeus bei Ludwig XIV., S. 273 u. f.
Graevius. Seine Trauerrede auf die Königin Mary S. 19 u. f., ſo wie 27 u. f.
Grandval 313.
Greenwich 27.
Greg, engliſcher Geſandter in Kopenhagen, 194.
Gremonville 219.
Grupel 225 u. f.
Guiscard, Graf, Commandant in Namur, 98, 106.
Gwynne, Sir Rowland, beantragt die Aſſociation für Wilhelm III., S. 182.

H.

Habeas-Corpus-Acte 181.
Harcourt, Marquis, in Calais 186, Botſchafter in Spanien 354.
Haren, v., holländiſcher Friedens-Botſchafter 398.
Harlay, Erzbiſchof von Paris, 87.
Harlay, franzöſiſcher Friedens-Botſchafter, 371, 378, 387, 405, 433. Er reicht am 1. September dem Vermittler die franzöſiſche Denkſchrift ein 433; redet zu dem Kaufmann Molo 438.
Harrach, Graf Alois, 343, 346, 418 u. f., 424.
Harrach, Graf Bonaventura, kaiſerlicher Botſchafter für Spanien 343 u. f. Seine Inſtruction 346 u. f.; trifft in Spanien ein 418 u. f. Seine erſte Audienz bei der Königin Maria Anna 420, bei Carl II. S. 421. Er erlangt durch

Digitized by Google

die Königin eine bestimmtere Fassung des Handschreibens von Carl II. an den Kaiser 423. Seine Unterredung mit Monterey 424 u. f. Er verlangt einen Beschluß des Staatsrathes für die Berufung kaiserlicher Truppen 426. Neue Unterredung mit Monterey 428, mit der Königin 429, mit Matilla, Cotes, Aguilar 430. Er findet auf den Dank des Kaisers den König nicht fester entschlossen 494; warnt die Königin vor der eigenen Gefahr 496 u. f.; verlangt eine bestimmte Antwort von Carl II. S. 497.

Harrison 184, 471.

Haye, de la, französischer Gesandter in Venedig, unterhandelt mit dem kaiserlichen Bevollmächtigten Grafen Velo in Padua, im März 1696, S. 216 u. f., 246 u. f.

Hedwig Eleonore, Königin von Schweden, 374.

Heemskerk, holländischer Gesandter in Wien, 266, 404.

Heinsius, Rathspensionär der Stände von Holland. Er bewegt die Stände zur raschen Bewilligung der Kriegesmittel 2; urtheilt über Kursachsen 64. Seine Uebereinstimmung mit Wilhelm III. S. 65. Er täuscht sich über Victor Amadeus 77; ist eifrig für die Erneuerung der Allianz 110 u. f.; führt schwere Klage über Spanien 119 u. f. Sein Urtheil über die Sache des Schonenberg zu Anfang derselben 123. Er erhält von Wilhelm III. die Nachricht über den Mordplan 180; wünscht in Folge des Mordplanes den Frieden 203, 207. Er vertheidigt die Abberufung der Flotte aus dem Mittelmeere 209. Seine Position gegenüber dem Grafen Kaunitz in Betreff der neuen Friedens-Beredungen von Dykvelt und Callieres 210 u. f. Sein Rath, daß der Kaiser das Aequivalent für Straßburg nehme, von Kaunitz zurückgewiesen 212. Er theilt den kaiserlichen Gesandten den Sachverhalt der Beredungen mit 212 u. f.; beruft sich auf eine vermeintliche Unterhandlung des Couvonges 214; wird, in Folge der Einwilligung des Kaisers, mehr entgegen kommend 221 u. f.; läßt sich von Della Torre täuschen 227; sieht die Lage der Dinge minder düster an als Wilhelm III., im Sommer 1696, S. 236; will den Friedenswunsch der Holländer verhehlen 237.

Er und Wilhelm III. erregen einander zu einem nicht begründeten Verdachte wider den Kaiser 238 u. f., eben so 257 und 259. Er tritt, am 2. September 1696, den Kaiserlichen mit dem fertigen Entschlusse zum Frieden entgegen 259 u. f., eben so 270; ist bestürzt über die Antwort des Kaisers 266. Sein Verhalten in der Sache der neunten Kurwürde 277 u. f. Er redet für den Frieden im Privat-Interesse des Kaisers 283; will den holländischen Friedenswunsch vor Frankreich verhehlen 296; berichtet über den Hochmuth des Callieres 299; redet mehr als Minister Wilhelms III., denn als Rathspensionär 300 u. f., eben so 315; wird mit seinen Vorwürfen gegen den Kaiser von Kaunitz zurückgewiesen 320 u. f.; spricht sich im Congresse aus über das Zurückziehen des Callieres 327 u. f., so wie 332.

Er will nicht die Angelegenheit der spanischen Succession zu einer Bedingung des Friedens mit Frankreich machen 348 u. f.; verneint das Gerücht einer Abmachung mit Frankreich über Belgien 349 u. f.; anerkennt das Bestreben des Kaisers das Ceremoniell zu erleichtern 371; drängt im Interesse Hollands in Kaunitz 382; nimmt wieder eine festere Haltung

Digitized by Google

an, im Juni 1697, S. 385; wird nach Loo zu Wilhelm III. entsendet 387; weicht der Frage der Kaiserlichen über die Beredungen von Portland und Boufflers aus 394; muß dem Grafen Kaunitz Stand halten 412; redet im Auftrage Wilhelms III. zu den kaiserlichen Botschaftern, am 12. August 1697, S. 415 u. f.; will ein Aequivalent statt Luxemburg 417 u. f.; zeichnet den Plan, welchen Frankreich bei der Erklärung vom 1. September verfolgt 435 und 437; räth dem Könige Wilhelm eine neue Beredung zwischen Portland und Boufflers an 438; hegt noch Hoffnung für Straßburg, im September 1697, S. 442.

Er ahnt nicht, daß Ludwig XIV. den geheimen Artikel der Allianz von 1689 kennt, und irrt von diesem Puncte aus 491 u. f.; will diesen geheimen Artikel halten 491 u. f. und 498; empfiehlt den Kaiserlichen die Verständigung mit Max Emanuel 492; verlangt, daß zuerst Carl II. sich offen für den Kaiser erkläre 493. Wechselwirkung seiner Ansicht mit derjenigen Carls II. S. 498. Er hat, zusammen mit Wilhelm III., den Plan holländische Besatzungen in belgische Städte zu legen 499 u. f.

Henriette, Herzogin von Orleans, 275.

Heyden, brandenburgischer General, 90.

Hill, englischer Gesandter in Brüssel, 413, 498.

Hochkirche s. Anglicaner.

Hoffmann, kaiserlicher Resident in London, über die Verschwörung in Lancashire 3; über den Tod der Königin Mary 10 und 12. Ueber die Katholiken in England 133 u. f., so wie 184. Ueber den Mordplan gegen Wilhelm III. S. 185 u. f., so wie 197. Er sieht die Bill of Attainder gegen Fenwick vorher 310; berichtet über die irischen Bills gegen die Katholiken und seine Bemühungen in dieser Sache 470 u. f. Sein Urtheil über die harte irische Bill, unter dem Titel: zur größeren Sicherheit der Person des Königs 475.

Holmes 159, 163.

Hyde-Park 162, 179.

J.

Innocenz XI., Papst, 439.

Innocenz XII., Papst. Sein Urtheil über Wilhelm III. S. 66 u. f. Er schreibt ein Jubiläum aus 126. Sein Verhalten in der Sache Jacobs II. S. 250 und 457.

Jacob, Prinz Sobieski, 339.

Jacob II. Sein Verhalten beim Tode seiner Tochter Mary 15 u. f. Die Stimmung über ihn und seine Sache in Rom 66 u. f. Er begibt sich, im October 1695, nach La Trappe 156; entsendet Barkley nach England 156 u. f. Die Frage über den Ursprung des Planes der Invasion in England, zu Ende 1695, S. 157. Er gibt dem Barkley eine Vollmacht 158. Seine Ansicht über einen Mordplan gegen Wilhelm III. S. 160 u. f. Sein Bericht über den Plan der Invasion 164 u. f. Seine Hoffnung auf eine jacobitische Erhebung in England 165 u. f. Er entsendet Berwick nach England 166 u. f.; fragt nicht nach dem Grunde des Dringens von Ludwig XIV. auf seine Abreise 167; erhält in Clermont den mündlichen Bericht Berwicks 169 u. f.; ist bereit Nutzen zu ziehen aus dem Mordplane Anderer 169 u. f. Reden über ihn in Versailles und Paris 173. Sein Aufenthalt in Calais und Boulogne, im März 1696, S. 186 u. f. Er

Digitized by Google

hält dort fest an dem Plane der Invasion 189. Er kehrt zurück nach St. Germain 191; entläßt nicht den Barkley 192.

Er ist niedergeschlagen über den Gang der Dinge, im Sommer 1696, S. 242; schreibt an den Abt Rancé 243; wird beurtheilt von der Prinzessin Sophie 243; will nicht die polnische Krone 243. Er verwirft eine Abmachung zu Gunsten seines Sohnes 244 u. f. Demnach ist der Vorschlag Ludwigs XIV. bei dem Kaiser ohne Jacobs Vorwissen gemacht 247 u. f. Er hat keine Kunde des früheren Angebotes durch Dykvelt in Mastricht 251; sieht ein Jahrgeld als eine Abfindung an und lehnt ab 251 u. f. Die That, subjectiv betrachtet, königlich, befestigt aufs neue die Abhängigkeit seines Hauses von Ludwig XIV. S. 252. Er geht darin noch weiter 253 u. f.

Die Beziehungen der von Fenwick angeklagten Lords zu ihm 305 u. f. Er wird in Frankreich hoch gehalten, im Herbste 1696, S. 314; muß durch die Königin Marie Beatrice den König von Frankreich seines Versprechens entbinden 324; wendet sich dann an den Kaiser mit der Bitte ihm zu helfen 324 u. f.; erläßt eine Protestation an die katholischen Fürsten 359 u. f.; muß sie desavouiren 360; erläßt eine neue Protestation 360; ist beim Friedens-Congresse nicht vertreten 379; protestirt abermals 379; wird nicht als Verbündeter Ludwigs XIV. anerkannt 385; wird von Ludwig XIV. über die Beredungen von Boufflers und Portland zugezogen 391; wird im Friedens-Vertrage nicht genannt 398; wird durch die Anerkennung Wilhelms III. von Seiten Ludwigs XIV. preis gegeben 446. Sein Verhalten diesem Könige gegenüber 455 u. f. Er hat durch den Frieden Aussicht auf ein Jahrgeld von England her 457; erläßt eine neue Protestation gegen den Frieden 458.

Jacobiten. Verschwörung derselben in Lancashire 3. Verhalten beim Tode der Königin Mary 21 und 133 u. f. Ihr Plan einer französischen Invasion und der Mordplan 153 u. f. Verhältnis des ersteren Planes zu dem zweiten 164 u. f. Sie verbreiten in England französische Gerüchte über den Kaiser 301 u. f., so wie 318 u. f. Urtheile von ihrer Seite über die Proteste Jacobs II. S. 360. Sie sind aufgebracht gegen Ludwig XIV. S. 458 u. f.

James-Park 162, 179.

Jersey s. Billiers.

Jessen, dänischer Minister, 194.

Johann Sobieski, König von Polen, 243, 290.

Johann Wilhelm, Kurfürst von der Pfalz, 481.

Johanna, Königin von Spanien, 495.

Joseph, römischer König, 216, 344, 346, 362, 413, 492.

Joseph Ferdinand, Kurprinz von Bayern, 247, 341 u. f., 344.

K.

Katholiken in England 3, 133 u. f. Ungerechte Anklagen gegen sie 183 und ihr Verhalten 184. In wie weit betheiligt bei der Verschwörung von 1696, S. 200 und 202.

Digitized by Google

Katholiken in Irland 134, 470 u. f., 475 u. f.
Kaunitz, Graf, kaiserlicher Gesandter im Haag und Friedens-Botschafter, 2; über die Trauer der Holländer um den Tod der Königin Mary 14; über die Friedens-Gesinnung Wilhelms III. im Jahre 1695, S. 38; über Quiros 69; über die Aufnahme der Nachricht von Casale im Haag 77 u. f.; über die Einnahme von Namur 109 und 111. Er warnt im Haag, Spanien preis zu geben 121.

Ueber die unbegründeten Anklagen gegen die Katholiken in Betreff des Mordplanes von 1696 S. 183 u. f.; über den Eindruck des Mordplanes in Holland 203. Er misbilligt vor dem Rathspensionär die geheimen Friedens-Beredungen 210 u. f.; warnt den Kaiser vor einem Sonderfrieden der Seemächte 213 und 261; geht nicht ein auf das Drängen von Heinsius und Dykvelt zum Frieden, am 2. September 1696, S. 259; berichtet über die Sache der neunten Kur 278 und 282. Seine Audienz bei Wilhelm III. vor dessen Ueberfahrt im Herbste 1696 S. 281 u. f. Er legt dem Rathspensionär die Gesinnung des Kaisers in Betreff Straßburgs dar 283; berichtet nach Wien über den Plan eines Bombardements von Constantinopel 285 u. f.; fordert im Congresse ein schriftliches Versprechen Frankreichs für die Anerkennung Wilhelms III. S. 315; weist den Verdacht von Heinsius zurück 320 u. f.; erkennt die Nachgiebigkeit Wilhelms III. gegen die Holländer 332; hofft den Holländern die Friedenssache noch entwinden zu können 333. Seine Besorgnisse für Straßburg 333. Er berichtet über die Königin Maria Anna von Spanien 342 und 345; 357.

Er eröffnet dem Schweden Lilienroth die Annahme der schwedischen Vermittelung 358; 366, 368, 378. Er antwortet dem Rathspensionär, im Mai 1697, S. 382; bringt in Ryswyck einen Vorschlag ein, die Friedenssache zu beschleunigen 386 u. f.; besucht Harlay in Delft 387. Er stellt Heinsius über die Besprechungen von Portland und Boufflers zur Rede 394; nimmt den französischen Friedens-Entwurf entgegen und warnt die protestantischen Reichsstände 403; beschwert sich bei Heinsius über den Druck der Holländer zum Frieden 412; antwortet ihm in derselben Sache 416 u. f.; weigert die Annahme der französischen Erklärung vom 1. September 1697 S. 434; weist die protestantischen Reichsstände hin auf die Gefahr einer französischen Einmischung in das Reich 460 u. f.; tritt bei den englischen Botschaftern für die Katholiken in Irland ein 477; bespricht mit Heinsius die Angelegenheit der spanischen Succession 491 u. f.
Kensington 8, 10, 26, 174 u. f.
Keppel, Joost Arnold v., über eine zweite Heirath Wilhelms III. S. 125.
Keyes, Prozeß des, 185.
King, Prozeß des, 185.
Kinsky, Graf, Hofkanzler für Böhmen, über Wilhelm III. S. 31. Er begutachtet die Friedensrede Wilhelms III. vom Februar 1695 S. 39 u. f.; wünscht den Beitritt des Parlamentes zu der großen Allianz 43 u. f.; fürchtet französische Mordplane gegen Wilhelm III., im Mai 1695, S. 44. Ueber den Oberbefehl in Ungarn für den Kurfürsten Friedrich August 64. Er ist misgestimmt über die Holländer 72; warnt vor dem Abfalle von Savoyen und Spanien 73 u. f.; eben so 121; ist besorgt um den Zustand der Dinge

Digitized by Google

in England, zu Anfang 1696, S. 153; über den Mordplan 193; 215, 218. Er wird von Wilhelm III. ungünstig beurtheilt 221 und 256, so wie 408. Er steht nicht freundlich mit Lord Lexington 266 und 408. Seine Mahnung an die kaiserlichen Friedens-Botschafter im Haag 408.

Kleve, Schloß, 281.

Kurwürde, die neunte, und die Opposition dagegen 59 u. f. Der Stand dieser Angelegenheit im Jahre 1696 S. 277, so wie beim Friedens-Congresse von Ryswyck 485.

L.

Lancashire, Verschwörung in, 3.

Landbank, Project der, 232.

Languedoc 86, 241.

Lauenburg, Herzogthum, 61.

Leeds, Herzog von, angeklagt 53 und 56.

Leganez, spanischer Statthalter in Mailand, 230 u. f., 266. Seine Gründe für das Eingehen auf die Neutralität für Italien 1696 S. 270 u. f.

Leibniz über den Tod der Königin Mary 23. Er berührt gegenüber der Kurfürstin Sophie die Aussicht auf die Succession in England 279 u. f. Ueber den Uneigennutz des Kaisers Leopold 284. Ueber Spanien 354.

Leopold I., römischer Kaiser. Er antwortet Wilhelm III. über den Tod der Königin Mary 13; bespricht die Eröffnungen Wilhelms III. vom Februar 1695 nur mit Kinsky 39 u. f.; wünscht den Beitritt des Parlamentes zur großen Allianz 43 und 112; macht Vorschläge über die Verwendung des Kurfürsten Friedrich August 61. Sein eigentlicher Grund für die schwedische Friedens-Vermittelung 70 u. f. Er ist dem Könige Wilhelm überlegen an Einsicht in die Qualität der Bundesgenossen 73; spricht bei Wilhelm III. zu Gunsten von Victor Amadeus 75; lobt das Verhalten des Prinzen Eugen bei Casale 77; beglückwünscht Wilhelm III. zu der Einnahme von Namur 109. Fortdauer der Differenz über die Vermittelung durch Schweden 110. Er erneuert für Starhemberg in Stockholm den Befehl, kein Schriftstück anzunehmen, welches dem Könige Wilhelm nicht diesen Titel gebe 114. Die Aufgabe seiner Gesandten in Betreff Spaniens 121.

Er wünscht die Einnahme von Temesvar 124. Er verwendet sich nachdrücklich für die Katholiken in England 133 u. f.; bietet seine Vermittelung an zwischen England und Schweden 138 u. f., so wie dann in der Sache des Schonenberg in Madrid 140 u. f. Er ist besorgt wegen der Misstimmung im Parlamente zu Anfang 1696 S. 153. Seine Ansicht über den Mordplan, ausgesprochen durch Kinsky 193. Er wünscht in Folge dessen den Frieden 203. Das Verhältnis zu Wilhelm III. von 1696 an 208. Er erkennt die Kriegführung in Belgien nicht als die richtige an 208 u. f.; beklagt die Abberufung der Flotte aus dem Mittelmeere 209; will nicht Straßburg bei Frankreich belassen 212; will nicht mit einem Sonderfrieden den Seemächten voreilen 214; läßt eine geheime Verhandlung in Padua anstellen, im März 1696, S. 215; streicht in dem französischen Entwurfe den Vorschlag der Heirathen 216; verlangt als erste Bedingung die Anerkennung Wilhelms III. S. 218; läßt Couvonges abweisen 219.

Digitized by Google

Er antwortet auf den Bericht über die holländischen Friedens-Beredungen mit Callieres, 20. Juni 1696, S. 220; tritt darin ein für die Schwächeren, für die Gesammtheit 221; gestattet jedoch die Verhandlungen 221. Er läßt den Offizieren nachtheilige Reden über Victor Amadeus untersagen 223 u. f.; gibt die Hoffnung nicht auf den Herzog Victor Amadeus wieder zu gewinnen 230; geräth bei Wilhelm III. und Heinsius in einen unbegründeten Verdacht 238 u. f. Sein Verhalten in der Sache des Prinzen von Wales im Jahre 1696 S. 247 u. f.

Er tritt in Folge der französischen Vorschläge zu Gunsten des Protestantismus in Straßburg ein 256; wird mit Unrecht beargwöhnt von Wilhelm III. und Heinsius 259 u. f. Sein Verhalten gegenüber dem Beschlusse der Generalstaaten vom 3. September 1696 S. 263 u. f.; wird dabei nicht geleitet durch die Rücksicht auf die spanische Succession 264; macht durch Auersperg noch einen Versuch bei Wilhelm III., im September 1696, S. 267; gibt nach 270; thut seine Einwilligung in die Neutralität für Italien kund 270 u. f.; will nicht eine savoyische Friedens-Vermittelung 274. Sein Verhalten in der Sache der neunten Kurwürde 277 u. f. Er hat nicht sein eigenes Interesse im Auge, sondern das Wohl des Ganzen 283.

Die Schattenseite seiner Regierung 284. Der Zustand der kaiserlichen Armeen 285 u. f. Er wird von seinem Gesandten Auersperg vor Wilhelm III. vertheidigt 317 u. f., und eben so von Kaunitz vor Heinsius 320 u. f.; läßt auf die Bitten Jacobs II. antworten 325 u. f.; läßt diese Besendung bei Wilhelm III. nicht erwähnen 326 u. f.; will nicht ein Aequivalent für Straßburg 333 u. f.; irrig beurtheilt von Wilhelm III. und später von Macaulay 337.

Er kann auf Carl II. in Betreff der Succession in Spanien für lange Zeit nicht einwirken 338 u. f.; vertritt Carl II. bei den Seemächten 339 u. f.; faßt 1696 den Entschluß Harrach als Botschafter nach Spanien zu senden 340; läßt Wilhelm III. über die Angelegenheit der spanischen Succession befragen 347 u. f., so wie 355; erklärt sich bereit auf das Präliminare des Callieres einzugehen 357; will nicht ein Aequivalent für Straßburg 358 und 363, so wie 367 und 369. Französische Gerüchte über ihn in England ausgestreut 362. Er besorgt einen Sonderfrieden der Seemächte mit Frankreich 333 und 357 und 365; läßt durch Auersperg eine Versicherung des Königs Wilhelm dagegen verlangen 365 u. f.; kann sich für Straßburg auf Wilhelm nicht verlassen 366; läßt in Betreff Lothringens bei Wilhelm III. anfragen 367; bewährt seinen Charakter in Betreff Straßburgs 369.

Er erleichtert das Ceremoniell 371 und 378; willigt in den Haag und Ryswyck 372; empfiehlt Jacob Sobieski zum Könige von Polen 396. Abermalige Gerüchte von heimlichen Tractaten mit Ludwig XIV. im August 1697 S. 413.

Er hofft in Betreff der spanischen Succession auf die Mitwirkung der Königin Maria Anna 418 u. f. Der Fall von Barcelona ein schwerer Schlag für seine Sache in Spanien 427. Er befiehlt seinen Botschaftern im Haag, sich vor dem 31. August zu erklären 431.

Digitized by Google

Seine damalige Stellung im Türkenkriege 448. Er ernennt den Prinzen Eugen zum Oberanführer 450; empfängt dessen Berichte 450 u. f.; meldet dem Könige Wilhelm den Sieg bei Zenta 454; will Straßburg nicht anders fahren lassen als gezwungen 460. Verhalten von kaiserlicher Seite zu der Religions-Clausel von Ryswyck 460 u. f. Er muß dieselbe als einen Eingriff in seine Autorität ansehen 480, so wie als nachtheilig für seine kirchlichen Reunionsplane 481.

Er verlangt das Gutachten einer Deputation seiner Minister über die Angelegenheit der spanischen Succession 486 u. f.; beauftragt Auersperg die Sache an Wilhelm III. zu bringen 487; verlangt die Absichten Carls II. genauer zu wissen 495; schlägt den Erzherzog Carl zum Statthalter von Mailand vor 496; will die Erneuerung der großen Allianz in Wien feststellen lassen 498.

Lexington, Lord, Gesandter in Wien, 28, 74, 116, 207. Er berichtet ein unbegründetes Gerücht, im August 1696, S. 258. Er steht nicht im freundlichen Verhältnisse mit Kinsky 266; 404, 472, 475.

Leyburu, Bischof, 137, 471.

Lilienroth, Freiherr v., schwedischer Gesandter im Haag und hernach Friedens-Vermittler, 71, 213. Er sucht für Schweden die Friedens-Vermittelung zu erlangen 222; ist Friedens-Vermittler 358 u. f.; erklärt sich gegen die geheimen Beredungen der Holländer mit Callieres 368; 372, 373, 387. Seine Ansicht über die Haltung der Holländer in der Friedenssache 394. Er eröffnet den Verbündeten die französische Annahme des Vorschlages, ein allgemeines Friedens-Project einzubringen 395; warnt die Kaiserlichen vor der französischen Absicht einen Termin zu setzen 401; kritisirt den französischen Friedens-Entwurf 402; eröffnet den Kaiserlichen offiziell nicht die Terminstellung 402; warnt sie 411. Sein Verhalten bei der Uebergabe der kaiserlichen Erklärung vom 30. August 1697 S. 432 u. f. Seine Unterredung mit Harlay 435. Er sucht als Vermittler seiner Aufgabe gerecht zu werden auch in Betreff Lothringens 436.

Limerick, Capitulation von, 136, 473.

Lobkowitz, Graf, kaiserlicher Gesandter in Madrid, berichtet über Schonenberg 123; bespricht nicht die Sache der Succession 340.

London, Lord Mayor von. Anreden desselben an den König 127, 292.

Loo, Schloß, 379, 414, 431.

Lothringen 35, 42, 47, 220, 264, 267, 282, 325, 335, 357, 363, 367, 372, 386, 410, 436.

Ludwig, Markgraf von Baden, 60, 230. Er schildert den Zustand des kaiserlichen Heeres 286 u. f.; vertheidigt den Oberrhein 287; verantwortet sich bei dem Kaiser 287 u. f.

Ludwig XIV., König von Frankreich. Rückblick auf seine Politik in Bezug auf Jacob II. S. 15 u. f. Er willigt nicht in den Präliminar-Artikel der Anerkenuung Wilhelms III. S. 42 und 73; kommt mit Victor Amadeus über Casale überein 76. Vorbereitungen für den Feldzug von 1695 S. 81 u. f. Die regelmäßigen Einkünfte Frankreichs 81. Er findet die Capitation 82 u. f. Der Eingang des Edictes derselben spiegelt seine Auffassung wieder 82. Verschiedenheit der Entwickelung Frankreichs durch

Digitized by Google

ihn gegenüber derjenigen von England oder auch der Monarchie des Kaisers 85. Er wahrt dennoch den Schein einer Zustimmung durch den Hinweis auf die Stände von Languedoc 86; verlangt ein don gratuit von dem geistlichen Stande 86 u. f.; führt die Sache so, daß die Bischöfe indirect die Bewilligung der Capitation aussprechen 87.

Er rüstet 1695 nicht eine Kriegsflotte aus 88; läßt auch einen Theil der angeworbenen Mannschaft zurückkehren 88; beschließt für 1695 nach allen Seiten die Defensive 89; erwartet, im Juli, eine Siegesnachricht von Marschall Villeroy 92 u. f.; läßt seinen Unmuth aus 93; verkündet durch ein Manifest das Bombardement von Brüssel, dessen Plan viel älter ist 100 u. f. Sein Verhalten auf die Nachricht des Arrestes von Boufflers 108. Er will die Anerkennung Wilhelms III. hinausschieben bis zuletzt 115; läßt durch seine Agenten in Spanien hinweisen auf die Berufung eines seiner Enkel 121.

Die Initiative des Invasions-Planes von 1696 stammt von ihm 157 u. f. Er setzt als das Datum der Invasion denselben Tag, welchen Barkley für den Mord 164 und 167; verlangt bei Jacob II. die Erhebung vor der Invasion 165; fordert Jacob II. am 15./25. Februar zur Abreise auf, zuerst durch Pontchartrain 166, dann persönlich 167; beschließt auf den Bericht Berwicks, daß die Unternehmung statt haben solle 171; theilt verschiedenen Gesandten seine Absicht mit, Jacob II. zu unterstützen 171 u. f. Sein Schreiben darüber an den Grafen d'Avaux in Stockholm 172. Er zügelt den Eifer Jacobs II. S. 190; ruft ihn zurück 191; ist der eigentliche Rückhalt für Barkley 193; wird in diesem Sinne von den Zeitgenossen beurtheilt, sowohl feindlichen, als neutralen 194. Ob eine Meinung darüber in England laut wurde 197. Seine eigene Aeußerung 198. Die Angelegenheit wird in Frankreich nicht weiter besprochen 199 u. f.

Er schlägt für die geheime Unterhandlung in Padua drei Heirathen vor 216; durchkreuzt die Beredungen von Padua durch die Sendung des Louvonges nach Innsbruck 218; läßt diese Sendung verlauten 219; erlangt einen großen Vortheil durch die Lockerung der Verbündeten 220. Er geht ein auf die Forderung von Victor Amadeus, ihm Pignerol zu überliefern 225. Der Vertrag mit Victor Amadeus 226. Er wünscht aus dem Kriege zu kommen 239 u. f. Die Capitation nicht zulänglich 240. Er bietet Adelsbriefe zum Verkaufe an 240. Sein Verhalten damals gegenüber dem Könige Jacob II. S. 242 u. f. Er bietet seine Mithülfe an, die Krone von Polen zu erlangen 243 u. f. Er bringt in den Beredungen zu Padua die Herstellung des Prinzen von Wales zur Sprache, so wie die Angelegenheit der spanischen Succession 246 u. f. Er verlangt in demselben Projecte ein Jahrgeld für Jacob II. ohne dessen Vorwissen 249; hat demgemäß ihm das Angebot von Mastricht im Jahre zuvor nicht mitgetheilt 251. Die Abhängigkeit Jacobs II. von ihm neu befestigt 253.

Er wird durch das Interesse Jacobs II. auf seinem Wege nicht gehindert 254; läßt Callieres zurückweichen und die Rückgabe von Straßburg anbieten 255; verkündet seinen Frieden mit Savoyen, am 10. September 1696, S. 265; will die polnische Krone für den Prinzen Conti 290. Er steht dennoch höher als seine deutschen Nachahmer 295. Er rechnet

Digitized by Google

auf den Friedenswunsch der Holländer, um sie aus der Allianz zu lösen 298 u. f. Sein Plan scheitert an der größeren Furcht der Stadt Amsterdam 321. Er befiehlt dem Callieres das Versprechen der Anerkennung Wilhelms III. in bindender Form zu geben 323. Merkwürdiges Spiel zu diesem Zwecke mit der Königin Marie Beatrice 323 u. f.

Er sucht auf Spanien einzuwirken in Betreff der Succession 338; macht große Erbietungen nach Spanien hin 345 u. f.; sucht sich mit der Republik Holland über Belgien zu einigen 349; kennt den geheimen Artikel der großen Allianz 353 u. f.; will darum den Krieg beenden 354 u. f.; läßt in England neue Gerüchte über den Kaiser ausbreiten 362; will von dem Friedens-Präliminare die Stadt Straßburg wieder abzwacken 370; will nicht einen Waffenstillstand, im Juni 1697, S. 380.

Er gestattet die Unterredungen zwischen Boufflers und Portland 383 u. f.; zieht für seine Antworten den König Jacob herzu 391; hat bei diesen Beredungen die Superiorität der Stellung 392 u. f. Er weicht zurück von dem eigenen Präliminare 395; erlangt nicht die Wahl des Prinzen Conti zum Könige von Polen 396. Ueber die zweite Unterredung von Portland und Boufflers 399 u. f. Seine Erwägungen über die Bezeichnung der Person Jacobs II. im Friedens-Vertrage 406 u. f. Er ist sehr zufrieden mit den Beredungen von Portland und Boufflers 414.

Er will Barcelona nicht behalten, sondern durch die Wegnahme der Stadt auf Spanien drücken 427; geht ein auf den Plan der Heirath des Herzogs von Lothringen mit der Prinzessin von Orleans 436; willigt in eine neue Unterredung zwischen Boufflers und Portland, im September 1697, S. 438. Ueberlegenheit seiner Position, weil er rechnet auf die Kriegesfurcht von Amsterdam 439.

Er ist in Betreff des Friedens vor jeder einzelnen Macht gewichen 445. Sein damaliges Verhalten zu den Türken 448 u. f.; zu dem Königspaare in St. Germain 455 u. f.; läßt in Paris den Frieden vom 20. September feiern 459; hält dem Kaiser und dem Reiche gegenüber fest 460.

Sein Urtheil über die katholischen Ordensleute in England 474. Sein Plan bei der Ryswycker Religions-Clausel 481 u. f.

Lugos, Verlust der Kaiserlichen bei, 124.

Lüttich 40.

Luxemburg, Marschall, 89. Er weigert sich Brüssel zu bombardiren 101.

Luxemburg, die Stadt, 35, 208, 357, 358, 402, 413 u. f., 417, 459, 500.

M.

Maine, Herzog du, 89, 92; vor Brüssel 102.

Maintenon, Frau von, 198, 324.

Malo, St., 100.

Mannsfeld, Graf, kaiserlicher Gesandter in Turin, 230, 238, 258, 266, 271.

Mansera, Grande von Spanien, 426.

Mantua, Herzog von, 76.

Maria von Burgund 495.

Digitized by Google

Maria Anna, Mutter Carls II. von Spanien, 341 u. f.
Maria Anna, zweite Gemahlin Carls II. von Spanien. Ihre Einwirkung auf Carl II. S. 342 u. f., 344. Sie drängt den Gemahl das erste Testament zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand zu vernichten 418 u. f. Ihre erste Unterredung mit dem älteren Grafen Harrach 420. Sie bewegt Carl II. zu einer bestimmteren Fassung seines Schreibens an den Kaiser, im Juni 1697, S. 423; klagt über den Stand der Dinge in Spanien 429; hegt Mistrauen wider Wilhelm III. S. 490; wird gewarnt von Harrach 496; hat Anknüpfungen nach verschiedenen Seiten 497.
Maria Antonia, Erzherzogin-Kurfürstin, 341, 348.
Marie Adelaide, Prinzessin von Savoyen, wird verlobt mit dem Herzog von Bourgogne 226, 275.
Marie Beatrice, Gemahlin Jacobs II., 165, 191, 198, 245, 324. Sie äußert sich über das Verhältnis von Jacob II. und Ludwig XIV. S. 458.
Marie Louise, erste Gemahlin Carls II., 342.
Marlborough, Graf, 23; wird bei Wilhelm III. wieder zu Gnaden aufgenommen 54 u. f.; von Fenwick angeklagt 305 u. f.
Mary, Königin von England. Ihre Krankheit und ihr Tod 6 u. f. Sie wird betrauert in England 10 u. f., so wie 22 und 25, und in Holland 14. Rückblick auf ihr Verhalten gegenüber ihrem Vater Jacob II. S. 15 u. f. Die Leichenfeier in England 25 u. f., so wie in Holland 27 u. f. Sie erhält ein Denkmal durch das Hospital von Greenwich 27. Ihr Tod belebt Hoffnungen der Jacobiten 133 und 154.
Mastricht, Beredungen von, 30, 33, 38 u. f., 71, 107.
Matilla, Beichtvater Carls II., 430.
Maximilian Emanuel, Kurfürst von Bayern, spanischer Statthalter in Brüssel, 100. Er schließt mit Boufflers die Capitulation von Namur 105; billigt zuerst nicht das Anhalten von Boufflers 107. Sein Verhalten in der neunten Kursache 277; in der Sache der spanischen Successsion 341 u. f., 349 u. f. Er will nicht den Entsatz für Ath 381; erfreut sich in Betreff Belgiens der Gunst Wilhelms III. und des Rathspensionärs Heinsius 492 u. f., so wie 499; nimmt holländische Besatzungen in belgische Städte 500.
Mehaigne 104.
Melgar, Graf, Admiral von Castilien, 426 u. f., 496 u. f.
Menegatti, S. J., 134 u. f., 215 u. f., 218, 324.
Middleton, Staats-Secretär bei Jacob II., S. 189 u. f. Er ist in den Mordplan nicht eingeweiht 190.
Molo, Kaufmann in Amsterdam, stellt Callieres zur Rede 315; überbringt eine Aeußerung des Harlay 438; 440.
Monmouth, Lord, 273.
Mons 500.
Montague, Kanzler der Schatzkammer, 148, 294.
Montal, französischer General, 92.
Montalto, Graf, 426.
Monterey, Graf, spricht sich zu dem Botschafter Harrach aus über die Lage der Dinge in Spanien 424 und 428.
Montez 177.

Digitized by Google

Montgomery, Lord, 154.
Münznoth in England 50, 145, 147 u. f., 232.
Muſtafa, Sultan, 63, 124, 284; führt 1697 ſein Heer 450 u. f.

N.

Namur, Belagerung von, 80, 89 u. f., 109, 124, 187 u. f., 500.
Neutralität in Italien 230, 257 u. f., 265 u. f., 269 u. f.
Neutralität, Frage der, in Catalonien, 355 u. f., 424.
Neville, Admiral, 356.
Nieuport 98, 177.
Normaljahr von 1624 S. 41.
Normanby, Lord, 200.
Nottingham, Graf, 20, 50, 185, 200.

O.

Oberhaus von England ſ. Parlament.
Orange, Stadt und Fürſtenthum, 390 u. f.
Orford, Lord, ſ. Ruſſel.
Oropeſa, Graf, 420 u. f., 429, 497.
Oſtende 177.
Oudenarde 381.
Oxenſtjerna, Graf Benedict, 42, 48, 114, 194.
Oxford, Univerſität, 131.

P.

Padua, geheime Beredung von, 216 u. f., 246.
Paget, Lord, 63.
Palma, Graf, 427.
Palmquiſt, ſchwediſcher Geſandter in Paris, über das Fehlſchlagen des Planes von Februar und März 1696 S. 188, 222, 240; berichtet über Jacob II. S. 242; ſieht im September 1696 den Gang der Friedensſache vorher 296; über die Beredungen zwiſchen Boufflers und Portland 391; warnt im October 1697 vor einem franzöſiſchen Plane in Betreff der Religion 462.
Parker 313.
Parkyns 154 u. f., 159 u. f., 163 u. f., 201.
Parlament von England. Günſtige Stimmung desſelben zu Ende 1694 S. 1 u. f. Adreſſen des Ober- und Unterhauſes in Anlaß des Todes der Königin 10 u. f. Unterhaus in Anlaß des Todes nicht aufgelöſt 11. Das Parlament betheiligt ſich bei der Leichenfeier der Königin Mary 26 u. f. Wunſch des Kaiſers, daß das Parlament der großen Allianz beitrete 43 und 112 und 117.
Es iſt im Frühling 1695 nicht freundlich für Holland und zugleich kriegseifrig 49 u. f. Das Unterhaus ſtraft Unterſchleife 51 u. f. Es weiſt

Digitized by Google

eine Erfindung für die Seefahrt zurück 58. Es wünscht, daß der König im Felde etwas Nachdrückliches wage.

Zusammentritt 22. November/2. December 1695 S. 143. Günstige Stimmung für den König 146. Beginn einer Verstimmung 147. Unterhaus beschließt die Neuprägung der Münze 149. Beide Häuser überreichen eine Adresse gegen die schottisch-ostindische Compagnie 150. Die Verstimmung im Wachsen 150 u. f. Unterhaus verlangt die Zurücknahme der Schenkung an Portland 151 u. f. Die Misstimmung im Steigen 152.

Unkunde des Parlamentes über die französisch-jacobitischen Plane vom Februar 1696 bis zum letzten Tage 177. Stimmung in Folge der Rede des Königs über den Mordplan 181, und gemeinsame Adresse beider Häuser 181. Unterhaus suspendirt die Habeas-Corpus-Acte 182; beschließt die Association für den König 182 u. f. Ungerechtigkeit darin gegen die Katholiken 183. Compromis über die Unterzeichnung der Association 184. Unterhaus überreicht die Adresse dem Könige 200. Vertagung 206. Parlament beurtheilt von Dykvelt S. 263.

Es tritt zusammen im October 1696 S. 291. Unterhaus faßt wichtige Beschlüsse 293 u. f. Vollbewußte Adresse 294. Mitglieder des Oberhauses nehmen falsche Gerüchte über den Kaiser auf 302 u. f. Das Unterhaus kriegeseifriger als der König Wilhelm 303 u. f. Die Thätigkeit des Parlamentes für lange Zeit in Anspruch genommen durch die Sache Fenwicks 304. Behandlung der Bill of Attainder gegen Fenwick 310 u. f. Es erhält keine offizielle Kunde von der Weigerung des Callieres ein schriftliches Versprechen für die Anerkennung Wilhelms III. zu geben 316. Günstige Stimmung für den König Wilhelm im Winter 1696/7 S. 328 u. f. Unterhaus beschließt die Capitation 329. Unterschied der Bewilligung dieser Steuer von dem Befehle derselben in Frankreich 329. Es ist geneigt, den Abbruch der Verhandlungen zu verlangen 329. Urtheile im Parlament über die Kriegführung Wilhelms III. S. 336, und über die Neigung des Königs zum Frieden 361. Es beharrt in seiner willfährigen Gesinnung für den König 375.

Parlament von Irland gegen die Katholiken 134, ferner 470 u. f., so wie 475 u. f.
Parlament von Paris 84.
Parlament von Schottland beschließt eine ostindische Compagnie 149 u. f.
Pembroke, Graf, Friedens-Botschafter in Ryswyck, 57, 334, 434.
Pendergras entdeckt den Mordplan vor Portland 173 u. f.; 185 u. f., 201.
Perth, Gesandter Jacobs II. in Rom 67 u. f.
Peter, Czar von Moskau, 285, 396.
Peters, Pater, 471.
Peterwardein 451.
Pforte, die hohe, s. Türken.
Philipp I. von Spanien 495.
Pignerol 41, 47, 75, 77 u. f., 205, 213, 220, 224.
Pointis, Admiral, 380, 430.
Polignac, Abbé, Gesandter in Polen, 102, 243, 290, 396 u. f.
Pontchartrain 166.
Porter 161 u. f., 168, 174, 185 u. f., 304.

Digitized by Google

Portland, Graf, 10, 25, 29, 52, 62, 80, 90. Seine Rede zu Boufflers vor Namur 106; 110. Seine Ansicht über Sunderland 129 u. f.; 151 u. f., 173, 233. Er redet im Auftrage Wilhelms III. mit Auersperg 269; äußert sich über den Gedanken einer zweiten Heirath Wilhelms III. S. 276 u. f.; über die Angelegenheit der spanischen Succession 351; über die Friedenssache im Februar 1697 S. 363. Beginn seiner Unterredungen mit Boufflers in Brukom 389 u. f.; die zweite Unterredung 398 u. f.; die dritte 400. Differenz der Berichte 401. Er theilt an Auersperg den Inhalt der Beredungen mit 404 u. f. Vierte Zusammenkunft 407 u. f. Er betheuert die Aufrichtigkeit Wilhelms III. für den Kaiser 409. Fünfte Zusammenkunft mit Boufflers 414. Abermalige im September 438. Urtheil über den Friedensschluß von Ryswyck 447; 457. Seine Ansicht über die Katholiken in Irland 473. Er macht im Auftrage Wilhelms III. vor Auersperg Eröffnungen über die zukünftige Politik 483 u. f.

Portocarrero, Cardinal, 419, 426, 427 u. f. Seine Einwürfe gegen eine Sendung kaiserlicher Truppen nach Spanien 429 u. f.

Powel 165 u. f., 167.

Prebendowski 397.

Prielmayer 108.

Prior, englischer Diplomat und Poet, 14, 479.

Q.

Quiros, Don, spanischer Gesandter im Haag, 46. Er ist misgestimmt gegen die Republik 69 u. f.; 80, 121, 141. Er berichtet über den Mordplan von 1696 gegen Wilhelm III. S. 193; 209, 215, 220, 259, 344 u. f., 358, 373, 384. Er hegt, im Jahre 1697, Besorgnis vor einer holländisch-englisch-französischen Abmachung in Betreff der spanischen Succession 412; 433, 445, 459, 494.

R.

Rabutin, kaiserlicher General in Siebenbürgen, 451.

Radziejowski, Cardinal und Primas von Polen, 397 u. f.

Rancé, Abt der Trappisten, 15.

Regentschaft in England 53 u. f., 57, 376.

Reichsstände. Die Deputation derselben im Haag 372, 403, 442. Sie nöthigen den Kaiser, Straßburg aufzugeben 460. Sie verhandeln über die Ryswycker Clausel 463 u. f., so wie 481 u. f.

Religions-Clausel s. Ryswycker Clausel.

Religions-Krieg, Frage des, 37, 39, 131 u. f., 317 u. f., 466 u. f.

Reunion, kirchliche, 481.

Richmond 163.

Robinson, englischer Gesandter in Stockholm, über den Mordplan von 1696 S. 194.

Rochester, Graf, 50.

Royston 51.

Rue, de la, entdeckt den Mordplan von 1696 S. 175 u. f., 201.

Digitized by Google

Russel, Admiral, segelt nach der französischen Küste 179 und 187 u. f.; wird von Fenwick angeklagt 305 u. f. Sein Verhalten in dieser Sache 308 u. f.; 441
Ruzzini über den Ryswycker Frieden 446.
Ryswyck 334, 358, 371 u. f., 373, 377, 431 u. f. Der Friedensschluß vom 20. September 1697 S. 444; derjenige vom 31. October 1697 S. 469.
Ryswycker Clausel 403. Die Entstehung derselben 460 u. f. Urtheile darüber von Wilhelm III. S. 466, von Villiers 478, von Dykvelt 479. Sie ist ein Eingriff in die Autorität des Kaisers 480.

S.

Savoyen s. Victor Amadeus.
Schmettau, Adjutant des Herzogs von Würtemberg, an Wilhelm III. gesandt zum Berichte über den Invasions-Plan 176 u. f.
Schmettau, brandenburgischer Gesandter im Haag, 80, 215, 395, 443 u. f. Sein Verhalten in Anlaß der Ryswycker Clausel 463.
Schönborn, Freiherr von, redet im Namen der katholischen Reichsstände zu Ryswyck über die Clausel 465 u. f.
Schöning, Hans Adam von, 60 u. f.
Schonenberg, holländischer Geschäftsträger in Madrid, 120. Sein Verhalten dort und das Einschreiten wider ihn 122 u. f.; 140 u. f., 210. Er erstattet genaue Berichte an Wilhelm III. S. 350.
Schulenburg, General, 74.
Schwaben, der Kreis, 282, 287, 335.
Seilern, Freiherr von, kaiserlicher Friedens-Botschafter im Haag, 480.
Seneffe 501.
Seymour 200.
Shrewsbury, Herzog von, englischer Staats-Secretär, 10. Er wird von Wilhelm III. in die auswärtigen Geschäfte nicht eingeweiht 28 u. f., eben so 44 u. f., desgleichen 57, so wie 117 und 269. Er antwortet günstig auf die Verwendung Auerspergs für die Katholiken 136; 141. Er täuscht sich über Victor Amadeus 228; antwortet auf ein Schreiben Wilhelms III. mit einem längeren, düsteren Berichte über England 232; erreicht dadurch nicht eine Mittheilung des Königs über die Friedensberedung 234; erfährt auch fernerhin nichts darüber von Villiers 262. Sein Verhalten im Herbste und Winter 1696/7 gegenüber der Anklage Fenwicks 303 u. f. Er warnt vor Mordplanen gegen den König 313 u. f.; ist eifrig für den Frieden, aber der Sachlage unkundig 441.
Simeoni 108.
Simon, St., berichtet über die Feigheit des Herzogs von Maine 92 u. f.; über den Plan der Invasion Englands im Jahre 1696 S. 199.
Soissons, Graf, 97.
Somers, Lord, 57, 128, 136, 310.
Somerville 248.
Sophie, Prinzessin, Kurfürstin von Braunschweig-Lüneburg, 20, 23, 74, 94, 199. Ihr Urtheil über Jacob II. S. 243. Ihr Verhalten gegenüber der Aussicht auf die englische Thronfolge, im October 1696 S. 279 u. f.

Digitized by Google

Soranzo über die Friedenswünsche der Holländer im Jahre 1696 S. 279 u. f.
Spanien, Zustand der Macht, 33 u. f.
Spinola, Bischof von Wiener-Neustadt, 481.
Staatsrath, der spanische, will nicht die Botschaft des Grafen Harrach 420; beschließt den Kaiser um Truppen zu ersuchen 427; 433; ist nicht günstig für die Königin 496 u. f.
Stanhope, englischer Gesandter in Madrid, 143.
Starhemberg, Graf, kaiserlicher Gesandter in Stockholm, 30, 42, 114.
Starhemberg, Graf Rüdiger, Präsident des Hofkriegsrathes, 450.
Steckborn, Beredung von, 35, 37 u. f., 208, 215, 247.
Stepney, englischer Diplomat, 279.
Straßburg, die Stadt, 35. Das Gutachten Kinskys über die Vorschläge Wilhelms III. von 1695 in Betreff der Stadt 40 u. f.; 46 u. f. Die Holländer lau für Straßburg 211 und 212. Der Kaiser hält fest an Straßburg 221; 255, 259, 283, 321, 333, 357, 363, 366 u. f., 411 u. f., 431, 434. Die Stadt im September 1697 der Kern der Friedensfrage 437 u. f.; muß auf das einmüthige Andringen der Reichsstände vom Kaiser aufgegeben werden 460; 482.
Stratemann, Graf, kaiserlicher Friedens-Botschafter im Haag, 259, 371.
Succession, Frage der, in England, 74 u. f., 244 u. f., 275 u. f., 337 u. f.
Succession, Frage der, in Spanien 121 u. f., 247, 278, 412, 419 u. f., 484 u. f.
Sunderland, Graf, 128 u. f. Seine Geltung bei Wilhelm III. S. 129 u. f.; 361. Er wird zum Mitgliede der Regentschaft ernannt 376; ist jenfibel für die Richtungen in den Gemüthern der Engländer 385. Seine Meinung über die Bills gegen die Katholiken in Irland 472.
Szegedin 284, 451.

T.

Talbot 198.
Tallard, Graf, französischer Botschafter bei Wilhelm III., S. 354.
Temesvar 124, 284.
Tenison, Erzbischof von Canterbury, 5, 8, 23, 25, 27, 57, 312.
Tessé, französischer General 73, 75, 224 u. f., 229.
Test-Eid 202.
Tettau 94.
Theiß 451.
Tillotson, Erzbischof von Canterbury, 5.
Tirimont, Graf, spanischer Friedens-Botschafter, 384, 417, 433.
Tököly 183.
Torcy, französischer Staats-Secretär. Sein Auftrag an Chateauneuf in Constantinopel 448.
Tories 3, 53, 57.
Torre, Della, savoyischer Gesandter im Haag, 75, 80, 204, 224, 273 u. f., 276.
Trappe, La, 156.
Trenchard, Staats-Secretär, 3.
Trevor, Sprecher des Unterhauses von England, ausgestoßen 51.
Triennial-Bill 2, 5.

Digitized by Google

Trumball, Staats-Secretär, über die Katholiken in Irland 135 u. f. Sein Verhalten in der englischen Differenz mit Schweden 139. Er antwortet in der Sache Schonenberg 141; über die Verstimmung im englischen Parlamente zu Anfang 1696 S. 150 u. f.; 177. Er hat keine Kunde der Friedenssache 303 u. f., 475.
Tubise 439.
Türken, Stellung derselben zu Frankreich im Jahre 1697 S. 448. Niederlage bei Zenta 452 u. f.
Turnham Green 163.
Tyrconnel, Lady, 314.

U.

Unterhaus s. Parlament von England.
Utrecht, Plan von Friedensberedungen zu, 71, 111.

V.

Valenz, Belagerung von, 271.
Vaudemont, Prinz, gegenüber Villeroy 91 u. f.; 100, 103, 181, 339.
Vaudemont, Prinzessin, 490.
Velasco, Vicekönig von Catalonien, 420 u. f.
Velo, Graf de, verhandelt geheim mit de la Haye in Padua 215 u. f. und 246 u. f.; 362.
Vendome, Marschall, in Catalonien 123, 380, 384.
Venier, venetianischer Botschafter, über den Frieden von Vigevano 272.
Victor Amadeus, Herzog von Savoyen, 41. Er hat seit 1693 eine heimliche Uebereinkunft mit Frankreich 73. Anwartschaft seiner Gemahlin Anna Marie auf die Thronfolge in England 74 u. f. Er schließt mit Frankreich einen Vertrag über Casale 76 u. f.; setzt sein Lügenspiel fort 78 u. f; ratifizirt die Erneuerung der großen Allianz 119; ist dem Kaiser verdächtig 119.

Er erhält 1696 durch Della Torre die Gewisheit, daß die Allianz ihm Pignerol nicht verschaffen wird 204; wird den Seemächten gegenüber vertreten von dem Kaiser 220. Sein Abfall 223 u. f. Das Ziel seiner Wünsche ist Pignerol 224. Sein Vertrag mit Ludwig XIV. S. 226. Er spielt seine Rolle mit Geschick 227; verlangt von Wilhelm III. noch Subsidien 228. Sein Verhalten nach dem Berichte des Tessé 229. Seine Falschheit gegen den Kaiser 229. Er hält zu Frankreich 258; verkündet den Frieden mit Frankreich 265 u. f.; erzwingt die Neutralität für Italien 271 u. f. Sein unwürdiges Verhalten vor Ludwig XIV. und Jacob II. S. 273; wird von Wilhelm III. zurückgewiesen 273 u. f.; verscherzt durch den Frieden von Vigevano für sein Haus die Aussicht auf die Thronfolge in England 275 u. f. — Sein Verrath dennoch nützlich für den Kaiser durch das Freiwerden des Prinzen Eugen für den Türkenkrieg 450.
Vigevano, der Friede von, 273.
Villafranca 426.

Digitized by Google

Villeroy, Marschall, 89. Sein Verhalten gegenüber den Prinzen Vaudemont 91 u. f. Er nimmt Dixmuiden und Deynse 98 u. f.; bombardirt Brüssel 99; sucht vergeblich die Citadelle von Namur zu entsetzen 103; 383, 399.

Villiers, Lord, unterzeichnet die Erneuerung der großen Allianz in besonderer Weise 118; hat keine Kunde der Friedens-Unterhandlungen im August 1696 S. 262. Er wird Friedens-Botschafter 334; 371. Er ist über die Beredungen zwischen Portland und Boufflers nicht unterrichtet 394; sucht durch Shrewsbury von England her einen Druck auf den König für den Frieden zu bewirken 440 u. f.; äußert sich über die Ryswycker Clausel 478;

Villiers, Miss, 130.

Vilvorde 383.

Vließingen 176.

Voltaire kennt nicht den Mordplan von 1696 S. 199.

W.

Waldenser s. Barbets.

Wales, Prinz von, Sohn Jacobs II. Die Frage, ob vor dem Frieden von Ryswyck zu seinen Gunsten etwas abgemacht ist 244 u. f.

Westminster Abtei 26.

Wharton, Lord, klagt den Herzog von Leeds an 52 u. f.

Whigs 4, 53, 57, 130, 295, 309 u. f.

Whitehall 26.

Wilhelm III., König von England. Er landet in England am 10./20. November 1694 S. 1; berichtet an Heinsius über die Stimmung 2 und 4; sanctionirt die Triennial-Bill 5. Sein Verhalten bei der Krankheit und dem Tode der Königin Mary 7 u. f. Er macht dem Kaiser den Tod kund 13; erholt sich langsam 24 u. f.; führt den Plan der Königin in Betreff des Hospitals von Greenwich aus 27 u. f.

Er nimmt die Geschäfte seiner Regierung wieder auf 28; theilt seinen Ministern die auswärtigen Angelegenheiten nicht mit 28 u. f.; differirt mit dem Kaiser über Spanien 31 u. f.; glaubt sich persönlich nicht im Stande den Krieg weiter zu führen 32 u. f.; spricht sich nach Wien hin umfassend aus über die Frage des Krieges und des Friedens, am 15./25. Februar 1695, S. 33 u. f. Unterredung mit Auersperg über die Antwort aus Wien 45 u. f. Er hat kein Vertrauen auf die Friedens-Vermittelung durch Schweden 48; will mit Amsterdam in gutem Verständnisse bleiben 48; antwortet auf den Kriegeseifer des Parlamentes 49. Er ist ungeduldig zum Aufbruche 50 u. f.; mahnt das Parlament zur Eile 52; nimmt Marlborough wieder zu Gnaden auf 54 u. f. Seine Thronrede am 3./13. Mai 1695 S. 56. Er begibt sich nach dem Festlande 59.

Er zahlt Subsidien an Münster 60; warnt den Kaiser vor Schöning 60 u. f.; will nicht die Brandenburger Truppen an den Rhein entlassen 61 u. f.; räth dem Kaiser das Commando in Ungarn an Friedrich August von Sachsen zu geben 62; hofft auf den Türkenfrieden 63. Seine Uebereinstimmung mit Heinsius, während er keine englischen Minister zu den

Digitized by Google

auswärtigen Geschäften zieht 56. Er wird beurtheilt von Innocenz XII. S. 66 u. f.

Seine Misstimmung gegen Spanien steigt 69. Die Differenz mit dem Kaiser über die schwedische Vermittelung hat einen tieferen Grund 70. Er hat den Plan neuer geheimer Friedensberedungen 71; wird durch Galway über Victor Amadeus getäuscht 74 und 78, eben so 119; schweigt über ein Friedens-Project für Spanien 79.

Sein Feldzugsplan für 1695 richtet sich gegen Namur 89 u. f. Sein Lob für Baudemont 93. Er feuert den Eifer der Engländer vor Namur an durch die Kundmachung eines französischen Briefes 94. Seine Haltung vor Namur 94 u. f. und 97. Er will nicht die Einnahme der Stadt mit Sturm 96; gewährt die Capitulation 97; wird von den französischen Offizieren als König begrüßt 98; belagert die Citadelle von Namur 98 u. f.; kann Brüssel gegen das Bombardement nicht schützen 99 u. f., 102. Er will nicht mit Villeroy schlagen 103; läßt die Vorwerke der Citadelle erstürmen 104; faßt den Entschluß, den Marschall Boufflers kriegsgefangen zurück zu behalten 105; erwirbt durch die Einnahme von Namur großen Ruhm 109 u. f.

Er lehnt den Amsterdamer Vorschlag zu geheimen Unterhandlungen mit Frankreich ab, im August 1695, S. 111. Er geht nicht ein auf den Vorschlag des Kaisers, den Vertrag der großen Allianz an das Parlament zu bringen 112 und 117; stellt seine Bedingungen für die Annahme der schwedischen Vermittelung 113 u. f.; benutzt die Gelegenheit einer Differenz mit Schweden, um die Vermittelung in Wien abzulehnen 115, und fordert energische Kriegsführung 116.

Er unterzeichnet die Erneuerung der großen Allianz 117 u. f.; wird, wie früher, durch Galway über Victor Amadeus im Irrthume erhalten 119 u. f.; beschwert sich über Spanien 120; steht nicht freundlich mit Carl II. von Spanien 122 u. f.; äußert sich über die Sache des Schonenberg 123; erlangt in wenigen Tagen im Haag die Bewilligung der Kriegeskosten 125; zeigt keine Neigung zu einer zweiten Heirath 125 u. f.; landet in Margate 126.

Er wird in England festlich empfangen 127; löst, am 11./21. October 1695, das Parlament auf und beruft ein neues 128; berichtet an Heinsius über die Stimmung in Engand 128; gibt dem Herzog von Gloceſter den Hosenband-Orden 129; besucht Sunderland in Althorp und zieht ihn heran 130; empfängt auf einer Rundreise die Huldigungen der Engländer 131; äußert sich zu Heinsius befriedigt über die Reise 131. Er geht auf die Verwendung des Kaisers zu Gunsten der Katholiken ein 136 u. f.; nimmt die Vermittelung des Kaisers in der Differenz mit Schweden an 140; verhält sich anders in der Sache des Schonenberg 141 u. f.

Seine Thronrede 22. November/2. December 1695 S. 143. Er entläßt den schottischen Staats-Secretär 150; nimmt die Schenkung von Krongütern an Portland zurück 152 u. f. Er mißt der Anzeige Fishers über eine Verschwörung keinen Glauben bei 173; verspricht auf die Anzeige von Pendergras, am anderen Tage in Kensington zu bleiben 174; verhört

Digitized by Google

Pendergras und de la Rue gesondert 175; erhält durch Schmettau die Kunde des Invasionsplanes 178; trifft seine Gegenanstalten 179. Seine Anrede an das Parlament 180. Er nimmt das Erbieten Charnocks zu weiteren Eröffnungen nicht an 195. Er nimmt die Association entgegen 200.

Er wird mehr durch Holland als durch England zum Frieden gedrängt 204 u. f. Seine Anrede an Della Torre 204. Er zieht, wie früher, keine englischen Minister zu den auswärtigen Angelegenheiten 205 und 207; ernennt eine Regentschaft 206. Seine Thronrede zur Vertagung, am 27. April/7. Mai 1696 S. 206.

Seine Ansicht über Luxemburg 208. Sein Verhältnis zu dem Kaiser seit 1690 S. 208 u. f. Er will die geheimen Friedensberedungen nicht aufgeben 211; ist nicht entschieden genug in Betreff Straßburgs 212; läßt den Kaiserlichen den Sachverhalt der Beredungen mit Callieres mittheilen 212 u. f.; will nicht dem Kaiser drohen 213 u. f.; erhält die bedingte Einwilligung des Kaisers in die Friedensberedungen 221; wird über Victor Amadeus durch Galway andauernd im Irrthume erhalten 223 u. f.; faßt endlich Verdacht gegen Victor Amadeus 228; gibt noch nicht die Hoffnung auf ihn wieder zu gewinnen 230.

Er wird im Juli und August 1696 an aller Offensive gehindert durch die Holländer 231; klagt über Amsterdam 231; erhält Berichte von der Regentschaft in England 232 u. f.; antwortet Shrewsbury in gedrückter Weise 232; sendet Portland nach England 233; antwortet auf einen eingehenden Bericht von Shrewsbury 235 u. f. Er und Heinsius erregen einander zu einem nicht begründeten Verdachte wider den Kaiser 238 u. f. Er hat nicht mit Ludwig XIV. ein Abkommen zu Gunsten des Prinzen von Wales getroffen 245 u. f.; kann als holländischer Patriot nicht die Rückkehr eines Stuart auf den englischen Thron gewollt haben 249; hat durch Dykvelt in Mastricht ein Jahrgeld für Jacob II. anbieten lassen 250.

Er ist mistrauisch gegen den Grafen Kinsky und überhaupt gegen Wien 256 u. f.; wird über den Kaiser irre geführt durch einen ungegründeten Bericht Lexingtons 258; glaubt am 2. September 1696 an den Concessionen des Callieres eine sichere Basis für den Frieden zu haben 259. Nur er und die Holländer, nicht ein Engländer, handeln in Betreff der Friedenssache 262 u. f. Er verlangt nachdrücklich die Zustimmung des Kaisers zu dem Beschlusse der Generalstaaten vom 3. September 1696 S. 267 u. f.; beschwert sich über die Neutralität in Italien 269; hat durch den Beschluß der Generalstaaten vom 3. September die Bahn der vollendeten Thatsachen betreten 270; hält seinen Vorwurf gegen den Kaiser in Betreff Italiens nicht aufrecht 272 u. f.; weist die Zumuthung des Herzogs Victor Amadeus zurück 274; denkt nicht mehr an die Succession in England für das Haus Carignan 275 u. f.; geht nicht ein auf den Gedanken einer Heirath mit der Prinzessin von Brandenburg 276 u. f.; sucht sich das Haus Hannover zu verpflichten 279 u. f. Die Frage, ob er Antheil hat an dem Versuche von Leibniz, die Kurfürstin Sophie von Braunschweig-Lüneburg zu einer Aeußerung über die Succession in England zu bewegen 279 u. f. Seine Unterredung mit Kaunitz vor der Abfahrt nach England 281 u. f. Er kommt der französischen Küste nahe 283.

Digitized by Google

Er sieht mit Vertrauen auf das Parlament 291 und 294. Seine Thronrede vom 20./30. October 1696 S. 292. Er urtheilt über den Soldaten-Handel des Kurfürsten von Brandenburg 295. Seine Haltung in der Friedenssache wird bedingt durch diejenige der Stadt Amsterdam 297 u. f. Sein Urtheil über das Verhalten des Callieres 299. Er sucht auf Amsterdam einzuwirken 300; stimmt mit ein in die Anklagen derselben wider den Kaiser 301 u. f.; weist die französischen Gerüchte über den Kaiser nicht zurück 302 u. f., und mehr noch 317 u. f. (s. unten.)

Sein Verhalten in der Sache der von Sir John Fenwick angeklagten vier Lords 305 u. f., namentlich gegenüber Shrewsbury 306 u. f. Er wird von Mordplanen bedroht 312 u. f.; äußert sich über die Weigerung des Callieres ein schriftliches Versprechen für seine Anerkennung zu geben 316. Seine unbegründete Anklage wider den Kaiser wird von Auersperg bestritten 317 u. f. Er schreibt darüber an Heinsius 319; nimmt das Zurückweichen des Callieres mit Befriedigung auf 330; läßt zugleich den Holländern zu Liebe auf die Kaiserlichen drücken 331; ernennt drei englische Friedens-Botschafter 334. Neue Unterredung mit Auersperg 334. Die ungünstigen Urtheile vieler Engländer über seine Kriegführung befördern seinen Friedenseifer 336.

Er sieht als das Motiv der kaiserlichen Politik die Rücksicht auf die spanische Succession an 337; will nicht die Angelegenheit derselben zu einer Friedensbedingung für Frankreich machen 347; handelt darin mit Rücksicht auf die Neigungen in Holland 352; und, ohne es zu wollen, zum Vortheile Ludwigs XIV. S. 353 u. f.; verspricht Hülfe für Barcelona 355 u. f.; bestimmt Ryswyck zum Friedensorte 358; hofft, im Februar 1697, den baldigen Frieden 361 u. f.; drängt zu diesem Zwecke in die Kaiserlichen 363 und 364; gibt nicht die von dem Kaiser durch Auersperg verlangte Versicherung gegen einen Sonderfrieden 366; äußert sich über Lothringen 367 u. f.; hebt das Aequivalent für Straßburg als vortheilhaft hervor 367; läßt die geheimen Beredungen der Holländer mit Callieres fortdauern 367 u. f.; erkennt selber das Unrecht derselben an 368; hat damals den Maßstab für den Charakter des römischen Kaisers Leopold verloren 369.

Er ist zufrieden mit der Session des Parlamentes von 1696/7 S. 375. Seine Thronrede zur Vertagung, 16./26. April 1697, S. 375. Er verlangt gegen ein Jahrgeld für Jacob II. seine Entfernung aus Frankreich 379; ist krank im Mai 1697 S. 379; wünscht einen Waffenstillstand 380. Der wunde Fleck seiner Stellung liegt in dem Verhältnisse zu Amsterdam 381. Er erwägt den Abbruch der Verhandlungen mit Frankreich 381 u. f.; führt einen raschen Nachtmarsch aus 383; läßt Unterredungen zwischen Portland und Boufflers anstellen 388 u. f. Sein Urtheil über den Stand der Friedenssache vor den Unterredungen 391. Er verlangt von Heinsius eine genaue Abfassung der französischen Verpflichtung, Jacob II. nicht zu unterstützen 399; läßt erst dann den Engländern Kunde der Beredungen geben 400; ist nicht gegen die französische Terminsetzung 403 u. f.; läßt durch Portland dem Grafen Auersperg den Inhalt der Beredungen mittheilen 404 u. f.; hofft mit dem Kaiser in gutem

Digitized by Google

Einverständnisse zu bleiben 406; eröffnet dem Gesandten Auersperg, daß die französischen Bedingungen angenommen werden müssen 410; wirkt in gleichem Sinne nach allen Seiten 411; ist disponirt zur Aufnahme verleumderischer Gerüchte wider den Kaiser 413; begibt sich nach Loo 414; wünscht der Ungewisheit der Friedenssache ein Ende zu machen 415.

Seine Besorgnis ist im Steigen 431. Ueber das Auftreten der Franzosen am 1. September 1697 S. 437. Er läßt Portland eine neue Unterredung mit Boufflers halten, im September, S. 438; willfahrt einer Deputation der Stadt Amsterdam zum Frieden 440; erklärt dem Grafen Auersperg gegenüber Straßburg für verloren 413. Sein Urtheil über den Frieden 447.

Er sagt ein Jahrgeld für die Königin Marie Beatrice zu, nach seiner Ansicht mit Bedingung 457; ahnt in Loo die Ryswycker Clausel nicht vorher 462; äußert sich darüber zu Heinsius, abermals mit unbegründetem Argwohne wider den Kaiser 466 u. f.

Er sanctionirt in dieser Stimmung die ihm vorgelegten Bills des irischen Parlamentes wider die Katholiken dort 470 u. f., namentlich 476. Vergleich dieses Actes mit seinem früheren klaren Urtheile 477.

Er verlangt, nach dem Friedensschlusse, mit Bezug auf die Angelegenheit der spanischen Succession, eine abermalige Einigung der Alliirten 483 u. f.; antwortet günstig auf die Meldung des Kaisers durch Auersperg, am 5. November 1697, S. 489; weist das Gerücht seiner Absicht mit Frankreich zu gehen zurück 490. Er will Belgien für Max Emanuel 492; wünscht, daß zunächst der König von Spanien sich offen für den Kaiser erkläre 493. Der Plan holländische Besatzungen in belgische Städte zu legen 499 u. f.

Er hat im Herbste 1697 keine Eile zur Ueberfahrt nach England 500 u. f.; empfängt die französischen Friedens-Botschafter 500 u. f. Er ahnt nicht, daß das Unterhaus ihm die Heeresmacht sehr verringern werde 501.

Williamson, englischer Friedens-Botschafter, 334, 400.
Wiser, Freiherr von, 342.
Wien 27.
Württemberg, Herzog von, 178 u. f.

Y.

York, Erzbischof von, 131.

Z.

Zenta 451 u. f.

Digitized by Google

Druck von Adolf Holzhausen in Wien
k. k. Universitäts-Buchdruckerei.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine of five cents a day is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

JAN 19 1922

DUE OCT 10 1923

FEB 12 '54 H

APR 11 '58 H

APR 24 '58 H

MAY 12 '58 H

Digitized by Google

Widener Library
3 2044 090 366 782